

Pol. g. 318 h 8

Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen.

Herausgegeben von
Gustav Schmoller.

Band **XI.**

Heft 4.

Franz von Meinders.

Ein
brandenburgisch - preussischer Staatsmann
im
siebzehnten Jahrhundert.

Von
Arthur Strecker.

Mit F. von Meinders' Porträt.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1892.

Staats- und sozialwissenschaftliche

Forschungen

Band 1

Verlag

Leipzig

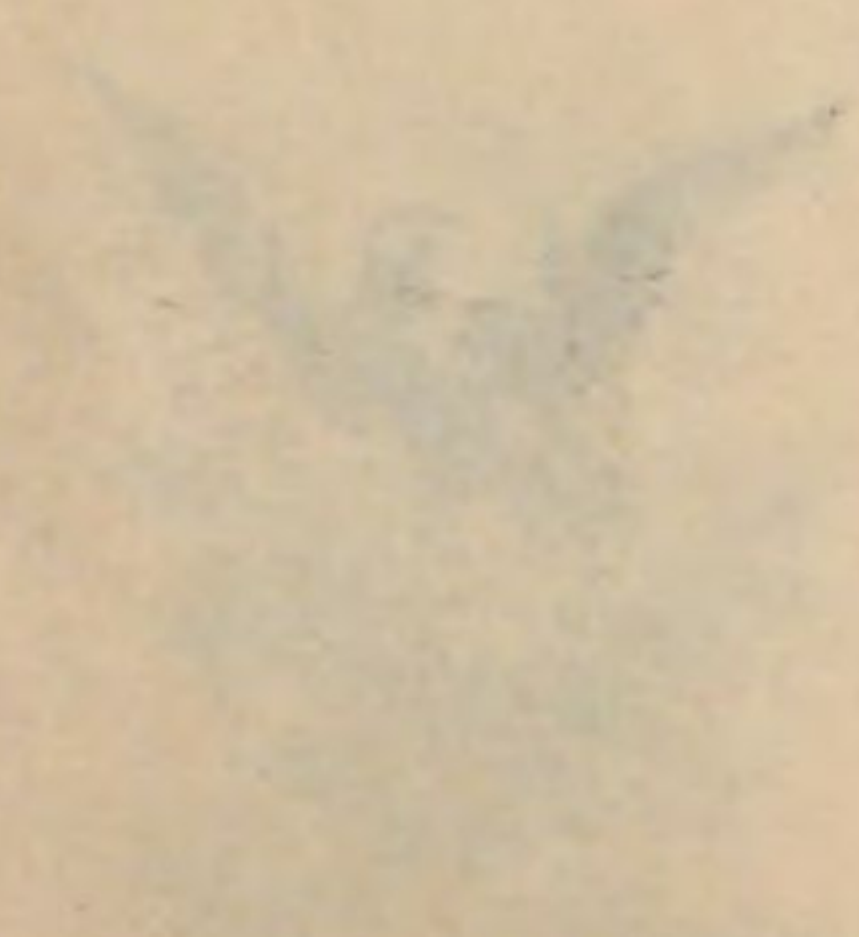
Verlag

Leipzig

Verlag

Leipzig

Verlag



Leipzig

Verlag

1899

Verlag

Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen

herausgegeben

von

Gustav Schmoller.

Elfter Band. Viertes Heft.

(Der ganzen Reihe neunundvierzigstes Heft.)

Arthur Streckker, Franz von Meinders. Ein brandenburgisch-preussischer
Staatsmann im siebzehnten Jahrhundert.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1892.

Franz von Meinders.

Ein
brandenburgisch-preussischer Staatsmann
im
siebzehnten Jahrhundert.

Von
Arthur Strecker.

Mit F. von Meinders' Porträt.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1892.

Franz von Meindorfs.

Ständenburgisch-germanischer Staatsmann

Ständenburgisch-germanischer Staatsmann

Das Übersetzungsrecht wie alle anderen Rechte sind vorbehalten.

Verlag von Meindorfs, Leipzig.



Verlag von Meindorfs, Leipzig.

1862



Franz von Meinders.

V o r w o r t.

Mit der Anerkennung der Thatsache, daß in der brandenburgisch-preussischen Geschichte zugleich eine reiche Fülle universalhistorischer, rechtsgeschichtlicher und staatswissenschaftlicher Erkenntnis erschlossen werden kann, sind die Aufgaben wesentlich gewachsen. Neben einer durch ein anschauliches Bild der handelnden Staatsmänner belebten Kenntnis der inneren und auswärtigen Politik kann nichts Geringeres als eine geistige Rekonstruktion der gesamten inneren Staatsverwaltung in den wichtigsten Epochen der Geschichte Brandenburgs und Preussens und ferner eine preussische Verfassungs- und Rechtsgeschichte das Ziel sein, das erst die ganze Tragweite dessen, was Preussen in Deutschland war und ist, wissenschaftlich begreiflich machen wird.

In Gestalt eines Versuchs zu einer biographischen Monographie, die zugleich für einen beschränkten Zeitraum Teile zweier Hauptgebiete des brandenburgischen Staatslebens im 17. Jahrhundert, der Heeresverwaltung und der auswärtigen Politik, streift, soll hier ein kleiner Baustein zur preussischen Beamtengeschichte eingefügt werden.

Zwar hat der Mann, dessen Namen die folgenden Blätter tragen, trotz einer mehr als vierzigjährigen Beamtenlaufbahn nur wenige Jahre, in der Zeit unmittelbar nach dem Frieden von St. Germain, neben seinem großen Fürsten recht eigentlich an der Spitze der Staatsgeschäfte gestanden, Jahre, die vom Gesichtspunkte europäischer Gesamtpolitik nicht einmal als die glücklichsten der brandenburgischen Geschichte bezeichnet worden sind.

Es hat wenig Interesse, die unter Meinders' vorwiegendem Einfluß sich in immer engerem Anschluß an Frankreich gefallende Politik der Jahre 1680—1685 noch einmal zu verfolgen. In Anbetracht der vorausgegangenen Ereignisse wird

vielleicht niemand den Staatsmann wegen seiner Stellungnahme unbedingt tadeln können. Ich will jedoch nur an den Hauptmomenten seiner früheren diplomatischen Wirksamkeit den politischen Standpunkt, den er dann für ein halbes Decennium festhalten zu müssen glaubte, mir zu erklären versuchen und eine kurze Skizzierung seines ferneren Lebenslaufes anschließen. Denn eine entschlossene Selbständigkeit in großen Dingen konnte er trotz seiner glänzenden Fähigkeiten neben einem Fürsten wie Friedrich Wilhelm dem Großen auch in den Jahren seines weitesten Einflusses nicht zur Geltung bringen. Wenngleich um diese Zeit die vorsichtige, stillwirkende Art seines Wesens überall unverkennbar ist, war er doch der Mann nicht, die Geschicke des jungen Staatswesens in neue, kühne Bahnen zu lenken; er war auch nicht einmal frei von den Schwächen seines inmitten eines reichen geschichtlichen Lebens im Grunde mattherzigen Zeitalters. Ich habe gleichwohl nicht geglaubt die Feder mit dem Momente niederlegen zu müssen, in welchem ich erkannte, daß eine durchdringende Initiative im Gebiete staatsmännischen Wirkens seine Sache nicht ist, daß dagegen die Darstellung Pufendorfs und derer, die gleich ihm alles Große und Gewagte in Brandenburgs Geschichte jener Zeit auf die Gestalt des Fürsten zusammentragen, mindestens für das letzte Jahrzehnt der Regierung des Großen Kurfürsten die allein zutreffende ist.

Immerhin war Meinders einer der fähigsten Beamten des Kurfürsten, der, ausgerüstet mit der ganzen Bildung seiner Zeit, an dem Detail der verschiedensten Zweige der Staatsverwaltung Jahrzehnte hindurch den hervorragendsten Anteil hatte, dessen diplomatische Wirksamkeit ihn mehrere Male in entscheidenden Momenten an die bedeutungsvollste Stelle brachte, dessen folgenreiche Thätigkeit für die brandenburgisch-preussische Armee vor allem verdiente gewürdigt zu werden. Denn wenn er auch an der großen Frage seiner Zeit, dem welthistorischen Kampfe gegen Frankreichs Hegemonie, unterweilen irre wurde, er half doch treulich die Waffen schmieden, die sich, zuletzt siegreich, gegen keinen anderen wenden sollten. Mit einem Wort, Kurfürst Friedrich Wilhelm fand in ihm einen Mitarbeiter seines Lebenswerkes, der einen bescheidenen Platz am Sockel seines Bildes von Erz auf der Berliner Langen Brücke wohl verdient hätte, wenn Schlüters Meisterhand hier die ehrwürdigen Gestalten eines Georg Friedrich von Waldeck, eines Otto von Schwerin, Friedrich von Jena, Joachim Ernst von Grumbkow und anderer dem Auge der Nachlebenden hätte im Bilde festhalten wollen. Die ganze Größe dessen, der oben thront, wird erst offenbar, wenn man auch die menschlichem Thun und Lassen näher Stehenden seiner Zeitgenossen und Gehülfen in ihrem Werden und Sein betrachten kann.

Dem so überaus fühlbaren Mangel lebensvoller Personal-

kenntnis zur älteren brandenburgischen Geschichte versucht bereits mit Glück eine kleine Reihe von Familiengeschichten der alten Adelsgeschlechter abzuheften. Der Charakter, den das preussische Beamtentum seit Jahrhunderten aufweist, ist aber ein wesentlich anderer, als daß in solchen Darstellungen, wie etwa in der englischen Geschichte, zugleich immer die hervorragendsten Staatsmänner der verschiedenen Epochen geschildert werden könnten. Selbst im 17. Jahrhundert glänzt eine Reihe bürgerlicher Namen in der Geschichte Brandenburg-Preussens, darunter von Männern, die, wie auch Franz Meinders, erst nach einer langen segensreichen Arbeit im Staatsleben mit dem Adelswappen geschmückt wurden.

Eine Monographie über Meinders schien mir nach alledem nicht unzweckmäßig, auch wenn darin der individuelle Wille fast nirgends mit besonderer Stärke hervortreten kann, und die Dinge doch wiederum mehr durch die in ihnen liegende Kraft als durch eine leitende Hand sich zu bewegen scheinen. Indem man aber dem Leben des Staatsmannes im einzelnen liebevoll nachgeht, wird nicht nur aus den Ereignissen selbst Licht und Schatten auf ihn, der mitten in ihnen steht, fallen, sondern bisweilen auch die Ansicht, die wir bisher von den Ereignissen selbst hatten, sich in etwas verändern.

Ich habe für die folgende Abhandlung außer den schrittweise näher bezeichneten gedruckten Quellen vornehmlich Akten des Geheimen Staatsarchivs, des Kriegsarchivs des Großen Generalstabes und des Geheimen Archivs des Kriegsministeriums in Berlin benutzen dürfen und erfülle gern die Pflicht, die mir von den Archivbeamten freundlichst zu teil gewordene Förderung in der Aufsuchung des für meine Zwecke geeigneten Materials hier mit ergebenstem Danke zu bekennen. Die Güte des Herrn Professor Dr. Schmoller hat mich ferner auf das Arolser Archiv hingewiesen, dessen Benutzung mir bei den dort vorhandenen überreichen und schwer übersehbaren Papieren durch die außerordentlich hilfsbereite und lebenswürdige Unterstützung des Herrn Archivar Krafft ganz wesentlich erleichtert worden ist.

Dr. Arthur Strecker.

Inhalt.

	Seite
I. Heimat, Herkommen und Stellung als Sekretär Georg Friedrichs von Waldeck	1— 10
II. Laufbahn in den Ämtern der Heeresverwaltung des brandenburgisch-preussischen Staats und erste diplomatische Sendungen	11— 19
III. Der Plan einer antifranzösischen Koalition von 1667 und Meinders und v. Pöllnitz in Paris	20— 36
IV. Zur holländischen Allianz und der Konvention von Vossem	37— 50
V. Meinders an der Spitze der Heeresverwaltung, 1669—1675	51— 68
a. Persönliche Stellung. S. 51.	
b. Die Heeresverwaltung innerhalb des Geheimen Rats. S. 53.	
c. Anblick der Heeresverwaltung während des Krieges von 1672—1675. S. 60.	
VI. Der Friede von St. Germain	69— 89
VII. Der Vertrag zwischen Brandenburg und Frankreich vom 15. (25.) Oktober 1679	90— 96
VIII. Meinders im letzten Jahrzehnt des Großen Kurfürsten	97—106
IX. Spätere Stellung im Hof- und Staatsleben, Familie und Nachkommen	107—112
Archivalische Beilagen	113—152

I.

Heimat, Herkommen und Stellung als Sekretär Georg Friedrichs von Waldeck.

Unleugbar einer der merkwürdigsten historischen Werdeprozesse ist der langsame, stetig fortschreitende, mehr als zweihundertjährige Aufbau des preussischen Staats, wie er sich seit der Einverleibung der cleveschen Erbschaftslande und des Herzogtums Preussen vollzieht, Notwendiges aufnehmend, Überflüssiges abstoßend, das Bleibende zu einer höheren staatlichen Einheit verbindend. Denn nimmermehr der Zufall führte hier die bildende Hand. Durch die ursprüngliche geographische Konfiguration der märkischen Stammlande ist die Weiterbildung eher gehemmt als gefördert worden, aber die Erkenntnis von der Notwendigkeit territorialen Zusammenschlusses und von der Bedeutung der vorläufig noch vergeblich erstrebten Ostseeküsten für die märkischen Lande hatten schliesslich im Mittelpunkte ein Gebiet entstehen lassen, das die ersten Anforderungen eines politischen und wirtschaftlichen Gemeinwesens zu erfüllen vermochte, und an das dann infolge einer glücklichen Hauspolitik jene beiden Ländermassen im Westen und Osten sich anschliessen konnten. Für eine Reihe der modernen europäischen Staatenbildungen ist Lage und Art der Hauptstadt entscheidend geworden. Berlin-Cöln begann als Mittelpunkt des Ganzen erst etwas zu bedeuten, als nach der Brachlegung des unteren Oderhandels infolge der Stapelkämpfe zwischen Stettin und Frankfurt und nach der Erbauung des Mülroser Kanals dem schlesisch-polnischen Handel quer durch die Marken der Weg gewiesen wurde¹, und als allmählich immer mehr die Marken das stützende

¹ Schmoller, Studien über die wirtschaftliche Politik Friedrichs d. Gr. und Preussens überhaupt, im Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Bd. 8 S. 372.

Mittelglied zwischen Preussen und den rheinisch-westfälischen Landen geworden waren. Überall stützten sich ferner die grossen Herrschergestalten Brandenburg-Preussens mit klarem Blick auf die konkreten Verhältnisse und Lebensbedingungen ihres Landes. Bodenverhältnisse, Ströme, Grenzen und Nachbarstaaten sind nicht weniger entscheidend geworden für das Werden des preussischen Staats, das uns erst die Erkenntnis eines inneren Lebens, eines Wachstums entwicklungskräftiger Gebilde wahrhaft verständlich macht. Wie mit Naturnotwendigkeit schliessen sich die politisch und wirtschaftlich zusammengehörigen Territorien auch nach dem Anfall der jülich-cleveschen Erbschaft, wenn nicht zu einem Staate, so doch zu einer nach gemeinsamen obersten Grundsätzen verwalteten Ländermasse zusammen.

Mit den in geistiger und materieller Kultur fortgeschrittenen rheinisch-westfälischen Landen, in denen das städtische Bevölkerungselement schon einen breiteren Raum einnahm¹, wuchs dem jungen politischen Gemeinwesen zugleich eine Fülle persönlicher Kräfte für den Dienst in Armee und Beamtentum hinzu. Es ist nicht zufällig, dass nach der allmählich vor sich gehenden Verschmelzung der verschiedenen Territorien die Zahl der höheren Militärs und Beamten immer geringer wird, die aus der Fremde oder aus anderen deutschen Landesteilen für den preussischen Staatsdienst gewonnen werden mussten. Es war eben auch für die intellektuellen Kräfte nach und nach der erzeugende Boden wie der Tummelplatz gewonnen worden. Die freieren Geister strebten heraus aus dem ständischen Sonderleben ihrer heimischen Landschaft, die für sich auf den Namen eines Staats keinen Anspruch hatte; sie weihten sich dem Dienste des Ganzen um so williger, je unscheinbarer ihr besonderes Heimatländchen diesem gegenüber sich ausnahm, je geringer das Recht auf politische Selbständigkeit war, das es in einer neuen Zeit geltend machen konnte.

Von den verschiedenen, getrennt gelegenen Territorialkomplexen, die Kurfürst Friedrich Wilhelm beim Antritt seiner Regierung überkam, war nun die Grafschaft Ravensberg dem Umfange nach eines der kleinsten Gebiete, an politischer, militärischer und auch wirtschaftlicher Bedeutung für den werdenden preussischen Staat gleichwohl nicht zu unterschätzen. Das nur wenig über 16 Quadratmeilen grosse, im südwestlichen Teile vom Teutoburger Walde durchzogene Ländchen konnte, als Kurfürst Johann Sigismund zugleich mit dem Pfalzgrafen von Neuburg davon Besitz ergreifen liess,

¹ Schmoller, Das Städtewesen unter Friedrich Wilhelm I, in der Zeitschrift für preussische Geschichte und Landeskunde, Bd. 10 S. 291 u. 292.

auf eine lange, wechselreiche Zeit kleinstaatlichen Regimentes zurückblicken. Seit Beginn des 12. Jahrhunderts hatten die Grafen von Ravensberg hier ihre Herrschaft ausgebreitet und ihr Gebiet während einer dritthalbhundertjährigen patriarchalischen Regierung gegen die allezeit begehrlichen und streitbaren geistlichen und weltlichen Nachbarn unter fortwährenden Kämpfen wacker behauptet. Indem nach dem Erlöschen ihres Mannesstammes die Grafschaft Ravensberg, bald darauf auch das Herzogtum Berg durch Heirat an die Herzöge von Jülich kam, und indem wiederum nach dem Aussterben dieser die ganze Ländermasse an die Herzöge von Cleve-Mark überging, hätte sich die kleine Grafschaft das Glück, nach und nach einem immer größeren politischen Machtgebiet sich angliedern zu dürfen, wohl zu nutze machen können, wenn nicht bei der auch hier recht fest gewurzelten ständischen Autonomie, der fragwürdigen Wirksamkeit der Landtage von Jöllenbeck und Wallenbrück und der eifersüchtig gewährten Indigenatsrechte ein wohlthätiger Einfluss einer umfassenderen Regierungsgewalt wieder paralysiert worden wäre.

Dem Großen Kurfürsten gewährte die Grafschaft vermöge ihrer Lage auf der großen Heerstrasse von der Mark Brandenburg nach seinen rheinischen Besitzungen einen militärisch wichtigen Stütz- und Ruhepunkt, dessen Bedeutung nach dem Erwerb von Minden und der festen Weserposition sich noch steigerte; aber auch vorher besaß die oft genannte Feste Sparenberg bei Bielefeld anerkannte strategische Wichtigkeit. In wirtschaftlicher Hinsicht war es möglich, die in der Hauptstadt des Ländchens, Bielefeld, im 16. Jahrhundert durch niederländische Einwanderer begründete Leinenindustrie und Flachsspinnerei durch eine wohlwollende, monarchische Fürsorge zu bedeutsamem Aufschwunge zu bringen und in dem sonst von der Natur nicht allzureich bedachten Gebiet, das Kurfürst Friedrich Wilhelm gern als „sein Spinnländchen“ zu bezeichnen liebte, eine industrielle Entwicklung anzubahnen, die dann die bisherige Ackerbaukultur ersetzen sollte. Das enge, in Alt- und Neustadt geschiedene Bielefeld lag an einem vielbenutzten Passe des das Gebiet der unteren Weser vom Niederrhein trennenden Teutoburger Waldes, besaß münsterisches Stadtrecht¹ und gehörte bereits in frühester Zeit, seit Ausgang des 13. Jahrhunderts, dem Hansabunde an; ihre Lage und die rührige Art ihrer Bewohner verhalfen der Immediatstadt sehr bald zu einer handelspolitischen Stellung. Hier befand sich auch neben einem besonderen Stadtgericht

¹ Fricke, Geschichte der Stadt Bielefeld und der Grafschaft Ravensberg, S. 266.

das erste Gogericht der Grafschaft, an welches von den beiden anderen zu Herford und Versmold die Appellation stattfand.

An der Spitze der Landesverwaltung stand der Drost, der meistens zugleich das Amt Ravensberg verwaltete, während den drei anderen Ämtern Sparenberg, Limberg und Vlotho Amtleute vorstanden. Ein Personal von Rentmeistern, Receptoren, Amtsschreibern und Vögten bildete die halb fürstliche, halb ständische Beamtenschaft, unter der der Rentmeister von Sparenberg, der meistens direkt mit dem Landesherrn unterhandelte, und der seine Thätigkeit über die ganze Grafschaft ausdehnende Landschreiber die angesehensten waren.

Unter dem nach ständischer Art erbberechtigten Beamtenpatriciat der Grafschaft begegnet uns nun seit dem Ende des 16. Jahrhunderts ziemlich häufig der Name Meinders¹. Schon um 1597 war ein Heinrich Meinders, der, aus Koesfeld im alten Münsterlande stammend, gewiß nicht ohne konfessionelle Beweggründe als der erste seines Namens aus seinem rekatholisierten Heimatlande nach der halb lutherischen Grafschaft gekommen war, Amtsschreiber zum Sparenberg, bekleidete dann mit Ehren das Amt eines Vogts zu Enger, wurde Rentmeister zum Sparenberg und auch Landschreiber. Als er zu diesem mehr landesherrlichen Amt noch das ständische eines Receptors zum Sparenberg erhalten sollte, hielten die Stände darauf, daß er ihnen einen Revers ausstellte, worin er erklärte, daß die ihm anvertraute Receptur kein Annexum seines bisherigen Amtsdienstes sei, sondern von der Ritterschaft dependiere.

Aus der Ehe dieses Heinrich Meinders mit Elisabeth von Rintelen² stammten zwei Söhne, von denen der älteste,

¹ Ich entnehme diese und die folgenden genealogischen Angaben einem zu Bielefeld in Privathänden befindlichen handschriftlichen Werke, das, bei Kletke, Quellenkunde des preussischen Staats, Bd. 1, S. 537, mit dem vollen Titel angeführt, gemeinhin Alemannsche Chronik genannt wird, nach dem Verfasser Wolf Ernst Alemann, zuletzt kurbrandenburgischer Kommissionssekretarius der Grafschaft Ravensberg. Das seit dem Jahre 1688 niedergeschriebene, zwei Quartbände von je fast anderthalbtausend Seiten füllende Chronikwerk, aus dem mir wortgetreue Auszüge vorgelegen haben, bietet reiches Detail über ravenbergische Beamte für das 17. und den Anfang des 18. Jahrhunderts und ist, da der Verfasser diesen Personen vielfach verwandtschaftlich und dienstlich nahestand — er war auch Erzieher der Söhne von Franz Meinders gewesen —, im allgemeinen zuverlässig, doch sonst nur von lokaler Bedeutung.

² Einer zweiten Ehe mit Mechtildis Heistermann entsproß Johannes Meinders, der wie seine Nachkommen, wahrscheinlich der Mutter folgend, katholischen Bekenntnisses war. Ein Sohn dieses ist der Urk. und Aktenst. zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm, Bd. 11, häufiger genannte paderbornische Rat Dr. jur. Conrad Meinders († 1673), ein weiterer Nachkomme der Geschichtschreiber Hermann Adolf Meinders.

Albert, später gleichfalls das Amt eines Receptors vom Sparenberg bekleidete und schliesslich den Titel eines Generalreceptors erhielt. Dieser war vermählt mit Anna Rhoden, einer Bielefelderin, die ihm drei Söhne und zwei Töchter schenkte. Die beiden Töchter verheirateten sich an ravenbergische Beamte, während zwei der Söhne, getreu den in der Familie herrschenden Traditionen, sich dem Dienste ihres Heimatländchens widmeten, der älteste, Heinrich, Dr. jur., als Syndikus der Grafschaft¹, der zweite, Johann, als Landschreiber und später als Amtskammerrat².

Nur der jüngste Sohn des Bielefelder Receptors Albert Meinders, der am 25. November 1630 geborene Franz, war berufen, seine Kraft nicht auch in der fesselnden Enge des Ravensberger Landes zu verbrauchen, sondern sie an etwas Grösseres setzen zu dürfen. Als sein eigentliches Vaterland wird ihm der werdende brandenburgisch-preussische Staat, dem er später seine Lebensarbeit weihen sollte, wohl ebenso wenig erschienen sein, wie dem Bewohner Preussens oder Cleves, doch eine sich überall Geltung verschaffende, aufstrebende monarchische Obergewalt, dazu die Beamtenatmosphäre in seinem väterlichen Hause werden ihm früh den Blick auf das Staatsganze gelenkt haben.

Der Wohlstand in der Receptorsfamilie war kein unbeträchtlicher und überdauerte auch die grosse, deutsche Sintflut des dreissigjährigen Krieges, unter dem die Grafschaft wiederholentlich recht arg zu leiden hatte. Um den Besitz des Sparenbergs bei Bielefeld wurde in den dreissiger Jahren mehrfach gerungen, und schwedische, kaiserliche und hessische Völker lagerten zu verschiedenen Malen im Lande. Oftmals wird der Knabe mit seinen Gespielen ängstlichen Blickes die wilden, verweterten Kriegerscharen betrachtet haben, die sich auf der Schildeschen Heide sammelten und dann Wochen und Monate hindurch das Land bedrückten. Ein wirres Bild zeigen auch die kirchlichen Verhältnisse Bielefelds um diese Zeit. Beide Kirchen der Stadt, die Altstädter wie die Neustädter, waren um das Jahr 1628 durch Gewalt wiederum in den Besitz der Katholiken gelangt³ und konnten erst nach Jahren ihren rechtmässigen Besitzern zurückgestellt werden. Zu den Schrecken des Krieges und dem Konfessionshader kamen

¹ Von ihm stammten Johann Heinrich und Christian Hermann Meinders, ausserdem eine Tochter, die zuerst mit Arnold Nottelmann, dann mit Daniel Delius vermählt war.

² Von ihm Arnold Heinrich (v.) Meinders, Obereinnehmer, Landschreiber, Amtskammerrat, Oberkriegskommissar und zuletzt preuss. Geh. Kriegsrat, ferner Clamor Hermann (v.) Meinders, „Legationssekretarius“, und die späteren adligen Nachkommen.

³ Zweiter Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg, 1878: Goebel, Die Einführung der Reformation in Bielefeld, S. 74.

dann noch Leiden, die das Land infolge der Doppelregierung auszustehen hatte, denn erst durch den Provisionalvergleich mit Pfalzneuburg¹ (1647) wurde es möglich, das Land an den Segnungen der brandenburgischen Regierung teilnehmen zu lassen.

Über die Jugenderziehung und den Bildungsgang des späteren brandenburgischen Geheimen Rats finde ich wenig überliefert. Von seinem um zwei Jahre älteren Bruder Johann wird berichtet², daß er in Bielefeld und Herford die Schule besucht, in Köln die Rechte studiert und auch eine zur förmlichen Kavalierstour ausgedehnte peregrinatio academica nach England, Holland und Frankreich unternommen habe. Viel anders werden wir uns auch den Erziehungsgang des jungen Franz Meinders nicht zu denken haben. Inmitten jener trüben Zustände aufgewachsen, hatte auch er, wie seine beiden älteren Brüder, sich dem Studium der Rechte gewidmet und den Grad eines Lic. jur. erlangt³. Mag er nun in Frankreich selbst, am Nieder- oder Oberrhein seinen akademischen Studien obgelegen haben, unzweifelhaft ist bei dem Mangel einer einheitlichen gelehrten Bildung jener Zeit neben der Blüte lateinischer Klassicität die fortgeschrittene litterarische Kultur der Franzosen auf seinen Bildungsgang von erheblichem Einfluß gewesen. In den Briefen aus seinen Jünglingsjahren nehmen lateinische Wendungen und Sentenzen einen breiten Raum ein, und noch als Greis liebte er es, gelegentlich in seine Briefe und Aktenstücke längere Citate aus Virgil, Horaz oder dem von ihm hochgeschätzten Tacitus⁴ einzustreuen, die er dann zuweilen, da klassische Kürze seinem Zeitalter so unendlich fern lag, mit einigen neulateinischen Zuthaten zu versehen keinen Anstand nahm. Das Französische schreibt er schon frühzeitig ganz korrekt, so daß er es in dem Grade der Beherrschung sich nur an Ort und Stelle angeeignet haben dürfte. Es war begreiflich, wenn die Anwartschaft auf die Landschreiberstelle seiner Heimat, die er nach Ale-

¹ v. Moerner, Kurbrandenburgs Staatsverträge, S. 136.

² Koenigs, Collectio genealogica (Manuscripta Borussica der Königl. Bibliothek zu Berlin), Bd. 59 s. v. Meinders.

³ Küster, Altes und Neues Berlin, 3. Abt., S. 561, giebt an, daß Franz Meinders gleichfalls in Köln studiert habe. Durch die unlängst zum Vorschein gekommene, die Jahre 1629 bis 1709 umfassende Matricula sexta der Kölner Universität ist diese Angabe nach einer gütigen Mitteilung des Herrn Gymnasialdirektor Schmitz in Köln nicht zu erhärten. Dagegen gewinnt die Annahme, daß Franz Meinders in Straßburg, nach dem Niedergange Wittenbergs lange Zeit der Hauptsitz protestantischen Geisteslebens, studiert habe, an Wahrscheinlichkeit durch Urk. u. Aktenst. XIII, S. 648: „Ich habe hier viele alte Bekannte und sein die Leute sehr willig und gut genug“ u. s. w.

⁴ „un des plus sages Romains et historiographe du monde“. Meinders à Waldeck, 11. mars 1691 (Arols. Arch.).

manns Chronik besaß, seinem Ehrgeiz keine frühzeitigen Schranken setzte. Durch den Grafen Georg Friedrich von Waldeck, den mehrjährigen glücklichen Leiter der Politik Friedrich Wilhelms von Brandenburg, sollte ihm denn auch ein weiterer Wirkungskreis eröffnet werden.

Seitdem einer der Vorfahren des westfälischen Reichsgrafen, ein Philipp von Waldeck, am Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts Statthalter der Grafschaft Ravensberg gewesen war¹, unterhielt das Geschlecht lebhaft Beziehungen zu jenem Lande, zumal die Grafschaft Pyrmont nur durch die Lippeschen Lande von Ravensberg getrennt war. Dazu kam, daß Graf Georg Friedrich im Dienste des Kurfürsten vor und nach dem jülichischen Kriege zu verschiedenen Malen in Bielefeld weilte. Wahrscheinlich im Herbst des Jahres 1653, als Waldeck sich zur Kräftigung seiner Gesundheit für mehrere Monate in seine Stammlande zurückgezogen hatte², wird er den 23jährigen Sohn des Bielefelder Receptors für seine Dienste gewonnen haben. Der federgewandte, lebhaft und wohlgestaltete Licentiat schien ihm als Sekretär vor allem bei seinen großartigen Unionsplänen, die eine umfangreiche Korrespondenz erforderten, eine geeignete Hilfskraft zu sein. Wenn Meinders, wie er später einmal andeutet³, bereits in dieser Zeit auch auf den Dienst des Kurfürsten vereidigt worden ist, was bei der eingehenden Kenntnis, die er von den wichtigsten Staatsgeschäften in seiner Stellung erhalten mußte, gewiß angezeigt war, war er doch andererseits lediglich von Waldeck abhängig, lebte in dessen unmittelbarer Umgebung und wurde von ihm auch vielfach in waldeckischen Angelegenheiten verwendet.

Dem Grafen war es um diese Zeit gelungen, als eigentlich dirigierender Minister ganz das Ohr des Kurfürsten für seine Pläne zu gewinnen. In einem von ihm diktierten Reskript vom 16. April 1654⁴ an den Gesandten am Regensburger Reichstage, Christoph Kaspar von Blumenthal, das den entscheidenden Ausdruck für die durch Waldeck veränderte Stellung Brandenburgs dem Wiener Hofe gegenüber

¹ Culemann, Ravensbergische Merkwürdigkeiten, Minden 1747, 1. T., S. 32.

² Erdmannsdörffer, Graf Georg Friedrich von Waldeck, Berlin 1869, S. 71.

³ Er versichert in einer Rechtfertigungsschrift an den Kurfürsten vom 16. Dez. 1685 seine Treue bei seinen „für 32 Jahren bereits geleisteten schweren Pflichten“ (Geh. Staats-Arch.). Bezüglich der Datierung habe ich in der gesamten Abhandlung, wenn nichts anderes angegeben, den alten Stil beibehalten zu müssen geglaubt.

⁴ Das Schreiben trägt folgenden Vermerk. „Dieses Schreiben haben Se. Excellenz der Herr Graf von Waldeck an den Herrn von Blumenthal angegeben und ist gestern im Rath verlesen, auch von Sr. Ch. Dchl. beliebt worden“ (Geh. Staats-Arch.).

bildet¹, begegnet uns zum erstenmal die zierliche, schwungvolle Hand des jungen Sekretärs in einer bedeutungsvollen Staatsangelegenheit. Der plötzlich ausbrechende schwedisch-polnische Krieg, der den genialen Plänen Waldecks ein unerwartetes Ende bereitete, entführte auch Meinders von der märkischen Hauptstadt auf den preussischen Kriegsschauplatz. Und wie er bisher seine Feder wesentlich in diplomatischen Geschäften hatte führen müssen, so war jetzt die Zeit, sie im Dienste der Heeresverwaltung zu gebrauchen. Fast endlose Konvolute von Erlassen und Befehlen des Grafen von Waldeck an die Commandeure einzelner Truppenteile über Marschbewegungen und Rekrutierungen, über Unterbringung und Verpflegung der Truppen², sowie ein großer Teil der militärischen Korrespondenz Waldecks mit seinem kurfürstlichen Herrn sind von Meinders Hand geschrieben und im Arolser Archiv wohl erhalten. Wuchs so der junge Sekretär ganz in den Geschäftskreis seines Herrn hinein, so konnte es damals nicht ausbleiben, daß man seinen Einfluß auf diesen auszunutzen trachtete. Aber mit einer für jene Zeit ungemein wohlthuend berührenden Festigkeit der Gesinnung lehnte er Anerbietungen ab, die seinen eigenen, gewiß nicht allzureichlich bemessenen Sold auf Kosten seines Pflichtgefühls zu vermehren geeignet waren. Wenn zu dem allmählich erstarkenden sittlichen Bewußtsein jener Zeit das brandenburgisch-preussische Beamtentum unbestreitbar ein gutes Teil beigetragen hat, so konnte in der im Werden begriffenen Armee die hergebrachte Lust an Betrugereien und der Geist der Zuchtlosigkeit, der oftmals den gerechten Zorn Wallhausens herausgefordert hatte, nur durch eine starke fürstliche Vollgewalt und nur allmählich unterdrückt werden. Die Erziehung des Heeres zu Ordnung und Zucht, die die fürstliche Gewalt, unterstützt von einer treu ergebenen Schar von Beamten der Civilverwaltung, auf sich nahm, wurde dann zugleich eine Volkserziehung im edelsten Sinne des Wortes.

¹ Erdmannsdörffer, Graf Georg Friedrich von Waldeck, S. 142.

² Wie weitgehend die selbst die militärischen Operationen hemmenden kommunalen Autonomiegelüste in Preußen waren, illustriert der Umstand, daß nicht nur Städte wie Königsberg und Bartenstein gelegentlich die Aufnahme der Truppen verweigerten (s. Droysen, Gesch. der Preuß. Politik III, 3, S. 383), sondern auch Städtchen wie Zinten. Ein Hauptmann A. W. von Aulock bittet Meinders (d. Königsberg 8. Mai 1656) in betreff der schlechten Lage seiner Truppe bei Waldeck vorstellig zu werden und ersucht wiederholt um eine Ordre an die Stadt Zinten, die nachkommenden Soldaten zu verpflegen. „Weil solches Ordre ausgeblieben und der gefreite Korporal gestorben, sind die übrigen weggelaufen wegen Mangel des Unterhalts, da die Stadt ihnen nichts mehr geben wollen, und noch die Kranken, die da sind, wollen sie selbige, wie man mich berichtet, auf die Straßse setzen“ (Arols. Arch.).

Leicht war die Aufgabe eben nicht. Ein gewisser Johann Vogt, Beamter in der Heeresverwaltung, schreibt am 9. April 1656 aus Tilsit an Meinders, „dafs der Cornet Waldau begehret, Mons. Meinders zu erwähnen, wenn es durch dessen Vermittlung geschehen könnte, dafs er die Lieutenants- und der Kapitänlieutenant die Rittmeistergage bekämen, wollten sie beiderseits eine ansehnliche Discretion an Mons. Meinders abzutragen wissen“. Die Antwort, die Meinders den beiden Herren zukommen liefs, kann keinesfalls sehr entgegenkommend gewesen sein, denn am 18. Mai schreibt Vogt abermals: „Was den Kapitänlieutenant und Cornet Waldau betrifft, werden selbige hinfüro sich schon zufrieden geben, nachdem sie ihr Äufserstes und mit etwas Unbilligkeit versucht“¹.

Gereicht in Anbetracht des sittlichen Standes der Zeit dieser Vorfall dem Pflichtgefühl des jungen Sekretärs zur Ehre, so trug andererseits sein jugendfrohes, liebenswürdiges Naturell dazu bei, dafs an dem kleinen Hofstaate, den der westfälische Graf für sich und seine Gemahlin mit nach Preussen geführt hatte, bei allem Verständnis für den Ernst der Zeit auch Scherz und Heiterkeit gern gesehene Gäste waren. Gegenseitig vermittelte Lektüre beliebter französischer Modeschriftsteller und auch die Laute des jungen Musikfreundes² kürzten die Mufsezeit eines halb höfischen, halb soldatischen Lagerlebens.

Kurz nach der Warschauer Schlacht jedoch, der Meinders im Gefolge des Kurfürsten und Waldecks beiwohnen sollte, fand seine bisherige Wirksamkeit ihren Abschluß.

In nähere persönliche Beziehungen kam der Sekretär Waldecks mit dem Kurfürsten zum erstenmal zur Zeit jener diplomatischen und kriegerischen Verlegenheitslage kurz vor dem Königsberger Vertrage, als Brandenburg noch nicht mit Schweden gebrochen hatte, aber doch auch bereits aus seiner vollkommen neutralen Stellung herausgetreten war. Waldeck beabsichtigte das von Wirballen her anrückende Corps des schwedischen Generals de la Gardie anzugreifen, welcher darnach strebte, die mit dem Kurfürsten durch den Vertrag von Rinsky (November 1655) verbündeten drei Woiwodschaften Kulm, Marienburg, Pommerellen und das Ermeland zu besetzen und sich mit dem von Süden her anrückenden Corps Stenbocks zu vereinigen. Waldeck erbat wegen der Unabkömmlichkeit in seiner kritischen Stellung vom Kurfürsten die Erlaubnis, ihm durch seinen Sekretär

¹ Arols. Arch.

² Meinders à Jean Georg Ortgies (seinem Vetter und Nachfolger bei Waldeck, dann Sekretär Ernst Augusts von Osnabrück) Cologne (s. l. Sp.) 14. jul. 1660: „N'oubliez pas les Lettres de Balzac et celle de V(?)erron avec le luthé, si Mad.^{me} la Comtesse n'en jouve plus“ (Arols. Arch.).

seinen strategischen Plan darlegen zu dürfen, was ihm durch besonderes Reskript gestattet wurde¹. Nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Memorial trug Meinders den Plan Waldecks dem Kurfürsten vor, aber ohne daß dieser sich entschließen konnte, diesmal dem kriegerischen Andrängen Waldecks nachzugeben.

Rasch aber wechselten in diesem nordischen Frühlingssturm der brandenburgischen Geschichte die Bilder. Es war mit Aufträgen völlig anderer Art, daß Meinders Ende Mai 1656 von Waldeck an den Kurfürsten nach Königsberg gesendet wurde. Das Zustandekommen des Marienburger Bündnisses mit Schweden war im letzten Augenblicke durch den gegen Waldeck ankämpfenden Teil der Geheimen Räte gefährdet worden². Meinders, der schon bei den Verhandlungen in Frauenburg und dann in Marienburg Waldeck zur Seite gestanden hatte³, gelang es, die letzten Bedenken des Kurfürsten zu zerstreuen. Die Straße nach Warschau war frei. Wie hätten da die folgenden Ereignisse, verbunden mit dem persönlichen Eindruck, den der junge, stattliche Interpret des Waldeckschen Planes auf den Kurfürsten machte, ohne direkten Einfluß auf seine ferneren Lebensschicksale bleiben können!

¹ vom 9. Nov. 1655 (Arols. Arch.).

² Erdmannsdörffer, Graf Georg Friedrich von Waldeck, S. 381.

³ Waldeck à Meinders, 9. sept. 1682: „En votre présence et avec votre aide faisant le traité de Marienbourg . . .“ (Arols. Arch.).

II.

Laufbahn in den Ämtern der Heeresverwaltung des brandenburgisch-preussischen Staats und erste diplomatische Sendungen.

Wenn ich es nicht zu sagen wußte, welches die Zukunftspläne des Licentiaten der Rechte waren, ehe er in die Dienste Waldecks trat, so leuchtet doch ein, daß ihm mit diesem Augenblick eigentlich schon der Weg gewiesen war, indem dem aufsteigenden Hohenzollernadler, dessen jugendlich kräftige Flügelschläge er nun zu beobachten fortwährend Gelegenheit hatte, fortan ganz zu folgen, der schönste Inhalt seines Lebens scheinen mußte. Einem klaren Blick mußten schon nach dem Anfall der jülichischen Erbschaft und den Erwerbungen des westfälischen Friedens die Perspektiven eines norddeutschen Großstaates erkennbar sein, und dem genialen Fürsten eines solchen Staatswesens zu dienen, konnte, vollends nach der Schlacht von Warschau, für einen jungen Juristen nur ganz besonders ehrenvoll und lohnend erscheinen. Am 21. September 1656 durfte er denn auch dem an der Spitze der waldeckischen Landesregierung stehenden Kanzler Vietor hocherfreut aus Königsberg melden, daß er „ohnlängsten, nihil tale vel somnians, zu Sr. Ch. Dchl. von Brandenburg Geheimbden und Kriegs-Secretario — weil der Vorige in expeditione Varsaviensi gestorben — berufen“ worden sei. In der Bestallung (4. Sept. 1656), die einen jährlichen Gehalt von 300 Rthlr. auswarf, wird dem jungen Beamten zugleich versprochen, „wenn demnächst Änderungen unter den Kammersekretären vorgingen, ihm keinen anderen vorzuziehen“. Waldeck selbst hatte an dieser Berufung keinen direkten Anteil¹, bekundete aber mehrfach

¹ Waldeck à Meinders, 9. sept. 1682: Vous savez que dans ce temps-la (pendant la marche vers la Masovie) S. A. E. vous prist en

seine Genugthuung über des Kurfürsten Wahl. Wie Meinders in seinem neuen Dienstverhältnis den waldeckischen Kanzler bittet, ihm „die jederzeit verspürte Zuneigung zu bewahren“, so ist er selbst dem Grafen Georg Friedrich auch nach dessen Austritt aus brandenburgischen Diensten in innigster Dankbarkeit ergeben geblieben. Bereitwilligst nahm er eine Vermittlerrolle auf sich, um Waldeck wieder in den Genuß der ihm bei seinem Austritt entzogenen Lehnsgüter gelangen zu lassen; die Korrespondenz zwischen ihnen nimmt zusehends einen freundschaftlichen Charakter an und setzt sich dann, bald mehr bald minder frequent, bis zu dem Tode Waldecks fort. Diesem wurde es durch Meinders erleichtert, auch wieder nach und nach mit brandenburgischen Staatsmännern, seinen früheren Gegnern Otto von Schwerin und Friedrich von Jena, dem Fürsten von Anhalt, Blaspeil, Somnitz, Canstein und anderen in Verkehr und Meinungsaustausch zu treten. Er hatte die Bedeutung des brandenburgischen Staatswesens während seiner Ministerschaft ermessen gelernt und ahnte als einer der freiesten politischen Köpfe seiner Zeit, daß er auch in Zukunft bei seinen Plänen stets mit diesem zu rechnen haben würde. Es wird sich auch später zeigen, daß der Einfluß Waldecks auf den Gang der brandenburgischen Politik kein geringer verblieb, und daß besonders während des ersten und vor Beginn des zweiten französischen Eroberungskrieges der Kurfürst selbst, bei der ihm eigenen Behutsamkeit und Gründlichkeit in der Prüfung seiner Maßnahmen, den Rat Waldecks persönlich wie in Gestalt von Gutachten und Denkschriften in Anspruch nahm.

Meinders aber begann allmählich in der ganz besonderen Gunst und Liebe des Kurfürsten sich einen Platz zu erobern, und er muß wohl Eigenschaften besessen haben, die ihn derselben wert erscheinen ließen. Als Kriegssekretär in Verwaltungsgeschäften der jungen brandenburgischen Kriegsmacht hatte er sich sehr bald sowohl auf dem preussischen wie dänischen Kriegsschauplatze, immer in unmittelbarer Umgebung seines Herrn, als einer der fähigsten jüngeren Beamten erwiesen, war dann wirklich in den auf den Frieden von Oliva folgenden Jahren auch in der Kammerverwaltung beschäftigt und „Geheimer Kriegs- und Kammersekretär“ geworden, so daß er schon im Sommer 1663 während der Verhandlungen, die aus Anlaß der Huldigung der preussischen Stände stattfanden, in Königsberg den Ratstitel erhielt¹. Den wesentlichsten Teil seiner bisherigen Funktionen behielt er jedoch

service sans mon iusu et comme j'en temoignois de la satisfaction sachant votre capacité pour la charge de Secrétaire de Guerre (Arols. Arch.).

¹ Aus der Bestallung zum Hof- und Kriegsrat vom 6. Juli 1667 (Geh. Staatsarch.).

auch weiter, und diese, die ihn mit den beiden großen Zweigen des staatlichen Finanzwesens, der Kammerverwaltung und der sich allmählich herausbildenden Kommissariatsverwaltung, vertraut machten, ließen ihn das Wesen des Staats, dem er diene, bis ins einzelne kennen lernen. Während der von wichtigen inneren Neuschöpfungen belebten, mit den bittersten Ständekämpfen erfüllten sechziger Jahre stand er seinem Herrn als ein die Rechte unbedingter Souveränität vertretender Beamter unentwegt zur Seite. Vor allem aber nahm er den hervorragendsten Anteil an dem langsamen, mühevollen Ausbau eines dauernden national-staatlichen Heeres, das erst nach der im Jahre 1653 erfolgten sechsjährigen Steuerbewilligung durch die brandenburgischen Stände¹ hatte anfangen können, sich allmählich an die Stelle des bisherigen halb verwilderten Söldnerheeres zu setzen, in das überall noch sichtbare Reste der alten Lehnverhältnisse trümmerhaft hineinragten. Seiner Feder verdanken wir heute noch einen sicheren Teil unserer Kunde des brandenburgischen Heeres jener Zeit².

Am Hofe suchte er dem gefährlichen Intriguenspiel klug und vorsichtig, doch fast allzuängstlich aus dem Wege zu gehen. „Sonsten ist mir zwar nicht verboten Ew. Exc. zu schreiben“, berichtet er an Waldeck, als dieser noch beim Kurfürsten in Ungnade stand, „Sie kennen aber naturam et genium aulae nostrae und wie leicht jemand in Mißtrauen geraten kann“³. Außer der anerkennungsvollen Gunst seines über allem Parteigetriebe stehenden, gerechten Fürsten bot ihm noch einen Rückhalt seine im Jahre 1665 vollzogene eheliche Verbindung mit Luise Eleonore Heydekampf, der ältesten Tochter des kurfürstlichen Rats und Geheimen Kämmerers Christian Sigismund Heydekampf, des ersten Kassenbeamten der kurfürstlichen Privatschatulle, der alten „kurfürstlichen Kammer“ und bis zur Bildung der Hofstaatsrentei auch des obersten Staatskassenbeamten. Für die am 19. Sept. „auf dem Fürstlich (so!) Schöningschen Hause“ in Berlin stattfindende priesterliche Kopulation durfte er es dann schon wagen, seinen Gönner, Georg Friedrich von Waldeck, um seine Anwesenheit zu bitten und auch darum „mit dem Tractement, so nachgehends zur Hand geschafft werden kann,

¹ Schmoller, Die Entstehung des preussischen Heeres von 1640 bis 1740, in Deutsche Rundschau Bd. XII (1877. 3.), S. 258.

² Die Darstellung bei Hirsch, Die Armee des Großen Kurfürsten und ihre Unterhaltung während der Jahre 1660—1666 (Histor. Zeitschr. N. F. Bd. 13, S. 244 ff.) stützt sich an archivalischem Material wesentlich auf zwei im Archiv des großen Generalstabes befindliche Aktenkonvolute, die zum allergrößten Teil von Meinders Hand geschrieben sind.

³ Undatierter Brief, jedenfalls aus dem Jahre 1661 (Arols. Arch.).

gnädigst vorlieb zu nehmen“¹. In dem angesehenen Hause seines Schwiegervaters fand sich der Kurfürst oft gastlich ein und suchte, zuweilen inmitten einer auserlesenen Gesellschaft seines Hofes, die Betrübniß, in die ihn der Tod seiner ersten Gemahlin versetzt hatte, auf Stunden zu verscheuchen². Auf seinen Reisen begleitete ihn Meinders sehr oft, mochte es gelten, die ersten Anordnungen für den Müllrosekanal zu treffen³, mochten die Ständekämpfe am Rhein in Verbindung mit den politischen Verwicklungen der Niederlande oder die Angelegenheiten Preussens samt dem polnischen Wesen dort seine Anwesenheit erforderlich machen. Am 8. Juli 1667 war Meinders dann wegen seiner „sowohl in Etats- und Kriegsaffecten, sowohl bei Friedenszeiten, als auch in unterschiedenen Feldzügen“ geleisteten guten Dienste zum Hof- und Kriegsrat ernannt worden. An barem Gehalt bezog er in dieser Stellung jährlich 500 Rthlr. und zwar aus den Einkünften, die der „Landrentmeisterei-Verwalter“ Glandorf in Ravensberg an die kurfürstliche Schatullkasse⁴ zahlte. Dem Range nach war der dem Kollegium beigegebene Kriegsrat, wie die Bestallung ausdrücklich hervorhebt, den Kammergerichtsräten gleichgestellt, und nur diejenigen von diesen sollten vor ihm rangieren, die vor seiner Ernennung zum Rat (1663) bereits Kammergerichtsräte gewesen waren. Der 36jährige Beamte hatte eben einen wesentlichen Zuwachs von Geschäften dadurch erhalten, daß er gleichzeitig die Verpflichtung überkam, „den Verhören im Geheimen Rat, da von Verpflegung der Soldatesque oder von Kontributionen etwas vorgehet“, beizuwohnen. Die bisher vorzugsweise als „Geheime Räte zu den Verhören“ bestellten Kammergerichtsräte bedurften notwendigerweise nach Schaffung eines stehenden Heeres und nach Einrichtung eines umfassenden staatlichen Kontributionswerkes speciell in der Heeresverwaltung geschulter Ergänzungskräfte. Dadurch hob sich diese Kategorie von Beamten zeitweise noch mehr von dem größeren Kollegium des Geheimen Rats

¹ Chr. Sig. Heydekampf und Fr. Meinders an Waldeck, 28. Aug. 1655 (Arols. Arch.).

² Schatzrat v. Spörcke an die Herzoge Georg Wilhelm und Ernst August von Hannover, Berlin 15. Februar 1668: „Gestern ist doch der Kurfürst zum ersten Male in der Stadt allhier und zwar bei Herrn Heydekampf zu Gaste gewesen, da Sie dann bis 4 Uhr verblieben und ziemlich lustig sich erzeigten. Es waren die drei Prinzessinnen von Hofe, als Pfalz-Simmern, Anhalt und Churland nebst anderen Freundinnen mit allda“ (Arols. Arch.).

³ Meinders à Waldeck, 17. Juin 1662: V. Exc. connaît le naturel de notre Prince et la passion, qu'il a de pousser et d'achever des desseins de cette nature, ce qui nous en fait esperer un heureux succès (Arols. Arch.).

⁴ Aus den im Archiv des Kriegsministeriums befindlichen, sieben Pergamentbände füllenden Rechnungen der Schatullkasse des Kurfürsten („Sr. Churf. Dchl. Kammer“).

als eine Specialbehörde ab; sie ist der erste Keim einer kollektionalen Centralbehörde für die Heeresverwaltung.

Die Kontribution begann sich gerade in den letzten sechziger Jahren für die Städte allmählich in die Accise umzuwandeln. Die Aenderung, die man damit nur in dem modus collectandi vorzunehmen glaubte¹, hat sich dann von der weittragendsten Bedeutung für die Finanzen des preussischen Staats erwiesen. Es war eine Quelle segensreicher Arbeit für die Behörde gegeben, auch wenn, was anzunehmen ist, ein großer Teil der einschlagenden Streitigkeiten, ohne an den Geheimen Rat zu kommen, erledigt wurde, namentlich bei den Kommissariaten und dem Generalkriegskommissar². Die Geschäfte der Verpflegung der Truppen, der Intendantur mußten mit dem Anwachsen der stehenden Truppen sich stetig vermehren und an Bedeutung und Schwere der Verantwortung zunehmen. Es begann eben die Heeresverwaltung in raschem Schritt einer der bedeutendsten Zweige der Staatsverwaltung zu werden und überall fördernd und reformierend auf diese einzuwirken.

Trotz der glänzenden Neuschöpfungen des Großen Kurfürsten auf dem Gebiete der inneren Staatsverwaltung, einer stehenden Armee und einer mehr geordneten Finanzverwaltung, der Aufrichtung einer starken monarchischen Gewalt gegenüber den Ständen ist es doch immer die straffe Anspannung nach außen hin, die die Regierung des Großen Kurfürsten charakterisiert. In dem unaufhörlichen, schwindelerregenden diplomatischen Schaukelspiel der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, dem sogenannten klassischen Zeitalter der französischen Diplomatie, galt es auf jede Art sich aufrecht zu halten. Und es ist deshalb nicht zufällig, daß wir viele seiner hervorragendsten Staatsmänner vorzugsweise mit den auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt sehen, bildete sich doch für die verwickelten rheinisch-holländisch-französischen Verhältnisse eine ganz besondere Schule von diplomatischen Vertretern heraus, wie die Weimann, Blaspeil, Romswinkel, Copes und andere³, während es bis zum westfälischen Frieden in Deutschland überhaupt eine Diplomatie im heutigen Sinne kaum gab.

Auch Meinders sollte in jenen Gebieten später einen großen Teil seiner diplomatischen Thätigkeit entfalten, wie er denn auch den ersten Schritt von mehr selbständiger Be-

¹ v. Thiele, Nachricht von der kurmärkischen Kontributions- u. Schofseinrichtung. Halle u. Leipzig 1768, S. 92.

² Ich komme auf das Verhältnis des Geheimen Rats zur Heeresverwaltung an einer späteren Stelle zurück.

³ Allgemeine Deutsche Biographie Bd. 2. s. v. Blaspeil, von Erdmannsdörffer, und Erdmannsdörffer, Der Große Kurfürst, in Gottschalls „Der neue Plutarch“ Bd. 6. S. 24.

deutung aus Anlaß der westdeutschen Verwicklungen zu thun veranlaßt wurde.

Im Oktober des Jahres 1665 begab sich der Kurfürst, um bei dem möglicherweise weitere Dimensionen annehmenden Kriege des Bischofs von Münster mit der Republik der Niederlande den Ereignissen näher zu sein, mit einem Teile seiner Armee und einem Stabe von auserwählten Beamten, dem Oberpräsidenten von Schwerin, dem Fürsten Johann Georg von Anhalt, dem Grafen Dohna, Generalkriegskommissar v. Platen, Friedrich von Jena, Meinders und anderen nach Cleve. Bei den Herzogen von Braunschweig und dem Casseler Hofe setzte er unterwegs seine vielseitigen Friedensbemühungen¹ fort. Auch der junge, der Pflege von Kunst und Wissenschaft eifrigst zugewandte Bischof von Paderborn, Ferdinand von Fürstenberg, in dem ein neunjähriger Aufenthalt in Rom an dem litterarisch-bewegten Hofe des ihm innigst befreundeten Papstes Alexander VII (Chigi) den Sinn für sein deutsches Vaterland nicht zu ersticken vermocht hatte², sollte für die friedlichen Absichten des Kurfürsten gewonnen werden. Meinders war mit dem jungen Prälaten bereits in seinen Jünglingsjahren bekannt geworden³ und schien auch sonst dem Kurfürsten zu einer diplomatischen Sendung an jenen die geeignetste Persönlichkeit. Durch seine verwandtschaftlichen Beziehungen — von der zweiten Ehe seines Großvaters rührten mehrere teilweise an geistlichen Fürstenhöfen in hervorragenden Stellungen thätige katholische Familienangehörige her — stand er ohnehin katholischem Wesen näher, mochte mit den Sitten und Gebräuchen an einem geistlichen Hofe vertrauter als die meisten anderen kurfürstlichen Beamten sein und konnte so einem Mangel abhelfen, der auch später in der Geschichte Preussens zeitweise sich recht fühlbar gemacht hat.

Von Cassel aus machte sich Meinders am 25. Oktober nach der Residenz des Bischofs auf, dem am Zusammenfluß der Lippe und Alme gelegenen Schloß Neuhaus. Nach seiner umfangreichen Instruktion hatte Meinders den Bischof zu sondieren, ob und mit welchen katholischen Fürsten sein kriegslustiger, geistlicher Nachbar in Münster etwa noch in

¹ Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Bd. 11, S. 620.

² Biographie von Micus in Fürstenbergs Monumenta Paderborn. Paderborn 1844.

³ Waldeck hatte sich im Juli 1679 über Gewaltthaten einiger Truppen des Bischofs, der damals schon gleichzeitig auch das Bistum Münster innehatte, zu beklagen, und rief den in Paris weilenden Meinders um seine Unterstützung an. Dieser erwiderte, daß ihm jene Nachricht sehr überraschend gekommen sei. „Je n'eusse jamais crû que ce prélat que j'ai connu depuis 30 ans en fut capable“ (Arols. Arch.).

Verbindung stehe. Meinders erfuhr, daß dieser bei Pfalz-Neuburg und Köln bisher vergebens intrigiert habe, daß andere katholische Fürsten sich in die Händel des Bischofs mit den Niederlanden nicht mischen wollten. Der Papst und selbst das Domkapitel zu Münster seien mit diesem Kriege durchaus nicht einverstanden, obgleich letzteres aus Furcht vor dem streitbaren Herrn seinen Widerspruch nicht laut werden lassen dürfe. Nur für den Fall, daß der Bischof völlig unterliegen sollte, könnte er von katholischer Seite und vielleicht auch von Frankreich Hülfe erwarten. Das entscheidende Moment für die gegenwärtige und zukünftige Haltung des Paderborner Bischofs lag jedoch in der That-
sache, daß er selbst auf die Succession im Stifte Münster hoffte. Er wäre schon jetzt Koadjutor, äußerte er zu Meinders, wenn nicht dieses leidige Unwesen ins Mittel gekommen wäre. Er müsse, so sehr er das Kriegstreiben des Bischofs von Münster mißbillige, doch „seine Freundschaft etwas menagieren“, weil dieser sonst leicht einem Prinzen des Hauses Pfalz-Neuburg auf den Bischofssitz Anwartschaft verschaffen könne. Damit wußte man brandenburgischerseits vorderhand genug und brauchte nicht zu fürchten, daß die Bemühungen zur Beilegung der kleinen Händel, die doch jeden Augenblick größere Dimensionen annehmen konnten, in letzter Stunde durch eine größere katholische Koalition zu Gunsten des Münsteres vereitelt würden. Fortgesetzte vertrauliche Mitteilungen Fürstenbergs über die Ansichten Bernhards von Galen¹ erleichterten dem Kurfürsten das Zustandekommen des Friedens zwischen dem Bischof und den Niederlanden. Meinders selbst blieb zum öfteren Verdrufs des Grafen Waldeck², dessen Haß gegen alle seine geistlichen Nachbarn, ausgenommen — recht unverdientermaßen — die Kölner Fürstenberge, nur noch von dem gegen Frankreich übertroffen wurde, dem lebenswürdigen Prälaten³ innigst befreundet. Auch als dieser noch den Stuhl von Münster eingenommen hatte und so zu einem der bedeutendsten Kirchenfürsten Deutschlands geworden war, konnte Meinders diese Freundschaft dem Interesse seines Herrn dienstbar machen.

¹ Urk. und Aktenst. Bd. 11 S. 663 ff. Die Korrespondenz wurde zum Teil mit Benutzung einer von Meinders dem Bischof zurückgelassenen Chiffre geführt. Fürstenberg an Kurfürst Friedrich Wilhelm, 17. Nov. 1665 (Geh. Staats-Arch.).

² Waldeck à Meinders, 5. janv. 1672: . . . esperant, que notre amitié ne sera détruite par celle de l'Evesque de Paderborn, qui est fort favorisé. — Waldeck à Meinders, 30. sept. 1682: J'ai fait ce que j'ai pu pour servir M. l'Evesque de Munster (Ferdinand) et cela plutôt en consideration de S. A. E. et de vous, vous sachant si grand ami de ce Prince que nulle autre (Arols. Arch.).

³ Charakterschilderung in „Memoires du . . . Pomponne, publ. p. Mavidal. Paris 1860. Bd. 1 S. 382 ff.

Ganz anderer Art, als der ruhige gemäßigte Bischof von Paderborn, war der Mann, mit dem der Kurfürst bei Beginn des Jahres 1666 von Cleve aus aufs neue in Unterhandlungen politischer und kirchlicher Natur getreten war, der rührige, projektenreiche, antibrandenburgische Mitteilhaber der Jülich-Cleveschen Erbschaft, Pfalzgraf Philipp Wilhelm. Hatte die Hoffnung auf die polnische Krone, zu deren Erwerbung in einem unter Meinders' Mithülfe zu stande gekommenen Vertrage¹ Brandenburg ihm behülflich zu sein versprochen hatte, ihn zeitweise geneigter gemacht, auf die brandenburgischen Forderungen hinsichtlich der kirchlichen Verhältnisse in seinen Landen einzugehen, so suchten desto rücksichtsloser die an seinem Hofe allmächtigen Jesuiten der protestantischen Sache den Garaus zu machen.

Die Frage, ob das im Provisionalvergleich von 1647 angenommene Normaljahr 1612 oder das in dem ein Jahr später publizierten westfälischen Friedensinstrument festgesetzte, den Katholiken weit günstigere Jahr 1624 für die Regelung des kirchlichen Besitzstandes entscheidend sein sollte, war nach dem nicht ratifizierten Vertrage von Dorsten wiederum der Gegenstand längerer Verhandlungen geworden. Der Kurfürst erklärte sich schliesslich bereit, für die Lande des Pfalzgrafen das letzte Jahr als maßgebend zu betrachten, wenn den dortigen Evangelischen noch an einer Reihe anderer Orte der öffentliche Gottesdienst gestattet würde. Zur Unterstützung eines dahin gehenden, dem pfalzneuburgischen Gesandten von Cleve aus mitgegebenen Vertragsprojektes sandte der Kurfürst am 23. Juli 1666 Franz Meinders an den Hof des Pfalzgrafen nach Benrath bei Düsseldorf².

Meinders begann seine Unterhandlung recht geschickt mit der Verlesung eines Berichtes des brandenburgischen Residenten in Stockholm, von Crockow, der vom Kurfürsten weitere Vollmacht zu Unterhandlungen mit dem auch von der Gegenpartei umworbenen Schweden wegen der polnischen Kandidatur des Pfalzgrafen erbat. Der junge Unterhändler betonte die Bereitwilligkeit des Kurfürsten, hierauf noch weiter einzugehen, „wenn nur die Successionssache und insonderheit der punctus religionis, als woran es doch fast allein hafte, zur Richtigkeit gebracht wäre“. Der redegewandte Pfalzgraf führte, um die Zulänglichkeit der bisherigen Fürsorge für die Evangelischen zu erhärten, alles mögliche ins Feld, den westfälischen Frieden und ältere Reichsgesetze, politische und religiöse Doktrinen, kirchengeschichtliche That-

¹ v. Moerner, Kurbrandenburgs Staatsverträge S. 286.

² Lehmann, Preussen und die katholische Kirche I, S. 67 und S. 187, wo die umfangreiche Relation Meinders', der ich folge, wörtlich wiedergegeben ist.

sachen und schliesslich sein altgläubiges Gewissen. Die Kraft des westfälischen Friedens für diese Frage bestritt Meinders von vornherein, da in demselben gerade ihre Entscheidung späteren Abmachungen vorbehalten worden sei. Nachdem er dem Pfalzgrafen mit gleicher Gründlichkeit auf alle seine sonstigen Bedenken erwidert hatte, scheute er sich schliesslich nicht, ihm offen ins Gesicht zu sagen, dass er sich nur von seinen Geistlichen unnötige Gewissensskrupel machen lasse. Als Beispiel für die hochherzige Gesinnung des Kurfürsten und den Schutz, den dieser den Katholiken seines Landes angedeihen lasse, konnte Meinders ihn auf die Zustände seines ravenbergischen Heimatlandes verweisen, wo mehr katholische als evangelische Beamte fungierten. Nur annähernd ähnliche Duldung fordere man von dem Pfalzgrafen für die Protestanten seiner Lande.

Der Pfalzgraf aber zeigte sich auch bei Fortsetzung der Verhandlungen am nächsten Tage nicht im geringsten zu einem Entgegenkommen bereit. Da erklärte ihm Meinders, dass man dann wohl die Sache abbrechen und „so viel nützliche Dinge unterlassen“ müsse. Überrascht lenkte der Pfalzgraf ein; auch der Kaiser sei ja bereit, ihm die polnische Krone zuzuwenden. Meinders blieb unerbittlich und errang so das Zugeständnis, dass denjenigen Evangelischen, die drei bis vier Stunden von dem nächsten Gotteshause entfernt wohnten, gestattet sein sollte, ihren Gottesdienst an einem günstiger gelegenen Platze abzuhalten. „Ich will und muss dem Kurfürsten zu Gefallen noch einen Filz von meinen Leuten vorlieb nehmen“, äusserte darauf resigniert der Jesuitenzögling zu seinem Kanzler Giese¹.

Obgleich Meinders nicht bevollmächtigt war, auf dieses Zugeständnis des Pfalzgrafen hin zu einem Vertragsabschluss zu schreiten, erfolgte doch mit dem Erbvergleich auch die vorläufige Lösung dieser Frage durch den Vertrag vom 9. September 1666 in dem angedeuteten Sinne. Es lag hinfort kein Grund vor, auch über die anderen streitigen Punkte, namentlich die Frage der anderen Erbberechtigten, die Succession in Ravenstein, in Verhandlungen zu treten, bei denen Meinders neben den bei weitem älteren Staatsmännern wie Schwerin und Blaspeil bis zur definitiven Regelung in den Jahren 1672 und 1673² fortgesetzt hervorragenden Anteil nahm. Die polnische Thronkandidatur des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm sollte jedoch noch in einer weit folgenswerteren politischen Verwicklung jener Zeit hervorragende Bedeutung für die brandenburgische Politik erlangen.

¹ Lehmann a. a. O. S. 197. Meinders' Bericht.

² v. Moerner, Kurbrandenburgs Staatsverträge S. 294.

III.

Der Plan einer antifranzösischen Koalition von 1667 und Meinders und v. Pöllnitz in Paris.

Der Einbruch Frankreichs in die spanischen Niederlande bedeutete nach den Erfolgen Frankreichs im pyrenäischen Frieden den Beginn einer neuen, dreißigjährigen, im Verlauf immer kühner werdenden Aggressivpolitik nicht allein gegen die spanische Monarchie, sondern auch gegen das deutsche Reich. Über die Frage, ob das Reich rechtlich verpflichtet sei, den spanischen Niederlanden, mit deren Preisgabe Spanien sofort gänzlich von der Bühne der europäischen Politik abgetreten wäre, Hülfe zu bringen, entbrannte, veranlaßt durch den französischen Gesandten Gravel, am Regensburger Reichstage ein sehr geräuschvoller, publizistischer Federkrieg. Thatsächlich war ja doch aber die wechselreiche Geschichte der alten Gesamtniederlande längst über die staatsrechtlichen Ansprüche und Pflichten des Reiches hinweggeschritten. Es war eine, aus Gründen der Selbsterhaltung für das Reich bedeutungsvolle, politische Machtfrage geworden, wem die spanischen Niederlande hinfort gehören sollten, obgleich sie unmittelbar das Reich bei der bleiernen Starre der spanischen Verwaltung nicht viel nachhaltiger deckten, als etwa jener wüste Landstrich, den man in den Zeiten der Unkultur zwischen zwei feindlichen Volksstämmen zu lassen pflegte. Die Gefahren, die eine bedeutende Gebietsvergrößerung Frankreichs nach dieser Seite hin für das deutsche Reich heraufbeschwor, lagen jedoch am Tage. Vor allem sah man am Berliner Hof die kommenden Dinge voraus und suchte durch unablässige Vorstellungen bei den einflußreichsten der Nachbarfürsten zu gemeinsamen Schritten anzuregen. So versuchte Kurfürst Friedrich Wilhelm auch den sorglosen Kurfürsten Johann Georg von Sachsen aus seinen französischen Umstrickungen zu lösen. Am 23. August reiste er mit einem

kleinen Gefolge, in welchem sich auch Meinders befand, zu der im großen wenig erfolgreichen Unterredung nach Zinna, dem alten Cistercienserkloster zwischen Jüterbog und Luckenwalde. Gleich für die ersten Tage nach der Rückkehr von hier, auf den 28. oder 29. Aug. (a. St.) wurde Georg Friedrich von Waldeck durch Meinders nach Potsdam zu einer Unterredung „über die gegenwärtigen, nicht weniger verworrenen, als hochgefährlichen Konjunkturen“ eingeladen¹ und ihm noch von Zinna aus zur schleunigsten Reise, die er möglichst ohne Aufsehen über Ziesar und Lehnin zurücklegen sollte, Pässe und Anweisungen auf Wagen und Pferde gesandt. Das Einladungsschreiben² ist das erste bemerkenswerte Zeichen einer wieder beginnenden Annäherung des Kurfürsten an den bewährten Ratgeber seiner früheren Regierungsjahre. Denn der lebte und wirkte zu jener Zeit bei den braunschweigischen Herzögen Georg Wilhelm und Ernst August und verfolgte, wenn seine Anwesenheit an dem Hofe dieser nicht notwendig war, von seinem stillen Arolser Schlosse aus scharfen Blickes die großen Ereignisse seiner Zeit. Nach seiner geschickten, erfolgreichen Thätigkeit während des lüneburgischen Erbfolgestreits hatte er das Vertrauen der Herzöge in hohem Maße gewonnen und wandte es zugleich im Dienst seines deutschen Vaterlandes an, das er allen schwächeren Überzeugungen zum Trotz im Grunde für eine Frankreich völlig ebenbürtige Macht hielt. Nicht mehr so zuversichtlich überzeugt von der Durchführbarkeit seiner früheren weit-schauenden Pläne, dafür mehr auf das Naheliegende, Erreichbare bedacht, weniger aufbrausend bei persönlichen Kränkungen, zuweilen auch schon für seine Person recht resigniert, wurde er, ein Bild altrömischen Pflichtgefühls, nicht müde, Frankreich die Stirn zu bieten³.

¹ Meinders à Waldeck, 23. aout 1667 (a. St.): Nous allons dans ce moment à Zinna, ou S. A. E. de Saxe s'abouchera avec S. A. E. . . . S. A. E. est bien aise que V. E. veut prendre la peine de venir icy. Elle l'attendra à Potsdam jeudy ou vendredi suivant, qui sera le 28. ou 29. de ce mois (Arols. Arch.). Vgl. auch Urk. u. Akt. II S. 474 u. XIV, 1, S. 340 ff.

² S. Archival. Beilagen Nr. 1.

³ Das zweifelhafte Französisch hält mich nicht ab, eine Stelle aus seinen eigenhändigen Aufzeichnungen hierher zu setzen, die sich unter Papieren aus dem Jahre 1667 und 1668 findet: Je ne doibs pas trembler du nom d'un puissant, riche et jeune roy, et celui de Condé et de Turenne ne me doibt pas faire peur, si je ne veux paroître indigne successeur des ceux, des quels les François ont appris l'art de la guerre. Nous portons encore ce glorieux nom des Romains, que ceux-la nous ont conservés, et je debrois lachement ceder sans combattre? J'aime entre toute les nations la nation française comme la plus polie et sociable dans la vie commune, mais je veux son amitié sans m'y soumettre la société et point le dominat Je suis Allemand et ne peux pas estre Français pour y faire le maistre; je ne veux pas aussy estre le valet, tant qu'il me reste esperance. L'on me la veult faire

An die braunschweigischen Herzöge Georg Wilhelm und Ernst August liefs der Kurfürst schreiben¹: „Es ist niemals nothwendiger gewesen, das gute Vertrauen und nachbarliche Correspondenz so sehr zu conserviren als jetzt, da vom burgundischen Kreis her, dem heiligen Römischen Reich ein so gefährliches Ungewitter angedroht wird, das die gesammten Reichsstände, insonderheit der rheinische, westphälische und niedersächsische Kreis grofse Ursache haben, einmüthig für ihre Sicherheit zu sorgen.“

Waldeck folgte jetzt, nach einem wiederholten ernsten Zerfall mit dem Berliner Hof im Jahre 1665², bereitwilligst der Einladung des Grofsen Kurfürsten.

Dieser war sich wohl bewufst, das er seines in alle Händel Mitteleuropas hineinragenden Staatsgebiets wegen auch nach allen Seiten Umschau halten mufste und auch die Pläne des Hauses Habsburg bei der vorliegenden Frage noch nicht aufser acht lassen durfte. „Man hätte eine zeithero dieses Haus in Verdacht gehabt, das es Niemand über sich leiden könnte und nach einer Universalmonarchie trachtete, jetzt aber wende sich das Blatt um und es wäre desfalls wohl wenig zu fürchten. Hingegen aber würde Frankreich übermäfsig grofs und arrogierte sich gleichsam das Arbitrium von allen Dingen. Sollte nun dessen Macht durch eine so notable Accession, als die hispanischen Niederlande sein, vergrößert und vermehrt werden, so könnte man sich leichtlich die Rechnung machen, was darauf erfolgen und wessen man in Teutschland sich endlich zu versehen haben würde“³.

Es ist erklärlich, das den Zeitgenossen der rasche Verfall der spanischen Monarchie — Waldeck glaubte sie gelegentlich noch auf „40 Millionen jährlichen Einkommens“ taxieren zu können — noch nicht mit voller Deutlichkeit vor die Augen trat, und das selbst die einsichtsvollsten Staatsmänner jener Zeit, wie Lisola so auch Waldeck, noch immer in dem Gedanken befangen waren, „die so notwendige Balance zwischen den beiden Königen Hispanien und Frankreich erhalten“ zu können. In Wirklichkeit war das bereits ein Anachronismus, und die Frage lautete ganz anders: Sollte es Frankreich gestattet werden, die von Spanien verlassene gebieterische Stellung im europäischen Völkerkonzerte zu er-

croire perdue et je vois de toute l'Europe rien que peu des ville prises, et le reste en délibération, que scay-je, qui en peut arriver. Pourquoy donc pordre courage? Un paisan de Suisse l'a emporté contre les premiers capitaines de ce temps, et la bourgeoisie des villes d'Hollande secourue d'un prince d'Orange sans pays et sans argent, qui n'avait jamais conduit des armées, que n'ont-ils pas fait, contre le grand roy Philippe! (Arols. Arch.)

¹ 20. Mai 1667 (Arols Arch.).

² Urk. u. Aktenst. Bd. 11 S. 641.

³ Meinders an Waldeck, 17. Aug. 1667 (s. Archiv. Beilagen No. 1.).

neuern, oder sollte sich auf den Trümmern der spanischen Gesamtmonarchie eine grössere, mannigfaltige, untereinander mehr gleichberechtigte europäische Staatengesellschaft bilden. Die Geschichte hat für das letztere entschieden. In Waldeck aber lebte noch etwas von dem deutsch-nationalen Stolz früherer Tage, der neben der spanischen Monarchie sich sehr wohl ein freies Deutschland denken konnte. Er wußte aber, was die Machtpläne Ludwig XIV für Deutschland bedeuten konnten. „Denn wie man mit selbem König, die spanische Monarchie, die teutsche Freiheit zu erhalten, brechen muß, so kann man seinen vorhabenden Dominat zu hindern nicht anders, als denen sich beizufügen, so die Balance wiederzugeben gedenken“¹. Man sieht, in seinem Geiste erscheint eine europäische Koalition nur als ein Mittel, das Gleichgewicht zwischen den beiden Mächten Frankreich und Spanien herzustellen. Für die Zukunft sollte eine solche aber mehr bedeuten.

Vorerst bestärkte die Unterredung mit dem ehemaligen Leiter seiner Politik den Kurfürsten nur in seiner Überzeugung von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens gegen Frankreich.

Bei seiner Hochachtung vor Waldecks politischer Befähigung, vor seiner ebenso treuherzigen Ergebenheit als diplomatischen Geschicklichkeit, bei der feurigen Beredsamkeit, mit der Waldeck auch diesmal seine Ansichten in Potsdam und vor den ihm befreundeten Räten vorgetragen haben wird², gewinnt sein damaliges politisches Programm allgemeinere Bedeutung. Es scheint unerläßlich, sich dasselbe im Zusammenhange mit der Situation, aus der es entsprang, mit wenigen Strichen zu vergegenwärtigen.

Es ist einfach genug. Die „Zusammensetzung der Nachbarn“ ist auch jetzt noch sein erstes Postulat. Unter diesen begriff er Holland, Brandenburg, Braunschweig, Schweden, hoffte dann Österreich mit fortreißen und auch Kurköln, über dessen Politik ihm noch nicht die Augen aufgegangen waren, mit in das große Defensivsystem ziehen zu können. Gegen umfassendere Allianzpläne, wie sie ihm wohl vom Haag her nahegelegt worden waren, hegte er einiges Mißtrauen. „England ist nicht einig“, bemerkt er richtig. Dagegen wollte er der Koalition durch umfassende Rüstungen ein festes Auftreten gegen Frankreich ermöglichen und verstand keineswegs die Allianz nur als diplomatisches Drohmittel. Nur auf kriegerische Weise könnte man der immer

¹ Arols. Arch.

² Leider ist auch im Arolser Archiv das Aktenmaterial über diese denkwürdige Zusammenkunft nur recht fragmentarischer Art. Im folgenden benutze ich einige eigenhändige Aufzeichnungen Waldecks über die allgemeine Situation.

anmaßenderen Haltung Frankreichs entgentreten und vor allem seine weitgehenden Prätensionen wegen der burgundischen Erbschaft zurückweisen. „Und wäre wohl zu verwundern, daß in Europa und Teutschland allen das Hasenpanier also eingejagt werden sollte, daß Niemand sich sollte zugegen setzen, auf welchen Fall man so viel Hoffnung hat das Werk mittels Gottes Beistand zu redressiren, als vormals in Vorzeiten geschehen. Die Furcht vor Frankreich soll uns den Degen in die Hand nehmen und gebrauchen, nicht aber hinweg und uns zu seinen Füßen legen machen.“

Die allgemeine Lage liefs seine Pläne aber in diesem Augenblicke (Sept. 1667) durchaus nicht als unmöglich erscheinen.

Der unselige rheinische Bund, der nun fast durch ein Jahrzehnt Deutschland nach dem Westen hin flügelahm gemacht hatte, war im August abgelaufen und in seiner bisherigen Gestalt nicht erneuert worden. Waldeck widersetzte sich mit allen Kräften seiner Erneuerung, „weil aus der rheinischen und dergleichen Allianzen eine Verwirrung des Reiches und Mißverstand mit dem Kaiser zu gewärtigen“. „Wer kann nicht mit Händen greifen das Vorhaben bei dem rheinischen Bündniß, wodurch das Reich zertheilet und ohnvermerkt mit dem Kaiser und Spanien und dessen Freunden in einen Krieg verwickelt werden kann“¹. Man wufste auch in Paris sehr wohl, welchen bedeutenden Gegner man an ihm auf allen Wegen französischer Eroberungspolitik hatte und unterliefs nicht, ihn wacker zu verleumden: „Er, der sich rühme Brandenburg und Braunschweig zu regieren, wolle sich doch nur an Frankreich rächen, weil der König ihm seinerzeit eine Pension versagt habe“². Bei den braunschweigischen Herzögen fruchteten dergleichen Reden nicht viel, und ihr abwehrendes Verhalten gegenüber dem Plan eines Rheinbundes auf derselben Basis des früheren, der wiederum die Westgrenze Deutschlands gesperrt hätte, ist Waldecks Werk. Sie hatten dem Andrängen Waldecks auf ein Bündnis mit Holland um so eher nachgegeben, als das Zustandekommen einer kriegerischen Allianz ihnen die Subsidien verschafft hätte, ohne die sie ihre stattliche Kriegsmacht nicht beizubehalten vermochten. Die auf Waldecks Betreiben erfolgte Sendung des osnabrückischen Hofmarschalls von Hammerstein nach Wien liefs ihre Bereitwilligkeit zu gemeinsamen Vorgehen erkennen. Nur wegen der von Braunschweig-Lüneburg erbetenen Subsidien verwies man einfach auf Spanien. Auch im übrigen schien es, als sollten sich nach langer Unterbrechung wieder Beziehungen zwischen der Hof-

¹ Arols. Arch.

² Arols. Arch.

burg und dem Welfenhouse einleiten. Selbst den katholischen Herzog Johann Friedrich hätte Österreich gegen Frankreich in die Waffen bringen können; er wünschte nichts sehnlicher als die Verbindung mit einer habsburgischen Prinzessin¹; kein Wunder, daß die französische Diplomatie im Reich und daheim bei dem Versuch einer Annäherung der beiden Mächte sich einmischte, um diese auf alle Fälle zu hintertreiben. Denn um die Stellung Österreichs gruppierten sich in dieser Zeit noch eine Reihe von Mächten, und zwei seiner bedeutendsten Staatsmänner, Lisola im Haag² und in London und Kardinal von Thun am Regensburger Reichstage³, erkannten die Bedeutung des Augenblicks für die verantwortliche Stellung ihrer Dynastie in den großen europäischen Kombinationen der nächsten Jahre. Im Momente zeigte die Hofburg nur eine bedauerlich unentschiedene Haltung⁴, ohne sich aber direkt ablehnend zu verhalten.

In dem Maße, als Schweden sich von Frankreich seit dessen zweifelhafter Haltung bei den bremischen Händeln entfernte, gewannen die deutschen Mächte am Mälarsee an Zutrauen⁵. Man war hier, wie Kurfürst Friedrich Wilhelm

¹ Das thatsächliche Vorhandensein eines habsburgischen Heiratsplanes Johann Friedrichs ist aus den Akten des hannoverischen Archivs nicht erweisbar gewesen (Köcher, Geschichte von Hannover und Braunschweig, Bd. 1 S. 562 ff.). Daß Johann Friedrich gleichwohl einen solchen hegte, zeigt eine im Arolser Archiv befindliche Aufzeichnung Waldecks über eine Unterredung mit dem Herzog, dat. 18. Januar 1668. Hier ist die Stelle: „Hertzog Johann Friedrich von Braunschweig beklagt die kaiserliche conduite, das sie nichts secret halten, meint seine Heirath sähe noch nicht ab, man wolle wenig thun undt viel haben am kaiserlichen Hof; einen Monacht meint er, könne man noch zusehen; wenn die Kaiserlichen gewollt, sagt er, hätten sie alle Teutschen Fürsten haben können; bezeiget, das man von Frankreich etwas gelt ertappen solle, wenn der König in Frankreich gezeiget, das er auff die alternative tractiren wolle; undt wie mir es vorkombt, ist die intention, midt solcher Bezeigung Oestreich zu treiben, Ihm die princes von Inspruck zu geben; er sagte, der spanische Ambassadeur, welches ein aufrichtiger mann wehre, arbeitete noch in der Sache, die princes wehre schön, undt er hätte sie in der rückreise erst gesehen . . .“ Es kann sich hier nur um Claudia Felicitas, die noch sehr jugendliche Tochter Erzherzogs Ferdinand Karl von Tirol, die nachmalige zweite Gemahlin Kaiser Leopolds, handeln. Vergl. über diese „Die Relationen der Botschafter Venedigs über Deutschland und Österreich im 17. Jahrhundert“, ed. Fiedler, Bd. II S. 130.

² Großmann, Der Kaiserliche Gesandte Franz v. Lisola im Haag 1672–1673, im Archiv für Österreichische Geschichte Bd. 51.

³ Meinecke, Der Regensburger Reichstag und der Revolutionskrieg, Sybels Historische Zeitschr. Bd. 60 S. 206.

⁴ Urk. u. Aktenst. XIV, 1, S. 314 u. S. 329.

⁵ Eigenhändige Aufzeichnungen Waldecks, 22. Dec. 67: „Es kam Bericht, daß der Schwedische Gesandte sich gegen den Bischof v. Straßburg erkläret, sein König würde mit Frankreich nicht pactiren, sondern vor die teutsche Freiheit fechten.“

richtig urteilte¹, gegen angemessene Subsidien², um diese Zeit einem österreichischen und antifranzösischen Bündnis durchaus nicht abgeneigt, bereit die noch schwebenden kleinen Differenzen mit Braunschweig beizulegen; noch einige Monate später, als der Plan der Koalition ohne Schuld Brandenburgs zerrissen war, glaubte der schwedische Resident in Berlin dem lüneburgischen Schatzrat v. Spörcke gegenüber sich beklagen zu können, daß Brandenburg zu rasch mit Frankreich sich eingelassen habe³. In diesem Augenblicke aber war Brandenburg noch fest entschlossen, dem französischen Übermut zu steuern, es erklärte sich bereit zur Mobilmachung, obgleich es gerade diejenige Macht war, die die gewichtigsten Bedenken haben konnte.

Die Mächte, die einer Koalition gegen Frankreich entgegengestanden haben könnten, waren in diesem Momente noch nicht von Frankreich gebunden.

Die Verhältnisse in Polen, die Brandenburg ganz besonders im Auge haben mußte, zeigten nach dem Tode der Königin aus dem französischen Geschlechte der Guise (10. Mai 1667) und trotz des von ihr geschaffenen weitverzweigten französischen Einflusses eine entschiedene Abkehr von Frankreich in der allgemeinen Stimmung des Volkes⁴. Allerdings hatte Frankreich noch immer seine Livres spendende Hand in den Wahlverhandlungen, aber es glaubte in der Kandidatenfrage doch bereits, wenigstens zum Schein, nachgeben zu müssen⁵. Es zeigte sich später, daß Brandenburg von Polen her weniger zu fürchten hatte; für den Augenblick aber hing doch noch die Gefahr der Landung einer französischen Flotte in Danzig oder gar des Marsches französischer Truppen auf dem Landwege nach Polen drohend über den Entschlüssen Brandenburgs. Nicht für die übrigen Mächte, wohl aber für Brandenburg lag hier ein gewichtiger Grund gegen die Koalition. Den Einfluß Frankreichs auf eine Königswahl des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm, auch wenn es denselben im

¹ Urk. u. Aktenst. XIV, 1, S. 302.

² Urk. u. Aktenst. XIV, 1, S. 315 ff.

³ 12. Februar 1668 (Arols. Arch.).

⁴ Spörcke, der von seinen Herzögen nach Berlin gesandt war und sich auf Wunsch des Kurfürsten längere Zeit mit diesem in der Neu-mark aufgehalten hatte, schreibt unter dem 12. Febr. 1668 aus Berlin: „Wie aber aus Polen solche widrige Zeitungen einliefen, war unseres Thuns da nicht länger, denn die Polen den französischen Factionen gar zuwider sind und wollen sie von keinem Franzosen mehr wissen noch hören, sogar auch daß sie Herrn Hoverbecks Secretarium in Meinung, daß es der Franzose gewesen, zum Fenster haben hinauswerfen wollen, bis er noch endlich durch der Landboten Marschall ist errettet worden. Werden also dem Neuburger die französischen Recommendationen großen Schaden thun . . .“ (Arols. Archiv.). Vergl. Droysen, Der Staat des Großen Kurfürsten. Bd. 3 S. 160.

⁵ Urk. u. Aktenst. Bd. XIV, 1, S. 305.

Ernste hätte geltend machen wollen, überschätzte Brandenburg angesichts der Stimmung der Landboten keineswegs. Doch nicht allein die polnische Frage, sondern auch die Erkenntnis von der Unentschlossenheit in Wien und der Unzulänglichkeit der spanischen Rüstungen ließen für den Moment eine kriegerische Hülfe Brandenburgs immerhin als gewagt erscheinen. Man wünschte jetzt den Frieden zwischen Frankreich und Spanien, weil, wie Schwerin eigenhändig an den brandenburgischen Residenten im Haag, Copes, schrieb: „die Anstalt an spanischer Seite so schlecht, daß man vielleicht einen schlechteren Dienst an Frankreich thäte als an Spanien, wenn man den Frieden auf solche Art machte.“

Der englische Hof fand mit seinen französischen Neigungen durchaus nicht die Billigung des Parlamentes, das kurze Zeit nach dem Frieden von Breda bereits wieder im Einvernehmen mit den Hochmögenden und mit Spanien stand, und bei dem haltlosen König die Entlassung des französisch gesinnten Lordkanzlers Clarendon zur großen Freude des spanischen Staatsrats durchgesetzt hatte. Karl Stuart hätte sich dem verschrieben, der am meisten bot; bevor er völlig entgegengesetzte Anträge an Frankreich und Spanien gelangen liefs, unterhandelte aber Temple in Holland.

Wie gegen den Beitritt Brandenburgs zur antifranzösischen Koalition die Dinge im Osten sprechen konnten, so würde diese einen nicht zu unterschätzenden Gegner an einer anderen Stelle sofort gefunden haben, den Bischof Christoph Bernhard von Münster. Durch französische Gelder und die verständnisinnige Unterstützung des Kurfürsten von Mainz war er in die Lage gesetzt, seine Heeresmacht in einer für alle Nachbarn höchst bedrohlichen Weise auch nach Beendigung seines holländischen Krieges weiter zu verstärken. Es ist nicht zu leugnen, daß er sich dadurch eine Stelle in den politischen Kombinationen der Zeit errang. Zweierlei stand zu fürchten. Er konnte bei einer Fortsetzung des spanisch-französischen Krieges diejenigen deutschen Mächte, die gegen Frankreich agieren wollten, gleichsam als Fortsetzer des Rheinbundes vom Niederrhein fernhalten und Frankreich freie Hände verschaffen oder er konnte selbst nach geschlossenem Frieden dazu bestimmt sein, den Angriffskrieg gegen Holland zu beginnen. In dem ersten Falle waren die braunschweigischen Herren am meisten gehemmt und bedroht. Waldeck riet daher im Einverständnis mit de Witt, für dessen Plan auch Blaspeil sich beim Kurfürsten verwandte¹, unter Besetzung der Grenzen des Stifts von ihm zu verlangen, daß er sofort die Befestigungen von Münster und Vecht demoliere, die zahlreiche Besatzung von Coesfeld entlasse, des-

¹ Droysen III, 3, S. 131 u. 132.

gleichen die neu geworbenen Regimente. Zur Durchsetzung eines solchen Verlangens wäre ein Krieg gegen den Bischof „seinem humeur nach“ unvermeidlich gewesen, aber eben mit diesem wünschte Waldeck die Wirksamkeit der Koalition zu eröffnen und ihre Teilnehmer dadurch eventuell noch an Zahl zu verstärken. Es sollten noch andere Fürsten am Rhein, „die sich zu sehr mit Frankreich vertieft, mit starker Hand zur Raison gebracht“ werden. Nur dann könnte man von Frankreich einen Frieden fordern, der dem von Münster und dem pyrenäischen nicht zuwiderliefe. Gelänge es so auf halb friedlichem Wege nicht die Präensionen Frankreichs auf die spanischen Niederlande zurückzuweisen, so sei „die Resolution auf wirkliche Ergreifung des Krieges zu richten“¹.

Gegen diesen letzten Plan Waldecks wird man wahrscheinlich brandenburgischerseits schon bei jener Unterredung in Potsdam nicht unerhebliche Gründe haben ins Feld führen können². Die Kriegsrüstungen des Bischofs konnten ja auch nur den Zweck haben, durch einen Druck auf die Nachbarfürsten die Situation für Frankreich günstiger zu gestalten, und in diesem Falle war es, auch bei einem Zustandekommen der Koalition, unvermeidlich, den Krieg direkt ins Reich zu tragen. An dem Plan eines grossen Bündnisses gegen Frankreich glaubte man in Berlin noch festhalten zu müssen, und im Herbst des Jahres 1667 war man soweit, die Bereitschaft zur Mobilmachung anzukündigen. Alles kam jetzt auf die Haltung de Witts und der Hochmögenden an. In einer Unterredung, die im September zwischen Temple und de Witt im Haag stattfand³, bemüht sich der erstere, wenn auch nicht im offiziellen Auftrage, Holland von dem bisherigen Bündnis mit Frankreich zu lösen. Doch der Ratspensionär zögerte. Worauf es ihm jetzt noch im wesentlichen ankam, war, durch ein grosses Allianzsystem Frankreich von weiteren Schritten abzuhalten; eine Aufhebung des bisherigen Vertrages mit Frankreich oder gar ein kriegerisches Vorgehen war nicht gerade seine Meinung. Schon aus handelspolitischen Gründen wünschte er äusserlich das gute Verhältnis mit Frankreich soweit wie möglich zu wahren. Dazu kam sein Haß gegen das Haus Oranien, dessen Emporkommen ein Krieg gewiss begünstigt haben würde. Gleichwohl kam in diesem Augenblick alles auf seine und der Hochmögenden Haltung an. Zum Kriegführen hatte man vor allem eines wichtigen Bundesgenossen noch nicht habhaft werden können, und sein Ausbleiben liess in erster Reihe den ganzen Plan

¹ Zum Teil nach Aufzeichnungen Waldecks, dat. Minden a. W. 12. Dez. 1667 (siehe Beilagen).

² Vergl. auch Urk. u. Aktenst. XIV, 1, S. 330.

³ Ranke, Englische Gesch. V, S. 48, 51 u. S. 55, 57.

einer bewaffneten Intervention Frankreich gegenüber scheitern. „Die intentiones sind conform“, schrieb Waldeck, „wo die Geldmittel herkommen sollen, dubios.“ Jan de Witt aber konnte es sich nicht versagen, insgeheim auch allerhand Anträge an Frankreich gelangen zu lassen, die, wie sich später herausstellte, direkt auf einen Teilungsvertrag über die spanischen Niederlande hinausliefen. Angesichts der Verhandlungen ferner, die mit England und Schweden geführt wurden und in deren Verlauf erst der harmlose Haager Vertrag vom Januar 1668, alsdann die stumpfe Waffe der Tripleallianz geschmiedet wurde, weigerte sich Holland, die zu größeren Rüstungen erforderlichen Subsidien ohne überreiche Pfandsicherheit von Spanien vorzustrecken, weil man nebenbei noch fürchtete, von Spanien im Stiche gelassen zu werden. Die Tage waren dahin, wo Holland nicht mit Unrecht als ein Compendium orbis¹ gepriesen worden war. Der opferwillige Geist, der in den großen Tagen der niederländischen Republik herrschend gewesen war, war seit der statthalterlosen Zeit immer mehr im Schwinden. Kühner Wagemut und weit-schauende politische Klugheit waren jetzt in der Kaufmanns-republik der Hochmögenden nur noch vereinzelt anzutreffen, dafür wußte man dort nach einem Wort de Witts nur zu gut, „was ein Reichsthaler wäre“². In Brüssel dagegen wies man das Verlangen Hollands, eine größere Reihe belgischer Plätze als Unterpfand herzugeben, zurück. Zwischen dem altkastilianischen Hochmut dieser Gouverneurgranden und der lediglich kaufmännischen Routine der Mynheers war vorder-hand jedes Zusammenkommen unmöglich. Beide mußten erst durch bittere Erfahrungen zur Einsicht gebracht werden.

Doch wir wissen jetzt urkundlich, daß man in Wien andere vorangehen lassen wollte, und daß es dem Kaiser noch nicht Ernst war, auch bevor er durch den Teilungsvertrag über die spanische Monarchie von Frankreich gewonnen war³.

Nachdem so an zwei entgegengesetzten Stellen des christlich-europäischen Kontinents, die gerade jetzt nicht ganz ohne

¹ Tholuck, Das akadem. Leben des 17. Jahrh. Halle 1853/54. Bd. 1 S. 308.

² Köcher a. a. O. S. 543.

³ Die Weisungen an Goess von Wien aus (Urk. u. Aktenst. XIV, 1, S. 314 ff.) zeigen, daß man an der Hofburg doch noch nicht zum Beitritt in eine Koalition so bereit war, wie es nach Köcher, Gesch. v. Braunschweig u. Hannover S. 558 u. 559 scheinen möchte. Liest man Waldecks Aufzeichnungen (s. z. B. Beilage No. 4), so möchte es in der That scheinen, als ob neben Holland nur Brandenburg an dem Scheitern der Koalition die Schuld trage. Obgleich Waldeck durch die umfassendste Korrespondenz über alle Vorgänge der europäischen Politik sich unterrichtete, zeigte es sich doch zuweilen, daß er nicht mehr aus dem Centrum eines Staats wie Brandenburg Umschau hielt.

weltgeschichtliche Beziehungen waren, in den Niederlanden und in Wien, die Verhandlungen über eine große Koalition sich stießen, gewann die geschäftige französische Diplomatie Zeit, ihre tausendfältigen Künste im Reich, bei Schweden und auch bei Brandenburg spielen zu lassen. Es waren jedoch nicht die Überredungs- und Bestechungskünste Millets, des französischen Gesandten in Berlin, auch nicht das Nachgeben Frankreichs in der polnischen Frage allein, wohl aber Erwägungen sehr ruhiger und sachlicher Art, die angesichts der sich verwandelnden Situation für Brandenburg den Ausschlag gaben. Man unterliefs hier auch jetzt noch nicht, die Lage unter dem Gesichtspunkte europäischer Politik zu betrachten, mußte sich aber doch auch gleichzeitig sagen, daß in erster Reihe diejenigen zu energischem Handeln verpflichtet seien, die am meisten bedroht waren. „Wir hätten vermuthet“, liefs der Kurfürst an Waldeck schreiben, „es werde Hispanien in der jetzigen hohen Noth sich viel härter angegriffen und zu Rettung der Niederlande größeren Eifer erwiesen haben. Denn obzwar nicht ohne, daß auch ihren Nachbarn und in specie dem heiligen Römischen Reich an ihrer Konservation zum höchsten gelegen, so wird sich doch Niemand so leicht in das Werk mischen und sich und seinen Staat in hazard stellen wollen, wenn diejenigen, welche in der Noth bereits stecken und um deren Wohlfahrt es zu thun ist, die Hände sinken lassen oder doch keinen Eifer und Nachdruck bei der Sache spüren lassen“¹.

Waldeck war über die Massen bestürzt, als er erfuhr, daß der Generalmajor von Pöllnitz und der wenige Monate vorher zum Hof- und Kriegsrat ernannte Franz Meinders nach Paris gereist seien, um auf einen Frieden hinzuarbeiten. Er sah es klar voraus, daß die von Frankreich drohende Gefahr damit durchaus nicht beseitigt, sondern höchstens verschoben sei, „weil es“, schrieb er schon am 12. Dezember 1667, „die schon empfangene Offense, wenn es mächtig, doch rächen wird“. Gleichwohl behielt der Kurfürst bis zum letzten Augenblick die Möglichkeit eines Bruches mit Frankreich im Auge; der wiederholt nach Wien gesendete Geheime Rat Christoph Kaspar von Blumenthal sollte von der Hofburg nur die Zustimmung und Mithülfe zur polnischen Wahl des Pfalzgrafen erlangen, damit die Gefahr für den Kurfürsten im Osten beseitigt würde, worauf der Kurfürst gerne bei einem ernstlich gemeinten Eintreten des Kaisers für Spanien mit Hand ans Werk legen würde². Für den Fall, daß auf dem Regensburger Reichstage noch beschlossen werden sollte, daß

¹ Kurfürst Friedrich Wilhelm an Waldeck, 12. Nov. 1667. (Siehe Beilagen.)

² Droysen a. a. O. S. 144.

das Reich sich des burgundischen Kreises anzunehmen habe, wollte der Kurfürst an Abmachungen mit Millet, sich aus dem burgundischen Wesen zu halten, nicht gebunden sein¹. Von einer engeren Allianz des Kurfürsten mit Frankreich konnte im Ernste nirgends die Rede sein. Das an verschiedenen Stellen verbreitete Gerücht vollends, daß der Kurfürst sein Bündnis mit Frankreich durch eine Heirat mit der Mad.^{elle} von Montpensier, aus dem Hause Orleans, noch mehr befestigen wolle, vermochte wohl nur Karl Stuart zu einigen wohlgemeinten Abmahnungen zu veranlassen²; „der Kurfürst aber lachet darüber und saget: vestigia me terrent“; so berichtet Schatzrat von Spörcke an die braunschweigischen Herzöge³. Waldeck freilich liefs nicht ab, in Berlin vorzustellen, daß die Lage nach wie vor gebiete, sich dem drohenden Anwachsen Frankreichs „der prätendirten Succession und der weit-
aussehenden Interpretation der königlichen Rechte“ entgegenzustellen. „Da muß nicht angesehen werden, was de Witt vor sentimenten habe, sondern wie man ihn auf gute bringe und dienliche Mittel dazu gebrauche, worunter die gelinden die besten; es muß nicht angesehen werden der kaiserliche Hof in seiner Schwäche, um ihn zu verwerfen, sondern dieselbe durch Rat und Hülfe zu korrigieren“⁴. Das Haager Konzert aber glich dem, was man in Brandenburg bisher von Holland erwartet hatte, nicht im geringsten. Die kleinere Koalition aus Holland, Brandenburg, Schweden und Braunschweig, die nun de Witt eifrig zu betreiben schien⁵, sollte nur eine Scheindeckung bilden, da der überfeine Staatsmann seine „Forderungen“ an Frankreich nicht ohne dessen Einverständnis aufgestellt hatte⁶. Gewiß nicht mit der Absicht auf kriegerische Verwendung wurden in einem im Haag gemachten Projekt selbst die Truppenkontingente der vier verschiedenen Staaten bestimmt⁷. Es konnte sich sogar kurze

¹ Moerner, Kurb. Staatsverträge S. 323 (Art. 6).

² Droysen a. a. O. S. 145 u. Anm. 197.

³ Berlin, 15. Febr. 1668 (Arols. Arch.).

⁴ Denkschrift Waldecks (Aut.) 29. Dec. 1667 an Mons. Spörcke gegeben (Arols. Arch.).

⁵ Köcher S. 572.

⁶ Pöllnitz und Meinders an Kurfürst, Paris 3. Febr. (a. St.) 1668: „Was die conditiones pacis betrifft, so ist aufser allem Zweifel, und wir haben es in unserer vorigen Relation weitläufig angezogen, daß solche zwischen Frankreich und den Herrn Staaten vorlängst concertiret und festgesetzt worden.“ (Geh. St.-Arch.)

⁷ Waldeck, 29. Dez. 1667: „Im Haag ist ein Project gemacht einer Verbindtnus zwischen Schweden, Brandenburg und J. J. D. D. beiderseits, mit den vereinigten Provinzen, das diese bei 20 000 Mann zu Fuß und 6000 Pferde mit der Zubehör aufbringen, die anderen deren jeder 4000 Pferde und 8000 Mann zu Fuß stellen und mit Werbegeldern und Subsidien, darüber man sich vergleichen wollte, versehen werden sollte.“ (Arols. Arch.) Mit Recht fragt Waldeck, wer denn diesmal die Subsidien geben wolle.

Zeit nachher das Gerücht in Deutschland verbreiten, daß Holland entschlossen sei, ganz die französische Partei zu ergreifen.

Bei dieser Lage der Dinge hatte Waldeck gegen den am Hofe Georg Wilhelms von Zelle weilenden Gourville, der nach dem Scheitern der großen Koalition aufs neue mit Subsidienanerbietungen allein gegen Verpflichtung völliger Neutralität an die Herzöge herantrat¹, einen schweren Stand. Dieser französische Abenteurer, wie ihrer zur Zeit viele an deutschen Fürstenhöfen gefunden wurden, hatte sich anfangs, um das Vertrauen der Herzöge zu gewinnen, angestellt, als billige er Waldecks Politik, als habe er selbst ein Interesse daran, „wenn Frankreich ein groß Wehe geschehen könnte“. Sobald er sich in der Gunst der Herzöge sicher wußte, meldete er dieses nach Frankreich, erbot sich freiwillig für Frankreich zu wirken und verschaffte sich schließlich ein regelrechtes Kreditiv. Nun scheute er sich nicht einmal mehr an Waldeck mit Bestechungsversuchen heranzutreten². Von den Herzögen wurden nicht allein der wankelmütige Georg Wilhelm, sondern allmählich auch Ernst August, an ihren bisherigen Absichten irre³. Mit allen Kräften mußte sich Waldeck einer engeren Verbindung mit Frankreich widersetzen, da er nicht ohne Grund fürchtete, wenn erst auf kurze Zeit die beiden Brüder sich der freien Entscheidung begeben hätten, sie allmählich auch weiter an den französischen Livres Geschmack finden würden. In drastischen Wendungen macht sich oft sein Unwille gegen eine Allianz mit Frankreich während der gegenwärtigen Verhältnisse Luft: „daß man sich declariren solle gegen den König nichts zu wollen thun auf plausible conditiones und auch Geld zum Stillstehen nehmen, dieses kommt mir nun vor, als wenn aus Sorge, daß mich der Donner erschläge oder ein Erdbeben verschlänge, mir das Leben nehmen wolite, der Furcht mich zu befreien.“

Es gelang Waldeck nur mit Mühe, die Herzöge zu einem dilatorischen Verfahren zu bestimmen.

Wie viel weitschauender war da doch die Politik, die Brandenburg verfolgte. Bevor man sich nicht im einzelnen

¹ Waldeck, 15. Febr. 1668 (Aut.). „Mons. Gourville sagte mir ohne miracel könnten die Herzoge in das interesse von Frankreich fallen, denn wenn der Staat von Hollandt sie negligirte, so wehren sie frei, undt er hätte es schon in Frankreich geschrieben, daß die Herzoge gern geneligirt wehren.“ (Arols. Arch.)

² Waldecks Aufzeichnung: „Er (Gourville) hätte an Frankreich geschrieben, daß er rätthe mich zu gewinnen; ich sagte, mit raisons und sonst mit nichts sei ich zu leiten.“

³ Waldecks Aufz.: „Den 8. Febr. zu Lüneburg morgens ankomen, woselbst ich alsobald zu Herzog Ernst August gefahren, welcher mir sagte, es wären wieder allerhand Sachen einkommen, welche einen Schluß erforderten Von Frankreich Geld zu nehmen, still zu stehen und die Alternative mit anderen zu befördern, hielte er nicht ohngereimt.“ (Arols. Arch.)

über die Pläne Frankreichs orientiert hatte, wahrte man die durch die allgemeinen Umstände nun einmal gebotene Zurückhaltung, und auch nach Abschluß des Aachener Friedens trug man noch längere Zeit Bedenken, sich in nähere Verbindung mit der Bourbonenmacht einzulassen. Der Gedanke eines gemeinsamen Widerstandes gegen Frankreich bis zur Vernichtung seiner Vorherrschaft sollte aber noch Jahre brauchen, ehe er Gemeingut aller hervorragenden Staatsmänner des übrigen Europa wurde.

Von den beiden nach Paris gesandten kurfürstlichen Unterhändlern stand Pöllnitz im Rufe franzosenfreundlicher Gesinnung. Meinders aber hatte sich durch kluges Fernhalten von aller Parteinahme bis jetzt ein vollkommen unbefangenes Urtheil ermöglicht¹, was seinem Einflusse bei Hofe nur förderlich sein konnte. Im wesentlichen hatten sie nur zu zwei informatorischen Zwecken ihren Aufenthalt in Frankreich zu benutzen, sich Gewissheit zu verschaffen, einmal, ob Frankreich wirklich dem Kriege mit Spanien in kurzem ein Ende zu machen beabsichtige, und zum zweiten, ob die in Berlin infolge der drohenden Koalitionspläne gegen Frankreich angebotene Verzichtleistung auf die polnische Kandidatur Condés oder seines Sohnes ernst gemeint sei. Für den ersten Theil ihrer Aufgabe konnten sie sehr bald die beruhigendsten Erklärungen nach Berlin senden. Bezüglich des zweiten Theiles wurden sie trotz der größten Vorsichtsmafsregeln und aller Anweisungen, die man vor ihren Augen an Beziars nach Polen abgehen liefs, schliesslich doch getäuscht.

Nach einem mehrtägigen Aufenthalt der beiden brandenburgischen Gesandten bei dem Pfalzgrafen in Düsseldorf, der sie mit Aufmerksamkeiten überschüttete, hatten sie ihre Reise durch Lothringen und die Champagne fortgesetzt, überall auf besonderes Geheifs mit ausgesuchter Höflichkeit empfangen. Der Gouverneur von Sedan wurde nur durch die unerwartet schnelle Ankunft der Gesandten verhindert, die ganze Garnison unter die Waffen treten zu lassen.

Das Wesen des 29jährigen Königs, vor dem Meinders nun noch öfters stehen sollte, verfehlte gleich während der ersten Audienz am 9. Januar nicht, Eindruck auf ihn zu machen. Es entging ihm das Studierte in der Haltung des

¹ Spörcke an Waldeck, Cöln a. S. 12. Februar 1668, Pöllnitz soll über die Mafsen französisch sein, dem entgegen Meinders nicht, dafs also dadurch unter ihnen beiden nicht eins ist. (Arols. Arch.) — Goess an den Kaiser, Berlin 25. Nov. 1667 (Urk. u. Aktenst. XIV, 1, S. 356: „Pöllnitz wird für ganz französisch gehalten, ist in Frankreich in des Vicomte de Turenne Haus erzogen Der Meinders ist ein grofser Konfident bei dem Kurfürsten und haltet sich aufser den Factionen, werd sehr in den wichtigsten expeditionibus gebraucht und vermag viel Ich haben ihn sonsten von guter Intention für E. K. M. befunden“.

Königs; er wufste nicht, daß einer seiner Grundsätze war, alles, was er zu sagen hatte, vorher zu erwägen, allein um Reputation zu gewinnen¹, und so konnte Meinders von der ersten Adienz schreiben²: „Er antwortete uns jedesmal auf alle Punkte mit besonderer Dexterität und angenehmer Promptitude, woraus wir nicht anderes schliessen können, als daß er allen Sachen wohl und reiflich nachdenken müsse.“ Von der Königin, der die Gesandten im Auftrage des Kurfürsten, sinnig und bescheiden, wie es der knappe Kammerstaat gebot, ein Produkt des samländischen Ostseestrandes, ein „Kästchen von Bernstein“ zu überreichen hatten, urteilte Meinders: „Es ist eine schöne Prinzessin, etwas klein von Statur, aber wegen ihrer Tugend und Gutheit von Jedermänniglich sehr gelobt.“ Die glänzende Hofhaltung, die Meinders hier zum ersten Male aus der Nähe beobachtete, der künstlerische und litterarische Glanz, der sich in einer geistreichen, wenn auch leichtfertigen Hofgesellschaft in großartigen Tanzaufführungen und Schauspielen entfaltete³, konnten sehr wohl in einer Zeit, die nationale Gegensätze in ihrer ganzen Schärfe zu fühlen verlernt hatte, in einem litterarisch angeregten, teilnahmsfähigen und gern geselligen Mann den Eindruck einer überlegenen Kultur hervorbringen; wie anders dagegen das enge, harte, arbeitsreiche Leben daheim an der Spree! Überdies konnte Meinders um diese Zeit überall die noch nicht ins Übertriebene ausgeschlagenen Wirkungen der auf strenge Centralisation abzielenden inneren Reformen in Finanzen, Handel und Gewerbe gewahr werden, und der Kriegsrat konnte der äußerlich glänzenden Armee, für deren Unterhaltung man hier nicht mehr mit widerwilligen Ständen zu ringen brauchte, seinen Beifall auch nicht ganz versagen; als der Boulevard der Christenheit erscheint ihm in einem Dankschreiben an König Ludwig Frankreich.

Er brauchte sich, wenn er einer vornehmen Geselligkeit nicht auswich, um so weniger Vorwürfe zu machen, als der Abschluß der Geschäfte, denen er beizuwohnen hatte, nicht von ihm abhing. Die Spanier zögerten lange, bis sie sich entschlossen, das erste Glied der Alternative, die von Ludwig geforderten belgischen Plätze, anzunehmen. Die Freigrafschaft, deren rasche Eroberung nach der Rückkehr des Königs in einem feierlichen Tedeum in „Notre Dame“ gefeiert worden war, lag ihnen doch mehr am

¹ Ranke, Französische Geschichte III 197.

² Dieser schrieb fast ausschließlich die Berichte an den Kurfürsten und unterhandelte auch vorzugsweise mit den französischen Diplomaten, auch mit Colbert („weil man dieses Mannes Freundschaft sehr nötig hat, wenn es auf das Geldgeben ankommt“), während Pöllnitz mehr die Militärs aufsuchte.

³ Aus Meinders' Reisediarium: 19 Jan.: des Abends sahen wir den König ein Ballet tanzen, so intitulieret: Le Carnaval. — 20. Jan.: sahen abends eine Comoedie au Marais mit Maschinen spielen, ist intitulieret: Jupiter et Semele. (Geh. St. Arch.)

Herzen, obgleich dieses alte Erbstück der spanischen Politik, einst dazu bestimmt die Verbindungen des spanischen Mailand mit den Niederlanden zu unterhalten, nun etwas unbrauchbar geworden war. Einen Augenblick schien es, als sollten die Friedensverhandlungen doch noch scheitern. Der holländische Gesandte Beuningen, der diese vorzugsweise zu vermitteln hatte, erregte mit seinen fortgesetzten Vorstellungen über Verlängerungen des Waffenstillstands und allerhand unvorsichtigen Äußerungen den lebhaften Unwillen des Königs: Diese Leute brächten allerhand ungereimte Zumutungen auf die Bahn und wollten alles nach ihrem Sinn eingerichtet haben. Frankreich sollte sich verpflichten, eine Armee von 100 000 Mann seinem Feinde gegenüber in Unthätigkeit zu halten, bis es Holland und England mit ihren 20 000 Mann beliebte, die Spanier zur Annahme der Friedensbedingungen zu zwingen. Es war jetzt klar, daß der Unmut des Königs sich einst doch über die Holländer entladen würde. Holland fühlte jetzt bereits die Wirkung der Colbertschen Tarife von 1667 und die in kurzer Zeit notwendigen Gegenmaßregeln entfesselten einen handelspolitischen Kampf, dem der mit den Waffen notwendig folgen mußte. Schon mußte Beuningen gestehen, daß es wohl besser gewesen wäre, wenn Holland vor einigen Monaten nicht so sehr „auf die Börse gesehen“ hätte¹. Meinders erfuhr aber auch von ihm, daß man auf den Fall, daß weder Frankreich noch Spanien die Alternative annehmen würden, in Holland gefaßt war. Der Ratspensionär wußte also sehr wohl, wie Frankreich zu seinen „Forderungen“ sich stellen würde.

Von Spanien fürchtete man bis zum letzten Augenblick, besonders, nachdem es mit Portugal seinen Frieden gemacht hatte, noch Weiterungen. So sträubte es sich bis zuletzt, Aachen als Kongressort anzunehmen, und wollte, entsprechend der geistlichen Farbe, die sein Königtum seit den Tagen der kastilischen Isabella trug, Rom dafür wählen und den Papst Clemens IX, der sich, wie sein Vorgänger, zur antifranzösischen Partei bekannte, zum Mediator bestimmt wissen. Man sieht überall, daß in Wahrheit der Haager Vertrag seine Spitze mehr gegen Spanien als gegen Frankreich kehrte. Zerschlug sich der Friede, so hätte auch kein kriegerisches Dazwischentreten Englands und Hollands, das dazu durchaus nicht zu fürchten war, weiteren französischen Eroberungen einen Halt geboten. Schon überlegte Beuningen, was Holland, das weit lieber die Freigrafschaft als die festen belgischen Plätze nahe seinen Grenzen in Frankreichs Besitz gesehen hätte, zu thun

¹ Die mehr als bestürzte Stimmung, in die Beuningen nach Meinders' Berichten durch die Drohungen des Königs geriet, widerlegt endgültig die Behauptung, daß er der Urheber jener ruhmredigen Schaumünze sei, auf welcher er dem Könige ein Stabat sol zuruft. Vgl. Ranke, Französische Gesch. III 285.

habe, wenn nach einem weiteren unglücklichen Fortgang des Krieges Spanien seine gesamten Niederlande abtreten wolle; er meinte im Anschluß an schon früher oft geäußerte Pläne, die Staaten würden dann eher bemüht sein, „solche Provinzen zu einer Revolte zu bewegen und ihnen Assistenz zur Etablierung einer freien Republik leisten“.

Wie schwer doch oft selbst unausführbare Gedanken aus den Gemütern der Menschen verschwinden! Die katholischen Niederlande trennte auf ewig eine weite Kluft von dem freien protestantischen Gemeinwesen an den Mündungen des deutschen Stroms.

Trotz der äußerlichen Ruhe, die nun einmal die allgemeine Lage Europas nach dem Frieden von Aachen zeigte, war man in Brandenburg in fortgesetzter Sorge über die Pläne der französischen Macht und konnte sich nicht entschließen, einen Teil der Truppen abzugeben¹, obgleich die kurzsichtige Ständepolitik die Last jeden Augenblick abzuschütteln Miene machte. Man entschloß sich deshalb in dem Vertrage mit Frankreich vom Dezember 1669² die Waffen am Feuer desjenigen zu schmieden, gegen den sie sich über lang oder kurz doch wenden mußten.

¹ Meinders à Waldeck, Königsberg, 17. août 1669: Les affaires de Pologne sont encore en assez bon estat. On espère que tout demeure en paix et tranquillité de ce costé. Si l'on se pourrait promettre autant de la France, S. A. E. procédroit sans doute à la reduction de ses troupes surtout celles de la Cavallerie. (Arols. Arch.)

² Moerner S. 335.

IV.

Zur Holländischen Allianz und der Konvention von Vossem.

Es ist bei den unendlich verwickelten Verhältnissen der Situation Europas nach der Mitte des 17. Jahrhunderts unmöglich auch nur annähernd zu sagen, welchen Verlauf die Dinge genommen haben würden, wenn die große Koalition von 1667 wirklich zu stande gekommen wäre. Das aber läßt sich wohl behaupten, daß die Lage für die verbündeten Mächte eine weit günstigere gewesen wäre, als sieben Jahre später. Solange Holland als der Erbfeind Spaniens gegolten hatte, war es von Frankreich in jeder Weise begünstigt worden, hatte durch Handelsverträge, die es Frankreich gleichstellten, als der wirtschaftlich mächtigere Staat, sogar den Löwenanteil davongetragen¹. Denn ganz wesentlich die handelspolitischen Vorteile hielten 1667 de Witt ab, den Vertrag mit Frankreich aufzuheben. Daß er sich gleichzeitig als Freund Spaniens erwies, aber durch eine schwächliche Allianzpolitik, die vor einem ehrlichen Kriege zurückschreckte, Frankreich nur drohte, mußte die Stimmung in Frankreich umschlagen machen. Die Tarife Colberts von 1667 sind der erste Schritt auf der Bahn einer antiholländischen Politik; dann geht es weiter mit anderen Zollchicanen und Schiffsbedrückungen². Der alte Freihandelsstaat ergriff die schärfsten Maßnahmen auch gegen den französischen Handel, und es ist nur eine weitere Konsequenz, wenn Colbert schließlich, da man anders des wirtschaftlich überlegenen Hollands nicht Meister werden

¹ Roscher, National-Ökonomik des Handels- und Gewerbefleißes S. 198 Anm. 3.

² Während König Ludwig versucht England auf seine Seite zu bringen, „vexirt er inmittels die Holländer in ihren Kommerzien, wodurch er sie an die Herzader gleichsam greifet“. Gutachten Blaspeils in Meinders Nachlaß. Rep. 92. 1 des Geh. Staats-Arch.

konnte, selbst zum Kampf mit den Waffen riet. Durch eine wunderbare Verkettung der Umstände, wie sie sonst sich nicht leicht wieder findet, bedeutete damals ein Angriff auf die erste Handelsmacht zugleich eine Gefährdung der Sache des Protestantismus, der Freiheit Deutschlands und Europas überhaupt. Sollte die europäische Welt nun ruhig zusehen, wie das militärisch überlegene Frankreich auch wirtschaftlich und vor allem in den unantastbaren Fragen des Gewissens die Herrschaft sich anmasse?

Neben den umfassendsten militärischen Vorbereitungen Frankreichs begannen bei den meisten deutschen und außerdeutschen Höfen diplomatische Umtriebe in volle Wirksamkeit zu treten, und ein weitverzweigtes Spionier- und Bestechungssystem vermochte dann inmitten einer zerrissenen molekularen Staatenwelt vorläufig noch zu trennen, was zusammengehörte. Bei den beiden Bischöfen in Köln und Münster machte das wenig Mühe. Der erstere nahm es sogar auf sich, andere deutsche Mächte für einen Bund mit Frankreich zu werben. Wilhelm von Fürstenberg brachte Ende 1669 nach Berlin eine ganze Blumenlese von Projekten über die Reichsverfassung, über den Kurfürstenverein und die Stellung der Krone Böhmens, über die Werbungen und die Römermonate, bis schliesslich als das Wesentlichste ein Vorschlag zur Erneuerung der Rheinischen Allianz und zum Anschluß des Kurfürsten von Brandenburg an Frankreich bei dessen bevorstehendem Kriege gegen Holland, zum Vorschein kam¹. Zu den Konferenzen mit Fürstenberg wurden Schwerin und Meinders bestimmt. Wenn dieser auch nicht sofort durchschaute, daß die ganze Sendung von Frankreich angestiftet sei, wie schon damals hier und dort angenommen wurde², so fühlte er doch sofort heraus, worauf es eigentlich ankomme. Mit der ihm eigenen Gewandtheit auch völlig heterogene Vorschläge eingehend zu würdigen und ihnen bis in ihre letzten Folgerungen nachzugehen, entwarf Meinders nach den beiden ersten Konferenzen ein ausführliches Gutachten über die besonders zu beachtenden Punkte, falls „die raison d'Etat erfordern sollte, daß Ihre Churfürstlichen Durchlauchtigkeiten von Köln und Brandenburg bei vorgehender Ruptur zwischen Frankreich und Holland mit dem ersteren Partei nehmen müßten“. Vorerst müßte man mit Frankreich übereinkommen, daß, wenn es beim Beginn des Krieges Maastricht, Orsoy, Rheinberg, Wesel, Rees und Emmerich genommen haben werde, die Festungen den beiden Kurfürsten, die darauf An-

¹ Das Folgende nach Rep. 63 N. 14a des Geh. Staats-Archivs.

² Meinders à Waldeck, 28. Dez. 1669: Le Prince Guillaume de Fürstenberg eut hier audience auprès de S. A. E. Il n'a nulle commission de la France, comme on l'avait publié et n'est envoyé icy que de S. A. E. de Cologne (Arols. Archiv).

sprüche hätten, zurückgegeben würden, nur die Plätze, die früher „zu Flandern und Brabant gehörig“ gewesen wären, sollten an Frankreich fallen. Für den Fall, daß die Niederlande völlig erobert werden sollten und die von Fürstenberg vorgeschlagene Aufteilung der Niederlande vor sich gehen sollte, würde, so führt Meinders in der merkwürdigen Denkschrift aus, dennoch die bisherige Form der Regierung möglichst geschont werden müssen. Die neuen Landesherrn werden in ihrer Provinz durch einen besonderen Statthalter vertreten. Von der Gesamtheit der Fürsten wird ein Generalstatthalter „als Kurbrandenburg oder der Prinz von Oranien“ bestellt, der dann im Namen der vereinigten Fürsten anstatt wie bisher der vereinigten Provinzen das Ganze repräsentiert und mit Gutfinden des Rats von Staaten, in den jede Provinz wie jeder Fürst ein Mitglied entsendet, regiert. Dieser Rat entscheidet, ohne daß noch ein besonderes Votum der Provinzen eingeholt wird. Der Gewalt der Fürsten oder ihrem Statthalter soll gleichwohl ein weitgehender Einfluß gesichert werden: ihm huldigt die Provinz, in seinem Namen wird Kriminal- und Civiljustiz ausgeübt, und das unbedingte Anstellungsrecht der Offiziere scheint dem Kriegsrat Meinders nicht das unwesentlichste Recht des Landesherrn. Um dieses also nur durch Personalunion mit dem deutschen Reiche verbundene Staatswesen noch fester an das alte Mutterland anzuschließen, sollte es mit den drei Kreisen, in denen die Gebiete ihrer Fürsten lagen, dem kurrheinischen, westfälischen und niedersächsischen, einen ewigen Bund zu wechselseitiger Verteidigung eingehen.

Es sind entschieden staatsmännische Gedanken, die hier unter der Voraussetzung, daß die Niederlande nicht mehr zur Selbstverteidigung gegen einen mächtigen Feind die Kraft besitzen, dargelegt werden¹. Die Gefahr, daß das Herbarium staatsrechtlicher Naturgebilde des damaligen deutschen Reiches noch um eine eigenartige Blüte vermehrt würde, war wohl überhaupt nicht zu vermeiden bei einer Einverleibung unter Schonung der aller Theorie hohnsprechenden, verwickelten Verfassung der Niederlande. Doch die Aussicht, die Mündungen des deutschen Stroms wieder dem deutschen Leben dienstbar zu machen, das niederländische Sonderleben nicht weiter sich entwickeln zu lassen, hatte schon damals für einen staatsmännischen Kopf etwas Anziehendes. Unter der Modifikation, die Meinders dem bloßen Eroberungsplan Frankreichs gegeben hatte, den es in dieser Gestalt auch nicht würde acceptiert haben, schien aber doch wenigstens der Vorschlag einer Aufteilung der Niederlande nicht mehr so „chimärisch“, wie ihn der Domherr anfangs selber genannt hatte.

¹ Droysen S. 221.

Der Kurfürst war jedoch keineswegs gewillt auf solche Pläne einzugehen, und das Projekt einer Defensivallianz zwischen den beiden Kurfürsten, das Meinders entwerfen mußte, wurde sehr bald darauf von Berlin aus als unausführbar bezeichnet.

Mittlerzeit begannen die französischen Gesandten Vaubrun, Saint-Geran, Vanguion in Berlin ihre Unterhandlungen, für die als Kommissare die Geheimen Räte Schwerin, Jena, Somnitz und der Kriegsrat Meinders bestimmt wurden. Keiner von diesen vermochte einen Anschluß an Frankreich zu raten, obgleich wieder wie vor vier Jahren Unruhen von Polen her drohten, aber auch Amerongen, mit dem sie gleichfalls verhandelten, hatte von seinem Standpunkte aus manches Tadelswort für die vorsichtigen Staatsmänner¹, die im Grunde jede aktive Teilnahme an dem bevorstehenden holländisch-französischen Kriege widerrieten. Mir scheint selten die überragende GröÙe Friedrich Wilhelms so hervorzutreten, als in diesen Tagen, wo er umringt von oft allzubedächtigen Räten, angesichts der wenig entgegenkommenden und mit ihren reichen Mitteln zurückhaltenden Generalstaaten, sich doch entschloß mit einzutreten in den Kampf für Holland und die bedrohten Interessen Europas.

Außer denjenigen brandenburgischen Staatsmännern, die den Dingen näher waren, vor allem dem staatsklugen, immer ohne viele Umschweife seine Meinung kundgebenden Blaspeil, gab es aber doch noch einen Mann, der gleichsam als ein „Rat von Haus aus“ nicht abließ, den Kurfürsten zur Unterstützung der bedrohten Republik anzufeuern, Georg Friedrich von Waldeck. Wie gerade dann, wenn allgemeine Gesichtspunkte sich mit persönlichen Antrieben verbinden, den Meinungen eine besondere Kraft innewohnen scheint, so wird auch die beredte Sprache des seit Jahren mit der oranischen Partei verflochtenen Reichsgrafen auf den Kurfürsten nicht ohne Einfluß geblieben sein. Waldeck erkannte sehr wohl, daß sein Urteil sich nicht immer auf eine genaue Kenntniss der brandenburgischen Politik stützen konnte, und er empfand es schmerzlich, seit langem nicht mehr inmitten eines mächtig aufstrebenden Staatswesens zu stehen, das nun einmal zu allen Zeiten die erste Bedingung staatsmännischer GröÙe ist. Nur sein Einfluß an den braunschweigischen Höfen gab seiner Stimme einen besonderen Nachdruck, und ein gemeinsames Vorgehen derselben mit Brandenburg schien überdies noch zu hoffen.

¹ Sypesteyn, Nederland en Brandenburg. S'Gravenshage 1863. Z. 39. ∴ „Van andere zyden werd hij (Amerongen) gesterkt in de meening, dat de ministers van den Keurvorst vele middelen in het werk stelden om hem van die goede gezindheid af te brengen, dat Schwerin franschgezind vas en anderen, zoo als Meinders.“

In den Tagen, als Amerongen und St. Geran in Berlin sich um die Wette bemühten, den Kurfürsten zu gewinnen (Januar 1672), ließ dieser wieder einmal durch Meinders Waldeck gegenüber den Wunsch nach einer persönlichen Unterredung verlautbaren¹. Sie unterblieb diesmal, da Waldeck, wie er angiebt, die Einladung erst empfangen hatte, als er nach einem Aufenthalt im Braunschweigischen schon wieder wenige Meilen vor Arolsen angelangt war. Seine schriftlichen Äußerungen ließen aber an seiner Ansicht nicht den geringsten Zweifel. „Wenn ich die Angelegenheiten S. Ch. D. zu leiten hätte, schrieb Waldeck um dieselbe Zeit an Meinders, würde alsbald eine Armee von 16 000 Mann im Felde erscheinen“². Der Kurfürst würde den Unterschied von Gewaffnetsein und Nichtgewaffnetsein von früher her kennen. Wenn es nicht anders möglich wäre, sollte man wenigstens dem Anscheine nach den Kaiser und vielleicht auch Sachsen in das Bündnis ziehen. In mehreren Denkschriften hat Waldeck dann in den folgenden Monaten dem Kurfürsten meist auf dessen Wunsch seine Meinung über die Lage der Dinge kundgegeben³. Bisweilen faßt er in kurzen prägnanten Sätzen seine Ansicht über die seiner Meinung nach allein richtige Haltung des Kurfürsten zusammen: Starke Armatur, zuverlässige Allianzen und wer will bei guter Sache an Gottes Segen zweifeln⁴! Bisweilen erhebt sich seine Sprache Meinders gegenüber zu einem fortreißenden Pathos: *J'hazarde tout ce que j'ay au monde pour l'honneur de la nation et des Princes, qui doibvent contribuer du leur pour la proteger; la Hollande perdue, nous sommes tous livrez quant à ce monde, et dans l'autre nostre salaire sera tell que le meritent les timides. Que S. A. E. monstre à présent, que son coeur respond à sa naissance, qu'il est ausy puissant dans les dangers, que dans le repos et ausy scage, que grand en rang.*

Kamen in den meisten Fällen die Auslassungen Waldecks dem nach allen Seiten bedachtsam und gründlich erwägenden Kurfürsten durch Meinders zur Kenntniss, so blieb dieser selbst

¹ Meinders an Waldeck (undatiert, aber nach inneren Merkmalen — seit einigen Tagen seien Amerongen und St. Geran in Berlin — zweifellos Januar 1672 geschrieben): *Se. Ch. D. haben gerne vernommen, daß Ew. hochgrfl. Excellenz in kurzen sich dieserends nähern werden und wünschen Sie allsdann und zwar je eher je lieber zu sprechen* (Arols. Arch.).

² Waldeck an Meinders, Braunschweig, 29. Januar 1672. (Arols. Arch.)

³ Meinders à Waldeck, Berlin, 14. Febr. 1672: *„J'ai receu avec le respect que je dois les deux lettres de V. E. mais ie n'y ay pas trouvé ioint l'advis sur le quel Elle se remet dans sa dernière de la date d'Arolsen du 7 du courant. S. A. E. témoigne de l'impatiance de voir cet advis et plus encore d'entretenir de bouche V. E.“* (Arols. Arch.)

⁴ S. auch Archiv. Beilagen Nr. 8, 9, 10.

doch, die Unverläßlichkeit der Hochmögenden erkennend, meistens kühl und mit seinen Holland wenig geneigten Ansichten zurückhaltend¹.

Die Langsamkeit der Verhandlungen Amerongens nach dem fast räuberhaften Beginn der kriegerischen Aktion Englands vermehrt seine Bedenken, denen er dann, in der Eile auch wohl einmal mit einer anfechtbaren Metapher, aber nie ohne Geist Ausdruck gab: *La grande affaire meurt de plus en plus apres que l'Angleterre a declaré la guerre par la rupture et la France par le son des trompetes dans tout les rues et carrefours de Paris*², oder ein späteres Mal, als Österreich sich nur mit Mühe aufrütteln lassen wollte: *Le bon Dieu veille que pendant qu'on delibère avec assez de prolixité sur cette matière d'autres ne parviennent à leur but et que le remède ne soit apporté apres que le malade ne sera plus en estat d'en recevoir*³.

Es kam auch Waldeck vor allem darauf an, den Wiener Hof mit in das Bündnis zu ziehen: „sofern I. Ch. D. mit Eifer Ihre Kaiserl. Majestät nicht aufmuntern und sich selbst in solche Postur stellen, daß Sie zur Zeit hinten und vorne in das Spiel mit Macht treten können, so seindt alle Teutschen und Sie als der mächtigsten einer vor allem in großer Gefahr“. Man kann bemerken, wie immer, wenn der Kaiserhof oder auch andere Reichsfürsten zu einer großen nationalen Sache nicht zu bewegen waren, die Gefahren von seiten der Türken und Polen in den Vordergrund geschoben werden, auch wenn, wie in diesem Augenblick, die an der Mosel und am Rhein weit bedrohlicher waren. Da Fürst Johann Georg von Anhalt in Wien nur mühsam vorrückte, wünschte Kurfürst Friedrich Wilhelm auch Waldeck nach Wien reisen zu sehen⁴.

¹ Waldeck à Meinders, Arolse 29. Juillet 1672: *Vostre lettre . . . me fait peine et plaisir; plaisir que Vous me jugez encore tel que Vous me connaissez depuis longtemps et que Vous n'enseigniez par vostre exemple de ne se debvoir enguager en detail des raisonnements qui ne peuvent servir; mais je suis en peine de ce que Vous doutez si l'exécution respondera aux bons sentiments de S. A. E.* (Arols. Archiv.).

Der Ansicht Rankes (Preuß. Gesch. I/II. S. 300), daß Meinders von vornherein für das Bündnis mit Holland war, kann nach solchen und anderen Briefstellen aus dem Arols. Arch. nicht beigepflichtet werden. Das Gutachten (d. Bergen bei Frankfurt a. M. 15. Okt. 1672), auf das Ranke sich stützt und dessen Abdruck ich im 13. Bande der Urk. und Aktenst. vermisste, befindet sich bei „Meinder's Nachlaß“ (Geh. Staats-Arch. Rep. 92 N. 2), einer kleinen Sammlung von Schriftstücken, die in der Absicht zusammengelegt worden ist, bei dem Kurfürsten Friedrich die Frankreich nicht abgeneigte Politik von Meinders aus den siebziger und achtziger Jahren zu verschleiern und die gegen ihn erhobenen allerdings viel zu weit gehenden Anklagen zu widerlegen. (Näheres S. Absch. IX.)

² Meinders à Waldeck, Berlin, 10. Avril 1672 (Arols. Arch.).

³ Meinders à Waldeck, Berlin, 12. Juni 1672 (Arols. Arch.).

⁴ Meinders à Waldeck, Berlin, 22. Mai 1672: *S. A. E. m'a com-*

Der war dazu gern bereit, getraute sich auch wohl, gestützt auf seine dreißigjährige Kenntnis des Wiener Hofes dort etwas auszurichten, und bat um nähere Instruktion. Er schlug vor, daß der Kaiser veranlaßt werden sollte, eine in ihrer Stärke noch näher zu vereinbarende Armee unter dem Vorwand der polnischen Unruhen nach Schlesien einrücken zu lassen. Nur glaubte Waldeck für seine in Aussicht genommene Reise eine etwas hochgespannte Anforderung an den kurfürstlichen Kammerstaat stellen zu müssen¹, mit dem Hinweis auf seine finanzielle Bedrängnis, in die ihn die vollständige Verwüstung seiner niederländischen Grafschaft Cuylenburg durch die Franzosen gebracht habe, die so lange mit Einquartierungen und Kontributionen belegt worden sei, bis sie statt der bisherigen 10000 Thlr. jährlich in der nächsten Zeit auch nichts mehr werde einbringen können. Nachdem aber von Anhalt günstige Nachrichten eingelaufen waren, konnte man in Berlin auf Waldecks Reise verzichten, und verstimmt meinte dieser dann, daß er nur immer wie ein Adjutant behandelt werde, der zwar zuweilen Befehle überbringen, aber an der Beratung des Feldzuges irgend welchen Anteil nicht nehmen dürfe.

Von den dem Kurfürsten nahestehenden kriegsmächtigen Reichsfürsten setzte man in Berlin besondere Hoffnung auf Georg Wilhelm von Zelle², von dem Waldeck stets versicherte, daß er die besten Intentionen habe. Bei einer Zusammenkunft mit dem Kurfürsten in Potsdam im Monat Mai zeigte sich der Herzog auch völlig mit den hochherzigen Absichten des Kurfürsten einverstanden, man versäumte es nur zu schriftlichen Abmachungen zu schreiten, und so konnten schließlich über den edlen, aber willensschwachen Welfen doch wieder andere Strömungen die Oberhand gewinnen³. Er hätte es gern gesehen, meinte Waldeck, wenn vor seinem Beitritt erst die holländische Partei verdoppelt

mandé d'asseurer V. E. de ses bonnes graces et qu' Elle souhaite fort que V. E. face le voyage de Vienne. On n'en a pas encore des nouvelles si le Pr. d'Anhalt y est arrivé et ce qu'il y aura fait (Arols. Arch.). S. jetzt auch noch Urk. und Aktenst. XIII 215, die einzige Stelle bisher, wo in der offiziellen brandenburgischen Korrespondenz der Wirksamkeit Waldecks für die holländische Allianz gedacht wird.

¹ Waldeck an Meinders, 2. Juni 1672: „Wenn ich nach Wien gehen soll, so wird erstlich erfordert, daß mir mit 2000 Rthlr. zur Reise an Hand gegangen werde . . . (Arols. Arch.).

² Meinders à Waldeck, 14. Februar 1672: Il y a de l'apparence que le Prince (de Celle) accordera en toutes choses avec S. A. E. et qu'il y aura en 2 ou 3 semaines une entrevue à Potsdam. Si V. E. vouloit accompagner S. A. Elle y servit tres-bien venue, dont j'ay ordre apres de l'en asseurer (Arol. Arch.).

³ Meinders à Waldeck, 22. Mai 1672: Il est vray, qu'on s'est trop flatté de l'intention du Duc de Celle et c'est la raison pourquoy on n'a pas eu la précaution de faire quelque chose par escrit à Potsdam, mais à cela il n'y a plus de remède (Arols. Arch.).

worden wäre, dazu zeige sich der Kaiser dem Herzog gegenüber allzuzurückhaltend. Auf eine im Juni nochmals an ihn durch Meinders ergangene Einladung zu einer Unterredung nach Potsdam beschränkte er sich darauf, eine grössere Denkschrift einzureichen¹. Schon Ende Mai fürchtete er, nachdem Wesel von den Franzosen eingenommen war, daß der Kurfürst schliesslich doch noch entweder neutral bleiben oder ganz die Partei von Frankreich nehmen würde. Die immer rascheren Fortschritte der Franzosen liessen erkennen, so führte Waldeck aus, wie viel schwerer der Kampf an der Weser oder gar der Elbe sein würde, als an der Mosel und Maas. Freilich sei es jetzt schon sehr spät, aber noch immer Zeit „das monarchische Dessen“ Frankreichs zu brechen. Was jetzt einem drohe, stehe allen bevor, deshalb möge, wer sich selbst helfen wolle, sich in den Stand setzen dem Angegriffenen zu helfen. Durch Hineinziehen des Reiches würde die Grundlage der Koalition eine viel festere werden, und deshalb dürfe man sich, wie die Dinge ständen, auch nicht scheuen, dem Kaiser etwas weitergehende Vollmachten einzuräumen. Spanien und Dänemark würde man gleichfalls hinzuziehen und ein Versuch beim schwedischen Reichstage, dieses Land von seinem Irrwege abzubringen, könnte auch noch ernstlich unternommen werden. Die vier braunschweigischen Herzöge gelte es jetzt wenigstens von der feindlichen Partei fern zu halten. Brandenburg aber wäre so situirt, daß es ausser den cleveschen Landen nichts zu fürchten hätte, und könnte ungeachtet der Drohungen Frankreichs seine Rüstungen fortsetzen. Ehre und Gewissen gebiete dem Kurfürsten, daß er für seine eigenen Interessen und die der Gesamtheit vor dem Kriege nicht zurückschreke.

Der Kurfürst, trotzdem gerade jetzt sein Gichtleiden ihm hart zusetzte, war auf die unzulänglichen Anerbietungen Amerongens eingegangen und liess schleunigst alles zum Aufbruch fertig machen. „Zwar wird es mir und meinem Lande wohl etwas schwer fallen, ich habe mich aber lieber darin überwinden und etwas dem gemeinen Wesen zum besten angreifen, als dieses hochnützliche Werk zum merklichen Präjudiz und Nachteil des gemeinen Interesses länger in Ungewissheit stecken lassen wollen“². Waldeck, dem man sofort nach Abschluß des Vertrages mit Holland die Nachricht davon hatte zukommen lassen, wollte nun nach Errichtung des Bündnisses mit Holland sofort noch weitere Reichsstände in das Bündnis gezogen wissen. Endlich erhielt er unter den wärmsten Worten der Anerkennung für sein Bemühen von dem Kurfürsten die eigenhändige Versicherung³, daß die brandenburgischen Regimenter Ende Juli

¹ S. Beilage Nr. 10.

² Kurfürst an Waldeck, 1. Mai 1672.

³ S. Beilage Nr. 12.

aufbrechen würden, obgleich Meinders dieses sofort nach Abschluß des Vertrages mit Amerongen für Mitte Juni in Aussicht gestellt hatte. Der Abschluß des Vertrages mit dem Kaiser hatte sich lange verzögert. Bei der zweiten Abreise des Fürsten von Anhalt erhielt dieser den offiziellen Auftrag von Wien, den Kurfürsten von Sachsen mit in die Allianz aufzunehmen, und treu der alten sächsischen Politik erklärte sich auch der Kurfürst von Sachsen bereit, dem Winke von Wien aus Folge zu leisten. Voll freudiger Hoffnung schrieb Waldeck zurück: „Alle Augen sehen jetzo auf Ew. Ch. D.; nach Ihren Actionen werden viele die ihrigen regulieren.“ Durch Krankheit und die zahlreichen Besatzungen werde das französische Heer geschwächt und eine Diversion nach Lothringen müßte die allerbesten Folgen haben.

Bereits mehrere Male hatte er in seinen Briefen den Wunsch durchblicken lassen, wieder in brandenburgische Dienste zu treten, was ihm auch nicht geradezu abgeschlagen wurde¹. Als er von Meinders eine ausführliche Schilderung der Umstände, die zum zeitweiligen Dienstaustritt Derfflingers geführt hatten², erhielt, meinte er, daß er gerne an Derfflingers Stelle sein möchte, er habe aber auch Hoffnung dem Vaterlande an einem anderen Orte dienen zu können. Bald darauf, Anfangs September, erhielt er seine Berufung zum niederländischen Feldmarschall. Zum Lohne aller seiner jahrelangen Thätigkeit für die Interessen der Republik sollte er nun auch da, wo er seine ersten kriegerischen Lorbeeren errungen, für die beiden letzten Jahrzehnte seines Lebens einen bewegten Mittelpunkt finden, mitten innestehend in dem welthistorischen Kampfe gegen Frankreichs Hegemonie im 17. Jahrhundert. Nach den obwaltenden Umständen konnte man seine Berufung am Berliner Hofe nur mit Freuden begrüßen. Selbst sein früherer Gegner, der alte Oberpräsident Schwerin, setzte in sein strategisches Talent ein solches Vertrauen, daß er ihn in väterlicher Sorge bat, einen seiner Söhne in seine militärische Schule zu nehmen, da er wisse, daß er ein guter Lehrmeister sei³. Er war zugleich eine der bedeutendsten Gestalten des

¹ Kurfürst an Waldeck, Köln a. St. 31. Juli 1672: „Im übrigen hoffen wir, es werde sich bei Fortgang des Werkes Gelegenheit ereignen, nicht allein Eure Person nach Meriten zu employiren, sondern Euch auch eine oder andere Ergötzlichkeit zur Ersetzung des erlittenen großen Schadens zu procuriren.“ (Arols. Arch.)

² Es ist eine Abschrift der auch anderweitig vorhandenen Darstellung. S. Lehmann, Die brandenburgische Kriegsmacht unter dem großen Kurfürsten, in Kosers Forschungen zur Brand. preufs. Gesch. Bd. 1 S. 410 Anm.

³ Schwerin à Waldeck, pres de Giesen, 24. Sept. 1672; Si la guerre continue, ie supplieray de me faire la grace de prendre un de mes fils qui est à cette heure plus de 4 ans en France pour apprendre les exercices auprez d'Elle pour y apprendre la guerre. J'aurais peut-estre moyen de le mettre en plusieurs places, mais ie preferais cette

deutschen Fürstenstandes im 17. Jahrhundert, und als die brandenburgischen Regimenter an den Rhein zogen, befanden sich, ein sichtbares Zeichen hohen politischen Strebens in den Fesseln der Kleinstaatsmisere, auch ein paar hundert Waldeckische Reiter mitten unter ihnen. Geworben und angeführt von einem Vetter Georg Friedrichs, Christian Ludwig von Waldeck, stand diese Truppe gleichwohl auf dem Kurfürstlichen Etat¹. Dieser war durch die zahlreichen Neuwerbungen zum Schrecken des ersten ausführenden Beamten der Heeresverwaltung, Meinders, derart belastet, daß dieser von vornherein Schlimmes befürchtete. Der vorläufige Erfolg des Feldzugs aber gab denen recht, die gezögert hatten ihre Zustimmung zu einem in Gemeinschaft mit Österreich unternommenen Kriegszug zu geben, oder denen, die, wie Meinders, gestützt auf ihre genaue Kenntnis der Bedürfnisse der kurfürstlichen Armee, von vornherein sahen, daß zum mindesten die Frage der Unterhaltung der brandenburgischen Truppen für einen längeren Feldzug nicht hinlänglich geregelt sei.

In der That zeigte sich, daß die am Mittelrhein gemeinsam aufmarschierten brandenburgischen und kaiserlichen Regimenter alsbald in Verpflegungsschwierigkeiten gerieten, da die dortigen Reichsstände jede Unterstützung, auch gegen Barmittel, versagten. Die vorher schon unregelmäßig eingegangenen holländischen Subsidien stockten nun bereits seit Monaten ganz. Der Tadel der Hochmögenden gegenüber der lauen Kriegführung konnte natürlich nur die Hofburg treffen, die, durch einen Vertrag mit Frankreich (1. Nov. 1671) zur Unthätigkeit verpflichtet, gleichwohl Brandenburg in ein Bündnis gegen Frankreich hatte eintreten lassen. Diese durch und durch undeutsche habsburgische Politik durfte man nicht noch dadurch verschlimmern, daß man die Armeen noch weiter vom Kriegsschauplatze abzog. Meinders widersetzte sich sowohl dem Plane, Turenne weiter nach Süden zu ziehen, als auch dem, durch einen Marsch nach Westfalen auf Köln und Münster sich zu stürzen. Das Interesse der kurfürstlichen Armee, der er wohl allein einen glücklichen Feldzug gegen die Franzosen zutraute, bewog ihn mit einer ungewöhnlichen Entschiedenheit für die Ergreifung wirklicher Kriegsoperationen einzutreten. Trotzdem wurde einige Wochen später in einer Kriegsratssitzung der Marsch nach Westfalen beschlossen, um die dort gelegenen kurfürstlichen Lande von

de V. E. à toutes autres, seachant qu' Elle faict de bons escoliers, et qu' Elle ne laisse pas oysivs ou long temps dormir les jeunes gens (Arols. Arch.).

¹ Meinders à Waldeck, 25. Juni 1672: Il est vray que ces nouvelles troupes chargent fort la caisse militaire de S. A. E. sur tout si les Hollandais ne nous payeroient pas; mais on a trouvé bon de hasarder quelque chose . . . le succes dependra du bon Dieu (Arols. Arch.).

den Erpressungen des Bischofs von Münster zu befreien. Auch jetzt noch widersetzte sich Meinders mit einem formvollendeten Gutachten, das den ganzen staatsmännisch-strategischen Blick des Mannes erkennen läßt. Er erkannte, daß die engen westfälischen Lande die Armee längere Zeit nicht würden unterhalten können, und rechnete heraus, daß, selbst wenn ein großer Teil der Subsidien nachgezahlt würde, die Armee in Westfalen monatlich über 11 000 Rthlr. mehr kosten würde, als man aufbringen könnte¹. Die Nichtbefolgung seiner Mahnungen liefs denn auch die Notwendigkeit eines zeitweiligen Friedensabschlusses alsbald hervortreten, zumal nach den geschickten Operationen Turennes.

Eine an den Pfalzgrafen von Neuburg in diesem Augenblick ergangene Aufforderung zum Miteintritt in das Bündnis beantwortete dieser mit dem Anerbieten, Friedensverhandlungen zwischen dem Kurfürsten und dem Bourbonenkönig übernehmen zu wollen. Der Pfalzgraf erbat sich speciell Meinders für weitere Unterhandlungen. Im Haag war man auf Gerüchte von Verhandlungen hin nicht wenig verstimmt, und Oranien konnte zu Gegenvorstellungen keinen geschickteren als Waldeck in das kurfürstliche Lager nach Lokkum² absenden. Das Versprechen Waldecks, die Staaten in Zukunft zu regelmäßigerer Erfüllung ihrer Pflichten anhalten zu wollen, konnte jedoch Vorwürfe des Kurfürsten gegen Holland, auch über dessen bisherige laue Art mit Braunschweig, Dänemark und Spanien zu unterhandeln, die auch in das Bündnis hätten gezogen werden sollen, nicht zurückhalten. Da wenig Aussicht schien, „den Stillstand der Waffen“ aufzuhalten, versuchte Waldeck wenigstens die Überlassung von 5—6000 Mann brandenburgischer Truppen an die Staaten durchzusetzen. Auch zu diesem konnte sich der Kurfürst nicht entschließen, „bevor die Armee nicht einige Monate ausgeruht habe“. Bei einer zweiten Konferenz auf einem Schlosse im Hildesheimischen stellten der Fürst von Anhalt, Schwerin und ganz besonders Meinders den schlechten Zustand der Armee und den Proviantmangel als ausschlaggebend hin.

Währenddem waren dem Kurfürsten von Frankreich her bereits Anerbietungen gemacht, auf die er seiner Lage nach eingehen konnte, sogar eingehen mußte, falls er seine Armee nicht dem Ruin preisgeben wollte. Bei Abschluß des Vertrages mit Holland hatte Kurfürst Friedrich Wilhelm, um der stolzen Militärmonarchie der Zeit die Stirn bieten zu können, nicht ängstlich erwogen, ob die von den Staaten endlich zugestandenen bescheidenen Hülfgelder die Bedürfnisse des

¹ Urk. u. Aktenst. XIII 367.

² Rauchbar, Leben und Thaten Georg Friedrichs von Waldeck I 304 ff.

Heeres einigermaßen bestreiten könnten. Jetzt war Holland mit nicht weniger als einer Drittel Million Rthlr. im Rückstande, und es war unvermeidlich geworden, die Soldsätze für die kurfürstlichen Truppen herabzusetzen. Um ein volles Drittel des bisherigen Satzes waren alle brandenburgischen Soldaten, vom Trommler bis zum General, in ihrem Sold durch das Verpflegungsedikt vom 15. Febr. 1673¹ gekürzt worden. Die Ordonnanzen vom 30. Mai 1672² und dann wieder die spätere vom 6. Juli 1674³, die den normalen Besoldungssatz aufweisen, hatten jede Belästigung der Bewohner verbieten können und eine strenge Disciplin gegen Ausschreitungen der Soldtruppen auf dem Marsch wie in den Quartieren erst ermöglicht. In diesem Augenblick wurden nun die namentlich durch den langen winterlichen Marsch nach Westfalen hart mitgenommenen Truppen wieder gegen eine ganz geringe Entschädigung auf die Speisung der Quartierwirte angewiesen. Allen alten Mißbräuchen wurden damit wieder Thür und Thor geöffnet und die nur mühsam errungene Zucht und Subordination der Mannschaften und Offiziere wieder in Frage gestellt. Es war für Brandenburg ein Akt der Selbsterhaltung, wenn es um seiner Armee willen sich aus der ohne eigenes Verschulden entstandenen Lage durch einen Waffenstillstand herauszureißen suchte.

Gemeinsam mit dem um einige Jahre jüngeren, aus Cleve stammenden, gewandten und überall gern gesehenen pfalzneuburgischen Rat Stratmann sollte sich Meinders dieser Aufgabe unterziehen, nachdem Stratmann allein in Paris bereits einen vorläufigen Vertragsentwurf vereinbart hatte, den auch der Kurfürst sogleich ratifizierte. Für Meinders galt es zunächst von Turenne die bestimmte Zusicherung zu erhalten, daß dieser seinen Marsch nicht fortsetzen, die Ausschreibung von ferneren Kontributionen einstellen wolle. Auch Soest und Hamm wie die Grafschaft Mark versprach er alsbald von französischen Truppen zu räumen. Es gelang unserem geschickten Unterhändler ferner auszuwirken, daß Turenne dem Bischof von Münster, dessen Truppen im Ravensbergischen weit ärger gehaust hatten, als die Turennes in den von ihm besetzten Gebieten, mit Erfolg gebot, jeder ferneren Feindseligkeit sich zu enthalten⁴.

Den französischen König trafen die beiden Gesandten in seinem Hauptquartiere Vossem bei Löwen. Obgleich Stratmann die Ratifikation des Vertrages mit dem Kurfürsten sogleich überreichte, bemühte sich Meinders fernerhin noch um die Abänderung einiger Vertragspunkte. Vertrauensvoll hatte

¹ Mylius, Corp. Const. March. III Sp. 113 u. 114.

² Mylius III Sp. 99 u. 100.

³ Mylius III Sp. 117 u. 118.

⁴ Urk. u. Aktenst. XIII 512.

ihm der Kurfürst für eine neue Ratifikation Blanquette mitgegeben. Nach einer Audienz beim König mußte selbst Louvois sich unseren Diplomaten gegenüber bereit erklären, fernere Kontributionen in der Grafschaft Mark zu verbieten und auch in Cleve nach Ablauf einer kurzen Frist solche zu untersagen. Während der Unterhandlungen hatte Meinders Gelegenheit die äußerlich glänzende französische Kriegsmacht zu bewundern, die im Begriff stand zu einem Angriff auf Maastricht zu schreiten. Auch das geregelte französische Verpflegungssystem mit seinen Intendanten, die nicht dem kommandierenden Marschall, sondern direkt dem König unterstellt waren, die reichlich mitgeführten Kornvorräte der Armee erregten die Bewunderung des Leiters der brandenburgischen Heeresverwaltung. Es ist erklärlich, daß ihm die immer wieder gemachten Vorschläge der französischen Minister zu einer näheren Allianz mit Brandenburg recht verlockend schienen, obgleich der Kurfürst hiervon nichts wissen wollte. Was Meinders von der mehr als zweifelhaften Haltung der Hofburg während des letzten Jahres hier erfuhr, konnte ihm auch nur Frankreich als einen zuverlässigeren Verbündeten erscheinen lassen, als Österreich. Der Kurfürst hatte jedoch fortgesetzt nichts anderes als eine Neutralitäts-Konvention im Sinne und meinte einmal Schwerin gegenüber mit Bezug auf Meinders: „Es wird ihm wohl nochmals zu befehlen sein, daß er sich in keine Sache, worauf er nicht ausdrücklich instruiert, einlasse, und wäre es wohl besser, daß er von Pomponne kein Projekt an uns zu überschicken annehme¹.

Die Verhandlungen über den endgültigen Vertrag nahmen erst rascheren Fortgang, als der König vor Maastricht, dessen Belagerung er selbst leitete, angelangt war, unter dem Kanonendonner des französischen Belagerungsheeres. Die Klausel des Vertrages, daß der Kurfürst freie Hand behalte, wenn das Reich von Frankreich angegriffen würde, bildete von Anfang an die Grundlage des ganzen Vertrages und Meinders hat sie trotz aller Gegenbemühungen aufrecht zu erhalten gewußt. Einen der schwierigsten Verhandlungspunkte bildete die Forderung Frankreichs, daß der Kurfürst westlich der Weser außer den notwendigen Garnisontruppen nur noch 1000 Mann auf dem Lande halten dürfe. Meinders ließ sich zu einem solchen Zugeständnis bereit finden, erfuhr aber von seinem Hofe sofort eine energische Gegenerklärung, da der Kurfürst sich in seinen Landen keinerlei Beschränkung auferlegen lasse wolle. Er behielt sich mitten auf dem Kriegstheater vor, so viele Truppen zu halten, als es ihm belieben würde, nur mußten diese, da Meinders sein Zugeständnis nicht mehr

¹ Kurfürst an Schwerin, 16. Juni 1673 (Arch. d. Gr. Generalst.).

zurücknehmen konnte, unter dem Begriff Garnison gefaßt werden. Von irgend einer Entlassung kurfürstlicher Mannschaften, wie das bisher nach einem wirklichen Frieden noch immer, wenn auch in Brandenburg in immer beschränkterem Maße der Fall gewesen war, war diesmal in dem Vertrage nicht das Geringste ausbedungen, und es ist auch kein einziger brandenburgischer Soldat zum Zwecke einer Entlastung des Kriegsetats heimgeschickt worden; nur einige Offiziere wurden auf Halbsold gestellt. Der Kurfürst war gewillt, nach wie vor den „Zaum in der Hand“ zu behalten. Die pekuniären Zugeständnisse, die Frankreich in dem Vertrage gemacht hatte, erfüllte es diemal in richtiger Erkenntnis der Lage schon nach kurzer Zeit nicht mehr, und die ausgesogenen kurfürstlichen Lande waren doch wieder auf die eigenen bescheidenen Hülfskräfte angewiesen, als die Dinge eine andere Wendung nahmen. Gerade in der Zeit als die Konvention von Vossem vor Maastricht die endgültige Form gewann und neue Ratifikationen ausgetauscht wurden, fiel die tapfer verteidigte Stadt. Der Fall rüttelte Spanien endlich auf und brachte auch den habsburgischen Kaiserhof zur Besinnung. Brandenburg bedachte sich alsdann keinen Augenblick, der aussichtsvolleren Koalition gegen die Bourbonenmacht beizutreten.

An dem Urteil über das beispielloso hochherzige und kühne Unterfangen Brandenburgs zur Rettung Hollands darf der lahme Feldzug des Winters von 1672 auf 1673 nichts ändern, ebensowenig wie der Waffenstillstand von Vossem, der nur ein Atemholen vor einem erneuten Anlauf bedeutet.

V.

Meinders an der Spitze der Heeresverwaltung.

a. Persönliche Stellung.

Wenn Meinders schon seit seiner Ernennung zum Hof- und Kriegsrat einen wesentlichen Teil der Geschäfte des General-Kriegskommissariats in seiner Hand vereinigt hatte und namentlich das ganze Detail über Löhnung und Verpflegung der Truppen, die monatliche Aufstellung der Etats und die Verteilung der dazu erforderlichen Kontributionsmittel auf die verschiedenen Landschaften unter allgemeiner Anerkennung zu erledigen verstanden hatte, so war ihm nach dem Tode des langjährigen General-Kriegskommissars Claus Ernst von Platen (1669) auch die Hauptverantwortung für diese Dinge zugefallen¹. In seinem 39. Lebensjahre waren ihm die Funktionen eines der wichtigsten Staatsämter der gesamten Verwaltung des brandenburgisch-preussischen Staats übertragen worden. Dafs der Titel eines General-Kriegskommissars unterdrückt wurde, wird seinen Grund zum Teil in dem jugendlichen Alter des jetzigen Amtsinhabers gehabt haben, zum andern aber bestimmt darin, dafs man seit längerer Zeit überhaupt eine Änderung in der Organisation der Spitze der Heeresverwaltung vorzunehmen entschlossen war, worauf ich im folgenden Teile eingehen will.

Die gerade in jener Zeit überall durchzufechtenden Steuerkämpfe mit den renitenten Ständen waren geeignet gerade den Träger dieses Amtes recht verhafst im Lande zu machen. Doch mit den Mühen wuchsen in diesem häuslicherischen Staatswesen für den einzelnen nicht immer die Annehmlichkeiten. Der einzige Besoldungszuwachs bestand

¹ Meinders à Waldeck, Königsberg 17. août 1669: V. Exc. scait desja peuestre que le Commissaire Général de Platen est mort. Il a plu à S. A. E. me confier la fonction de cette charge, dont le titre demaire pourtant supprimé. (Arols. Arch.)

in dem Betrage an Recepturgeldern, den Platen bezogen hatte; dazu wurden Meinders nur noch aus den kurfürstlichen Magazinen für 6 Pferde-Futter neu angewiesen¹. Von anderen als Heeresverwaltungsgeschäften sollte dafür Meinders soweit als möglich entbunden werden. Dafs dieses aber, wenn überhaupt, dann nur in ganz beschränktem Mafse eingehalten worden ist, war bei den Anforderungen, die hier an die Arbeitskraft der Beamten gestellt wurden, war ferner bei dem um sich greifenden Ehrgeiz des neuen Leiters der Heeresverwaltung nur zu erklärlich. „Er kommt täglich mehr in Kredit und hat die Hand fast in allen vornehmen negotiis“, berichtete Goës nach Wien². Wir sahen, wie Meinders bei den wichtigsten Konferenzen, die namentlich seit Beginn des Jahres 1670 über Brandenburgs Stellung zu den Niederlanden und zu Frankreich in Berlin stattfanden, bei den Unterhandlungen mit Wilhelm von Fürstenberg, mit Marquis de Vauban, St. Geran, Vanguion neben Schwerin, Somnitz und Jena mitwirkte. Als dem jüngsten von diesen kurfürstlichen Beamten lag ihm die Führung der Protokolle ob, die er entsprechend der Sprache, in der die Verhandlungen geführt wurden, zum Teil französisch niederschrieb. Es darf bei seiner vielseitigen glücklichen Wirksamkeit nicht wundernehmen, wenn er schon kurz vor dem Aufbruch des brandenburgischen Heeres, am 6. August 1672, seine Ernennung zum Geheimen Rat erhielt. Er war jetzt der jüngste unter den Geheimen Räten und zeitweise auch der einzige Bürgerliche, was in diesem Zeitalter, in dem an fast allen europäischen Höfen eine geistig aufstrebende Aristokratie die Geschäfte in der Hand hatte, gewifs etwas bedeuten konnte, auch wenn man erwägt, dafs an diesem Hofe vor allem das Talent als solches geschätzt wurde. Wenn zu Meinders' einflussreichsten Gönnern der Fürst von Anhalt gehörte³, so fand er in Schwerin schon seit einiger Zeit nicht mehr einen immer wohlwollenden Beurteiler. Der fühlte, dafs während seines öfteren Aufenthaltes auf seinen Gütern ein jüngerer sich an seine Stelle zu setzen suchte, was bei den noch nicht ressortmäfsig abgegrenzten Geschäften sehr leicht geschehen konnte. Die Gunst, in der Meinders beim Kurfürsten fortgesetzt stand, hielt bei dem oft kränkenden Manne eifersüchtige Anwandlungen nicht zurück und liess ihn in diesem Bielefelder Receptorsohn, dessen

¹ Ich entnahm diese und die folgenden Angaben der im Arch. des Kriegs-Minist. befindlichen umfangreichen Instruktion, Königsberg, 24. Juni 1669 (Beilage Nr. 7).

² Königsberg, 13. Juli 1669. (Urk. und Aktenst. XIV 425.)

³ Jean Georg d'Anhalt à Waldeck, Berlin 7. août 1672: Mons. Meinders fait hier conseiller privé de S. A. E., qui lui a fait asseurement justice. (Arols. Arch.)

„Ambition man reprimieren müßte“¹, zuweilen einen frühzeitigen Nachfolger fürchten. Meinders' flinke Feder hielt dann andererseits auch nicht immer die Grenze der Ehrerbietung gegen den wohlverdienten ersten Beamten des Kurfürsten inne. Als dieser einst aus Gesundheitsrücksichten beim Kurfürsten bat, die Direktion mehrerer Angelegenheiten der inneren Verwaltung abgeben zu dürfen, berichtete ihm der gerade in der Umgebung des Kurfürsten weilende Meinders: „S. Ch. D. haben Ew. Gnaden Schreiben nicht ohne Wehmut gelesen. Sie sagten, daß Sie wohl gemerkt hätten, daß die Kräfte und der Vigor naturae bei Ew. Gnaden in der letzten Krankheit einen starken Anstofs gelitten“².

Dieser Ton mutwilliger Ironie war weit entfernt von jener gewissen Fügsamkeit, mit der Meinders' Ehrgeiz früher in Anbetracht der mittelmäßigen Verhältnisse, aus denen er hergekommen, sich hatte verbinden müssen. Doch es ist natürlich, daß in dem Maße, als er an dem Hofe und in den Geschäften festeren Fuß faßte, sich auch der Widerstand gegen ihn regte, bei dessen Abwehr dann ein gerechtes Selbstbewußtsein ihn unterstützen mußte. Glaubt doch selbst Waldeck, er allerdings ohne Grund, bei dem Gegensatz der Meinungen, der im Sommer 1672 in seinem lebhaften Briefwechsel mit Meinders nicht direkt scharf hervortrat, aber durch Meinders Zurückhalten über seine Ansichten wegen der holländischen Allianz doch erkennbar war, ein ferneres freundschaftliches Einvernehmen in einiger Gefahr, denn „honores mutant mores“ fürchtete der welterfahrene Mann³.

b. Die Heeresverwaltung innerhalb des Geheimen Rats.

Mit der fortschreitenden Ausbildung der Territorialgewalten nach dem westfälischen Frieden erlangte ein Verwaltungsorgan, das während der Drangsale des großen Krieges geschaffen worden war, allmählich eine von der ursprünglichen Bestimmung ganz abweichende Bedeutung. Die für die Geschäfte der Märsche, Einquartierung und Verpflegung der Truppen und andere Intendanturangelegenheiten notwendig gewordenen Landeskommisare waren nach dem Kriege feste ständische Organe geworden⁴, und teilweise

¹ Orlich I 253 u. 254.

² Orlich I 249.

³ Waldeck à Meinders, 21. août 1672 (Gratulationsschreiben zu Meinders' Ernennung z. Geheim. Rat): Montrez, que Vous êtes à l'épreuve du vieux proverbe „Honores mutant mores“ au moins à mon égard. (Arols. Arch.)

⁴ Herren und Ritterschaft der Altmark an den Kurfürsten, 6. Juni 1672: . . . „ex actis publicis genuglich zu erweisen siehet, daß zeitherr vorigen teutschem Kriege, als bei dessen beklagendem

gestalteten sich diese dann unter der staatsbildenden Hand tüchtiger Regenten zu einem Hauptorgan der Staatsgewalt, zu einem Kampfmittel gegen die rostende ständische Oligarchie.

Im vorliegenden Zeitraum, in welchem ein umfangreiches fürstliches Beamtentum im weiteren Entstehen begriffen ist, erscheinen in Brandenburg neben den nur der landesherrlichen Bestätigung bedürftigen ständischen Land- und Kreis-kommissaren lediglich fürstliche Beamte, wie Ämter-Kommissare, Kriegskommissare, Kriegs- und Rechnungskommissare, Festungs- und Garnisonskommissare, Marinekommissare¹, Beamte, die, wie ihre Namen andeuten, vorzugsweise für die Erledigung neu auftauchender Gebiete staatlicher Thätigkeit bestimmt waren. Ganz besondere Bedeutung sollte dann den Kriegskommissaren zukommen. Die ständischen Landkommissare, hatten naturgemäß meistens nur bei Märschen und Einquartierungen in Funktion für die Armee treten können, die staatlichen Civilbehörden aber reichten für den Organismus der Armee, die als ein vollkommen neuer Faktor in die Geschichte Preussens und Deutschlands eingetreten war, nicht aus. Da man nun den Offizieren selbst die ganze Sorge für Unterhalt und Ergänzung der Armee nicht in die Hand geben wollte, mußten die früher nur von Fall zu Fall gebrauchten Kriegskommissare zu besonderen militärischen Verwaltungsbeamten sich ausbilden², deren vornehmstes Geschäft dann zuerst die Anlage und Verwaltung der Kontribution wurde. Die laufende Verwaltung des Steuerwesens und auch der Kontribution lag in den unteren Instanzen bisher auf dem Lande den ständischen Kreis- und Landekommissaren, in den Städten den Magistraten ob³. Mit der Beibehaltung größerer Heeresmassen nach dem Frieden von Oliva und der Notwendigkeit der Forterhebung der Kontributionen glaubte man nämlich gewahr zu werden, daß weder eine durchgehende Gleichheit bei den Einquartierungen noch bei Auf-

Anfang vor nötig erachtet worden, daß in jeglichen Kreisen dieser Kur Brandenburg zur Beobachtung der Militär- und Kontributions-sachen aus dem Mittel der Ritterschaft gewisse und qualifizierte Subjekte bestellet worden, die ihres Vaterlandes beste mit aller Treu sich angelegen sein lassen könnten, es ja und allerwegen hierselbst gleichwie in anderen funktionibus, die von dem Land und der Landschaft dependiren, die nomination solcher Leute von der Ritterschaft jedes Ortes beschehen und der gnädigsten Herrschaft zu fernem beliebigen gnädigsten Wohlgefallen allemahl praesentiret, die denn auch darauf unweigerlich in Gnaden confirmiret worden“ (Arch. d. Kriegs-Minist.).

¹ Zahlreiche Patente solcher Kommissare im Archiv des Kriegs-Minist.

² Edikt über die Verbesserung der Kontribution in den Städten v. 7. Nov. 1670 bei Hoyer's, Corp. Jur. milit. Berlin 1672.

³ Schmoller, Das Städtewesen unter Friedrich Wilhelm I, in Zeitschr. für Preuß. Gesch. und Landeskunde XI 567.

bringung der Kontribution gehandhabt wurde, daß vielmehr überall die ständischen Kommissare die kurfürstlichen Amtsunterthanen, daß die Magistrate in den Städten die unteren Bevölkerungsklassen unverhältnismäßig heranzogen. Dem Bestreben des Kurfürsten, die eigenen Amtsunterthanen möglichst von den Abgaben für die ständischen Kreis- und Landkommissare zu befreien, wurde ein zäher Widerstand entgegengesetzt. Doch die Vereinigung der Staats- und Patrimonialgewalt in der Hand des Landesherrn vermochte hier, so schwer auch sonst noch das Problem zu lösen war, beiden Seiten gerecht zu werden, allmählich Wandel zu schaffen. Immer wieder wird den Landkommissaren bei ihrer Bestellung und den Magistraten in den Städten bei den verschiedensten Gelegenheiten und oft ohne Erfolg eingeschärft, darauf zu sehen, daß „nicht der Armut einig Unfug zugezogen werde“¹, daß, „alles in besseren und richtigeren Stand der Armut zum Besten zu bringen“² sei. Der Wunsch nach einer gerechteren Verteilung der Kontributionslasten war dann mit einer der Gründe für die Schaffung der landesherrlichen Kommissariate, half eine Behördenorganisation schaffen, aus der unendlicher Segen dem preussischen Staate erwachsen ist. Zum Teil entstanden diese Behörden in dem Maße, als es nach und nach gelang, den Ständen weniger genehme Angehörige der Ritterschaft unter die Landkommissare einzureihen. In der Altmark wurde so unter dem heftigsten Protest der Ritterschaft, die sich darauf berief, daß bisher immer die von ihr vorgeschlagenen „unweigerlich konfirmiert“ seien, um 1670 der dem Kurfürsten genehme Ludolf Borchardt von Alvensleben neben die anderen drei Kommissare gesetzt³. Indem so einem der Ritterschaft höchst mißliebigen Edelmann „das Kriegs- und Kreiskommissariat“ mit der Verpflichtung „bei Märschen, Einquartierungen, Kontributionsanlagen und allen anderen Kriegsoneribus“ mitzuwirken aufgetragen wurde, durfte man hoffen, von allen Marschabschiebungen, Einquartierbefreiungen, Kontributions-Exemtionen und Steuer-Nachlassen, wie sie innerhalb der ständigen Verwaltung vorkamen, an der Spitze der Kriegsstaatsverwaltung sichere Kunde zu erlangen. Ich finde, daß auch sonst der Titel „Kriegskommissar oft wie zufällig mit dem eines Land- oder Kreiskommissars“ verbunden wird, nur daß man in dieser Zeit eine zweckbewußte Einschlebung einer neuen Behörde noch nicht annehmen kann. Wohl aber übertrug man solchen Personen, die man vorzugs-

¹ Aus dem Patent für Heinrich von Börstell, als Kommissar der Altmark, August 1672 (Arch. d. Kriegs-Minist.).

² Edikt über die Verbesserung der Kontribution in den Städten (s. oben).

³ Nach einer Reihe von Schriftstücken über die Anstellung neuer Kommissare in der Altmark (Arch. d. Kriegs-Minist.).

weise als Kriegskommissare betrachtete, schon jetzt vorzugsweise gern das Kontributions- und Steuerwesen, das man auf diese Art allmählich den ständischen Landkommissaren entwand.

Ähnlich werden die Dinge auch anderswo als in der Altmark gegangen sein und den Prozeß der Bildung der unteren Kommissariatsbehörden gefördert haben. Von einer Überordnung in Gestalt kollegialischer Oberkommissariate finden sich in der Epoche von Meinders' vorwiegendem Einfluß bereits Anzeichen. Jedenfalls läßt sich bereits eine Kollegialbildung für die preussische Kriegskammer um das Jahr 1674 als im Gange befindlich annehmen¹.

Nicht mit derselben Stetigkeit, wie in den unteren und mittleren Organen der Heeres- und Heeressteuerverwaltung der Neubau vor sich geht, vollzieht sich derselbe an der obersten Stelle. Nachdem unter dem Schwarzenbergschen Regimente der aus drei Geheimen Räten als Spitze aller Militärverwaltungsangelegenheiten gebildete Kriegsrat wieder eingegangen war², sah man sich bei der Reorganisation des Geheimen Rats von 1651 veranlaßt, alle „die Miliz betreffenden Sachen“, soweit sie sich der Kurfürst nicht ausschließlich selber vorbehielt, einer besonderen Abteilung des Kollegiums, der zweiten, zu übertragen. Mit der Aufstellung zweier größerer Heereskörper bei Ausbruch des nordischen Krieges bestellte man für jedes derselben einen besonderen Generalkriegskommissar. Als nach dem Frieden von Oliva nur ein Teil der Truppen entlassen wurde, blieb der eine dieser beiden Beamten, dessen Wirksamkeit sich der besonderen Anerkennung des Kurfürsten zu erfreuen gehabt hatte, Claus Ernst von Platen noch weiter im Besitz seiner Funktionen. Das von jetzt ab zum ersten Male dauernd gewordene Amt war aber auch unter seiner Leitung durchaus nicht mehr ausschließlich militärischer Natur. Das Intendanturwesen, auch heute noch als ein Grenzgebiet der Kriegswissenschaften und der Nationalökonomie betrachtet, begann damals mitbestimmend zu werden auf die allgemeine Handelspolitik, besonders die des Getreidehandels. Der General-Kriegskommissar war in diesem Staate der Waffen die erste Autorität bei Abschluß von Handels- und

¹ Statthalter von Preußen, Herzog von Croy, erbittet beim Kurfürsten für Friedrich Kúpner, der bisher seinem Vater, dem Preussischen Kammermeister, als Sekretär „vornehmlich in den militärischen Verrichtungen“ beigegeben sei, die Bestätigung als Kriegskommissar „bei der Kriegskammer“, die dann auch d. im Feldlager bei Straßburg 22. Okt. 1674 erteilt wird (Konzept von Meinders korrigiert). 18. Dez. 1680 wird ein Joh. Brockmann zum Kriegskommissar bei der „Königsberger Kriegskammer“ bestellt (Arch. d. Kriegs-Minist.) S. dagegen Isaacsohn, Gesch. des Preuß. Beamten-tums II 183.

² Bornhak, Geschichte des Preuß. Verwaltungsrechts I 333, 339.

Schiffahrtsverträgen, wie z. B. bei jenem, den Brandenburg mit Herzog Christian Ludwig von Braunschweig-Zelle über den Holz- und Getreidehandel auf der Elbe abschloß, um den Chicanen der Hamburger durch Benutzung der Süder Elbe und Anlegung bei Harburg aus dem Wege zu gehen (1661)¹. Platen griff auch sonst von seinem Ressort aus energievoll um sich, und gerade deshalb wollte sich sein Amt nur schwer in das bisher bestehende System der Staatsämter eingliedern. Die bitteren Kompetenz-Konflikte seiner Verwaltung mit den obersten Kommandostellen, namentlich dem General-Feldmarschall Sparr², dazu der Umstand, daß das neue Amt allzurasch aus dem Rahmen des Geheimen Rats herauswuchs, waren die Gründe, weshalb man nach dem Tode Platens eine Änderung in der Organisation vornehmen zu müssen glaubte. Denn eine solche lag vor, als Meinders im wesentlichen die Ausführung aller Geschäfte, nicht aber den Titel eines Generalkriegskommissars erhielt. Man war nicht gewillt, „einen Generalkriegskommissarium hinwiederumb zu bestellen“ oder wenn man solches doch „bei Entstehung eines Krieges, so der Höchste in Gnaden verhüten wolle, nötig ermessen“ würde, wollte man „die Funktion solcher Charge ganz anders einrichten lassen“³. Denn die Instruktion schrieb vor, daß Meinders über alles, was „zu den Militäraffairen gehörig“ sei, „mit den einkommenden Schreiben und Berichten, welche ihm zu solchem Ende zugestellt werden sollen, Uns im Rat, oder wo wir sonst befehlen werden, gehorsamst Relation abzustatten habe und Unsere Relation und Bescheide wiederum darauf zu expedieren“.

Die Organisationsänderung bestand also, kurz gesagt, darin, daß von jetzt ab der erste Beamte der Heeres- und Heeressteuerverwaltung lediglich als Exekutivorgan des Geheimen Rats betrachtet werden sollte.

Der Kriegsrat Meinders stand dazu nicht einmal in seiner äußeren Beamtenstellung den Mitgliedern des Geheimen Rats gleich und sein Ressort zeigte auch darin die Unterordnung unter dieses Kollegium. Da unter Platens Verwaltung eine Kollegialbildung innerhalb des Generalkommissariats noch nicht hatte vor sich gehen können, war also im Grunde jetzt das Generalkriegskommissariat aufgelöst. Allein die laufenden Militärverwaltungs- und Kontributionsgeschäfte, die auch ohne prinzipielle Entscheidungen zu erledigen waren, wiesen bereits einen Umfang auf, daß sie sehr wohl eine ganze Kraft in Anspruch nehmen konnten. Es handelte sich um nichts Geringeres als die Leitung des gesamten Haushalts des Heeres, in Einnahme und Ausgabe.

¹ Moerner S. 256.

² Isaacsohn II 170 u. 171.

³ Instruktion im Arch. d. Kriegs-Minist.

Die Sorge für die Aufbringung der Kontributionen, in denen sich zum größten Teile die Leistung der heimischen Volkswirtschaft für das Heerwesen zusammenfand, war und blieb auch später Meinders' wichtigstes Arbeitsgebiet. Es hielt ihn in fortwährendem Verkehr mit sämtlichen Landesbehörden und berührte die wichtigsten Interessen der Einzelnen und der Gesamtheit des Staats. Gerade in diesem Gebiete wird auch Platen der Anlehnung an den Geheimen Rat sich nicht haben entziehen können. Meinders hatte darüber zu wachen, daß die Receptoren die Kontributionssummen monatlich richtig einschickten, hatte ihre Rechnungen zu prüfen und Decharge zu erteilen.

Eine Einschränkung der Befugnisse lag aber in der Verwendung der Mittel. Die Instruktion schränkt zunächst Meinders' Verpflichtung zur Beschaffung des gesamten Munitions- und Kriegsmaterials, zur Inspizierung des Artillerie- und Gemeinwesens etwas ein, Funktionen, die anderswo ein General-Kriegskommissar ganz besaß¹, die aber der Feldzeugmeister Sparr wahrscheinlich auch schon Platen streitig gemacht haben wird². Nur die Nachweisungen der Festungskommandanten über die vorhandenen Vorräte an Munition in den Zeughäusern und an Getreide in den Magazinen hatte er entgegenzunehmen und zu registrieren. Die Neuanschaffung sollte erst auf seinen Vortrag im Geheimen Rat erfolgen. Dagegen wurde Meinders anbefohlen, die richtige Auszahlung der Löhne, die Verwendung einer bestimmten Summe für Kleidung (monatlich einen halben Thaler auf den Fußsoldaten) zu kontrollieren. Monatlich oder wenigstens vierteljährlich sollte er sich von jeder Compagnie die für Aufstellung der Assignationen zu verwendenden Rollen einschicken lassen und auch ferner strenge darauf achten, daß „keine Blinden oder Passevolanten“ darin geführt würden. Die Vornahme öfterer Musterungen war das durchdringendste Mittel, um Mißbräuchen der angedeuteten Art entgegenzutreten. Aber gerade gegen die Befugnis des General-Kriegskommissars, in unerwarteter Weise Musterungen vorzunehmen, hatte sich bisher der ganze Unwille der Militärs gerichtet³. Meinders sollte deshalb jetzt nach seiner Instruktion nur zu bestimmten Zeiten daran erinnern, daß bestimmte Musterkommissarien ernannt würden und dann die Berichte dieser mit den vorher eingeschickten Rollen vergleichen.

Auch die Entscheidung bei Abschließungen der Kapitulationen mit den Obersten, wo solche noch vorgenommen werden mußten, erfolgte jetzt erst nach Vortrag des ersten

¹ Droysen, Beiträge zur Geschichte des Militärwesens in Deutschland in Zeitschr. f. Deutsche Kulturgeschichte N. F. IV, 575

² Isaacsohn II 171 und Patent für Sparr, daselbst S. 365.

³ Isaacsohn II 171.

Beamten der Heeresverwaltung im Geheimen Rat durch den Landesherrn. Ein Aufsichtsrecht über die Obersten hatte Meinders aber insofern, als er darüber wachen sollte, daß die Löhnungen von den Regimentsinhabern auch gezahlt würden, wenn einmal die Kontributionssummen nicht rechtzeitig eingingen. Wohl waren die gegenwärtigen Obersten nicht mehr ausschließlich allein auf ihren Vorteil bedachte Unternehmer, aber auch so war es noch notwendig, die Regimenter ihrem vorherrschenden Einfluß zu entziehen und sie allein ihrem obersten Kriegsherrn zu unterstellen. Da war es nun ein bedauernswertes Hemmnis, daß bei einem zum Teil auf die Bewilligungen renitenter Stände, zum Teil auf ein recht unsicheres Hülsgeldersystem gegründeten Heere die Mittel nicht immer in zureichendem Maße vorhanden waren. Die Obersten mußten also bis zu einem gewissen Grade doch noch immer Kapitalisten sein, ein Konsortium von Staatsgläubigern, das seine früheren weitgehenden Rechte, nach denen es selbst in den sechziger Jahren noch das Begnadigungsrecht der zum Tode verurteilten Soldaten sich vindizierte¹, nur ungern aus der Hand gab. Solche Zustände aber konnten auf die Dauer nicht bestehen. Das Bedürfnis des Landes und die überwindende Kraft des Besseren vereinigte schließlich die ganze Armee um die Person des Landesherrn.

Vor der Hand aber erkennt man überall, welche schweren Aufgaben noch innerhalb der Heeresverwaltung zu lösen waren, und wie die engere Anlehnung an den Geheimen Rat, in dem allein der Landesherr die Entscheidung behielt, sehr wohl als eine Notwendigkeit erschienen sein mag. Durch diesen Anschluß der Heeres- und Heeressteuerverwaltung an das oberste beratende Kollegium und die allgemeine Landesverwaltung wird es auch erklärlich, daß gerade innerhalb des Generalkriegskommissariats so spät erst ein Ansatz zur Kollegialbildung sich zeigt, der um so mehr vermifft worden ist², als bei dieser Behörde zugleich die Geschäfte eines provinziellen Oberkommissariats für die Mark lagen.

In Friedenszeiten nun konnte sich die geschilderte Organisation, die den ersten Beamten der Heeresverwaltung ganz dem Geheimen Rat unterstellte, ihn zum „Minister“ in einem späteren Sinne, d. h. nicht zu einem völlig selbständigen Ressortchef machte, sehr wohl bewähren. Man hatte aber auch bereits klar erkannt, daß für den Kriegsfall eine abermalige Änderung unvermeidlich sei. Noch anderthalb Jahrhunderte später, nach Schaffung des heutigen Kriegsministeriums (1808) ist der Gedanke, daß im Kriege eine andere Organisation am Platze sei, bei der Neuerrichtung besonderer

¹ Hoyer's, Corp. Jur. milit. S. 243 u. 244.

² Isaacsohn II 184.

Kriegskommissariate nicht ganz verschwunden, nur daß ein Stab solcher Beamten auch schon im Frieden eingeschult wurde¹. Für unsere Zeit aber lag in dem Umstande, bei Ausbruch eines Krieges eine organisatorische Änderung vornehmen zu müssen, doch an und für sich schon etwas Bedenkliches, während freilich anderswo dann erst das ganze Heerwesen neu organisiert werden mußte.

c. Anblick der Heeresverwaltung während des Krieges von 1672—1675.

Wenn zu irgend einer Zeit, so war um die Mitte des 17. Jahrhunderts bei einer verarmten, wenig leistungsfähigen Bevölkerung, bei dem allgemeinen Mangel eines geordneten Intendantursystems die Operationsbasis mehr ein administrativer als ein strategischer Begriff. Armeeverwaltung und Armeekommando ließen sich ebensowenig völlig in der äußeren Organisation trennen, als sie täglich zusammen operieren mußten. Es hatte das seinen Grund auch in der Art der Unterhaltung der Armee. Man war, dem schlechten Beispiel der Spanier folgend, in Deutschland bei Beginn des 17. Jahrhunderts von der früher üblichen ausschließlichen Geldsoldzahlung zu einem Natural-Quartiersystem übergegangen. Von diesem System der ausschließlichen Verpflegung durch den Quartierwirt oder durch Zwangslieferungen der bequartierten Gegenden waren allerdings bereits im 30jährigen Kriege die besten Heerführer notgedrungen wieder abgegangen. Gustav Adolf hatte sich gleich nach seiner Landung in Deutschland auf ein wohl geregeltes Magazinsystem längst den Küsten der Ostsee gestützt, Wallenstein aber zog, da es ihm nicht immer möglich gewesen war die von ihm besetzten Landstriche vor einer wirtschaftlichen Vernichtung zu bewahren, aus seinen weiten Herrschaften den größten Teil der Bedürfnisse seines Heeres, nicht nur an Getreide, sondern auch an Ausrüstungs- und Bekleidungsgegenständen. Später zwang dann aber die finanzielle Bedrängnis die Kriegführenden zu einem unregelmäßigen, wechselnden System, zu einer Verpflegungswirtschaft aus dem Stegreif.

Mit der Beibehaltung der Truppen in Brandenburg nach dem Frieden von Oliva liefs man es sich hier auf das ernsteste angelegen sein, den Druck, den eine völlig zu unterhaltende Truppenmasse auf die Landschaft legte, nach Möglichkeit zu mildern und wieder eine geregelte Geldsoldzahlung einzuführen. Nur Obdach und die geringen Natural-Servisleistungen hatte

¹ v. Richthofen, Der Haushalt der Kriegsheere in seinen militärischen, politischen und staatswirtschaftlichen Beziehungen. Berlin 1839, Bd. II S. 289. Messerschmidt, Die Verwaltung des Militärhaushalts in Preußen. Berlin 1853. S. 42.

der Quartierwirt zu geben. Wurde eine Truppe neu geworben, so hatte der betreffende Offizier gegen Empfang der Werbegelder an dem bestimmten Tage die festgesetzte Mannschaft mit Livree und Seitengewehr ausgerüstet auf dem Musterplatz dem Kommissar vorzuführen¹. Eine unter Meinders' Mitwirkung zu stande gekommene Musterordnung² schrieb dem Kommissar bis ins einzelne seine Thätigkeit vor, wie er den Bestand mit den Rollen zu vergleichen, jeden einzelnen nach Namen, Heimat, und ob er geschworen hätte, zu befragen, und Kleidung und Ausrüstung in Augenschein zu nehmen hat. Es scheint schlechterdings unmöglich, daß bei einer solchen eingehenden Regelung noch die alten Mißbräuche sich haben erhalten können. Genaue Marsch- und Verpflegungsordonnanzen regelten dann das wirtschaftliche Leben der Mannschaft. Nach einer, Meinders' klaren, sprachlich korrekten Stil zeigenden Marschordnung³ werden hinfort die alten Übelstände im Quartierwesen gänzlich beseitigt, die schroffen Ungleichheiten bei Bequartierungen abgeschafft, nur Quartiere auf wirklich vorhandene Mannschaften, niemandem, auch wenn er mehrere Chargen bekleidet, mehr als ein Quartier angewiesen. Kommissare begleiten die Truppen von Ort zu Ort und erstatten Bericht nach Berlin. Kurz vor dem Aufbruch im Jahre 1672 regelt eine neue Ordonnanz⁴ die Löhnungssätze. Wenn auch Meinders einer von denen gewesen war, die einem Bündnis mit Holland nicht von vornherein zugeneigt waren, so unterzog er sich doch dem nun vorzugsweise auf ihm lastenden Geschäfte der Mobilmachung der Truppen mit anerkannter Geschicklichkeit. Schon im Dezember 1671 hatte man mit der Vermehrung der Armee begonnen. Ein besonderes Edikt trug zur Hebung der Disciplin der Truppen auf dem Marsche bei und legte strenge Strafen auf Überschreitungen.

¹ Kurf. an Herzog von Croy, Ham, 7. März 1677 (Conc. v. Meinders): Oberst Hille in Friedrichsburg könne die erbetene zweite Compagnie werben. „Unter den Conditionen der Werbung finden wir dieses auch beschwerlich und wider das Herkommen, daß, da wir zu Richtung der Compagnie die Anreizgelder völlig zahlen, wir (sie) nichtsdestoweniger auch mit Liberey versehen sollten. Bisher haben wir es bei allen Kapitulationen also observiret, daß die geworbene Mannschaft gegen Empfahung der Werbegelder mit Seitengewehr und Liberey auf dem Musterplatz sistiret werden muß, welches dann auch bei der jetzigen Kapitulation zu beachten sein würde.“ (Arch. d. Gr. Generalst.).

² Mylius, Corp. Constit. March. III, Sp. 95 u. 96.

³ Mylius, Corp. Const. March. III, Sp. 99 u. 100.

⁴ Mylius Sp. 111 u. 112. Die Kritik, welche Schwerin trotzdem über die Haltung der Truppen und somit direkt über Meinders' Amtsführung fällt (Jähns, Gesch. der Kriegswissensch. vornehmlich in Deutschland. München u. Leipzig 1890. Bd. II S. 1324), ist wohl mehr ein Ausfluß seiner Animosität gegen Meinders.

Wohl aber zeigte sich gleich beim Weitermarsch der Truppen, daß die bisherige Organisation nicht zureichend sei, daß ein vom Geheimen Rat in den wesentlichsten Stücken abhängiger Leiter der Armeeverwaltung im Kriege unmöglich die genügende Autorität besäße. Meinders machte denn auch wiederholt seine Bedenken gegen die bisherige Organisation geltend¹. Die Änderung, die daraufhin vorgenommen wurde, war allerdings keine durchgreifende. Unter dem 10. September 1672 wurde aus dem Hauptquartier Lamspring der bisherige Kriegsrat, Oberst und Schloßhauptmann zu Köln a. Sp. Otto Wilhelm von Berlepsch zum „Obristen-Kriegskommissarius“ ernannt². Es war im Kriege notwendig geworden die Befugnisse des Kommissars zur Vornahme von Musterungen gegen früherhin zu erweitern: „Wir stellen ihm frei die Regimenter zu mustern, jedoch mit Unserem und des Feldmarschalls (Anhalts) Gutfinden“. War aber hierin doch noch immer gegen Platens Zeit eine Einschränkung zu finden, so sollte der Oberkommissar selbst in den Angelegenheiten der Versorgung des Heeres mit Lebensmitteln, seiner Hauptaufgabe, jetzt erst dem Kurfürsten oder dem Feldmarschall Vortrag halten, wenn die Vorräte an Getreide ergänzungsbedürftig seien; die Quartierfrage sollte er mit dem Generalquartiermeister gemeinsam beraten. Unbedingt unterstellt war ihm dagegen das „General-Feldproviant-Amt“ mit dem General-Proviantmeister Edlinger an der Spitze, mit einer Reihe von Proviantmeistern und einem größeren Bureaupersonal. Die Sorge für „Wasser-, Rofs- und Handmühlen“, die Marktpolizei über Kaufleute und Marktender waren ihm zur besonderen Pflicht gemacht worden. Von einer Verpflichtung für das Munitionswesen findet sich auch bei dieser Ernennung eines Militärs zum Oberkommissar nichts.

Im allgemeinen blieb eben auch jetzt noch eine Unterordnung unter den Geheimen Rat, d. h. in diesem Falle unter die Mitglieder des Kollegiums, die den Kurfürsten ins Feld begleiteten, bestehen. Ja, auf diesem, speciell auf dem Geheimen Rat Meinders blieb schließlic doch die ganze Last des Haushalts des Heeres liegen, da Berlepsch es als tüchtiger Offizier vorzog, mehr bei seinem Regimente zu bleiben und schließlic auch wieder ganz um Enthebung von seinem Amte bat³.

Es war eine Aufgabe der schwierigsten Art inmitten der Gebiete unwilliger Reichsfürsten, auf deren Miteintritt in den Krieg man anfangs fest gehofft hatte, am Mittelrhein ein Heer

¹ Urk. u. Aktenst. XIII 431 ein Schriftstück, das mit anderen dort abgedruckten eigentlich nur erst zu verstehen ist, wenn man weiß, daß es, kühn ausgedrückt, der Kriegsminister ist, der es verfaßt hat.

² Patent im Arch. des Kriegs-Minist.

³ Urk. u. Aktenst. XIII 401.

zu verpflegen, für das es bei den Weiterungen der Holländer in betreff ihrer Zahlungsverpflichtungen zeitweise selbst an Geld fehlte. Im ganzen war der Unterhalt der brandenburgischen Armee auf das seiner Zeit weit vorsehende humane System, den größten Teil der Bedürfnisse durch Ankäufe zu decken, gegründet, und man hielt strenge daran fest; nur für die Fourage der Kavalleriepferde wurde zeitweise der Weg der Requisition beschritten, was z. B. während des Feldzuges im Elsaß, wo der Hafer fast ebenso teuer als der Roggen war¹, fast unvermeidlich wurde. Ein staatlicher Fortschritt gegen früher war es, daß das Recht und die Pflicht der Armeeverversorgung jetzt ausschließlich beim Landesherrn oder seinen Vertretern lag, von einer selbständigen Verpflegungswirtschaft der Regimentschefs finden wir nichts mehr.

Eine kühne Offensive zu ergreifen, was bei bald eintretendem Mangel allein ratsam gewesen wäre, hinderte das Verhalten der rheinischen Kurfürsten und das des kaiserlichen Feldherrn. Statt dessen wurde der Marsch nach Westfalen im Kriegsrat beschlossen. Wir sahen, wie noch vor der endgültigen Entscheidung² der erste Beamte der Heeresverwaltung sich mit der ganzen traditionell gewordenen Energie seines Ressorts diesem Marsche widersetzte und wie mit der schließlichen Ausführung desselben die Abkunft von Vossem für Brandenburg eine Notwendigkeit wurde.

Die etwas überstürzte Mobilmachung vor Ausbruch des Krieges und namentlich die in dem winterlichen Marsche nach Westfalen eingetretene Schwächung der Armee mußte nun durch eine energische Fürsorge während des friedlichen Jahres wieder korrigiert werden, und Meinders verwandte seine ganze Kraft auf diese Aufgabe. Nicht ohne gerechtfertigtes Selbstbewußtsein beruft er sich auf diesen Zweig seiner Thätigkeit dem Kurfürsten gegenüber, dem es „gnädigst bekannt, daß ich, ohne Ruhm zu melden, die Konservation und Verpflegung Dero Miliz mit solchem Fleiß und Sorgfalt mir angelegen sein lassen, daß ich Tag und Nacht darauf denke und dabei wissentlich nicht das Geringste verabsäume“³. Man hatte auch etwas gelernt in dem vorangegangenen Feldzuge und das Geheimnis richtiger staatlicher Organisationen erkannt. Zwei wichtige innere Neuschöpfungen für die Staatsverwaltung sehen wir unmittelbar an diesen Feldzug sich knüpfen, die Schaffung einer besonderen Hofstaatsrentei und die Schaffung einer besonderen General-Kriegskasse.

Meinders merkte, daß die Ausgaben für die Hofstaatsverwaltung, die nur zu einem Teile bisher von der kurfürstlichen Schatullkasse bestritten wurden, den Kriegsetat in der

¹ Urk. u. Aktenst. XIII 648.

² Peter S. 99.

³ Meinders an Kurfürst, Nov. 1673 (Geh. St. Arch.).

Richtung auf eine gewisse Unsicherheit beeinflussten¹. Es lag deshalb nahe, diesen Teil der Ausgaben ganz von dem der Kriegsstaatsverwaltung abzutrennen, für ihn eine besondere Kasse zu schaffen, und diese von vornherein auf die Einnahme aus einer kleinen Reihe von Ämtern zu fundieren. Es kam freilich auch nach der 1673 erfolgten Einrichtung der Hofstaatsrentei² vor, zumal wenn einmal die Eingänge zurückblieben, daß der Kriegsetat für die Hofstaatsverwaltung in Anspruch genommen wurde³. Einer dauernden Unsicherheit aber war jetzt ein für allemal vorgebeugt. Der erste Einnahmeposten in den Rechnungen der General-Kriegskasse, die uns in einer stattlichen Reihe von Bänden erhalten sind⁴, ist vom 24. Juli 1674 datiert. Die anfängliche Bezeichnung als General-Feldkriegskasse deutet an, daß die Erfahrungen des bisherigen Krieges zu der Schaffung dieser Centralstelle für alle zum Unterhalt der Armee zu verwendenden Einkünfte mitgewirkt haben, und ich fürchte nicht fehlzugehen, wenn ich Meinders einen wesentlichen Anteil an dieser Neu-Organisation zuschreibe⁵.

In anderen Staaten sind kriegerische Zeiten meist von einer trostlosen Leere in Bezug auf innere Reformen; in Brandenburg-Preußen war die Armee und der Krieg zu allen Zeiten ein Hebel auch des innerpolitischen Fortschritts.

Schon bei Beginn des Jahres 1674 hatte Meinders zur besseren Verproviantierung der Truppen und auch wohl nicht zum Schaden der heimischen Landwirtschaft ein Ausfuhrverbot für Getreide aus den kurfürstlichen Landen erlassen⁶. Es galt vor allem die Armee wieder auf den alten guten Stand vor dem Frieden von Vossems zu bringen, denn man war bereit, sie nach der ersten günstigen Wendung, die die Dinge nahmen, wieder in Thätigkeit treten zu lassen. Bei Wiederaufnahme des Feldzuges finden wir denn auch Meinders wieder in der leitenden Stellung innerhalb der Heeresverwaltung. In Straßburg, das während des ganzen, drei Monate langen Feldzuges im Elsaß als natürlicher Hauptmagazinplatz gewählt worden war, befand sich außer Meinders für die Heeresverpflegungsangelegenheiten noch der frühere Oberkommissar Oberst von Berlepsch⁷ nebst den Proviantamt-

¹ Urk. u. Aktenst. XIII 361 u. 364.

² Riedel, Staatshaushalt.

³ Urk. u. Aktenst. XIII 657.

⁴ Im Arch. des Kriegs-Minist.

⁵ Anders Isaacsohn II 184, der von der Annahme ausgehend, daß die Kasse erst 1676 geschaffen ist, Gladebeck ein wesentliches Verdienst beizumessen scheint.

⁶ Zeitschrift für Kunst, Wissenschaft und Geschichte des Krieges. Bd. 45 (1839), S. 131.

⁷ Auf dessen Zeugnis beruft sich Meinders in einem undatierten Bericht aus Straßburg (Arch. d. Gr. Generalst.).

bedienten, dem General-Proviantmeister, mehreren Proviantmeistern, Böttchern, Fleischern, Bäckern und anderem Ökonomiepersonal, und sonst nur noch der andere Geheime Rat, der den Kurfürsten vorzugsweise für die laufenden diplomatischen Geschäfte ins Feld begleitet hatte, Christoph Lorenz von Somnitz. Die Aufgabe war, aus dem engen Elsaß die Bedürfnisse für die Subsistenz des ganzen alliierten Heeres zu gewinnen, ohne daß dadurch die Eintracht unter den verschiedenen Befehlshabern gestört würde. Das Hauptbedürfnis des Heeres, Brot, war bald für Geld nirgends mehr zu bekommen. Die Lieferungsverträge für Korn wurden von den Lieferanten schwer erfüllt, und nur die Stadt Straßburg, die sich überhaupt während des ganzen Feldzuges den Alliierten höchst hilfreich erwies, vermochte dann durch Öffnung ihrer Magazine auszuhelfen. Sie ließ abweichend von der zur Zeit sonst üblichen engherzigen Stadt-Wirtschaftspolitik, die verschiedenen Proviantmeister so lange ihre großen Einkäufe besorgen, bis die Preise enorm anzogen und man fürchten mußte, daß selbst für die Einwohner nicht mehr hinreichende Kornvorräte zu beschaffen sein würden: erst da entschloß sie sich für den Kornkauf „ein gewisses Reglement“ zu machen¹. Doch nicht nur Korn, für das dann noch oft die Mühlen und Bäckereien fehlten, sondern auch die wichtigsten anderen Lebensmittel, wie Salz, Reis und Branntwein, mußten unter Meinders' Verantwortlichkeit in Straßburg erhandelt und dann hinaus an die Truppen gesandt werden². Die Zufuhren mußten, je weiter sich die Heere von Straßburg entfernten, um so schwerer werden, da natürlich von einem geordneten Proviantfuhrwesen keine Rede war. Nichtsdestoweniger ging man brandenburgischerseits in der Schonung der Bevölkerung soweit, daß man nicht einmal die notwendigen Fuhren auf dem Wege der Requisition aufbrachte. Meinders klagt einmal, daß er für jeden Wagen, den er hinaussende, 9 Thlr. Fuhrlohn zahlen und außerdem noch für Wagen und Pferde caviere müsse. Wie weit günstiger war da die Lage des französischen Heeres. Turenne konnte sich in einem großen, reichen Hinterland auf ein breit angelegtes Magazinsystem stützen, das Colberts staatswirtschaftliches System geschaffen und dazu noch zum Nutzen der eigenen heimischen Landwirtschaft verwertete³. Es ist merkwürdig, wie der Mangel eines einheitlichen geschlossenen deutschen Wirtschaftsgebietes hier selbst für die Kriegsführung der verbündeten Heere mit bestimmend wurde. Meinders unterließ nicht zu wiederholten Malen Vorstellungen über die Notwendigkeit das Elsaß zu

¹ Urk. u. Aktenst. XIII 658.

² Nach dem erwähnten Bericht Meinders' im Arch. d. Gr. Generalst.

³ Ranke, Französ. Gesch. III 232.

räumen, an den Kurfürsten gelangen zu lassen¹, ohne aber damit bei dem Mangel einer einheitlichen Direktion der Verbündeten durchdringen zu können. Der dann auch im brandenburgischen Heere zeitweise eintretende Mangel gab unter den Soldaten den böswilligsten Verdächtigungen gegen die Leitung der Verpflegungsangelegenheiten in Straßburg Raum². Aber auch der Kurfürst glaubte Ursache zu haben nicht immer mit Meinders' Amtsführung zufrieden zu sein und ließ es dann bei der Liebe für seine Truppen an „harten, scharfen mündlichen und schriftlichen Befehlen“, über die Meinders sich bitter beklagt, nicht mangeln³. Es gelang diesem auch immer wieder, das Unmögliche möglich zu machen und den Bedarf einigermaßen zu decken. Schwerer wurde es ihm oft, wenn wieder einmal die Subsidien ausblieben, die nötigen Geldmittel herbeizuschaffen. Mitten in einem wenig glücklichen Kriege war man da gezwungen, die Summen für die Löhnung der Truppen durch Anleihen aufzubringen. Der sinkende Kredit erschwerte natürlich Meinders' Verhandlungen mit den Frankfurter Geldleuten, auf welche auch meistens die holländischen Wechsel für die Subsidien lauteten, recht sehr; zuweilen scheiterten seine Bemühungen an dem Patriotismus dieser Herren, auch wenn er 12 auf 100 hätte geben wollen⁴.

Trotz aller dieser Widerwärtigkeiten, mit denen man zu ringen hatte, zeigt die Lage hinter der Front des brandenburgischen Heeres kein unerfreuliches Bild. Meinders besaß die wirtschaftspolitische Ader, die dazu gehörte, den Haushalt eines zahlreichen Heeres in fremden Landen zu leiten, und als sich die brandenburgischen Fahnen, befreit von den Fesseln, die ihnen die Kriegsführung der Verbündeten angelegt hatte, zu ihrem Siegeszuge gegen die Schweden erhoben, hatte eine fürsorgliche Verwaltung in den Straßburger Magazinen noch erhebliche Kornvorräte anzusammeln verstanden⁵.

Es geschah gewiß auf Meinders' Rat hin, an den alsbald Geschäfte mehr diplomatischer Art herantraten, daß man sich 1675 entschloß, in betreff der Organisation der obersten Heeresverwaltung wieder in die alten Bahnen einzulenken und wieder, in Gladebecks Person, einen General-Kriegskommissarius mit erweiterten Befugnissen zu ernennen. Nicht er, wohl aber der ihm gleich anfangs als Direktor beigegebene, der spätere selbständige Leiter der Heeresverwaltung, der rück-

¹ Meinders an Kurfürst, Straßburg, 8. Okt. 1674, im Arch. des Gr. Generalst.

² Peter S. 311.

³ Meinders an Kurfürst, 8. Okt. 1674, im Arch. d. Gr. Generalst.

⁴ Urk. u. Aktenst. XIII 656.

⁵ Verschiedene Posten für verkaufte Getreide aus den Straßburger Proviantvorräten im ersten Bande der Rechnungen der General-Kriegskasse (Arch. d. Kriegs-Minist.).

sichtslos um sich greifende Joachim Ernst von Grumbkow, sollte dann das General-Kriegskommissariat zu einer der Säulen der inneren Staatsverwaltung machen. Man darf aber auch unter seiner Amtsführung den Einfluß des Geheimen Rats nicht unterschätzen. Ich finde, daß selbst in den laufenden Geschäften, wie Bestellungen, Marschangelegenheiten, vor allem aber in Kontributionssachen der Geheime Rat Meinders „als welcher hiervon die beste Wissenschaft hat“¹, nach wie vor seine Hand am Werke hatte. Dem zeitweiligen Statthalter der Mark Brandenburg, Johann Georg von Anhalt, wird er noch viel später als erste Autorität in seinen Geschäften beigegeben. „Damit auch Ihro Fürstl. Durchl. bei dieser Absicht und Verrichtung alles desto besser respiciren und beobachten können, haben sich dieselbige in denen expeditionibus militaribus, Commissariats- und Kontributionssachen und was davon dependiret dero wirklichen Geheimbden Raths pp. des von Meinders zu gebrauchen“². Bei allen die gesamte Staatsverwaltung berührenden Fragen der Heeresverwaltung war der Gang der Geschäfte gewöhnlich³ der, daß auf den Vortrag des Generalkriegskommissars beim Kurfürsten eine Kommission aus Geheimen Räten und höheren Militärs, bei der Meinders gewöhnlich den Vorsitz hatte, den Vorschlag Grumbkows zu prüfen und ihm die Form der Ausführung aufzuerlegen hatte.

Vorerst erscheint Meinders in dem schwedischen Kriege noch neben Gladebeck bei der Unterbringung und Verpflegung und Auswechselung der schwedischen Gefangenen thätig. Dann aber entsteht in den folgenden Jahren die für die Unterhaltung der Armee so wichtige Frage der Winterquartiere. Bereitwillig hatte sich in dieser Angelegenheit bisher der Kurfürst den Anordnungen des Kaisers gefügt, war aber dafür, zuerst im Winter, der auf den Feldzug im Elsass folgte, recht schlecht bedacht worden. Im Dezember 1676 wurde Meinders vornehmlich aus dem Grunde nach Wien gesandt⁴, um bessere Quartiere auszuwirken. Schon aber drängten sich um diese Zeit die diplomatischen Verhandlungen mit Beziehung auf Frankreich überall in den Vordergrund. Einen von vornherein wenig aussichtsvollen Versuch hatte Meinders auf dem Wege nach Wien am

¹ Kurf. an die Geh. Räte, d. im Feldlager vor Stettin 2. Juli 1677 (Arch. d. Kriegs-Minist.).

² Instruktion für Anhalt vom 30. Oktober 1688 im Arch. d. Gr. Generalst.

³ So bei Aufstellung eines neuen Etats 1687 (Arch. d. Kriegs-Minist.).

⁴ Pufendorf S. 1084.

Dresdener Hofe zu machen, der weit eher Schweden als Brandenburg mit einer Truppenunterstützung bedacht hätte, inzwischen aber die Politik verfolgte, die sich hier immer einstellte, wenn man nicht wufste, was man wollte, die der dritten Partei¹.

¹ Auerbach, *La Diplomatie française et la Cour de Saxe*. Paris 1888. S. 422.

VI.

Der Friede von St.-Germain.

Schon seit dem Herbst des Jahres 1676 hatten sich in jenem alten Hügelsstädtchen an der Waal nach und nach die Abgesandten der verschiedenen europäischen Mächte eingefunden, um auf breiter Grundlage die Bedingungen zu erörtern, die dem Kriege Ludwigs XIV gegen Holland und dessen Verbündete ein Ende bereiten sollten, während, wie das üblich war, der Krieg seinen Fortgang nahm. Gleich beim Beginn der Verhandlungen hatte Brandenburg, wenn einmal in Friedensverhandlungen eingetreten werden mußte, die Forderung eines Generalfriedens für alle Verbündeten aufgestellt. Die vorzeitige Friedensliebe der Generalstaaten aber liefs schon im Mai 1677¹, auf die ihnen unbequemen Gerüchte von Vereinbarungen Wilhelms von Oranien mit seinem englischen Oheim, den holländischen Gesandten Beverningk in Separatverhandlungen mit den französischen Gesandten treten, was ihn aber nicht hinderte, gleichzeitig bei den Bundesgenossen über deren laue Kriegführung Klage zu führen. Der bisherige Charakter der Konferenzen in Nymwegen aber machte einen baldigen Abschluß immer noch nicht wahrscheinlich. Die Gesandten pflegten sich an einigen Vormittagen der Woche, meistens auf dem Rathause der Stadt, zu versammeln, standen umher und unterhielten sich über die neuesten Vorkommnisse; eigentliche „Session“ wurde selten gehalten. Abendkollationen, deren eine einmal den für einen Friedenskongress bedenklichsten Ausgang nahm, schlossen dann das wenig mühevollen Tagewerk².

Erst auf der Nachricht von der Möglichkeit eines kriegerischen Eingreifens Englands, im Frühjahr 1678, eine Wirkung des holländisch-englischen Allianzvertrages, zeigten

¹ St. Didier, Histoire des negotiations de Nimègne. Paris 1680. S. 61.

² Nach Blaspeils Berichten aus Nymwegen (Geh. St. Arch.).

die französischen Gesandten eine mehr entgegenkommende Haltung, so daß Gerüchte von einem baldigen Abschluß von Separatverträgen in Berlin zu lebhaften Befürchtungen Anlaß geben mußten. Nachrichten von Graf d'Espenses, der die Stimmung des französischen Hofes in betreff der Besitznahme Vorpommerns durch Brandenburg erforschen sollte, lauteten überdies dahin, daß diese schwerlich zugestanden werden würde, und Meinders, der im Sommer die Bäder von Pyrmont zu gebrauchen gedachte, erhielt auf einem zuvor unternommenen Besuch seiner Vaterstadt Bielefeld schleunigen Befehl zur Rückkehr nach Berlin¹. Er mußte sich alsbald (Anfang Juli) nach Nymwegen aufmachen, war jedoch für alle Fälle auch bereits zu einer Reise nach Paris instruiert. Aus der Instruktion geht hervor, daß man in Berlin einen bereits zur That gewordenen oder wenigstens unmittelbar bevorstehenden Friedensschluß Frankreichs nicht nur mit Holland, sondern auch mit Spanien voraussetzte. Die Neutralität der klevischen Lande für diesen Fall zu erlangen, sollte Meinders' erstes Bemühen sein. Wenn aber ein Friede auch für Brandenburg unvermeidlich erscheine, sollten in demselben die bisher vom Kurfürsten eroberten Gebiete Vorpommerns, besonders Stettin, bei Brandenburg verbleiben, der Stettinische Grenzrecess von 1653 mit den Bestimmungen über den Anteil Schwedens an den hinterpommerischen Licenten und über das gemeinsam verwaltete Domkapitel zu Kammin aufgehoben werden². Für den Fall aber, daß infolge des Abfalls der beiden Verbündeten diese billigmäßigen Forderungen von Frankreich nicht zugestanden würden, daß vor allem Stettin dem Kurfürsten nicht bleiben sollte, glaubte man auch schon jetzt Ursache zu haben, Rücksichten auf das Haus Habsburg beiseite setzen zu dürfen. Wir sahen, wie in der Angelegenheit der Winterquartiere der Kurfürst vom Kaiser behandelt worden war, wie die ihm anfangs in sichere Aussicht gestellte Hülfe gegen den Reichsfriedensstörer Schweden erst in ganz winziger Weise geleistet, dann gänzlich zurückgezogen wurde. Der Ton der Verhandlungen zwischen Wien und Berlin war schon seit längerer Zeit ein gereizter, und der bereits zur That gewordene Dualismus trat wieder einmal schroff hervor. Es ist ein Ausdruck dieser Stimmung, wenn jetzt in Berlin, angesichts der Möglichkeit, einen ungünstigen Frieden eingehen zu müssen, Absichten über eine künftige Wahl des römischen Königs sich regten, die, schon im Reformationszeitalter auftauchend, von den Kurfürsten auf dem Kurfürstentage zu Regensburg (1630) fest

¹ Die folgende Darstellung der Friedensverhandlungen ist vornehmlich aus den Akten des Geh. Staatsarchivs zu Berlin geschöpft: Rep. 63 Nr. 49, 50, 54—60. Rep. XI Nr. 18 A 1 u. 2 und Nr. 18 B.

² Moerner, Kurbrandenburgs Staatsverträge S. 169.

ins Auge gefaßt wurden¹. In diesem Augenblicke hatte Meinders den hervorragendsten Anteil an dem Plan, Frankreich für die Forderungen Brandenburgs geneigter machen zu wollen, mit jenem Anerbieten, eintretenden Falls Ludwig XIV zum römischen König zu wählen, da Kaiser Leopold noch ohne einen männlichen Erben war. Ich denke, es ist in einem vertraulichen Gespräche zwischen dem Kurfürsten und Meinders, ohne Wissen irgend eines anderen Geheimen Rats, jener Gedanke um diese Zeit zum erstenmal erörtert worden². Ein größerer Kreis von Menschen ist ja überhaupt im ersten Augenblick selten für einen neuen kühnen Gedanken zu erwärmen, und unter den bedächtig abwägenden Geheimen Räten hätte vor allem Schwerin dieser Zusage, so sehr ihre einstige Realisierbarkeit bei dem Alter der beiden in Frage kommenden Herrscher mehr als ungewiß war, einstweilen nicht zugestimmt.

Bei der ersten Kunde aber, daß der Friede noch nicht geschlossen war, sprach der Kurfürst die Hoffnung aus, daß der Krieg „eifriger denn vorhin“ fortgesetzt werden möge. Die von Frankreich zuerst aufgestellte Bedingung, die von den französischen Truppen eingenommenen, aber bei dem Frieden zurückzugebenden acht Plätze nicht eher zu räumen, als bis der Kurfürst von Brandenburg den Schweden Vorpommern restituiert habe, weckte noch einmal einen Rest von kriegerischem Geiste in Holland und schien auch das Eingreifen Englands zur Folge haben zu müssen³. Freudig ließ der Kurfürst sofort den Generalstaaten mitteilen, daß er mehrere Regimenter aus Preußen an den Rhein zu schicken gedächte; er war entschlossen, „keine Separattractaten einzugehen“, obgleich er alsbald fortgesetzt Meldungen über geheime Verhandlungen erhielt. Meinders wurde angewiesen, mit seiner Negotiation nicht zu eilen, die Reise nach Paris von Nymwegen aus bis auf weiteres zu unterlassen: „Weil Euere Absckung, wie Euch bewußt, vornehmlich aus der Ursache geschehen, weil man nicht anders gedacht, als daß Holland und Spanien, auch folglich der Kaiser abgehen und es heißen würde: *sauve qui peut*“. Meinders aber setzte wenig Ver-

¹ Ranke, Geschichte Wallensteins S. 131.†

² Die Hauptinstruktion für Meinders eventuelle Mission nach Paris vom Kurprinzen, eine Nebeninstruktion vom Kurfürsten unterzeichnet. Daneben liegt bei den Akten des Geh. Staatsarchivs ein von Meinders geschriebenes, vom Kurfürsten eigenhändig datiertes und unterzeichnetes merkwürdiges Schriftstück, das die ganze spätere Transaktion bereits vorzeichnet. Es beginnt mit den Worten: „Se. Churfstl. Dchl. haben sich gnädigst erklärt, daß“ Es folgt dann die Zusage in der Form, wie sie später im Geheimen Verträge vom Okt. 1679 festgesetzt worden ist (S. Abschn. VII). Vergl. Droysen (2. Aufl.) S. 454, Zeile 5—7 von unten.

³ Ranke, Engl. Gesch. V 223.

trauen in die Versicherungen der Aliierten und hätte gern schon jetzt die Verhandlungen mit Frankreich weitergeführt¹. In Berlin meinte man, daß die Stimmung der Holländer auch aus dem Grunde umgeschlagen sei, weil man den Kurfürsten nicht zur Herausgabe Stettins zwingen könne. Der aber erklärte es dann für „unverantwortlich“ diejenigen zu verlassen, die um seinetwillen den Krieg fortsetzen wollten. Leider dachten die Generalstaaten nicht so edelmütig und schlossen, als Frankreich von seiner Forderung zurückwich, unbekümmert um den Kurfürsten ihren Frieden. Holland erhielt die acht Plätze in dem Frieden sofort zurück, und Frankreich glaubte bei dem Andrängen der Alliierten zu Friedensverhandlungen doch dem Kurfürsten allein gegenüber Mittel zu haben, ihn zur Herausgabe der eroberten Teile Vorpommerns zu zwingen.

Mit dem Frieden von Nymwegen, aus dessen Mauern schon einmal, in Gestalt des Jesuiten Canisius, Unsegen über das deutsche Land gekommen war, war auch die Politik der verbündeten Mächte für die nächsten Jahre eigentlich schon in der Richtung französischen Gewährenlassens entschieden. Zwar war, „die gute Partei“ in Holland, im Gegensatz zu der ihre Kommerzien über alles schätzenden und weitere Kriegsausgaben schroff ablehnenden Stadt Amsterdam mit dem Frieden wenig zufrieden. „Wäre der Prinz von Oranien im Haag gewesen, würde es gewisslich dazu nicht gekommen sein“ schreibt Meinders an den Kurfürsten². Die von Brandenburg sehnlichst gewünschte Einbeziehung der klevischen Lande in die fortan für unangreifbar bezeichnete „Barriere“, was auch im eigentlichsten Interesse Hollands gelegen hätte, war versäumt worden. Einige nicht schonende Beurteiler meinten sogar, daß die Hochmögenden zu dem Versprechen vollständiger Neutralität gegenüber ihren bisherigen Verbündeten sich schon deshalb gern verstanden hätten, weil sie damit auch der Verpflichtung enthoben zu sein glaubten, die rückständigen Subsidien zu zahlen.

Auch nachdem der Friede mit Spanien zu stande gekommen war, zögerte Brandenburg in ernstliche Unterhandlungen mit Frankreich zu treten, obgleich Meinders sah, daß die Bedingungen mit jedem Tage härter werden würden. Der Kurfürst glaubte hoffen zu dürfen, um so eher Stettin und Vorpommern bis zur Peene in seinem Besitz behalten zu können, je weiter er den Boden des Reiches von den Schweden

¹ Meinders' Bericht, Haag 25. Juli 1678: „Die Alliierten werden es auch wohl nicht sagen, daß sie es zum anderen Mal thun wollen, sondern vielmehr, wie für diesem also auch anitzo Treu und Beständigkeit versprechen. Ob es aber in der That hiernächst alles so erfolgen und ob sie nicht auch zum anderen Mal, wenn sie ihr Interesse finden, oder die unumgängliche Not vorwenden, separatim traktieren möchten, das stehet dahin“ (Geh. Staatsarchiv).

² Nymwegen, 15. Aug. 1678. (Geh. Staats-Arch.)

säuberte. Die schwedischen Gesandten in Nymwegen aber konnten hochmütig jede Genugthuung für den Kurfürsten verweigern, solange sie an Frankreich einen Rückhalt hatten. Es blieb deshalb nichts übrig, als schliesslich doch mit Frankreich in Unterhandlungen einzutreten. Im Haag, wo Meinders mit d'Avaux zusammentraf, weil man in Nymwegen auch noch d'Estrades und Colbert hätte zuziehen müssen, machte Meinders jetzt die ersten Anerbietungen und unterliess auch nicht einige Andeutungen über den Einfluss seines Herrn im Kurfürstenkolleg fallen zu lassen. D'Avaux aber konnte äufsern, dass der Kurfürst die Vorschläge über eine Beibehaltung Vorpommerns his zur Peene mit Usedom und Wollin würde fallen lassen müssen, zumal man ja auch bisher nur immer von Stettin gesprochen; die Absichten seines Königs im Reich kenne er nicht. Die Entschliessung die er dann von seinem Hofe einholte, ging darauf hinaus, dass der König sich durch sein den Schweden gegebenes Wort für gebunden erachte. Er wufste den Dienst, den ihm die Schweden geleistet, als sie ihm die Armee des Kurfürsten vom Nacken zogen, sehr wohl zu schätzen, hätte aber in diesem Augenblick, wenn Brandenburg in weitere Verhandlungen hätte eintreten wollen, doch wohl noch diese oder jene Koncession für den Kurfürsten von dem König von Schweden zu erhalten gewufst. Meinders versäumte keine Gelegenheit, darauf aufmerksam zu machen, dass der Friede mit dem Kaiser in aller nächster Zeit geschlossen werden dürfte, und riet den Augenblick zu benutzen.

Die glänzenden Erfolge des Kurfürsten auf Rügen, die sichere Aussicht jetzt auch noch Stralsund und Greifswald und somit ganz Vorpommern in seine Gewalt zu bekommen, erzeugten naturgemäss eine Stimmung, die vorzeitigen Friedensunterhandlungen nicht geneigt war. Wenn nur Frankreich nicht noch im bevorstehenden Winter zu einem Angriff auf die rheinisch-westfälischen Lande schritt, worüber er beruhigende Versicherungen empfing, glaubte er seinen pommerischen Siegeszug erst beenden zu können und dann, wenn nicht mit erhöhten Ansprüchen hervortreten, so doch den ihm wertvollsten Teil um so sicherer behalten zu können. Stralsund, dass seit den Tagen Wallensteins für uneinnehmbar galt, fiel alsbald in seine Hände, und der Held konnte mit Recht darauf begierig sein zu erfahren, „was für Effekt die Eroberung der Stadt Stralsund bei den Franzosen und Schweden wird gethan haben“. Vorderhand war jedoch eine Zustimmung Frankreichs zu den sämtlichen Forderungen des Kurfürsten nicht zu erhalten. Als aber die Nachricht an den französischen Hof kam, dass Meinders wieder von Nymwegen zurückberufen werden sollte, schickte der König, dem offenbar sehr viel daran gelegen war, mit dem Brandenburger zuerst seinen

Frieden zu machen, sofort d'Espenses nach Nymwegen mit Friedensvorschlägen an Brandenburg. Die Einwilligung des Königs, Vorpommern bis zur Peene dem Kurfürsten zu belassen, brachte er nicht, und Meinders wurde alsbald mit diesem von Nymwegen zurückberufen. Dem Kurfürsten, der auf der Rückkehr nach Berlin begriffen war, reiste er bis Fehrbellin entgegen, und die kleine Reisegesellschaft war schmerzlich betroffen, als ihr Meinders von dem nun unmittelbar bevorstehenden Abfall des kaiserlichen Verbündeten Mitteilung machte¹. Gleichzeitig mußte man daran denken, sich der unter der Führung des Feldmarschalls Heinrich Horn in Preußen eingefallenen Schweden zu erwehren. Da man so, immer mehr nach Osten gezogen, die rheinischen Lande fast ganz ohne die Möglichkeit eines schnellen Schutzes liefs, sah man sich gezwungen, die Verhandlungen direkt mit den französischen Ministern aufzunehmen und Meinders alsbald an den französischen Hof abzufertigen. Man konnte sich aber in Berlin nicht entschließen, einen wesentlichen Teil der bisherigen billigen Forderungen fallen zu lassen. Im Gegenteil, der Einfall der Schweden in das Herzogtum Preußen, über dessen Hingabe an Polen sie voreilig genug gewesen waren, Versprechungen zu machen, liefs es bei einem glücklichen Erfolg der brandenburgischen Waffen ganz undenkbar erscheinen, daß Schweden ohne gröfsere Gebietsabtretungen davon kommen könnte, man hoffte ihm ganz Vorpommern nehmen zu können. „Wir wollen die ganze Welt urteilen lassen, auf welcher Seite das Recht und die Billigkeit ist.“

Doch bereits aus Nymwegen mußte Meinders melden, daß sich die Dinge jetzt eher verschlimmert hatten. Die französischen Gesandten bedeuteten ihm, daß, so sehr man in Frankreich den Frieden auch mit dem Kurfürsten wünsche, doch dieser den Schweden gegenüber die grösste Nachsicht werde walten lassen müssen; man würde sonst bei ihrem Könige mehr Festigkeit finden, als man sich wohl einbildete. Über die Haltung des Kurfürsten, dieses „einzigen Potentaten in der Welt“, waren die Gesandten wie später ihr König des grössten Lobes voll. Marschall d'Estrades meinte, das Bewunderungswürdigste wäre, daß der Kurfürst „sich aller Dinge so eifrig selbst und in eigener Person annähme . . . und wenn andere Potentaten sich mit Komödien, Promenaden und sonst divertierten, er Sommer und Winter die Kriegsfatigue continueren“. Doch der Kurfürst würde auch wissen, daß er es diesmal nicht auf das äußerste ankommen lassen dürfe. In der That hatte er schon jetzt keine Aussicht mehr auf Beistand von irgend einer anderen Macht. Zwei seiner Verbündeten hatten ihn bereits verlassen,

¹ Tagebuch von Dietrich-Sigismund v. Buch, herausgegeben v. Kessel II 109.

und die kaiserlichen Gesandten waren im Begriff unter jeder Bedingung die letzte Hand an die Friedensverhandlungen zu legen. England war mit seinen inneren Angelegenheiten vollauf beschäftigt, und mit Münster und Braunschweig durfte der Kurfürst vollends mit dem Augenblick, wo die französische Armee den Rhein überschritt, nicht im geringsten rechnen.

Bei dieser Lage der Dinge war man von vornherein auf die Stellungnahme Frankreichs angewiesen. Es ist begreiflich, daß die schwedischen Gesandten die Unterhandlungen Brandenburgs mit Frankreich sehr ungern sahen und sich, wenn auch vergeblich, auf alle Art bemühten, die Ausstellung eines Passes für Meinders und den ihn begleitenden d'Espenses zu hintertreiben. Die Reise ging von Nymwegen über Herzogenbusch, Antwerpen, Mecheln, Brüssel, Mons und Peronne nach Paris. In den Niederlanden herrschte überall schon die größte Friedensruhe, obgleich die französischen Armeen meist noch kampfbereit in der Nähe standen. Die Reisenden waren verwundert, vor den Thoren Antwerpens nicht einmal eine Schildwache mehr anzutreffen, denn niemand glaubte, daß nach dem harten Winter die Kriegsflamme noch einmal irgendwo in der Nähe auflodern könnte. Und doch fühlte Holland gerade an der Stelle, wo es am empfindlichsten war, vorerst keine Erleichterungen, Handel und Schiffe wurden von Frankreich ärger benachtheiligt als je zuvor. Eine vermittelnde Thätigkeit der in Paris anwesenden holländischen Gesandten erschien deshalb auch von vornherein ausichtslos. Bereits behauptete der rücksichtslose Louvois an dem Hofe in St. Germain einen überwiegenden Einfluß, so daß Pomponne immer mehr zurücktrat; die Unterhandlungen mit Meinders, die er dann mit Unterbrechungen bis zum Herbst weiter führen sollte, bildeten den Abschluß seiner staatsmännischen Wirksamkeit. Sein Vater, Arnauld d'Andilly, war der älteste Freund des Stifters der französischen Jansenisten und eines der thätigsten Mitglieder des geistvollen Kreises von Port Royal gewesen¹. Auch in dem Sohne war etwas von der kühlen, ruhigen Vornehmheit jenes Kreises, den einnehmenden Formen, der litterarischen Ader. Die ängstliche Rücksicht, die er bei jeder Frage auf die Stimmung des Königs nehmen mußte, war dem Fortgange der Verhandlungen nicht förderlich. Auch Pomponne stellte im ersten Augenblick die völlige Restitution Schwedens als Bedingung auf; anders würde es nimmermehr zum Frieden mit Brandenburg kommen, denn Schweden hätte fest versichert, Stettin, von dem ganz Pommern abhängt, nicht abtreten zu wollen. Es wäre auch ein Grundirrtum, nur immer Schweden allein zu betrachten, Frankreich und

¹ Ranke, Geschichte der Päpste III 95.

Schweden seien die festesten Verbündeten und ständen für einen Mann. Allerdings war hier der Fall gegeben, in dem Bündnisse am sichersten zu sein pflegen; gemeinsame kriegerische Verluste und noch weit mehr gemeinsame Erfolge lockern sie oft allzuleicht. Es gelang Meinders jedoch alsbald bei Pomponne eine günstige Meinung hinsichtlich der Aufhebung des Stettiner Grenzrecesses zu erwecken, ohne daß Pomponne vorher mit den Schweden Rücksprache genommen hatte; nur als alleinige Genugthuung konnte Meinders diese Koncession, über deren Gegenstand Pomponne sich erinnerte schon früher mit Crockow öfters Unterhandlungen gepflogen zu haben, doch nicht betrachten, denn nach seiner Instruktion hatte er vorerst ganz Pommern zu verlangen. Blieb auch nur Stettin schwedisch, so konnte man in Zukunft, ganz abgesehen von der handelspolitischen Bedeutung der Stadt, jeden Augenblick einen Einfall der Schweden fürchten. Nicht nur Brandenburg, sondern das ganze deutsche Reich hatte in der That ein Interesse daran, dieses unmöglich zu machen. Die Meinders dagegen in Aussicht gestellte Garantie des französischen Königs hielt er mit Recht für wirkungslos, zumal die Schweden eher vor Berlin stehen könnten, als auch die geschwindeste Post die Nachricht davon nach Paris brächte.

Pomponne zeigte sich überrascht, als Meinders von ganz Vorpommern sprach, und konnte alledem nur immer den Willen seines Königs entgegenhalten, denn er selbst wäre nicht ganz abgeneigt gewesen, dem Kurfürsten eine beschränkte Satisfaktion zu teil werden zu lassen. Außerdem wurde Meinders weitere Kriegsrüstungen gewahr, und gegen wen diese gerichtet waren, konnte ihm nicht zweifelhaft sein. Pomponne bemerkte ihm, 40 Orlogschiffe lägen bereit, jede Stunde indie Ostsee abzusegeln. Solchen Androhungen gegenüber erinnerte dann Meinders an das Unglück, daß Frankreich „von allen Zeiten her“ gehabt, wenn es seine Schiffe und Truppen in ferne Länder geschickt hätte. Dann meinte Pomponne wieder, wofern der Friede mit dem Kaiser erfolgen würde, woran man nicht zweifle, würden die Unterhandlungen für Brandenburg noch schwerer werden. Gleichzeitig (1. [11.] Febr.) konnte Meinders melden, daß der Sohn des Marschall d'Estrades abends vorher das Friedensinstrument unterschrieben nach Paris gebracht habe, und daß Pomponne mit demselben sofort zum Könige nach St. Germain gefahren sei. Im übrigen wurde noch alles geheim gehalten, während man doch sonst in Paris „in dergleichen Fällen die Instrumenta und Nouvelles sofort in dem Truck zu publiciren und auf den Gassen herumzutragen und auszurufen pflegt“. Doch verlautete auch bereits, daß man kaiserlicherseits alles eingegangen wäre, was man in Paris projektiert hätte. Auf einem glänzenden Ballfest des Bischofs von Straß-

burg, auf dem neben dem Dauphin fast sämtliche Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses zugegen waren, erfuhr Meinders, daß auch mit Braunschweig-Lüneburg und Münster der Friede so gut wie geschlossen sei. Drohend hing jetzt über den westfälischen Landen des Kurfürsten das Ungewitter der französischen Invasion.

Trotzdem der schwedische Feldmarschall Horn auf die bloße Nachricht von der Annäherung des Kurfürsten sich sofort bis nach Insterburg und der Memel zurückgezogen hatte, konnte der schwedische Gesandte in Paris, Grafenthal, dem Pomponne die Vorstellungen Meinders' unterbreitet hatte, weiter in hochfahrender Weise sich gebärden. Er hielt es allen Gründen einer gerechten Sache gegenüber für angemessen, selbst ein recht wenig passendes Stück aus seinem geistlichen Citatenschatz hervorzuholen und meinte: *peccatum non remittitur nisi restituatur oblatum*. Und es klingt fast wie Reminiscenz aus Pufendorfs naturrechtlichen Schriften, wenn Meinders, Pomponne gegenüber, dieses überlegen zu-rechtweist: „weil man in keiner theologischen Materie, worin die angeführte Regel gültig sei, sondern in einer politischen Sache versierte, so müßte man auch politische und zwischen großen Herren übliche Regeln observiren“.

Nach dem Bekanntwerden des Friedensvertrages mit dem Kaiser versuchte Meinders, so gut es gehen wollte, aus demselben Vorteil für seine Sache herauszuschlagen. Nichts war darin entschieden über die Angelegenheiten der zehn elsässischen Städte, nichts über das Schiedsrichteramt, das man früher kaiserlicherseits einzusetzen beschlossen hatte. Daß sich der Kaiser Frankreich wie Schweden gegenüber zur Herstellung des westfälischen Friedens verpflichtet hatte¹, daß er damit dem Brandenburger Vorpommern absprach, war eine der schwersten Sünden, die die Politik der Hofburg jemals auf sich geladen. Beide Kontrahenten hatten sich also beiläufig versprochen, die äußersten Bemühungen zur Beförderung des allgemeinen Friedens anwenden zu wollen². Nun, meinte Meinders Pomponne gegenüber, würde es gar nicht einmal sehr großer Bemühungen Frankreichs bedürfen, um Schweden von seiner Forderung völliger Restitution abzubringen und so den Frieden herzustellen. Dem Zögling des Port royal schien die Logik dieser Beweisführung einzu-leuchten, lächelnd meinte er nur, daß die Schweden sie nicht begreifen würden, die von keinem Länderverlust etwas wissen, „ja gleichsam bis an die Wolken springen wollten, wenn man ihnen nur von Stettin sagte“³. Das vornehmste Bemühen

¹ Art. 2 des Vertrages mit Frankreich, Art. 3 des Vertrages mit Schweden, bei Pufendorf S. 1304 u. S. 1311.

² Art. 26 des Vertrages, bei Pufendorf S. 1307.

³ Eine bemerkenswerte Äußerung Pomponnes nach Meinders' Bericht vom 7. (17.) Febr. 1679, die andeutet, daß Frankreich einer Genug-

Meinders' mußte aber die Erlangung eines Waffenstillstandes sein. Ein solcher wäre das Mindeste gewesen, was die abfallenden Alliierten für die noch unter den Waffen befindlichen hätten ausbedingen sollen, bevor sie plötzlich aus den Reihen verschwanden. Der Artikel 26 des Friedensvertrages mit dem Kaiser, welcher sich darin verpflichtet, den Feinden Frankreichs und Schwedens nicht zu helfen, könnte doch nach allen Grundsätzen der Allianzverträge erst nach Ablauf eines Waffenstillstandes in Kraft treten. Alles vergebens. Der Kurfürst sollte sich mit seinem glänzenden Waffenruhm vorläufig allein begnügen müssen.

In begeisterten Worten schildert Meinders wie vor seiner Audienz beim König die beim Lever versammelt gewesenen Hofleute und Offiziere ihn umringt und befragt hätten, ob es wahr wäre, was von den jüngsten preussischen Kriegsthaten des Kurfürsten in den holländischen Kouranten stünde, und wie er ihnen dann in gerechtem Stolze das Schreiben des bereits bei Tilsit stehenden Kurfürsten habe zeigen können. „Wie es der Nation Gewohnheit ist, sich sonderlich von *Valeur* und *Experienz* in Kriegssachen zu piquiren, erhebt man *Ew. Ch. Drchl.* und Ihre *Actiones* bis in den Himmel.“ Einige konnten sich der Überzeugung nicht verschließen, daß es das größte Unrecht wäre, Vorpommern zu restituieren, andere hielten den erlangten Kriegsruhm für wertvoller, als wenn der Kurfürst „ein Königreich gewonnen“.

Als bei der ersten Audienz, die Meinders dann vor dem Franzosenkönige hatte (6. [16.] Febr.), sich dieser in guter Laune zeigte, hielt der brandenburgische Geheime Rat in vorsichtig gewählten Worten, aber doch mit einer gewissen lebenswürdigen Keckheit, die ihm nach seinen Berichten zuweilen bei Audienzen eigen war, dem König dessen eigenes Verhalten vor: Sein Kriegsruhm habe ihn nicht abgehalten, auch ansehnliche neue Landesteile seinem Reiche einzuverleiben. Der geschichtskundige Diplomat hätte den König auch auf seine Vorfahren in dem hundertjährigen Kriege mit England hinweisen können, in welchem die Valois ihre letzte Kraft daran setzten, in den Besitz ihrer Stromesmündungen und Küsten zu kommen, was man jetzt dem Kurfürsten so hartnäckig in Pommern verweigerte.

Der König betonte aber nur immer, daß er die Schweden nicht verlassen könnte, daß er in seinem Bündnisvertrag ihnen den Besitzstand von 1648 garantiert habe, der Kurfürst möchte sich an diese wenden; wären sie zu Koncessionen bereit, so hätte Frankreich nichts dagegen. Die Klausel in

thuung des Kurfürsten von vornherein nicht abgeneigt war. Auch Colbert in Nymwegen erklärte später Meinders gegenüber, daß Frankreich sich für eine Abtretung Stettins an Brandenburg bei Schweden bemüht habe. Meinders' Bericht vom 2. Mai 1679 aus Nymwegen. (Geh. Staats-Arch.)

dem Vertrage mit dem Kaiser, in welcher er auch seine Vermittlung in Aussicht gestellt hatte, kümmerte ihn nicht, oder er verstand sie ganz anders als Pomponne: „Comment puis-je être mediateur, étant partie“, meinte er. Die Audienz endete mit einem verbindlichen Worte gegen den brandenburgischen Diplomaten: Vous me pourrez parler vous même, quand vous voudrez. Kurz nachher liefs der König durch Pomponne, aufer der bereits zugestandenen Aufhebung des Stettinischen Grenzrecesses von 1653, dem Gesandten eine Geldentschädigung für die von dem Kurfürsten zur Abwehr der Schweden aufgewendeten Kriegskosten in Aussicht stellen.

Eine solche war allerdings auch Braunschweig in dem nun zur That gewordenen Frieden mit Schweden zu teil geworden, daneben auch unter dem Widerstreben der Schweden und auch, unter Schmälerung des den Schweden im westfälischen Frieden garantierten Bssitzstandes, eine kleine Gebietserweiterung; Bremen und Verden aber, die für Braunschweig, wenn auch nicht in demselben Mafse wie Vorpommern für Brandenburg, so doch auch recht bedeutungsvoll gewesen wären, hatte es wieder herausgeben müssen. Freilich waren hier die vorausgegangenen Ereignisse andere, Schweden hatte aber damit doch bereits wieder Fuß auf deutschem Reichsboden gefafst. Auch sonst verschlimmerte sich zusehends die Situation für Meinders' Unterhandlungen. Mitte Februar hatten sich dann die französischen Truppen nach den rheinisch-westfälischen Landen des Kurfürsten in Bewegung gesetzt. Meinders wollte erfahren haben, dafs der Marsch sich zuerst nach Lippstadt richten würde, und dafs man dann diese Stadt an Kurköln übergeben würde, das ja auch schon früher begehrrliche Blicke danach geworfen hatte. Auch für seine Vaterstadt Bielefeld war er in grofser Sorge und ermahnte Spaen und den Kommandanten des Sparenbergs dringend, auf ihrer Hut zu sein. Die Prahlereien Louvois liefsen dem brandenburgischen Gesandten nicht den leisesten Zweifel, wie die französischen Truppen hier verfahren würden. Es wurde ihm ferner bedeutet, dafs es dem Könige nicht an Kriegsgenossen fehlen würde, die auch an den Eroberungen teil nehmen wollten. Bereits bemerkt Meinders auch einen Gesandten des Administrators von Magdeburg in Paris, der mit den schwedischen Gesandten eifrig unterhandelte.

Alles kam jetzt darauf an, Zeit zu gewinnen, bis der Kurfürst in Preussen die Schweden gänzlich vernichtet haben würde, damit alsdann ein Teil der brandenburgischen Truppen nach der Weser gezogen werden konnte. War die Möglichkeit eines alleinigen erfolgreichen Widerstandes auch nicht grofs, so würde damit wenigstens die Basis für die Unterhandlungen mit Frankreich eine festere werden. Der

Versuch des brandenburgischen Diplomaten, den König zur Übernahme einer Vermittlung zu bewegen, lag in dieser Richtung. Meinders bat dann bei Pomponne um die Erlaubnis, einen besonderen Kurier an den Kurfürsten abzufertigen, was ihm gleichfalls abgeschlagen wurde. Er versuchte vergeblich die schwedischen und französischen Friedensverhandlungen zu trennen und gestand, für Frankreich allein gewissermaßen „carte blanche“ zu haben. Er schlug dem Kurfürsten vor, Cleve den Franzosen zu überlassen, und es erinnert an die längst aufgegebenen Pläne, Brandenburg zu einer ausschließlich baltischen Seemacht umzugestalten, wenn er meint, der Kurfürst würde vielleicht „in Liefland ein ander Cleve wiederfinden“.

Es gelang Meinders noch eine zweite Audienz beim König zu erlangen, obgleich man ihm bereits seine Abreise nahe gelegt hatte, falls er nicht weitergehende Vollmachten habe und die Restitution Stettins versprechen könne. Er konnte jetzt den König nur noch auf das zweifelhafte Kriegsglück und nochmals auf die Klausel in dem Vertrage mit dem Kaiser hinweisen, die den König verpflichtete, die allernachdrücklichsten Bemühungen anwenden zu wollen, um einen billigmäßigen Frieden der andern Alliierten zu stande zu bringen. Der aber hatte auf alle Gründe nur die „General-Exception seiner Gloire und engagirten Parole“. Nur „die bekannte Proposition“ wegen der Wahl zum römischen König schien dem maßlosen Ehrgeize des Königs zu schmeicheln, und Meinders glaubte, daß sie nicht wirkungslos gewesen sein würde, wenn Louvois nicht vor Kriegslust gebrannt hätte und Pomponne infolge seines früheren langjährigen Aufenthalts in Schweden nicht eine besondere Vorliebe für dieses Land gehabt hätte.

So aber blieb nichts übrig, als unverrichtetersache den Hof zu verlassen. Die Minister hatten bis zum letzten Augenblick geglaubt, daß Meinders nur mit seinen Anerbietungen zurückhalte, und konnten sich nicht denken, daß man in Brandenburg um Stettin willen jetzt noch zum äußersten entschlossen war. Währenddem hatte Blaspeil in Nymwegen einen vorläufigen Waffenstillstand ausgewirkt (Ende März), aber zu eigentlichen Friedensverhandlungen mangels ausreichender Instruktionen nicht schreiten können.

Auch bei der erneuten Absendung von Meinders an den französischen Hof konnte sich der Kurfürst, der im April nach Berlin zurückgekehrt war, noch nicht entschließen, Stettin fallen zu lassen. Die Meinung ging zunächst noch dahin, daß Meinders die Verhandlungen solange hinziehen sollte, bis einige Regimenter aus Preußen nach Westfalen geschafft wären. Da es schien, als ob Dänemark bereit sei, gemeinsam mit dem Kurfürsten den Krieg fortzusetzen, sollte Meinders vor-

erst nur langsam und ganz allmählich mit seinen Vorschlägen über ein Äquivalent für Vorpommern hervortreten.

Es erging aber in Paris sofort das Ansuchen an ihn, nur sogleich seine letzte Proposition vorzubringen, da ja nach Besetzung der clevischen Lande jeder Tag dem Kurfürsten mehrere tausend Thaler französischer Kontributionen kostete. Von einer Verlängerung des Xantenschen Waffenstillstandsvertrags, die Meinders beantragte, wollte man absolut nichts mehr wissen. Es werden, schreibt er, so starke Kriegspräparationen gemacht, als wenn man mit Spanien, dem Reich und Italien zugleich brechen wollte. Gegen wen sie sich aber in Wahrheit richteten, war nicht im mindesten mehr zweifelhaft. Die militärischen Hindernisse, hieß es, die die französische Armee von Westfalen aus finden könne, wie mangelnder Unterhalt, Verweigerung des Durchmarsches seitens einiger Reichsstände, schwere Passierbarkeit der Elbe, seien im Staatsrate des Königs bereits reiflich erwogen, aber als überwindbar befunden worden. Meinders möchte diese französische Armee nur als eine schwedische betrachten und seine Propositionen darnach einrichten.

Verstand man aber in Frankreich die Allianz mit Schweden so genau, so war es auch folgerichtig, wenn die nun vom Reichsboden verdrängten schwedischen Angriffsheere als schwedische gedacht wurden, wenn das hier besiegte Frankreich dem Sieger den Preis nicht versagte. In der That waren die Interessen Frankreichs von dem Kurfürsten in Pommern gründlicher getroffen als von den anderen Heeren auf dem Kriegsschauplatz im Westen. Trotzdem erhielt Meinders von Pomponne die Versicherung, daß dem Kurfürsten die pommerischen Lande und besonders Stettin von niemandem im Reich gegönnt würden, daß kein einziger Reichstand deswegen den Krieg fortzusetzen Lust habe, wohl aber hätte der Kurfürst unter seinen Nachbarn mehr Feinde, als er selber sich denken könne.

Einen Augenblick aber schien es, als sollte das Geschick noch einmal eine für Brandenburg günstige Wendung nehmen. Es hatte sich die Nachricht vom Tode des Königs von Schweden verbreitet. Überall, wohin Meinders kam, vor allem in Nymwegen, hielt man sie für glaubwürdig, selbst d'Espenses in Paris fragte sofort an. Dem Kurfürsten kamen bereits detaillierte Angaben aus Dänemark und Hamburg zu, auch von einem Nachfolger aus dem Hause Pfalz-Zweibrücken sprach man bereits. Hätte sich das Gerücht bewahrheitet, so wäre Brandenburg doch vielleicht noch teilweise zu seinem Rechte gekommen.

Von den verschiedenen Gradationen, die Meinders in seiner Instruktion hatte, ließ man ihn nur zwei vorbringen: zuerst ein von vornherein etwas aussichtsloses Tauschprojekt,

das die bereits zitternde Hand des Oberpräsidenten Schwerin dem Kurfürsten vorgeschlagen hatte, die Westseite von Cleve an Frankreich abzutreten, das dann das Land entweder direkt an Schweden oder an Holland gegen eine an die Schweden zu zahlende Geldentschädigung überlassen sollte, dann den zweiten Vorschlag, Vorpommern wenigstens bis zur Peene Brandenburg einzuverleiben. Pomponne deutete sofort an, daß, falls Meinders nicht Stettin anzubieten habe, er alsbald an seine Heimreise denken möchte. Auch der König, bei dem er am 1. Juni, dem Tage der Fête de Dieu, Audienz hatte, erklärte sofort, entweder Stettin oder diese Audienz sei zugleich die Abschiedsaudienz. Nur mit der größten Mühe wufste Meinders schliesslich noch eine Frist von zwei bis drei Wochen zu erhalten, um schriftlich oder durch eine eilige Sendung, zu der man aber den vorher in Paris zurückgebliebenen d'Espenses nicht gebraucht wissen wollte, die letzte Instruktion einzuholen: „Das Hauptwerk Eurer Negotiation wird jetzt auf Stettin und den davon dependirenden Oderstrom ankommen“ hatte inzwischen der Kurfürst an Meinders schreiben lassen. Da traf Meinders' letzter Bericht beim Kurfürsten in Potsdam ein; dieser liess sofort Schwerin und Jena zu sich herauskommen¹. Am 12. Juni (a. St.) vormittags fand die Konferenz statt, in der man sich nun endgültig über Stettin entscheiden mußte.

Wieviel Wünsche und Hoffnungen der brandenburgischen Politik knüpften sich an diese Stadt, deren man erst nach einer fast sechsmonatlichen Belagerung in einem lediglich aus Gründen der Notwehr unternommenen Kriege hatte Herr werden können. Breslau, Frankfurt und Stettin sollten die große Handelsstrasse bezeichnen, auf welcher die polnisch-schlesischen Warenzüge seewärts bis nach Holland und wieder von da zurück die Produkte des Westens geleitet werden sollten. Schon vor der Einnahme Stettins hatte der Kurfürst es zu einem Vertrage gebracht, der die störenden Niederlagsrechte Frankfurts und Stettins beglichen hatte²; ein zum Teil aus kaufmännischen Mitgliedern zusammengesetztes Generalkommerzkollegium in Stettin sollte eine dauernde Vertretung der Handelsinteressen bilden. Aller Fortschritt, den hier eine territoriale Wirtschaftspolitik statt der bisherigen engherzigen Stadtpolitik erreichen konnte, war mit der Preisgabe Stettins wieder in Frage gestellt worden. Kein Wunder, daß

¹ Kurfürst an Schwerin und Jena conjunctim, 1. (11.) Juni 1679. Das am folgenden Tage an Meinders ergangene Reskript im Konzept von Jenas Hand.

² Vogel, Inwiefern gehört Pommern zu den wichtigsten Erwerbungen des Hauses Hohenzollern?, im Arch. für Landeskunde der preuß. Monarchie V 256.

der diplomatische Kampf, den Meinders am französischen Hofe um die Ostseestadt durchkämpfte, dem mit den Waffen geführten an Zähigkeit nichts nachgab. Dafs er nicht ebenso glücklich war, lag lediglich an der Gestaltung der grofsen europäischen Kombination, an dem Abfall der Verbündeten. Wie leicht hätte sich in einem gemeinsamen Generalfrieden diese Genugthuung für den Kurfürsten auswirken lassen!

Dem Kurfürsten und seinen beiden Räten wurde jetzt die ganze Bedeutung des Abfalls der Verbündeten vor Augen geführt. Nach und nach war dann die Lage noch bedenklicher geworden. Aus den westfälischen Landen gelangten jetzt über die Erpressungen der Franzosen die bittersten Klagen an den Kurfürsten, „Klagen, dafs Uns das Herz wehe gethan, als Wir sie vernommen.“

Die drei sahen ein, dafs auf Stettin ohne weiteren Kampf kaum noch zu hoffen war. Nun aber auch noch mit Frankreich um die alte Oderstadt zu ringen, schien, wie die Dinge sich jetzt gestaltet hatten, allzugewagt. Deshalb sollte Meinders wenigstens noch versuchen, ob es nicht gegen ein annehmbares Äquivalent einer anderen Seestadt, etwa Bremen, zu erhalten wäre, worüber man dann, nach dem Frieden mit Frankreich, mit Schweden in besondere Verhandlungen eintreten wollte. Wollte Ludwig XIV auch darauf nicht eingehen, so möchte Meinders endlich Stettin zugestehen, aber nicht ohne eine Reihe von kleinen Entschädigungen. Gollnow, Damm und der ganze Strich rechts von der Oder, ferner die Insel Wollin und das Inselchen Gristow bei Kammin sollten dem Kurfürsten verbleiben. Auch die bisher gemeinsam von Schweden und Brandenburg genossenen Präbenden und Rechte aus dem Domkapitel von Kammin sollten, wie schon früher gefordert war, in Zukunft allein an Brandenburg fallen. In wie weitgehender Weise das staatsmännische, mit einer gewissen hausväterischen Art sich verbindende Genie des Fürsten selbst die Verhandlungen mit Meinders leitet, zeigt ein im Geheimen Staatsarchiv befindliches Schriftstück, auf welchem sich der gewissenhafte Fürst, wahrscheinlich für die Beratung mit seinen beiden Räten, die verschiedenen Nebenpunkte notiert hat; auch die Baukosten, die er auf das Stettiner Schlofs verwendet hatte, sollten ihm darnach von Schweden erstattet werden.

Er sah aber voraus, dafs sich auch diese Nebenpunkte nur schwer würden erringen lassen. „Wir verlassen Uns,“ schreibt er an Meinders, „auf Eure Treue und Eifer, und zweifeln nicht, Ihr werdet alles thun, was menschenmöglich ist, um gute und reputirliche Friedensbedingungen für Uns zu erhalten.“

Das in der Potsdamer Konferenz festgestellte Reskript konnte nur gerade vor Ablauf der Meinders' gestellten Frist

in Paris eintreffen. Inzwischen erfuhr dieser, daß ein kursächsischer Gesandter Ramsdorf mit den französischen Ministern über Magdeburg und den Saalekreis unterhandele; daß er auch wegen der sächsischen Prätension auf die clevischen Lande instruiert war¹, zeigt ganz deutlich, wessen sich Friedrich Wilhelm bei Fortsetzung des Krieges von seinen Nachbarn zu versehen gehabt haben würde. Meinders mußte jetzt zu einem Frieden um jeden Preis raten. Er stellte sofort vor, wie man nur auf diese Art Frankreich von Schweden, das ohne französische Subsidien jetzt nichts mehr bedeuten würde, trennen könne, ein Gedanke, der dann für die brandenburgische Politik in der nächsten Zeit leitend werden sollte. Obgleich Pomponne und die andern Minister schon bei Meinders erster Anwesenheit am Hofe ihm vorgestellt hatten, daß der König mit niemandem lieber als dem Kurfürsten in ein näheres Bündnis treten wollte, so blieb doch ihre Art, mit Meinders über die Genugthuung des Kurfürsten zu verhandeln, durchaus keine entgegenkommende. „Es sind eigentlich Unterhandlungen nur dem Namen nach, in Wahrheit verfährt man in allen Dingen nach eigenem Ermessen und nimmt auf die allerbesten Gründe keine Rücksicht, wenn sie nicht den französischen Interessen entsprechen.“

Es war für den peinlich gewissenhaften Meinders, der schon einmal wegen eines Vertrages mit Frankreich, dem von Vossem, den heftigsten Verdächtigungen seitens seiner Gegner am Hofe ausgesetzt war, unter solchen Umständen kein leichtes Stück, die gerechtfertigten Forderungen des Kurfürsten durchzusetzen. Bereits am 15. Juni, einem Sonntage, hatte ihm Pomponne im Namen des Königs angedeutet, daß entweder geschlossen oder abgebrochen werden müsse. Vergeblich stellte Meinders für Stettin ein Äquivalent in Aussicht; er erlangte dann noch eine Frist bis Mittwoch. Obgleich er an diesem Tage das Vorzimmer Pomponnes überfüllt fand, konferierte er doch eine gute Stunde mit ihm. Er machte noch einmal darauf aufmerksam, daß Stettin nicht bloß aus handelspolitischen, sondern auch aus strategischen Gründen dem Kurfürsten verbleiben müsse, daß es früher mehr als zu Hinterpommern gehörig betrachtet worden und auch Sitz der hinterpommerischen Regierung gewesen sei. Als alles nichts helfen wollte, gestand er schließlich schweren Herzens Stettin zu. Jetzt begann noch ein harter Kampf um die vom Kurfürsten geforderten minder wichtigen Punkte. Um für die letzten Verhandlungen eine festere Grundlage zu haben, gestand Meinders zu, daß Pomponne ein Vertragsprojekt entwarf, dessen Artikel man dann

¹ Auerbach, La diplomatie française et la cour de Saxe S. 472. Der Gesandte hieß Wolf Ramsdorf.

durchging. Die Stadt Damm betrachtete der Minister, allerdings nicht ganz mit Unrecht, als eine Vorschanze von Stettin, überdies stehe es ausdrücklich im westfälischen Frieden. Meinders schlug vor, seine Instruktion dem Wortlaute nach schon überschreitend, es pfandweise dem Kurfürsten zu überlassen, da die Schweden in absehbarer Zeit nicht die Mittel haben würden, es einzulösen. Nicht von Damm, wohl aber von Gollnow konnte er dieses erreichen; es wurde dem Kurfürsten zunächst pfandweise für 50 000 Thlr. schwedischer Kriegsentschädigung zugesprochen, die Zinsen durften, da Meinders besondere Bestimmungen darüber aufzunehmen absichtlich unterliefs, nach dem allgemeinen Brauch zum Kapital geschlagen werden, so daß an eine Einlösung kaum mehr zu denken war. Wegen Kammin war nichts zu erhalten, und der Stettinsche Grenzrecess blieb in diesem Punkte bestehen. Die beiden Geheimen Räte in Berlin hatten verlangt, daß dieser Recess kurzerhand als aufgehoben bezeichnet werden sollte. Mit Recht sträubte sich Meinders dagegen, und es wäre dadurch in der That wieder eine jener Rechtsunsicherheiten geschaffen worden, wie sie der westfälische Friede so reichlich hinterlassen hatte. Nach einer anmaßenden Interpretation desselben hatten die Schweden die hinterpommerischen Licenten für sich beansprucht; die Teilung derselben zwischen Schweden und Brandenburg nach dem Stettiner Recess war dann erst die Bedingung der Einigung über Schwedens Ansprüche überhaupt¹. Mit einer Aufhebung des Recesses hätten die Schweden wieder Ansprüche auf die gesamten hinterpommerischen Seezölle erheben können, während man doch andererseits auf dem Punkte war, in dem bevorstehenden Vertrag diese Zölle ganz Brandenburg zuzusprechen. Die Verhandlung um diese Licenten bildete eine erfreuliche Episode in Meinders' Unterhandlungen. Weder Pomponne noch sonst ein französischer Minister hatte von diesen Verhältnissen Kenntnis, und der schwedische Gesandte Bielke – Lilierat war gerade nicht zur Stelle — erklärte, daß er weder eine Instruktion habe, noch auch nur informiert darüber sei. Meinders hütete sich sehr wohl, die Herren über die früheren Prä tensionen Schwedens aufzuklären, „ihnen die fundamenta aus dem Instr. Pac. vorzustellen“, und so blieb Pomponne zunächst nichts übrig, als den Vorschlag ad referendum zu nehmen. Als Minister des wirtschaftlich geschlossenen, überall eine vorteilhafte Grenzbildung aufweisenden Frankreich sah er sehr wohl das Widersinnige der bestehenden Zustände

¹ Moerner S. 172. Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrichs d. Gr. I 24 u. 25.

ein. „Man begreift zwar leichtlich, daß es nicht wenig hart und absurde ist, daß andere Potentaten in einem frembden Territoir und in einem anderen Hafen einige Zollgerechtigkeiten üben und genießsen sollen.“ Aber er konnte über die Ansprüche Schwedens nicht ohne weiteres hinwegschreiten, doch erklärte er schliesslich den Vorschlag beim Könige befürworten zu wollen, falls die Seezölle einen jährlichen Gesamtbetrag von 5000 Rthlr. nicht überschritten. Meinders konnte ihn darüber sofort beruhigen, „da er die Rechnungen öfters selber gesehen und examinirt“¹. Pomponne brachte alsbald auch die Zustimmung seines Königs, nur möchte man vor Abschluß des ganzen Vertrages an die schwedischen Gesandten von dieser Koncession nichts verraten, denn sie würden gewifs „greulich darüber losgehen“.

Freilich waren mit dieser Bestimmung, so geringfügig auch zunächst die Summen waren, um die es sich handelte, die Schweden an einem empfindlichen Punkt getroffen worden. Sie wurden dadurch von der Bahn der Handels- und Wirtschaftspolitik, wie sie seit der für Deutschland auch sonst so verhängnisvollen zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts von ihnen eingeschlagen war, einen Schritt zurückgedrängt. „Das Leben und Streben solchen Königreichs sind die Zölle und Trafic in der Ostsee“, schrieb früher einmal Waldeck². Jetzt hatten

⁴ Nach dem Auszug aus den hinterpommerischen Renterechnungen, die sich Meinders für alle Fälle noch erbeten hatte, belief sich der brandenburgische Anteil:

Jahr	Thlr.	Sgr.	Pf.
1654	2498	13	18 ¹ / ₂
1655	2725	10	—
1656	7975	18	12
1657	7385	32	10
1658	6881	4	16 ¹ / ₂
1659	3553	21	12
1660	5899	16	15
1661	3729	16	3
1662	2083	29	12
1663	3784	22	—
1664	3709	12	16 ¹ / ₂
1665	1877	13	26 ¹ / ₂
1666	1075	6	21
1667	1227	35	30
1668	2196	14	17

Nach Vogel, Inwiefern gehört die Provinz Pommern zu den wichtigsten Erwerbungen des Hauses Hohenzollern? (Arch. für Landeskunde der Preufs. Monarchie V 259) betrugen die Licenten bis zum Westfälischen Frieden 4 Prozent des Wertes. Um den Wert der Einfuhr an den hinterpommerischen Häfen zu erhalten, müßte man darnach obige Zahlen mit 2×25 multiplizieren.

² In einer Aufzeichnung von 1667 (Arols. Arch.).

die Siege des Großen Kurfürsten die Frage über das *dominium maris baltici* wenn auch noch nicht gelöst, so doch bereits zu Ungunsten Schwedens entschieden. Auch hierin vertrat er ein allgemein deutsches Interesse. Während Meinders mit Pomponne unterhandelte, suchte ein Gesandter des Herzogs Christian von Mecklenburg, Reuter, die Aufhebung des schwedischen Zolles bei Warnemünde zu erhalten. Wenn er damit nicht durchdrang, was zunächst vom partikularistischen Standpunkte aus auch nicht einmal dem brandenburgischen Handel günstig gewesen wäre, so zeigte das Anliegen doch, wie überall in Deutschland seit dem Tage von Fehrbellin die bisherige Machtstellung der Schweden gelitten hatte, und jeder nun wieder wagen durfte, das Seinige zu fordern.

Nur Frankreich fuhr fort, durch seine in Westfalen und im Ravensbergischen stehenden Truppen einen Druck auf die Verhandlungen auszuüben, und Meinders gestand, daß es ihm besonders bei den traurigen Nachrichten aus seiner engern Heimat schwer wurde, Contenance zu bewahren, als bei der Verhandlung über den Termin des Abzugs der Truppen aus den kurfürstlichen Landen noch einmal ein Abbruch drohte. Man wollte anfangs durchaus erst Crequi abberufen, wenn der Kurfürst auch seine Truppen aus Pommern entfernt hätte. Doch auch hierin erreichte Meinders soviel, daß nur Wesel und Lippstadt bis zur Auswechslung der Ratifikationen besetzt blieben. Es blieb nur noch übrig, die Summe der Kriegsentschädigungen von Frankreich so hoch wie möglich zu treiben. Mit dem Hinweis auf den zerütteten Stand der französischen Finanzen wollte man es rechtfertigen, daß man nur eine Summe von 300 000 Thlrn., zahlbar in zwei Jahren, bewilligte. Der Sündenlohn, den Braunschweig sich erworben, war höher bemessen worden, weil es in Deutschland unter den ersten Abtrünnigen sich hatte finden lassen, — (*par où l'on avait commencé à defiler le chapelet*). Jetzt zeigte es sich auch noch bereit bei einer Fortsetzung des Krieges gegen den Kurfürsten ein Bündnis mit Frankreich einzugehen und die Befürchtung, daß es dann Minden behalten wollte, war nicht ohne Grund. Denn zugleich mit dem Kourier, der bei einem Nichtzustandekommen des Vertrages an Crequi den Befehl zum Sturm auf Minden überbringen sollte, war ein anderer reisefertig, welcher Rebenac in Braunschweig die Ermächtigung zum Abschluß des Bündnisvertrages bringen sollte. Dem dänischen Gesandten in Paris hatte Meinders Schritt für Schritt von seinen Verhandlungen Kunde gegeben, so daß dessen König nicht die geringste Ursache zur Klage haben konnte.

Wenn Meinders unter solchen Umständen den „schlechten

Frieden“ von St. Germain abschließen mußte, fühlte er doch ganz die Größe seiner Verantwortung, da er eine hinreichende Vollmacht zum Abschluß unter solchen Bedingungen nicht hatte. Der gelehrte Mann führte in einer Rechtfertigung seines Entschlusses, die zugleich den Kurfürsten über seinen schweren Verlust trösten sollte, nicht allein Zeugnisse der heiligen Schrift an, daß man sich oft in die böse Zeit schicken müsse, sondern auch Äußerungen des Kaisers Augustus und eine lange Stelle aus Hugo Grotius, die beide einen Krieg widerrieten, bei dem die Parteien so ungleich wie in diesem Falle stünden. Der Kurfürst aber sah wohl, daß es nicht an seinem Gesandten gelegen hatte, wenn bessere Bedingungen nicht zu erhalten gewesen waren. „Wir sind wohl versichert, daß, wenn es möglich gewesen wäre, es höher zu bringen und die *creditiones* besser zu machen, Ihr solches nicht würdet unterlassen haben, wie Wir denn Euere hierbei angewandte sorgfältige Mühe, Treue und Fleiß genugsam verspüret.“ Unermüdlich hatte er die Nacht hindurch oft bis an den Morgen gesessen und seine eigenhändigen, manchmal allzulangen Berichte geschrieben, wenn der „Posttag“ kam. Unter den mannigfachen sachlichen Gründen, die er jetzt anführen konnte¹, war einer der treffendsten der erschöpfte Zustand der kurfürstlichen Lande und Bewohner und der schlimme Stand der Finanzen. Wie hatte sich dieser Staat mit seinem heldenhaften Eintreten für die Interessen Hollands und in seiner gerechten Verteidigung gegen einen heimtückischen Nachbar jetzt fast verblutet. Obgleich die Errungenschaften der Armee nicht hatten festgehalten werden können, verdankte der Staat ihr doch allein sein gegenwärtiges Ansehen in Europa, und niemand dachte daran, seine viel erprobten Truppen, „dergleichen wir so leicht nicht wiederbekommen können“, in Zukunft erheblich zu vermindern. Ihr Unterhalt verlangte eine gegen früher noch bedeutend erhöhte Summe, monatlich über 200 000 Thaler, und durch Anleihen, versichert Meinders, sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen nichts zu erlangen; denn die Subsidien waren seit drei und mehr Jahren gänzlich ausgeblieben und die Schuldenlast des Staates betrug deshalb über 900 000 Rthlr. Ein großer Teil der Ämter hatte verpfändet werden müssen und vielen höheren Beamten hatte der Gehalt, den Gesandten die hohen Legationsgelder nicht gezahlt werden können.

Der Staat des Großen Kurfürsten bedurfte jetzt nach dem siebenjährigen Kriege, in welchem einige Landesteile wie das westliche Cleve ununterbrochen von französischen Truppen besetzt, den Daumschrauben französischer Intendanten aus-

¹ S. Droysen S. 450.

gesetzt gewesen waren, vor allem wieder der friedlichen Erwerbsarbeit seiner Bewohner, einer inneren Kulturpolitik seines Landesherrn und seiner Staatsmänner. Wie liefs sich dieses erreichen, wenn man fortgesetzt jeden Augenblick von lauernden, mifsgünstigen Nachbarn, denen sich das Kaiserhaus mehr als entgegenkommend zeigte, einen neuen Krieg zu befürchten hatte? Irgendwo mufste ein starker Rückhalt gesucht werden, und dafs dieser nicht bei den bisherigen Verbündeten zu finden war, hatten diese selbst durch ihren Abfall hinlänglich erwiesen.

VII.

Der Vertrag zwischen Brandenburg und Frankreich vom 15. (25.) Oktober 1679.

„Es ist leider so weit gekommen, schrieb Meinders nach Abschluß des Friedens von St. Germain aus Paris, daß man weder auf Ihre Kaiserliche Majestät noch auf das Reich die allergeringste Reflexion macht.“ Wenn wirklich durch den Nymweger Frieden eine Stärkung der kaiserlichen Gewalt gegenüber dem Territorialfürstentum eingetreten war¹, so brauchte Frankreich nicht darauf zu achten. Man sprach in Paris bereits in höhnischem Tone von der Angelegenheit der elsässischen Reichsstädte, und daß man zusehen müsse, damit sie nicht „in fremde Gewalt“ kämen. Wenn die Quartiere am Oberrhein die französischen und kaiserlichen Truppen gemeinsam nicht mehr ernähren könnten, würde man die Kaiserlichen „zu den Erblanden“ treiben. So bitter begann sich bereits der Nymweger Friede an der Wiener Hofburg zu rächen. Doch noch mehr. Darin liegt, scheint mir, der eigentliche Umschwung der Dinge, daß Brandenburg jetzt in einer Zeit, wo Österreich und das Reich an Frankreich hingegeben war, in ein Bündnis mit letzterem trat, welches vorher und nachher nur immer gewählt wurde, wenn der Kaiser seine veralteten übermäßigen Ansprüche gegen den brandenburgischen Kurstaat allzudreist hervorzukehren wagen konnte. Es war das die für Brandenburg gebotene Politik des Gleichgewichtes zwischen Frankreich und der spanisch-österreichischen Monarchie gewesen. Zwar unterhandelte Österreich auch jetzt bereits wieder mit Schweden über ein Bündnis, das sich nur gegen Brandenburg kehren konnte, aber die Gefahr lag nicht so nahe, weil Schweden noch an Frankreich eine zuverlässigere Stütze fand. Dieses Bündnis wäre aber unfehlbar zur That geworden mit dem Momente, wo Meinders' Plan, Frankreich und Schweden zu trennen, in Erfüllung ge-

¹ Droysen S. 439.

gangen wäre. Das brandenburgisch-französische Bündnis, über das Meinders nur in Unterhandlung trat, sollte allerdings diesem Zwecke dienen; und hatte es ihn erreicht, so wäre eine Interessenverbindung eingetreten, die Brandenburg zu seinem Rechte auf Vorpommern doch noch hätte verhelfen können. Schon schien etwas Ähnliches in Aussicht, wenn Schweden Anstand nahm, den Vertrag, den Frankreich geschlossen, zu ratifizieren; seine Verbindung mit Frankreich wäre dadurch mit einem Male zerrissen worden, und Brandenburg ohne weiteres in ein näheres Verhältniß mit Frankreich geraten. In jedem Falle aber war eine halbe Stellung, die man bei der, in großen Zügen gedacht, geradsinnigen Ehrlichkeit der Politik Friedrich Wilhelms immer gemieden hatte, für Brandenburg vollends jetzt eine Unmöglichkeit, und entschlossen trat es für einige Jahre auf die Linie von 1669 zurück. Der eine große religiöse Gegensatz der ersten Hälfte des Jahrhunderts war zum Heile Deutschlands zurückgetreten, und die katholischen Staaten bildeten keine geschlossene Gesamtheit, wie das früher vorgekommen war. Doch die belebend und erfrischend auf das Völkerleben wirkenden nationalen Gegensätze hatten sich noch nicht gebildet, und das Gefühl eines tiefen, unmittelbaren Widerstreits mit einer fremden Macht, auch mit der der Bourbonen, war nur in wenigen großen Gestalten der Zeit verkörpert. Mit kühler, ruhiger Berechnung, unbeeinflusst von Volks- und Stammesgegensätzen, erwägt und entscheidet man an fremden und deutschen Höfen mit wenigen Ausnahmen, auf welcher Seite am besten das eigene Land oder Ländchen seinen Vorteil findet. Fortwährend sich verschiebende Allianzgruppierungen der deutschen Staaten unter sich und mit fremden Mächten geben der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts den politisch haltlosen, unbestimmten Charakter, der sich während des 30jährigen Krieges nur vereinzelt gezeigt hatte.

Schon während der Verhandlungen, die zum Frieden von St. Germain führten, hatten beide Teile mehrfach den Wunsch nach einer engeren Allianz laut werden lassen, aber beide auch den Abschluß derselben nicht gerade für sehr dringend erachtet. Meinders meinte: „Es wird ohnedem honnester und vorteilhafter sein in dieser Materie sich suchen zu lassen, als seine Dienste und Willfährigkeit gleichsam zu obtrudieren.“ Nach dem Frieden nun trat man der Sache näher. Meinders erhielt Befehl nicht abzureisen und d'Espenses überbrachte alsbald eine Reihe von Bedingungen des Kurfürsten für den Abschluß einer Allianz, die anfangs nicht nur defensiv gedacht war, aber doch in erster Reihe Brandenburg Schutz gegen alle feindlichen Angriffe seitens der Nachbarstaaten gewähren sollte. Neben der Gewährung eigener Subsidien sollte Frankreich die Subsidienforderungen des Kurfürsten gegen

Spanien und Holland nachdrücklich unterstützen, desgleichen die alten Ansprüche auf Jägerndorf gegen den Kaiser, die man bisher für eine Geldentschädigung aufzugeben sich mit Recht gesträubt hatte und die erst nach weiteren 60 Jahren der geniale Sohn einer späteren Zeit auf eine wirkungsvollere Art geltend machen sollte.

Handel und Schiffahrt, die in letzter Zeit arg gelitten, sollten durch das Bündnis, das zugleich handelspolitischer Natur sein sollte, wieder gehoben werden. Der Gedanke, mit Frankreich in diesem Augenblick einen günstigen Handelsvertrag zu schließen, ist einer späteren preussischen Zollpolitik fast ebenbürtig und zeigt das eigenartige Talent Benjamin Raulés, der ihn sich besonders angelegen sein liefs. Denn ein halbes Jahrhundert sollte Frankreich fortan an der Spitze des Welthandels stehen und neben dem immer tiefer sinkenden Holland Deutschland vor allem mit Kolonialwaren solange versorgen, bis England dann den gesamten Welthandel väterlich in seine Arme schlofs. Vorerst nun wollte Brandenburg, was es mit Stettin nicht hatte erreichen können, den seinen Küsten entsprechenden Teil am Weltkommerzium für sich, und somit für Deutschland überhaupt, wenigstens teilweise auf dem Wege friedlicher Verträge gewinnen. Man dachte in Berlin daran, durch schwerwiegende Zollvergünstigungen den brandenburgischen Kaufleuten für ihre heimischen Produkte in Frankreich gegenüber anderen dort handeltreibenden Nationen eine Art von Monopol zu verschaffen („le principal commerce à l'exclusion des autres nations“). Die Artikel, die Brandenburg liefern wollte, waren vornehmlich Hanf, Wachs, Hölzer, besonders solche zum Schiffsbau, Leinen und Pelzwerk. Von Frankreich dachte man dagegen namentlich Salz, Weine und andere feine Getränke einzutauschen. Auch der Handel an der Küste Guineas, unterstützt durch die zwölf kurfürstlichen Fregatten, sollte dem Kurfürsten gewährleistet werden. Für den Fall, daß Frankreich sich zu einem derartigen Bündnisvertrage bereit erklären würde, wollte man Raulé nach Paris senden, um das Nähere mit Colbert zu vereinbaren.

Als Gegenleistung versprach Brandenburg französischen Kaufleuten seine Häfen und Flußmündungen zu öffnen; am meisten aber, schrieb Meinders, wird es auf die Unterstützung in der Wahlangelegenheit ankommen, denn da Frankreich von deutschen Fürsten mit Bündnisverträgen sehr umworben würde, müsse man in einem Punkte wenigstens etwas Außerordentliches bereit haben. Mit einer fast väterlichen Liebe kommt er immer wieder auf diesen Gedanken zurück, obgleich Frankreich sich das Ansehen gab, wenig darauf zu halten.

Der alte, ehrenwerte Oberpräsident Schwerin dachte

anders. Als er die erste Kunde von der Wendung der Dinge durch den Kurfürsten erhielt — bisher war außer den beiden Beteiligten nur noch der Geheimsekretär Paul Fuchs im Vertrauen —, schrieb er unumwunden seine Meinung: Wenn er nicht ersehen hätte, daß „das französische Werk eine resolvierte Sache“ wäre, würde er dem Kurfürsten geraten haben, sich damit nicht zu übereilen. Ein Gegenbündnis könne überdies dem Kurfürsten weit mehr Schaden bringen, als die Freundschaft Frankreichs Nutzen. Er erinnert den Kurfürsten an seine wiederholten Äußerungen vor dem Kriege, daß es besser sei, alles zu wagen, als Frankreich größer werden zu lassen, auch daran, daß er damals seine Räte „mit ernsten, nachdrücklichen Worten vermahnet“ habe, keine andere Absichten zu hegen. Man dürfe jetzt nicht weiter gehen, wie in den früheren Verträgen mit Frankreich. „Als ein Diener aber habe ich mich alle Zeit schuldig gehalten, Ew. K. D. Meinung, wenn ich die Meinige gesagt, treulich zu folgen und das, was Ew. K. D. resolviert, aufrichtig exequieren zu helfen.“

Diese Vorstellungen „seines ältesten Geheimen Rats“ blieben nicht ohne Einfluß auf den Kurfürsten. Es handle sich zunächst nur um ein Projekt. Die Absicht, Frankreich von Schweden zu trennen, könne man auf eine andere Art nicht erreichen. „Ferner ist Euch bekannt, daß wir von keinem Potentaten in der Christenheit einigen Beistands oder Hilfe, wenn Uns etwas zustößen sollte, zu gewärtigen haben, es sei denn, daß Frankreich durch eine Allianz dazu verbunden wäre.“ „Wie der Kaiser und das Reich mit Uns gehandelt, lieget am Tage, und weil selbige Uns zum ersten abandonniren und Uns Unserer Feinde Willen überlassen, haben wir dieselben weiter nicht zu consideriren, als soviel Unser eigenes Interesse mit sich bringt.“ Überdies sei Meinders angewiesen worden „mit den fürnehmsten Oblatis noch etwas zurückzuhalten“.

Allmählich aber konnte auch Schwerin sich der Notwendigkeit eines festeren Rückhalts für den halb erschöpften Staat nicht verschließen und mußte inmitten der so rasch verwandelten Welt auch für Brandenburg einen Umschwung anempfehlen. Nur meinte er, daß man erst die Wünsche Frankreichs vernehmen müsse, ehe man zu kühnen Anerbietungen schreite, die sich vielleicht nicht umgehen lassen würden. Wie er seine Söhne zur Erlangung einer vornehmen Weltbildung nach Paris geschickt hatte, schlug er jetzt vor, daß auch der Kurfürst einen seiner Prinzen dorthin sende, wozu sich der Kurfürst nicht abgeneigt zeigte.

Meinders aber glaubte zur Eile raten zu müssen, da eine Reihe von anderen deutschen Staaten, Braunschweig-Celle, Hannover, selbst die Niederlande sich um eine nähere Allianz

mit Frankreich bemühten. Gegen die Niederlande, gegen Spanien und auch gegen die Stadt Hamburg, die ihren Verpflichtungen gegen den Kurfürsten nachzukommen sich hartnäckig sträubten, sollte er vor allem Frankreichs Unterstützung erbitten, und recht kriegslustig klangen oft die Mahnungen, die der Kurfürst in seinem Zorn ergehen liefs. Sein bisheriger Verbündeter, der König von Dänemark, beabsichtigte, nachdem er mit Frankreich Friede geschlossen, einen Angriff auf die Stadt Hamburg, der ja ganz in der Richtung der Aggressivpolitik seines Hauses gegen Deutschland lag. Brandenburg durfte schon Magdeburgs wegen nicht zugeben, daß Hamburg dänisch wurde, trotzdem wollte der Kurfürst aus Rücksicht auf seinen früheren Bundesgenossen diesem einigermaßen freie Hand lassen. Eine Offensivallianz aber mußte Frankreich schon mit Rücksicht auf seine Finanzen ablehnen, und konnte auch in der Subsidienfrage nur mäßige Ansprüche befriedigen. Doch hatte der Kurfürst auf das Projekt, das Meinders einsandte, nicht mehr viel zu erinnern, nachdem sich die Verhandlungen durch eine Unpäßlichkeit Meinders', durch die Abwesenheit des Hofes und der Minister von Paris, schließlic auch durch die immer stärker hervortretende Gegnerschaft von Pomponne und Louvois lange hingezogen hatten. Des Kurfürsten eigenste Meinung¹ ging dahin, die Unterstützung in der Wahlangelegenheit auf alle Fälle nur gegen die Zusicherung aller bisherigen Rechte des Kurfürstenkollegs, der Fürsten und Stände des Reiches zu gewähren. Sollte die Frage aber einst wirklich akut werden, was aber noch weit ausstand², so sollte das Haus Habsburg für seine Sünden gegenüber dem Reich auch noch in anderer Weise büßen: Böhmen und Mähren sollten wieder Reichslande werden, Ungarn für immer ein Wahlkönigreich bleiben, dem Kurfürsten ein Teil Schlesiens, dessen Bewohner er aber sämtlich durch eine besondere Bestimmung in ihrem protestantischen Bekenntnis für immer geschützt wissen will, als Reichslehn zugesprochen werden und die Appellation für alle kurfürstlichen Lande nicht mehr nach Speier, sondern nach Berlin statthaben.

Die letzten Punkte freilich gelang es Meinders nicht in den Vertrag aufzunehmen, der am 15. (25.) Oktober wieder

¹ Wieder befindet sich eine eigenhändige, notizenartige Aufzeichnung des Kurfürsten über die verschiedenen Punkte im Geh. Staats-Archiv.

² Pomponne meinte: „Sollte etwas Wirkliches und Näheres in dieser Sache vorgehen, alsdann würden andere und zureichendere mesures genommen werden müssen, worin es auch solchenfalls nicht fehlen sollte; für jetzo liefse man die Sache in termino generalibus.“ Meinders an Kurfürst, 14. Okt. 1679.

zu St. Germain von ihm und Pomponne unterzeichnet wurde¹. Auch in der handelspolitischen Frage hatte man sich vorläufig mit der allgemeinen Zusicherung gegenseitiger Freiheit des Verkehrs begnügt, und ich vermag nicht festzustellen, wie weit sich diese etwa bei den Schifffahrtsgeldern, die Frankreich von den Schiffen nicht begünstigter Nationen in seinen Häfen erhob, zu Gunsten Brandenburgs geltend machte. Das Vorausgegangene war von beiden Teilen jedenfalls noch nicht ganz vergessen. Meinders aber hoffte, „mit der Zeit würde man sich mehr und mehr nähern“.

Dreimal war er nun in dem Augenblicke, wo der welt-historische Kampf gegen Frankreichs Hegemonie im richtigen Augenblicke unterblieb oder zur Unzeit aussetzte, an die Stelle gewiesen worden, die ein freundschaftlicheres Verhältnis Brandenburgs zur stolzen Monarchie Ludwigs XIV auf einige Zeit schaffen sollte. Wenn er nach den Friedens-schlüssen von Nymwegen und St. Germain die Summe seiner Erfahrungen zog, war sie unzweifelhaft so, daß auch ein anderer an seinem Platze wie er gedacht haben würde. Er hielt die Macht für unüberwindlich, die nur die Schwäche und Zerrissenheit ihrer Gegner hatte aufkommen lassen, und wollte Brandenburg so lange ihr befreundet wissen, bis der Gedanke eines Widerstandes gegen Frankreich Gemeingut des übrigen Europa geworden war, bis vor allem die wankelmütigen Bundesgenossen von 1674 belehrt sein würden.

So bildete dann der fast 200 Jahre geheim gebliebene Oktobervertrag die Einleitung und Grundlage der brandenburgischen Politik in den nächsten Jahren. Zwar wurde sein nächster Zweck, Frankreich und Schweden zu trennen, auf die Dauer nicht erreicht, da Frankreich dem deutschen Reich auch im Norden einen feindseligen Nachbarn erhalten zu müssen glaubte, wohl aber der, daß Brandenburg mit einemmal wieder eine feste Stellung nicht nur innerhalb der deutschen Mittelmächte, sondern auch in Europa überhaupt erhielt; von allen Seiten drängte man sich mit Bündnis-anträgen heran. Es geschah nur mit den Mitteln der Zeit, wenn Brandenburg demgegenüber, nachdem es im Kampfe für die großen Interessen Deutschlands und Europas fast alles auf Spiel gesetzt hatte, jetzt fest an einer selbstbewußten Politik des Eigeninteresses festhielt, das Ziel staatlicher Größe und Macht nicht aus den Augen verlierend. Es benutzte die gesicherte Friedensstellung zu einer segens-

¹ Das Datum nach dem von Fuchs geschriebenen Konzept der Ratifikation, ferner bei Moerner S. 413, demnach nicht, wie Droysen S. 458 angiebt, vom 20. Okt. Allerdings ist das archivalische Material an dieser Stelle lückenhaft. Pufendorf S. 1378.

reichen, inneren Kulturarbeit, zu einem Ausbau der Staatsverwaltung, die schon auf spätere Zeiten hinweist. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet war die Politik Brandenburgs in den folgenden Jahren national, auch im Bunde mit Frankreich. Darin liegt doch ein eigentümlicher Reiz der Geschichte überhaupt: Tendenzen vereinigen sich, die nicht zusammengehören, weil die Übermacht des eines Teils den schwächeren nachzieht; durch die Verbindung erstarkt dieser und wird dem ersteren ein um so gewichtigerer Gegner.

VIII.

Meinders im letzten Jahrzehnt des Grossen Kurfürsten.

Bei seiner Rückkehr an den Berliner Hof fand Meinders den Mann, der über 21 Jahre als Oberpräsident des Geheimen Rats den ersten Rang unter den Beratern seines Fürsten eingenommen hatte, Otto von Schwerin nicht mehr unter den Lebenden¹. Wenn auch sein Rat bis in die letzte Zeit vom Kurfürsten stets beachtet wurde, so ruhte doch bereits seit Jahren die oberste Leitung der sämtlichen wichtigen Staatsgeschäfte ausschliesslich in dessen eigener Hand. Unterstützt von seinen Geheimsekretären, namentlich dem gewandten Paul Fuchs, hat er deshalb weder thatsächlich noch formell in den letzten 9 Jahren seiner Regierung einem andern seiner Räte jene für Schwerin geschaffene Würde eines leitenden Ministers übertragen. Gerne suchte er wohl, wenn der Winter gewichen, Erholung und Freude inmitten seiner selbst geschaffenen Gartenanlagen und Neuschöpfungen in dem geliebten Potsdam². Sein Gicht- und Nierenleiden, gegen das er mit Erfolg seltsame Kraftkuren anwandte³, hinderte den Feuergeist wenig in seinen Regierungsgeschäften. Er hatte es überdies verstanden, eine Reihe von Talenten zweiten Ranges mit seiner staatsmännischen Denkungsart, seinem unerschütterlichen Pflichtbewusstsein zu erfüllen; doch nur die

¹ Gestorben den 4. Nov. 1679.

² Meinders à Waldeck, Berlin 28. mai 1680: „S. A. E. se trouve présentement à Potsdam, ou Elle se divertit à battir, planter et se promener, autant que l'estat de sa santé le permet, car Elle est assez souvent alterée par des atteintes de goutte.“ (Arols. Arch.)

³ Meinders à Waldeck, Berlin 19. janv. 1684: „S. A. E. se porte raisonnablement bien, quoy que de temps en temps Elle souffre quelques atteintes de goutte et de gravelle, qui ne sont plus si frequentes depuis qu' Elle prend tous les matins 30 à 40 petites tasses de thé après lesquels Elle se trouve merveilleusement bien“ (Arols. Arch.).

Einzelheiten der Verwaltung, die täglichen Geschäfte glaubte er diesen ganz anvertrauen zu müssen.

In dem Geheimen Rat, jener Summe von Intelligenz und Arbeitskraft des dem Kurfürsten streng ergebenen höheren Beamtentums fanden sich nach Schwerins Tode unter den dauernd in Berlin anwesenden Mitgliedern eine Reihe von Staatsmännern, die sich sonst den Rang wohl streitig machen konnten. Von diesen war der streng gewissenhafte gelehrte Friedrich von Jena in den Sachen der innern Verwaltung, dem Justiz-, Lehns- und Kammerwesen die erste Kapazität, während das General-Kriegskommissariat der energischen durchgreifenden Kraft des Joachim Ernst von Grumbkow anvertraut war. In den auswärtigen Geschäften war einer der Erfahrungsreichsten der kurz nach dem Frieden von St. Germain nach Berlin berufene Werner Wilhelm von Blaspeil, der selbständig, kurz entschlossen, immer gerne seine eigenen Wege gehen wollte, sich aber deshalb nicht selten auf seine Dienstpflichten hinweisen lassen mußte. Mit dem Oberpräsidenten Schwerin verkehrte er schon früher immer in einem rein kollegialischen Ton, murrte wohl auch gelegentlich über „das viele Berichtschreiben, wobei er immer ein gut Teil der Nacht zubringen müsse“. Seinem weit jüngeren bevorzugteren Kollegen Meinders an politischer Begabung mindestens nicht nachstehend, konnte er doch am Berliner Hofe keinen hervorragenden Einfluß gewinnen und starb überdies, bevor er den ihm zugewiesenen Gesandtenposten im Haag antreten konnte. Der Gang der auswärtigen Politik nicht weniger als das Vertrauen des Kurfürsten verschaffte fortan Meinders eine dominierende Stellung.

Wenn das lebensvolle Detail an dem Bilde unseres Helden auch nach dem Folgenden noch allzusehr ermangelt, so möchte das Fehlen reicheren biographischen Quellenmaterials das einigermaßen entschuldigen. Es ist außerdem wohl auch ein Manko der Geschichte jener Zeit überhaupt, die durchaus nicht so reich war, wie etwa das folgende Jahrhundert, an eigenartigen Charaktergestalten. Sie haben alle eine gewisse Familienähnlichkeit, diese deutschen Staatsmänner des 17. Jahrhunderts, mit ihren mächtigen imponierenden Erscheinungen und den breiten, meist bartlosen Gesichtszügen, ihrer dem Nüchternen zugewandten Sinnesart, die selbst in Staatsgeschäften nicht das eigene Interesse vergaß und eine verschnörkelte Förmlichkeit zur Schau trug. Auch unter den Männern, die an der Wiege des preussischen Staates gestanden, begegnen uns solche Gestalten, wenngleich die meisten von ihnen an staatsmännischen Fähigkeiten, Eifer und Pflichttreue die gefügigen Räte aller anderen deutschen Kabinette des 17. Jahrhunderts bei weitem überragten.

Über die leitenden Stellen im brandenburgischen Staats-

wesen giebt der englische Gesandte Robert Southwell, der im Jahre 1680 am Berliner Hofe wieder ein Einvernehmen mit den früheren Aliierten anbahnen sollte und gerade bei Meinders besonderes Entgegenkommen nicht finden konnte, ein nach den Umständen ziemlich vorurteilsfreies Zeugnis ab. „Der Kurfürst“, schreibt der Gesandte, „hat jetzt niemand um sich, der den Charakter eines ersten Ministers trüge oder den Glanz eines solchen zeigte; wohl aber hat ein Mann die Geschäfte eines solchen. Das ist Herr Meinders, geringer Herkunft, aber von großen Talenten für die Verwaltung. Er leitet die Dinge mit vieler Geschicklichkeit und erwirbt Einfluß bei seinem Herrn, ohne nach dem Scheine großen Ansehens zu streben. Doch wirft man ihm vor, daß er selbst auf die Leidenschaften des Kurfürsten eingeht, wenn sie demselben gefährlich sind, daß er sie pflegt, statt sie zu besänftigen, möge er nun darin sein Vergnügen oder seinen Vorteil finden“¹.

Eine jener starken Naturen, die sich und ihre Ansichten rücksichtslos durchsetzen, die eigentlich ein fortwährendes Spiel um alles wagen, war Meinders allerdings nicht. Gerade weil er den Schein, die Geschäfte eigenmächtig zu leiten, möglichst mied, gerade wegen dieser Selbstbescheidung war aber seinem Einfluß innerhalb der Verwaltung an der Seite Friedrich Wilhelms ein breiterer Raum gegönnt. Freilich scheint es, als ob er auch kleinere Mittel nicht verschmähte, auf Umwegen des Kurfürsten Meinung zu erfahren suchte und diese dann als die seinige vortrug. Doch von den Vorwürfen, die „man“ ihm sonst machte, daß er dem Temperament des Kurfürsten gegen seine bisherigen Verbündeten freie Bahn liefs, kann nach dem Gang der Dinge und den Lebenserfahrungen des Staatsmannes nicht viel bestehen bleiben. Nimmer wäre auch Meinders im stande gewesen, gegen die ursprünglichen Absichten seines Herrn und gegen die zwingende Macht der europäischen Lage nach dem Nymweger Frieden der auswärtigen Politik eine andere Richtung zu geben. Es fehlte in Deutschland unter den wenigen Männern, welche den wirklichen Sachverhalt der mit Frankreich alliierten brandenburgischen Politik ahnten, keineswegs an entschiedenen Abmahnern, und manches zweideutige Wort mußte Meinders, den man vielfach allein dafür verantwortlich machte, sich gefallen lassen. Es konnte auch nichts helfen, daß der große deutsche Patriot aus dem stillen Arolser Waldwinkel ihm unaufhörlich ins Gewissen redete². Die Freundschaft, die

¹ Raumer, Beiträge zur neueren Geschichte III 466.

² Waldeck à Meinders, Wurzbourg 30. sept. 1682: Vous, Monsieur, qui êtes à la tête des affaires, vous devez immortaliser votre renommé en rendant un service signalé à toute la patrie et surtout à

Waldeck mit dem brandenburgischen Hofe nun seit Jahren wieder verband, war kurz nach dem Laxenburger Bündnis in Gefahr zu zerfallen, und immer gereizter wurde der Ton der Korrespondenz zwischen Berlin und Arolsen, denn Waldeck, inzwischen zum Reichsfürsten erhoben, fuhr fort als getreuer Mitarbeiter Wilhelms von Oranien auf eine neue Koalition ~~mit~~ ^{gegen} Frankreich hinzuarbeiten, was in Berlin zur Zeit keinen Beifall finden konnte¹. Meinders konnte nur immer auf die Gefahren aufmerksam machen, die dem Reiche von den Türken drohten, und die Unmöglichkeit betonen, zugleich gegen diese und Frankreich zu kämpfen. Bisweilen hält er auch wohl ein entschuldigendes Gleichnis für angebracht: il faut souvent reculer pour mieux sauter et biaiser selon le vent, quand on ne l'a pas en poupe, qu'il vaut mieux de conserver le corps que de l'exposer à une perte et destruction entière pour la conservation d'une membre². Um so mehr muß in diesem Zusammenhange eine andere bisher unbekannt gebliebene Thatsache überraschen. Als im Jahre 1684 der bisherige Statthalter von Preussen, Herzog von Croy gestorben war, wußte Meinders es durchzusetzen, daß seinem früheren Herrn, der dort im Osten seine ersten kriegerischen Thaten im Dienste Brandenburgs glänzend vollbracht hatte, die Statthalterschaft angeboten wurde³. Er war bereit, die seinem Gesundheitszustand und seinem Lebensalter zusagende Stellung anzunehmen, wenn es ihm gestattet würde, gleichzeitig einige von ihm bisher bekleidete Ämter beizubehalten, und der Prinz von Oranien seine Genehmigung er-

S. A. E. et joindre vos conseils à ceux qui ne veuillent abandonner leur concitoyens, qui marchent dans la route du devoir (Arols. Arch.).

¹ Meinders à Waldeck, 27. nov. 1682: „Pour ce qui concerne l'alliance de Laxenbourg V. E. me permettra bien de luy advouer franchement que S. A. E. n'y trouvera jamais le moindre gout. Elle croit d'en avoir de si fortes raisons qu'on la jugeroit entierement depourveu de tout iugement, si Elle estoit capable de donner son approbation à un projet qui etablit les quartiers malgré Elle et son insceu dans ses provinces en faveur d'un Ellecteur (Saxe) qui depuis tant d'années y forme de si grandes pretensions, qui en est investy de l'Empereur et qui en porte, le tiltre et les armes. Tout ce qui l'a aucunement consolé c'est que cet Ellecteur mesme aussy bien que cet autre Prince (duc d'Hannover) qui est nommé au traitté, ont franchement advoué, que ce projet s'est fait à leur insceu, qu'ils n'y ont nulle part, et qu'ils n'y ont jamais songé, qu'ils ne songeront jamais aussy pour s'en prévaloir ou pour en tirer le moindre avantage. C'est de quoy un de ses premiers ministres m'a encore donné ces jours passez de fortes assurances, lors que nous nous abbouchâmes à Cotbus. Au reste l'assemblée de Francfurt estant rompue il faut voir si l'on sera plus heureux à trouver quelque accomodement à Ratisbone. Tout le monde croit et craint la guerre des Turcs assurée“ etc. etc.

² Meinders à Waldeck, Berlin 14. oct. 1682 (Arols. Arch.).

³ Ich teile den hierauf bezüglichen Briefwechsel aus dem Arolser Archiv in den Beilagen Nr. 16a bis e wortgetreu mit.

teilte. Am Widerspruch des nur ein großes Ziel im Auge habenden Prinzen zerschlug sich dann der Plan, und es vergingen Jahre, bis für jenen verantwortungsvollen Posten in der Ostmark in dem mit Land und Leuten weniger bekannten Grafen Schomberg ein Repräsentant gefunden wurde.

Im Innern, gegenüber einer verrosteten ständischen Verwaltungsmaschine, konnte Meinders mit den freiesten Geistern seiner Zeit nur durch eine unumschränkte monarchische Gewalt Wandel zu schaffen für möglich halten¹. Im vollen Umfange verstand er die Souveränität. Bei der Nachricht über die Verdrängung der Halbschwester Peters des Großen von der Mitregentschaft meinte er, man könne daraus abnehmen, daß ein Fürstentum keinen Teilhaber dulde². Nur als einen treuen Gehülfen seines Herrn betrachtet er sich auch selbst. Aber mit seiner erstaunlichen Vielseitigkeit in die verschiedensten Zweige der Staatsverwaltung eingreifend, und überall im einzelnen eine reformierende und bessernde Hand anlegend, entfaltete er eine nie geräuschvolle, rastlose Thätigkeit. Wie es unter solchen Umständen zu gehen pflegt, wuchs ein Staatsamt nach dem andern seinem Wirkungskreis zu. Neben seinem Decernat für Heeresverwaltungsangelegenheiten innerhalb des Geheimen Rats sehen wir ihn als Lehnssdirektor, als Direktor und später Präsident des ravenbergischen Appellationsgerichts zu Cöln a. Sp. thätig; mit Friedrich von Jena versuchte er die Kammerverwaltung zu ordnen, indem er speciell die Inspektion des preussischen und pommerschen Kammerwesens³, dann kurze Zeit hindurch die gesamte Kammerverwaltung⁴ übernahm. Nachdem man im Frieden von St. Germain Stettin hatte preisgeben müssen, war es natürlich, daß man darnach strebte, die kleinen hinterpommerischen Häfen nach Möglichkeit auszubauen. Namentlich Kolberg, Stolp und Rügenwalde faßte man ins Auge. Vor letzterem Orte hatte man mit großen Kosten einen kleinen Hafen herstellen lassen, der aber infolge mangelhafter Anlage und ungetreuer Verwaltung durch einen heftigen Novembersturm des Jahres 1688 wieder vollständig versandete. Meinders führte den Vorsitz in einer mehrjährigen Untersuchungskommission, zu der auch der Oberbaudirektor Nehring gehörte⁵. Die ganze Korruption der ständischen Stadtver-

¹ v. Treitschke, Samuel Pufendorf, in Preuss. Jahrb. XXXV 636.

² Meinders à Waldeck, nov. 1689: „Le changement arrivé en Moscovie nous fait voir que les thrones ne souffrent gueres de compagnions, quelque grands et spacieux soient les empires qui en dependent (Arols. Arch.).

³ Isaacsohn II 256.

⁴ Orlich I 437.

⁵ „Acta betr. den Rügenwalder Hafenbau“ im Archiv des Großen Generalstabes.

waltungen trat hierbei zu Tage. In Stolz hatte der verfallende Hafen Handel und Wandel zerstört, „anitzo ist auch die gute Stadt zum Theil durch die viele Advokaterey, welche andere nutzbare Bürger ausgebissen und schirst allein Advokaten, so wenig von der Ökonomie und anderer Administration verstehen, das Rathhaus bekleiden, von ihrem Wohlstande abgefallen“. Meinders' Wirksamkeit in der staatlichen Handelspolitik kann sonst in dem stolz patriotischen Mitgliede des Amsterdamer Magistrats Jacob Hop allerdings keinen anerkennenden Beurteiler finden¹. Die auch sonst recht harten Tadelsworte, die der seit 1687 in Berlin weilende Gesandte ihm zu teil werden läßt², finden ihre Erklärung zum Teil in gegenseitigen persönlichen Reibungen, die Meinders einmal sogar einen Verweis des Kurfürsten eintrugen.

Zu den alten Streitobjekten mit der niederländischen Republik waren seit kurzer Zeit noch neue durch die kühne, von jugendlich frischem Wagemut erfüllte Handels- und Kolonialpolitik Brandenburgs gekommen. Und so wunderbar verflochten sich oft die Dinge, politische Gegensätze und gemeinsame Interessen, daß derselbe Mann im Rate des Kurfürsten, welchen man vom Gesichtspunkte allgemein europäischer und deutschnationaler Politik nur mit bedingter Anerkennung betrachten kann, in Sachen der brandenburgischen Handelspolitik durch seine gegen Holland gerichteten Neigungen den allein richtigen Weg im Auge hatte. Unter den höheren kurfürstlichen Beamten, die sich aus eigenen Mitteln an den überseeischen Unternehmungen Brandenburgs beteiligten, steht Meinders immer als einer der ersten³. In die weitausblickenden, oft etwas willkürlichen und tumultuarischen Vorschläge Benjamin Raulés suchte er mit staatsmännischem Mafß Plan und Ordnung zu bringen, suchte er vor allem notwendige Rücksichten auf den noch immer nicht überreichen kurfürstlichen Kammerstaat geltend zu machen. So wollte er die Gründung einer ostindischen Compagnie einstweilen noch aussetzen, bis die afrikanische besser gesichert sei. Obgleich Meinders selbst gesteht, daß ihm für dergleichen handelspolitische Unternehmungen eine völlig zu reichende Kenntniss fehlt, sind doch gerade die Jahre seiner führenden Stellung die glücklichsten und unternehmungsfrohesten der jungen Kolonial- und Marinemacht. Gleich nach dem Frieden von St. Germain, als Brandenburg alle Ursache hatte, Holland selbst auf dem Festlande entgegenzutreten, be-

¹ Urk. u. Aktenst. III 800.

² Urk. u. Aktenst. III 792. 795. 797.

³ Schück, Brandenburg-Preussens Kolonialpolitik unter dem Großen Kurfürsten und seinen Nachfolgern. Leipzig 1889. Bd. 1 S. 161.

gann man in Berlin zum großen Verdrufs der Hochmögenden Raulé mehr freie Hand zu lassen. Mit der allmählichen Wiederannäherung an Holland, mit der veränderten Lage Europas vollends nach dem Zuge Oraniens nach England, mußten auch mit Notwendigkeit die kolonialen Aussichten Brandenburgs schwinden. Waren so die maritimen und handelspolitischen Pläne Hollands verfrüht, so war es doch natürlich, daß bei dem beginnenden Absterben Hollands außer England, das schließlich allein den Preis davontrug, auch andere rüstige Hände nach jener Erbschaft sich ausstreckten. Doch daß Meinders die Vorschläge Raulés unterstützte, durfte ihm der Holländer Hop nicht verzeihen. Dafür schenkte ihm aber der Kurfürst in diesen Jahren das unbedingteste Vertrauen und eine fast herzliche Zuneigung. Es ist zugleich bezeichnend für den hausväterisch milden Charakter der Verwaltung dieses Fürsten, der nur bei dem Äußersten in unerbittliche Strenge umschlagen konnte, wenn er z. B. seinen Gesandten in Paris ermahnt, nach geschlossenem Friedensvertrage nun die ihm aufgetragenen Einkäufe für die Kurfürstin nicht zu vergessen, oder wenn er dem monatelang von Hause Abwesenden schreiben läßt, daß er sich wohl denken könne, wie jener sich nach den Seinigen und nach seinem Hauswesen sehne¹.

Das Meinderssche Haus in der Königsstraße, das nach ihm kein geringerer als Johann Andreas von Kraut bewohnte, soll einen stattlichen, des neuen Edelmanns² würdigen Eindruck gemacht haben. Dazu kamen umfangreiche Gärten in der damaligen „Lindenstraße“ und der Stralauer Vorstadt, zum Teil Verleihungen des Kurfürsten. Durch Ankauf von vier Gütern, Heinersdorf, Behlendorf, Hackenow und Tasdorf, die er alle in einem noch vom dreißigjährigen Kriege herührenden halbwüsten Zustande gekauft und unter großem Aufwand von Mühe und Kosten wieder emporgebracht hatte³, wurde er allmählich auch einer der angesehensten Grundherren der Mark, und so kam es, daß der sparsame Wirt nicht nur seinem alten Gönner Waldeck, sondern auch seinem kurfürstlichen Herrn gelegentlich mit einigen tausend Reichthalern auszuhelfen vermochte. Wohl nicht nur aus Courtoisie maß er dem Grafen Waldeck, der seit dem Anfange der achtziger Jahre wieder mit dem Wiener Hofe die innigsten Beziehungen unterhielt, die des politischen Hintergrundes

¹ Kurfürst an Meinders 20. Okt. 1679 (Geh. Staats-Arch.).

² Meinders à Waldeck, 27. août 1682: Il faut aussy que je dise à V. E. avec le respect, que je lui dois, que S. Maj. Imp. m'a fait la grace de m' honorer d'une bulle de nobilitation. Je me flatte que c'est à la recommandation de V. E. au moins qu' Elle y ait en la plus de part (Arols. Arch.).

³ Aus dem im Geh. Staats-Arch. befindlichen Testament.

nicht entbehrten, den bedeutendsten Anteil an seiner im Jahre 1682 erfolgten Nobilitierung durch den Kaiser bei. Er konnte mit einer gewissen Befriedigung auf sein arbeitsreiches Leben zurückblicken, wenn er von seinem Hause aus dem ihm vom Kurfürsten verliehenen, umfangreichen und wohlgepflegten Garten an der rechten Seite der „Lindenstraße“ mit dem darin befindlichen Sommerhäuschen¹ zuschritt, ehrfurchtsvoll begrüßt von der Menge, die sich dort zur Zeit des Pfingstfestes oder bei anderen Gelegenheiten ihren Belustigungen hingab.

Ein Bild des noch im Vollbesitz seiner Kraft stehenden schönen Mannes hat sich erhalten². Aus dem von einer Allongeperücke umrahmten ausdrucks- und würdevollen Antlitz treten die großen, scharf und durchdringend blickenden Augen, über denen sich breit und hoch die völlig faltenlose Stirn wölbt, sichtbar hervor. Unter der mittelgroßen, edelgeformten Nase und dem neumodischen winzigen Bärtchen zieht sich die geschwungene, scharf und schmal gezeichnete Oberlippe hin, während die vollere, etwas vorstehende Unterlippe dem Munde einen leichten spöttischen Zug verleiht. Eine gewisse Fülle rundet das etwas spitze Kinn ab und giebt dem Antlitz im ganzen den Ausdruck eines heiteren, gelassenen Alters, das gemessener Lebensfreuden nicht entbehrt. Nur begannen dem rüstigen Fünfziger auf seinen häufigen diplomatischen Sendungen an deutsche und fremde Fürstenhöfe die dort zum Teil üblichen geselligen Anforderungen beschwerlich zu fallen, und der Dresdener Hof vor allem, der sich nur langsam, selbst was die Ordnung der Geschäfte betraf, zum Besseren wandte, erregt sein besonderes Mißfallen³. Seine Vaterstadt Bielefeld, in der er immer wieder gerne auf kurze Zeit weilte, bedachte er mit reichlichen Dotationen, und die ravensbergische Ritterschaft erwies ihm die Ehre ihn als Mitglied in ihre Korporation aufzunehmen.

Begegnet uns Meinders' Hand bei allen wichtigen Staatsverträgen Brandenburgs in dem halben Decenium nach dem Frieden von St. Germain, so mußte mit der Aufhebung des Edikts von Nantes, wo der Kurstaat, sich seines protestantischen Charakters bewußt, auch seine auswärtigen Beziehungen wieder in andere Bahnen zog, auch Meinders' Einfluß not-

¹ Küster I 198.

² Im Kupferstichkabinett des Königl. Museums zu Berlin. S. auch Theatr. Europ. Bd. 11.

³ Meinders à Waldeck 15. Febr. 1682: J'en suis revenu à moitié malade à cause de exces que j'ay esté obligé d'y faire. La debauche y regne et continue toujours comme cy devant, mais on met d'ailleurs autre ordre aux affaires publiques et l'on a changé quantité de choses dans le gouvernement. On n'y voit plus de Heyduckes, Suisses, Croates etc. Toute la bande des musiciens et chatrez n'y paroist plus. (Arols. Arch.)

wendigerweise zurücktreten. Gleichzeitig erhoben sich von einer ihm feindlich gesinnten Hofpartei die alten Verdächtigungen mit erneuter Heftigkeit und suchten seine ganze politische Haltung lediglich von persönlichen Vorteilen ausgehend hinzustellen. Da es Sitte war, daß die Verträge abschließenden Gesandten von der fremden Macht nach Erledigung der Sache beschenkt wurden, hatte auch Meinders mehrmals solche Auszeichnungen erhalten: als er „die so beschwerliche Friedensnegotiation in St. Germain gehabt“, wobei er „doch zwei Reisen nach Frankreich thun müssen und zwei Tractate unterschrieben“, eine Summe von 3000 Thlrn., und bei den mit Rebenac in Berlin in den folgenden Jahren abgeschlossenen vier bis fünf Verträgen ähnliche Summen. Wie die dazu verordneten anderen brandenburgischen Kommissare Friedrich von Jena und Paul von Fuchs von Frankreich, so hatte auch Rebenac von brandenburgischer Seite solche Erkenntlichkeiten erhalten. Der Kurfürst wußte auch darum und soll, wie Meinders erzählt, es sogar „ungnädig empfunden haben, daß Herr von Jena seel. das letzte Mal wegen Annehmung solchen Gratials Difficultat und Façon gemacht“ habe. Es konnte sich auch nur darum handeln, inwieweit Staatsrücksichten hinter solche immerhin nicht ganz unwirksame Privatinteressen gesetzt worden waren, und das konnte Meinders seinem Fürsten gegenüber glaubwürdig zurückweisen. Trotzdem hatte Meinders noch zu wiederholten Malen über „das Anbringen und Lästern“ bittere Klage zu führen, und der Weise unter dem Kurhute ließ dann wohl vernehmen: „er solle sich daran nicht kehren, es ginge nicht anders in der Welt, sonderlich bei Hofe“; doch flocht er auch zuweilen warnend die Erinnerung ein: „man hüte sich nur vor der That, der Lügen wird schon Rat“.

Es war Meinders nicht zweifelhaft, wohin nach Erlaß des Potsdamer Edikts die Dinge eilten. Daß man den unterdrückten Reformierten in Frankreich einen Zufluchtsort gewähren mußte, war auch ihm, dem von Hause aus Lutherischen selbstverständlich. Gern war er, als er zum erstenmal am Hofe Ludwig XIV weilte, aus dem Getriebe diplomatischer Geschäftigkeit hinaus nach Charenton, einer der letzten Burgen des französischen Calvinismus, geeilt, um einen berühmten Kanzelredner zu hören, und einer Tochter des furchtlosen Schriftstellers Moulins hatte er mit seinem Begleiter Pöllnitz in Sedan einen auszeichnenden Besuch gemacht¹. Ein Bruch mit Frankreich war jetzt unvermeidlich. „Man verliere an des Königs (von Frankreich) Freundschaft und Allianz, wie auch etwas an Gelde oder Subsidien, vermehre aber die Reputation, besonders bei allen evangelischen Mächten.“ Nur

¹ Reisediarium von 1667/68 (Geh. Staats-Archiv).

dürfe man nicht voreilig Frankreich zurückstoßen, riet er klug, bevor man sich nicht bei der nun hoffentlich gefügiger gewordenen Gegenpartei eine gebührende Stellung gesichert habe. Nach den mit Fridag begonnenen Verhandlungen, die wieder ein besseres Verhältnis mit der Hofburg anbahnten, geschah es aber von selbst, daß Meinders allmählich durch den gewandten, oft allzubiessamen Paul von Fuchs ersetzt wurde. Für die Beziehungen mit Österreich hielt man Meinders nicht für einen geeigneten Mann, und man entzog ihm hier selbst die Kenntnis wichtiger Vertragsaktionen¹.

Sonst aber wußte Meinders das Vertrauen seines großen Fürsten zu erhalten und zu rechtfertigen; sein Einfluß auf die Staatsverwaltung blieb bis zu dessen Tode der bedeutendste. Dann allerdings begannen die leichten Wolken, die bisher nur vorübergehend an seinem Lebenshorizont erschienen waren, sich erheblich zu verfinstern.

¹ Pribram, Österreich und Brandenburg von 1688—1700 S. 11 Anm. 3.

IX.

Spätere Stellung im Hof- und Staatsleben, Familie und Nachkommen.

Verständnisvolle Beobachter am Hofe Friedrich Wilhelms des Großen hatten es vorausgesehen, daß, sobald diese beiden Augen sich geschlossen, Hof und Staat ein anderes Bild zeigen würden¹. Nicht mehr ruhig gebietend über den Parteien und Faktionen stand Kurfürst Friedrich, sondern sich bald der einen bald der anderen Seite zuneigend, gab er auch der Politik eine haltlose, schwankende Richtung. Nur mit Mühe erhielten sich gegen die entfesselten Hofkabalen die alten bewährten Leiter der Politik Friedrich Wilhelms im Amt und bewahrten dem jungen Staatswesen auf einige Jahre noch das frühere Ansehen. Für die vertrautesten Räte Friedrich Wilhelms forderte schon der Zwist zwischen Vater und Sohn eine harte Probe ihrer Geschicklichkeit heraus. Meinders, dessen Vermittlung der Kurprinz mehrfach in Anspruch genommen hatte, wußte sie zu bestehen. Friedrich konnte ihm das Zeugnis nicht versagen, daß er bei ihm jederzeit die besten Intensionen für ihn wahrgenommen habe, „die auch der Hofrat Danckelmann in specie gerühmt“². Eine größere Schwierigkeit für Meinders bot schon die Frage des Testaments. Gerade er, als der Leiter der jüngsten Politik des Verstorbenen, mußte auf den ersten Blick als verantwortlich erscheinen für den lediglich von väterlicher Liebe diktierten letzten Willen des größten brandenburgischen Kurfürsten. Und doch war sein Einfluß hier nicht von großer Bedeutung gewesen. Er konnte auf seinen Diensteid versichern, daß er nichts wisse von einem Testament, zu dessen Ausführung Frankreich bestimmt worden sei, daß er „niemals ein Kon-

¹ Robert Southwell bei Raumer S. 454.

² Kurprinz Friedrich an Meinders, 13. Sept. 1687 (Geh. St.-Arch.).

cept, Original geschrieben, gesehen oder gelesen habe, darin dergleichen enthalten“¹. Fände sich aber wirklich eine solche Disposition, so sei sie nicht allein sehr gefährlich, sondern sogar den Reichsgesetzen zuwider und deshalb null und nichtig. Da Meinders' Name unter anderen auf dem Rücken des Aktenstückes stand, konnte angesichts einer solchen Versicherung diese Thatsache schon damals nur als eine allgemeine Beglaubigung für das Vorliegen eines Testaments überhaupt, nicht aber als eine zustimmende Äußerung über den Inhalt desselben betrachtet werden². Alle Schlüsse über eine ihr früheres Verhalten desavouierende Stellungnahme der den Großen Kurfürsten überlebenden Minister gegenüber dem Nachfolger fallen also damit in sich zusammen³. Unter den Angriffen, die gleich nach dem Regierungsantritt Friedrichs gegen Meinders gerichtet wurden, und die auch wirklich zu einer kurzen Suspension seiner Thätigkeit geführt zu haben scheinen⁴, mußten diejenigen in den Augen des Fürsten am schwersten wiegen, die mit der von Meinders gebilligten Richtung der auswärtigen Politik in Zusammenhang standen. Von welcher Stelle jene Anfeindungen herrühren mochten, zeigt zunächst ein Gegenstand derselben selbst an. Meinders wurde es Schuld gegeben, den Kurfürsten zu dem Vertrag gegen das Haus Braunschweig bewogen zu haben⁵, der doch im Grunde nur verhindern sollte, daß das Welfenhaus eigenwillig die allseits gewünschte Ruhe im Reich störe; für den Fall, daß dieses nicht gelänge, war allerdings ein Einrücken der Truppen von Dänemark, Kurköln und Brandenburg vorgesehen. Der Vertrag lag ganz in der Richtung der brandenburgischen Politik jener Jahre, und eine besondere Animosität der brandenburgischen Unterhändler gegen das Haus Braunschweig vermochte wohl nur die Kurfürstin Sophie Charlotte daraus zu folgern, die es später auch Danckelmann nicht verzeihen konnte, daß er nicht immer die Wege welfischer Familienpolitik gewandelt war.

Schwerer als solche Angriffe, die Meinders allein durch den Hinweis auf seine Vermittlung der hannöverschen Heirat

¹ Verantwortungsschrift Meinders' von 1688 (Geh. St.-Arch.).

² Die berühmte, gegen Österreich gerichtete Denkschrift von 1741 führt deshalb unbedingt richtig aus, daß auch eine Zeichnung des Kurprinzen in dorso nicht im entferntesten eine Approbation des verschlossenen Inhalts sei. — Droysen IV 149. Das Testament stammt aus Fr. v. Jenas Feder.

³ Anders noch Stölzel I 397.

⁴ Meinders dankt dem Kurfürsten, daß er ihn wiederum unter die Zahl der Wirklich Geheimen Räte angenommen, 28. Okt. 1688 (Geh. St. Arch.). Und doch war das Dienstverhältnis der Beamten um diese Zeit schon mehr ein staatliches als ein für den jeweiligen Souverän persönliches.

⁵ 20./30. Mai 1684. Vgl. Moerner S. 459.

des früheren Kurprinzen widerlegen konnte, mußten diejenigen ins Gewicht fallen, die das erwachende Nationalgefühl gegen den Träger einer Frankreich nicht immer abgeneigten Politik erhob. Dieses erst verschaffte den kleinlichen Umtrieben einen festeren Boden, und die Angelegenheit gewinnt dadurch eine allgemeinere Bedeutung. Der in der Zeit der wiederholten Kämpfe gegen Frankreich aufgewachsene Friedrich mußte es besonders belastend für den Staatsmann finden, wenn man ihm laut vorwarf, „er wäre gut französisch und von Frankreich corrumpt, ja gar ein Pensionarius von Frankreich“. Wir kennen die Absichten Meinders' einigermaßen, um zu beurteilen, wie weit dieser Vorwurf Wahres und Falsches durcheinander wirft. Gerade der Umstand, daß am Hofe Friedrich Wilhelms, von ihm fortwährend gezügelt, unausgesetzt zwei Parteien, die allgemeinen europäischen Angelegenheiten aus verschiedenen Gesichtspunkten betrachtend, sich gegenüberstanden, verhinderte, daß man sich blindlings einer Richtung in die Arme warf. Es war das nur das Widerspiel der im innersten Wesen gegensätzlichen Dinge überhaupt, durch die Friedrich Wilhelm sich hindurchzuwinden hatte. Jene Parteiungen aber bewirkten soviel, daß man für opferwillige Anstrengungen in Dingen, die den brandenburgischen Staat nicht in erster Reihe angingen, auch des verdienten Lohnes nach Möglichkeit teilhaftig wurde. Die immer wiederkehrenden Anzweiflungen der Redlichkeit einiger kurfürstlichen Minister seitens der fremden Gesandten entstammen meistens ihrem Gefühl, sich und ihre eigenen Machinationen scharfen Blickes von einer Gegenpartei am Hofe beobachtet zu wissen. Das war nun anders geworden, seitdem der Genius fehlte, der immer aus dem Streit der Meinungen das Richtige zu finden wußte. Man suchte nach außerpolitischen Beweggründen derjenigen, die der allgemeinen Grundrichtung der Politik Friedrich Wilhelms nur ungern gefolgt waren und sie in den letzten Jahren zum Stillstand gebracht hatten. Bei Waldeck suchte Meinders sich denn auch wohl mit der Selbstherrlichkeit seines verstorbenen großen Fürsten zu entschuldigen¹ und seine Verantwortlichkeit gänzlich abzuleugnen. Daß aber ein zeitweises selbstbewußtes Anhalten auf der Bahn, ein Sammeln der Kräfte im Interesse Brandenburgs lag, hätte die brandenburgische Politik auch für die Zeit des spanischen Erbfolgekrieges sehr gut aus den letzten Jahren Friedrich Wilhelms lernen können. Eine Politik des

¹ „Si mes petits avis ou sentiments ont été quelquefois différents de ceux de V. Alt., Elle est trop genereux pour m'en imputer quelque crime, sachante que j' etais devoué à un Prince qui ne se laissait pas mener par des sentiments d'autroy et qui prétendait que ses serviteurs et ministres n'en devoient avoir ni executer que ceux qu'il approuvait“. (Arols. Arch.)

Augenblicks und der Verbitterung war das nicht gewesen, so wenig als ihr hervorragendster Vertreter französisch gesinnt war. „Ich bin von Herzens Grund, was ich sein soll und muß, nämlich gut Brandenburgisch und sonst nichts“, beteuerte Meinders glaubwürdig. Dafs er damit auch zugleich gut deutsch war, wissen wir heute.

Nur habsburgisch war er nie gewesen. Zur Zeit wufste er auch nichts von dem Revershandel in der Sache des Schwiebuser Kreises, bei der uns seine Hand zum letzten Male begegnet, aber er hatte unter dessen Folgen zu leiden. Noch einmal, Ende 1692, trat eine welthistorische Frage an ihn heran mit Perspektiven auf eine grofse Zukunft des Staatswesens, dem er so lange gedient. Friedrich befragte ihn neben Danckelmann und Fuchs über die Möglichkeit, die Königskrone zu erwerben. Auch Meinders' Antwort fiel verneinend aus, weil Österreichs Gegenforderungen nicht gerade bescheiden waren. Dem langjährigen Leiter der Heeresverwaltung wird nur eine durch die Gewalt der Waffen eigenmächtig errungene Königskrone erstrebenswert geschienen haben. Doch hinter Danckelmanns Einfluß überdies trat der seinige fortan weit zurück. Da auch Oraniens Mißtrauen gegen den weltgewandten Staatsmann sich nicht leicht überwinden liefs, trotzdem dieser die Wendung der Dinge nach dem Zuge Oraniens nach England sehr wohl zu erkennen vermochte¹, folgte er dem erneuten Kriegszuge gegen Frankreich nicht, sondern blieb als einer der ältesten und mit der allgemeinen Landesverwaltung vertrautesten Geheimen Räte in Berlin. Sein Gesundheitszustand war überdies nicht mehr der beste. Er alterte früh, und die Arbeitslast, die in diesem straffen Staatswesen auf ihm lag, drückte ihn darnieder. Nur an den Erscheinungen der Litteratur nahm der geistvolle Mann nach wie vor den regsten Anteil. Den Wissenschaften und Künsten suchte er, soweit seine eigenen und die Mittel des Staates es erlaubten, in dem märkischen Sande eine Stätte zu bereiten. Seine reiche Bücherei vermehrte er durch Ankäufe daheim und auf dem Leydener und Londoner Büchermarkte, wo der Gesandte Schmettau von ihm oft mit Aufträgen bis zum Werte von mehreren hundert Thalern bedacht wurde. Unterweilen zog er sich wohl mit seiner Familie auch in das wohnlich eingerichtete Herrenhaus am See auf seinem Landgute Heyners-

¹ Meinders an Waldeck, Berlin 13. Febr. 1689: Selon ma simplicité le temps est venu presentement, qu'il faut et qu'on peut donner un visage tout à fait differant aux affaires du monde. Les moments en paroissent fort precieux. Aut nunc aut nunquam. Toutes les trois religions même semblent concourir par la conformité des interests communs pour obtenir un but si salulaire. Le Pape conspire pour cet effet avec Luther et Calvin si non par des traittes formels au moins ipso facto et par une convention tacite. (Arols. Arch.)

dorf zurück; manchen vertrauten Kollegen, wie den galanten Paul von Fuchs, empfing er hier auf einige Tage, und die beiden tauschten dann manches kräftige Wort über die Hofkabaln, denen sie in der Residenz ausgesetzt waren. Sehr bald empfand Meinders auch den Schmerz, seine treue Lebensgefährtin zu verlieren. Als ein Sohn seiner Zeit zeigte er sich, wenn er dann am Spätabend seines Lebens sich noch zweimal vermählte, im 63. Lebensjahr, kaum drei Monate nach dem Tode seiner ersten Gemahlin, mit der Witwe seines verstorbenen Freundes Joachim Ernst von Grumbkow, und noch im 64. Jahre mit der Witwe des Obersten von Pöllnitz geb. Eulenburg¹. In seiner Kinderstube war es damit wieder lebendig geworden, denn Grumbkow hatte mehrere unerwachsene Söhne hinterlassen, denen er dann ein väterlich besorgter Erzieher wurde. Es war ihm wie so vielen hervorragenden Männern immer eine Freude, einer heranwachsenden Jugend ein williger Berater zu sein, und namentlich um Friedrich Wilhelm von Grumbkow hat sich sein pädagogisches Talent Verdienste erworben², er, der den Wert der Erziehung weniger in einer Anhäufung von Kenntnissen als in der Selbständigmachung des Charakters erblickte. Man merkt in der für Friedrich Wilhelm von Grumbkow von Meinders entworfenen Studieninstruktion, die auch Gewandtheit in religiösen „Polemicis“ von dem Zögling fordert, daß ihr Verfasser etwas von dem kampfesfrohen Geist des Calvinismus eingeatmet hatte. Auf den bei Meinders' dritter Verheirathung nur wenige Jahre zählenden Sohn des Obersten von Pöllnitz, den später von Friedrich dem Großen so oft bitter verspotteten Abenteurer³, konnte der Einfluß unseres Staatsmannes kein bedeutender mehr werden. Im Grumbkowschen Hause am Molkenmarkt, wohin Meinders nach seiner zweiten Ver-

¹ Nach Königs collectio geneal. s. v. Meinders, dem Kirchenbuch der Berliner Domgemeinde und dem im Staats-Archiv befindlichen Testament.

² S. Arch. Beilage Nr. 17. Joachim Ernst von Grumbkow hatte aus einer ersten Ehe einen Sohn Otto Christian; aus einer zweiten mit Gertrud Sophie v. Grote, der Tochter des Otto v. Grote, Dompropsten zu Havelberg, Erbherrn auf Neuhoß und Carpsow, Brandenburgischen Geheimen- und Amtrats, vier Söhne: Friedrich Wilhelm, Karl Ernst, Friedrich Ludwig und Philipp Otto. Unter den Tutoren befindet sich ein Johann Dietrich v. Grote, der „stets in Feindschaft mit seiner liebseeligen Schwester gelebt, auch dieselbe, ohne daß er sich mit ihr versöhnen wollen, dahin sterben lassen“ (Arch. des Kriegs-Minist.). Daß also die Mutter Friedrich Wilhelms von Grumbkow Französin war, wie man es nach einem Bericht Fridags bei Pribram, Österreich und Brandenburg 1688—1701 S. 11 vermuten könnte, wird auch widerlegt durch Leti, Abrégé de l'histoire de la maison de Brandebourg S. 137 und ferner durch die in einem Kirchenbuch der Domgemeinde entnommenen Notizen in Königs collectio geneal. s. v. Meinders. (Manuscr. boruss. der Berl. Königl. Bibliothek.)

³ Allg. Deutsche Biographie s. v. Pöllnitz.

mählung übergesiedelt war, ist er am 22. April 1695 gestorben. Sein Ansehen und sein Reichtum hatte es ermöglicht, daß sich seine eigenen drei Töchter mit Mitgliedern der ersten Familien des Landes verbanden¹. Träger seines Namens, zum Teil später auch geadelt, nähere und entferntere Verwandte begegnen uns noch in der Zeit Friedrichs des Großen in angesehenen diplomatischen und militärischen Stellungen und auch noch viel später. Seine direkten männlichen Nachkommen erlöschen jedoch schon mit seinen beiden Söhnen, Christian Albert und Franz Ludwig, von denen der erste als Kammergerichts-, der andere als Legationsrat starb.

Eine reiche Zeit hatte er an sich vorüberziehen lassen und unverhältnismäßig rasch war er zu einem der ersten Männer Brandenburgs geworden, dem jene Dasein, Stellung und Ansehen verdankten. Aus mittelmäßigen Verhältnissen hatte sich der Bielefelder Receptorssohn in kurzer Zeit zum intimsten Vertrauten und einflußreichsten Ratgeber des größten Fürsten seiner Zeit aufgeschwungen, gestützt auf das Vertrauen seines Souveräns, seine hervorragende Begabung und seinen Fleiß, doch auch nicht ganz ohne die Mittel, die menschliches Streben verbunden mit menschlicher Schwäche zu Hülfe ruft. Seinem Adelswappen war keine Dauer beschieden. Das Bleibende seiner Lebensarbeit liegt aber, ebenso wie in seiner diplomatischen Thätigkeit, auf dem anderen Hauptgebiete seiner staatsmännischen Wirksamkeit, das ihn in seiner für das Wesen des preussischen Staats charakteristischen Laufbahn, die er als Kriegssekretär begonnen, allmählich an die Spitze der Geschäfte geführt hatte, seiner jahrzehntelangen erfolgreichen Mitarbeit an der glänzendsten Schöpfung des Großen Kurfürsten, der brandenburgisch-preussischen Armee, an dem Teil der Staatsverwaltung, der als der modernste und fortgeschrittenste für alle späteren monarchischen Reformen Preussens vorbildlich und entscheidend werden sollte.

¹ 1684 vermählte sich Kuno Hartwich von Quitzow mit Meinders' Tochter Luise Elisabeth, 1693 Oberst von Rosey mit Dorothea Charlotte und später noch Georg Heinrich von Borck mit Wilhelmine Marie von Meinders.

Archivalische Beilagen.

1¹.

Franz Meinders an Graf Georg Friedrich von Waldeck.

Potsdam 7./17. Aug. 1667.

(Aut.)

Hochwürdiger, Hochgeborner Graf,
Gnädiger Herr,

Ich hab nicht unterlassen wollen Ew. Hochgräfl. Ex. nebst unterthänig. Versicherung meiner beständigen trewgehorsamsten devotion hirmit zu hinterbringen, was gestalt Seine Churf. Dchl. mir gestern nach Ew. Hochgräfl. Ex. Zustand und welchenends dieselben sich anitzo aufhielten gnädigst fragten. Ich antwortete, daß Ew. Hochgrfl. Ex. iüngste Schreiben, so ich von deroselben empfangen, zu Ahrholtzen datiret gewesen, worauf Sie mir ferner sagten, daß Sie woll Verlangen trügen, über die gegenwertigen, nicht weniger verworrenen als hochgefährlichen Coniuncturen Ew. Hochgrfl. Ex. vernünftige sentimenten und iudicium zu vernehmen. Ich replicirte unterth., daß ich fest von 2 Dingen dessen versichert wäre, als (1) daß Ew. Hochgrfl. Ex. nichts rathen, noch befördern würden, so wieder Sr. K. D. und Dero stats interesse liefe, (2) daß Sie Ihre consilia und conduite iedesmahl zu conservation der teutschen Freiheit und des Vaterlandes Sicherheit richten würden. Sr. K. D. konte solches nicht anders als wollgefallen und sagten, daß Sie verhoften, es würde ein guter Teutscher keine andern sentimenten haben. Zwar hätten Sie iedesmahl auf auswärtige Chronen gebührende reflexion Ihres stats halber nehmen müssen, wie annoch. Solches geschehe aber mit der moderation, daß man sich nicht gar denselben in die arme geworfen, sondern alles mit solcher circumspection gethan, daß man dabey freye Hände gehalten und die gemeine sicherheit in so weit dadurch beobachtet, daß wenn das Haus Oesterreich zu weit gehen wollen, es durch dergleichen absehen und nachdenken davon wäre abgehalten worden. Man

¹ Die folgenden Schriftstücke entstammen dem Arolser Archiv, nur Nr. 7 und Nr. 17 dem Geh. Archiv des Kriegsministeriums zu Berlin.

hatte eine zeithero dieses Haus in Verdacht gehabt, daß es niemand neben sich leiden konte und nach einer universal-monarchie trachtete. Anitzo aber wendet sich das blat umb, und were desfalls woll wenig zu fürchten. Hingegen aber würde Frankreich übermefsig groß und arrogirte sich gleichsamb das arbitrium in allen Dingen. Sollte nun dessen Macht durch eine so notable accession als die hispanischen Niederlande sein, vergrößert und vermehret werden, so könnte man sich leichtlich die Rechnung machen, was darauf erfolgen und wessen man in Teutschland sich endlich zu versehen haben würde. Zwar were es das hegste interesse, sowoll vor Engelland als Holland, daß dieses dessein in Zeiten gebrochen und die so nötige balance zwischen denen beiden Königen Hispanien und Frankreich erhalten werden könnte. Es stünde aber dahin, was Engelland, welches durch den letzten Krieg sehr abgemattet und die Herrstaten (unter welchen viele mit der frantzösischen Partey sehr engagyret) bei der Sache thun würden. So möchte auch die von einigen Chur- und Fürsten unternommene mediation keinen sonderbahren nachtruck haben. Gleichwoll were das gemeine interesse des Reichs klar, und die gefahr für augen. Worüber denn S. C. D. nicht allein Ew. Hochgrfl. Ex. gedanken zu vernehmen, sondern auch, wenn es sich also schicken und es Dero geschefte leiden wolten, sich mit Deroselben persönlich zu besprechen verlangeten. Ich hab meiner schuldigkeit gemäß erachtet, dieses alles Ew. Hochgrfl. Ex. gehorsamst zu referiren, Deroselben dabey anheimstellend, ob Sie mit wenigem Sr. C. D. oder Dero Diener Ihre sentimenten zu schreiben, auch daneben die mühe nehmen wollen, eine tour dieser orten zu thun, welche Deroselben auch anderer respecten unb considerationen halber nicht zu wiederrathen sein mögte. Ich erwarte hierauf Ew. Hochgrfl. Ex. gnädige resolution und Antwortt, allezeit bestendig verbleibend

Potstam, den 7./17. Aug. 1667.

Ew. Hochgrfl. Ex.

Unterthänig gehorsambster Diener
Fr. Meinders.

P. S. Se. K. D. vermeinen, wenn Ew. Hochgrfl. Ex. in dieser Sache, wie Sie nicht zweifeln, Ihrem bekannten eifer nach arbeiten würden, solches gewißlich zu Ew. Hochgrfl. Ex. unsterblichen Ruhm und Dero Hauses hegstem aufnehmen unfehlbar gereichen würde, und wollten Sie dazu trewlich und fleißig, auch vielleicht nicht ohne guten succes arbeiten.

2.

Memorial Waldecks.

(1. Dez. 1667.)

(Aut.)

Das dessein in Holland ist, Frankreich zu hindern in seinem Vorhaben, aus Ursachen, weil selbiger König sich in seiner bisherigen conduite suspect gemachet und seine praetensiones eine grofse und gefährliche consequentz nach sich ziehen, auch der Münsterische Friede durch den einfall in den Burgundischen Kreis verletzt wird.

Das Werk hat aber der Staat also führen wollen, damit Spanien ihn nicht anführen und stecken lassen könne, und deswegen die bekannten festen Plätze begehret und das Geld, so Holland darauf schiefsen sollen, zu Bezahlung der subsidien an Schweden, Brandenburg und Braunschweig behalten wollen.

Castel Rodrigo weigert die Versetzung, vorwendend, dafs die Ursach so ihn dazu bewogen fast vorbei und dafs Engelland jalousie davon empfinden werde, bietet noch an das Land von Waas neben etlichen forten vor einen Vorschufs von Geld, vermeint auch ohne das Geld zu den subsidien zu finden vor Schweden, Brandenburg und Braunschweig.

Ob der Raths-Pensionarius dem spanischen Botschafter schon gesaget, dafs der Staat nicht weiteres tractiren wolle, so continuiren die Conferentien doch, und werden expedientien gesucht, damit auf spanische Kosten der Staat die Subsidien finden möge. Zu Entstehung dessen, wird der Staat zum Frieden, wie es auch falle, arbeiten, sonst aber alles so viel möglich zu Nutz Spaniens treiben.

Und ob schon einige in dem Staat vermeinen, es sei besser, dafs man das holländische Geld zu Vergrößerung des Staats milice verwende, als solches frembden zu geben, deren sentimenten verändern können, so befinde doch des Raths-Pensionarius Meinung geneigt zu Beibehaltung und Vermehrung der Freunde, so in Waffen stolzer, und ist apparence zu continuation der Subsidien.

Der englische Hof ist französisch, das Parlament aber spanisch gesinnt und dieses geneigt mit Holland und Spanien sich zu verbinden.

Der Pensionarius de Witt vermeint durch den Bischof von Strafsburg sich Chur-Köln also zu versichern, dafs selbiger wenn Frankreich bei den tractaten echappiren wollte, mit bei den Staat treten sollte.

Strafsburg begehrt die Neutralität, wenn es zur ruptur kommen sollte, versichert, dafs Chur-Köln die Partei von Frank-

reich keineswegs nehmen werde, will Holland gern mit in die Braunschweigische alliance haben, und will Münster zu Leibe.

Schweden will den Münsterischen Frieden zum fundament seines Thuns setzen, sehr gern eine coniunction der Schwedischen, Brandenburgischen und Braunschweigischen Armee, im Fall es zum Kriege kommen sollte.

Ohne Subsidien aber will Schweden nichts thun, es gilt selber Krone aber gleich, ob sie von Spanien oder Holland herkommen.

H. Blaspeil vermeint, Castel Rodrigo habe zulängliche Vorschläge an Chur-Brandenburg wegen der Subsidien gethan, welche nach Celle würden communiciret werden.

Aus diesem allen erscheint, daß die intensiones conform, wo die Geldmittel aber herkommen sollen, dubios, und ist meine unvorgreifliche Meinung,

1) bei Holland die continuation der Subsidien bis zum Ausgang des Stillstandes, so man projektiret, fest zu stellen

2) Im Haag neben Chur-Brandenburg und Schweden mit den Spaniern wegen des quanti der Subsidien vom Anfang des Abbruchs der Friedestractaten ein Projekt eines Traktats zu machen, welcher auf den zu Wien angefangenen Traktat sich gründe.

3) Zu Wien einen Traktat eventualiter zu entwerfen H. Hammerstein zu befehlen, welcher auch auf den Fall der Abbrechung der Friedenshandlung gerichtet sein; bei beiden obigen Traktaten wird zu observiren sein, daß, wenn Holland keine Subsidien giebt, Spanien dieselben so hoch gebe, als sie Holland gegeben.

4) daß man den Traktat mit Holland dahin einrichte, daß bei der ruptur sie die Subsidien schaffen, es sei auf ihre oder spanische Kosten, und daß bei der ruptur bis zu Ende des Krieges man bei einander fest halte, und beim Frieden einer des anderen Interesse salvire.

5) Chur-Brandenburg zu festhaltung bei der gewonnenen abrede zu animiren, und daß Er die zu dieser Zeit so schädliche Rheinische alliance nicht erneuere.

6) Herrn Hammerstein von Wien nicht abzufordern, bis man siehet, wie das Werk im Haage laufet, damit die Widrigen keinen Muth aus solchem Abbruch der Traktate schöpfen und andere irre gemacht werden, sonderlich weil Holland und Schweden sehr darauf reflectiren.

7) Durch Herrn Müller mit Schweden wieder in eine vertrauliche Correspondenz zu treten

8) Bei Chur-Köln Jemand zu haben, so das dessein gegen Münster mit adresse dirigire.

9) Und obschon weder möglich noch nötig, darin secretesse zu haben, daß man bei Entstehung des Friedens bei den Alliirten halten wolle, so wird doch nötig sein, wie die conduite von Zeit

zu Zeit dabei gehalten wird, so viel möglich bedeckt zu halten.

Wildungen, den 1. Xbris 1667.

Georg Fritz
Graf von Waldeck.

3.

Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg
an

Graf Georg Friedrich von Waldeck.

Cöln (a. d. Spree) 12./22. Nov. 1667.

(Orig.)

Von Gottes Gnaden Friedrich Wilhelm etc.

Unsern gnädigen Gruß in wohlgeneigtem Willen zuvor,
Hochwohlgeborner, besonders Lieber und Getreuer

Uns ist euer Schreiben von dato Amsterdam den 10 huj. wohl eingeliefert und haben wir daraus mit Verwunderung ersehen, daß man an hispanischer Seite dem Staate so schlechte Satisfaktion giebet und dannenhero so wenig apparence vorhanden, daß derselbe sich des burgundischen Wesens mit Nachdruck annehmen werde. Wir hatten vermuthet, es werde Hispanien in der jetzigen hohen Noth sich viel härter angegriffen und zu Rettung der Niederlande größeren Eifer erwiesen haben. Denn obzwar nicht ohne, daß auch ihren Nachbarn und in specie dem heiligen Römischen Reich an ihrer Conservation zum höchsten gelegen, so wird sich doch niemand so leicht in das Werk mischen und sich und seinen Staat in hazard stellen wollen, wenn diejenigen, welche in der Noth bereits stecken und um deren Wohlfahrt es zu thun ist, die Hände sinken lassen oder doch keinen Eifer und Nachdruck bei der Sache spüren lassen. Wir halten solchem nach das Beste und Fürträglichste zu sein, den Frieden quovis modo auf billigmäßige conditiones bei dieser Winterszeit zu befördern, denn sollte solches fehlschlagen, so hätte man sich leichtlich die Rechnung zu machen, wie es gegen künftigen Sommer gehen, und was man alsdann zu gewarten haben würde.

Weil wir nun befahren, daß es mit der zu Köln beliebten Mediation etwas langsam daher gehen möchte, als haben wir zu desto besserer Beförderung eines so heilsamen Werkes gut gefunden, eine expresse Schickung sowohl nach Frankreich als nach Brüssel zu thun und vermittels derselben alle mögliche Officia anwenden zu lassen, ob durch des Allerhöchsten Gnade die entstandenen Kriegstrouben beigelegt und alles wiederumb in

vorigen Ruhestand gesetzt werden könne. Nach Frankreich senden wir Unseren General-Major Freihern von Pöllnitz und Unseren Hof- und Kriegs Rath Franz Meinders, nach Brüssel aber Unseren Geheimen Cleve- und Märkischen Regierungs- und Ambtskammerrath Werner Wilhelm Blaspeil.

Was nun dieser Unserer Abgeordneten Verrichtung sein wird, davon werden wir nicht unterlassen, euch Nachricht zu geben. Im Übrigen lassen wir euch wissen, daß wir wegen sicherer Proposition, so Uns vom französischen Abgesandten allhier Milet geschehen, Unseren Geheimen Rath den von Gröben nach Zelle abgeschickt, auch demselben gnädigst anbefohlen, mit euch aus der Sache vertraulich zu communiciren. Ob er euch nun zwar nicht angetroffen, so wird euch doch von allem aufser zweifel Nachricht zugekommen sein, und erwarten Wir darüber mit Verlangen eure Meinung und Gedanken zu vernehmen. Und wir sein euch mit Gnaden in wohlgeneigtem Willen wohl begethan.

Cölln, den 12./22. Nov. 1667.

(gez.) Friedrich Wilhelm, Churfürst.

4.

Aufzeichnung Waldecks

bei Minden an der Werra, den 12. Dez. 1667.

(Aut.)

Jetzo verfall ich wiederumb in eine grofse Verwirrung. Denn wie ich meine ganze Arbeit dahin gerichtet, daß man zu Nutz und Respect des Vaterlandes erst die Zusammensetzung der Nachbarn zu Werk richten solle, als Schweden, Holland, Brandenburg und Braunschweig, und durch solches Band Chur-Köln und andere, so wegen der Nachbarschaft der kriegenden Theile dem Werk etwas nachsehen müssen, auf gleiche Meinung mit uns zu bringen, und durch solche Correspondenz mit ihrem Einstimmen diejenigen, so sich so weit mit den kriegenden Parteien vertieft, durch starke Hand zur raison zu bringen, und zugleich über solche Friedensmittel sich zu vergleichen, welche dem Münsterischen Frieden nicht zuwider, noch Frankreich seine Prä tensionen bestätigen und nach Lauf des Friedens-Successes die resolutiones wegen wirklicher Ergreifung des Krieges zu richten, wozu aller Enden es sich wohl ansehen liefs. Holland bezeugte einen Eifer, machte projecten von einem solchen

Bündniß; Brandenburg sollicitirte die Herzöge (von Braunschweig) begehrte mich über die Sache zu sprechen, animirte mich und eilte zum Schluß; Spanien und der Kaiser zeigte apparente Mittel zur Ausführung der Sache, Schweden einen Eifer, das Werk mit zu wollen angreifen. Der Tod der Königin in Polen bricht die französische Partei in Polen; der Friede mit England giebt England Luft diese desseine mit zu beherzigen; die rheinische Allianz ist zu Ende gelaufen und dadurch die Barriere vor den Niederlanden wieder geöffnet. In Summa, die Konjunkturen zeigen sich dergestalt, daß die wunderliche Wirkung Gottes augenscheinlich hervorleuchtete.

Wie ich nun meine, alles gehe nach Wunsch, so ereignet sich die erste Difficultät bei Holland, welches seine consilia ändert, weil Spanien zurückgeheth wegen Versetzung der Städte Ostende, Brügge, Namur, will also zum Frieden nun arbeiten, doch also, daß der Stillstand nach Behören soll erzwungen werden, auch so Spanien weiter durch die Waffen die Sache zu führen bei Macht wäre, als in der Güte solches zu erlangen, solches nicht zu hindern,

und bezeugt Subsidien zu solchem Vorhaben an Schweden, Brandenburg und uns (Braunschweig) zu wollen geben

Chur-Köln giebt Mühe und approbirt unsere Consilien, Frankreich fängt an, bessere Worte zu geben.

Da zeigt sich die zweite Difficultät, weil Brandenburg einen Absprung thut und giebt vor eine annehmliche Proposition aus, was von p. Wilhelm von Fürstenberg vor einem Jahre schon vorgestellet worden und er deswegen vom Brandenburgischen Hof vor criminel ausgeschrieen. Brandenburg schickt an die Herzöge und fragt Rath wegen der Sache, ob man die rheinische Allianz erneuern soll, auf die Vertröstung von Frankreich bauen könne, daß es auf billige conditiones Friede in Nederland machen wolle, und daß man sich des burgundischen Wesens nicht annehmen solle. Die Herzöge begehren seine Meinung zu wissen und vermeinen, man müsse den angefangenen Weg fortgehen und die negationes zu Wien und in Holland fortsetzen.

Wie ich nun meine es stehe alles in gutem Stande, da kommt mir die Nachricht von Brandenburg, daß es M. Pöllnitz und Meinders nach Paris auf den Frieden zu arbeiten sende, wie auch andere nach Brüssel, und daß es von den vorigen consiliis ganz abgehe, begehret meine Meinung zu wissen. Mein Vetter berichtet mich, wie H. Ernst August seine Völker ohne Subsidien nicht lange halten könne und wie H. Georg Wilhelm inclinire die französische Partei zu nehmen, wenn die anderen nicht bald zureichende conditiones eingehen.

Platen schreibt mir, wie Lionne gesaget, ich wolle mich am König von Frankreich rächen, weil er mir die Pension nicht geben wollen, und wolle ein Reichsfürst werden, ich van-

tire mich Brandenburg und Braunschweig zu gouverniren und hindere die Rheinische Allianz.

Was ist hier zu thun? 1) Der rechte Weg muß gegangen werden, weswegen an Brandenburg, wie folget geschrieben; wie auch an Platen und gehe fort nach Lüneburg zu rathen, daß man um Difficultäten willen von einer guten Sache nicht abstehen soll, daß man die consilia allein zu des Reiches Respect und Ehre führen solle und lieber ganz still stehen, als sich mit Frankreich vertiefen, weil es die schon empfangenen Offense, wenn es mächtig, doch rächen wird, 2) weil von ihnen nichts als etwas Geld zu hoffen und Verlust der Würde und Freiheit zu gewärten, 3) weil es mit allen traktiren, die Mächtigsten befriedigen und mittels deren die Herzöge zwingen wird, 4) weil dadurch ein solcher Krieg in Deutschland gebracht wird, davon die Fremden Meister sein, 5) entblößt von allen Nächstbarn wird man ihnen zur Ausbeute dienen und was dessen mehr, so sich hiernächst finden wird.

Ich will also Gott vertrauen und den rechten Weg fortgehen. Von Holland kann man Subsidien bis zu Ausgang des Stillstandes nehmen,

Mit Oesterreich auf den Fall des Krieges traktiren,

Brandenburg die Gefahr der Jalousie, so durch particuliere mediation verursacht wird, remonstriren und die Gemüther zu vereinigen und zu armiren rathen.

Mit Schweden correspondiren.

5.

Graf Georg Friedrich von Waldeck

an

Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg.

Arolsen, 11./21. Dezember 1667.

(Conc.)

Durchlauchtigster Churfürst,

Gnädigster Herr!

Ew. Churfürstl. Dchl. gnädigstes Schreiben vom 12./22. Nov. ist mir gestern erst zu Handen gekommen und kann ich nicht anders sagen, als daß Ew. Ch. Dchl. mit großem Fug der Spanischen Procedere übel aufnehmen, auch Dero Staat um ihretwillen dem Hazard des zweifelhaften Ausganges eines Krieges zu unterwerfen bei so gestalten Sachen billig Bedenken tragen und einen Frieden solchem vorziehen. Ich kann auch nicht vermuthen, daß bei einigen deutsch- und dem Vaterlande treu Ge-

sinnten ein ander Absehen, als den Frieden herzustellen und zu befestigen gewesen sein könne. Unter den Mitteln aber darzu zu gelangen, haben Ew. Ch. D. und andere die nähere Vereinigung mit dem Haus Öesterreich vor ein nachdrückliches mitgeachtet, zum rechten Grund aber dieses guten Vorhabens eine Zusammensetzung der Nachbarn, als Krone Schweden, Ew. Ch. Dchl. und des Hauses Braunschweig mit dem Staat der vereinigten Provinzien gelegt, mit dieser Resolution, den aus dieser Art vom Verfahren entstehenden Krieg so wenig zu scheuen, als über den bald erreichenden Effekt des Friedens sich zu erfreuen. Dafs auch der rechte Weg gewählt sei, zeigt an der grofse Fleifs, so Ihre Königl. Majestät in Frankreich anwenden anstatt der zuvor gebrauchten harten Reden durch gelindere Mittel und Vertröstung die vorgedachte Zusammensetzung zu hindern und dadurch das Werk in solchen Stand zu stellen, dafs in Ihrer Königl. Majestät Macht bleibt, den Frieden nach dero alleinigem Interesse zu machen oder den Krieg nach Belieben fortzuführen.

Wie nun sowohl des vernünftigen und mächtigen Königs Intention als hochweise conduite und Vorsorge vor seinen Staat und Interesse hieraus erscheint, so wird uns Deutschen und vornehmlich Ew. Ch. Dchl. auch, wie wir uns zu gouverniren haben, gewiesen.

Denn obschon unter den Mitteln, wie obgedacht, die nähere Verbindung mit dem Hause Öesterreich mit in grofse Konsideration gekommen, so ist darauf doch nicht allein gefufset worden, sondern man hat auf die Zusammensetzung anderer Benachbarten und meistens des Reichs gezielt. Und ist meines Wissens das Absehen dahin gerichtet gewesen, Gewalt vom Reiche abzuwenden, den Münsterischen Frieden zu maintainiren und keinen Beifall dergleichen Prätexten, als Frankreich vorwendet, die ganze Christenheit in Unruhe zu mögen setzen, wenn es beliebt, zu geben, und mittels der Zusammensetzung mit Spanien das gemeine Werk, zugleich zu solches Königs particulier Nutzen zu führen, in alle Wege aber, den gemeinen Schaden abzuwenden und zu wehren.

Wenn also das Werk nach vorgesetzter Intention noch angesehen würd, so bleibt die Friedensintention vor wie nach und die Mittel dazu zu gelangen, eine solche Anstalt, dafs man den Frieden erzwingen könne ohne Nachteil des Reichs, wenn Worte und andere rationes nicht gelten wollen. Und bei dieser Intention habe ich die Sache in Holland ohngeachtet der Veränderung wegen der bewußten spanischen Städte Einräumung an selbigen Staat gelassen, wollte auch nicht gezweifelt haben, dafs durch ein Konzert in Rath und That der gewünschte Zweck würde erreicht worden sein.

Denn vorerst der Staat der vereinigten Provinzien wegen habenden Interesses bei diesem Wesen auf einen sicheren Frieden arbeiten mufs,

Ihro Königl. Majestät in Schweden schon so weit sich herausgelassen, daß man sich dessen versichern können, und alle Sachen in solchen terminis gestanden, daß diejenigen, so mit Frankreich sich zu sehr vertieft, anders zu sprechen angefangen und dann auch die Hoffnung, daß Spanien sich des Werks besser annehmen würde, nicht ganz verloren.

Auch der ganze Januarius zu der Negotiation ohne Zeit zu verlieren, noch angewendet werden kann.

Und wie die Apparence einer solchen Zusammensetzung schon Effect gezeiget, also würde durch Continuation solcher Traktaten ein nützlicher Schluß zu hoffen gewesen sein, es sei zum Frieden oder zum abgenöthigten Krieg.

Es werden Ew. Kfl. Dchl. auch leicht und hochvernünftig judiciren, ob nicht zu besorgen, daß die Beisorge, daß ein oder ander in particulier seinen Vorthail bei den Victorieusen und Mächtigsten finde, sowohl Holland als Schweden, die Offerte, so ihnen von Frankreich geschehen, anzunehmen bewogen werden dürfte, wenn nicht mit ihnen gesamter Hand alles geführt wird, und daß Frankreich durch Hoffnung den einen hier, den andern dort aufhalten, jalousie zwischen den Korrespondirenden erwecken und mit Gewinnst der Zeit Mittel und Gelegenheit erlangen wird, mit unserem armen Vaterland nach seines Reiches und Nation Interesse zu verfahren, zu geschweigen des Unheils, so zu Regensburg und sonst entstehen dürfte, wann der Grund, darauf die consilia gebauet werden sollen, über einen Haufen gehet.

Und gesetzt, Spanien bezeigte sich noch so nachlässig, wollte auch gar das Werk zum Untergang laufen lassen, wie doch Herrn Blaspeils Anzeige nach andere Vermuthungen, wie kann Ihro Kaiserl. Maj. als unser Oberhaupt deswegen in der Gefahr, darin Spanien sie setzen würde, gelassen, und um der Spanier Verfahren willen, dem Krieg die Thür ins Reich geöffnet, auch Ew. Ch. Dchl. Präeminenz in der Welt und dero Sicherheit, darumb einer ohnersetzlichen Gefahr exponirt werden, daß man einer redoutablen Gewalt also nachsieht und zunehmen läßt, deren Willen nachzuleben man gezwungen sei.

Und sehe ich in der Proposition von Mons. Milet kein Wort, so vom Fürst Wilhelm von Fürstenberg nicht vor und während dem Niederländischen Krieg zum öfteren mir vorgestellt worden, und wie ich Verschiedene, so gute Sentimenten von solcher Vorstellung gehabt, jetzo auf andere Gedanken kommen sehe, so kann ich von der Opinion, so Ew. Ch. Dchl. mit anderen davon gehabt, abzuweichen nicht rathen. Und stehe also billig in Sorgen, daß die von Ew. Ch. Dchl. so löblich gemeinte alleinige Abschickung bei denen, darmit man bishero korrespondiret, Sorge, und bei Frankreich Hoffnung durch Trennung seinen Zweck zu erreichen, erwecken, der Winter so hinstreichen und die besorgte Gefahr gegen das Vorjahr uns ohnarmirt und getrennt von Sentimenten finden werde.

Ew. Ch. Dchl. werden nach dero hoherleuchtetem Verstande und guter Intention Alles schon nach Wunsch zu führen wissen, und mir nicht ohn gnädig deuten, daß dero gnädigstem Befehl zu Folge ich meine Beisorge aus Liebe vor mein Vaterland und Ew. Ch. Dchl. so frei heraufser sage. Der Gott, dem alles unterworfen, wird das Werk schon nach seinem Willen führen, welcher mir angenehm sein wird, es laufe auch, wie es wolle. Unterdes will ich, soviel in meinem Vermögen ist, meine Schuldigkeit beobachten und in meines Gemüths Befriedigung meine Vergnügung suchen.

6.

Memorial Waldecks an Mons. Knop,
den 9. April 1668 nach Holland mitgegeben.
(Aut.)

Der Bischof von Münster wirbt nicht allein so stark, daß er mit Nachdruck etwas gegen I. I. D. D. sondern selbst gegen den Staat tentiren kann, wozu kommt, daß man gewiß versichert, daß von Mainz und anderen ihm aller Vorschub geschieht, damit im Mai die Armatur fertig sein möge. Desgleichen ist gewiß, daß Frankreich ihm etliche tausend Mann mit Generals-Personen zusenden wird.

Welches alles zu zweierlei Vermuthungen Anlaß giebet.

Die erste, daß gemelter Bischof bei continuation des spanisch und französischen Krieges mittels einer considerablen Armee denjenigen, so mit dem Staat gegen Frankreichs intention arbeiten wollten, Occupation geben und Frankreich freier zu mögen agiren, dieselben abhalten soll.

Die andere Vermuthung ist diese, daß, wenn der gemelte Friede schon gemacht worden und succediren sollte, dennoch der König in Frankreich sich an dem Staat und anderen etwas zu rächen, den Bischof mittels Licenciement von einigen Truppen verstärken und durch Geld so considerabel machen möchte, daß derselbe seinem humeur nach etwas anfangen, Frankreich ihnen zu securriren Anlaß gebe, und also unter des Bischofs Namen der Krieg ins Reich gebracht und das Feuer nicht ganz durch den spanischen Frieden ausgelöscht werden könnte.

Bei welchen beiden Fällen der Staat nicht sonder Gefahr, dieweil Spanien stillstehen und die am Rhein gelegenen Fürsten sich zusammenthun und den Staat in steter fatigue halten könnten, wobei I. I. D. D. diese Herzöge, so bald durch andere, so ich nicht nennen darf, überzogen werden dürften, daß sie etwas bei

der Sache zu thun inutil gemacht werden und ihre Lande in äußersten Verderb und Gefahr gerathen könnten.

Weswegen auf die remedia in Zeiten zu gedenken.

Das Sicherste und Gewisseste wäre dieses, daß Schweden, Holland und I. I. D. D. zusammen dem Bischof zusprechen, daß sie seinem humeur und den empfundenen Effekten nach ihm sich nicht vertrauen könnten, anzeigen ließen, aber zugleich mit Volk auf seine Grenze sich setzten und zur Versicherung die demolition von Münster und Vecht begehrten, auch die Einstellung aller Werbung und die Abschaffung der schon habenden Regimenter, auch der Besetzung von Coesfeld und die Garde noch. Weilen aber dazu Zeit gehöret, so möchte auf das zweite Mittel zu gedenken nicht ohnrathsam sein, nämlich daß Holland und I. I. D. D. obiges vornehmen, und Schweden dazu sollicitirten, auf welchen Fall I. I. D. D. dero Völker wieder gelassen und die conjunction derselben bei Lingen mit den hiesigen geschehen könnte.

Der dritte Weg wäre der kürzeste, daß I. I. D. D. aus dem refus des Durchmarsches Ursach nehmen satisfaction zu begehren wegen der Gewaltthaten, so der Bischof vormals in I. I. D. D. Landen durch dergleichen ohngefragte oder bewilligte Durchmärsche verübet.

Auch wegen verweigerter Belohnung aus nichtigen prätexten und gegen alles Recht, die habende Nachricht, daß beim brüderlichen Vergleich er possession in einigen braunschweigischen Ämtern de facto nehmen wollen und aus den Streitigkeiten so zwischen I. D. Herzog Ernst August mit ihm occasion nehmen ihm vorzustellen, daß sie ihrer Sicherheit wegen einen so widrig Gesinnten in solche Armatur nicht kommen lassen könnten, deren er sich zu I. I. D. D. Schaden gewiß gebrauchen würde, Wobei die Alliance mit Holland, als welche zwar defensiv, aber die Defensive sowohl im Vorkommen als Abwenden erfordert auch mit Fug alleguirt werden kann.

Denn wie der Bischof keinen Feind hat und ohne des Reiches und Kreises Vorwissen so stark armiret, so kann nichts Gutes von ihm vermuthet werden.

Und bei dieser Vorstellung könnten I. I. D. D. sobald mit allem, was sie haben, marschiren, wenn der Staat zu den gelehnten Völkern so viel fügte, daß das Corpo von 5000 zu Fuß und 3000 Pferde I. I. D. D. überlassen würde, und ich es drunter annehmen und damit sobald ins Stift rücken und von hier I. I. D. D. mit Ihrem Volk nach der Abrede, so man nehmen würde, auch fortgehen könnte. Wobei der Staat die Versicherung geben müßte, bei erfolgreichem Krieg I. I. D. D. beizustehen und mit einigen subsidien an die Hand zu gehen.

Oder da der Staat kein Volk bei I. I. D. D. ihrem lassen wollte, daß er die ihre nur folgen liefs und der Assistenz von

Subsidien und Volk bei continuation eines Krieges J. J. D. D. versichert.

Wobei Schweden I. I. D. D. die Hand zu bieten ersuchte.

Sonsten man in der Resolution eines von obigen zu ergreifen traisniren wird, so werden I. I. D. D. vorerst in grofse Gefahr und der Staat in grofse Kosten gesetzt.

7.

Instruktion

für die Leitung der Heeresverwaltung durch Franz Meinders.

Königsberg, 24. Juni / 4. Juli Aⁱ 1669. (Conc.¹)

(Geh. Archiv des Kriegs-Ministeriums.)

Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden, Markgraf von Brandenburg, Churfürst etc. urkunden hiermit gegen männiglich, denen es zu wissen nöthig,

Demnach weiland Unser Geheimer Rath und General-Kriegs-Commissarius Claus Ernst von Platen mit Tode abgegangen, und wir nicht gemeint sind, einen General-Kriegs-Commissarium hinwiederumb zu bestellen, oder da wir ja solches bei Entstehung eines Krieges, so der Höchste in Gnaden verhüten wolle, nöthig ermessen, die Function solcher Charge ganz anders einrichten lassen wollen, unterdessen aber die Nothdurft erfordert, daß Unsere Ordinair - Militair-Affairen und das Contributionswerk fleißig respiciret und in guter Ordnung gehalten werde, und wir uns dabei gnädigst erinnern, welcher Gestalt der hochgelahrte Unser Hof- und Kriegsrath, auch lieber Getreuer, Er. Franciscus Meinders, der Rechte Licentiatus, benebst anderer treu-fleißiger Aufwartung auch solche Sachen bishero zu Unserer gndst. Vergnügung respicirt,

Als haben wir aus gnädigst zu ihm tragender Confidentz die Expedition solcher Unserer Militärgeschäfte Ihm hiermit in Gnaden auftragen wollen, also und dergestalt, daß er, als Unser Kriegs-Rath uns noch ferner treu, hold und gewärtig sein, Unseren Nutzen bei solchem Werk überall befördern, Schaden und Nachtheil aber abwenden helfen und insonderheit fleißig Acht haben solle, daß

¹ von Schwerin unterschrieben.

1) Unserer auf den Beinen habenden Soldatesque das verordnete Tractament und Unterhalt aus den dazu geordneten Mitteln Unserer Ordinanz gemäß, und darüber ein mehres nicht, gereicht werde, und dieselbe das ihrige monatlich richtig empfangen, auch zu solchem Ende die receptores überall zu richtiger Beibringung der ausgeschriebenen Contributionen ermahnt und angehalten werden.

2) Würde er auch etwa in Erfahrung bringen, daß die Offiziere einig Unterschleif gebraucht, oder aber dieselben, im Fall die monatliche Zahlung nicht richtig folgte, ihre untergebenen Soldaten dahero Noth leiden ließen und ihnen keinen Vorschuss thäten, so hat er uns solches anzuzeigen, damit wir desfalls gebührende Anstalt machen können.

3) Und weil wir bei den Fußsvölkern auf jedweden Gemeinen monatlich einen halben Thaler an Kleidern gut thun, so sind auch die Ober-Offiziere dagegen schuldig, dieselben dafür in guter untadelhafter Kleidung und livree zu halten, Dahero er auch desfalls allemahl Erkundigungen einzuziehen, damit solche Gelder nicht zu anderem Nutzen angewendet, sondern unsere Soldatesque mit guter Kleidung versehen werden möge.

4) Alldieweil auch die Offiziere schuldig sind, ihre Regimenter und Kompagnien nach der Verpflegung alle Zeit complet zu unterhalten, müssen wir dann, wie bishero, also auch noch ferner keine Blinden noch passevolanten gut thun, sondern nur auf diejenigen die effective praesente sind, die Verpflegung geben lassen wollen und wir desfalls alle Monat oder zum wenigsten alle Quartal von einer jedweden Compagnie richtige und vollkommene Rollen begehren, wonach man sich in den Assignationen zu richten habe; So soll er, so oft einige Offiziere darunter manquiret, selbige nicht richtig einzuschicken, bei uns deswegen gehorsamst Erinnerung thun, damit wir darinnen gehörige Verordnung machen können.

5) Damit wir auch versichert sein mögen, daß die Anzahl der Soldaten vollkommen, derselben Kleidung, Montirung, Gewehr und was weiter sonst dazu gehörig vorhanden sei, so sind wir gndst. gesonnen, öfters Musterung anstellen zu lassen. Solchem nach soll er, Unser Kriegsrath Meinders, zu bestimmten Zeiten uns daran erinnern, damit wir hierzu erfahrene Muster-Commissarien verordnen, die dann uns, wie es mit einer jeden Compagnie beschaffen, ob auch untüchtige, passevolanten, Offizier-Knechte oder die sonst der Compagnie mit Eid und Pflichten nicht verbunden, dabei vorhanden, berichten, welche der Muster-Commissarien relationes, wenn sie einkommen, mit den vorher eingeschickten Rollen conferirt und daraus relation abgestattet werden soll.

6) Da ferner auch einige marchen von uns verordnet werden sollten, hat er zu erinnern, daß an dieselben Fürsten, deren territoria berührt werden müssen, die notification geschehe,

damit die inconvenientien, welche hiebevorder desfalls sich ereignet, evitirt und also alle confusiones verhütet werden mögen.

7) Und wie wir Unsere Soldatesque richtig auszahlen lassen und daher durchaus nicht zugeben können, daß bei marchen und auch sonst unseren Unterthanen einige Ungelegenheit zugefügt werde, sondern vielmehr gemeinet seind, wann dergleichen Excesse vorkommen, die Thäter ernstlich zu bestrafen, so soll er solche Klagten und Berichte, die uns desfalls zukommen werden, uns unterthänigst referiren, damit wir desfalls gebührende Ahndung thun können.

8) Demnach auch Unsere Gouverneurs und Commandanten in den Festungen und Garnisonen von uns befehligt sind, uns den Zustand der Festungen, so oft es nöthig, zu berichten, auch alle Monat oder zum wenigsten alle Quartal, und so oft wir es begehren, von der vorhandenen Munitio und Vorrath in den Zeughäusern und Magazinen richtige Extracte zu schicken, so soll er, Unser Hof- und Kriegsrath Meinders, dieselbe alle Mal in seine Verwahrung zur Registratur nehmen, fleißig mit den vorhergehenden conferiren und daraus umständliche relation thun, auch dahin geflissen sein, daß solches alles aufs beste menagiret und in gutem Zustande erhalten werden möge, vornehmlich uns gehorsamst erinnern, wenn er einig Mangel an solchen Orten, es sei an Gewehr, Munitio oder Getreide und dergleichen verspüret, damit solcher Mangel wieder ersetzt werden möge.

9) Ferner wenn nach Gelegenheit und Veränderung der Zeiten neue Patente, Capitulationes und Kriegsbestallungen ertheilt werden sollten, hat Unser Kriegsrath dabei Unser Interesse, damit nichts Unbilliges und Ungewöhnliches von einem oder anderen tendiret werden möge, in Acht zu nehmen.

10) Wenn Einquartirungen vorgenommen werden, soll er mit dahin sehen, daß Unsere Unterthanen, wie auch kein Land, Ort oder Einwohner ohne erhebliche Noth gegen andere prae-graviret, sondern darinnen, wie auch in allen anderen oneribus militaribus eine durchgehende Gleichheit observiret werde.

11) Wegen der Kontributionen haben wir bisher in allen unseren Landen, soviel es immer möglich gewesen, eine gute proportion halten lassen, weil aber bald dieses Land, bald jenes Land Erleichterung suchet, wodurch die anderen Lande wieder gravirt werden müssen, so hat er alle Mal dabei erforderliche nöthige Erinnerung zu thun, damit desfalls zu keines Landes Präjudiz etwas verhänget werde.

12) Absonderlich aber soll er fleißig dahin sehen, daß von den Ober- und Unterreceptoren die Contributionsrechnungen abgelegt, auch Quartal Extracte aus jedem Lande von den Kontributionen eingesendet werden, damit wir desto besser beobachten können, im Fall etwa mit den Contributionen nicht richtig vorher umgegangen worden.

13) Alles dasjenige nun, was in obgemelten Punkten enthalten und sonst zu den Militair-Affairen gehörig hat er seinem besten Wissen und Gewissen nach mit den einkommenden Schreiben und Berichten, welche ihm zu solchem Ende zugestellet werden sollen, uns im Rath oder wo wir sonst befehlen, gehorsamst Relation abzustatten, Unsere resolutiones und Bescheide wiederum darauf zu expediren, und dabei alles sorgfältig und fleißig zu beobachten.

14) Würden auch etwa in Militair- und Contributionssachen einige Verhöre in Unserem Geheimen Rath angeordnet, soll er sich dabei auch einfinden, solchen Verhören mit beiwohnen und nebst anderen, Unseren Geheimen Räthen sein Votum darüber geben.

15) Wann auch wir oder in Unseren Namen Unser Ober-Präsident in anderen Unseren Staats-Sachen ihm etwas zu verrichten oder aufzusetzen auftragen werden, soll er solches wie bishero auch noch ferner mit allem Fleiß seinem besten Verstande nach über sich nehmen und verrichten, doch wollen wir ihn dessen, damit Unsere Militairgeschäfte desto besser und accurater beobachtet werden können, soviel immer möglich überheben.

Gleichwie nun in obgesetzten Punkten Unser Hof- und Kriegs-Rath Meinders einzig und allein sein Absehen auf uns und Unseres Churfürstl. Hauses Dienste gerichtet sein lassen und darunter Niemanden zu Lieb oder zu Leid etwas thun oder unterlassen, sondern in allen solchen Sachen seine uns geleistete Pflichten jedesmahl für Augen haben muß, also wollen wir ihn auch bei dieser seiner ihm gndst. anbefohlenen Verrichtung wider jedermänniglich schützen, auch dafern er von Jemanden desfalls turbiret oder verfolgt werden sollte, Uns seiner gndst. annehmen und ihn dawider nachdrücklich und kräftiglich schützen. Wir wollen auch seiner ungehöret keine Ungnade auf ihn werfen, sondern, da uns etwas Mißfälliges wider ihn vorgebracht werden sollte, wollen wir ihn vorher darüber mit seinen unterth. Entschuldigungen, Verantwortungen allemahl gnädigst hören.

Für solche seine Dienstleistung wollen wir ihm nebst seinem jetzigen Gehalt auch denjenigen Theil an den Recepturgeldern, so der von Platen seel. bekommen, und der Soldatesque ohne Unseren Abgang decurtiret wird, folgen, wie auch aus Unserem Magazin auf sechs Pferde das gewöhnliche Futter reichen lassen.

Urkundlich haben wir dieses eigenhändig unterschrieben und mit Unserem gnd. Siegel bekräftigen lassen. So geschehen Königsberg in Preußen, den 24. Juni / 4. Juli 1669.

8.

Aufzeichnung Waldecks

(Aut. mit kleiner Korrektur von Meinders' Hand.)

Arolsen, d. 8. Febr. 1672.

Mons. Meinders nach Berlin gesandt.

Bleiben Ihre Churfürstl. Durchl. ohne Armatur, so seindt Sie darumb der Kujon derer die helfen.

Seindt Sie in schwacher Armatur ist die conditio nicht verbessert.

Greifen Sie sich aus eigenen Mitteln zu stark an, so seindt Sie zu schwach, wenn die Noth Sie angehet.

Thun Sie sich anderer Hilfe dazu gebrauchen, so widriges vorhaben, so befördern Sie Ihr Ohnglück zur Schwächung der Guten und Stärkung der widrigen Partei.

Judiciren Sie recht von der Gefahr und bedienen sich dero Hilfe so gemeines Interesse und Ihres (haben) in Zeiten, so können Sie Frieden erhalten oder erfechten.

Seindt Sie in starker Armatur und zulässiger Hilfe, so können Sie der ersten Gefahr begegnen und andere Vorstehende besser abwenden.

Können Sie mit Hilfe (von) Subsidiën von guter Partei 16000 neben guter Freunde Armeen ins Feld führen, so können Sie mittels Brot-Hilfe aus feindlichem mehr Volk zu anderem Behuf aufbringen.

Solche männliche Resolution wecket Schlafende von gleicher Intention auf, hindert die Effektion von Domestiken und auswärtigen widrigen desseinen und läßt Hoffnung von succes bei guter conduite.

Wenn hierbei wohlmeinende, resolute executores gebraucht werden, wer will bei guter Sache an Gottes Segen zweifeln.

Die geringste Gefahr erst gewählet, Staats-Maximen dem kleinen passionirten Interesse vorgezogen, das große Übel abgewendet, so kann man hernach aller Orten sein Compte finden.

9.

Aufzeichnung Waldecks.

An Mons. Meinders den 23. April 1672 geschickt.

So fern I. Ch. Dchl. mit Eifer Ihre Kaiserl. Maj. nicht aufmuntern, und sich selbst in solche Postur stellen, daß Sie zu rechter Zeit, wie schon gesagt, hinten und vorn in das Spiel mit

Macht treten können, so seindt alle Teutschen und Sie als der Mächtigsten einer vor allen in großer Gefahr und Ohnglück.

Will Holland keine gemeine Defensiv-Allianz machen, wie aus vielen Ursachen zu besorgen, man gebrauche sich zu rechter Zeit auf einige Monate der Subsidien und des Werbegeldes und Sorge vor Teutschland und sich alsdann principaliter.

Die Lothringischen Völker aus anderen Händen zu halten, ist so nützlich, als vortheilhaft dem Herrn alle Hoffnung nicht zu benehmen, denn sein Recht an Lothringen und sein Geld kann der gemeinen Sache dienen, und sein Volk bestehet jetzo in lauter Teutschen, auf 2 Kompagnien, und so I. Ch. D., dem Exempel des Bischofs von Münster nach, sie auf einige Monate annehmen, könnte solches vielleicht auf ein paar Monate auf des Herzogs von Lothringen Bezahlung oder auf die Hälfte des Solds und so folglich geschehen. Und möchte das Sicherste scheinen, wenn man den Tractat, wie obengesagt, machte und nach den Konjunkturen des Herzogs Diversion zu machen sich ferner hernächst bedenken.

10.

Denkschrift

Georg Friedrichs von Waldeck,

d. 2. Juni 1672 an Mons. Meinders gesandt.

Ob man weiter zu Potsdam gehen könne und sich aller Sachen besser versichern sollen, und woran es fehle, daß der Effekt der Gebühr nicht erfolget, nunmehr zu reden ist vergeblich; daß aber ohne den Degen Ihre Churf. Durchl. Staat und Respekt in keine solche Sicherheit zu bringen, wie es der Rang und Wohlstand erfordert, ist gewiß; zu rechter Zeit die Sache thun, giebt Hoffnung vom guten Ausgang, wie dann die göttliche Regierung die Notwendigkeit dessen, in der Ordnung so sie in allen Dingen hält und ohne welche nichts bestehet, zeigt wie die annahende Gefahr näher kommt, wie mehr die dargegen gebrauchende Mittel geschwächt sich befinden und die Sache schwerer würde; Schwerer wird das Remedium, nach dem Frankreich in die spanischen Niederlande einen solchen Fuß gesetzt, schwerer ist die Sache geworden, nachdem man die Triple-Alliance zu stärken und auf alle ohnruhesfälle zu extradiren und im Namen des Reiches dazuzutreten die Gelegenheit vorbeigehen und sie also inutil machen lassen. Noch schwerer ist sie gemacht durch das Mißtrauen, so durch allerhand Alliance-Traktaten, welche den Wohlintentionirten wegen der dabei erscheinenden Umstände suspekt gewesen, verursacht worden. Noch viel

schwerer ist alles geworden, wie man die jetzt gefährlich erscheinenden consilia durch den Applaus oder Nachlässigkeit befördert, und die darin Interessirten kühn, andere aber laß gemachet. Über alle Maß schwer erscheint dieselbe, nachdem die Stadt Cöln zur Diskretion hingegeben und nunmehr der ganze Rheinstrom Frankreich in die Hände gespielt. Viel schwerer wird es werden, wenn der Ysselstrom gleicher Kondition und durch Friesland alle Kommunikation mit dem Staat, darin allein noch Geldmittel zu finden sein, abgeschnitten wird. Und wie kann das Remedium so fruchtbar und nützlich an der Weser und Elbe verhoffet werden, als an der Maas, Mosel und Rhein es zu vermuthen gewesen, wenn der einige Stein des Anstosses, die monarchische Desseine zu hindern weggeräumt werden sollte; was Consternation wirken könne, hat man in den Niederlanden vor etlichen Jahren gesehen, woran sich Niemand gespiegelt, jetzo ist es schon auf dem Rhein erschienen; Gott weiß, was bald erfolgen dürfte. Solches aber will so wenig, als die zwischen Frankreich, Schweden und andere gemachten Ligen, andere als solche consilia erfordern, die der nothleidenden Partei Hoffnung und der andern Sorge lassen, welches, ob es schon gefährlich scheint, so ist doch durch Gottes Beistand gleiche Hoffnung von succes dabei, als in Vorzeiten in gleichen Fällen bei tapferer, vernünftiger conduite erschienen. Und wenn man seine Schuldigkeit thut, so ist das Gemüth vergnüget und die Ehre bewahret; kommt also darauf an, was jetzo die Schuldigkeit sei.

Erstlich bestehet sie, meines Ermessens, in der Vorsorge vor das Seine. Zweitens in rechter Entfernung der androhenden Gefahr. Drittens in guter Anwendung der dazu erfordernten Mittel.

Soviel das Erste betrifft, wird Jeder das Seine bewahren, wenn er seine Pflicht, womit er verbunden, recht und rein beobachtet. Wie nun ein jedweder Reichsstand dem römischen Reich und seinem Vaterlande dieselbe bekanntermaßen geleistet, desfalls seine unterhabende Land und Leute besitzt und der gemeinen schuldigen Konservation selbige zu erhalten geffissen sein muß, so sollte man per majora das Reich soviel thunlich, zusammenzubringen sich bemühen und dem Oberhaupte dasjenige, was ihm gebühret, zu verrichten die freie Hand lassen.

Damit nun diese Vorsorge, die Entfernung der annahenden Gefahr desto kräftiger wirke, so muß die Gefahr erst recht erkannt und was dagegen erfordert wird, eifrigst beobachtet werden. Die Gefahr besteht nun dem Augenschein nach in particulier und gemeiner Überwältigung derer, so nicht alles leiden, und das „*sic volo, sic jubeo*“ nicht gestatten wollen. Wie weiter nun solche Gefahr abgehalten, wie kräftiger ihr begegnet wird, wie sicherer es ist, und wie so wenig bei Schwachen die Politik, so man in Holland bisher schädlich gebraucht, gelten (man müsse vor der Zeit die Gefahr sich nicht auf den Hals

ziehen; komme Zeit, komme Rath; anderer Interesse leide nicht, daß man abandonniret werde); sondern wer sich helfen will der stelle sich in Stand seinen Nachbarn zu können helfen; wer unter dem Namen gemeiner Interesse sich zu helfen suchet, der hat Beifall, und wer es also meint, Gottes Segen. Wer darin säumig ist, wird leiden, wie spät es auch geschehe. Hiervon, als welches allzu bekannt, ein Mehreres zu sagen, ist überflüssig.

Kommt also auf die Mittel an: die sind consilia, Geld und Volk, mit dessen Zubehör. Alles sollte schon wie gesagt in behörlichem Stande sein, es ist aber besser spät, als nimmer. Das Volk muß ohne Verzug, so viel möglich, aufgebracht, und wo erfahrene, bekannte, treue Kriegersleute zu finden, beigebracht werden, andere Ausgaben eingezogen, und, wo Geld zu erfinden, gesucht und in Vorrath gebracht werden. Dabei zugleich im Reich an allen Orten, was zu gemeinen Verfassungen dienet, befördert und dadurch dem gemeinen Werk ein Schein gemacht, Ihrer Kaiserl. Maj. die Direktion jetziger Zustände der Sachen nach, auch nicht so gar unbeschränkt gelassen und dadurch dem Werk ein mehrerer Respekt gemacht, auch die Beschleunigung befördert werde. Hierbei muß mit den in der Ruhe Interessirten Unterredung gepflogen, Meditationen zwischen den kriegenden Parteien erst also vorgeschlagen werden, daß man sich nicht dazu engagire und die Hände binde, sondern durch Verwendung Deliberation desfalls zu Regensburg bei Kreisen und Benachbarten Zeit gewinne, unterdessen zu Defensionstraktaten mit den benachbarten schreiten, die Suspekten auf gewisse Maß auch nicht ausschließen, mit den Wohlintentionirten die Sache näher einrichten und also unter des Reiches Namen und der in dessen Satzungen gegründeten Bündnisse dem Werk ein gut Fundament legen und nach Gelegenheit der Sachen durch eigene und guter Freunde Mittel die Kraft befördern. Wer diejenigen nun sein, mit welchen dergleichen Ligue in particulier zu machen, ist Österreich, Spanien mit eingeschlossen, Dänemark und so Schweden bei dem Schwedischen Reichstage von dem Irrwege abzubringen, wär selbiges auf gewisse Weise mit einzuziehen. Und wie der Herzog Georg Wilhelm und Herzog Rudolf August von Braunschweig bei guter Intention, auf thunliche Weise, Ruhe und wahres Interesse zu manutreniren fest bleiben, auch in ziemlicher Armatur schon stehen, so wären selbige sonderlich zu menagiren. Die anderen beiden Herzöge selbigen Hauses, wenn sie Reichs, Kreises und des Fürstlichen Hauses Interesse und die dazu erfordernten Schuldigkeiten in ihren Neutralitätstraktaten excipiret, so wären selbige unter solchen Titeln auch an das Werk zu binden, oder doch von widrigem Vornehmen abzuhalten. Andere Benachbarte und Wohlmeinende sind bekannt und ohnnöthig zu specificiren.

In specie Ihro Churf. Durchl. zu Brandenburg betreffend vermögen dieselbe viel in Churf. und Fürstl. Collegio, die Städte

wird die Furcht alles zu willigen treiben. Ihro Churf. Durchl. Situation auſſer den Cleviſchen und anklebenden Landen, welche ohnedes der Gefahr ohne ein beſtändig remedium nicht entgehen können, ſeind alſo ſituirt, daß ſie ſobald nicht über einen Haufen geworfen werden können. Sachſen und dem ganzen Kreis wäre ſein Intereſſe zu Defenſion zu zeigen und des erſten ſich zu verſichern. Ihro Armatur kann auf die dem Königreich Polen und anderen an deren Grenzen drängenden Gefahren, und daß man im Staat ſein könne, ſich vor aller Gefahr zu ſchützen, auch dem Reich und Kreiſe ſeine Schuldigkeit zu können praestiren, gegründet werden. Will Frankreich damit nicht zufrieden ſein und ſeine Drohungen continuiren, auch zu Werk richten, ſo iſt beſſer, daß Ihro Churf. Durchl. auf ſolche Art angegriffen werden, ſich wehren und um das Ihre fechten, als Ihr Gemüth damit beſchuldigen, daß Sie das Ihre willig hingegeben und andere abgeſchreckt. Mit Lothringen aber ſofort ſich völlig einzulassen, iſt zwar wegen der mir von Berlin angedeuteten Ursaſch bedenklich, deſſen Völker aber einige auf 6 Monate an ſich zu ziehen, theils gegen Erſtattung des Werbegeldes über zu nehmen, möchte nicht ohnbedenklich ſein, erſtlich darum, daß die Völker anderen entzogen werden, zweitens daß dieſer Herr noch bei Hoffnung erhalten und drittens, ſo man im Stande dem Erfordern nach zu können verfahren, man ſich ſeiner gegen Lothringen diversion zu machen, gebrauchen könne; dieſe letztere Sache aber muß nicht, als durch den Kaiſerl. Hof und deſſen Miniſter traktirt werden, ſo man ſicher gehen will.

Dieſes iſt es, was bei meiner geſtrigen Anherokunft, da Ihro Churf. Durchl. Befehl, daß meine Gedanken überſchreiben ſollte, empfangen, in einer Stunde in Eil aufzeichnen könne. Die Wiſſenſchaft von den Umſtänden der Sachen, die Continuation der conſiliorum und anderer Nothwendigkeiten, wird bei einem Weiſeren als ich bin in dergleichen erfordert. Daß alſo man nicht übel nehmen wird, wenn ſo accurate nicht zu treffen, weit wird in der Meinung doch nicht gefehlet ſein. Wenn ich zu rechter Zeit Gehör hätte und die Sachen der Gebühr nach möchte führen helfen, ſo ſollte mein Herz, Fleiß und was ich weiß und gelernt, erſcheinen. Mit fremden Pfluge in verſchiedenen und diverſer Natur Landen ackern, und wenn man die Nothdurft recht ergründet, ſich ausgeſpannt zu ſehen, kann nicht erſcheinen machen, was ſonſt wohl geſchehen könnte. Doch möchte bei Ohnpaſſionirten bei Ergründung der Umſtände in meinem Lebenslauf Gottes Gnade und der Gebrauch der wenigen mir verliehenen Gaben einigermaßen approbabel erſcheinen. Ich werde mit gemuthetem Herzen ſtets hoffen und in meinem Verderben bei meinem redlichen Verfahren, wills Gott, ein vergnügtes Gemüthe behalten.

11.

Graf Georg Friedrich von Waldeck

an

Kurfürst Friedrich Wilhelm.

Arolsen, 6. Juli 1672. (Conc.)

Durchlauchtigster Kurfürst,
Gnädigster Herr,

Ohngeachtet aller widrigen Urtheile von meinem treuen Eifer und aller mir dadurch zuwachsenden Gefahr, muß ich continuiren zu sagen, daß weder vor Gott noch der Welt zu verantworten steht, sich also ohngefochten in die Sklaverei zu geben, weswegen hoffe Ew. Kurf. Durchl. werden in Dero tapferen Resolution nicht verändern, den Kaiser ohnmachlässig zur Beitreitung anfrischen. Ich will mit Gott bei andern alsdann das Meine mit succes auch verrichten und so mir Gott die Gelegenheit vergönnt, die Hand mit an das Werk zu mögen legen, daß Gewissen und Ehre mein einziger Zweck und mit conduite meinen Muth kräftig erscheinen lassen und zeigen, daß Furcht noch vilaine interesse mich nicht führen. Mons. Brassert gehet nach Holland, hoffend bei jetziger Art von Gouverno bessere ordres auszuwirken.

Die Spanier seind so vertieft, daß sie wohl öffentlich brechen müssen; es wird alles noch wohlgehen, wenn Holland nur keinen Frieden macht. Ich will hoffen, Ew. Ch. D. werden diese treumeinende Gedanken nicht weiter kommen lassen, sondern den Brief verbrennen. Es müssen diversiones neben anderen actionen gemacht werden, sonst ist die Gefahr zu groß. Ich bin von gewisser Hand berichtet, daß die glückliche Partei sehr in Sorgen wegen Ew. Ch. D. consiliorum stehet; es muß kein zages, sondern nachdrückliches Werk sein, sonst wird Schand mit Schande gehäufet. Aus treuem, teutschen Herzen schreibet dieses

Ew. Ch. Dchl. etc.

12.

Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg

an

Graf Georg Friedrich von Waldeck.

(16. Juli 1672. Aut.)

Lieber Graff von Waldeck, des Herrn Graffen Schreiben ist mir woll geworden, und erfreut mich nicht wenig, das er als ein treues teutzes geliedt die Gefahr des Römischen Reichs mitt so

einem eiffer behertziget, Und bestendig wider die einreißende gefahr zu arbeiten Sich so fleißig bemühet, mich auch bey meiner Resolution bestendig zu verbleiben animiret. Da ich dann dem Herrn Graffen versichern kann, das mich nichts als der todts von meinem dessein abhalten wirdt, Und hoffe ich mitt Göttlicher hülffe undt beistand das Werk glücklich hinauszuführen, Ich will aber auch hoffen, es werden andere auch das Ihrige mitt beitrugen helffen. Undt Gott Ihnen die augen öffnen werde, damitt Sie sehen undt erkennen mögen, in was zustandt wir durch die zu grofse progressen gesetzt werden mochten, Ihrer Kay. Majtt. ist es itzo ein rechter ernst, undt marschiren schon 16 000 man unter commando des Generall Leuttenants Graffen Montecucoly auf Eger undt wirdt das Generall Rendevous den 15./25. Augusti alda sein, der Hertzog von Holstein wirdt mitt 4000 Pferden folgen, wie er dann deßwegen schon ordre empfangen hatt, Ich werde mitt meiner Armee gegen den letzten diesses alhier auf sein, undt hoffe das wann die generall coniunction beider Armeen geschehen sein wirdt, allsdann sich mehre darzu schlagen werden, Der Herr Graff arbeiten inmittels fleißig ahn Haufse Zelle, denn wenn der die Hand mitt ahns Werk legen wird, werden mehr dazu kommen, die aus furcht nur noch nicht dürffen. Hiermit thu Ich Ihn Göttlicher bewahrung getreulich befellen, undt verbleibe Allzeit

Nach verlessung wollen der Herr
Graff dieses Schreiben ver-
brennen,

des Herrn Graffen
Wollaffectionirter freundt
Friedrich Wilhelm Churfürst.

Colln ahn der Sprehe d. 16. July
A° 1672.

Gleich itzo kumpt der Fürst von Anhalt von Wien wider zurück undt hatt befall gehabt, den Churfürsten von Sacksen zu der Alliance, so zwischen mir undt dem Kayser geschlossen, zu invitiren, welcher sich auch schon erkläret mitt inzutretten, undt wirdt er auch eintausend man oder etliche von Seinen Völkern darzuthun.

13.

Franz Meinders an W. W. Blaspeil.

Magdeburg 14./24. Juni 1675.

(Aut.)

Monsieur, et tres-cher compère,

S. C. D. kamen vergangenen Freytag alhier an, und ward noch selbigen abends die armée rund umb diese Stat her logiret. Sonnabends umb 6 Uhr fing die Cavallerie und alle

Dragoner an durch die Stat zu marchiren, denen S. C. D., wie alles auf ienseit der Elbe war, umb 2 Uhr in der nacht folgete. Sie haben ein paar tausend man zu fufs und 15 Stücke mitgenommen, und gehen in aller stille gegen die Havel zu. Kuntschaft kann der Feind von diesem march nicht haben, weil alle passe und advenuen den tag vorhero besetzt worden. Wann nun Seine C. D. durch göttlichen beystand nur über die Havel kommen können, so ist hoffnung, daß Sie einen guten streich dem feinde versetzen und das arme land von denen ietzigen grofsen (Leiden) bald befreyen werden. Davon man dann alhier mit grofssem Verlangen Zeitung erwartet. Die Schwedische artillerie von 33 stücken stehet zu Brandenburg auf dem marckt, man sagt, daß der General Stab auch daselbst einquartiret sey, wie woll für 3 tagen Mardenfeld noch zu Ruppin und Wrangel im Mecklenburgischen gewesen. Seine C. D. sein an Cavallerie sterker als der feind, die musquetirer werden auf wagen geführt, können auch zur noth von den reutern hinten auf die Pferde genommen werden. Die bagage ist alles auf diesseit geblieben, daß sich also seine C. D. wenden und kehren können, wohin Sie wollen. Der Allerrhöchste wolle doch durch seine Gnade glücklichen succes verleihen und so woll die trouppen, als Seiner C. D. hohe person bewahren. Man hat bifs dato an den Schweden grofse Furcht vermerket, hingegen bezeugen unsere Leute vom hohen bifs zum niedrigen einen unglaublich eifrigen muth und brennen gleichsam von verlangen an den feind zu kommen, daß man also zu einem guten succes bey einer so gerechten Sache ein gutes Vertrauen hat. Der Allerrhöchste gebe, daß wir ursach und materie haben, bald fernere gute Zeitung zu schreiben und dessen Güte für die erlösung des armen landes zu danken. In dessen schutz empfehle uns allerseits trewlich und bleibe stetz negst fr. begrüfsung aller guten freunde

meines hochgeehrten Herrn Gevatter
Eylends Magdeburg, bereitwilligster
den 14./24. Juni, Montags morgens. trewer Diener
F. M.

Ich sende dieses durch einen expressen
von Halberstadt an meinen Br(uder).

14.

Bericht an Waldeck.

„Auf der Wiesen vor Rathenow, den 16./26. Juny 1675.“

(Schriftstück ohne Unterschrift.)

Gott beschert Glück über Glück. In derselben Nacht, da wir Rathenow erobert, hat der Obrister de la Roche mit

400 Pferden drei Corps de garde in der Brandenburger Vorstadt forciret, 200 Artilleriepferde vom Feind, so darin gestanden, weggenommen und die Artilleriebedienten niedergeschossen, welches alles denn verursacht, daß der Feind in verwichener Nacht in höchster Eil und Konfusion aus seinem Lager bei Pritzerbe und Brandenburg aufgebrochen, Brandenburg verlassen und sich in großer Angst zurückziehet. Wir folgen ihm gleich jetzo mit der Kavallerie und hat unsere Infanterie und Artillerie Ordre uns schleunigst zu folgen. Der Feind soll auf Nauen und Fehrbellin gehen. Der Fürst von Anhalt hat Ordre die Brücke zu Fehrbellin zu ruiniren und die Pässe zu besetzen, davon sie nicht überkommen. Gleich jetzo kommt eine von unseren ausgesickten Partheien wieder, hat eine schwedtsche von 50 Kürassirer geschlagen, einige davon niedergemacht, die übrigen gefangen eingebracht. Der Herr Obristlieutenant Strausf von Ihro Ch. D. Regimént thut auch redlich das Seinige, hat eine Partei von 21 finischen Reutern weg bekommen, 9 erschossen und 12 gefangen eingebracht. Allem Ansehen nach ist die feindliche Armee so gut als ruinirt. Gott gebe, daß ich Ursach und Anlaß habe, dergleichen gute Zeitungen zu continuiren.

15.

Meinders (?) an Waldeck.

Magdeburg, d. 17./27. Juni 1675 (Cop. od. Conc.).

Der Anschlag auf Rathenow, davon ich letzlich in Unterthänigkeit geschrieben, ist glücklich angegangen, und haben S. C. D. diesen Ort den 15./25. bei anbrechendem Tage einkommen, die darin gelegenen 600 Schwedischen Dragoner sind niedergemacht und wenig echappiret. Unter den Gefangenen ist der Obrister Wangelin und seine Frau, wie auch der Obristl. Wrangel und noch einige Offiziere. Die gute Herrn sind ganz sicher gewesen, und haben nicht gemeinet, daß S. C. D. die Elbe so bald passiren würden, zumalen sie auch allenthalben ausgesprengt, ob wären S. C. D. tot und an einigen Orten gezwungen S. C. D. zu beläuten. Der Obrister Wangelin hat es anfangs für einen blinden Alarm gehalten, wie er aber nach langem Zweifel aufgestanden und nach dem Thore gegangen, findet er's bereits offen und von den Unsrigen occupiret. Des Herrn General-Feldmarschalls Dörfling Meinung war gewesen, man sollte ihn als einen Landverderber und Straßenräuber nicht beim Leben lassen. Einige andere aber, man sagt der Landgraf von Homburg und Herr Pöllnitz haben gar sehr für sein Leben gebeten. Wie er zu S. C. D. gebracht, ist er von dero-

selben mit etwas harten Worten traktiret. Seine Frau ist in ihrem Nachtzeug ergriffen worden und alles was sie bei sich gehabt, so sie auf 10 m(ille) 10 Rthlr. zu Gelde rechnen, außer was an anderen Mobilien gewesen unseren Leuten zu Beute worden. Der allhier sitzende espion hat bei seiner Bekannthits auf den Obristen Schmidt beständig verharret, daher dieser anitzo noch so viel graviret wird. Der Herr Obrister Bomsdorf hat die Kommandantenstelle bereits wirklich angetreten. Pfalz-Neuburg hat auf Veranlassung des Herzogs von Hannover an S. C. D. geschrieben, ob Sie etwa zu particulier Traktaten geneigt sein möchten. S. C. D. antworten aber darauf, daß sie einen Universal- und sicheren Frieden verlangen und ohne der hohen Alliirten Vorbewußt zu keinen particulier Traktaten schreiten könnten. Die kaiserlichen Truppen unter dem General Coop sind nun bereits einige Tage im Marsch begriffen gewesen, also daß man ihrer ehestens gewärtig ist.

16.

Briefwechsel Waldecks und Meinders'

Februar bis April 1684,

betreffend die ev. Berufung des Fürsten v. Waldeck zum Statthalter von Preußen.

a. Meinders an Waldeck.

Berlin, 13./23. Februar 1684. (Aut.)

Monseigneur

J'ay receu avec beaucoup de respect la reponce de laquelle V. A. m'a bien voulu honorer. J'espere qu' Elle sera entiere-ment persuadé de la syncerité de mes tres humbles devoirs et que i'embrasseray avec une ioye extreme toutes les occasions qui se pourront presenter de luy en rendre des preuves. V. A. aura desja appris la mort du Duc de Croy Gouverneur General de Prusse. Si V. Alt. avait encore autant d'inclination pour le service de S. A. E. comme Elle en a temoigné autrefois ce seroit un poste digne de son application et dans lequel personne pourroit rendre plus de service à S. A. E. et au publicq. Je supplie V. A. de m'en dire ses sentiments et de m'imputer à aucune temerité la proposition que ie prends la liberté de luy en faire, puis que ie ne crains point d'en estre desadvoué en cas que V. A. crût que ce puisse estre une affaire pour Elle. Le Duc de Croy a institué pour heretier un duc de ce nom appellé Ferdinand Joseph, Chevalier de l'ordre de la toison d'or.

Nous ne le connoissons pas particulièrement. On luy en fera au plustost la notification. S. A. le Prince d'Anhalt est executeur du Testament dans lequel il a fait plusieurs legats a leurs Alt. El.^{es} à nos Princes et a d'autre comme aussy ad pias causas. J'espere au reste que Mons. Fuchs aura bientost l'honneur de faire la reverance à V. A. Il est envoyé Ext.^{re} vers S. A. E. de Cologne, mais il n'aura nul caractere à la Haye ou il ne fera aucune sejour et ne cherchera qu'en passant l'occasion et le moyen de faire la reverance à S. A. Monseig. le Prince d'Orange, et de parler à quelques ministres de l'Estat à monsieur le cons.^{ler} Pens.^{re}

Je suis au reste avec une soubmission entiere

Monseigneur

de V. Alt.

Mons. le Prince de Marbach
est sur son depart pour aller
à Copenhagen.

Le plus humble
et plus devot serviteur
Meinders.

Berlin, le 13./23. Febr. 1684.

b. Waldeck an Meinders

24. (?) Febr. 1684.

(Conc.)

Monsieur,

Je suis persuadé que je doibs à la continuation de votre amitié la proposition que vous venez de me faire, et comme un tel employ convindroit fort à mon âge, ma constitution du corps, et qu'il me donneroit moyen de monstrier la continuation de mon zèle pour le service de S. A. El, dont vous estes tesmoin par le passé. Je serois ravy de rencontrer une occasion si honorable et favorable pour en pouvoir donner des preuves, et sans qu'a mesme temps que l'on nous advertissoit de la mort de Mons. le Duc de Croy, les mesmes advis destinoient son poste a S. A. Mons. le Marggrave Louys de Brandenbourg, ie me serois flatté du succez de vos bonnes intentions pour moy, dont je doibs avec bien de la raison doubter. Puisque la difficulté d'un Competiteur si puissant et fondé dans ces pretensions seroit aussy malaise à surmonter, qu'il seroit malhonneste et imprudent à moy d'y songer, qu'ainsy je ne voudrois pas exposer vostre credit en me rendant ridicule dans cette affaire, autrement si avantageuse et agreable pour moy. Sur tout, si la chose se faisait dans la forme et en me conservant les avantages dont je joug à present, je vous suis toujours fort obligé de cette marque de vostre affection et vous prie de me la continuer, et que ce qui se passe dans cette matiere demeure entre nous, puisqu'au

bruit qui en a couru dans cette ville avant l'arrivée de vostre lettre, personne adjoute foy. En attendant je travaille au possible à seconder les intentions pacifiques, et vois l'affaire tellement avancée, que l'on viendra au but de l'armistice universel, si sa Maj. Tres-Chretienne arreste les hostilités pour quelque peu de temps dans le cercle de Borgoigne. L'on ne neglige rien cependant à disposer les choses pour la defence, si la necessité pour sauver le bien et l'honneur de la patrie la demande, et me promettant les mesmes sentiments de vostre cour, je seray ravy de vous voir acquerir cette gloire d'avoir apporté la facilité souhaite et je demeure

Monsieur

G. Frederic
Pr. de Waldec.

c. Meinders an Waldeck.

1./11. März 1684.

(Aut.)

Monseigneur

S. A. E. a esté bien aise d'apprendre la résolution de V. Alt. et qu'Elle veut bien accepter le gouvernement de Prusse vacant par la mort de feu Duc de Croy. S. A. E. souhaite que V. Alt. se veuille rendre au plutost icy pour convenir les conditions moyenment lesquelles Elle se pretend de se charger de cet employ, et dont on m'aura gueres de peine à ce que j'espere de s'accommoder. J'y contribueray avec plaisir tout ce qui peut dependre de moy. S. A. E. souhaite d'ailleurs que V. A. puisse conserver tous les avantages dont Elle iouit eu ces quartiers là et se persuade que la regle, daß man nicht zwei Herrn dienen könne, souffre en ce rencontre une exception tres bien fondée, puis que S. A. E. est etroitement lié avec les Estats Generaux et que V. A. servant bien l'un ne peut pas deservir les autres. Mais comme cela depandra de leurs H(auts) P(rincipales) et de S. A. Monseign. le Prince d'Orange V. A. voudra bien devant son depart s'adresser aux uns et à l'autre pour regler cette affaire à sa satisfaction. Si V. Alt. me veut mander ses intentions touchant la capitulation qu'elle fera avec S. A. E. prealablement et devant que de venir icy, i'auray peut estre occasion et moyen d'en sonder S. A. E. et de preparer au possible toutes choses pour en venir avec autant plus de facilité à une heureuse fin. Je prie au reste le bon Dieu de conserver V. Alt. en bon disposition et qu'elle puisse avoir la gloire de contribuer au retablissement du repos de la Chrestienté avec tout le succes qu'on a sujet de son promettre, si V. Alt. s'y veut employer tout de bon et n'epargner point le credit et l'autorité qu'Elle a aupres de tous les interesses dans un si grand ouvrage. J'espere que

Mons. le Cons.^{ler} privé Fuchs aura desja veu V. A. et que nous le verrons bien tost de retour chez nous. Je suis avec une soubmission entière.

Monseigneur

de V. Alt.

Le plus humble
et tres devot serviteur

Berlin, le 1./11. Martij 1684.

Meinders

d. Waldeck an Meinders.

A la Haye, le 27. de mars 1684.

(Conc.)

Je viens de voir dans la vostre de 1/11 de ce mois que S. A. E. s'est souvenu si agréablement de moy et voudroit bien me confier suivant vostre proposition le poste, pour la conservation duquel je me suis tant peiné par le passé, et comme j' apprends avec joye la continuation des bonnes graces de S. A. E. et de vostre amitié je vous assure que les difficultés dont je vous ay parlé dans ma precedente levées, et la forme observée, mon indisposition mesmes (estant travaillé des gouttes) ne m'auroit pas empesché de prendre la poste pour aller tout aussy tost à Berlin pour avoir la satisfaction de recevoir les ordres de ce genereux Prince et de vous ambrasser. Mais comme vous savez, Monsieur, les Employs, dans lesquels je suis, vous advouerez, que je ne puis pas, sans choquer la forme avant scavoir les sentiments et avoir la permission de ceux auxquels je me suis engagé m'esloigner de mes charges, n'y accepter la proposition que vous m'avez fait, et quoyque j'eusse souhaitté que l'affaire fust encores demeuré entre nous deux, comme je vous en avais prie, je n'ay pu plus tarder d'en parler suivant vostre advis à S. Alt. Monsieur le Prince d'Orange, laquelle ayant veu avec un plaisir inconcevable dans vostre lettre que Sa. Alt. Elect. s'est souvenu des veritables maximes de Sa maison et de cet estat qui sont le maintien de leurs interests communs et inséparable contre un chacun, et croit sur ce fondement que Saditte Alt. Electorale aimera mieux me voir exercer mes charges ou le danger s'augmentant de jour en jour, jusqu'a ce que le repos necessaire à la Chrestienneté soit obtenu, que de m'en retirer pendant que touts costes nous sommes menacés, et Saditte Altesse ne croit pas honeste ny faisable que dans les perils presentes j'abandonne les postes qu'on m'a fait l'honneur de me confier jusqu'icy s'assurant que suivant les veritables maximes susdittes S. Alt. Elect. voudroit bien joindre les conseils et au besoin les armes à ceux de cet estat, pour obtenir un armistice honeste et raisonnable, pour puis pouvoir faciliter les progresz contre les Turcs, pendant que l'on traite la paix, ou tel armistice nous

estant refusé nous defendre avec succes contre tous, qui nous en veuillent, dans une bonne cause, sous la tutelle divine. Vous jugerez ainsi, Monsieur, que dans l'estat des affaires presentes ou je suis aux ordres de sa Majesté Imperiale, de l'estat des Provinces unies et des Cercles alliés, je n'ay pas la volonté libre, mais l'armistice fait et n'estant obligé de faire ma troisième Courvée contre le Turc, et pouvant conserver mes avantages ailleurs, comme je vous ay escrit, je serois ravy d'avoir la satisfaction de pouvoir servir S. A. E. dans le poste, que vous me destinez, me promettant des conditions au reste digne de la grandeur de ce Prince et douces pour moy, vous priant de faire connoistre mon zèle pour le service de S. A. E. dans vostre rapport, et que je suis bien fasché de ne pouvoir pas jouir de cette effect de ces bonnes graces encores.

Vous me dittes que je dois et puis contribuer au repos. Je vous assure, Monsieur, que je n'y neglige rien, et esperois, que le pas que l'on avait fait de faire une proposition sur laquelle l'on put lu ou il convient arrester l'armistice, monstre evidament, que la disposition dans cette estat et auprès des alliés est pour une cession d'armes, et il ne tient apres Dieu qu'a S. A. E. de nous procurer le repos, ce que je seconderay au possible. S. Alt. le Prince d'Orange ne souhaite nullement la guerre, mais est dans des sentiments justes et intrepides, et à l'advenant que les menaces et les perils s'augmentent son courage et application le fait aussy. Je vous remercie des preuves de votre amitié, que vous me faites paroistre dans cette rencontre et vous prie de me conserver la bonne grace de S. A. E. et votre affection. Je demeure à la Maison Electorale ce que je dois et a vous

Mons.

G. Frédéric
Pr. de Waldeck.

e. Meinders an Waldeck.

Berlin, 12./23. April 1684.

(Aut.)

Monseigneur,

Je n'ay pas manqué de faire un ample rapport à S. A. E. de la teneur de la lettre qu'il a plu à V. Alt. de me repondre touchant la fonction et le poste que S. A. E. luy a fait offrir. Elle a remarqué avec déplaisir que V. A. ne se trouve pas en estat de l'accepter et d'aller en suite aussy tost qu' Elle le iuge necessaire pour son service et comme il luy importe extremement, que cette vacance soit remplye et pourveue au plutost, qu'il est aussy incertain si V. A. en l'acceptant pourra garder ses régiments, son gouvernement et d'autres avantages qu' Elle pre-

tend de conserver conjointement avec cette Statthalterschaft. S. A. E. m'a ordonné d'crire à V. Alt. qu' Elle se trouve obligé de songer à quelqu'autre personne; en quoy pourtant ie vois une infinité de difficultés puis qu'apres avoir songé à toutes les illustres personnes au monde, je m'en trouve guerre dont le choix pourroit estre pleinement au gré et à la fantaisie de S. A. E. V. A. sçait, combien il y a peu de gens au monde doués de ces qualités comme S. A. E. en demande. Elle m'a d'ailleurs commander d'asseurer V. A. de son estime et de son amitié.

Je suis avec une soubmission entière

Monseigneur

Berlin, le 12./23. Avril 1684.

de V. Alt.

Le plus humble
et tres devot serviteur
Meinders.

17.

Studien-Instruktion

für Mons. Friedrich Wilhelm von Grumbkow¹ und Mons. Mechau,
als sie nach Holland gereiset.

(Nach den obwaltenden Umständen, nach Inhalt und Stil
unstreitig von Meinders verfaßt.)

Dez. 1693 (Conc.).

(Geh. Arch. des Kriegs-Ministeriums.)

Nachdem es dem Allerhöchsten nach seiner heyl. Providenz gefallen, die Frau Geh.-Räthin von Meinders durch einen frühzeitigen Tod aus dieser Sterblichkeit zu sich und in sein himmlisch Reich abzufordern, und dann sowohl der Herr Wittwer und Vater von den hinterlassenen Söhnen, denen von Grumbkow, der Herr von Meinders, als die von Sr. Churfstl. Dchl. Unserem gnädigsten Herrn denenselben constituirte Vormünder nach reifer und umständlicher Überlegung der Sachen gut gefunden, die beiden ältesten Brüder, so sich bishero zusammen zu Halle aufgehalten, zu separiren und den älteren, als Friedrich Wilhelm von Grumbkow nacher Leyden in Holland zur Continuation seiner angefangenen Studien zu senden, wie er denn auch selbst diesen Ort vor andern erwählet und dahin zu gehen verlangt hat, auch wegen der Menge der geschickten Professoren und anderer habilen Leute, welche sich daselbst befinden, so etwa in studiis als in seiner übrigen conduite alda am besten profitiren und den ihm vorgesetzten Zweck erreichen kann:

1) So haben dieselben kraft der ihnen obliegenden Schuldigkeit und dann von seiner Churf. Dchl. ihnen gndst. aufgetragenen

¹ geb. 4. Oct. 1678. Stiefsohn von Meinders, dessen zweite Frau Gertrud Sophie von Grumbkow geb. v. Grote war.

Tutel und Curatel ihm, dem ältesten Mons. Grumbkow zu dieser seiner vorhabenden Reise den bisherigen Hofmeister Mons. Mechau ferner zu continuiren resolvirt, in Hoffnung er werde wie bishero also auch noch ferner vor desselben Education Bestes und Wohlfahrt unablässig sorgen, auf seine conduite ein stets wachendes Auge haben und ihm mit guter Information und Anleitung in seinen Studien und Conduite an Hand gehen, auch im übrigen alles dasjenige beobachten, was die Natur der ihm aufgetragenen Funktion, und sonst insgemein die Pflicht eines geschulten, verständigen und rechtschaffenen Hofmeisters erfordert und mit sich bringt.

2) Ihre Reise haben sie sobald es möglich, und ehe noch die Kälte weiter einbricht, anzutreten und ihren Weg durch die Altmark oder über Magdeburg, Halberstadt und Minden zu nehmen, von dannen sie über Osnabrück und ferner über Deventer nach Leyden gehen können. En passant haben sie die Frau von Münch zu Bruckhusen zu besuchen, woselbst sie ein paar Tage bleiben und etwas halten können, damit Mons. de Grumbkow Gelegenheit haben möge, eine so nahe Anverwandtin, die seine seel. Frau Mutter jederzeit sehr geliebet nebst Ihrer Familie zu sehen.

3) Sobald sie zu Leyden angelanget hat sich Mons. Mechau nach einem bequemen Logiament und anständigem Tisch umzusehen und dabei Sorge zu tragen daß er solchen Ort erwähle, wo sich eine gute, anständige und raisonable Gesellschaft befindet, und wo gesunde, verdauliche Speisen gegeben werden.

4) Weilen auch Mons. de Grumbkow nicht von der stärksten Constitution und eine zeithero sehr vielen Flüssen und andern Incommoditäten unterworfen gewesen, so hat Mons. Mechau mit allem Fleiß und so viel solches von menschlicher Sorge und Vorsichtigkeit dependiret, auf die Conservation seiner Gesundheit zu sehen, sonderlich da die Luft in Leyden ohnedem nicht die beste ist, dannenhero sie sich dann mit einem geschickten und erfahrenen Medico, als etwa Mons. Drelincourt, oder sonst einen andern, den sie dazu am bequemsten finden werden, bekannt machen, und sich seines Raths und Assistenz bei erfordernder Noth gebrauchen können.

5) Und wie Mons. de Grumbkow nunmehr selbst weiß, was ihm nützet und schadet, also wird er auch seine Gesundheit selbst fleißig in Acht nehmen, eine gute Diät führen, und sich für undienliche Speisen und Trank, in sonderheit aber für zu viel Milch, Käse, Seefische, Zucker und dergleichen nach aller Möglichkeit zu hüten wissen, damit er nicht nöthig haben möge sein Geld vor Medecine gutentheils auszugeben und die beste Zeit seines Lebens im Krankenbette zu zubringen. Vor Debauchen im Trinken muß er sich sonderlich noch ferner hüten, wie er denn davor von sich selbst auch nicht geneigt ist, und er gar

wohl weiß, daß dergleichen wenig Ehre, oftmals aber vielen Schaden, Ungelegenheit und Krankheiten verursachen.

6) Wann sie sich einigermaßen eingerichtet, wird Mons. de Grumbkow sonderlich die Morgenstunden, als die edelste und beste Zeit, wohl zu menagiren und zur rechten Zeit das Bette, welches im Sommer um 3, spätestens um 6, im Winter aber um 7 Uhr geschehen muß, zu verlassen, auch sich nachhero gebührend zu waschen und zu reinigen wissen, darauf er dann mit Lesen, Beten und Singung ein und des andern Liedes dem höchsten Gott sein schuldigstes Dankopfer abzustatten und sich dessen Schutz und Gnade zu gesunder und glücklicher Hinlegung des angefangenen Tages und zu gesegneter Verrichtung seiner Studien und anderer ihm obliegenden Sachen zu befehlen und darauf seine gewöhnliche Tagesarbeit im Namen Gottes anzutreten hat, auch des Abends, wann er sich zur Ruhe begeben will, den Tag mit gleichmäßiger und einem Christen anständiger Devotion zu beschließen, damit er solchergestalt der Gnade und des Segens Gottes, ohne welche der Menschen Beginnen und Arbeit umsonst, desto mehr versichert sein möge.

7) So viel die Religion betrifft, da hat Mons. Mechau Sorge zu tragen, daß Mons. de Grumbkow in der evangelisch-reformirten ferner unterwiesen werde, und solchergestalt nicht allein einen gewissen Grund seiner Lehre legen, sondern auch in polemicis so viel fassen möge, daß er die Einwürfe der dissentirenden mit Grund widerlegen könne, sonderlich, da wie bekannt in Holland allerhand religiones geduldet und von ihren assedis mit großer Freiheit defendiret werden, dannenhero Mons. Mechau mit einem evangelisch-reformirten Prediger oder professore theologiae daselbst dieserwegen zureichende Abrede zu nehmen und ihm seine Information zu solchem Ende anzuvertrauen (hat).

8) Wie nöthig es aber ist, die fundamenta fidei wohl zu fassen, und wie sehr auch diese Wissenschaft der Menschen Gemüther vergnüget, so ist es dennoch nicht in dem Christenthum zureichend; dannenhero Mons. de Grumbkow sich überdem der wahren und die Verheißung dieses und des zukünftigen Lebens mit sich führenden Gottseligkeit befleißigen, und zu solchem Ende die Predigten des göttlichen Words mit möglichster Attention und solchergestalt, wie es seine Schuldigkeit und seine darunter versirende ewige Wohlfahrt erfordert, mitanhören, auch das darin gepredigte Wort in eine Gott wohlgefellige und den Regeln des Christenthums conforme Übung zu bringen suchen wird, wie er denn auch die heilige Communion zu gehöriger Zeit und zum wenigsten des Jahres vier Mal zu halten hat: woran ihn dann Mons. Mechau fleißig zu erinnern und ihn dazu sorgfältig anzuhalten unvergessen sein wird.

9) Was die Einrichtung und Continuation von Mons. de Grumbkows Studien betrifft, da ist Mons. Mechau aus der neunmonatlichen Erfahrung bekannt, was es damit für eine Be-

wandtniß und wie weit er darin avanciret, dannenhero er auch am besten wissen wird, auf welchen Fuß selbige weiter fortzusetzen, und was er darin anitzo fürderhand am nöthigsten zu tractiren, wie denn solches alles seinem judicio und der von dergleichen Sachen ihm beiwohnenden guten Erfahrung anheimgegeben und er hierdurch auf den *methodiam studiorum*, so er wegen Mons. de Grumbkow für diesem angegeben, hiermit nochmalen verwiesen wird, in Hoffnung, er werde darin fürnämlich auf Mons. de Grumbkows Alter, Profectus, Stand, naissance wie auch andere dabei vorkommende Umstände gebührende Reflexion nehmen, und für allen Dingen dahin sehen, daß er eine jedwede Disciplin oder sciencz, darauf er sich appliciret, wohl fassen, darunter aber nicht übereilet oder überhäufet werde, noch was er fürdem gelernt, vergessen möge; wobei er auch dasjenige, was zu Mons. de Grumbkows Aufnehmen in seinen Studiis gereicht mit anderen vernünftigen Leuten nach Gelegenheit zu überlegen, sich dann und wann ihres Rathes zu gebrauchen und sich zu bemühen, daß er solche Collegia, die ihm am besten anstehen, erlangen möge, wie ihn dann auch Mons. Mechau daraus zu examiniren und ihm ferner mit gutem Rath und Unterweisung an Handen zu gehen und solchergestalt den Lauf seines Studirens zu facilitiren wissen wird. Sollte auch Mons. Mechau hiernächst nöthig finden, dieserwegen ein und andere Erinnerung zu thun oder auch einiges *eclairissement* zu verlangen, so kann er solches allemal bewerkstelligen und darauf fernere Instruktion erwarten.

10) Gleichwie es aber nicht genug ist, eine gute *connaissance* in Künsten und anderen anständigen Wissenschaften zu haben, sondern es nächst dem groſsen Theils auf eine gute vernünftige *conduite* und *practique* ankommt, solche aber nicht sowohl aus Büchern als aus der Konversation mit qualificirten, gelehrten und geschickten Leuten, so in der Welt wohl zu leben wissen und dieselbe kennen, zu lernen und zu begreifen, so hat Mons. Mechau zu sorgen, daß Mons. de Grumbkow sich mit Leuten, die wegen ihrer naissance, Geschicklichkeit, meriten und Wissenschaften estimirt werden, bekannt machen und mit denselben umgehen, auch aus ihrer Konversation gebührenden Nutzen schöpfen möge, wie ihnen denn zu Erreichung solchen Zweckes begehende Recommendationsschreiben an den Herrn von Spannheim und andere mitgegeben werden.

11) Sollten dann und wann im Haag einige Solemnitäten und andere Sachen fürgehen, aus deren Augenschein und persönlicher Observation Mons. de Grumbkow einige *avantage* zu verhoffen, so können sie sich solcher Occasion und da der Ort so nahe bei Leyden liegt, gebrauchen, auch dabei Gelegenheit nehmen Sr. Churf. Dchl. wie auch einigen anderen sich aldort befindenden Ministris die Cour zu machen, wobei sie aber dahin

zu sehen, daß solches nicht gar zu oft, auch nicht mit großen Kosten, noch gar zu großer Versäumnis der Studien geschehe, als welches noch zur Zeit der Hauptzweck ist, worumb Mons. de Grumbkow nacher Holland gesandt wird.

12) Weilen auch Mons. de Grumbkow allbereit einige gute profectus in der französischen Sprache erlanget, so wird er darin weiter zu avanciren geffissen sein, sonderlich da selbige heutiges Tages vor allen andern excoliret und nunmehr so häufig vor allen andern universellement gebrauchet wird, daß man selbiger ohnmöglich entrathen kann, welches er hiernächst, wenn er nach des Höchsten Willen zu einigen affaires kommt, selbst handgreiflich finden wird, dannenhero er nicht allein solche mit Schreiben und Lesen für sich zu Hause exerciren, sondern auch die französischen Predigten fleißig besuchen, auch mit geschickten und vernünftigen Franzosen, aus deren Conversation in vita et in moribus oftmals viel zu lernen, zu Zeiten umgehen kann, woran es ihm dann in Leyden und Holland niemals ermangeln wird.

13) Damit er auch nicht allein ein gutes Judicium erlangen, sondern auch eine connaissance von dem was heutigen Tages in der Welt bei so wichtigen Conjunctionen vorgehet, so viel es sein kann, erlangen, auch dasjenige, was er davon begriffen, ferner zu seinem künftigen Nutzen excoliren möge, wird es ihm sehr dienlich und zuträglich sein, die Zeitungen jedesmahl durchzulesen, auch die kleinen Bücher, so in Holland von Zeit zu Zeit herauskommen und mit schönen politischen Reflexionen zum öfteren angefüllet sind, sich bekannt zu machen, wobei er dann auch stets die Landkarten zur Hand haben und wenn er etwas in der Zeitung nicht begreift von Mons. Mechau sich darüber esclairiren lassen kann.

14) In denen Exercitiis als Tanzen, Fechten und Reiten hat Mons. de Grumbkow allbereit einen guten Anfang gemacht und können die beiden ersten, wenn Gelegenheit dazu vorhanden per intervalla continuiet, das dritte aber annoch etwas weiter ausgesetzt werden, bis sich dazu eine gute Occasion ereignete, welche sich hiernächst an einem andern Ort oder auf Reisen besser als zu Leyden finden wird.

15) Weilen Mons. de Grumbkow eine sonderliche Beliebung zur musique trägt, und er überdem eine gute Disposition von Natur dazu hat, auch allbereit ziemlich weit darin avanciret, so wird er sehr wohlthun, eine so schöne und angenehme Wissenschaft sowohl für sich, als auch bei einem geschickten musico ferner zu treiben, und sich sonderlich auf der Viole de Gambe und der Flöte, als worauf er schon einen guten Anfang hat, zu perfectioniren suchen wird.

16) Im übrigen wird Mons. de Grumbkow sich verhoffentlich aufs Äußerste angelegen sein lassen, den höchsten Gott, für

dessen Angesicht nichts verborgen, allerstets für Augen und im Herzen zu haben, und auf dessen Wegen, soviel es in dieser Schwachheit sein kann, zu wandeln. Daneben wird er die edle und unwiderbringliche Zeit und die beste Blüthe seiner Jahre, wie auch das gute Talent, wie ihm der Höchste nach dem Reichthum seiner, anvertrauet, wohl anzuwenden suchen, um solches hiernächst seinem Schöpfer mit Wucher wieder zu erstatten, und darauf die Gnadenbelohnung in der Ewigkeit dafür zu genießen. Ferner wird er consideriren, daß er von einer vornehmen Familie entsprossen, und von einem illustren, geschickten, redlichen und um Sr. Churf. Dchl. und Dero Lande höchst verdienten Vater gezeuget, dessen ruhmwürdiges Exempel und immer grünendes Lob er sich ohn Unterlaß für Augen zu stellen und mit einer noblen Ambition zu folgen (hat), damit er die Ehre, so dadurch auf ihn deriviret, ferner ausbreiten und sich hiernächst geschickt machen könne, Sr. Churf. Dchl. wie auch Dero Landen und seiner vornehmen Familie viele nützliche Dienste zu erweisen. Ferner begreift er von sich selbst, daß um in der Welt wohl fortzukommen und die Affektion aller Leute zu gewinnen nichts nöthigeres noch gedeihlicheres sein kann als einem jedweden nach seinem Stande Respekt, Ehre, Höflichkeit, Dienste, Freundschaft und Liebe zu erweisen, keinen mit Vorsatz oder unnötiger Weise zu beleidigen, es sei mit Worten, Werken oder niedrigen Minen zu offendiren, noch denselben mit piquanten raillerien, schimpflichen Nachreden oder unzeitigem Judiciren zu erbittern, als welches alles contre le devoir d'honnête homme laufet, und viele Ungelegenheit, Feindschaft und Handel nach sich ziehet, davon er bereits selbst einige Erfahrung hat. Als ein junger und aus vornehmen Geblüte entsprossener Edelmann wird er jederzeit und in allen Stücken noble Sentiments führen, und sich aller adligen Tugenden befleißigen, hingegen aber sich aufser allem Zweifel mit allem Fleiß vor dasjenige hüten, was seiner naissance unanständig und seinen guten Namen auf einigerlei Weise beschmutzen oder bei vornehmen und vernünftigen Leuten ihn in Verdacht und üble Opinion setzen kann; dannenhero er alle Laster, unter was für Lieblichkeit oder Prätext sie sich auch ihm fürstellen mögen, als einem höchst schädlichen Gift zu fliehen und zu gedenken, daß dadurch nichts anderes als des Höchsten Unsegen und vornehmer und geschickter Leute Ungunst und Verachtung zu erwerben. Von der Gelegenheit, so er hat alle nöthige und seiner naissance anständige Wissenschaften zu lernen, hat er billig zu profitiren, und die bequemste Zeit sich util zu machen, nicht zu versäumen, sondern sie anzusehen, wie eine Sache, so geschwinde dahinfleucht und nicht wiederkehret, damit er hiernächst das appui, so ihm durch seiner werthen seeligen Eltern Absterben gar zu zeitig abgangen, hiernächst durch seine eigene Geschicklich-

keit und Meriten wieder ersetzen könne. Insonderheit hat er auch die gute, heilsame Lehren, Erinnerungen und Gebote, welche ihm seine liebwerthe seelige Frau Mutter, sowohl mündlich als schriftlich gegeben, stetig zu erinnern und solche allezeit für Augen und im Herzen zu haben.

17) Seine Mittel hat er soviel möglich zu menagiren, weil nunmehr diejenigen, so bishero für ihn gesorget nach des Höchsten Verhängniß gestorben, und seine Auferziehung ein Großes erfordert, künftig auch, wenn er nunmehr seine Reise antreten und sein Etablissement in der Welt suchen soll, noch ein weit mehreres darauf gehen wird, wobei jedennoch darauf zu sehen, daß aus solchen Considerationen dasjenige nicht versäümet oder hinten gesetzt werden möge, was ihre bienseance und die Nothdurft mit sich bringet.

18) Was sonst nöthig sein möchte zu Mons. de Grumbkows Besten, in der Formirung seines Gemüthes, wie auch in der Fortsetzung seines Studirens, zu beobachten . . . solches wird Mons. Mechau nach seiner Dexterität zu beobachten und ihm in allen Stücken solche Sentiments zu inspiriren wissen, wie es die Regeln der Tugend, Probität und Honnestetät und die Schuldigkeit eines jungen, wohlgebornen und nach Ehren strebenden Edelmannes erfordern, dessen sich sowohl der Herr Vater als die sämmtlichen Herren Vormünder zu ihm versehen und hingegen der Hoffnung leben, Mons. de Grumbkow werde ihm als seinen vorgesetzten Hofmeister in allen Stücken deference und Gehorsam erweisen . . . demselben aber in keine Wege mit Ungehorsam und Widerspenstigkeit reluctiren, massen er für seine Person und Auferziehung zu antworten, und von ihm billig zu hoffen, daß er nach Möglichkeit dasjenige suchen werde, was zu Mons. de Grumbkow Interesse und Wohlfahrt gereicht.

19) [Betrifft die Besoldung für Mechau, wobei die Zahlen noch in blanco gelassen und das Versprechen wiederholt wird, später für ihn zu sorgen.]

20) Was für eine conduite Mons. de Grumbkow führet, wie er in seinen studiis fortfähret, und in was für einem Zustande er sich sonst befindet, solches hat Mons. Mechau von Zeit zu Zeit zu berichten, und alle Woche einmal zum wenigsten zu schreiben, die Briefe auch nur auf der Post alldorten, wie sie dann auch diejenigen Briefe, so ihnen von hier zugesandt werden möchten, zu Leyden in dem Posthause zu empfangen haben werden.

21) [Betrifft die Mittel zur Reise, wobei wieder die Zahlen in blanco gelassen. Es werden ihnen Wechsel mitgegeben], welche Posten Mons. Mechau in Empfang zu nehmen und wann solche ausgegeben, zu berechnen, auch wenn sie mehr an Gelde nöthig haben möchten, es in Zeiten und da sie noch ein Thaler

20 oder 30 in Vorrath haben, vorher zu berichten, damit deswegen die Nothdurft gebührend beobachtet werden könne.

22) Womit übrigens sowohl der Herr Vater, als die sämtlichen Herrn Vormünder ihnen eine glückliche Reise, gute Gesundheit und einen gedeihlichen und gesegneten Fortgang in ihrem Beginnen, Thun und Lassen von oben herab erwünschen.

Sign. Berlin, Dez. 1693.

Dergleichen Instruktion ist denen andern Herrn Grumbkowsen auch gegeben.

Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart.

Soeben erschienen:

Die römische Agrargeschichte

in ihrer Bedeutung
für das Staats- und Privatrecht
von **Max Weber.**

Mit 2 Tafeln. 8. geh. M. 8.—

Verlag von DUNCKER & HUMBLOT in Leipzig.

Die Kabinetsregierung in Preussen

und

Johann Wilhelm Lombard.

Ein Beitrag zur Geschichte des preussischen Staates vornehmlich
in den Jahren 1797 bis 1810.

Von **Hermann Hüffer.**

1890. Preis 12 M., geb. 14 M.

Paul von Fuchs,

ein brandenburgisch-preussischer Staatsmann
vor 200 Jahren.

Biographischer Essay

von **F. von Salpius.**

1877. Preis 4 M.

Denkwürdigkeiten

des

Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg.

Herausgegeben von **Leopold von Ranke.**

5 Bände. gr. 8. 1877. Preis 76 M.

Städte und Gilden

der germanischen Völker im Mittelalter.

Von **Karl Hegel.**

2 Bände. 1891. Preis 20 M.

Pol-g. 318^h Libel

Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen.

Herausgegeben von
Gustav Schmoller.

Band **XI.**

Heft 5.

Die brandenburgisch-preussische Heeresverfassung

unter dem Großen Kurfürsten.

Von

Dr. Friedrich Freiherrn von Schroetter.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1892.

Staats- und socialwissenschaftliche
Forschungen

Abhandlung - Geringer
Grundergründe

von

Dr. Gustav Schmoller

Königliche Preussische Akademie der Wissenschaften

in Berlin

Verlag von Duncker & Humblot

Leipzig

Verlag von Duncker & Humblot

1893

Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen

herausgegeben

von

Gustav Schmoller.

Elfter Band. Fünftes Heft.

(Der ganzen Reihe fünfzigstes Heft.)

v. Schroetter, Die brandenburgisch-preussische Heeresverfassung
unter dem Großen Kurfürsten.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1892.

Die
brandenburgisch-preussische
Heeresverfassung

unter dem Großen Kurfürsten.

Von

Dr. Friedrich Freiherrn von Schroetter.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1892.

Preussisch-Brandenburgische
Heeresverfassung

unter dem Namen: Preussische Heeresverfassung

von

Alle Rechte vorbehalten.

Dr. Friedrich Freiherrn von Scherff



Leipzig

Verlag von C. Neumann, Neudamm

1892

Inhaltsübersicht.

	Seite
Einleitung	1
Hülfsmittel.	1
Werbung und stehendes Heer.	3
I. Lehnsfolge und Landaufgebot.	7
Ihre Unzulänglichkeit.	7
Ihre Verwendung in den verschiedenen Landen	9
II. Heeresorganisation	16
Entwicklung bis zum dreißigjährigen Kriege	16
Die prima plana	19
Der Regimentsstab	22
Die höheren Offiziere und Behörden	25
Die Militärgerichtsbarkeit	28
III. Die Verpflegung	34
Die Entwicklung der Truppenverpflegung bis 1640	34
Die Beschaffung der Mittel	41
Kriegssteuern und Subsidien	41
Die Assignationen	42
Die Militärexekutionen.	45
Beute und Lösegeld	48
Die Verwendung der Mittel.	49
Werbegelder	50
Die Verpflegungsordonnanz	52
Die Einschränkung der Quartierverpflegung.	62
Das Magazinwesen	69
Das Bekleidungswesen	74
Die Remontierung.	77
IV. Die Kommissare	79
Die Entstehung der Kommissariatsbehörden im dreißig- jährigen Kriege in Brandenburg und in den westlichen Ländern	79
Die Übertragung des Kreis- und Landkommissariats auf die übrigen Provinzen	82
Die Thätigkeit der Kreis- und Landkommissare	84
Die Entwicklung des Kriegskommissariats bis 1660	85
Das Kriegskommissariat seit 1660	89
Das Verhältniß der Kriegskommissare zum Heere und Lande	92

	Seite
V. Die Gemeinen	96
Die Ergänzung der Gemeinen	96
Aushebung vom Lande	96
Die Werbung	97
Schutz der Einwohner gegen die Werber	99
Die sociale Stellung der Gemeinen	101
Ihr Verhältniß zur Bevölkerung	102
Die Traktamentsverhältnisse	103
Die Reduzierungen	105
Die Alters- und Invalidenversorgung	106
VI. Die Offiziere	109
Der Einfluß des dreißigjährigen Krieges auf die Offiziere	109
Die Stellung der Offiziere in Gesellschaft und Staat	111
Das Verhältniß der Offiziere zur Bevölkerung	111
Das Verhältniß der Offiziere untereinander	113
Das Verhältniß der Offiziere zum Fürsten	116
Die Vorschüsse	119
Die Finanzerei	122
Die Regeneration des Offizierstandes	124
Die Musterungen	124
Die Kapitulationen	132
Der Bildungsgang	138
Die Regimentsoffiziere	141
Die Generale	142
Die Altersversorgung	143
VII. Die Artillerie	145
Die Zunft der Büchsenmeister	145
Die Artillerieoffiziere Friedrich Wilhelms	149
Die Hülfsmannschaften	151
Die Bespannung	152
Die Verpflegung	154
Schluss	156

Abkürzungen

einiger häufig benutzter Quellen.

- R = Repositurnummer des Geheimen Staatsarchivs Berlin.
 Kr. Min. = Geheimes Archiv des Königlich preussischen Kriegs-
 ministeriums.
 Mnsch. Bor. = Manuscripta Borussica der Königlichen Bibliothek
 Berlin.
 M = Ch. O. Mylius, Corpus constitutionum Marchicarum.
 UA = Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte Friedrich Wilhelms
 des Großen Kurfürsten von Brandenburg.
 Orlich = Leopold von Orlich, Geschichte des preussischen Staats im
 siebzehnten Jahrhundert. 3 Bde. Berlin 1838.

Einleitung.

Wann und wo immer über die Anfänge des preussischen Staates, also über die Regierung des Großen Kurfürsten, gesprochen und geschrieben wurde, da hat ein Eingehen auf die militärischen Verhältnisse nicht vermieden werden können. Denn es war dieser Staat gleichsam geboren aus dem Schoße einer Zeit, in welcher die Menschen vergaßen, daß man auch im Frieden leben könne, er wuchs dann empor durch die Macht seiner Waffen. Die Schlacht von Warschau machte den brandenburgischen Namen Europa bekannt und die von Fehrbellin begründete die Großmachtsstellung des preussischen Staates.

Wie aber kam es, daß dieses arme Land sich eine Kriegsmacht schaffen konnte, die im stande war, nach einem langwierigen Rheinfeldzuge die Schweden aus der Heimat zu verjagen? Und wie war es möglich, eine so bedeutende stehende Armee zu unterhalten, ohne das Land zu verderben, ohne die Leiden des großen Krieges zu verewigen?

Es muß von Interesse sein, die innern Gründe dafür, oder, was dasselbe sagt, das Wesen, die Verfassung dieses Heeres kennen zu lernen.

Hilfsmittel.

Das Thema ist schon in einigen Arbeiten behandelt worden. Zunächst ist das Buch Stuhrs zu erwähnen¹. Sein Material setzt sich zusammen aus den Urkunden des Mylius, den Königschen Handschriften der berliner Königlichen Bibliothek, einigen dar-

¹) P. F. Stühr, Brandenburgisch-preussische Kriegsverfassung zur Zeit Friedrich Wilhelms, des Großen Kurfürsten. Berlin 1819. I. Nur der erste Teil ist erschienen.

stellenden Werken wie Pufendorf, Baczko und Städtegeschichten; Archive standen ihm nicht zu Gebote. Seine Darstellung ist doch nicht viel mehr als eine sorgfältige Excerptierung der genannten Quellen und eine Aneinanderreihung dieser Auszüge. Sehr erschwert wird die Benutzung der Arbeit durch den Mangel einer Einteilung in bestimmte Abschnitte.

Auch in dem Kapitel, das L. v. Orlich der Heeresverfassung widmet, beeinträchtigt die rein chronologische Aufzählung der verschiedenen Verordnungen und Ereignisse das Verständnis der allmählichen Entwicklung¹. Der Urkundenteil ist für die militärischen Verhältnisse von großem Werte.

Ein bedeutender Fortschritt ist nicht zu verkennen in dem viel benutzten, tüchtigen Werke von H. von Gansauge². In systematischer Ordnung bespricht er kurz und bündig die früheren Formen der Landesdefension, die Waffengattungen und ihre Organisation, die Offiziere, die Verwaltung, Disciplin, Stärke der Armee, Waffen, Fortifikation, Taktik. Man vermißt dagegen besonders eine Darstellung der für die damalige Zeit so wichtigen Verpflegungsverhältnisse und der Stellung der Obersten.

Hierauf geht zuerst näher ein R. de l'Homme de Courbière in seiner Geschichte der brandenburgisch-preussischen Heeresverfassung (Berlin 1852) und in einem Aufsatz über die brandenburgisch-preussische Heeresverwaltung³. Obgleich die Zeit des Großen Kurfürsten im ersten Werke auf nur 16, im zweiten auf nur 13 Seiten behandelt wird, so machen die mit ganz wenigen Ausnahmen zuverlässigen und auf das innere Wesen der Sache eingehenden Erörterungen beide Arbeiten wertvoll. Wenn ich einige seiner Auffassungen als irrtümlich nachzuweisen suche, so soll damit nicht gesagt sein, daß die früheren Werke frei von diesen Irrtümern sind; vielmehr wende ich mich allemal gegen Courbière, weil ich dessen Arbeiten über unser Thema für die besten halte, und weil sie auch zuletzt erschienen sind.

In den 33 Jahren, welche seit der Herausgabe des letztgenannten Werkes verstrichen sind, ist nun die historische Forschung gewaltig weitergeschritten und läßt alle jene Arbeiten als ungenügend erscheinen⁴. An Material sind 14 Bände Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Großen Kurfürsten erschienen, für die drei ersten Regierungsjahre Friedrich Wilhelms

¹ Orlich II 329—415.

² Das brandenburgisch-preussische Kriegswesen um die Jahre 1440, 1640, 1740. Berlin, Posen und Bromberg 1839.

³ Im „Archiv für Landeskunde der preussischen Monarchie“. V. 1859. — Von demselben Verfasser kommt auch in Betracht „Grundzüge der deutschen Militärverwaltung“. Berlin 1882.

⁴ Das wurde schon öfter empfunden. S. z. B. R. Koser, Umschau auf dem Gebiete der brandenburgisch-preussischen Geschichtsforschung. Brandenb.-preuss. Forschungen I 34.

ergänzt durch Protokolle und Relationen des Geheimen Rats; einige Truppengeschichten, das Buch v. Mülverstedts, zwei Aufsätze von F. Hirsch und G. Lehmann bringen diplomatische Beiträge¹; die Geschichte der preussischen Politik von J. G. Droysen, die Aufsätze G. Schmollers und Isaacsohns Werk über das preussische Beamtentum erweitern und vertiefen unsere Kenntnis der äußern Politik, der innern Verwaltung des großen Fürsten. Die Geschichte der Kriegswissenschaften von M. Jaehns ist nicht nur als kritische Quellenkunde, sondern auch durch sehr eingehende Auszüge wertvoll.

Somit wird der im folgenden gemachte Versuch, einige Kapitel aus der brandenburgisch-preussischen Heeresverfassung von neuem zu bearbeiten, nicht ungerechtfertigt erscheinen.

Das bedeutende Material, welches noch in den Archiven verborgen liegt, kann nur nach und nach hervorgeholt werden. Es war mir vergönnt, das berliner Königliche Geheime Staatsarchiv und einige Akten des Königlich preussischen Kriegsministerialarchivs zu benutzen².

Werbung und stehendes Heer.

Spricht man von den Reformen des Großen Kurfürsten auf militärischem Gebiete, so hat man dabei vor allem die Einführung der Heeresergänzung durch Werbung und die Überführung des Söldnertums „auf Zeit“ in das Institut des miles perpetuus im Sinne. Beide Einrichtungen sind wie so viele andere des zum zweiten Male gegründeten Staates keine neuen. Seit die italienischen Condottieri sich mit ihren Geworbenen den Republiken und Fürsten verdangen, seit dem Reiselaufen der Schweizer, und seitdem Maximilian I. in den geworbenen Landsknechten wieder eine deutsche Infanterie geschaffen hatte, verdrängte die Söldnerei immer mehr das Lehnssystem.

Auch das stehende Heer kannte man schon lange. Es wurde mit dem nationalen Abschluß der Staaten gegen die mittelalterlichen universalen Tendenzen des Kaisers und Papstes zur Notwendigkeit. Es begannen zwischen den konsolidierten Monarchien andauernde Kriegskonflikte, welche man nicht mit Einrichtungen bestehen konnte, die nur für einen rasch vorübergehenden Krieg

¹ G. A. v. Mülverstedt, D. brand. Kriegsmacht unter d. Gr. Kurf. Magdeburg 1888. — G. Lehmann, D. brand. Kriegsmacht unter d. Gr. Kurf. Brand.-preuss. Forschungen I 451 ff. — F. Hirsch, Die Armee des Gr. Kurfürsten 1660—1666. Histor. Zeitschr. 53. Bd. S. 320 ff. — Daß mir G. Schmollers Aufsatz „Die Entstehung des preussischen Heeres“, Deutsche Rundschau III 1877, als Programm vorgelegen hat, wird man unschwer erkennen; in Schmollers Seminar ist die vorstehende Arbeit entstanden; ich bin ihm und den Archivbehörden für mancherlei Hinweise und Unterstützung zu Danke verpflichtet.

bestimmt waren. Die Hussiten- und Türkenkriege zeigten, daß man die Vasallentruppen nicht in längeren Kriegen auf entferntem Boden verwenden könne¹. Schon 1445 hatte Karl VII. von Frankreich seine berühmten 15 Ordonnanzkompagnieen aufgestellt, ihm folgte mit großen stehenden Armeen Philipp II. von Spanien. Die englische Invasion und die das Land verheerenden Söldnerscharen hatten die französischen Stände bewogen, ihrem Könige die nötigen Mittel zu bewilligen, das Silber von Potosi machte es den Spaniern möglich, ihr Heer im Frieden beizubehalten. Daran, daß man in Deutschland zu keiner regelmäßigen Steuer gelangen konnte, scheiterten hier alle Versuche, die zur Einführung des stehenden Heeres gemacht wurden. Ein solches konnte erst mit der Bildung eines abgeschlossenen, auf sich selbst gestellten Territorialstaates entstehen. Dieser Staat war für das stehende Heer wie gesagt, ebenso nötig wie dieses für ihn. Warum aber kamen denn damals nicht alle deutschen Territorialstaaten zu einem stehenden Heere? Weil ihnen die Hauptsache fehlte, ein Fürst mit Einsicht und starkem Willen. Der Hohenzoller erkannte das Heil der Zukunft in den für eine mächtige Streitmacht dargebrachten Opfern der Gegenwart. Noch waren keine 20 Jahre seit Friedrich Wilhelms Regierungsantritt vergangen, da stand sein Staat schon als eine Macht da, ohne welche die europäischen Politiker ihre Rechnung nicht machen durften.

Die Vorteile des stehenden Heeres wurden in Deutschland schon früh eingesehen. Aventinus rät, eine Kriegsrentstube und stehendes Kriegsvolk einzuführen, Markgraf Albrecht von Brandenburg stellt das „desiderium“ des stehenden Heeres auf², und Wallhausen weist darauf hin, daß, indem man die Soldaten nur ein paar Sommermonate unter den Waffen halte, diese nur ungenügend zum Kriegsdienste ausgebildet werden könnten. Die mehr als 100 Griffe mit der Muskete lernten sich doch viel schwerer als das einfache Exercitium mit dem Spiesse. Ferner wüßten die Offiziere im Winter ohne Sold ihr Leben kaum zu fristen, die Soldaten aber zögen gartend durch die Lande, verlernten das Waffenhandwerk und die Disciplin³.

Daß der Gedanke des miles perpetuus Friedrich Wilhelm immer vorgeschwebt hat, beweisen seine fortwährenden Versuche, die Stände seiner Lande zur Bewilligung größerer Mittel zu bewegen; er deutet dabei immer auf die von Polen, Schweden, Franzosen und Türken drohenden Gefahren hin, denen er mit seinen wenigen Festungsbesatzungen nicht werde widerstehen

¹ Karl Knies, Das moderne Kriegswesen. Berlin 1867. S. 17.

² M. Jaehns, Gesch. der Kriegswissenschaften. S. 693.

³ Johann Jakobi von Wallhausen, Kriegskunst zu Fuß. Oppenheim 1615.

können. Auch in seiner Instruktion für die Gesandten zum Reichstage von Regensburg 1663, wo es sich um Abwehr der Türken handelte, sagt er: „es sei zur Sicherheit des Reiches nötig, daß ein perpetuus miles im h. röm. Reich unterhalten wurde, welcher nicht so sehr in numero als in robore und in geübten und tapferen Soldaten und Offizieren bestunde, und daß dieselben ordentlich und ohne Abgang besoldet würden“¹.

Betont muß aber werden, daß, wenn der Kurfürst auch die Notwendigkeit des stehenden Heeres erkannte, wenn es auch in den letzten 2 Jahrzehnten zu einem solchen gekommen war, dieses doch nur immer als ein Ausnahmezustand angesehen wurde: Gesetzlich bestand unter Friedrich Wilhelm noch kein stehendes Heer. (S. S. 74.)

In der Heeresverfassung knüpften sich an den Übergang vom Söldner „auf Zeit“ zum miles perpetuus alle jene Reformen, welche der Gestaltung derselben bis zur Gegenwart ihren Weg vorzeichnen sollten. Was bisher auf Willkür, auf vorübergehenden Abmachungen beruht hatte, nahm feste bleibende Formen an, das Überlieferte, Herkömmliche wurde zum Gesetz. „Aus seiner bisherigen nahezu privatrechtlichen Stellung wurde das Kriegswesen hinübergeführt in den organischen Zusammenhang mit allen anderen Gewalten und Lebensformen des Staates“².

Zugleich war das Söldnerwesen dem ihm von Grund aus entgegengesetzten Feudalismus entgegengetreten³. Auf dem Systeme der Werbung aber beruhte das stehende Heer. Die Stände wußten sehr wohl, daß dieses ihr Steuerbewilligungsrecht einzuschränken, ja zu beseitigen drohe, daß es der Hauptfeind ihrer Libertät war; darum verlangten sie immer, der Staat solle mit einigen Festungsgarden, der Lehnsfolge und dem Aufgebot des Landes und der Städte auskommen.

Friedrich Wilhelm mußte sie vor der Hand als selbständige Obrigkeiten anerkennen, denn sein erstes Ziel war der militärische Schutz seiner Staaten nach außen. Um diesen Preis erlangte er von ihnen die Mittel für das Heer. Erst nachdem dessen Existenz notdürftig gesichert war, wandte man sich den Reformen der innern Verwaltung zu, die dem Heere gegenüber als bloßes Mittel erscheinen. Wie sehr auch der Monarch für das Wohl seiner Unterthanen besorgt war, er war es immer in erster Linie,

¹ UA XI 191.

² M. Jaehns a. a. O. S. 1141.

³ Die sich hier bekämpfenden aristokratischen und demokratischen Tendenzen kamen wohl selten zu einem so starken und charakteristischen Ausdruck, wie damals, als der florentinische Kondottiere Paolo Vitelli den gefangenen Schioppetieri (Büchenschützen) die Augen ausstechen und die Hände abhauen ließ, „weil es ihm unwürdig schien, daß ein wackerer und oft adliger Ritter von einem verachteten und gemeinen Fußsoldaten verwundet und niedergestreckt würde“. J. Burckhardt, Die Kultur der Renaissance in Italien. 4. Aufl. I 99.

um sie leistungsfähig zu machen, um durch das Heer dem Staate dessen Wesen, die Macht, zu geben und zu erhalten.

Die Armee selbst aber mußte von allen provinzialen, lokalen und genossenschaftlichen Hemmnissen befreit und zu einem nur staatlichen, also fürstlichen Werkzeuge umgeschaffen werden. Auf sie gestützt machten sich Friedrich Wilhelm und seine Nachfolger absolut nach außen und nach innen. Diefser Prozeß ist auf allen Gebieten der Heeresverwaltung zu beobachten: Die ständischen Armeeverwaltungsorgane versagen — ein staatliches, nur dem Fürsten verpflichtetes Beamtenpersonal entsteht; mit dem Verpflegungswesen kommen die Stände auf keinen grünen Zweig — es wird in einheitliche fürstliche Verwaltung übergeführt; die Landesaufgebote waren von den Ständen abhängig — sie werden verworfen, der Fürst allein wirbt die Truppen; die Kontrakte der Obersten, durch welche sie autonome Herren der Regimenter waren, beschränken die Freiheit des Monarchen — sie werden allmählich ganz in den Hintergrund geschoben, Friedrich Wilhelm ist Herr der Soldaten, er giebt die Regimenter, wem er will.

Wie dieses alles erreicht wurde zu zeigen, ist die Aufgabe dieser Arbeit.

I.

Lehnsfolge und Landaufgebot.

Unzulänglichkeit.

Wie man in Brandenburg während des friedlichen 16. Jahrhunderts nicht gezwungen war, sich viel mit Kriegsrüstungen zu plagen, sondern sich damit begnügen konnte, einige Führer in Wartegeld zu nehmen, die dafür im Falle des Krieges eine bestimmte Anzahl Soldaten zu stellen sich verpflichteten, wie man sich sonst auf die Lehnsdienste der Ritterschaft und das Aufgebot des Landes verließ, so hielt man auch noch am Anfange des 17. Jahrhunderts an diesen Maßregeln fest, ja man schritt sogar nach dem Beispiele anderer Fürsten zur Einrichtung von Defensionsordnungen, d. h. „zu Versuchen, die alte Lehns- und Landfolge zu reorganisieren und zu militärischer Verwendbarkeit auszubilden“¹.

Die Erfahrungen von 1610 und 1620 in Brandenburg², von 1622 in Preußen³ legten die gänzliche Unzulänglichkeit dieses Ersatzmodus an den Tag⁴. Der Adel hatte den Kriegsdienst verlernt. Wallhausen jammert noch, daß sich für seine vornehmste

¹ F. Meinecke, Reformpläne für die brandenburgische Wehrverfassung zu Anfang des 17. Jahrhunderts. — Brand.-preuss. Forsch. I 445. Dietzel sieht das Unterscheidende der Defensionsordnungen von Ritterdienst und Landfolge darin, daß in jenen ein militärischer Charakter gleich anfangs erstrebt wurde: Zur Militärverfassung Kursachsens im 17. und 18. Jahrhundert, Archiv f. sächs. Gesch. II 422 f.

² F. Meinecke a. a. O. und Courbière, Verfassung S. 20 u. 26.

³ Gansauge a. a. O. S. 168 ff.

⁴ In den späteren Jahren des dreißigjährigen Krieges kam das Landaufgebot nur sehr wenig zur Geltung, da es sich meist als vollkommen unbrauchbar erwies. An seine Stelle trat der von Städten und Dörfern zu stellende „Soldat unterm Landvolk“. Er wurde geworben — das Laufgeld betrug 2 Thaler —, war also wohl ein Soldat von Be-

Waffe, die gepanzerten Lanzenreiter, keine Leute mehr finden wollten¹. 1622 setzten die Junker in Preussen Schuster, Schneider, Schulmeister „und andere Handwerker“ auf die Pferde, sie selbst kümmerten sich mehr um ihre Besitz- und Standesinteressen als um ihre militärische Leistungsfähigkeit, sie waren zu einem unkriegerischen agrarisch-feudalen Besitzadel geworden². Zierlich zur Musterung gehen, in schöner Rüstung prangen, sagt ein Bericht aus jener Zeit, und mit Leuten scharmützen, die weiße Schürzen tragen, da sollt sich ein Jeder brauchen lassen, aber zu Feld liegen, Städte und Festungen belagern, stürmen und einnehmen, oder Feldschlachten thun: das ist Geckswerk³.

Nicht besser stand es mit dem Aufgebot der Städte und des Landes. In Sachsen sehen wir die Regierung mit immer wiederkehrenden Versuchen der Defensionsverfassung auf die Beine zu helfen sich abplagen, aber vergebens. Sie mußte Rücksicht nehmen auf „die Nahrung“ der Unterthanen; die Beamten, die Stadt- und Dorfbehörden gingen ohne alle Lust ans Werk, es fehlte an geübten Offizieren, die Lokalexerzierung war eine viel zu kurze — 1663 nicht über 4 Mal jährlich je 2 Tage —, um den bescheidensten Vergleich mit Berufssoldaten zu erlauben. Die Aufgebotenen mußten Weib und Kind zu Hause lassen, im Felde hungerten sie, denn der Regierung fehlte Geld. Daß sie sich in der Schlacht nur durch die Schnelligkeit ihrer Flucht auszeichneten und jede Gelegenheit benutzten, ihre Penaten aufzusuchen, kann somit nicht Wunder nehmen⁴).

In Brandenburg spielten solche Versuche, zu einer Art von allgemeiner Wehrpflicht zu gelangen, unter der Regierung Friedrich Wilhelms keine Rolle. Man möchte sagen, der Kurfürst hatte dazu keine Zeit. Da er sah, daß mit der alten Ersatzart nichts anzufangen sei, so rekrutierte er sein Heer eben

ruf, und von den Gemeinden ausgerüstet und unterhalten. — Ernst Friedlaender, Protokoll über die Kontributionen und Kriegskosten des Oberbarnimschen Kreises aus den Jahren 1630 bis 1634. Märk. Forsch. XVII. Berlin 1882. Der „Soldat unterm Landvolk“ bildet meist den letzten Posten.

¹ Wallhausen, Kriegskunst zu Pferd. Frankfurt a. M. 1616.

² Schon 1555 sagt Jakob Fugger, Maximilian I habe den „loblich betlerisch orden der Landfsknecht“ aufgerichtet, weil die Stände keine tüchtigen Kriegsleute geschickt hätten, sonder des mehrern thail schuester auch schneider vnnnd andere Handwerksleut, welche des Kriegs geprauch khainen beschaid gewufst, auch, wie man sagt, weder reitten noch faren, defsgleichen weder waten noch schwimmen khinnden.“ H. Meynert, Geschichte des Kriegswesens und der Heeresverfassungen in Europa. Wien 1868/69. 3. Bd. II 46. — Wie in den deutschen Staaten, so war auch in Frankreich das Lehnsaufgebot, der arrière-ban, bis zum 17. Jahrhundert verfallen. Ebenda III 81.

³ G. Droysen, Beiträge zur Geschichte des Militärwesens in Deutschland während der Epoche des dreißigjähr. Krieges. Zeitschr. f. deutsche Kulturgesch. N. F. IV 394.

⁴ v. Friesen, Das Defensionswesen im Kurfürstenthum Sachsen. Archiv f. sächs. Gesch. I.

nur durch Werbung von Berufssoldaten. Denn was konnte ihm bei seiner realen Politik, die auf sichtbaren Gewinn lossteuerte, die „eilende Hülfe“ der Defensioner zu Fuß, welche nicht über die Grenzen hinausgeführt werden durften, helfen? „Dafs mans aber auf einen Ausschufs vom Landvolk richten sollte, finden S. Ch. D. gar nicht gerathen zu sein. Sintemaln die klägliche Erfahrung in dem langwierigen Kriege fast durchs ganze Reich erwiesen, wie wenig auf dergleichen zum Teil unwillige und mit andern Handtierungen distrahirte Leut auf den Nothfall sich zu verlassen sei“, werden die kurmärkischen Stände 1654 beschieden¹. Von dem Landobersten, den die preussischen Stände, weil er von ihnen abhängig war, immer so gern zu haben wünschten, will der Kurfürst nichts wissen, die ganze Landesdefension taue dort nichts². In seinem Testament von 1667 rät er seinem Nachfolger, den Landobersten den Ständen ganz abzuschlagen³.

Verwendung.

In Brandenburg.

Dafs trotzdem Friedrich Wilhelm sein gutes Recht, die Dienstpflichtigkeit seiner Unterthanen für die Landesverteidigung zu beanspruchen, nicht aus der Hand gab, läßt sich denken. Im Herbst 1656 hatte er deshalb einen Konflikt mit den märkischen Ständen. Als er die Lehnsdienste der Ritterschaft, das Aufgebot des Landes und 4000 Städtemilizen verlangte, entschuldigte sich der Adel mit seinem Unvermögen, auch sei der geforderte Ausschufs der Untertanen aus den Dörfern ungebrauchlich, worauf ihnen der Statthalter andeutet, dafs der Kurfürst das Recht habe, den dritten Mann, ja sogar das Land Mann für Mann aufzubieten. Ihr Angebot, statt der Lehnspferde 500 Reiter zu werben, wies Friedrich Wilhelm zuerst zurück, denn auf die Lehnspferde, Jägerkompagnieen und Aufgebot könne er zur Deckung der Grenzen gegen Polen nicht verzichten⁴,

¹ UA X 312. 23. Dez. 1654. — Maximilian von Bayern gab sich viele Mühe mit dem Ausschufs vom Landvolk, als aber 1632 der erste Versuch damit mißlang, wollte er nichts mehr davon wissen, hob die Einrichtung auf und verließ sich von da an nur auf Werbung. Jaehns S. 1079. Schon 1589 meinte in Österreich Rudolf II, die Mannschaften des Aufgebots und die Lehnspferde seien, wie jedermann wisse, „maistes Thails vnabgerichtetes, vnerfahrnes vnd vnversuehtes gesindl“; es sei besser, statt des dreißigsten Mannes und des Pferdes bar Geld zu nehmen und die Truppen zu werben. Meynert a. a. O. S. 155. Es fehlte hier freilich der Mann, der das für richtig Erkannte durchzuführen die Energie hatte.

² UA IX 831. Kurfürst an Schwerin. 26. Juli 1661.

³ L. v. Ranke, Gesch. des preuß. Staates I 499 ff.

⁴ Ganz dasselbe spielte sich 1½ Jahrhunderte früher in Österreich ab, als die Ritterschaft ob der Enns (1529) darum bat, zum Kampf gegen

später nahm er sie doch, denn in der Kostenberechnung der Stände vom 29. Juni 1657 finden sich für Dezember 1656 bis April 1657 die Posten für „5 Kompagnieen zu Pferd anstatt der Lehnspferde Unterhalt“¹. Jenes Aufgebot aber, in dem noch einmal die allgemeine Wehrpflicht der Einwohner betont wird, geschah mittelst Patents vom 4. Dezember 1656: Von je 20 sesshaften Bürgern soll „ein wohlbewehrter, tüchtiger und zum Kriege geschickter Mann, auch womöglich geworbener Soldat, gestellt und geliefert werden“². Schlagend zeigt sich hierdurch, wie man von der ungeübten Bürgermiliz nichts haltend, gleichwohl das Recht auf ihre Dienstpflicht nicht aufgibt, diese sich aber in anderer, nützlicherer Weise leisten lassen will. Öfters wurden Garnisonsmannschaften zur Bildung von Truppenteilen verwandt und der Abgang durch die Landfolge ersetzt. So mußte im Juni 1655 die hinterpommersche Regierung für die aus Kolberg genommenen Völker durch 400 Mann Landfolge Ersatz schaffen. Jeder Amtsunterthan mußte dazu einige Leute aufbringen³.

Eine Ablösung der Lehnspferdestellung durch Geld finden wir in Brandenburg schon in den dreißiger Jahren⁴. Durch die häufigen Lehndienstaufgebote (1661, 1663, 1669, 1678) meint Courbière, habe man die 1660 entlassene Kavallerie für den Notfall ergänzen wollen⁵. Doch ist dieses wohl nur zum allerkleinsten Teile gelungen: Im März 1672 werden nicht nur die Lehnspferde aufgeboten, sondern die Städte sollen auch den zehnten Mann stellen; da es beiden aber zu schwer würde, sollen die Lehnsleute für das Pferd 40 Thlr.⁶, die Städte für den

die Türken statt ihres Kontingents 500 Reiter werben zu dürfen. Meynert a. a. O. II, 133.

¹ UA X 330 ff.

² M III 1, 17.

³ R 30, 116 und R 30, 221—224 und J. G. Droysen a. a. O. III, 2. S. 57.

⁴ Man nahm statt des Pferdes dessen Wert, 20 Rthlr. H. von Petersdorff, Beiträge zur Wirtschafts-, Steuer- und Heeresgeschichte der Mark im dreißigjäh. Kr. Brand.-preuss. Forsch. II, 1. S. 25. 1632 nahm man für das Pferd in Kursachsen nur 15 Rthlr., 1639 dagegen schon 30, wofür die Ritterschaft auf ein Jahr von Ritterdiensten entbunden sein sollte. G. Droysen a. a. O. S. 391 f. 1657 wurde hier gegen die Abgabe der Präsent- oder Donativgelder die persönliche Dienstleistung der Lehnsreiterei ganz aufgehoben, O. Schuster und F. A. Francke, Gesch. der sächsischen Armee I 8. Leipzig 1885.

⁵ Verfassung S. 56. — Dafür spricht auch ein Bericht des kaiserl. Gesandten Frhrn Joh. v. Goess vom 15. Juni 1671 an den Kaiser. „Wann nun ein Krieg auskommt, so machen die Lehenpferd eine considerable Anzahl an Cavallerie, massen die Mark Brandenburg allein deren auf 1500 gibt.“ UA XIV 488.

⁶ Das Ablösungsgeld hatte laut Edikt vom 22. September 1663 45 Rthlr. betragen. R 24 G G. In dem Abdruck M III, 2, 36 nur 40 Rthlr.

Mann 8 Thlr. — also das Werbegeld¹ — zahlen. Auf viele daraufhin einlaufende Reklamationen armer und durch Brand und anderes Unglück geschädigter Städte wird manchen die Zahlung ganz erlassen, manche brauchen nur 4, manche nur 6 Thlr. zu geben².

Die bekannte Verteidigung von Haus und Hof durch die Bevölkerung in den Jahren 1674 und 1675 gegen die Schweden konnte von einem irgendwie nennenswerten Erfolge nicht sein. Am 26. September 1674 befahl Friedrich Wilhelm dem Statthalter, 400 Mann zu werben, erst im Falle der Not würde man sich der Lehndienste und des Aufbots zu bedienen haben³. Als dann diese Not kam, widersetzte sich die Ritterschaft wieder der Ausschreibung vom Lande, „denn die Herbeischaffung einiger Mannschaft vom Lande sei ein plane insolitum und ein onus, so ordentlich den Städten zukäme, auch daß es sich vom Lande nicht würde thun lassen.“ Indessen hielt man sich nicht weiter mit Widerlegung dieser Gründe auf, nahm auch ein ritterschaftliches Geldangebot, das nach der Quotisation doch die Städte am meisten belastet hätte, nicht an, sondern brachte den Ausschuß aus Amts- wie ritterschaftlichen Dörfern zusammen, und machte daraus ein Regiment mit 8 Kompagnieen, das zum Chef den Kurprinzen erhielt, während ein Major Sommerfeld zum Kommandeur ausersehen wurde⁴.

In Kleve-Mark.

Auch in den westlichen Landen wurde für die erste Not öfters das Aufgebot angeordnet, so 1651, als der Waffenstillstand mit Pfalz-Neuburg abgelaufen war, 1654 gegen den lothringischen Einfall. Wie gesagt, war das immer nur ein Notbehelf. Als 1656 die Stände, um die Werbungen abzuwenden, gegen Condé die Defension selbst in die Hand nehmen wollten, wurde ihnen dieses abgeschlagen⁵. Das Gleiche geschah 1660. Wollte man wirklich das Aufgebot gebrauchen, so versagte es. Deshalb befahl man 1655 den Beamten, statt jedes Pferdes 15, jedes Knechts 3 und jedes Heerwagens 8 Thlr. zu erheben oder die Schuldigen anzuweisen, sich damit in natura bereit zu halten⁶.

¹ S. S. 50.

² R 24 Z. 2. — Köln, den 3. Jan. 1672 und 26. März 1672.

³ Orlich III 215. Mühlacker in Württemberg.

⁴ G. Lehmann a. a. O. S. 157 ff.

⁵ Am 31. Oktober 1656 schreibt darüber Daniel Weimann, der Gesandte im Haag: „Nun die Deputierten merken, daß wir zu der Defension schreiten, als haben selbe heute begehret und vorgeschlagen, man solle zulassen, daß die Stände in ihrem Namen werben und das Land defendiren möchten, holla! holla! — welches ihnen belobt und in allen Gnaden abgeschlagen ist.“ UA V 871.

⁶ J. J. Scotti, Gesetzessammlung für Kleve-Mark I 319. Düsseldorf 1829.

1664, als Kleve-Mark zur Türkenhülfe sein Kontingent von 365 Pferden stellen sollte, erklärte sich Friedrich Wilhelm ähnlich wie in den Marken: „weil es mit wirklicher Sistierung der Lehn-pferde schwer daher gehet, für jedweden Dienst 40 Thlr. anzunehmen und solche Gelder zu Behuf der Werbung anwenden zu lassen“¹. Bald darauf wurde aber die Ritterschaft von der Türkenhülfe gänzlich eximiert. Weitere Aufgebote zur Bereithaltung der Lehnspferde wurden hier 1669, 1671 und 1672 erlassen². 1672 ist wieder ein Regiment Landvolk aufgestellt worden, wohl um die Pässe und festen Plätze zu besetzen³. 1674 werden die Adligen angewiesen, anstatt jedes zu stellenden Pferdes binnen 6 Wochen 125 Thlr. an die klevische Kriegskasse zu zahlen, 1683 werden sie wieder zur Musterung oder Ablösung befohlen⁴.

In Preußen.

Eine besonders wichtige Rolle spielte das Aufgebot in Preußen. Hier hatte man seit lange in den Unterthanen der vielen Domänen, den sogen. Amtsmusketieren oder Wybranzen, ein sehr tüchtiges Material, das allerdings erst dann seine Aufgabe erfüllte, wenn es in Regimenter eingestellt, eine zeitgemäße Ausbildung und Disciplin sich angeeignet hatte.

Ohne Bewilligung der Stände durften Musterungen nicht abgehalten werden, bei ihnen lag also das Recht der Kriegführung. Nach manchen vergeblichen Versuchen Georg Wilhelms kam 1626 eine Reorganisation des Defensionswerkes zu Stande⁵. Da jeder sich nur für seinen Ort verpflichtet gefühlt hatte, so wurde verordnet, daß von 10 Hufen immer ein Mann zur Grenzverteidigung dienen sollte. Diese Leute waren die eigentlichen Wybranzen⁶, ausgehobenes Volk vom Lande, wohl meist von den Ämtern. Sie genossen Abgabefreiheit und unterlagen auch im Frieden militärischer Kontrolle. Die Städtemilizen gehörten wohl nicht zu ihnen. Jedoch war diese ganze Einrichtung von sehr mäßigem Erfolge.

1629 kamen von 1845 Pflichtigen nur 201. Nachdem die Oberräte 1643 und 1648 wegen der polnischen Unruhen die

¹ UA V 992. — Kurfürst a. d. Statthalter. Köln, 5. Febr.

² Scotti, ebenda.

³ Berechnung Meinders' vom $\frac{27. \text{ XI.}}{7. \text{ XII.}}$ 1672. UA XIII 366.

⁴ Scotti, ebenda S. 540, 576.

⁵ Das Folgende aus P. Hassel, Die Heeresverbesserungen des Gr. Kurfürsten. Preufs. Jahrbücher XIV 623 ff. und Mnschr. Bor. Fol. 317.

⁶ Wybrancy ist ein polnisches Wort und heisst „ausgehobene Rekruten“. Lengenich, Gesch. der Lande Preußen, S. 376, übersetzt es treffend mit „Hufensoldaten“.

Grenzen mit dem „Landvolk“ hatten besetzen lassen, was der Landoberst Sigismund v. Wallenrodt ausführte¹, dankte Friedrich Wilhelm es 1649 ganz ab. 1650 wurden jedoch wieder Offiziere ernannt, Albrecht v. Schönaich zum Landobersten und für die 3 Kreise je ein Offizier. Aber die Zustände waren und blieben kläglich. Fort und fort müssen Befehle erlassen werden, daß die Leute sich pünktlich stellen. Als 1653 dem Burggrafen Fabian von Dohna vom Geheimen Rat befohlen war, das Landvolk bereit zu halten, berichtete er, daß wegen der vielen unerfahrenen Offiziere und schlecht bewaffneten und ungeübten Völker von demselben mehr Konfusion als Nutzen zu erwarten sei. Ebenso übel stand es mit den Lehnspferden. Unter diesen war 1646 die Insubordination so groß, daß die Offiziere nicht wagen durften, nachdrückliche Befehle zu geben, ohne Gefahr zu laufen, von ihren Untergebenen verwundet oder erschossen zu werden.

Erst als die Not des schwedisch-polnischen Krieges kam, schritt man zu einer gründlichen Reorganisation, die durch den Grafen Waldeck ausgeführt wurde. Er fand das Landvolk — ähnlich wie die Musterherrschaft 1622 — ganz unexerziert, ohne Offiziere, ohne Fahnen. Zunächst erlangt er von den Ständen Bewilligung der nötigen Kontribution, dann erläßt er ein Patent: Wer seiner Pflicht, ein Ritter- oder Dienstpferd zu stellen, nicht nachkommt, zahlt zum ersten Male 50, zum zweiten 100, zum dritten 300 Thlr. Strafe; auf dem Lande müssen immer 20 Hufen, in den Städten 10 ganze oder 20 halbe Häuser oder 40 Buden einen Mann stellen oder 10 Thlr. geben². Aus den Dienstpflichtigen bildet er 4 Regimenter zu Pferd, ein Dragonerregiment, aus den Wybranzen 5 zu Fuß³. Besonders die Dragoner ergänzten sich weiter aus Wybranzen, in welchem Rekrutierungsmodus man eine erste Spur des Aushebungswesens erblicken kann⁴. Im Winter beurlaubte man die Wybranzen in die Heimat⁵.

Aber man blieb auch hier nicht bei dieser Art der Heeresergänzung. Den Grund dafür giebt Friedrich Wilhelm in einer Sitzung des Geheimen Rates vom 9. August 1646, wo er sagt: „Auf die Lehnpflichtigen ist sich nicht zu verlassen, Landvolk sind 500 ohngefähr Wibrantzen, seind nichts nütze“⁶, und in

¹ UA I 137 und 245.

² Stühr a. a. O. S. 170.

³ J. G. v. Raubbar, Leben und Thaten des Fürsten G. F. von Waldeck I 74 ff. Es wurden noch andere Regimenter aus „Landbedienten“ und „Wildnissbereitern“ formiert.

⁴ Stühr a. a. O. S. 172. — S. auch S. 96 f.

⁵ R 24 Z 2. Verpflegungsentwurf für die in Preussen gelassenen Truppen vom 11. Okt. 1657.

⁶ F. Hirsch a. a. O. S. 241.

dem Testament von 1667 mit den Worten: „Die preussische Landesmiliz taug zu keinem Kriege, wie Ich solches selbst erfahren hab: Darumb muß man dahin trachten, das die Freien und Fiberantzen ein gewisses geldt von ihren Diensten jährlich geben.“ Schon 1657 hatten die Ämter statt der Leute Geld gegeben¹. Doch finden wir noch weiter Einstellung der Wibranzen in Regimenten. Die 400 Rekruten, welche 1677 dem Regiment Graf Dönhoff aus Preußen zukamen, werden Wybranzen gewesen sein². In dem Etat von 1687 stehen unter dem Posten „Memel“ 2 Unteroffiziere mit 60 Wybranzen³. Die 1678 beim Einfall der Schweden aufgestellten Wybranzenkompagnieen erfreuten sich nur eines sehr geringen Zutrauens des Obersten Grafen Dönhoff, sie leisteten auch so gut wie nichts⁴. Da viele zur Defension Schuldigen die Mannschaft gar nicht stellten, mußte der Advocatus fisci gegen sie vorgehen, hernach gingen sowohl viele Milizen als sogar einige Offiziere zum Feinde über⁵.

Ziemlich genaue Nachrichten haben wir von der Umbildung der hinterpommerschen Lehnspferde in ein reguläres Regiment⁶. Am 24. Juni 1655 meldet die Regierung, die Landfolge sei in „6 Kompagnieen“ geteilt, deren 3 schon Rittmeister hätten. Im Januar 1656 wird als deren Oberst ein v. Zastrow⁷ genannt, der für seine „8 Kompagnieen“ 14 400 Thlr. erhält. Er beklagt sich am 28. Juni 1656 bei Derfflinger, das Regiment habe seit 1½ Monaten keinen Heller bekommen, auch nicht den Mustermonat; eine ziemliche Anzahl der Lehnspferde habe sich unter das Regiment stellen lassen, er bitte um Exekution, damit die Offiziere ihre Vorschüsse für Werbung und Montierung zurückerhielten. Darauf befiehlt der Statthalter der Regierung, das Regiment zu mustern und die Reste für die Lehndienste, „als auch sieder der Zeit, da das Regiment in geworbene Völker transferieret worden“, zu bezahlen. Im Laufe des Jahres war die Truppe in Preußen, wo Zastrow in polnische Gefangenschaft geriet⁸.

Folgerung.

Nach dem bisher Gesagten glaube ich nicht, daß die von Courbière an mehreren Orten ausgesprochene Behauptung, schon Friedrich Wilhelm habe geplant, „sein Land und Volk wehrhaft

¹ Stühr, ebenda S. 171.

² v. d. Oelsnitz, Gesch. des Kön. preufs. 1. Inf.-Regiments. S. 152. Berlin 1855.

³ Mnsr. Bor. Fol. 320.

⁴ v. d. Oelsnitz a. a. O. S. 61.

⁵ Orlich III 295.

⁶ R 30, 221–224.

⁷ Courbière, Verfassung S. 49, nennt für 1655 den Oberst von Manteuffel.

⁸ Mnsr. Bor. Fol. 317.

zu machen“ und sich von den Zufälligkeiten der freiwilligen Werbung zu befreien, ferner aufrecht erhalten werden kann¹. Er meint, der Grund für die unter dem ersten Könige vorgenommenen Versuche einer allgemeinen Landesbewaffnung sei schon von dessen Vater gelegt, und nur wegen des Mangels an schriftlichen Überlieferungen seien viele Einrichtungen des Großen Kurfürsten seinen Nachfolgern zu Gute geschrieben worden². Während ich aber oben einige dieser Ansicht direkt widersprechende Äußerungen Friedrich Wilhelms anführen konnte, ist es mir nicht gelungen, eine einzige zu Gunsten der Landmiliz zu entdecken. Wurden Rekrutierungen befohlen, so geschah das nur im einzelnen Notfall, und immer ward eine Gestellung von geworbenen Berufssoldaten durch die Gemeinden vorgezogen. Ich erkenne nicht in dem Vorgange seines Vaters den Grund, welcher Friedrich I zu jenen wiederholten, sich nicht bewährenden Versuchen bewog, sondern sehe ihn einzig und allein in den schon angeführten Experimenten Kursachsens. In der Circularverordnung Cölln, den 1. Februar 1701 heißt es, der König beabsichtige, „nach dem löblichen Exempel anderer benachbarter Könige, Kur- und Fürsten, einige beständige, wohl ausgeübte Landmiliz richten zu lassen“³. Unter den benachbarten Königen und Kurfürsten muß man aber wohl zuerst an August II, König von Polen und Kurfürsten von Sachsen denken.

Professor Dietzel hat eingehend auseinandergesetzt, wie der Gedanke einer Landesdefension auf die Gestaltung des Militärwesens einwirkte, wie man „nur in diesem Sinne den Gedanken einer Militärpflicht erfassen und aussprechen konnte“, wie sie und ihr Gegensatz, „die im Interesse des Landesherrn geworbene Mannschaft sich erst nach langem Versuche zu einer Art eigenen Systems durch das Mittel der „Rekrutierung vom Lande“ verbinden“⁴. In Kursachsen gab man sich während des ganzen 17. Jahrhunderts mit diesen Versuchen ab, in Brandenburg fallen sie in die Zeiten Johann Sigismunds, Georg Wilhelms und Friedrichs III (I), die von uns zu behandelnde Epoche hat mit ihnen nichts zu thun.

Nur mit dem geworbenen Heere haben wir uns von nun an zu beschäftigen. Wir wollen zuerst dessen äußere Gliederung und Organisation unserer Betrachtung unterziehen, denn deren Kenntnis muß für das Spätere vorausgesetzt werden.

¹ Courbière, Verfassung S. 65, 74.

² Ebenda S. 61.

³ Ebenda S. 66.

⁴ Dietzel a. a. O. S. 421 f.

II.

Heeresorganisation.

Entwicklung bis zum dreißigjährigen Kriege.

Die Offizier- und Unteroffizierchargen der Armeen des dreißigjährigen Krieges hatten sich schon im 16. Jahrhundert gebildet. Die Mischung der Nationalitäten in den gleichwohl für das Interesse des einzelnen Staates kämpfenden Heeren, die Möglichkeit, daß eine Truppe heute für Frankreich, morgen für Spanien und übermorgen für den Papst focht, ließen die Heereseinrichtungen und die Kampfweise, welche bisher jedem Volke eigentümlich gewesen waren, schnell zum Gemeingut aller werden. Man sah einander das Praktische ab, ließ Überlebtes fallen, suchte sich sowohl die Vorzüge der Fremden als auch deren Untugenden und Laster anzugewöhnen.

Dieser Prozeß nahm seinen Anfang mit dem Ausgange des Mittelalters, mit dem Beginn der nationalen Kriege, mit den Siegen des schweizer Fußvolkes über das Ritterheer Karls des Kühnen. In ganz Europa wurde das Söldnerwesen „auf Zeit“ zum herrschenden Wehrsystem. Wenn wie schon früher in Italien, so jetzt in Deutschland diese Söldnerei im Gegensatz zu den feudalen Ritterheeren auftrat, so wirkte der dem Mittelalter eigentümliche korporative Geist noch so stark, daß er die genossenschaftliche Verfassung der Landsknechte bestimmte. daß man diese damals sogar einen Orden nannte¹. Es entstanden die Fähnlein mit ihren Ämtern, welche durch Wahl entweder des Hauptmanns, der das Fähnlein geworben hatte, oder der Geworbenen selbst aufgestellt wurden. Der Hauptmann wählte seinen Staat oder Stab², den Sergeanten oder Feldweibel, welcher die ganze

¹ S. S. 8, Note 2.

² „Staat“ bezieht sich auf die Administration, ist gleich dem spä-

taktische Anordnung hatte, und ein Spiel — Trommler und Pfeifer; bald traten dazu noch ein Stellvertreter des Hauptmanns, der Lieutenant, Locumtenens, und der Fähnrich. Dieses waren die oberen Befehle. Die Landsknechte wählten als Mittelspersonen die Gemeinweibel und Gerichtsgeschworenen, meist zwölf, endlich je zehn Mann einen Rottmeister. Ein oberster Hauptmann oder kurz „Obrister“ hatte mit dem Kriegsherrn über Aufrichtung eines Regimentes über eine bestimmte Anzahl Fähnlein einen Vertrag geschlossen. Die Ämter der einzelnen Fähnlein waren aus der Mitte der Landsknechte hervorgegangen, es waren lediglich Vertrauensstellungen, welche nur solange dauerten, als das Fähnlein geworben war, also nicht über einen Feldzug hinaus. In der Schlacht stand der Hauptmann im ersten Gliede, der Lieutenant „mit den großen Hansen“ im letzten. Bei Pavia tritt Georg von Frundsberg mit der Hellebarde in das erste Glied seiner Knechte, er ist der lebendige Mittelpunkt der Schlachtordnung; nichts bezeichnet so sehr die demokratische Verfassung dieser Heere¹.

Diese Infanterie kam nun auf dem Kampfplatz Europas im 16. Jahrhundert, in Italien, in Berührung mit Italienern, Franzosen, Spaniern. Die lächerlichen Scheinschlachten der Condottieri und der Schrecken, den die wirklichen Krieger der Deutschen und Eidgenossen auf Jahrhunderte den Italienern einflößten, sind bekannt. Dennoch blieben diese dadurch nicht ohne Einfluß auf das Kriegswesen, daß sie zuerst und auch später noch am rationellsten den Krieg theoretisch behandelten und als Kunstwerk darzustellen suchten². Von ihnen stammen die Bezeichnungen Kapitän, Bataillon, Eskadron, Kompagnie u. a.

Die Franzosen brachten die ersten ständigen Kanoniere nach Italien und zeigten, wie man andere Völker für sich kämpfen lassen konnte.

Ein allen bisherigen Gewohnheiten entgegengesetztes System befolgten die Spanier. Nicht eilten in ihrem Lande wie in Deutschland Leute von einem gewissen Wohlstande zu den Fahnen, sondern man griff vielmehr alles mögliche Gesindel auf, das sich in der Fremde aneinander angeschlossen, Kameradschaften bildete und mit der den Spaniern eigenen Unterwürfigkeit, Ausdauer und Geschicklichkeit sich fort und fort vervollkommnete. Bald trat auch der spanische Kleinadel ein, und dieses mit den antiken

teren „Etat“. — Der „Stab“ war das Zeichen der Macht des Richters. Der Oberst führte ihn als Gerichtsherr des Regimentes, der Hauptmann als der der Kompagnie; später führten die Oberoffiziere bis zum Lieutenant den „Stab“ oder das „Regiment“. Mit dem „Regiment“ dürfen sie ihre Untergebenen züchtigen. G. Droysen a. a. O. S. 585. Bei den Spaniern führte der Sargento mayor den palo corto des Richters. M. Jaehns a. a. O. S. 757.

¹ Dieser demokratische Charakter verlor sich freilich schon in den dreißiger Jahren.

² J. Burckhardt a. a. O. I, 9. Kap. „Der Krieg als Kunstwerk“

Waffen, der Tartsche und dem kurzen Schwerte, bewaffnete Fußvolk nahm es bald mit den deutschen Pikenieren auf¹. Gonsalvo d'Aghilar, der große Kapitän, bildete zuerst in Italien die berühmten spanischen Schlachthaufen durch die Verbindung spanischer, italienischer und deutscher Fußvölker zu einem Treffen².

Der Erfolg der spanischen Arkebuseros bei Pavia richtete dann die Aufmerksamkeit Europas in erster Linie auf die Handfeuerwaffe. Der Name „Landsknechte“ verschwand allmählich³, man nannte am Ende des 16. Jahrhunderts die Infanteristen „Knechte“ und unterschied Pikeniere und Musketiere⁴.

Die Reiterei war bis dahin noch meist in der alten Art durch Aufgebot des Lehnsadels aufgebracht worden, hatte sich jedoch in vielem die Formen des Fußvolkes, eine ähnliche Art der Gerichtsbarkeit und dessen Ämter angeeignet. Aber schon um jene Zeit finden wir, daß der Adel aus Unlust über die Schwierigkeit, den Feuerwaffen und den Pikenigeln mit Erfolg entgegenzutreten, und die Unmöglichkeit, in der mittelalterlichen Art der Turniere die Schlachten auszukämpfen, sich vom Kriege zurückzieht. Man fing daher an, auch Reiter zu werben, was im schmalkaldischen Kriege schon fast durchweg geschah. Es wäre überhaupt ein Irrtum, zu denken, daß damals die Reiterei eine untergeordnete Rolle spielte: Karl V konnte 1546 an der Donau doch erst offensiv vorgehen, als die niederländische Kavallerie zu ihm gestoßen war und bei Mühlberg war die Reiterei die ausschlaggebende Waffe⁵. Als dann der dreißigjährige Krieg kam, wurde das Fußvolk von der Reiterei ganz in den Hintergrund gedrängt, wie das Rüstow näher auseinandersetzt⁶. Außer einem 1644 geworbenen Regimente Arkebusierreiter kommen unter Friedrich Wilhelm an Kavalleriegattungen nur die Reiter (Kürassiere) und Dragoner vor⁷.

Dadurch, daß man die Armeen länger beibehielt, wie es zuerst die Spanier in Italien thaten, mußten die Fähnleinämter einen höheren Einfluß gewinnen, mit ihrer längeren Dauer stieg die Verantwortlichkeit und Mühe, aber auch die Routine. Der Hauptmann zog mit seinem Fähnlein von einem Dienst in den andern, das übertragene Amt wurde zum ständigen, man nannte

¹ W. Rüstow, Geschichte d. Infanterie I 213 f. Nordhausen 1864.

² L. v. Ranke, Geschichten der romanischen und germanischen Völker. S. 157. 1874.

³ Aber doch nicht ganz. Die Bezeichnung „Lantz“, mit der sich die Landsknechte gegenseitig anriefen, (Meynert II 55), hat sich unter den deutschen Soldaten bis zum heutigen Tage erhalten.

⁴ Über beide s. G. Droysen a. a. O. S. 458.

⁵ M. Lenz, Die Kriegführung der Schmalkaldener gegen Karl V an der Donau. Histor. Zeitschrift 49. — M. Lenz, Die Schlacht bei Mühlberg. Gotha 1879.

⁶ Rüstow a. a. O. II 1 ff.

⁷ Über Dragoner s. S. 77 f., über Artillerie Abschnitt VII.

dessen Träger Offizier¹. Mit der Aussonderung eines besondern Standes von Vorgesetzten ging parallel die Zurückdrängung der Rechte der Gemeinen. Zwar wurde diesen ihr Wahlrecht nicht plötzlich entzogen, aber man begnügte sich, wenn gegen die bei der ersten Musterung vorgestellten gemeinen Befehlshaber kein Einspruch erhoben wurde². Auch diese Vorstellung liefs man dann fallen, die Ernennung sämtlicher Offiziere kam an den Hauptmann oder Obersten. Die anfänglichen wenigen Ämter genügten bald nicht mehr, es trat eine weitgehende Arbeitsteilung ein in Kommando und Administration. Wie dieselbe sich bis zum 17. Jahrhundert gestaltet hatte und dann mit geringen Veränderungen beibehalten wurde, soll jetzt gezeigt werden.

Die prima plana.

Der Stab der Kompagnie, wie jetzt durchweg das Fähnlein genannt wurde, hatte einen anderen Namen, er hiefs prima plana. Dieser Ausdruck stammte von der Musterrolle. Bei den Landsknechtsfähnlein wurden auf einem ersten Blatte die auch im ersten Gliede stehenden Knechte erster Klasse oder Doppelsöldner, meist Adlige und Patriziersöhne, verzeichnet, auf dem zweiten standen die einfacher ausgerüsteten freien Bauern und freien Handwerker. Als sich aber das Personal verschlechterte, kam der Gebrauch auf, alle Landspassaten³, Gefreite und Gemeine auf das zweite Blatt zu schreiben, während das erste den Offizieren, Beamten und Spielleuten vorbehalten wurde⁴. Zugleich fing man an, dieses zu übersetzen, man sagte in der ersten Zeit Friedrich Wilhelms noch erstes Blatt, primir Blatt, erste plana, später aber

¹ Die Unklarheit, welche noch im dreissigjährigen Kriege über den Begriff „Offizier“ herrschte (G. Droysen a. a. O. S. 570), findet man unter Friedrich Wilhelm nicht mehr; Spielleute gehören nicht mehr zu den Offizieren.

² Manuskript von 1612. M. Jaehns S. 922.

³ Marino Sanuto — bei Muratori XXII 990 f. — führt die Truppen auf, welche Venedig 1426 geworben hatte. Ausser den Condottierlanzen 138 „lance spezzate“, die H. Leo — Gesch. der italien. Staaten III 128 — mit „einzelne Gleven“ übersetzt. Ihm folgt Meynert a. a. O. I 138. — Dieser Ausdruck ging in die Ordonnanzen Franz' I über. Meynert II 219. — Montgomery, la milice française, 1610, leitet das Wort anders her. En ce temps-là (während der piemontesischen Kriege) le cheveu-léger qui en un combat avoit rompu sa lance honorablement, cas avenant que son cheval fust tué, l'on le mettoit dans l'infanterie avec la paye de cheveu-léger, attendant mieux et le nommoit-on lance spezzata, comme qui diroit lance rompue . . .“ Der Lanspessade, später anspessade, wurde der französische Gefreite. — In den deutschen Heeren fungierte der Landspassat als Lieutenant des Korporals und hatte unter diesem das Kommando über die zweite Hälfte der Korporalschaft. G. Droysen a. a. O. S. 467.

⁴ Bei den Kaiserlichen gehörten die Korporale nicht zur prima plana. Feldzüge des Prinzen Eugen von Savoyen, herausgeg. von der Abteilung f. Kriegsgesch. des k. k. Kriegsarchivs. I, I, Wien 1876. S. 207.

nur prima plana oder Primeplan. Erst unter den Nachfolgern Friedrich Wilhelms bezeichnete man mit Primaplana auch die Stärke der ganzen Kompagnie und sprach von Primaplanen des Regiments, d. h. den Kapitän.

Die Primaplanen der brandenburgischen Verpflegungsordonnanz vom 25. November 1656 sind folgende: (S. Tabelle I, Abschnitt III.)

zu Rofs	Dragoner	zu Fußs
1 Rittmeister	1 Kaptän	1 Kapitän
1 Lieutenant	1 Lieutenant	1 Lieutenant
1 Kornet	1 Fähnrich	1 Fähnrich
1 Wachtmeister	1 Wachtmeister	3 Sergeanten
1 Fourier	1 Fourier	} wie Dragoner
1 Musterschreiber	1 Gefreiter Korporal	
	1 Musterschreiber	
	1 Capitän des armes	
3 Korporals	3 Korporals	3 Tambours
1 Feldscher	1 Feldscher	
2 Trompeter	2 Tambours	
1 Fahnenschmidt	1 Fahnenschmidt	
1 Sattler	—	1 Pfeifer
		—

Wallhausen sagt, nach dem Soldatensprichwort sei eine Kompagnie wohlbestellt:

Wann der Hauptmann sorgfältig für seine Knecht,
Ein Leutnampt weis' und verständig,
Der Fähndrich frewdig und behertzt,
Drey fleißige Chergeanten oder Feldweibel,
Wachende Korporal und Landpassaten,
Närrische Trommelschläger etc.¹,

und später nannten die Soldaten den Kapitän den Vater, den Lieutenant den Teufel und den Fähnrich die Mutter oder den Engel der Kompagnie.

Wendelin Schildknecht, der pommersche Ingenieur und Architekt, giebt in seinem Friedrich Wilhelm gewidmeten Werke² die Funktionen der einzelnen Kompagnieoffiziere in so treffender und die damaligen Zustände bezeichnender Weise an, daß ich seine Reime wenigstens für einige Chargen anführen will.

„Der Kapitän commandiret, gouverniret und regiret alle

¹ Kriegskunst zu Fußs.

² Harmonia in fortalitiis construendis etc. Alten-Stettin 1652. — Die anderen Angaben sind besonders aus L. Fronsperger, Kriegsbuch, herausgegeben von Böhm 1819; den angeführten Werken Wallhausens, G. A. Böckler, Schola militaris moderna, Frankfurt 1665, 1685; J. S. Gruber, Die heutige Kriegsdisciplin, Augspurg 1697; Franz Müller, Die kais. österr. Armee, Prag 1845.

Officirer, die ihm untergeben sind: Er erwehlet, bestellt und erhält die gantze Compagnie: Was Vollk er wirbt und wieder stirbt, und was zum öftern ihm entlaufft, auch in dem Hänffen-Strick ersauft; die Hungers halben sterben müssen, die muß er zu ersetzen wissen.“ Der Hauptmann oder Rittmeister hatte also besonders die ganze Ökonomie der Compagnie, wozu ihm vom Obersten eine Pauschsumme zu freier Verfügung übergeben wurde; er war für den richtigen Bestand an Mannschaften, Pferden, für ausreichende Bewaffnung und Bekleidung verantwortlich. Daher blieb ihm für die Exerzierausbildung wenig Zeit übrig. Diese besorgte sein Stellvertreter.

„Der Lieutenant, der die gantze Compagnie nach dem Kapitän commandirt, der die Soldaten exerzirt, auch zur Wacht und Schlacht auff und ab führet, er richtet und schlichtet, er striegelt und prügelt seine Soldaten, daß sie zum Schlagtodt wohl gerathen.“ Der Lieutenant war also der Exerziermeister, er „hat die Vorsichtigkeit und Mühe“.

Der Fähnrich wurde wohl deshalb, weil ihm die Sorge für die Kranken oblag, und er das Recht hatte, für einen zum Tode Verurtheilten um Gnade zu bitten, die Mutter der Compagnie genannt; im Gefecht trug er die Fahne, die auf dem Marsche einem Unteroffizier anvertraut war; er spricht den Soldaten Mut ein, „er hat das Fähnlein und die Koragie“. Zur Zeit Friedrich Wilhelms wurde er auch schon als Gehülfe des Lieutenants gebraucht.

Bei der Parade führten die Oberoffiziere ihr Gewehr auf der rechten Schulter ohne Stock, den ein Tambour trug, die Unteroffiziere das ihrige mit Stock auf der linken.

Die ersten der Unteroffiziere sind die Wachtmeister bei der Kavallerie und den Dragonern, die Sergeanten bei der Infanterie. „Beides der Feldwebel und Sergiant commandiren nach dem Lieutenant, die trillen und stellen die Soldaten in Ordnung, führen die Wachen auff, versehen und gehen die Ronden, und legen den schlaffenden Schildwachen die Träume aus durch den Propheten von Hagedorn.“ Der Feldwebel der Landsknechte stand den Oberoffizieren gleich, er hatte die ganze Taktik der Gevierthausen; die Feldwebel oder Sergeanten nach dem dreißigjährigen Kriege sind dagegen ziemlich dasselbe wie die heutigen Feldwebel, außer daß auf diese auch die Geschäfte des Muster-schreibers übergegangen sind. Die Zahl der Sergeanten bei der Infanterie richtete sich nach der Stärke der Compagnie, meist findet man drei. Sie empfangen die Parole und Regimentsbefehle vom Adjutanten, commandirten die Wachen, machten Repartitionen für Detachements und mußten deshalb gut rechnen und schreiben können. Beim Marsch waren sie bald vor bald hinter der Compagnie. Auch bei der Kavallerie hatten die Wachtmeister ihre taktischen Geschäfte an den Oberstwachmeister und Adjutanten verloren.

„Der Musterschreiber hat Register von allen Soldaten, auch von vielen, die zwar Nahmen haben, aber noch nicht jung worden sind, auch von Geld, Proviant, Gewehr und Munition: der ist ein Freyherr und niemands als dem Kapitän unterworfen; der schmutzt sich mit keinem Pulver als nur am Dintfals, er schölse denn nach Raben und Storchen.“ Er ist der Buchhalter des Kapitäns, hat immer eine Kompagnierolle bei sich und teilt die Löhnung aus. Wir werden sehen, wie der Kurfürst Leute, „die noch nicht jung worden sind“, sich nicht gefallen ließ. Jedenfalls ist es sehr bezeichnend, mit welcher Harmlosigkeit Schildknecht von diesen Betrügereien spricht.

Der Gefreite Korporal führt die Ablösung der Schildwachen auf. Die übrigen Chargen entsprechen den heutigen.

Auf die prima plana folgen die Gemeinen und zwar meist in drei Korporalschaften, an der Spitze die Landspassaten und Gefreiten. Erstere verschwinden mit den sechziger Jahren, letztere nahmen dieselbe Stellung ein, wie die heutigen. In der Aufstellung stand an der Spitze jeder Rotte, die sechs Mann hoch war, ein Gefreiter, so daß also das ganze erste Glied aus Gefreiten gebildet war. Darum kommt in den Verpflegungsetats auch immer auf sechs Mann ein Gefreiter; er bezog ein um 3 Gr. höheres monatliches Traktament als der Gemeine. Die Reiter- und Dragonerkompagnieen hatten keine Gefreiten, sie waren meist 40 bis 100 Mann stark, die Infanteriekompagnieen 100 bis 200.

Der Regimentsstab.

Auch der Oberst hatte seinen Stab, seinen Lieutenant, Wachtmeister und Fourier (Quartiermeister), die aber alle Oberoffiziere waren. Das Regiment war nicht das Ursprüngliche, man errichtete es vielmehr über eine Anzahl Kompagnieen als Oberbefehl; daher ist die Zahl der Kompagnieen verschieden, doch findet man sehr selten weniger als 4 und mehr als 12. In einer Spezifikation der Armee von 1673 haben die Infanterieregimenter 4 oder 8, die Kavallerieregimenter fast alle 6, die beiden Dragonerregimenter 4 und 2 Kompagnieen¹. 1685 beschloß der Kurfürst, seine sämtlichen Infanterieregimenter auf gleichen Fuß zu setzen, jedes sollte 8 Kompagnieen mit je 150 Mann zählen, das ganze Regiment 1200 Mann inkl. der Offiziere². In dem Etat von 1687 sind denn auch die Regimenter zu Fuß meist 1200 Köpfe stark, die zu Pferd haben durchweg 300 Gemeine (6 pr. pl.), 2 Dragonerregimenter je 512 (8 pr. pl.), eins 128 Gemeine (2 pr. pl.)³.

Es gab auch kleine Regimenter, die Eskadrons, später auch Bataillons, genannt wurden, erstere Bezeichnung für Infanterie

¹ UA XIII 419.

² G. Lehmann a. a. O. S. 162.

³ Mnsch. Bor. Fol. 320.

und Kavallerie geltend. Sie hatten nie mehr als 4 Kompagnieen. Wurde eine Kompagnie keinem Regiment oder keiner Eskadron unterstellt, so hieß sie Freikompagnie; besonders bei den Reducierungen ließ man eine Freikompagnie bestehen und stellte in sie die besten Mannschaften ein. Die Eskadrons und Bataillons hatten meist einen halben Stab, kommandiert wurden sie von einem Oberstlieutenant oder Oberstwachmeister.

Der Ausdruck „Bataillon“ hatte aber auch noch seine alte Bedeutung von Schlachthaufen, *bataglia*. Als solcher wurde es zum Kampfe in ganz verschiedener Größe gebildet, es konnte aus einer Kompagnie, auch aus mehreren Regimentern bestehen. Gegen Ende der Regierung Friedrich Wilhelms bildete man aber schon aus dem Regimente 2 Bataillons zu je 4 Kompagnieen¹, unter Friedrich III zu 5. Im spanischen Erbfolgekriege bildete sich das Bataillon zur taktischen Einheit heraus und blieb rein taktischer Körper bis 1806.

Es ist nicht gesagt, daß die Regimenter immer dieselben Chargen haben müssen, kleine hatten weniger, große mehr. Dem Oberst v. d. Goltz werden in seiner Kapitulation (S. S. 133 f.) z. B. zwei Wachtmeisterlieutenants zugestanden. Nach der schon angeführten Ordonnanz von 1656 umfaßte der Stab des Obersten folgende Chargen:

Zu Ross und Dragoner	Zu Fuß
Oberst	Oberst
Oberstlieutenant	Oberstlieutenant
Oberstwachmeister	Oberstwachmeister
Regimentsquartiermeister	Regimentsquartiermeister
Adjutant	Wachtmeisterlieutenant
Regimentsprediger	Regimentsprediger
Regimentsauditeur	Regimentsauditeur
Regimentssekretär	Regimentssekretär
Regimentswundarzt	Regimentswundarzt
Regimentswagenmeister	Regimentswagenmeister
Regimentsprofos	Regimentsprofos
(Regimentspauker erst später)	Regimentstambour
Scharfrichter	Scharfrichter
Steckenknecht	Steckenknecht

Der Oberst war zugleich Chef der ersten, der Oberstlieutenant der zweiten, der Oberstwachmeister der dritten Kompagnie. Die des Obersten wurde von ihrem Lieutenant, der bei der Infanterie Kapitänlieutenant hieß, geführt².

¹ Dieses geschah z. B. Anfang 1686 mit dem Regimente Graf Dönhoff, das eine Bataillon zog nach Ungarn gegen die Türken. v. d. Oelsnitz a. a. O. S. 185.

² Ursprünglich hatten die Obersten keine Kompagnie, sondern nur

Der Oberstlieutenant war Stellvertreter des Obersten, was besonders bei Regimentern vorkam, deren Obersten Generale oder junge Prinzen waren. Jedoch hatten solche Regimenter in Brandenburg neben ihrem Chef meist einen zweiten Oberst als Kommandeur. Bei den Kaiserlichen überwachte der Oberstlieutenant Bekleidung, Ausrüstung und Menage.

Der Oberstwachmeister, den man auch schon anfangs Major zu nennen¹, „hat die meiste Mühe mit dem Regiment“. Er beaufsichtigt das Exerzieren und kommandiert die Wachen. Sein Gehülfe — nicht wie heute der des Kommandeurs — ist der Adjutant.

Diese Charge nahm in Brandenburg später die des Regimentsquartiermeisters in sich auf. Er ist „gleichsam das perpetuum mobile beim Regiment, es werden aber aus solchen Leuten gemeinlich gute Officiers, maßen sie bei ihrer Funktion vieler Sachen kundig werden, die ein anderer nicht so leicht erfährt“. Er bringt die Parole den Stabsoffizieren und Sergeanten der Kompagnieen, er hilft dem Major beim Stellen des Regiments in Schlachtordnung. Simplicissimus sagt: „er stellt das Regiment in bataglia“.

Der Quartiermeister ist auf Märschen mit den Kompagnie-fourieren voraus, er steht unter dem Generalquartiermeister, er muß das Lager abstecken und daher etwas von Fortifikation verstehen.

Der Auditeur versah später auch die Geschäfte des Sekretärs und wurde außer als Inquirent und Protokollführer bei den Kriegsgerichten besonders bei Musterungen gebraucht². Er hatte auch die Marketender zu beaufsichtigen.

Der Profos oder Gewaltiger war zur Zeit der Landsknechte der Ankläger von Verbrechern vor dem Kriegsgericht gewesen. Jetzt versahen er und seine Leute die Geschäfte der heutigen Gensdarmarie. Er hatte die Aufsicht über die Arrestanten und das Stockhaus, ließ durch den Henker und die Steckenknechte an den Delinquenten die körperlichen Strafen vollziehen und sie schließen, wozu jeder Steckenknecht „das Geschmeide“ führte. Auch diente der Profos dem Auditeur als Gehülfe beim Ab-

einige Trabanten, 1543 deren 8 (F. Müller a. a. O. II 10* Bestallung für Alba); diese wurden beständig vermehrt, endlich fielen sie dem Beutel zu schwer, und man brachte sie in die Verpflegung der Truppen. W. Rüstow a. a. O. II 24. Vergl. dagegen Courbière, Verwaltung S. 52. Über die wichtige Veränderung in der Stellung der Obersten handelt Abschnitt VI.

¹ Courbière, Verwaltung S. 53, sagt, die lateinischen Schriftsteller jener Zeit hätten Oberst mit „Maximus“ übersetzt, der Oberstwachmeister habe den Komperativ „Maior“ erhalten. In Frankreich, woher der Titel (Majeur) nach Deutschland kam, hatte er nicht Offiziersrang, in Brandenburg war er ein Hauptmann, seit 1648 erhielt er den Rang über den Hauptleuten.

² S. S. 129.

schätzen der Waren im Lager und bei der Beaufsichtigung der Marketender.

Zwischen den Regimentern und den Oberverwaltungsbehörden gab es keine Zwischeninstanz, wenn auch den Militärgouverneuren wie Eller und Spaen im Westen, Schwerin in Pommern und Dönhoff in Preußen eine Beaufsichtigung der Truppen zustand.

Die höheren Offiziere.

Was die höheren Offiziere angeht, so hatte in den kaiserlichen Heeren der Landsknechtszeit der Kaiser einem Obersten als oberstem Feldhauptmann die Führung übertragen. Später nannte man diesen Generaloberst. Als oberster Kriegsherr galt jedoch immer der Kaiser oder der kriegführende Fürst. Die höchste Offizierscharge im kaiserlichen Heere blieb der Stellvertreter des Kaisers, der Generallieutenant, in Frankreich war es der Lieutenant-General du royaume; in Deutschland war ihm als General über die Kavallerie der Feldmarschall, über die Artillerie und später auch die Infanterie der Feldzeugmeister untergeordnet. Im brandenburgischen Heere machte sich jedoch eine andere Rangordnung geltend. Sparr wurde bekanntlich 1649 als Generalfeldzeugmeister angestellt und 1657 zum Generalfeldmarschall befördert, welche Charge von da an die oberste geblieben ist; ihr folgte die des Generalfeldzeugmeisters als Höchstkommmandierenden der Artillerie, dann kamen die Generale über die Kavallerie und Infanterie, endlich die Generalwachtmeister oder Generalmajors.

Alle Generale waren zugleich Obersten und bezogen als solche auch das Traktament neben ihrem Generalsgehalt. Sparr wurde Oberst zweier Regimenter und einer Garnisioneskadron zu Fuß und eines Dragonerregiments¹, Derfflinger hatte drei, der Fürst von Anhalt zwei Regimenter. Selbstverständlich konnten diese neben ihren vielen anderen Geschäften nicht auch ihren Regimentern vorstehen, besonders nicht im Kriege, das war vielmehr Sache der Oberstlieutenants oder zweiter Obersten, die aber nur Oberstlieutenantsgage genossen.

Für die Arbeitsteilung, wie sie heute in den obersten Militärbehörden, dem Kriegsministerium für die Verwaltung, dem Generalstabe für die Führung der Armee besteht, lassen sich im Allgemeinen damals schon einige Anfänge erkennen. Seit dem schwedisch-polnischen Kriege stand an der Spitze der Militärverwaltung der Generalkriegskommissar, dessen Thätigkeit unten näher auseinandergesetzt werden soll². Völlige Selbständigkeit hatte er nicht. Zunächst war er Mitglied des Geheimen Rates und mußte mit diesem über die wichtigsten Armee- und Finanzangelegenheiten verhandeln. Sodann war ihm übergeordnet der

¹ G. Lehmann a. a. O. S. 191, 197, 198.

² S. Abschnitt IV.

Generalfeldmarschall, zuerst Sparr, später Derfflinger. Beide waren nie gewillt, dieses Verhältnis aufzugeben. Als Grumbkow 1678 zum Geheimen Kriegsrat ernannt wurde — er versah schon die Geschäfte des Generalkommissars —, hielt es Derfflinger für nötig, in das Patent die Bestimmung einzuschieben, daß die Verordnungen Grumbkows „auch allemal Unserm Feldmarschall kommuniziert werden“¹.

Der Kriegsrat, wie er unter Friedrich Wilhelm bestand, war keine, wie der Geheime Rat, regelmäßig tagende kollegialische Behörde, vielmehr wurden in allen Landesteilen höhere Offiziere zu Geheimen Kriegsräten ernannt, die als solche bei den Regierungen, in Berlin beim Geheimen Rate, Sitz und Stimme hatten.

Der Generalstab.

Endlich bleibt uns noch der Generalstab zu besprechen. Er war insofern etwas ganz anderes als der heutige, als sich von einer, künftige Feldzüge nach den Erfahrungen früherer vorbereitenden Thätigkeit nichts findet. Wie das Regiment, die Eskadron, die Kompagnie, so hatte auch der General seinen Stab, d. h. eine bestimmte Anzahl Adjutanten und Beamte, die ihm bei Führung der Armee als Gehülfen dienten. 1657 berechnet der Generalkommissar Platen die Gebührennisse der Stäbe Sparrs, Waldecks, Derfflingers und Görtzkes. Zum Stabe Waldecks z. B. gehören folgende Personen: 1 Generaladjutant, 1 Kommissar, die Kanzlei, 1 Medikus, 1 Prediger, 2 Trompeter, 1 Wundarzt, 1 Wagenmeister, 1 Pauker, 1 Gewaltiger nebst Knechten, 1 Scharfrichter². Später wurde dem General kein besonderer Stab mehr gewährt, alle außerhalb der Regimenter oder über denselben stehenden Personen gehörten nach der S. 60 f. angeführten Tabelle von 1660 zu dem Generalstabe. Wie diese Tabelle zeigt, fielen nach dem Friedensschluß mehrere Chargen ganz fort. Ein Generalproviantmeister³ und Generalauditeur⁴ waren begreiflicherweise immer nötig, einen Generalquartiermeister und Generalgewaltigen ernannte man nur bei der Mobilmachung, von der an sich der ganze Generalstab im Hauptquartier befand. Wurden zwei Armeen aufgestellt, so gab es natürlich auch zwei Generalstäbe, indem sich dann bei der kleineren der General-Auditeurlieutenant etc. befand.

Der Generalquartiermeister, dessen Geschäft zuerst ein rein ökonomisches gewesen war, da er die Quartierung und Proviantierung der Truppen im Felde zu besorgen hatte⁵, wurde mit der

¹ Eigenhändiger Zusatz Derfflingers im Konzept. Kr. Min. XVIII 2. d. 3. I.

² R 9 A 1.

³ Über den Gen.-Proviantmeister s. S. 72.

⁴ Über den Gen.-Auditeur s. S. 31 f.

⁵ Eine bayerische Instruktion von 1619 für den Generalquartier-

Zeit zum Oberingenieur des Heeres und wird auch meist Ingenieur genannt, so Holst, Belckum, de Chièze, der Erbauer des Mülroser Kanals. Er muß das Lager abstecken, Wege ausbessern und deshalb mit der Situation des Landes vertraut sein. Durch seine Ingenieure läßt er Karten und Pläne anfertigen. Er muß Festungen bauen und reparieren können, die Battereien und Laufgräben bei der Belagerung anordnen. Für den Marschdienst unterstehen ihm die Adjutanten, Quartiermeister und Fouriere. Er hatte „eine sehr mühselige und verdrießliche Charge, und soll der erst geboren werden, der es allen kann recht machen“.

Da man einen guten Ingenieur auch im Frieden zu Kriegs- und Friedensbauten brauchte, so wurde seit de Chièze, der 1673 starb, diese Stelle immer besetzt. Ihm folgte der Oberingenieur der pommerschen Festungen Steutner von Sternfeld; untergeordnet war ihm der Quartiermeisterlieutenant Oberst Blesendorf. Steutner kam später nach Preußen, wo schon ein Generalquartiermeister Scheiter war. 1679—1682 ist ein General-Quartiermeisterlieutenant de Maistre in Handels- und Manufaktursachen und bei der pommerschen Flußregulierung thätig¹, seit 1682 erscheint in der gleichen Charge ein gewisser Margace².

Der Generalwagenmeister ist der Trainkommandant, ihm unterstehen die Wagenmeister der Regimenter, welche sich am Tage vor dem Aufbruche von ihm die Marschordnung der Truppen holen und die einzuschlagende Straße angeben lassen. Mit einigen Reitern sorgt er für die Ordnung der Bagage³.

Dem Generalgewaltigen⁴ lag die Inspektion über die Regimentsprofosse ob, auch half er dem Generalauditeur bei Überwachung der Marketender und geleitete den Proviant in das Lager. Er hat alle Unordnungen zu bestrafen, reitet mit einem Kavalleriedetachement die Gegend, in der die Armee liegt, ab und arretiert Leute, die sich herumtreiben⁵. 1672 mußte man aber wohl den Bock zum Gärtner gemacht haben, denn als Friedrich Wilhelm einmal in sein Quartier kam, fand er den Ort vom Generalgewaltigen total ausgeplündert⁶.

meister beschäftigt sich nur mit Quartiersachen. M. Jaehns a. a. O. S. 1080.

¹ O. Meinardus, Beiträge zur Gesch. der Handelspolitik des Gr. Kurfürsten. Hist. Zeitschr. 66. Bd. 1891.

² Diese Personalien aus K. W. v. Schöning, Hist. biogr. Nachrichten z. Gesch. der brand.-preuss. Artillerie. Berlin 1844. I 379 und U. v. Bonin, Gesch. des Ingenieurkorps und der Pioniere in Preußen. Berlin 1877. S. 16, 17. 255.

³ Orlich III 197. Kurfürst an Anhalt. Rysselheimb, 2. Nov. 1672.

⁴ 1510 bestellte Maximilian I einen beständigen Oberprofoss. Meynert II 64.

⁵ Patent für den Generalgewaltigen Oberst Sickell vom 18. Juni 1659. R 9 A 1. — R 63, 30.

⁶ Orlich III 199. — Kurfürst an Anhalt. Sachsenberge, 15./25. Dezember 1672.

Die Militärgerichtsbarkeit.

Wir werden hier am füglichsten eine Darstellung der Militärjustiz, wie sie sich unter dem Großen Kurfürsten entwickelte, anschließen. Wenn sich im Laufe dieser Arbeit noch öfter Gelegenheit ergeben wird, über einzelne Fälle zu sprechen, so wollen wir hier einige Worte über das Formale derselben vorausschicken.

Die Kriegsartikel.

Das römische Recht, welches im Laufe des 13. und 14. Jahrhunderts in Deutschland festen Fuß gefaßt hatte, konnte, sobald sich ein Stand von Berufssoldaten entwickelte, für diesen weder ausreichen, noch ihm auf der anderen Seite die nötige Freiheit lassen. Es bildete sich daher unter den Söldnern ein Gewohnheitsrecht aus, das teils aus dem altdeutschen Volksgericht, teils aus dem Zunftwesen und teils aus dem römischen Rechte seine Bestimmungen entnahm¹. Dieses Gewohnheitsrecht wurde, so viel wir wissen, zum ersten Male vom Kaiser Maximilian I unter Benutzung von Karls des Kühnen Militärreglement von 1473² in seinem Artikelsbrief für die Landsknechte 1508 schriftlich fixiert, und dieser ward dann zur Grundlage für die Kriegsrechte aller Heere Europas. Der Tenor desselben klingt aus dem Kriegsrechte des Großen Kurfürsten wieder, er ging über in die königliche Armee, ja wir erkennen in einigen altertümlichen Wendungen der heutigen Kriegsartikel und des Fahneneides die Formeln des 16. Jahrhunderts. Für die Kavallerie erließ Maximilian II 1570 eine „Reiterbestallung“.

Durch die peinliche Halsgerichtsordnung Karls V war dann an Stelle der vielen deutschen Strafrechte ein einheitlicher Kriminalkodex getreten, der für gemeine Verbrechen auch in den deutschen Heeren zur Anwendung kam; 33 Artikel desselben wurden den Kriegsgesetzen der Generalstaaten angehängt³. Wie diese holländischen Kriegsartikel im 17. Jahrhundert zum Vorbilde für die Kriegsrechte der meisten deutschen Reichsstände wurden, so kamen sie auch mit dem Umwege über Schweden nach Brandenburg.

Bis dahin hatte man jedem Truppenführer einen Artikelsbrief gegeben, auf den er seine Untergebenen vereidigen mußte. In den 33 Artikeln für das Regiment Wittgenstein von 1651 werden zuerst die Vorgesetzten bestimmt, alle Offiziere sollen Wittgenstein gehorchen, das Regiment soll dem Kurfürsten und seinem Hause treu sein, es folgen Sold- und Musterungsbestimmungen, endlich Strafen für einige Hauptvergehen⁴. Für die gro-

¹ F. Müller a. a. O. I 276.

² Meynert a. a. O. II 215.

³ Pappus v. Tratzberg, Holländisch Kriegsrecht. Frankfurt am Main 1632.

⁴ R 24 E 1. — Kleve, 9. August 1651.

Isen Armeen des schwedisch-polnischen Krieges erschienen dann allgemein gültige Kriegsartikel, das in handlichem Duodezformat gedruckte brandenburgische Kriegsrecht von 1656, welches für die ganze Regierungszeit Friedrich Wilhelms Gültigkeit behielt¹. Es ist nichts anderes als eine fast wörtliche Übersetzung des schwedischen². Dieses hatte Gustav Adolf selbst bald nach seiner Ankunft in Pommern verfaßt, es unterscheidet sich von dem kaiserlich-niederländischen durch eine grössere Humanität. In diesem ersten brandenburgisch-preussischen Militärstrafgesetzbuche sind für viele Vergehen keine besonderen Strafen angegeben, es war dann der Übelthäter „nach Kriegsrecht“ zu strafen, d. h. nach dem, welches sich allmählich durch den Gebrauch bei den Militärgerichten herausgebildet hatte. Wie in der Carolina, so war man auch in den Kriegsrechten mit der Todesstrafe schnell bei der Hand, und der auf den Bildern des 17. Jahrhunderts „nie fehlende, stets stark bevölkerte Galgen“ (Jaehns) macht es begreiflich, daß in keinem Regimentsstabe der Scharfrichter fehlte. Strafen, wie Nasen- und Ohrenabschneiden, die bei den Kaiserlichen und Franzosen noch lange gang und gebe waren³, finden sich unter der menschlichen Regierung Friedrich Wilhelms nicht. Sein Nachfolger führte sie 1711 wegen der überhand nehmenden Desertionen ein; da aber damit doch nichts gebessert wurde, wurden sie 1712 wieder abgeschafft⁴.

In dem Kriegsrechte beziehen sich § 1—7 auf Gottesfurcht, § 8—17 auf Gehorsam, § 18—48 auf Lagerordnung, Wachtvergehen, Meuterei, Feigheit, Verrat, Fahnenflucht, § 49—67 auf Ehebruch, Diebstahl, Mord, Raub, Beschädigung und Wegwerfen der Waffen, § 68—71 auf Zuteilung und Auslösung der Gefangenen, § 72—79 auf Musterungsvergehen, § 80—87 auf Soldunterschlagungen, § 90 bestimmt, daß künftige Zusätze ebenso gültig sind, § 91, daß diese Artikel alle Vierteljahr vorzulesen sind.

Dieses Kriegsrecht galt in gleicher Weise für Soldaten, wie für Offiziere. Noch bestand kein „spezifischer“, sondern nur ein „gradueller“ Unterschied zwischen beiden. Der Gemeine hörte, wie seinem Offizier wegen Vorenthalten des Soldes mit dem Kriegsgericht, wegen unrechtmäßiger Forderungen mit dem Tode gedroht wurde. Kam es doch vor, daß die Bürger Prenzlau einen Fähnrich zwei Monate lang die Muskete tragen und auf Wache ziehen sahen, weil er einen Einwohner dieser Stadt geschlagen hatte⁵; und als Derfflinger 1676 einen Lieutenant Steinwehr mit seinem Stocke schlägt, scheint der Kammerjunker von Buch nur

¹ M III 1, 25.

² Sehr ähnlich ist das Züricher.

³ Feldzüge Eugens I, I 340. — Gleich nach seinem Regierungsantritt verbot Friedrich Wilhelm die grausamen Strafen wie Nasen- und Ohrenabschneiden. O. Meinardus, Protokolle u. Relationen I 220.

⁴ F. Müller a. a. O. II 172.

⁵ Orlich II 398 nach Sekt, Gesch. Prenzlau IV 112.

darum hiermit nicht einverstanden zu sein, weil der Offizier ein sehr tüchtiger Mensch war¹.

Das Kriegsgericht.

Bis zum Anfange des 17. Jahrhunderts war das pedantische und formelreiche Gerichtsverfahren der Landsknechtsgenossenschaften, wie es Fronsperger als Kriegsrecht und Recht der langen Spieße (Standrecht) darstellt, schon wesentlich vereinfacht worden, und bewegte sich ziemlich in den Formen der heutigen Militärgerichte. Im Lager Gustav Adolfs bestanden ein Obergericht aus Generalen, Obersten und Oberstlieutenants unter Vorsitz des Feldmarschalls und die Regimentsgerichte, welche sich aus 13 Ober- und Unteroffizieren aller Grade zusammensetzten².

Unter Friedrich Wilhelm hieß das ordnungsmäßige Gerichtsverfahren Kriegsrecht; eigentliches Standrecht war das, was „auf dem Marsch beim Ertappen auf frischer That ohne weiteren Umstand und Examinierung durch Aufhängung an den nächsten Baum“ vollzogen wurde³. Hierbei fungierte der Generalgewaltige als Polizist, Ankläger, Richter und Exekutor.

Das Kriegsgericht bestellte der Oberst aus Offizieren und Gemeinen; diese füllten in Chargenklassen das Urteil, bestimmten Art und Maß der Strafe, die der Profols durch den Nachrichten und die Steckenknechte vollziehen ließ.

Bei einem im Feldlager zu Coldingen am 15./25. Juli 1659 abgehaltenen Kriegsgerichte über einen Musketier, der bei einem Tumult einen Bürger erschossen hatte, lauten die einzelnen vota folgendermaßen:

1) 3 Musketiere. Sie tassen den Fall als Notwehr auf und verhängen 2 Monate Fesselung in Eisen.

2) 3 Gefreite. Ebenso, aber 3 Monate.

3) 3 Korporals. Sie nehmen übereilte Notwehr an und verhängen 4 mal Spießrutenlaufen.

4) 3 Sergeanten. Der Korporal, welcher die Truppe führte, soll wegen Mißbrauchs seines Amtes deschargiert werden und 3 Monate bei Wasser und Brot karren, der Musketier 7 mal Spießruten laufen.

5) 2 Lieutenants. Dem Korporal könne niemand beweisen, daß er Feuer befohlen, er soll 4 Monat in Eisen liegen. Der Thäter ist zu enthaupten.

6) 2 Hauptleute. Der Korporal soll 6 Monat in Eisen liegen, der Thäter ist zu arkebusieren. Die Bürger sind wegen Aufruhrs zu bestrafen.

¹ G. v. Kessel, Tagebuch von S. v. Buch. 2 Bde. Jena und Leipzig 1865. I 192.

² M. Jaehns a. a. O. S. 1084.

³ S. Gruber a. a. O.

7) 2 Oberstwachmeister. Der Korporal soll 3 Monat in Eisen liegen. Sonst wie vor.

8) 2 Oberstlieutenants. Wie vor.

9) Der Dominus præses schickt sein Votum „per maiora“ ein¹.

Beim Kriegsgerichte über Generale scheinen nur Generale, über Stabsoffiziere nur solche, über Subalternoffiziere keine Unteroffiziere als Richter zugezogen worden zu sein. Als 1674 über einen Oberst ein Kriegsgericht befohlen wird, erklärt der General, v. Schwerin, dazu fehlten ihm die nötigen Stabsoffiziere²; 1677 sind bei einem Kriegsgerichte über einen Hauptmann Richter: 1 Oberstlieutenant als Präses, 3 Hauptleute, 1 Kapitänlieutenant, 4 Lieutenants, 4 Fähnriche³. Ein Judicium mixtum endlich wurde eingesetzt, wenn es sich um einen Fall zwischen Militär- und Civilpersonen handelte. Als 1660 über einen Korporal Johann Besche, genannt Federhans, vom Regiment Weimar, der einen Rentmeister geohrfeigt, verwundet und dann seinen Soldaten zugerufen hatte, den Fliehenden niederzumachen, Gericht gehalten werden sollte, wurde das Judicium mixtum aus Beamten der hinterpommerschen Regierung und Oberoffizieren des Delinquenten gebildet⁴.

Das Auditoriat.

Seitdem Friedrich Wilhelm die autonome Justiz der Obersten einzuschränken und sich die Bestätigung oder Verwerfung der kriegsgerichtlichen Urteile vorzubehalten angefangen hatte⁵, bedurfte er auch eines juristischen Beirats, einer ständigen Ober-Militärjustizbehörde. Schon 1651 findet man einen Generalauditeur Lindner⁶. Als dieser 1663 starb, folgte ihm der altmärkische Quartalgerichtsrat Hoyers. Außer dem Generalauditeur gab es Oberauditeure, 1670 findet sich in Preussen ein Oberauditeur Joh. Georg Schmidt⁷. Ein gewisser Salomon, der 1650 Schultheiß beim Regiment Burgsdorff, 1653 Obereinnehmer in Frankfurt war⁸, wurde 1655 märkischer Garnisonsauditeur, 1662 Oberauditeur. 1673 passierte der seltsame Fall, daß ein Kammergerichtsadvokat Andr. Libertus Müller um des Salomon Stelle bat, da er gestorben sei, worauf der empörte Salomon den Kurfürsten bittet, er möchte jenem Menschen doch den voreiligen Successionseifer nehmen und vielmehr seinen, Salomons, Schwiegersohn, Pfreund, zum Nachfolger machen. Überhaupt scheinen

¹ R 30, 121—124.

² R 24 Z b.

³ v. d. Oelsnitz a. a. O. S. 155 f.

⁴ R 30, 221—24.

⁵ Dieses wird unten dargestellt werden S. 135 ff.

⁶ Das Folgende meist aus R 9 A 19.

⁷ v. d. Oelsnitz a. a. O. S. 124.

⁸ R 24 M b 5.

diese Stellen sehr erwünscht gewesen zu sein. Schon als Lindner starb, bat Salomon um dessen Amt, nach Hoyers' Tode 1674 meldete sich dazu ein gewisser Stoschius, doch wurde der bisherige Generalauditeurlieutenant v. Portz Hoyers' Nachfolger.

Mit diesen geschulten Juristen mußte das römische Recht gegenüber dem alten Gewohnheitsrechte weitere Fortschritte machen. Sodann bedienten sich die juristischen Fakultäten, denen oft die Akten zur Begutachtung übersandt wurden, natürlich nur des römischen Rechtes. Endlich wurde mit dem stehenden Heere auch ein Bedürfnis nach detaillierten feststehenden Bestimmungen und Erklärungen fühlbar. Der Generalauditeur Hoyers arbeitete 1665 eine Erklärung des Kriegsrechtes aus, wobei besonders das römische Recht, dann auch die Bestimmungen anderer Staaten, des Reichs, Frankreichs, Schwedens berücksichtigt wurden. Daß dieses Buch während der Regierung Friedrich Wilhelms noch zwei Auflagen resp. Umarbeitungen erlebte, spricht für seine damalige Unentbehrlichkeit¹.

Die brandenburgische Disciplin.

Wenn auch aus den letzten Kriegsjahren des Kurfürsten manche Fälle von Plünderung und Diebstahl der Gemeinen, von Rohheit und Insubordination der Offiziere vorliegen, so würden wir doch sehr irren, wollten wir daraus schliessen, daß die brandenburgische Disciplin eine für die damalige Zeit schlechte gewesen sei. Alle jene Beispiele sind Einzelheiten und bezeugen, daß solche Excesse nie ungeahndet blieben, daß selbst ein Fürst wie Friedrich Wilhelm einer langen Zeit bedurfte, ehe er die Gepflogenheiten der verkommenen Söldnerhaufen des dreißigjährigen Krieges aus Offizieren und Soldaten ausgerottet hatte. Nur ein Vergleich mit anderen Armeen kann einen Maßstab für die Disciplin in der eigenen abgeben.

Was aus den Kriegern Gustav Adolfs geworden war, ist bekannt; ihr Benehmen 1675 in Brandenburg empörte ihren eigenen General. Wie sehr Ludwig XIV die eigenen Unterthanen schützte, — sobald seine Regimenter die Grenzen überschritten hatten, ließ man der Zügellosigkeit der Soldaten freien Lauf. Plündern, Stehlen, Rauben und Schänden der Bewohner des feindlichen Landes entehrte nach der Meinung des allerchristlichsten Königs und seiner Generale nicht die französischen Truppen². Wenig besser stand es bei den Kaiserlichen. 1672 beklagte sich Friedrich Wilhelm bitter über dieselben, sie würden bald das ganze

¹ E. Hoyers, Brandenb. Kriegsrecht. Berlin 1665. E. Hoyers, Corpus iuris militaris. Berlin 1672 und 1686. Dazu gab ein Nachfolger Hoyers' J. F. S(chultze) 1692 Additiones heraus.

² Feldzüge Eugens I, I 541 ff. — Buch schreibt im März 1675, man habe Abscheu, die von den Franzosen in den Niederlanden verübte Barbarei zu erzählen. Tagebuch I 102.

Land ruiniert haben¹; am 22. Dezember 1674 bittet er den Kaiser um Untersuchung der Desordren, dann werde sich ergeben, in wie schlechtem Zustand dessen Armee sei². Am 3./13. Februar 1676 schreibt er eigenhändig dem Kaiser, er wünsche nur zu haben, was die kaiserlichen Offiziere und Generale über den Sold von den armen Leuten erpressen, „da woll einer undt der ander zu 80 000 undt 30 000 Thaler in Ihren quarttiren genossen undt außer dem Reich, Ja gar bis in Italien übermacht haben, undt werden Ew. Kay. May. von Dero eigenützigen officiren hintergangen“³. Der Kurfürst kannte aber nun seine Leute. Wegen der Ausschreitungen des kaiserlichen Regiments Erbey 1685 beim Marsch durch seine Lande hielt er einfach einen Offizier als Geisel zurück, bis Satisfaktion geschehen war⁴.

Auf der anderen Seite sind der ehrenden Aussagen über die Disciplin der Brandenburger genug vorhanden. Berichtet doch schon im März 1658 des Kaisers Gesandter Fernemont über die kurfürstliche Armee aus Berlin: „Was ich unterwegs und hier gesehen, kann ich bezeugen, daß ich mich selbst verwundert habe, und ist bei solcher Menge der Völker fast im Lande nicht zu spüren, daß fast eine Armee vorhanden sei, so scharf werden sie eingehalten“⁵. Ebenso wissen die französischen Gesandten Frischmann 1659 und Colbert 1666 nur Gutes von der Zucht der Brandenburger zu berichten⁶.

Das erreichte Friedrich Wilhelm durch strenge Gerechtigkeit, er erreichte es durch seine stete Gegenwart bei den Truppen, wo er alles mit eigenen Augen sah⁷. Wer sich etwas zu Schulden kommen liefs, es mochte sein, wer es wollte, dem wurde die Strafe nicht geschenkt. Einen sehr scharfen Tadel mußte sich sogar einmal der Fürst von Anhalt gefallen lassen. Wenn es eben das Wohl des Ganzen galt, so verschwand bei dem Monarchen die Rücksicht gegen den höchsten General und Freund wie gegen den letzten Musketier, es ist dieselbe Sinnesweise, die wir bei den meisten seiner Nachkommen finden, der echt königliche Sinn der Hohenzollern.

¹ Orlich III 202. — An Anhalt. Lippstadt, 30. Dez. 1672.

² UA XIII 702.

³ UA XIV 848 f.

⁴ UA XIV 1185. Fridag an d. Kaiser. Berlin, 10. Sept. 1685.

⁵ UA XIV 79.

⁶ UA II 217 und 370.

⁷ Son Altesse est continuellement à cheval pour donner ordre à tout. Bericht de Lumbré's 31. Dezember 1655. J. G. Droysehn, Gesch. der preuß. Politik III. 2, S. 489. — Der Kurfürst reitet alle Tage an der Spitze seiner Armee. Bericht Amerongens, 24. September 1672. UA III 290. — Den besten Beweis bietet das ganze Journal Buchs.

III.

Die Verpflegung.

Die Subordination wird in einer Armee um so leichter aufrecht zu erhalten sein, je geordneter die Verpflegung ist. Ein Mangel darin hat eine nachteilige Wirkung auf Disciplin und Leistungsfähigkeit stets im Gefolge. Wir wenden uns jetzt den Vorbedingungen für den Bestand des Heeres, den Verpflegungsverhältnissen zu.

Die Entwicklung der Truppenverpflegung bis 1640.

Um uns die Thätigkeit des Großen Kurfürsten auf diesem Gebiete klar zu machen, haben wir die Entwicklung der Truppenverpflegung bis zu seinem Regierungsantritt einer kurzen Betrachtung zu unterziehen.

Die Ernährung von Mann und Pferd, die Naturalverpflegung, geschieht heute auf dreierlei Art¹: Entweder in Gelde (Selbstverpflegung) oder durch die Gemeinden der bequartierten Ortschaften² oder unmittelbar durch die Militärverwaltungsbehörden (Magazinverpflegung).

Indem ich nun an dieser Einteilung für die ganze von mir zu behandelnde Periode festhalte, aber so, daß ich unter sie nicht nur das, was man heute unter Naturalverpflegung versteht, sondern die gesamte Heeresverpflegung bringe, unterscheide ich:

1) Das Barbezahlungssystem, wobei der Einzelne alle und jede Gebühren in Geld empfängt und sich dafür verpflegt. Der Staat giebt das Geld.

¹ Courbière, Grundzüge S. 220.

² Dieses ist die „Quartierverpflegung, Verpflegung durch die Wirte“, im feindlichen Lande auch „Requisition“.

2) Die Quartierverpflegung, welche darin besteht, daß die Gemeinden Quartier, Lebensmittel und Sold aufbringen und dem Soldaten direkt aushändigen.

3) Die Magazinverpflegung durch die Militärverwaltungsbehörden¹.

Diese Einteilung nach der Person des Leistenden erscheint mir für unsere Epoche am zweckmässigsten. Eine solche in Geld- und Naturalverpflegung kann erst mit Erfolg angewandt werden, wenn eine Person, der Staat, alle Bedürfnisse liefert, wenn also ein ausreichendes, regelmässiges Steuersystem eingeführt ist. Freilich bildet die Zeit des Grossen Kurfürsten eine Hauptperiode in der Verdrängung der Natural- durch die Geldwirtschaft. Aber beide sind in der Quartierverpflegung enthalten; von dieser ging man nicht deshalb ab, um die Naturalwirtschaft zu beseitigen, sondern man beseitigte die Naturalwirtschaft, um sich von der unkontrollierbaren Quartierverpflegung befreien zu können².

Im Anfange des 16. Jahrhunderts tritt uns die bemerkenswerte Thatsache entgegen, daß schnell nacheinander die beiden ersten Systeme in ziemlicher Reinheit auftauchen. Die Magazinverpflegung aber wurde damals und noch später wegen ihrer, besonders durch die mangelhafte Kontrolle der Proviantbeamten verursachten, Kostbarkeit immer nur als Hilfsmittel gebraucht; erst im 18. Jahrhundert gewann sie eine große Bedeutung, die ihr zum Teil wieder von dem ersten Napoleon genommen wurde. Vorerst bespreche ich nur die beiden ersten Systeme, die Magazinverpflegung für sich später besonders.

Das Söldnerwesen, „auf Zeit“, wie es seit Maximilian I in ganz Europa aufgekommen war, hatte zur Basis das reine Geldsystem. Das Wort: keine Kreuzer — keine Schweizer galt bald für alle Nationalitäten. Nur derjenige Staat konnte große

¹ Um diese Einteilung gleich an einem praktischen Beispiele zu erläutern, so findet man in dem Heere Karl Gustavs IX. von Schweden die drei Systeme nebeneinander und getrennt voneinander. Es wurden hier die Truppen entweder von den Bauern gegen Steuernachlaß verpflegt (Quartierverpflegung), oder die Soldaten erhielten höheren Sold, wofür sie sich dann ihre Bedürfnisse kaufen mußten (Barbezahlungssystem), oder endlich man gab ihnen die Lebensmittel von den Schlössern (Magazinverpflegung). Die Bekleidung erhielten sie von der Krone. Meynert a. a. O. II 258. —

G. Droysens „Sold“ entspricht dem Barbezahlungssystem, seine „Löhnung und Verpflegung“ der Quartierverpflegung ziemlich genau. A. a. O, S. 596 ff. Über seine „Lehnung“ rede ich unten. S. S. 39, Note 3.

² Man darf daher die Quartierverpflegung nie mit Naturalverpflegung verwechseln. Bei dieser handelt es sich um die zu liefernde Sache, bei jener um die liefernde Person.

Unter Naturalien versteht man heute nur Konsumptibilien, im 17. Jahrhundert empfing man auch Quartier, Pferde, Kleider, überhaupt alle Bedürfnisse außer Geld „in natura“.

Heere aufstellen, welcher viel bares Geld hatte. Zunächst kam es dabei durchaus nicht auf den Flächeninhalt und die Bevölkerungsdichtigkeit des Landes an. Der Aufschwung, den die Silberbergwerke des Schneebergs und von St. Annaberg im 15. und Anfange des 16. Jahrhunderts genommen hatten, ermöglichte es den sächsischen Fürsten, ihre Zeughäuser zu füllen und bedeutende Armeen zu halten.

Der Söldner trug seinen Namen mit Recht. Er erhielt seinen Sold, sonst nicht das Geringste¹. Er mußte sich dafür alles beschaffen, den ganzen Lebensunterhalt, sein Pferd, dessen Futter, Quartier und Stallung². Natürlich mußte der Sold auch eine dem angemessene Höhe haben; er normierte sich bald auf den bestimmten Einheitssatz von 4 Goldgulden im Monat für den Landsknecht³. Diese 4 Gulden bildeten „einen Sold“. Der Feldweibel erhielt 3 Sold, der Lieutenant 5, der Hauptmann 10, der Oberst 100. Ein Sold repräsentiert in heutigem Geldwerte 80 Mark, da der Goldgulden heute den von 20 besitzt⁴. Vergleicht man hiermit das Traktament des brandenburgischen Musketiers von 1670 (S. Tabelle I, S. 56 f.), als viele Gebühren in natura geliefert wurden, so springt der Unterschied sofort in die Augen, da dieser nur 2½ Thlr. — in heutigem Geldwerte 29,25 Mk. — bezog. Ließ der Kriegsherr, wie es später aufkam, Proviant, Waffen oder Bekleidung liefern, so wurden dafür vom Solde Abzüge gemacht. So haben wir hier das reine Barbezahlungssystem.

Wir müssen nun für die ganze Folgezeit festhalten, daß man in Deutschland im Princip von dieser reinen Barzahlung nicht abgegangen ist; im Princip, denn es kam vor, daß der Soldat keinen Groschen in die Hand erhielt. „Alles, was er zum Leben brauchte, seine „Notdurft“, mußte er bar bezahlen“. Die Naturallieferungen wurden wohl kommissioniert, d. h. besorgt, aber dann kann doch nur den Leuten „ihre Notdurft anstatt eines Teils ihrer Besoldung gereicht werden“ (1625)⁵.

Wenn die Landsknechtsregimenter wegen des ausbleibenden Soldes auch oft gezwungen waren, sich durch Requisition zu verpflegen, so brachten die Spanier ein ganz anderes Verpflegungssystem nach Italien. Da sie von ihren Königen „wegen deren

¹ Beute kommt hier nicht in Betracht.

² Noch 1630 wurde bei den Kaiserlichen der Sold „für alles und jedes gereicht und passiert.“ G. Droysen a. a. O. S. 597. Ob der Gemeine ihn richtig erhielt, war freilich eine andere Frage.

³ Der geharnischte Reiter erhielt 24, der berittene Schütze 12 G.

⁴ v. Zwiedineck-Südendorp, Kriegsbilder aus der Landsknechtszeit. S. 49. — Zu demselben Resultat gelangen wir, wenn wir den Gulden gleich 7 Mk. setzen und nach der Hanauer-Soetbeerschen Tabelle (s. S. 59) die Kaufkraft des Geldes für 1550 auf dreimal so hoch als heute anschlagen.

⁵ G. Droysen a. a. O. S. 623.

Armut“ schlecht oder gar nicht bezahlt wurden, so fingen sie an, von den Mitteln der Bevölkerung zu leben, ohne wie die deutschen und andern Truppen das gelieferte Quartier und die Verpflegung zu bezahlen. Die Requisition, welche bis dahin nur Ausnahme gewesen war, erhoben sie zur Regel¹. Und nicht allein Quartier und Viktualien, sondern auch Sold erzwangen sie von den Einwohnern, indem ein Haus dem Soldaten das Quartier, eins oder mehrere andere den Unterhalt, wieder andere Geld geben mußten. Dieses „System der Einquartierung beim Wirt mit von diesem zu leistender Verpflegung“ gelangte bald auch dort zur Anwendung, wo eine Notwendigkeit dazu wie im Anfange nicht mehr vorhanden war. Später wurde es den spanischen Königen möglich, große Armeen mit Geld zu bezahlen, aber deren habgierigen Anführern mußte es doch viel lohnender erscheinen, beim Alten zu bleiben und den Sold in die eigene Tasche zu stecken. Als Alba aus den Niederlanden abzog, hatten seine Soldaten 28 Monate keinen Sold erhalten².

Wenn wir also in jenen italienischen Kriegen die beiden Systeme nebeneinander finden, so erkennen wir doch zugleich die ungeheure Verschiedenheit von ihrer späteren Anwendung darin, daß damals von einer staatlichen Verwaltung kaum zu reden ist. Denn was ging es den deutschen Kaiser an, wie die Truppen Georg von Frundsbergs gelöhnt wurden, was den spanischen König, ob der Gran capitano Gonsalvo de Cordova seine Soldaten bezahlte oder nicht? Liefen diese nur nicht auseinander, so war man zufrieden. Von einer staatlichen Verpflegung kann man doch erst dann sprechen, wenn die Regierung nicht nur die Mittel giebt, sondern auch deren Verwaltung kontrolliert, was wiederum einen verhältnismäßig großen Beamtenapparat für Kassen-, Magazin-, Musterungs- und Materialankaufswesen erfordert. So lange es zu keinem stehenden Heere gekommen war, konnte es sich für den Kriegsherrn immer nur um das für einen Feldzug nötige „Volk“ handeln; es wurde dann gewöhnlich eine erste und letzte Musterung, vielleicht auch eine dazwischen abgehalten; der Kommissar brachte das Geld mit, zahlte es den Offizieren, mitunter auch den Mannschaften aus, damit war es gut. In der stehenden spanisch-niederländischen

¹ W. Rüstow a. a. O. I 213. Guicciardini, la historia d'Italia, Ausgabe von F. Sansovino, Genua. — I 340: „cose tanto più moleste, quanto più erano nuove & fuori de gl'esempi passati (1504), — und II 361: . . . „populo di Milano, non assuefatto innanzi all'entrata del Marchese di Pescara in Milano ad essere grauto di alimenti o di contributione per gli alloggiamenti de' soldati.“ Es entsteht deshalb ein Krawall in Mailand (1526). — Vergl. auch A. Strecker, F. v. Meinders in Schmollers Forschungen XI, 4 1892. S. 60. — Schon der Spanier Cesare Borgia „wollte, daß seine Soldaten sich nach Belieben einquartierten, so daß sie in Friedenszeiten noch mehr gewannen als im Kriege.“ J. Burckhardt a. a. O. I 117 nach Matarazzo, Cronaca di Perugia.

² M. Jaehns a. a. O. S. 688.

Armee ist von geordneter Verwaltung wenig zu finden. Bei Gelegenheit einer furchtbaren Meuterei 1574 war es dem Statthalter unmöglich, festzustellen, was den Truppen seit 8 Jahren gezahlt und nicht gezahlt sei¹.

Mit der Quartierverpflegung rissen auch sofort jene Mißbräuche ein, gegen die wir noch den Großen Kurfürsten ankämpfen sehen werden. Man klagte schon 1526, das Herzogtum Mailand müsse für die kaiserliche Reiterei täglich 5000 Dukaten aufbringen, Antonio Leyva erhöhe für sich allein täglich deren dreißig. Ferner legten sich eine Menge Soldaten in ein Haus und ließen sich von andern Häusern deren Einquartierungsfreiheit mit Geld bezahlen².

Das Beispiel der Spanier fand bald allgemeine Nachahmung. Die häufige Geldverlegenheit der Kriegsherrn, die Unredlichkeit der Offiziere und Beamten, die rasch fortschreitende Verschlechterung des Ersatzes, alles dieses waren die Momente, welche eine Vermischung beider Systeme hervorbrachten. Das bekannteste Beispiel bietet dafür die Armee Wallensteins, der dieselbe aufstellte durch seine Vorschüsse, sie ernährte durch die Kontributionsverfassung, bei der das Land deshalb bestehen konnte, weil er zugleich die militärische Zucht gewaltig handhabte. Alle Kriegsherrn, sagt Khevenhiller, hätten diese Manier, Krieg zu führen, vom Herzog von Friedland gelernt³. Aber weder er noch andere bedeutende Feldherrn jener Zeit vertrauten allein der Quartierverpflegung. Wallenstein bezog wenigstens den größten Teil des nötigen Proviantes, der Ausrüstung und Bekleidung aus seinen böhmischen Herrschaften, und Gustav Adolf stützte sich auf ein wohlgeordnetes Magazinsystem längst den Ostseeküsten⁴. Immerhin war die Quartierverpflegung die Hauptsache. Man weiß, welche Plage dieses Kontributionssystem für unser Vaterland war, man liest mit Entsetzen von den Unthaten der Mordbrenner des Generals Holk. Mit dem Tode der beiden großen Feldherrn fielen dann die Schranken, welche sie der Zügellosigkeit ihrer Truppen zu setzen verstanden hatten. Alle Schrecken eines furchtbaren Raubkrieges kamen jetzt über Deutschland, die Generale und Obersten wurden reiche Leute, wer von den Gemeinen keinen Sold erhielt, erpresste, stahl, raubte, wer ihn erhielt, that es darum nicht weniger.

Das arme Brandenburg, in dem sich der alte Ersatzmodus doch nur wegen seines Fernbleibens von den großen europäischen Kriegen hatte erhalten können, besaß nur ganz unbedeutende

¹ M. Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des dreißigjährigen Krieges I 486

² Guicciardini II 361. — Zur Zeit des Großen Kurfürsten nannte man diesen sehr verbreiteten Mißbrauch der Fouriere „Quartierverbrennen“.

³ L. v. Ranke, Geschichte Wallensteins 1880. S. 29.

⁴ A. Strecker a. a. O. S. 60.

Soldtruppen als Festungs- und Leibgarden, welche zum Teil mit Kleidung und Viktualien, zum Teil mit Geld befriedigt wurden. Noch die 1617 von Johann Sigismund neu errichtete Leibgarde wurde so verpflegt; der Hauptmann erhielt jährlich 300 Thlr., Wohnung, freien Tisch aus der Hofküche, eine Kleidung und für zwei Diener Hofkleider, der Gemeine monatlich 6 Thlr. und Kleidung¹.

Kaum aber war der große Krieg über das Land gekommen, so riß auch in der Verpflegung der nötig gewordenen Werbetruppen jene Misere ein, welche andere Länder schon längst kennen gelernt hatten. Dazu kam noch, daß hier laut Recess von 1620 die Stände durch das Institut der Kreiskommissare die Beitreibung der bewilligten Kontribution und die nötige Exekution der Säumigen hatten. Die Geworbenen wurden bis zur Musterung dem Lande zum Unterhalt angewiesen. Man hatte wohl vor, dieses regellose „Garten“ nur bis zur Formierung der Truppenteile zu gestatten, aber 1623 war überhaupt kein Geld mehr vorhanden, man mußte die Truppen auf die Ortschaften anweisen. So entstand auch hier das System der Quartierverpflegung, der Assignationen, welches in seiner Folge den völligen Ruin des Landes herbeiführte. Indessen man bediente sich auch zeitweise der beiden andern Systeme. Es ist schwer, sich in dem dadurch entstandenen Durcheinander zurechtzufinden. Machen wir aber einen Versuch, indem wir uns an ein Protokoll über die Kontributionen des Oberbarnim in den Jahren 1628—1634 halten².

Die erste Art der Verpflegung basierte hier auf den regelmäßigen Steuern in bar Geld und den Magazinlieferungen (Kriegsmetze); diese gingen in die Kriegskasse und die Magazine (Kommissen) und gelangten von hier erst an die Truppen. Hierbei war also Quartierverpflegung ausgeschlossen.

Bei der zweiten Art geht es schon weniger regelrecht zu, sie bestand nur in Quartierverpflegung, die entweder in Naturalien oder in Geld geleistet werden konnte, und zwar, was die Städte angeht, aus dem Servis — in Geld wöchentlich 12 Groschen für den Reiter — und der „Lehnung“ von 20 Groschen für den Fußsoldaten, von 2 Thlr. für den Reiter auf die Dekade³); das

¹ Stühr a. a. O. S. 60.

² E. Friedlaender a. a. O. — Bearbeitet von H. v. Petersdorff a. a. O.

³ G. Droysen a. a. O. S. 623 f. und v. Petersdorff a. a. O. S. 44 bezeichnen die „Lehnung“ als den Unterhalt durch Naturalverpflegung, doch konnte sie auch zum Teil in Geld geschehen. Sie war also für obigen Fall, wo nur von einer Lieferung durch die Wirte, nicht den Staat die Rede ist, das, was ich unter Quartierverpflegung verstehe. Die Gemeinden lehnten, liehen den Truppen die Gebühren eine Zeit lang, bis die Regierung imstande war, sie abzutragen. Servis in Geld und Lehnung in Geld zusammen belaufen sich nicht so hoch wie der Sold. Nach obigen Zahlen beträgt die Lehnung für den Reiter monatlich 6 Thlr., der Servis 2 Thlr., während sich sein Sold 1632 auf 10 Thlr.

Land lieferte den Truppen Geld und Naturalien, wie es die Kommissare gerade für nötig hielten.

Wenn endlich für marschierende Truppen Unterhaltsmittel aufzubringen waren, so herrschte meist die Requisition in höchster Entartung, die Truppen nahmen einfach alles Vieh und Getreide, was sie fanden, fort.

Es ist nicht anders möglich, als daß der Soldat in diesem Chaos verlernte, sich mit seinem Solde zu begnügen, wenn er ihn auch richtig erhielt; daß er sich daran gewöhnte, in jedem Falle seinen Unterhalt von dem Einwohner zu erpressen. Was wollte es aber auch sagen, wenn Georg Wilhelm 1637—38 große Summen auf die Armee verwandte, und die Gemeinen infolge der Diebereien der Obersten elend Hungers starben?

Wenn wir nun zu der Regierung Friedrich Wilhelms kommen, so werden wir vor allem nachzuweisen suchen, wie derselbe die beiden durcheinander geworfenen Systeme wieder zu sondern, seinen Offizieren das Auseinanderhalten derselben beizubringen und besonders eine die ganze Verpflegung regelnde fürstliche Verwaltung einzuführen verstand.

Es gehörte bei dem Systeme der Quartierverpflegung nicht zu den kleinsten Anforderungen an einen guten Feldherrn, das Land möglichst lange leistungsfähig zu erhalten; man konnte so lange bleiben, bis es ganz ruiniert war¹. Als aber Friedrich Wilhelm anfang, Truppen auch im Frieden zu unterhalten, da mußte natürlich eine andere Maxime Platz greifen, denn das Heer war jetzt nur ein Mittel zur Erhaltung des Staates, nicht mehr waren Bürger und Bauer nur da, um das Ihrige dem Soldaten ohne Gegenleistung zu überlassen. Bis diese höhere Auffassung des Soldatenhandwerks den Truppen beigebracht war, verging noch manches Jahrzehnt, ja man kann sagen, die ganze Regierung Friedrich Wilhelms und seines Sohnes; erst sein Enkel vollendete das Werk und schuf Hand in Hand mit einer geordneten Verpflegung die preussische Disciplin. Immerhin that der Große Kurfürst viel, errichtete auch hier die Grundmauern des Gebäudes.

Eine Kontrolle über die Quartierverpflegung mit ihrem Gemisch von Geld- und Naturalleistungen mußte erfolglos erscheinen. Daher war es ein Hauptstreben der Regierung, statt

beläuft. R. 24, E. 5. Die übrigen 2 Thlr. kommen vielleicht auf Abzüge für Waffen, Pferde, Kleidung u. a. Übrigens ist doch fraglich, ob die von v. Petersdorff angenommene Stärke von 113 Pferden zutrifft. Im Protokoll ist diese Zahl für Ende 1633 vermerkt; am 2. Mai 1632, als die Lehnung gezahlt wurde, kann die Stärke der Kompagnie Arnims eine ganz andere gewesen sein. E. Friedlaender a. a. O. S. 313. — Das Wort „Löhnung“ kommt damals auch vor, z. B. in der Ordonnanz von 1635, im Kriebsrecht (1656) § 84, meist wird in unserer Epoche freilich die Bezeichnung „Traktament“ gebraucht.

¹ On quittait un pays après l'avoir mangé. Friedrich d. Große. Oeuvres I 184.

der direkten Leistungen des Landes an die Truppen ein regelmäßiges Geldsteuersystem einzuführen und die Auszahlung der Löhnung in Staatsverwaltung zu bringen, oder, was dasselbe sagt, an Stelle der Quartierverpflegung wieder das Barbezahlungssystem zu setzen. Nie durch direkte, unkontrollierbare Quartierleistungen, sondern nur durch regelmäßige Staatssteuern ist der Bestand eines stehenden Heeres garantiert. Kurfürst Friedrich Wilhelm verwandelte Brandenburg-Preußen aus einem ständischen Lehnsstaat in einen modernen Finanzstaat.

Die Beschaffung der Mittel.

Großes würde er leisten, so äußerte sich öfters Friedrich Wilhelm, wenn er mehr Geld hätte. Aber, sagt der französische Gesandte, welcher darüber berichtet, er hat dessen so wenig, daß man sagen kann, er hat gar keins¹.

Dabei war der Kurfürst nicht wie sein Enkel zur Sparsamkeit beanlagt, er liebte vielmehr einen gewissen Glanz; freigebig beschenkte er seine Diener und machte ihnen Versprechungen, die zu erfüllen die vorhandenen Mittel selten hinreichten². Die Hauptausgabe des Staates war die für das Heer. Nachdem man einmal von Lehnfolge und Landaufgebot zur Werbung und zum miles perpetuus übergegangen war, kam alles darauf an, den „nervus belli“ nicht absterben zu lassen.

Kriegssteuern und Subsidien.

Es würde hier zu weit führen, darzustellen, wie Friedrich Wilhelm allmählich die Mittel von den Ständen erzwang, wie er in den Marken die 1653 bewilligten Steuern, fußend auf dem § 180 des recessus imperii novissimus des regensburger Reichstages von 1654, forterhob³, in Preußen und in den westlichen Landen das Nötige meist mit Gewalt eintrieb, bis endlich der Bestand des Heeres durch die seit 1667 in Brandenburg begonnene, seit 1684 hier und in den andern Provinzen außer in Kleve-Mark durchgeführte einheitliche Accise gesichert war⁴. Ein Vorteil war der in dem großen Kriege zur äußersten Entartung gelangten Quartierverpflegung doch für den Staat entsprungen: Sie hatte die Stände mürbe gemacht, die Deutschen hatten das Steuerzahlen gelernt. Es war derselbe Vorgang, den wir nach der englischen Invasion und den Söldnerplagen im 15. Jahr-

¹ De Leissein an Ludwig XIV, Berlin 21. März 1662. UA II 264.

² Von 20 000 Thlrn., die er 1675 Derfflinger schenkte, hatte dieser 1682 erst 5486 empfangen. Gr. zur Lippe-Weissenfeld, Derfflinger.

³ J. G. Droysen, Gesch. d. preuß. Pol. 1870/72, III, 2 S. 111 ff.

⁴ Darüber s. K. Breysig in Schmollers Jahrbuch 1892, der brandenburgische Staatshaushalt in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. II. Der Militäretat.

hundert in Frankreich sich abspielen sehen: in der allgemeinen Not bewilligten die Großen dem Könige die Taille. Viel langsamer ließen sich die brandenburgischen Stände das Nötige abringen. Das ganze Leben Friedrich Wilhelms verbitterte der Kampf mit den Ständen seiner Lande um Gewährung der Unterhaltungsmittel für das Heer. Und wenn er auch das Nötigste erlangt hatte, so war er, sobald eine größere Aktion im Plane lag, trotzdem auf die Subsidien der Großmächte angewiesen und geriet, falls diese nicht pünktlich gezahlt wurden, oder ausblieben, immer in große Verlegenheiten; war dieses doch der Hauptgrund, warum er 1673 den Niederländern seine kriegerische Hilfe nicht weiter leisten konnte¹. Von 1674 an bezog er Subsidien von den Generalstaaten und Spanien, seit dem Frieden von St. Germain machten nur die französischen es ihm möglich, auch im Frieden „eine formidable Armee in Kriegsbereitschaft zu halten“². Die Bedrängnisse der Jahre 1677 und 1679 nötigten sogar, in beiden eine allgemeine Kopfsteuer von 200 000 Thlr. auszuschreiben³.

Die Assignationen.

Wie wir sahen, hatten die Stände die Beitreibung der Kontribution und die nötige Exekution. Da sich dieser Modus aber als unzulänglich erwies, so wurde seit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms jedem Regimente ein bestimmter Distrikt zur Einquartierung, Löhnung und Verpflegung angewiesen, während seit den fünfziger Jahren die Kriegskommissare mit den Land- und Stadtbehörden über die Einzelheiten, wie Repartition der Quoten, rechtzeitige Aufbringung und Abführung derselben an die Truppen sich auseinandersetzten. Damit begann die Regierung sich der bisher ganz von den Ständen besorgten Truppenverpflegung zu bemächtigen. In Preußen behielten nach der Acciseordnung von 1662 die 5 Kastenherren Kontrolle und Exekution, seit 1666 traten dazu die Bürgermeister von Königsberg und Bartenstein. In Kleve-Mark waren es die Unterreceptoren, welche die bewilligten Gelder eintraben und der Regierung oder den Kommissaren übermittelten, seit 1675 traten sie unter einen Oberreceptor⁴.

Die Assignationen für die Regimenter wurden seit dem schwedisch-polnischen Kriege vom Generalkommissar berechnet und aufgestellt, für Preußen und die westfälischen Provinzen von den Statthaltern und Regierungen mit den Kriegskommissaren;

¹ Brasser an den Greffier. Berlin den 24. Juni 1673: Wegen Geldmangels müsse der Kurfürst seine Armee entlassen, UA III 416.

² L. v. Ranke a. a. O. I 343.

³ A. F. Riedel, Der brand.-preufs. Staatshaushalt in den beiden letzten Jahrhunderten. Berlin 1866. S. 32.

⁴ Jsaaksohn, Geschichte des preufs. Beamtentums II 196, 178.

jedoch stand dem Generalkommissar dabei immer die Oberaufsicht zu. Die Art und Weise, wie Platen während der Kriegsjahre 1656—60 die Gelder assignierte, blieb maßgebend für die Folgezeit. Links wurde das Traktament für die Truppen berechnet und rechts daneben wurden diese Summen auf Kreise und Städte angewiesen. In den Assignationen des Jahres 1658 z. B.¹ folgen sich die Generalstäbe Graf Dohna, Derfflinger, Görtzke mit Kommissaren, Adjutanten und Proviantbeamten, dann die Artillerie mit einer Pauschsumme, über die der Artilleriekommissar besonders Rechnung führt, hierauf die Kavallerie-, Dragoner- und Infanterieregimenter, bei denen die Beträge für Stab, Zahl der Primaplanen und Gemeinen (Gefreiten) spezifiziert sind; den Schluß bilden Zulagen für einzelne Personen und Extraordinaria. Mit dem 1. Mai tritt eine Änderung ein, indem von da an die Sommerordonnanz zur Gültigkeit gelangt. Überall ist auch das in natura zu liefernde Hartfutter angegeben. Die Zahlen scheinen sich an die Verpflegungsordonnanzen zu halten, so weit uns darüber eine Kontrolle möglich ist. Nach der Ordonnanz von 1657 beträgt die Summe für eine Primaplana zu Ross 205 Thlr., in der Assignation für deren 5 1025 Thlr. Da aber die Primaplanen verschieden besetzt waren, so treffen wir auf sehr ungleiche Summen. Bei der Infanterie bekommen z. B. die 4 Primaplanen des Leibregiments 700, die 8 des Ritterfordschen nur 999 Thlr.

Um die Besprechung des Formalen hier gleich zu Ende zu führen, so waren die Assignationen der achtziger Jahre im System wenig anders. Hinter der Infanterie folgen die Garnisonstruppen, deren Etat noch bis Friedrich Wilhelm I von den Feldtruppen getrennt blieb.

Außer dieser Tabelle für die Centralbehörde folgen nun aber noch andere und zwar meist folgende:

2) Etats für die Provinzialbehörden, wodurch die Oberempfänger angewiesen wurden, wie viel Geld und an wen sie es abzuführen hatten,

3) Tabellen für die Stände, welche enthielten, was die Städte (Accise) und Ritterschaften (Kontribution) der einzelnen Kreise, und an wen sie es zu zahlen hatten,

4) Tabellen für jeden einzelnen Truppenteil, was an Geld, und von wem er es erhielt,

5) Die Accisetabelle der Städte,

6) Der General-Kassenetat für die Generalkasse;
außerdem manchmal noch einige andere Tabellen wie ein Special-General-Kassenetat oder eine Verteilung des Acciseüberschusses an die Truppen².

Zur Erklärung des Vorstehenden müssen wir ein Wort über das Kassenwesen sagen³. Die seit den sechziger Jahren immer

¹ R. 24 FF.

² Kr. Min.

³ D. Folgende aus K. Breysig, die Organisation der brandenb.

detaillierter werdenden Assignationslisten verwandeln sich um das Jahr 1674 in Generalkriegskassenrechnungen. Es war somit um diese Zeit für die Militärausgaben neben und über den verschiedenen Provinzialkassen eine Centralkasse entstanden. Jedoch floß in erstere weiter der größte Teil der regelmäßigen Steuern, während die Generalkasse die nur für den Krieg bestimmten Subsidien und Kopfgelder aufnahm. Da aber bei den von den Kreis- und Städtekas sen abhängigen Provinzialkassen eine pünktliche Herbeischaffung der Steuern trotz detailliertester Voranschläge und strenger Kontrolle nur schwer erreichbar war, so flossen seit 1682 die Kontributionen aller Lande außer den Marken und Kleve-Mark in die Generalkasse. Eine solche Centralkasse besteht nicht sowohl in einer Sammelstelle für alle baren Gelder, sondern vielmehr in einer solchen für die regelmäßig von den Mittelinstanzen eingelieferten Einzelbelege. So hatte man nun eine fortlaufende Übersicht der Einkünfte aller Provinzen, man lernte deren Leistungen kennen und konnte auf eine regelmäßige Quote rechnen. Nach und nach werden die Beiträge der einzelnen Länder denn auch ganz feststehende. Das ganze Kassenwesen stand unter der Oberaufsicht des Generalkriegskommissars, die Generalkriegskasse verwaltete ein Oberempfänger, bis 1682 Heydekampff, dann Cautius.

Es hängt mit dieser seit den sechziger Jahren beginnenden Bildung größerer Kassen und der Einführung der Accise zusammen, daß die Verpflegung der Truppen bald ganz aus den Händen der Stände in die der Regierung überging, daß man sich von der Quartierverpflegung zum Barbezahlungssystem wenden konnte. Damit erhielten denn auch die Assignationen die ganz andere Bedeutung, daß den Kreisen und Ortschaften zur Bezahlung Gelder angewiesen wurden, die sie nicht direkt den Truppen, sondern den fürstlichen Beamten auszuhändigen hatten, während die Regimenter ihre Gebühren von den Provinzialkassen empfangen. Nach dem Kontributionsreglement von 1687 sollen die Kreiseinnehmer die Assignationen aus der Kasse bar bezahlen¹. Wenn es nun hieß, Kleve hat 4647 Thlr. an das Regiment Spaen z. F. zu zahlen, so war damit gemeint, daß der Obereinnehmer diese Summe in die Klevische Kriegskasse abzuführen hatte; diese bezahlte das Regiment aus ihrem Bestande und schickte am Ende des Monats den Beleg darüber nach Berlin².

Kommissariate in der Zeit von 1660—1697. S. 149 ff. Forsch. z. brandenb. und preufs. Gesch. V 1. — 1892.

¹ S. S. 48.

² Wie in der Einführung einer systematischen Administration Frankreich vorausging, so auch in der Verstaatlichung der Heeresverpflegung. In der Ordonnanz vom 4. November 1651 (Französische Kriegswirtschaft) wird schon bestimmt, daß die Barzahlung nicht mehr durch die Einwohner, sondern durch das Kriegszahlamt zu geschehen habe.

Die Militär - Exekutionen.

Liefen die assignierten Gelder nicht richtig ein, so kam es zu sogenannten militärischen Exekutionen¹ gegen die säumigen Zahler. Schon in den zwanziger Jahren durfte sich der Landreuter zur Eintreibung der Kontribution vom Kreiskommissar einige Soldaten geben lassen². Wie nun die Forderungen wuchsen, ebenso vermehrten sich auch die Exekutionen. Sie waren an und für sich gegen die früheren Verhältnisse, als es bei der Quartierverpflegung einfach dem Soldaten überlassen war, sich seine Gebühren von den Einwohnern zu verschaffen, sicherlich ein Fortschritt. Denn es war dadurch doch der Grundsatz aufgestellt, daß niemand als nur die Exekutionskommandos Zwangseintreibungen vornehmen durften. Freilich fiel nun auf diese der allgemeine Haß der Bevölkerung. Sie bestanden aus einem Offizier oder Unteroffizier mit einigen Soldaten und wurden entweder den Säumigen so lange zur Verpflegung ins Haus gelegt, bis diese zahlten, oder sie mußten Pfändungen vornehmen.

Man kann sich denken, wie viele Unordnungen dabei vorkommen mußten. Abgesehen von anderen Ausschreitungen, welche die Kommandierten, sich selbst überlassen, begingen, forderten sie möglichst viel und suchten so die Kontribuenten zur Zahlung zu zwingen. Die Regierung mußte nach zwei Seiten schauen, die Truppen mußten leben und die Einwohner nicht ruiniert werden; wir finden Bestimmungen für die Exekutoren und solche zum Schutze der Einwohner.

In der Not der ersten Zeiten nehmen die Klagen kein Ende. Die Offiziere, beschwerten sich 1654 die märkischen Stände, begehren täglich bis 9, die Gemeinen nicht unter 3 Gr. täglicher Exekutionsgebühr, sie fallen den Ratspersonen in die Häuser und exekutieren diese statt der Säumigen; im März habe Gardelegen allein 75 Thlr. an Gebühren bezahlt. Dann kommen wieder Klagen der Truppen; die Exekutoren von Frankfurt laufen vergebens bei den Kontribuenten umher. Eine vorübergehende Festsetzung der Gebühren half wenig, wir hören, daß die Offiziere den Städten das Vieh forttrieben, da sie sonst nichts bekamen³. Noch 1666 „sah man unaufhörlich den Exekutionswagen mit den den Säumigen gepfändeten Habseligkeiten durch die Straßen Berlins fahren“⁴.

In Kleve-Mark erhielt man in den fünfziger Jahren Geld fast nur durch Exekution. Schon 1651 befiehlt Sparr, 3333¹/₂ Thlr. so zu erheben. Als 1657 70 000 Thlr. in zwei Terminen beizu-

¹ Während des dreißigjährigen Krieges wurden die Exekutoren in den Marken meist Tribulanten genannt. E. Friedlaender a. a. O.

² S. S. 80.

³ R 24 M b 4. Hier eine Menge einzelner Fälle.

⁴ L. v. Ranke a. a. O. I 278.

bringen sind, und dieses nur durch Exekution gelingt, wenden sich die Stände mit der Bitte um Sauvegarden an die Generalstaaten; der Oberkommissar Ludwig meldet, man fange schon an, sich mit gewaffneter Hand der Exekutoren zu erwehren, die Pächter wanderten aus. Und so geht es fort bis zum Frieden¹.

L. v. Baczko² meint, in Preußen sei die militärische Exekution 1628 von dem Amtshauptmann von Tilsit, Oberst Wolf von Kreutzen, zur Bestrafung des ungehorsamen Magistrats dieser Stadt erfunden worden. Jedenfalls war auch hier die Exekution meist das einzige Mittel, die nötigen Gelder zu erhalten. Freilich litt das Land schwer, und besonders der schwedisch-polnische Krieg mit dem Einfall der Tataren hatte die Bevölkerung hart mitgenommen. Da mochte es wohl vorgekommen sein, daß, wie die Oberräte 1660 klagen, die Exekutoren die Ziegel von den Dächern verkauften, so daß „die vom Adel und Bürgern inmittest ohne Dach sitzen müssen, so hievor ungehöret und fast unglaublich“. Nach der Einführung des Hufenschosses 1673 erschallen wieder laut die Klagen der Oberräte. Die Exekutoren brächten die Leute in Verzweiflung, diese wollten ihre Kinder aussetzen oder ermorden, eine Exekution in Königsberg werde ein Blutbad veranlassen. Allein sie wurde doch verhängt, man führte aus der Stadt 12 000 Thlr. ab, von einem Blutbade war keine Rede. Allmählich sahen die Stände nun doch, daß ihnen die Exekution mehr koste als die gutwillig gegebenen Steuern, 1678 bewilligte man Kopfgeld und Hufenschofs. Nach dem Frieden wurde aber wieder Exekution nötig, am 2./12. Juli 1680 befahl Friedrich Wilhelm dem Generalwachtmeister Grafen Dönhoff, damit inne zu halten, wenn die Stände pro Hufe 2 Gulden bewilligten³.

Um beiden Teilen möglichst gerecht zu werden, erließ die Regierung mannigfache Bestimmungen für die militärische Zwangseintreibung. 1655 (Ordonnanz) wurde befohlen, die Exekution nur auf Befehl des kommandierenden Offiziers vorzunehmen, damit nicht womöglich jede Kompagnie sie nach Belieben anordnete. Im Februar 1656 klagt der Obereinnehmer Preunel, einige Städte und Kreise wollten den Exekutoren keinen Unterhalt geben; da diese nun für ihr Geld leben müßten, sei noch nicht ein Groschen eingekommen; man müsse bestimmte Gebühren festsetzen⁴. Solche finden wir denn auch in zwei Patenten vom Februar und März jenes Jahres, in denen es heißt, die Exekutoren hätten sich beschwert, man spotte ihrer, gebe ihnen weder Gebühren, noch zahle man die Assignationen. Darum sollen sie 6 Tage nach publizierter Assignation auf Kosten der Säumigen vorgehen und von diesen zu verpflegen sein, in natura erhalte der Mann täglich

¹ Aus UA V.

² Geschichte Preußens V 76. Hieraus auch das Folgende.

³ Orlich III 316 f.

⁴ R 24 E 5.

2 Pfund Fleisch, 2 Quart Bier, 2 Pfund Brot, der Reiter in Geld 6, der Offizier 12 Groschen, außerdem Pferdefutter¹.

Am 16./26. März 1659 erschien dann ein Exekutionsedikt für unvermögende Örter. An solchen hätten die Exekutoren oft einem nur Geld, dem andern nur Korn angewiesen, wodurch es geschehe, daß überhaupt nichts einkommt, sie hätten auch mehr verlangt, als ihnen zustehe. So bleibe die Exekution ohne Resultat, von den Gebühren könne oft die ganze Assignation bezahlt werden. Darum wird auf die früheren Bestimmungen verwiesen; man soll die Obrigkeiten nicht schädigen, die Exekutionen sind 14 Tage vorher anzusagen².

Für die nächsten 20 Jahre gültige Exekutionsgebühren setzt das Patent vom 28. Dezember 1659 fest. Die Exekutionen sind nur mit Vorbewußt der Kommissare resp. Magistrate vorzunehmen, und zwar in einer Stärke von nicht über einem Unteroffizier und 4 Gemeinen, von denen jener täglich 3 Groschen, diese je 1½ Groschen, die Reiter auch Futter erhalten; jedoch alle nur, wenn sie über Land reisen, nicht in ihrer Garnison. An jedem Orte ist nur von einem Regimente und nicht mehr als ein Kommando auszusenden³.

Alle diese Bestimmungen werden in der Folgezeit oft wiederholt, bis am 2. März 1678 eine Exekutionsordnung erschien. Die Exekutoren sollen drei Tage vorher warnen, die Gebühr beträgt 6 Groschen, wohl für das ganze Kommando; statt Geld soll auch Getreide angenommen werden. 100 Thlr. muß jeder Mann selbst forttragen, beträgt die Summe mehr, so muß der Ort einen Wagen stellen. Magistrate und Einnehmer sind nicht zu belegen. Das beigetriebene Geld ist nicht als Exekutionsgebühr zu nehmen⁴.

Damals hatte schon die Accise ihre wohlthätige Wirkung geübt. 1679 befahl Friedrich Wilhelm dem Generalkommissar v. Grumbkow, über gänzliche Abschaffung der Exekution mit den kurmärkischen Ständen zu verhandeln⁵. Nach der Ordonnanz dieses Jahres bleibt den Ortsobrigkeiten überlassen, in einzelnen Fällen einige Soldaten als Exekutoren zu requirieren. 1683 überließ man in Kleve-Mark die Eintreibung durch Frohnen den Unterreceptoren, die dann aber für rechtzeitige Ablieferung verantwortlich waren⁶.

Mit der Regelung des Kassenwesens hängt es zusammen, wenn endlich die Exekution durch das Kontributions- und Exekutionsreglement vom 19. November 1687 auf ein Minimum

¹ M III 1, 16; VI 1, 125.

² M III 1, 21.

³ M III 1, 26.

⁴ M III 1, 47.

⁵ Orlich III 307 ff. — Kurfürst an Schwerin. Potsdam 18. Oktober 1679.

⁶ Scotti a. a. O. I 572.

eingeschränkt wird. Vom 1. Januar 1688 an sollen die Kreiseinnehmer die Assignation aus der Kasse bar bezahlen, den Säumigen sollen sie gegen 1- bis 2prozentige Vergütung einen Vorschufs thun. Bezahlen sie dennoch nicht, so sollen die Exekutoren sie schnell pfänden, aber nicht bei ihnen im Quartier liegen, ihre Gebühren erhalten sie aus der Kasse. Für die Sommermonate, in denen die Kontribution am schwersten fällt, ist so zu verfahren, daß Ende September die für Mai und Juni, Ende Oktober die für Juli und August zur Erhebung kommt¹.

Beute und Lösegeld.

Ich muß an dieser Stelle noch die Reste einer in früherer Zeit sehr allgemeinen Art, sich die nötigen Mittel zu verschaffen, erwähnen, nämlich die Beute und das Lösegeld für Gefangene². Im 15. Jahrhundert bildete die Aussicht auf Beute immer ein starkes Lockmittel, Kriegsdienste zu nehmen. Der Kriegsherr behielt sich Geschütz, Munition und Proviant vor, während alle fahrende Habe des Feindes Eigentum der Soldaten wurde. Den Büchsenmeistern fielen die Glocken und die schon angebrochene Munition anheim. Ebenso bildete das Lösegeld für Gefangene keinen unwesentlichen Teil der Löhnung.

Unter Friedrich Wilhelm blieb zwar ein Teil dieser Bestimmungen bestehen, aber man suchte doch vorzeitiges Plündern des eroberten Lagers oder der Stadt, wodurch schon so oft der vermeintliche Sieg in Niederlage verkehrt worden war, möglichst zu beschränken. In dem Kriegsrecht von 1656 wurde befohlen, daß erst, wenn der Feind völlig besiegt und die Verfolgung beendet oder in der eroberten Stadt jeder Widerstand niedergeschlagen und die Quartiere verteilt seien, jeder den ihm zugewiesenen Teil plündern dürfe; der zehnte Teil aller Beute kam an die Armen. Jedoch konnten die brandenburgischen Soldaten sich selten der Plünderung einer eroberten Stadt erfreuen, es widersprach zu sehr dem Interesse Friedrich Wilhelms, die pomerschen Festungen, welche er bald in seinem beständigen Besitz zu sehen hoffte, ruinieren zu lassen. Im Felde dagegen wird mancher ein Erkleckliches eingeheimst haben. 1674 erbeutete der Oberstlieutenant Henning das ganze Silbergeschirr und andere Sachen des Marschalls Crequi; auf 5 Mauleseln verpackt führte er sie heim³, und der Kammerjunker von Buch erzählt, nach der Schlacht von Fehrbellin „machten unsere Leute gute Beute, der Feind liefs 2000 Bagagewagen zurück“⁴.

¹ M IV 3, Kap. 1, Nr. 28.

² Sturmsold findet sich unter Friedrich Wilhelm nicht mehr.

³ G. v. Kessel, Henniges v. Treffenfeld und seine Zeit. S. 40. Stendal 1863.

⁴ Tagebuch I 130.

Nach den Kriegsartikeln erhielt jeder Mann das Lösegeld für die von ihm gemachten Gefangenen. Es wurden dazu zwischen den kriegführenden Mächten Verträge, sogen. Kartelle, geschlossen, in denen bestimmt war, wie hoch sich das Lösegeld für jede Charge belaufen solle. Schon 1642 schloß Friedrich Wilhelm ein Kartell mit Schweden. Sodann enthielt jede Kapitulation über Aufrichtung eines Regiments Bestimmungen über die Ranzionierung. Nach der mit dem Obersten v. d. Goltz von 1656 löste der Kurfürst alle Leute, die der Feind gefangen hatte, auf seine Kosten aus, wogegen er die Hälfte der vom Regimente Gefangenen erhielt. Noch 1689 galt die Verordnung, welche Friedrich Wilhelm am 10. November 1674 an den Generalauditeur erlassen hatte¹. Danach soll die Ranzion für alle feindlichen Offiziere zur Hälfte dem Kurfürsten, zur Hälfte den Gemeinen, die für die feindlichen Gemeinen ganz dem Kurfürsten zufallen, während dieser alle brandenburgischen Gefangenen vom Feinde loskauft. Man sieht also, daß auch dieses Geschäft fast ganz in fürstliche Verwaltung übergegangen war.

Die Verwendung der Mittel.

Gehen wir nunmehr zur Verwendung der zusammengebrachten Mittel über, so ist zunächst ein Wort über die Truppenkassen zu sagen. Eine staatliche Kontrolle derselben gab es nicht. Als 1659 der Oberstlieutenant Basse bei seiner Verteidigung gegen Verläumdungen seiner drei Rittmeister angiebt, er habe die empfangenen Gelder mit ihnen immer richtig geteilt², hören wir ebenso wenig von einer Kassenkontrolle wie 1676, als dem General v. Ribbeck nach seinem Tode vorgeworfen wurde, er habe die Löhnung seiner Stabspersonen nach seinem Belieben bemessen³. Eine Kontrolle über die richtige Auszahlung der Löhnung wurde wohl durch die Musterungen gehandhabt, aber von einem Rechnungsnachweis ist nichts zu finden⁴. Noch unter dem zweiten preussischen Könige waren die Truppenkassen keine Staatskassen, die Ersparnisse wurden Eigentum der Kompagniechefs. Fragt man nun, wann denn diese Kompagniewirtschaft begonnen habe, so kann ich darauf nur antworten, sie bestand immer. Der Oberst teilte seinen Kapitäns oder Rittmeistern Pauschsummen aus, diese warben ihre Leute, diese hatten die ganze Ökonomie der Kom-

¹ Kopka v. Lossow, Geschichte des Grenadierregiments Nr. 5. S. 26*. J. F. S. Compendium additionale S. 33.

² R 24 K.

³ S. S. 53. 54.

⁴ S. S. 130 f. — Während in Frankreich seit 1666 die Kommissare die Bezahlung der Gemeinen von Hand zu Hand vornahmen (Franz. Kriegswirtschaft), findet sich dieser Modus in Deutschland nur sehr vereinzelt (G. Droysen a. a. O. S. 601); in Brandenburg scheint er mir nie eingeführt worden zu sein.

pagnie¹, diese stellten die monatlichen oder vierteljährlichen Rollen für das Generalkommissariat auf², was alles nicht ausschloß, daß vom Regimente Pferde-, Tuch- und Waffenankäufe im großen gemacht wurden. Nähere Bestimmungen scheinen erst unter dem ersten Könige gegeben worden zu sein³. Was sich in der Praxis allmählich ausbildet, wird oft erst später als Norm erfaßt und durch Verordnungen zum allgemeinen Gesetz.

Werbegelder.

In einem Verwaltungszweig war man immer lediglich auf bar Geld angewiesen, in der Truppenergänzung. Da außer der seltenen Einstellung der Aufgebotenen die Werbung die einzige

im Jahre		Reiter	Dragoner	Fußsold.	Quelle
1637	Der Kaiser zahlt bei der großen Werbung	20		8	Courbière Verf. S. 39
1637	Kapitulation mit Oberstlieutenant Vorhauer	15	10		G. Lehmann S. 199.
1644	Verstärkung der preussischen Kompagnieen			4	UA I S. 142.
1646	Verstärkung der Kompagnieen Trott und Ribbeck			5	} R 24 E 5.
1646	Verstärkung des Regiments K. v. Burgsdorff			6	
1648	Werbung des General Houwald in Preussen	20		6	s. S. 122 N. 1
1655	Kompagnie des B. v. d. Marwitz			4	R 24 E 3.
1656	Oberst v. d. Goltz			6	s. S. 133 f.
1656	Rittmeister v. Brumsee	30			s. S. 51.
1656	Oberstwachmeister Lubbenau		16		s. S. 51.
1665	Oberst v. Bomsdorff		20		R 24 GG 1.
1672	Graf Promnitz	40			s. S. 118.
1672	Generalstaaten sollen zahlen (wollen für den Infant. nur 8 Thlr. geben)	40		10	UA III S. 248.
1672	Herzog v. Holstein-Plön (Eskadron)			8	v. Mülverstedt S. 568.
1674	Für die Garnisonen zu Werbende			4	G. Lehmann S. 166 ff.
1674	Herzog v. Holstein-Plön (Regiment)			8	v. Mülverstedt S. 569.
1674	Offiziere wollen nur kapitulieren für			9	R 24 Z b.

¹ S. S. 21.

² S. S. 130 f.

³ Instruktion für d. Regts.-Quartiermeister Rütz 1711. K. v. Lossow a. a. O. S. 50* f.

Art der Rekrutierung war, so spielte, besonders bei plötzlich eintretendem höheren Bedarf, also bei der Mobilmachung, das Werbegeld eine große Rolle. Man mußte, um es zu bekommen, sogar einmal an den Patriotismus der Beamten appellieren¹. Aus vorstehender Tabelle ersieht man die Höhe desselben für verschiedene Jahre. Der Reiter mußte ein Pferd stellen. Die Zahlen bedeuten Thaler.

Dazu sind noch einige Bemerkungen nötig. Im schwedisch-polnischen Kriege gestaltete sich die Bezahlung der Werbeoffiziere bis zur Musterung meist so, wie es in der Kapitulation des Rittmeisters v. Brumsee vom Leibregiment z. R. bestimmt ist. Brumsee erhält 30 Thaler Werbegeld für den Reiter, also 3000 für die 100 zuwerbenden, sodann im ersten Monat das Traktament für das erste Blatt und 60 Einspännige, die folgenden 3 Monate komplettes Traktament nach der Ordonnanz, nach der Musterung noch einen „Mustermonat“, der so hoch war, wie das monatliche Traktament der ganzen Kompagnie². Es kam aber auch vor, daß nur Werbegeld gezahlt wurde ohne Traktament, wie z. B. der Oberstwachmeister Lubbenau innerhalb 6 Wochen 150 Dragoner werben sollte, wofür ihm außer den 16 Thalern Werbegeld nichts weiter gewährt wurde³. Viel öfter aber findet sich der entgegengesetzte Fall, daß kein besonderes Werbegeld, sondern von Anfang an komplettes Traktament bezahlt wurde. Oberstwachmeister von Klitzing erhielt 1655 für seine zuwerbenden 4 Reiterkompagnieen kompletten Sold auf 4 Monate, dann noch einen Monatssold als Marsch- und einen als Mustermonat⁴. Ähnlich wird in der Kapitulation mit Oberstwachmeister H. v. Sydow über eine Kompagnie z. F. vom 14. Dezember 1658 verlangt, daß er kein besonderes Werbegeld prätendiere, weil er 8 Monate lang verpflegt und dann erst gemustert werde⁵. Er konnte also, wenn es ihm gelang, in den letzten 2 Monaten etwa die Leute zusammenzubringen, für 6 Monate das Traktament sparen und dieses als Werbegeld benutzen. 1658 wurde der Mustermonat — wohl auch der Marschmonat — ganz abgeschafft, es wurden nur 4 Monate von der Kapitulation oder der Eröffnung des Musterplatzes bis zur Musterung als Werbemonate bezahlt⁶.

¹ Im Februar 1656 wurden die brandenburgischen Beamten ersucht, ebenso wie es die pommerschen, mindenschen, halberstädtischen und ravensbergischen schon gethan hätten, auf eigene Kosten ein bis drei Mann zu werben. Über dem betr. Schriftstück steht jedoch: „dieser unangenehme Handel ist nicht vor sich gegangen.“ R 24 E 5.

² R 24 K. — Königsberg, 16. Dezember 1655.

³ R 24 K. — Königsberg, 5. Oktober 1656. Über Musterung s. S. 124 ff.

⁴ 10. August 1655. R 9 A 4.

⁵ R. 24 K.

⁶ Ebenda. Mitteilung Platens an Ob. Lieut. v. Kissow, der 4 Kompagnieen z. R. werben sollte — Kapitulation vom 29. Dezember 1658 — und dazu wohl den Mustermonat und mehr Zeit verlangt hatte.

Später verfuhr man so, daß die Offiziere für die zu Werbenden im ersten Monat $\frac{1}{3}$, im zweiten $\frac{2}{3}$, sodann komplettes Traktament bezogen¹.

Der werbende Offizier konnte aber auch in eine unangenehme Lage kommen, indem er noch vor Eröffnung des Musterplatzes werben ließ; dann lagen ihm die Leute auf seinem Gute zur Last, wie es 1666 dem Obersten v. Bomsdorff ging, als er 4 Kompagnieen Dragoner zu werben sich verpflichtet hatte. Im März bat er, ihm zu deren Unterhalt wenigstens 500 Thaler vorzuschießen und den Musterplatz anzuweisen, was denn auch geschah².

Die in den Kompagnieen vakant werdenden Plätze waren nach den Ordonnanzen von 1679 und 1684 2 Monate offen zu halten und die darauf fallenden Traktamentsgelder zur Werbung neuer Soldaten zu verwenden.

Die Verpflegungsordnungen.

Das Wachsen der fürstlichen Verwaltung auf militärischem Gebiete erkennt man am besten aus den für die sämtlichen Truppen von Zeit zu Zeit erlassenen Verpflegungsordnungen und Marschpatenten. Sie sind für die ganzen militärischen Verhältnisse unserer Epoche die weitaus wichtigste Quelle. Zunächst wollen wir die Traktamentstabellen, welche sich im Princip auf das Barbezahlungssystem stützen, ins Auge fassen und dann sehen, wie es mit der größten Mühe gelang, die immer noch nebenher laufende Quartierverpflegung zu beseitigen.

Zur Zeit Georg Wilhelms enthielt die Kapitulation mit dem Obersten die Soldbedingungen für das ganze Regiment. In der Bestallung des Hildebrand v. Kracht von 1626 zum Obersten über ein Regiment z. F. von 3000 Mann findet sich die Bestimmung, daß jede Kompagnie mit Offizieren 1560 Gulden = 1300 Thaler erhält, wobei aber nicht angegeben ist, was dem einzelnen Manne zu Teil wird, dagegen aber das Traktament für Kracht und seinen Stab³. Im Jahre 1632, als 3 Regimenter z. F., eins z. Pf. geworben wurden, hat man schon gemeinsame Verpflegungstabellen, die Gebühren der Chargierten und Gemeinen enthaltend, aufgestellt. 1635 erscheint die erste brandenburgische „Verpflegungsordnung“.

Wie bei den Kaiserlichen und Schweden, so machte man auch bei dieser einen Unterschied zwischen Sommer- und Wintertraktament. Bekannt ist die Meuterei der brandenburgischen Offiziere beim Regierungsantritt Friedrich Wilhelms, als man ihnen der Geldnot wegen im Winter die Sommerverpflegung geben

¹ Orlich III 220 f. — G. A. v. Mülverstedt a. a. O. S. 568 f. — G. Lehmann a. a. O. S. 175.

² R 24 GG 1.

³ Ich verweise für das Folgende ein für allemal auf Tabelle I und II S. 56—58.

wollte. Der Unterschied zwischen beiden wird dadurch erklärlich, daß man im Sommer Krieg führte, Beute machte, plünderte, auf Kosten des feindlichen Landes lebte¹ und daher weniger Sold brauchte als im Winter, wo man Quartiere bezog, das, was diese bieten konnten, bald aufgezehrt hatte und dann notwendiger Weise dem Kriegsherrn zur Last lag.

Die Differenz zwischen Winter- und Sommertraktament war eine beträchtliche, wie es ein Vergleich zwischen Nr. 4 und 5 auf Tabelle I. zeigt. 1656 betrug der Unterhalt der Reiterei im Winter 19 709 Thaler 3 Groschen, im Sommer 13 934 Thaler 18 Groschen²), während 1658 die ganzen Heeresausgaben für April 75 033 Thaler und 37 713 Scheffel Futterkorn, für Mai nach der Sommerordonnanz 63 442 Thaler und 19 053 Scheffel ausmachten³.

Da es nach dem dreißigjährigen Kriege in der brandenburgischen Armee bald nur noch Reiter, Dragoner und Fußknechte gab, auf den Reiter aber, er war adlig oder nicht, immer nur ein Pferd passiert wurde, der Soldunterschied zwischen Musketier und Pikenier (Doppelsöldner) aufgehört hatte, so werden die Verpflegungstabellen viel einfacher. Vorbildlich waren für sie die Ordonnanzen der Kaiserlichen und Schweden.

Die erste Verpflegungsordonnanz Friedrich Wilhelms war die von 1655 für den schwedisch-polnischen Krieg⁴. Bis dahin waren die Truppen nach der Ordonnanz von 1638 resp. 1639⁵ oder den Kapitulationen und einzelnen Unterhaltstabellen verpflegt worden. Legten die Obersten und Kompagnieführer auch keine Rechnung ab⁶, so war es jedenfalls später der Willen der Regierung, daß die einzelnen Chargen nach der Ordonnanz bezahlt würden. Der Wachtmeisterlieutenant Gregor Kaufmann von der Garnison Spandau klagt 1676 nach dem Tode Ribbecks, daß dieser ihm statt der in der Ordonnanz ausgesetzten 18 Thaler monatlichen Traktaments nur 12 gezahlt, für die übrigen 6 aber einen Sekretär

¹ Im Juli 1656 verlangte man schon deshalb den Abmarsch Derfflingers aus der Neumark, weil er seinen Unterhalt in Polen finde und dann keine Gage zu erhalten brauche. R 24 E 5. Vergl. auch UA VII 624. — In demselben Jahre erhielten mehrere Regimenter gar keine Assignation, Oberst Heinr. Ehrenreich v. Halles Eskadron, heißt es, soll sich gleich andern den Unterhalt suchen. v. d. Ölsnitz a. a. O. S. 87 nach dem Königsberger Archiv.

² R 24 E. 5

³ R 24 FF.

⁴ Diese wurde wohl von dem Kommissar Tobias Rothberg unter Platens Leitung ausgearbeitet. R 24 Z b. — Die von Orlich II 363 angeführte Verpflegungsordonnanz vom 6. Juni 1646, welche auch Isaaksohn a. a. O. II 168 nennt, habe ich im Geh. Staatsarchiv, woher Orlich sie hat, nicht finden können, auch nennt sie weder Mylius, noch Courbière, noch Jaehns.

⁵ So noch im Sommer 1656 bis zum Juni (s. Tabelle I Nr. 8). R 24 K.

⁶ Courbière, Grundzüge S. 6.

unterhalten habe und bittet um die rückständigen 186 Thaler. Die Entschuldigung des Sohnes Ribbecks vor dem Berliner Kammergericht, „daß dasjenige, so auf den Stab geliefert wird, dem Obristen zu Handen gestellet werde, welcher alsdann nach Belieben die Ordnung, was ein jeder haben sollte, machen thäte“, verwarf der Kurfürst und befahl, daß er die Schuld des Vaters zahlte¹. Indem wir also im Auge behalten, daß besonders in der ersten Zeit von den Sätzen der Ordonnanzen oft abgewichen wurde, so zeigt uns die Zusammenstellung derselben doch nicht unwichtige Veränderungen in der Verpflegung des Heeres. Zunächst wurden sie wohl erlassen, um Streitigkeiten zwischen den Truppen und den Quartierwirten über das zu Empfangende und das zu Leistende zu schlichten und waren deshalb in Plakatform nur auf einer Seite gedruckt. Mit der fortschreitenden Einschränkung der Quartierverpflegung trat diese Bestimmung derselben in den Hintergrund. Tabelle I. bringt die Soldsätze einiger Chargen der Stäbe und Kompagnieen, die Summen ersterer und der Primaplanen und das Traktament des Gemeinen, welches in Tabelle II. spezifiziert wird. Die Zahlen gelten für einen Monat, sie sind so berechnet, daß Geldtraktament, Servis und Fourage in einer Summe enthalten sind, sie bedeuten Thaler. Abweichendes ist bemerkt. v. d. Oelsnitz sagt², daß seit 1660 kein Unterschied mehr zwischen Sommer- und Winterverpflegung gemacht sei, was für die Infanterie zutrifft; das später noch immer erscheinende Wort Winter- oder Sommertraktament bezieht sich auf das Pferdefutter.

Beim Gehalt der Obersten wäre zu untersuchen, ob darin deren Gage als Rittmeister oder Kapitän der ersten Kompagnie enthalten ist. Hierfür bieten die schwedischen Ordonnanzen einen Anhalt. In der vom 17. März 1655 bekommt der Reiteroberst „auf die Obristschaft“ 150 Thaler, „auf die Rittmeisterschaft“ 92 Thaler³, in der brandenburgischen desselben Jahres sind ihm 150 Thaler angesetzt; man kann also annehmen, daß er außerdem die 84 $\frac{1}{2}$ Thaler Rittmeistertraktament erhielt. Die Ordonnanz Karl Gustav Wrangels von 1675 gewährt ihm „ohne Rittmeisterschaft“ 100, mit derselben 160 Thaler, die brandenburgische von demselben Jahre 100, dem Rittmeister 60 Thaler, so daß wir zu demselben Resultat gelangen. Für unsere Annahme, daß der Oberst außer seiner Gage auch die als Kompagniechef bezog, spricht ferner der Umstand, daß in vielen Verordnungen befohlen wird, daß ein Offizier, der 2 Chargen bekleidet, nur für die höchste den Servis zu beziehen habe; daß er auch nur für diese Traktament erhalte, davon findet sich nirgend etwas. Eben so

¹ R 24, 138. — Entscheid Friedrich Wilhelms an das Kammergericht. Cölln, 12. April 1676.

² A. a. O. S. 111.

³ R 24 Z b.

stand es mit dem Oberstlieutenant und Oberstwachmeister, welche die zweite und dritte Kompagnie hatten.

Die Sätze für die höheren Offiziere erscheinen in den ersten Rubriken sehr hoch, noch bei Beginn des schwedisch-polnischen Krieges erhält der Oberst z. R. 150, der z. F. 130 Thaler. Die allmähliche Verminderung dieser Gehaltssätze hängt mit der veränderten Stellung, die Friedrich Wilhelm den Obersten zuwies, und die wir in Abschnitt VI. kennen lernen werden, zusammen.

1656 und 1657, als die Truppen in die Quartiere zogen, wurden Ordonnanzen mit bedeutend herabgesetztem Traktament erlassen, weil die Verpflegung damals sehr schwer war (Tabelle I. Nr. 9, 10, 11). Nach dem Frieden von Oliva entließ Friedrich Wilhelm bekanntlich seine ganze Kavallerie, für die Infanterie behielt man die niedrigen Sätze von 1657 bei. Abgesehen von der Knappheit der Mittel ist dieses aus der politischen Lage erklärbar. Während des schwedisch-polnischen Krieges war überall für einen Offizier Dienst zu erhalten, die Nachfrage war stark, Frankreich, Spanien, Schweden, Polen, Dänemark und der Kaiser führten Krieg, da mußte der noch nicht berühmte Kurfürst für tüchtige Offiziere viel zahlen. Nach den Friedensschlüssen von 1659 und 1660 aber kamen friedlichere Zeiten, jeder Offizier mußte froh sein, wenn er in dem kleinen Heere des Siegers von Warschau und Alsen eine Stelle erhielt. Damit hängt wohl auch die Abschaffung einer besonderen Winterordonnanz zusammen; wer nicht auf die allein gültigen Sätze eingehen wollte, mit dem kapitulierte man nicht.

Bei der Mobilmachung für den münsterischen Krieg von 1665 sollten die Truppen nach dem Edikt von 1657 verpflegt werden, die Oberoffiziere indessen nur Kapitäns- bzw. Rittmeistertraktament beziehen¹. Ende des Jahres erschien dann eine Ordonnanz (Nr. 13).

Als nach dieser Unternehmung und der gegen Magdeburg der größte Teil der dazu geworbenen Verstärkungen wieder entlassen wurde, behielt man die Offiziere mit vermindertem Gehalt bei, und zwar so, daß die höheren wieder Hauptmanns- und Rittmeistergehalt, die Hauptleute und Rittmeister Lieutenantsgage bezogen u. s. w. Ein großer Teil der Offiziere war also in dieser Weise auf Wartegeld gesetzt².

Wie man aus der Tabelle sieht, blieben die Gehälter von da an bis zum Frieden von St. Germain ziemlich gleich, man glaubte wohl an einer Grenze angelangt zu sein, über die man nicht gut hinabgehen konnte. Gleichwohl geschah das noch einmal 1679. Die Gebühren der Gemeinen blieben seit dem dreißigjährigen Kriege dieselben, d. h. sie waren auf das Notwendigste beschränkt; ich komme auf sie in Abschnitt V. zurück.

Wenn G. Droysen³ auch mit Recht sagt, daß ein Vergleich

¹ F. Hirsch a. a. O. S. 251. Es ist wohl Nr. 11 auf Tabelle I gemeint.

² Ebenda S. 272.

³ A. a. O. S. 597.

Tabelle I.

	1	2	3	4	5	6	7	8	
			8. I	1. I	28. IV		8. IV	5. VI	
	1626	1632	1635	1638	1639	1652	1655	1656	
Stab zu Rofs				Pferde					
Oberst		300		205	12	90	150	135	
Oberstlieutenant		200		86	8	35	63	56	
Auditeur		25		24	2	9	16 ¹ / ₂	13	
Feldscherer		15		15	1	5	10 ¹ / ₂	9	
Pauschsumme d. St.		774		508	37	220	396 ¹ / ₄	360	
Dragonerstab									
Oberst									
Oberstlieutenant									
Auditeur									
Feldscherer									
Pauschsumme d. St.									
Stab zu Fußs									
Oberst	583 ¹ / ₄	300		205	12	90	123 ¹ / ₃	130	110
Oberstlieutenant	200	200		86	8	35	53 ¹ / ₆	52	43
Auditeur	42 ² / ₃	25		24	2	9	13 ⁵ / ₆	16 ¹ / ₂	13
Feldscherer	16 ² / ₃	15		15	1	5	10 ¹ / ₂	9	
Pauschsumme d. St.	1076 ² / ₃	774		500	36	218	280 ¹ / ₃	353 ³ / ₄	285
Prima plana z.R.									
Rittmeister		210	48	63	6	24	84 ¹ / ₂	52	
Lieutenant		120	24	29	4	12	40 ¹ / ₄	25	
Fourier		60	8	10	1	4	13 ¹ / ₂	8	
Pauschsumme d.pr.pl.		721	140	191	27	84 ¹ / ₂	140	291	201
Dragoner pr.pl.									
Kapitän				58	6				
Lieutenant				29	4				
Fourier				7	1				
Pauschsumme d.pr.pl.				197	27				
Prima plana z.F.									
Kapitän	D. ganze	100	48	58	24	33 ¹ / ₆	51	36 ¹ / ₂	
Lieutenant	Komp.	40	24	29	12	17 ⁵ / ₁₂	22 ¹ / ₂	18 ¹ / ₄	
Fourier	1300, da-	10	5	7	3 ³ / ₄	5 ⁵ / ₁₂	5 ³ / ₄	3 ³ / ₄	
Pauschsumme d.pr.pl.	von für	250	153 ³ / ₄	197	88 ³ / ₄	139 12 3 12	171 ¹ / ₄	118	
	Offiziere								
	250.								
Gemeine c)									
Reiter		10	5	5	1	3 ¹ / ₂	7	6	4 ¹ / ₄
Dragoner				3	1				
Fußsoldat		4	3	3		2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	1 ⁷ / ₈

Bemerkungen: a = inkl. Futtergeld 260 Thlr. für 26 Pferde; b = ohne Servis und Futtergeld; c Über Gemeine siehe Nebentabelle (S. 58); No. 5 und 8 sind Sommerordonnanz; No. 1 aus d. Kapitulation mit Hildebrand v. Kracht; No. 2 Berechnung des Unterhalts der Geworbenen; No. 6: „Auf den Alt-Burgsdorffischen Stab monatlich“; No. 10 für Preussen; No. 11 für d. mittl. Provinzen.

Tabelle I.

9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
25. XI	10. X	12. XI	5. XI	23. XII	1. I	30. V	6. VII	21. XII	20. X	2. I	10. XI	1. I
1656	1657	1657	1660	1665	1672	1672	1674	1675	1676	1678	1679	1684
		Pferde										
82 ¹ / ₂	120	100	14	100	wie 1665		wie 1665	100		wie 1675	80	90
36	40	45	8	45				45			36	45
9	12	12	2	16				15			11	13
6	7	8	1	9				9			6	7
222 ¹ / ₄	284	284	46	266	276		284	302			210	245 ³ / ₄
74 ¹ / ₂	100	90	12	95			wie 1665			wie 1665	76	85
31	40	38	8	42							34	40
9	12	9	2	12							10	11 ¹ / ₂
6	7	7	1	7							5	6 ¹ / ₂
200 ¹ / ₄	261	237 ¹ / ₂	40	241			253			272	191	220 ⁵ / ₈
70	100	90	8	90	90		wie 1665			wie 1665	73	80
29	35	38	6	38	38						30	35
8 ² / ₃	10	9	2	12	12						10	11
6	7	7	1	7	7						5	6
195	248	237 ¹ / ₂	31	195	225	wie 1665	233	wie 1665		252	176	200
44 ¹ / ₂	60	60	6		60							
21 ¹ / ₄	25	29	4		29						50	55
7 ¹ / ₂	10	10	2		10						23	25
156 ³ / ₄	198	205	29		205		wie 1665				8	10
											166	193
37 ¹ / ₃	40	40	5		50							
17	25	18	3		24						40	44
4 ³ / ₄	6	3 ³ / ₄	1		7						20	22
123	152	126 ¹ / ₂	25		178	180	180			wie 1674	5	7
											141	168 ³ / ₄
27	40	40	4	40	40		wie 1665				32	36
12	15	18	2	18	18						15	17
3 ¹ / ₄	3 ¹ / ₂	3 ³ / ₄		5 [♂] 11 [♂]	5 ¹ / ₂						4 ¹ / ₂	5
97	118 ¹ / ₂	126 ¹ / ₂	8	142 [♂] 19 [♂]	141						117	134 ¹ / ₄
3	5	4		4	5	5						
2 ¹ / ₂	4	2 ¹ / ₄		2 ¹ / ₂	4	4		w i e	1 6 7 2		4 [♂] 8 [♂] 7 [♂]	3 [♂] 23 [♂] 5 [♂]
2	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₂	1 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂					2 [♂] 18 [♂] 6 [♂]	
		Jeder Stab u. jede Kom- pagnie führt 16 Wagen.										

Quellen: Aus Mylius: No. 3, 4, 5, 7, 13, 15, 16, 18, 19, 20, 21; aus R 9 A 3: No. 1; aus R 24 E 5: No. 2; aus R 24 Z b: No. 9, 10; aus R 24 K: No. 8, 11, 12; aus Mnscr. Bor. Fol. 317, 1: No. 6; aus Kön. Bibl. Berlin Gy 16500: No. 17; aus Hoyers, corpus iur. mil.: No. 14.

Tabelle II.
Gebühnisse der Gemeinden.

	1638	1655	1657 10. X	1660	1665	1672	1679	1684
Reiter	5 Thlr. und 4½ Scheffel Hafer, 6 Bund Stroh 30 - Heu.	Im Winter: 6 Thlr. oder 1½ Pfd. Fleisch, 2 Pfd. Brod, 2 Quart Bier, 4½ Sch. Hafer, 90 Pfd. Heu, 18 Bund Stroh. Im Sommer: 1 Thlr., 2¼ Schf. Hafer u. Grasung.	5 Thlr. und Rauh- futter		4 Thlr. und 1 Thlr. oder 90 Pfd. Heu, 18 Bund Stroh.	Im Winter: 5—6 Thlr. Im Sommer: 3½ Thlr. und ½ Thlr. oder Grasung.	2 Thlr. oder Hart- futter Im Sommer: 1½ - für Speisung 1½ - Traktament 5 Thlr. und 1 Thlr. oder Raufutter.	3 Thlr. Traktam. 1 - für Rauh- futter 8 Gr. 7 Pf. für Service¹ 4 Thlr. 8 Gr. 7 Pf. und 6 Gr. Quartiergeld²
Dragoner	3 Thlr. und 2¼ Schf. Hafer 6 Bund Stroh 30 Bund Heu nur i. Winter		4 Thlr. und Rauh- futter		2½ Thlr. und Rauh- futter	Im Winter: 4 Thlr. Im Sommer: 2½ Thlr. und Grasung.	1⅓ Thlr. oder Hart- futter 1⅓ - f. Speisung 1⅓ - Traktam. 4 Thlr. und Raufutter	2 Thlr. 16 Gr. Trakt. 1 - f. Rauf. 7 Gr. 5 Pf. für Service¹ 3 Thlr. 23 Gr. 5 Pf. und 5 Gr. Quartiergeld²
Fuß- soldat	3 Thlr.	Im Winter: 2½ Thlr. oder wie Reiter ohne Futter. Im Sommer: 10 Groschen.	2½ Thlr.	2½ Thlr., davon Kleidung und Unter- gewehr.	1½ Thlr. wie vor.	2½ Thlr., davon Kleidung²	1⅓ Thlr. f. Speisung 1⅓ - Trakt. mit Kleidung 2½ Thlr.	2½ Thlr. Trakt. u. Kleidung 6 Gr. 6 Pf. für Service¹ 2 Thlr. 18 Gr. 6 Pf. u. 4 Gr. Quartiergeld²

¹ Bis zur Ordonnanz von 1679 erhalten die Gemeinden alle Servitien in natura, von da an siehe S. 66 ff.

² Über Quartiergeld siehe S. 67, über Abzüge für Kommisbrod S. 73 f., für Bekleidung S. 74 ff.

mit modernen Zuständen ein Notbehelf sei, den derjenige leicht entbehren könne, der in jenen Zeiten, wie man sagt, zu Hause ist, daß inmitten des Schwankens der Geldwerte und des Verhältnisses der verschiedenen Geldsorten zu einander die Reduktion ein gewagtes Experiment sei, so will ich diesen Vergleich, da für uns ja nur eine Geldsorte in Betracht kommt, doch wagen — „der Anschaulichkeit“ wegen.

Die Kaufkraft des Geldes war um 1670 ungefähr $2\frac{3}{5}$ mal so stark als heute¹, der damalige Thaler ist gleich heutigen 4,50 Mk. Um auf den heutigen Geldwert zu kommen, habe ich also die Soldsätze des 17. Jahrhunderts mit 11,7 zu multiplizieren. Wenn wir die Summe aller heutigen Gebührenisse ziehen²),

¹ Soetbeer stellt in den Göttinger Gelehrten Anzeigen vom 19. März 1879 nach dem Werke l'Abbé, „A. Hanauer, Études économiques sur l'Alsace ancienne et moderne, Paris et Strasbourg 1876—78, einige Tabellen auf; aus diesen führe ich vier Perioden an:

Periode	Weizen Mark pro 100 kg	Hafer ebenso	Ochsen- fleisch ebenso	Brot (Mittelsorte) kg für 1 Mk	Preise in allgemeinen Prozent- verhältnissen.	Kaufkraft des Geldes in allge- meinen Prozent- verhältnissen.
1501—1525	3,34	2,47	16,20	15,4	100	100
1551—1575	9,11	5,96	25,11	6,9	186	53,8
1651—1675	7,85	6,32	35,64	9,5	222	45
1850—1875	24,34	16,22	105,30	3,4	578	17,3

Setzt man mit Breysig, brandenb. Staatshaushalt S. 190 Note 3, das Verhältnis wie 1:3, so würden die folgenden Zahlen für 1675 etwas höher.

² Sämtliche Kompetenzen bestehen heute aus Gehalt, Servis, Wohnungsgeldzuschufs, Pferderationen und Stallservis, für die Unteroffiziere aus Löhnung und $1\frac{1}{2}$ Verpflegungszuschufs der Gemeinen, wozu noch Brot, resp. Brotgeld kommt. Von den sechs Servisklassen nehme ich die dritte (C) und zwar Winterservis für Selbstmieter, dieselbe für Wohnungszuschufs und Stallservis. Für Verpflegungszuschufs wähle ich einen mittleren von 0,18 Mk. täglich. Die Charge des Vicefeldwebels ist gewählt, weil dieser heiraten darf, ohne Eigenvermögen zu besitzen. Danach ergibt sich:

	Oberst	Hauptm. I. Kl.	Pr.-Lieut.	Vicefeldw.
Gehalt	650	300	90	45
Wohnungsgeldzuschufs	60	45	20	7,80
Servis	73,50	56,10	35,10	Verpfl.- Zuschufs
Rationen	84	28		
Stallservis	9	6		
Summa	876,50	435,10	145,10	52,80

Die Zahlen aus Frhr. v. Fireks, Taschenkalender für das Heer für 1887.

darunter aber die mit 11,7 multiplizierten Sätze des Jahres 1670 setzen, so ergibt sich für ein Infanterieregiment:

	Oberst	Hauptm.	Lieuten.	Fourier
1675	1053 (1521 mit Hauptmannschaft)	468	210,60	64,35 nebst Quartier
	Oberst	Hauptm. I. Kl.	Pr.-Lieut.	Vicefeldwebel
heute	876,50	435,10	145,10	52,80 nebst Quartier, Montierung, Bewaffnung und Brot

Immer vorausgesetzt, daß diese Zahlen nur einen ganz ungefähren Anhalt geben sollen, so wäre der Unterschied in beiden Jahrhunderten für die Obersten bedeutend, doch bin ich weit davon entfernt zu behaupten, daß deren pekuniäre Lage darum damals eine bessere war. Denn während die Gehälter heute sichere sind, war das, wie noch gezeigt werden soll, im 17. Jahrhundert durchaus nicht der Fall. Den Kompagniechefs war

Vor der Reduktion (Verordnung vom 10. Januar 1660).				Nach der Reduktion vom 1. Juni ab. (Verordnung vom 29. Mai 1660.)	
	Traktament Thlr.	Servis Thlr.	Pferdezahl		Thaler
Feldmarschall auf sich	800	94	80	Feldmarschall Sparr	487 und für 120 Thlr. Korn
Feldzeugmeister auf sich, seinen Sekretär, Feldscher und 2 Trompeter	704	82 $\frac{1}{2}$	67	Feldzeugmeister Dörfling	366
General v. d. Kavallerie auf sich u. seine Kanzlei	460	53	44	General v. d. Kavallerie Fürst Anhalt	557
Generallieutenant v. der Infanterie auf sich und seinen Sekretär	430	50	42	Generallieutenant v. der Infanterie Graf Dohna	246
Generalkommissarius	300	36	30	Generalkommissar	183
Item wegen Ratsbestallung und Kostgelder	75	—	—		
Generalwachtmeister z. F. auf sich u. d. Sekretär	320	38	32	Generalwachtm. v. Goetz	183
Generalwachtmeister z. R. auf sich, den Sekretär und einen Trompeter	332	39	33	" v. Pfuhl	183

Vor der Reduktion (Verordnung vom 10. Januar 1660).				Nach der Reduktion vom 1. Juni ab. (Verordnung vom 29. Mai 1660.)	
	Traktament Thlr.	Servis Thlr.	Pferdezahl		Thaler
Oberkommissar u. Kr.-Rat Waldow	165	—	15		
Generalquartiermeister	150	18	18		
Generalproviantmeister	200	24	18	Generalproviantmeister Jnekefort	60 ¹ / ₂
Generalauditeur	100	12	10	Generalauditeur Lüdener (Lindner)	61
Generaladjutant Gorsky	100	12	10	Generaladjutant Gorsky	60
„ Krosecke	150	18	15	„ Krosecke	92 ¹ / ₂
„ Kalenberg	100	12	10		
Kriegskommissar	50	6	5	Kriegskommissar Hof- meister	30 ¹ / ₂
Quartiermeisterlieutenant	50	6	5		
Auditeurlieutenant	60	6	6		
Feldmarschallskanzlei	66	8	8		
Feldmarschallskanzlei- aufwärter	32	4	4		
Kommissariatskanzlei	35	4	4		
Feldprediger	25	3	2		
Feldmedikus	25	3	2	Feldmedikus	20
Kassierer	30	3 ¹ / ₂	4		
Apotheker	25	3	2		
Feldscher	25	3	2		
2 Trompeter	24	2 ¹ / ₂	2		
Generalwagenmeister	51	6	5		
Capitain de guide	51	6	5		
Proviantsekretär	15	2	2		
Proviantbedienter	20	2 ¹ / ₂	2	2 Proviantbediente	24 ¹ / ₂
Kommisbäcker	16	2	2		
Gewaltigerlieutenant	21	3	3		
2 Wagenmeisterleute à	21	3	3		
Profos	12	1 ¹ / ₂	2		
2 Scharfrichter à	12	1 ¹ / ₂	2		
2 Steckenknechte à	3	³ / ₄	—	Noch einige Beamten, die nur vorläufig bleiben.	

wieder durch die Kompagniewirtschaft die Möglichkeit gegeben, ihre Finanzen zu verbessern. Dafs der Lieutenant heute mit seinem Gehalt allein unmöglich auskommen kann, ist bekannt; man darf dabei aber nicht vergessen, dafs der des Grofsen Kurfürsten in den meisten Fällen sein Leben lang Lieutenant blieb. Der Unteroffizier steht sich heute ganz unfraglich bedeutend besser.

Da es seit dem nordischen Kriege immer Generale gab, dürfte man auch über deren Gehälter einige Angaben erwarten. Jedoch ist für sie nichts allgemein Gültiges anzugeben. Jeder

General wurde nach seiner Kapitulation bezahlt, erst mit der Zeit ergaben sich feste Sätze. Der Generalkriegskommissar setzte mannigfache Verpflegungstabellen für die Generalstäbe auf. Die vorstehende Tabelle (Seite 60 u. 61) zeigt den brandenburgischen Generalstab vor und nach der Reduktion von 1660¹.

1666 setzte Friedrich Wilhelm das Feldtraktament für die Generale folgendermaßen fest²:

	Trakta- ment	Servis	Futter- kosten
Generalfeldmarschall Sparr	800	94	80
Generalfeldzeugmeister Derfflinger	704	82	67
General von der Kavallerie (Anhalt)	460	53	44
General von der Infanterie (Holstein)	430	50	52
Generalkommissar (Platen)	300	36	30
Generalwachtm. z. R. v. Kannenberg	430	50	32
Generalwachtmeister v. Spaen, v. Quast, v. Pfuhl, v. Eller je	332	39	33

Endlich seien noch einige Gehälter aus dem Jahre 1687 angeführt³.

Feldmarschall Fürst von Anhalt ⁴	. . .	166	Thlr. 16 Gr.
Feldmarschall Derfflinger		473	"
Derselbe als Gouverneur von Pommern		150	"
Gen.-Lieutenant v. Schöning		200	"
Derselbe als Gouverneur von Berlin		100	"
Gen.-Lieutenant Frhr. v. Spaen ⁵		100	"
Gen.-Major du Hamel		166	" 16 Gr.
Gen.-Major v. Barfuß		100	"
Derselbe als Oberhauptmann		41	" 16 Gr. ⁶

Die Einschränkung der Quartierverpflegung.

Nach den allmählich konstant werdenden Gehaltssätzen der Tabelle I könnte man vermuten, daß der Staat wirklich ganz zum Barbezahlungssystem gelangt sei. Die den Ordonnanzen angehängten Noten zeigen jedoch, daß dem durchaus nicht so war. Abgesehen von den im Verhältnis zur Menge der Truppen nur sehr spärlich herbeifließenden Mitteln war der Vorrat an gemünztem Gelde noch zu gering, als daß man eine schnelle Durchführung jenes Systems hätte ermöglichen können⁷. Und

¹ R 9 A 1.

² F. Hirsch a. a. O. S. 257.

³ Mnsr. Bor. Fol. 320.

⁴ Als Statthalter erhielt er jährlich 10000 Thlr. Orlich III 315.

⁵ Spaen war auch Regierungspräsident von Kleve.

⁶ Alle Generale bezogen außerdem natürlich noch die Gebühren als Obersten.

⁷ Courbière, Grundzüge S. 7.

solange die Truppen statt auf Geld auf Korn, Kleider u. a. Mobilien angewiesen werden, ist eine genaue Abgrenzung der Gebühnisse des Einzelnen unmöglich¹. Immerhin ist zu beachten, daß man im Princip an der Barbezahlung festhielt. Aber erst mit der Accise und den hohen Subsidiengeldern kam man in der That weiter. Bis dahin mußte man noch oft auf die Quartierverpflegung zurückgreifen².

Dieses geschah zunächst durch eine Art Verpflegungsordonnanz, in denen man den Truppen den vom Lande zu liefernden Unterhalt zum Teil in Geld, zum Teil in Naturalien ansetzte. Analog einer schwedischen Ordonnanz von 1638 befindet sich am Schlusse der brandenburgischen von diesem Jahre schon eine solche „Speiseordonnanz“³. Hier wie in der vom 20. Juli 1655, als das Land die zum nordischen Kriege sich sammelnden, in engeren Kantonnements quartierenden Truppen nur schwer mit Geld verpflegen konnte, ist überhaupt keins angewiesen. Nach der genannten Ordonnanz von 1655 erhielten⁴:

	Pfund Brot	Pfund Fleisch	Maß Bier	Futter für Pferde beim	
				Stab z. R.	Stab z. F.
Regimentsstab					
Oberst	30	20	30	14	8
Oberstlieutenant	18	12	18	8	6
Auditeur	6	4	6	2	2
Feldscher	6	4	6	2	1
Kompagnie z. R.					
Rittmeister	12	8	12	6	
Lieutenant	8	6	8	4	
Fourier	4	2	4	2	
Reiter	3	2	3	1	
Kompagnie z. F.					
Kapitän	12	8	12	4	
Lieutenant	8	6	8	2	
Fourier	3	2	3		
Gemeiner	2	1½	2		

¹ Sehr oft wird in Ordonnanzen und Edikten die Soldateska ermahnt, mit solchen Dingen statt des klingenden Geldes vorlieb zu nehmen. 1666 klagt General v. Schwerin, er könne das Zinn, Kupfer, Eisen und Vieh, was die Leute aus Mangel an Geld kontribuierten, nicht los werden. R. 30, 116. — 6. Mai.

² Ziemlich dieselben Verhältnisse finden wir in dem reichen Frankreich. Nachdem durch die Ordonnanz von 1651 ein reines Barbezahlungssystem eingeführt war, mußte man 1663 wegen Geldmangels wieder auf eine teilweise Quartierverpflegung zurückkommen. Franz. Kriegswirtschaft.

³ G. Droysen führt viele solche „Speisungsordonnanz“ aus der Zeit des dreißigjähr. Kr. an. A. a. O. S. 640 ff.

⁴ M III 1, 13.

Dabei war verordnet, daß der Wirt außer Holz, Licht, Lager, Stallung und Gewürz entweder diese Sätze oder das fertige Essen liefern konnte.

Aus ähnlichen Gründen wie 1655 wurden im Februar und Mai 1673 Speisungsordonnanzten erlassen¹. Jedoch waren die Truppen nur zum Teil auf die Quartierverpflegung angewiesen; sie mußten mit der Kost des Wirtes zufrieden sein, erhielten aber außerdem aus der kurfürstlichen Kasse folgendes Traktament, Pferdefutter und Bedientenlohn. Die Zahlen gelten nacheinander für Kavallerie, Dragoner, Infanterie.

	Traktament Thaler	Zahl der zu fütternden Pferde	Zahl der Diener
Stab			
Oberst	30, 28, 27	10, 8, 6	5, 4, 4
Oberstlieutenant	15, 12, 12	6, 6, 4	3, 3, 2
Auditeur	4, 3, 4	2, 2, 2	1, 1, 1
Feldscher	3, 2, 3	1, 1, 1	—
Der ganze Stab	86, 71, 73	33, 29, 20	13, 12, 11
Prima plana			
Rittmeister (Kapitän)	20, 16, 14	6, 6, 4	3, 3, 2
Lieutenant	10, 10, 8	4, 4, 2	2, 2, 1
Fourier	3, 2 ¹ / ₂ , 1 ¹ / ₂	2, 1, —	1, —, —
Die ganze prima plana	65, 60, 49	29, 29, 8	12, 9, 4
Gemeiner	1 ¹ / ₂ , 1 ¹ / ₂ , 1 ¹ / ₆	1, 1, —	—

Außer diesen ausnahmsweisen gab es noch fortdauernde Naturalleistungen der Einwohner, die Servitien, an welche sich der Hauptmißstand in der Verpflegung knüpfte². Im dreißigjährigen Kriege verstand man unter Servitien in der Regel einige Naturallieferungen des Quartierwirtes: Quartier, Bett, Stallung, Holz, Licht, Streustroh, Salz, Pfeffer, Essig. Da der Soldat aber so oft weder Geld noch Lebensmittel erhielt, so konnte er in seinen Forderungen unmöglich bei diesen Naturalien stehen bleiben. Man fing an, unter dem Namen der Servitien den ganzen Unterhalt von den Einwohnern zu erzwingen. Diese

¹ M III 1, 37 und VI 1, 148.

² Servitia waren im Mittelalter besonders diejenigen Leistungen, welche der Vasall, sei es in persönlicher Heeresfolge oder in Darreichung von Naturalien dem Lehnsherrn schuldig war. Öfters wurden sie mit Geld abgelöst. F. Waitz, deutsche Verfassungsgesch. VIII 141, 380 ff. — In Spanien verstand man seit 1500 unter „Servicios“ außerordentliche direkte Steuern; sie wurden unter Karl V zu regelmässigen. K. Häbler, die wirtschaftliche Blüte Spaniens im 16. Jahrhundert. 1888. S. 111. — Zur Zeit des Großen Kurfürsten war unter den Servitien noch nicht die Geldentschädigung begriffen, welche der Quartierwirt für seine Naturalleistungen vom Staate erhielt, es waren nur diese Leistungen selbst, die der Soldat empfing.

Auffassung mußte wieder beseitigt werden. In allen Ordonnanzen und Edikten dreht sich daher die Frage darum, was eigentlich unter Servitien zu verstehen sei, wobei das Streben der Verwaltung dahin ging, dieselben immer mehr einzuschränken und die Truppen auf Geld allein anzuweisen, denn man sah sehr gut, daß unter der Bezeichnung Servitien die größten Überforderungen vorkamen. Es ist dieses der Hauptkampf der Regierung gegen die Quartierverpflegung. Eine plötzliche Abschaffung der Servitien war freilich unmöglich, weil eben der Mangel an barem Gelde zu groß und der Gemeinde noch ohne alle ökonomische Fähigkeit war. Als der Kurfürst 1661 den märkischen Ständen vorschlug, statt Quartier und Servitien in natura den Soldaten Geld zu geben, meinten jene, die Leute würden das Geld nur verthun und ihre Bedürfnisse dann doch erpressen¹.

Nach der Ordonnanz von 1638 erhalten die Gemeinen die Servitien in natura, die Avancierten in den dem Traktamente² entsprechenden folgenden hohen Sätzen:

Oberst	25 Thlr.	Rittmeister oder Hauptmann	10 Thlr.
Ob.-Lieut.	16 „	Lieutenant	5 „
Auditeur	6 „	Unteroffizier	2 „
Feldscher	5 „	(Im Sommer alle die Hälfte.)	

In der Ordonnanz von 1655 finden wir schon 3 Kolonnen, eine für Traktament, eine für Traktament und Servis zusammen, eine für Traktament, Servis und Pferdefutter zusammen. Es waren so die Fälle vorgesehen, daß Servis oder Fourage oder beide in Geld oder in natura geliefert würden. Da im Text bestimmt ist, daß die Unteroffiziere ihre Servitien von den Wirten in natura erhalten, so sind die für sie angegebenen Sätze wohl nur ein Anhalt für beide Teile. Daß alle diese Bestimmungen schlecht eingehalten wurden und wegen der unregelmäßigen Soldzahlungen auch nur schlecht eingehalten werden konnten, beweisen mehrere während des Krieges erlassene Edikte. Besonders beachtenswert ist das Patent vom 28. Dezember 1659³: „Unter wasserlei Prätext es auch sein möchte, sollen weder Offiziere noch Soldaten von den Untertanen nichts erzwingen oder erpressen“; die Wirte können nach freier Wahl die Servitien der Offiziere in natura oder in Geld geben; in letzterem Falle sollen diese „weder Holz, Lichte, Bette, Leinengeräte, Kessel, Töpfe, Gesinde in die Küche noch sonst etwas prätendiren, weniger aber dafür etwas an Gelde fordern“.

Die Ordonnanz von 1665 bestimmt zum ersten Male, daß der Offizier nur, wenn er an einem andern Orte lag als an dem, woher er sein Traktament bezog, von dem Wohnorte Servis erhielt. Immer wieder mußte den Offizieren eingeschärft werden,

¹ UA X 495. — 7 Dez. 1661.

² S. Tabelle I Nr. 4. Dort auch die Zahl der zu fütternden Pferde.

³ M III 1, 26.

daß ihre Servitien in der Gage enthalten sind, daß sie außer bloßem Quartier und Stallung nichts zu fordern haben. In den Feldzügen der siebziger Jahre hören wir dann sehr oft von dem Mangel der Truppen, die wohl oder übel, wollten sie ihr Leben fristen, den Begriff der Servitien weiter fassen mußten.

Erst nach dem Frieden von St. Germain, aber auch unmittelbar darauf, wandte sich die Sorge des Kurfürsten wieder der Ordnung dieser Verhältnisse zu. Man erkennt in den folgenden Verfügungen recht deutlich, wie man experimentierte; ein Vorbild, nach dem man sich hätte richten können, fehlte, denn die Einrichtungen der meisten andern Staaten hatte man erreicht, wo nicht gar überholt — ein Vergleich mit dem reichen Frankreich war ausgeschlossen —, so sah man sich zu Versuchen gezwungen, die alle auf definitive Beseitigung dieser letzten Reste der Quartierverpflegung hinauslaufen.

Die Bemerkungen der Ordonnanz von 1679 beginnen sofort mit dem alten Schmerzenskinde der Verwaltung, den Servitien. „Nachdem in den Quartieren bisher wegen der Servicen große Unordnungen vorgegangen, indem Unterschiedene vor die Servicen sich haben speisen lassen und also dem Lande ein doppeltes onus zugezogen worden, als wollen S. Ch. D. solches nunmehr hierdurch gänzlich abgeschaffet haben mit ernstlichen Befehl, daß so wenig die Offizirer als Gemeine entweder an Gelde noch an Speisung von den Wirthen anstatt der Servicen in natura, so gut sie der Wirth geben kann, Inhalts des 7. und 8. Artikuls des ao. 1678 publicirten Ordinantz annehmen sollen; dafern aber einer oder ander Wirth der Bequemlichkeit halber dem Soldaten für die Servicen Geld geben wollte, stehet ihm solches zwar frei, und soll er hierunter die Wahl haben, gleichwohl aber auch nicht mehr als einem Reuter 14 Groschen, einem Dragoner 12 Groschen und einem Musketier 10 Groschen monatlich zu zahlen gehalten sein. Wohingegen der Soldat alsdann ein Bette und die übrigen Servicen als Salz, Pfeffer und Essig ihm selber zu schaffen schuldig ist. Falls auch einer oder ander entweder mit guten Worten oder Bedrawungen von seinem Wirthe anstatt der Servicen Geld oder die Speisung erlangen sollte, so hat der Magistrat und die Obrigkeit jeden Ortes solches beim Churf. Kommissariat anzugeben, da alsdenn dem Regiment die zur Ungebühr genossene Speisung an dessen Verpflegungsquantum in der Assignation gekürzt, hingegen aber dem Kontribuenten an seinem Kontingent wiedererstattet werden soll. Jedoch muß der Wirth zuvörderst bei dem kommandirenden Offizirer gehörige Remedirung suchen, welchen S. Ch. D. wann über dero Ordinantz nicht gehalten wird, dafür anzusehen wissen werden“. Das heißt, er sollte kassiert werden, wie Friedrich Wilhelm Derfflinger befohlen hatte¹.

¹ Orlich III 308.

Allein alles dieses genügte nicht, das Verhältniß zwischen Bürger und Soldat zu einem erträglichen zu machen. Wegen fortwährender Reibereien wurde 1681 ganz genau bestimmt, wieviel den einzelnen Chargen, falls sie das Quartier nicht in natura genießen, an Geld zu zahlen sei¹. Es war doch eine ganz neue Anforderung des Staates an die Einwohner, die Soldaten dauernd in ihre Häuser aufzunehmen; sie kam mit dem stehenden Heere. Freilich war diese Einquartierung ja schon im dreißigjährigen Kriege für den Winter Sitte geworden, aber nun hatte man Frieden. Doch es ging nicht anders, der Einzelne mußte sich dem Interesse des Ganzen fügen; Friedrich Wilhelm erklärte, „daß er zur Zeit nicht wisse, wo er seine Truppen außer Landes mit Unterhalt und Quartier versorgen könne“² und „verlangte ein unbedingtes fürstliches Garnisonrecht“³. Nur in Kolberg und später in Magdeburg⁴ lagen Mannschaften in Baracken. Zur Erleichterung der Bürgerschaft schlug Trott 1656 auch für Peitz den Bau von Baracken vor⁵; da wir aber später nichts davon hören, wird es nicht dazu gekommen sein.

Wohlhabende Bürger werden wohl immer das Quartier in Geld bezahlt haben. Nach dem angeführten Reglement von 1681 erhielt z. B. monatlich an Quartiergeld:

Der Oberst z. R.	10 Thlr.	Der Reiter		4 Gr.
„ „ z. F.	8	„ „ verheiratet		6 „
„ Rittmeister	4 Thlr. 6 Gr.	Der Infanterist		2 „
„ Kapitän z. F.	3 Thlr.	„ „ verheiratet		4 „

Wegen der Streitigkeiten über die andern Servitien ist am Schluß des Reglements genau angegeben, wieviel der Wirt den Gemeinen für jeden Artikel an Geld zu geben hat. Monatlich erhält:

für	der Reiter	der Dragoner	der Musketier
Salz	1 Gr. 7 Pf.	1 Gr. 4 Pf.	1 Gr. 3 Pf.
Peffer	1 „ 7 „	1 „ 4 „	1 „ 3 „
Essig	2 „ 2 „	2 „ 0 „	1 „ 6 „
Licht	2 „ 8 „	2 „ 3 „	1 „ 9 „
Bett	3 „ 3 „	2 „ 9 „	2 „ 6 „
Holz	2 „ 9 „	2 „ 4 „	1 „ 9 „
in Summa	14 Gr.	12 Gr.	10 Gr.

¹ M III 1, 52. — Potsdam, 30. Jan. 1681.

² Fidicin, diplom. Beitr. z. Gesch. Berlins V 66.

³ G. Schmoller, das Städtewesen unter Friedrich Wilhelm I. Zeitschr. f. preufs. Gesch. XI 548.

⁴ Der magdeburgische Garnisonsetat vom August 1677 führt für die „in Baraqven stehende Mannschaft“ monatlichen Servis von „ungefähr“ 90 Thlr., pro Mann 8 Gr., an. Der Kriegsetat vom 1. Nov. 1680 hat unter „Magdeburg“ den Posten 96 Thlr., „auf die in Baracken Liegende“. Mnschr. Bor. Fol. 320.

⁵ R 21, 120 d, e.

Man hoffte wohl, hierdurch für beide Teile etwas definitiv Gültiges erlassen zu haben, aber nach 3 Jahren erforderten neue Verhältnisse neue Verordnungen. Die Verlegung der Infanterie in die Städte rief die Ordonnanz von 1684, die letzte Friedrich Wilhelms hervor¹. Diese hob die Servitien fast ganz auf, der Mann hat nur Teil an dem Licht und Holz des Wirtes. Auch von den Futterlieferungen wurden die Wirte befreit. Das Hartfutter wurde aus den Magazinen geliefert, das Rauhfutter in bar, pro Pferd 1 Thlr., bezahlt. Nicht nur die Offiziere, sondern auch die Unteroffiziere mußten sich auf eigene Kosten einquartieren. Auf der andern Seite nahm man sich aber auch des Soldaten an; die Kriegs- und Steuerkommissare hatten darauf zu sehen, daß der Mann ein Bett erhielt oder wenigstens Streustroh und eine warme Stube, daß die Soldatenfrauen bei der Einquartierung berücksichtigt würden, daß den Abkommandierten für ihre Rückkehr ein Quartier offen gehalten wurde. Welch ein Unterschied zwischen dieser wahrhaft landesväterlichen, auf die kleinsten Sorgen und Bedürfnisse des Bürgers und Soldaten eingehenden Verordnung und der von 1638! Die Ordonnanz von 1684 verdient gelesen zu werden.

Aber entsprach denn nun diese Beseitigung der Servitien den realen Verhältnissen des Landes und der Truppen? Man

¹ Man wollte durch diese Maßregel den Bauernstand erleichtern, die Naturalverpflegung einschränken und die Truppen fester in die Hand bekommen. Wie schwierig aber noch immer das Kommando über ein in viele kleine Städte verteiltes Regiment sein mußte, ergibt sich aus einer Einquartierungsliste von 1688. (Archiv Zerbst, Abschrift im Kr. Min. VI 1 c 1.) Danach lagen von den 8 Kompagnieen des Regiments Churprinz z. F.:

Der Stab und $\frac{1}{4}$ Kompagnie in Rathenow,
 $1\frac{1}{2}$ Kompagnieen in Ruppin,
 je $\frac{3}{4}$ - - Lentzen, Perleberg, Havelberg,
 je $\frac{1}{2}$ Kompagnie - Pritzwalk, Wittstock, Tangermünde,
 $\frac{1}{2}$ - - Wusterhausen und Gransee,
 je $\frac{1}{4}$ - - Kyritz und Templin,
 $1\frac{1}{2}$ Kompagnieen in Osterburg, Werben, Ahrneburg, Bismarck und Kalbe.

Noch zerstreuter lag freilich die Kavallerie, welche erst 1718 in die Städte kam. Die sechs Kompagnieen des markgräflichen Regiments zu Pferde garnisonierten in Preußen folgendermaßen:

Kattenau und Johannisburg je 1 Kompagnie,			
Baltzerische	5 Mann	Freyen	3 Mann
Endrunen	15 -	Zinsbereite	6 -
Syabische	16 -	Kianthen	5 -
		} 1 Komp.	
Kianthen	35 Mann	Angerburg	23 Mann
Angerburg	15 -	Sperling	6 -
		Lötzen	21 -
		} 1 Komp.	
Lötzen 15 Mann			
Lyck	22 -		
Rhein	13 -		
		} 1 Kompagnie.	

In Frankreich wurde schon durch die Ordonnanz von 1651 bestimmt, daß die Truppen nur in umschlossenen Städten und Flecken, nicht in Dörfern einzuquartieren seien. Franz. Kriegswirtschaft.

sah bald, daß man zu weit gegangen war. Da der Gemeine seinen Haushalt verständig zu führen weder die Fähigkeit noch die Zeit hat, da seine Ausbildung aber durch keine andern privaten Verhältnisse behindert werden darf, so wird eine teilweise Versorgung desselben mit Naturalien die Regel bleiben. So wurde denn auch damals durch Patente von 1687¹ verordnet, daß die Servitien der Infanterie wieder vom Wirte in natura zu liefern seien, daß, da die Kavallerie auf dem Lande blieb, im Sommer vom Lande Grasung oder monatlich $\frac{1}{2}$ Thlr. für das Pferd zu entrichten sei, während im Sommer der andere $\frac{1}{2}$ Thlr., im Winter 1 Thlr. vom Kurfürsten für das Rauhfutter eines Pferdes gezahlt wurde.

Bedeutendes hatte man so im Laufe der Jahre erreicht; die Quartierverpflegung war auf das notwendigste beschränkt und leicht zu kontrollieren, der Wirt brauchte sich Mehrforderungen nicht gefallen zu lassen, er wußte genau, was ihm zu liefern zukam und wo er sich benachteiligt, beklagen konnte. Auch der Soldat sah, daß man sich, um sein und der Seinen Wohl kümmerte, und daß des Fürsten scharfes Auge Unrechtmäßigkeiten zu übersehen nicht gewillt war.

Nunmehr hat natürlich auch unsere Einteilung in Barbezahlungssystem und Quartierverpflegung ihre Gültigkeit verloren. Da die Truppen in der Hauptsache nur vom Staate ihre Kompetenzen erhalten, ist eine Systematisierung nach der Person des Leistenden hinfällig geworden. An ihre Stelle tritt die nach der Natur der Leistung, tritt die Unterscheidung in Geld- und Naturalverpflegung².

Das Magazinwesen.

Als ein drittes System wurde neben den bisher besprochenen das der Magazinverpflegung durch die Militärverwaltungsbehörden genannt. Obgleich dessen große Bedeutung auf die ganze Kriegführung und Volkswirtschaft erst dem 18. Jahrhundert vor-

¹ J. F. S. Compend. addit. S. 51—53.

² Wenn Frankreich mit einer geordneten staatlichen Verwaltung den Anfang machte und Brandenburg-Preußen ihm, so gut es konnte, zu folgen bemüht war, und zwar mit Erfolg, so vermochte der andere große Militärstaat mit dem norddeutschen Kurfürstentum nicht gleichen Schritt zu halten. Zunächst lag der Hauptübelstand in Österreich an dem Mangel eines integren Beamtentums. Trotz regelmäßiger Musterrungen erhielten die Leute nicht, was ihnen angewiesen wurde, die Proviant- und Kriegszahlmeister unterschlugen. Erst mit der Ordonnanz von 1677 that man hier den ersten Schritt von der Quartier- zur staatlichen Geldverpflegung; als endlich 1697 die „Hausmannskost“ aufgehoben wurde, mußte der Quartierwirt doch noch täglich eine Portion Brot liefern. Eine wesentliche Verbesserung trat erst 1748 ein. Meynert a. a. O. III 145. Feldzüge Eugens I, I 276. — Über österreichische Verwaltung s. auch S. 86 ff.

behalten war, so liegt uns doch ob, die Anfänge desselben unter dem Großen Kurfürsten kennen zu lernen.

Die Feldmagazine.

Die Magazine, welche im 16. Jahrhundert, z. B. in den Türkenkriegen, errichtet wurden, dienten immer nur als Aushilfe und für die Dauer eines Feldzuges. Wie die Städte und Festungen, in denen regelmäßige Garnisonen lagen, im dreißigjährigen Kriege die eigentlichen Centralstellen der Truppenverpflegung waren, wie wir in ihnen die Proviantdepots unter dem Generalproviantmeister finden¹, so werden in den dreißiger Jahren auch in den Städten der Mark große Vorrathshäuser, „die Kommissen“, angelegt². Wenn dann Waldeck nach seiner Instruktion vom 15 Oktober 1655 in Tilsit, Tapiau und Wehlau gute Magazine errichten soll³, oder in demselben Jahre der hinterpommerschen Regierung befohlen wird, für den bevorstehenden Marsch sofort Magazine in Kolberg, Neustettin und Stolpe oder Rügenwalde zu etablieren⁴, so handelte es sich bei alledem auch nur um Magazine auf Zeit, die nach Erfüllung ihres einmaligen Zweckes wieder eingingen. Nicht anders verhielt es sich mit den Feldmagazinen der siebziger Jahre, über welche ausführlichere Nachrichten vorliegen⁵. Bei Franzosen wie Brandenburgern kam es zu einer Magazinverpflegung in größerem Maßstabe. Für das Jahr 1672 ist das General-Feldproviantamt mit dem Generalproviantmeister Edlinger dem Oberstkommissarius v. Berlepsch unterstellt, doch lag die Sorge für die Verpflegung zum größten Teile dem Kriegsrath Meinders ob, weil Berlepsch mit seinem Regimente zu viel zu thun hatte. Für das Jahr 1674, in dem der Krieg im Elsaß einen stehenden Charakter annahm, und deshalb beide Parteien auf die Magazinverpflegung angewiesen waren, erließ Meinders ein Getreideausfuhrverbot und errichtete in Straßburg das Hauptmagazin, hierbei wieder unterstützt von Berlepsch, der 1674 und 1675 in der Charge eines General-Quartiermeisters erscheint⁶. Aller Proviant, alle Fuhren wurden bezahlt⁷.

Wenn dabei auch im Auge zu behalten ist, daß ein geordnetes Proviantfuhrwesen nicht existierte, und deshalb bei energischen Operationen von einer Magazinverpflegung, wie sie

¹ G. Droysen a. a. O. S. 624.

² v. Petersdorff a. a. O. S. 35.

³ UA VII 465.

⁴ R 30, 221–24. — Köln, 3. Aug. 1655.

⁵ A. Strecker a. a. O. S. 62 ff.

⁶ R 9 A 1.

⁷ War die Magazinverpflegung auch humaner wie die Requisition (Strecker S. 63), so veranlaßte den großen König doch in erster Linie, sich an sie allein zu halten, der oberste Grundsatz der sich durch Zwangsaushebung ergänzenden Heere: Die Verhütung der Desertionen.

Friedrich II anwandte, kaum zu reden ist, so können die Erfahrungen, welche man im Elsaß machte, doch als eine Vorbereitung für die allmähliche Weiterbildung dieses Systems angesehen werden ¹.

Die Festungsmagazine.

Anders stand es mit den Festungsmagazinen. Festungen ohne Magazine sind überhaupt undenkbar. Seit es in Brandenburg Festungen gab, finden wir in diesen auch Magazine. 1630 ließ Georg Wilhelm in Spandau ein großes Magazin anlegen, das durch Lieferungen vom Lande gefüllt wurde. Es mußte dazu die Hufe meist 1 Thlr. oder 1 Scheffel Roggen und ein Fleischgeld von 2 Thlr. 9 Pf. beisteuern, auch kamen noch andere Scheffelsteuern für die Truppen zur Erhebung ². Aus diesen Scheffelsteuern entstand die Kriegsmetze. 1637 bewilligten nämlich die Stände außer der gewöhnlichen Mahlmetze noch eine weitere von jedem Scheffel, die sogen. doppelte Metze, und von jeden 36 Scheffel Malz ein Scheffel ³. Trotz des Protestes der Stände erhob Friedrich Wilhelm die doppelte Metze von 1641—1650 fort, denn auf ihr beruhte, wie er sagte, bei dem Mangel an barem Gelde die Existenz der Truppen. Nur zu oft waren ja die Kommandanten gezwungen, um ihre Truppen vor dem Hungertode zu bewahren, den Bestand der Magazine anzugreifen ⁴. Im Reces von 1653 wurde dann die doppelte Metze auf 6 Jahre zugestanden. 1654 hat man diese Kornlieferung zum Teil mit Gelde abgelöst, das zur Unterhaltung der Magazine verwendet wurde ⁵. In den Marken bestanden 1660 Magazine in Küstrin, Spandau, Peitz, Frankfurt, in Preußen in Königsberg, Pillau und Memel.

Eine Ergänzung des Proviantes zur Verhütung des Verderbens desselben veranlaßte den Verbrauch der alten Bestände durch Überlassung an die Truppen oder Verkauf. Auch finden wir schon vor 1660, daß aus den Magazinen notleitenden Ortschaften Korn ausgeliehen wird. 1651 wurde gegen einen v. Kahlenberge Exekution beföhlen, wenn er das aus dem spandauer Magazin entliehene Korn nicht wiedererstatte; ohne schriftlichen Befehl solle der dortige Magazinverwalter nichts ausleihen ⁶. 1659 muß die hinterpommersche Regierung wegen der

¹ Die Angabe Friedrichs des Großen: Du temps de Frédéric-Guillaume on ne formait point de magasin: le pays où l'on faisait la guerre fournissait à l'entretien des troupes, tant pour la paye et pour les vivres . . . par ces raisons on quittait un pays après l'avoir mangé (Oeuvres I 184) trifft für die spätere Zeit des Kurfürsten nicht mehr zu

² v. Petersdorff a. a. O. S. 27, 42.

³ M IV 4, 14.

⁴ Viele Fälle in O. Meinardus, Relationen.

⁵ Stuhr a. a. O. S. 434 f.

⁶ R 21, 138.

schlechten Ernte eine große Menge Korn in Polen einkaufen, um Armee und Land zu konservieren¹. 1660 erhält das Amt Müllenhof 300 Wispel Futterkorn auf Wiedererstattung. Solche Fälle kommen in der Folge immer häufiger vor. In den Kornrechnungen des spandauer Magazins von 1662—63 bilden die Leistungen der Kreise, Städte und Mühlen und die Wiedererstattung verliehenen Getreides die Haupteinnahme, während Ausgaben an Garnisonen, Dorfschaften und einzelne Personen gemacht werden².

Jedes Magazin beaufsichtigte ein Proviantverwalter. Diese Beamten standen unter direktem Befehl der Kommandanten sowie unter Aufsicht der Oberkommissare und bis etwa 1660 auch der Zeughauptleute, z. B. E. Franckes³. Die Aufsicht über sämtliche Magazine hatte der General-Proviantmeister unter dem Generalkommissar. Beide empfangen von den Oberkommissaren der einzelnen Lande die Berichte. Als ersten General-Proviantmeister finde ich seit 1657 einen gewissen Hilger, vielleicht war es derselbe, welcher 1649 Oberkommissar im Bergischen war⁴. Diese Stelle wurde von da an immer besetzt. Als Hilger 1660 abging, folgte ihm der Oberkommissar Daniel Jnckefordt⁵, diesem der Oberkommissar der Artillerie Edlinger. Da Edlinger zugleich Kriegskommissar der Garnison Minden⁶, und sein Nachfolger — seit 1678 — Friedrich Kupner preussischer Kriegskommissar blieb⁷, so muß man annehmen, daß die Beschäftigung des General-Proviantmeisters keine sehr bedeutende war. Seit 1679 bekleidete diese Charge der Kriegskommissar J. H. Sohr bis zu seinem 1702 erfolgten Tode; 1680 wurde er zugleich Proviantkommissar für die Neumark⁸.

Während bis 1660 etwa die Versorgung der Magazine und die Verwendung und Ausleihung des Proviantes von den Regierungen oder der neumärkischen Kammer (für Küstrin) oder den Kommandanten besorgt wurde, entstand seitdem ein ständiger Beamtenorganismus für das Proviantwesen. Die für die Festungsgarnisonen ernannten Kriegskommissare oder besondere Proviantmeister oder Proviantverwalter hatten die Aufsicht über die Magazine. Außer den schon genannten Magazinen erscheinen seit 1660 neue. In diesem Jahre begann der Oberst Bogislaw v. Schwerin den Bau des Kolberger⁹. In demselben Jahre

¹ R 30, 221—24. — 13. Aug. 1659.

² R 21, 138.

³ S. S. 150.

⁴ R 9 A 11. — v. Mörner, Märkische Kriegsobersten im 17. Jahrhundert. S. 259.

⁵ R 9, 21—23. — S. auch S. 87.

⁶ 1672 wird er bald Oberkommissar, bald Proviantmeister genannt. UA XIII S. 275.

⁷ Kr. Min. XVIII 2 d 3. —

⁸ Ebenda.

⁹ R 30, 116.

finden wir einen Proviantverwalter in Halberstadt, 1669 einen in Löknitz. 1673 wird P. F. Rhode Proviantmeister von Magdeburg, 1677 erhält er als Kriegskommissar die Aufsicht über das Magazin von Minden, die vor ihm der General-Proviantmeister Edlinger gehabt hatte. 1684, als das berliner Magazin „anders“ eingerichtet wurde, wird der Proviantsekretär F. Oppermann dort Proviantmeister¹.

Für die Magazinverpflegung der Truppen im Frieden in größerem Maßstabe bot wieder Frankreich das erste Muster. „Zum staatswirtschaftlichen Systeme Colberts gehörte es, die Truppen aus eigenen Magazinen zu verpflegen und den Verbrauch dem Landbau zu Gute kommen zu lassen“². Wenn man in Preußen auch erst im 18. Jahrhundert Frankreich hierin einholte, so finden sich doch schon in unserer Epoche dafür einige Anfänge.

Schon 1658 versah die neumärkische Kammer die zum Schanzbau in Küstrin kommandierten Soldaten mit Bier und Brot³. Aus den Extrakten des Lökenitzer Magazins von 1669 ergibt sich, daß dort Kommisbrot und Kommisbier zubereitet wurde⁴. Nach dem Etat vom März 1682 endlich⁵ hatte der General-Proviantmeister Sohr große Brotlieferungen an verschiedene Garnisonen zu vermitteln. Ex cassa generali werden z. B. für 300 Gemeine des Leibregiments z. F. an Sohr zur Brotlieferung 225 Thlr. gezahlt, so daß also jeder Mann monatlich für 18 Groschen Brot erhielt — bei diesem Regimente außer dem Traktament von 2½ Thlr. Die 600 Gemeinen der Eskadron Schlaberndorff in Kolberg erhielten für 432 Thlr. Brot, doch wurde ihnen der Betrag — 17 Gr. 3 Pf. pro Kopf — vom monatlichen Traktament abgezogen, so daß der Mann bar nur 1 Thlr. 18 Gr. 9 Pf. bekam, die Gefreiten 3 Gr. mehr⁶. In ähnlicher Weise bezogen die Garnisonen Magdeburg, Küstrin, Driesen, Spandau, Oderberg, Löknitz, Frankfurt ihr Brot, also nur Truppen, welche an oder in der Nähe von Orten lagen, wo sich Magazine befanden. Sohr wird sich darüber mit seinen Unterbeamten verrechnet haben⁷.

Eine Frage wird sich dem Leser vielleicht schon öfter aufgedrängt haben: Wie stand es mit dem Unterschied zwischen Feld- und Friedensverpflegung? Ein solcher mußte doch statt-

¹ Vorstehendes aus Kr. Min. a. a. O. u. R.

² L. v. Ranke, Franz. Gesch. 4. Aufl. XII S. 232.

³ R 21, 27 d.

⁴ R 21, 27 a.

⁵ Mnsch. Bor. Fol. 320.

⁶ Über den weiteren Abzug für Kleidung s. S. 75 f.

⁷ In Frankreich begegnet uns eine regelmäßige Brotlieferung durch den Staat schon seit 1651, die Ordonnanz von diesem Jahre bestimmt, daß jeder Unteroffizier und Gemeine täglich 24 Unzen Brot erhält. Französische Kriegswirtschaft. — Nach Meynert a. a. O. II 223 wurden ihm 2 Sous für Brot von der täglichen Löhnung abgezogen.

finden, seit man ein stehendes Heer unterhielt. Allein es war im Princip nicht so. Das Land betrachtete die Unterhaltung der Armee im Frieden doch noch immer als einen durch die gefährdrohenden Verhältnisse bedingten Ausnahmezustand. Im Testament von 1667 spricht Friedrich Wilhelm nur von den beizubehaltenden 7000 Mann Festungsgarnisonen, welche allein die Stände nach dem § 180 des Reichstagsabschiedes von 1654 dauernd zu unterhalten verpflichtet waren, und das Kontributions- und Exekutionsreglement von Ende 1687¹ beginnt mit den Worten, der Kurfürst sei um möglichste Erleichterung der Lasten bemüht, „da die schwere Kontribution bey Dero noch unveränderten Militär-Etat annoch continuiret“. So wenig hatte noch der Gedanke des stehenden Heeres im Volke Wurzel gefaßt.

Was G. Droysen über den Unterschied von Feld- und Friedensverpflegung sagt², bezieht sich nur auf die verschiedene Herbeischaffung des Proviantes, den die Soldaten in jedem Falle kaufen mußten, in den Garnisonen von den Proviantmeistern, im Felde von den Marketendern oder Kommissaren. So hlieb es auch später. Im Princip ging man in beiden Fällen von der Barbezahlung durch den Einzelnen nicht ab.

Wenn wir auch die in den Feldzügen der siebziger Jahre weitgehende Verwendung der Magazine kennen lernten, so sahen wir doch zugleich, daß eine Vorbereitung von Feldmagazinen im Frieden nicht stattfand. Die Verpflegungsordonnanzien galten für die Friedensarmee ebenso wie für das Kriegsheer, nur kann man sagen, daß nach den Friedensschlüssen die Sätze immer bedeutend herabgesetzt wurden, so 1666 und 1679 (S. S. 55 und Tabelle I No. 20). Daß man bei den sonstigen großen Ausgaben mit dem Barbezahlungssystem im Kriege nicht auskam, daß man sich im Felde vielmehr auf eins der beiden andern Systeme stützen müsse, zeigte sich wohl fortwährend, aber zu der bewußten Überzeugung davon gelangte erst eine spätere Zeit.

Das Bekleidungswesen.

Soweit es die sehr spärlichen Nachrichten erlauben, will ich an dieser Stelle noch ein Wort über das Bekleidungswesen und die Remontierung sagen. Mit jenem scheint es während der ersten zwei Jahrzehnte der Regierung Friedrich Wilhelms wie im dreißigjährigen Kriege geblieben zu sein; jeder Mann mußte sich von seinem Solde auch bekleiden. Jedoch machte sich schon

¹ S. S. 48. — Und Orlich III 306. — Der Kurfürst an d. älteren Schwerin 18. Okt. 1679; „So ist Euch wissend, wie es Unserm Etat ganz nicht zuträglich, daß Wir Unsere Milice gänzlich cassiren“. Darüber auch M. Lehmann, Hist. Zeitschr. 67, 281.

² A. a. O. S. 624.

früh ein gewisses Streben nach Uniformierung geltend. Vielgenannt sind die blauen Regimenter, mit denen Georg Wilhelm 1627 nach Preußen zog. Jeder Oberst war natürlich bestrebt, sein Regiment in möglichst gutem Ansehen zu erhalten, und sowohl deswegen, als auch, weil man bei großen Einkäufen durch Übergehung der Zwischenhändler billiger zu den Stoffen kam, wird er den Leuten Abzüge gemacht und die Beschaffung der Bekleidung in die eigene Hand genommen haben. Da aber das unregelmäßig und spärlich gezahlte Traktament kaum hinreichte, dem Soldaten den nötigsten Unterhalt zu gewähren, so konnte man natürlich selten etwas für die Bekleidung zurückbehalten; es kam dann so weit wie in Lippstadt, wo 1654 die Garnison fast nackend war¹. Dann mußte die Regierung anders helfen und that es auch nach Möglichkeit. 1648 bittet K. v. Burgsdorff den Kurfürsten, von dem vorhandenen Tuche Röcke machen zu lassen, damit die Leute etwas auf den Leib bekämen und nicht durch Krankheit zu Grunde gingen². Da aber 1650 die Tuchlieferungen ausblieben, kleidete Oberst v. Trott sein Regiment aus eigenen Mitteln neu; es entstand deshalb in der ersten Kompagnie Burgsdorffs, der Leibgarde, eine Revolte; die Leute fühlten sich benachteiligt und verlangten Auszahlung der von ihrem Traktament für Bekleidung einbehaltenen 5 Groschen. Burgsdorff meinte aber, Trott werde die Kosten für die Montierung den Leuten doch nachträglich abziehen³.

Zum schwedisch-polnischen Kriege waren mehr Mittel vorhanden, die Regimenter Derfflingers erscheinen vor ihrem Abmarsche „so schön und wohl mundiret, als man je in der Welt gesehen“⁴.

Seit dem Frieden von Oliva sollte die Bekleidung „wieder“ vom Traktament bestritten werden. „Da die Traktamente sowohl der Officierer als der Gemeinen auf ein Merkliches erhöht sind, sollen sie auch schuldig sein, von nun an ihre Soldaten in gebührender Kleidung zu halten und mit Untergewehr zu versehen“, heißt es in der Ordonnanz von 1660. Nach seiner Instruktion von 1669 soll Meinders darauf halten, daß die Offiziere den $\frac{1}{2}$ Thlr monatlicher Kleidergelder für den Infanteristen nicht anders verwenden⁵. Dieser $\frac{1}{2}$ Thlr. scheint von der Regierung öfters einbehalten und statt dessen die fertige Montur geliefert worden zu sein. Im Februar 1662 klagt der General Görtzke aus Preußen, die Unteroffiziere erhielten weder die ganze Gage noch Kleidung⁶, und am 28. Februar 1670 verspricht Friedrich Wilhelm dem Obersten Graf Dönhoff, die Liberey richtiger als

¹ UA V S. 726.

² R 21, 7 d.

³ R 24 E 3.

⁴ J. G. Droysen a. a. O. III 1, 227.

⁵ A. Srecker a. a. O. S. 128.

⁶ Orlich II 402.

bis dahin geschehen, liefern zu lassen; zugleich wurde den Ober-
räten befohlen, die rückständigen Kleidergelder zu zahlen¹.

In der Ordonnanz von 1678 ist die Löhnung zum ersten-
mal genauer spezifiziert. Bei einer Musterung von 1683, die in
Neubrandenburg über das Regiment z. F. Kurfürstin unter dem
Oberst v. Börstell als Kommandeur abgehalten wurde², erklären
die Gemeinen, ihnen sei die Löhnung von 1 Thlr. 8 Gr. nebst
Servitien richtig zu Teil geworden. Diese Angabe stimmt genau
mit der letztvorangegangenen Ordonnanz von 1679 (S. Tabelle II)
überein, nach welcher der Fußsoldat erhielt:

An Traktament, worunter die Kleidergelder mitbegriffen
1 Thl. 4 Gr.

Wegen der Speisung 1 „ 8 „

Also behielt sein Hauptmann 1 Thlr. 4 Gr. zurück, wovon etwa
18 Gr. auf Brot (S. S. 73), 10 auf Kleidung kamen. Nach
einer Berechnung von 1642 kostete die fertige Bekleidung eines
Mannes 10 Thlr. 10 Gr. 5¹/₂ Pfg.³ Demnach konnte der Soldat,
wenn ihm monatlich 10 Gr. abgezogen wurden, ungefähr alle
2 Jahre neu uniformiert werden⁴.

Alle Waffen außer den Untergewehren und die Fahnen
lieferte der Kurfürst. Sie wurden bei Reduzierungen an die
Zeughäuser abgeliefert.

Während der Feldzüge wurde die Montur natürlich schneller
verbraucht, als im Frieden, es mußte dann die Regierung für Ersatz
sorgen. 1677 hatten 3 Kunsthändler in Berlin die Lieferung an
Schuhen, Strümpfen und Proviant für die Armee übernommen⁵,
und im folgenden Jahre versprach der Kurfürst jedem Regimente
zur Aufbesserung der Bekleidung 3000 Thlr.⁶ Die Regel blieb je-
doch, daß die Regiments- oder Kompagniechefs die Bekleidung be-
sorgten. Im April 1673 bittet Graf Ch. A. v. Dohna um Urlaub
zur leipziger Messe, um neue Monturen anschaffen zu können,
er sei mit seinen Leuten durch den Feldzug zu abgerissen⁷.

Die Offiziere mußten sich von jeher von ihrem Traktament
equipieren. Wenn der Kurfürst 1669 dem Grafen d'Espeuse zur
Equipierung 3000 Thlr. schenkt, so geschah das doch nur, um
ihn für seinen Dienst zu gewinnen⁸. Seit 1666 hörte man auch
auf, den Offizieren für eine bestimmte Zahl von Dienstpferden

¹ v. d. Oelsnitz a. a. O. S. 123.

² Mnscr. Bor. Fol. 322. Auszug bei Orlich II 412 f.

³ Mnscr. Bor. Fol. 317. — v. d. Oelsnitz a. a. O. S. 108 sagt, die
Neubekleidung sei im Frieden alle zwei Jahre erfolgt.

⁴ In Frankreich wurden von den 3 fl. 45 kr., die der Mann monat-
lich erhielt, laut Verordnung vom 5. Dez. 1666 45 kr. für Montierung
einbehalten. Auch später blieb man bei diesem Modus. Franz. Kriegs-
wirtschaft.

⁵ Mnscr. Bor. Fol. 317.

⁶ R 9 A 1.

⁷ S. Graf Dohna, Die Dohnas. Berlin 1880, II 194.

⁸ Orlich III 396.

Futter zu bewilligen¹. Man bezahlte es nur noch für einige Bagagepferde der Stäbe und Kompagnieen im Kriege, nach der Ordonnanz von 1678 für jede Kompagnie auf 6, nach der von 1679 nur auf 3. Überhaupt suchte man den Troß zu beschränken; weder der Infanterist noch der Reiter durfte mehr einen Jungen halten; alle Ordonnanzen verbieten, auf Diener, Köche, anderes Gesinde, Weiber und Kinder etwas zu zahlen.

Die Remontierung.

Zum Schlusse dieses Abschnittes wollen wir einen Blick auf das Remontewesen werfen. Es ist der einzige Verwaltungszweig, in dem eine Verstaatlichung nicht nachzuweisen ist. Im Gegenteil, man könnte sagen, daß die Beschaffung der Pferde bei einer Waffe, den Dragonern, erst Privatsache wurde. Gehen wir hierauf zunächst etwas näher ein.

Wallhausen sagt 1618, die Dragoner seien eine lächerliche Waffe, auf Gäule gesetzte Pikeniere und Musketiere, wenn auch eine sehr nützliche. Berittene Infanterie blieben sie auch in Brandenburg. Natürlich mußte der Staat, wollte er Infanteristen aufsitzen lassen, selbst die Pferde stellen. Nach der Kapitulation K. v. Burgsdorffs von 1631² werden Pferde, Sättel und Zaumzeug für die 200 Dragoner von den Kreisen beschafft, die sie nach der Abdankung zurückerhalten³. Zum jülichischen Kriege von 1651 wurden die Dragonerpferde teils gekauft, teils von den Ämtern, in Ravensberg von den Sattelmeiern gestellt; nach dem Frieden gehen die Dragoner wieder zu ihren (Infanterie-) Regimentern zurück, die Pferde werden den Ämtern überwiesen, den Sattelmeiern zurückgestellt⁴. Nach den Kapitulationen aus der Zeit des schwedisch-polnischen Krieges ergänzten sich die Dragoner fast lediglich aus den Wybranzen, so die beiden Regimenter Sparr und H. v. Wallenrodt. Die preussischen Ämter mußten dazu von 20, seit November 1656 von 10 Hufen immer einen Berittenen stellen; zu den 700 Dragonern Sparrs brauchte der Oberstwachmeister Lubbenau nur 150 zuzuwerben⁵. Auch 1657 wurden die Leibgardedragoner durch Wybranzen ergänzt⁶.

Als man aber 1665 wieder Dragoner brauchte, da wurden

¹ Platen an Derfflinger 30. Januar 1666. R 24 E 3 und Ordonnanz von 1665.

² E. O. Mentzel, Die Remontierung der preuss. Armee 1845. S. 269 ff.

³ Das kursächsische Verpflegungsreglement von 1646 unterscheidet zwischen berittenen und nicht berittenen Dragonern und setzt für jede Art eine andere Löhnung fest. G. Droysen a. a. O. S. 459.

⁴ E. O. Mentzel a. a. O. S. 279.

⁵ S. S. 51. Das geringere Werbegeld der Dragoner ist erklärlich, weil ihre Pferde nur Beförderungsmittel waren, also weniger wert als die der Reiter zu sein brauchten.

⁶ R 24 K, R 9 A 4.

diese schon ganz geworben, sie erhielten 20 Thlr. Werbegeld; sie bestanden seitdem als eigene Truppe, nicht mehr aus aufgesessener Infanterie. Damit hörte ihre Remontierung durch den Staat auf, sie stellten ihre Pferde wie die Reiter.

Diese hatten sich seit jeher selbst beritten gemacht, der Staat zahlte ihnen das hohe Anrittgeld von 40 Thlr., wofür sie sich mit einem guten Pferde und aller Zubehör bei der Musterung zu stellen hatten. Das blieb so während der ganzen Regierungszeit des Großen Kurfürsten¹. Es schloß dieses natürlich nicht aus, daß die Kommandeure die Beschaffung der Pferde in ihre Hand nahmen, wie z. B. Oberstlieutenant v. Mörner 1672 in Holstein 70 Pferde einkauft². Ebenso scheinen es die Offiziere 1663 beim Türkenzuge gemacht zu haben, da der Herzog von Holstein am 26. Dezember aus Königingrätz schreibt, die Dragoner und Reiter zu Fuß seien schon meist remontiert, weil die Pferde dort sehr wohlfeil seien³.

Allgemein gültige Bestimmungen über den Ersatz an Pferden in Feldzügen habe ich für unsere Armee nicht finden können. Die Reiter blieben, wenn ihre Pferde gefallen waren, unberitten, falls der Staat ihnen nicht neue besorgte. Im August 1675 erhielt der Kämmerer Heydekampff den Auftrag, so viel Geld aufzunehmen als nötig sei, die dismontierten Reiter beritten zu machen⁴. Über den Ersatz der Artilleriepferde rede ich unten (Abschnitt VII).

Dieses sind, glaube ich, die Hauptmomente, welche bei der Verpflegung des Heeres des Großen Kurfürsten in Betracht kommen. Hier werden wir nun am füglichsten eine Besprechung der Intendantur- und Kontrollbeamten, der Kommissare, anschließen.

¹ Auch in Österreich kam es vor dem 18. Jahrhundert zu keiner Centralisierung des Remontewesens. Feldzüge Eugens I, I 271.

² R 24 Z b.

³ UA XI S. 319.

⁴ Orlich III S. 254. — Bei den praktischen Spaniern finden wir wieder eine originelle Einrichtung. In jeder Kompagnie bestand eine Platta (Brüderschaft) von vier Pferdekennern, die mit dem Hufschmied alle Pferde abschätzten. Der höchste Preis war 50 Kronen, das Resultat blieb geheim. Fiel ein Pferd, so wurde dessen Taxe aus einer Kasse, die durch Soldabzüge gebildet war, bezahlt. Fra Ludovico Melzo, regole militari. Antwerpen 1611. Auszug bei M. Jaehns a. a. O. S. 1052. — Im Heere Gustav Adolfs mußte der Reiter, dessen Pferd gefallen war, drei Monate zu Fuß dienen, erhielt aber Reitertraktament, wofür er dann ein neues Pferd zu stellen hatte. Meynert a. a. O. III 70. — Nach einer Verordnung vom 1. Juni 1668 mußte in Frankreich die ganze Kompagnie für ein gefallenes Pferd aufkommen. Französische Kriegswirtschaft.

IV.

Die Kommissare¹.

Die Entwicklung des Kommissariats, derjenigen Institution, welche wie keine andere das Werden und die Entwicklung des preussischen Staates bezeichnet, nahm ungefähr folgenden Gang.

Von ihrem ersten Auftreten an scheiden sich die Kommissare in zwei Kategorieen, die Kriegskommissare auf der einen, die ständischen Land- und Kreiskommissare auf der anderen Seite. Beide Beamten-gattungen erscheinen ziemlich zugleich im Anfange des 17. Jahrhunderts, die Kreis- und Landkommissare jedoch mit verschiedenen Funktionen in den verschiedenen Landen, sie entstehen unabhängig von einander in Brandenburg und in den westlichen Provinzen, hier wie dort geht ihre Entwicklung in eigener Weise vor sich. Obgleich von Anfang an zwischen den Kriegs- und den Kreis- oder Landkommissaren ein Unterschied besteht, so vergehen viele Jahrzehnte, bis die Arbeitsteilung ganz vollendet ist. Sowohl in der Steuer- wie in der Militärverwaltung findet nämlich ein starkes Vordringen und wachsendes Umsichgreifen der fürstlichen Organe gegenüber den ständischen statt. Diese ganze Entwicklung findet ihren Abschluß erst im 18. Jahrhundert.

Die Entstehung der Kommissariatsbehörden im dreißigjährigen Kriege in Brandenburg und in den westlichen Landen.

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts erscheinen in Brandenburg nur einzelne Musterherrschaften, wie z. B. 1578 für die Neumark Berndt Kleist auf Lebenszeit, der sich Städtemusterer

¹ Neuerdings erschienen als wertvolle Ergänzungen zu dem die Kommissare behandelnden Abschnitte in Isaaksohns Geschichte des

nennt. Die ersten Kommissare brachte der dreißigjährige Krieg, welcher die Marken aus der Behaglichkeit ihres territorialen Stilllebens gewaltsam herausriß. Man war gezwungen, in dem allgemeinen Kampfe Partei zu ergreifen, auf allen Gebieten, besonders auf dem der Militär- und Finanzverwaltung, machte sich das Bedürfnis nach neuen Organen geltend. Bei den unaufhörlichen Truppendurchmärschen, den langen Stilllagern fremder Armeen im Lande, der Aufstellung eigener Regimenter und der Herbeischaffung der dazu nötigen Mittel fungierten als Beamte die von dem einheimischen Adel aus seiner Mitte gewählten, vom Kurfürsten bestätigten Kreiskommissare¹, während man für die centrale Leitung dieser Kriegs- und Kontributionssachen 1630 aus dem Geheimen Rate eine Abteilung als Geheimen Kriegsrat aussonderte. Im Jahre 1628 befand sich im ober- und niederbarnimschen und teltower Kreise in jedem Quartier ein Kommissar². Er wurde von den Ständen besoldet, verzeichnete die Abgaben und bediente sich als Exekutionsorgan des Landreuters, welcher die Säumigen pfändete und dazu, wenn nötig, vom Kommissar 2 bis 4 Soldaten erhalten konnte. Für die Durchmärsche und Lager der kaiserlichen und schwedischen Truppen hatte der Kommissar Proviant und Logis vorzubereiten, er stellte sich dem jedesmaligen General-Quartiermeister der durchmarschierenden Truppen zur Verfügung. Den Ständen, welche die Lieferungen gewährten, war er Rechenschaft schuldig³.

Zugleich treten die Kriegskommissare auf, welche meist Offiziere sind, nur vom Kurfürsten ernannt werden und als Nachfolger der alten Musterherrs fungieren. Als Georg Wilhelm 1620 seine ersten Truppen warb, wurde Joachim v. Lossow zum Kriegskommissar und Musterherrs bestellt und zwar wie die Truppen auf 3 Monate⁴. Mit ihrer Entlassung endete wohl auch seine Thätigkeit. Als Musterherren für die zum Kampfe in Preußen bestimmten Truppen erscheinen 1627 Albrecht v. Kalk-

preuß. Beamtentums die schon angeführten Arbeiten von A. Strecker und K. Breysig. Dennoch möchte ich auf eine nochmalige Darstellung dieser Beamteninstitution nicht verzichten, weil sonst ein äußerst wichtiges Glied in dieser Arbeit fehlen würde, und weil ich auch einige neue Aufschlüsse herbeizubringen imstande bin.

¹ Seit etwa 1630 kommt in den Marken fast nur noch der Name „Kreiskommissar“ vor. Isaaksohn a. a. O. II 162. 1687 erscheint aber im niederbarnimschen Kreise wieder ein Landkommissar Barfuß. Kr. Min.

² Im Kreise Oberbarnim war in den ersten Jahren des dritten Jahrzehnts Oberkommissar der Rittmeister Bernd von Arnim; ihm unterstanden fünf Kommissare, deren jeder wieder einen oder mehrere Kommisschreiber für die Verwaltung der Kommissse (s. S. 70) hatte. v. Petersdorff a. a. O. S. 32.

³ R 21, 7. R 21 8a. — 1647 fordern die niederbarnimschen Stände die Belege und Quittungen des Kommissars Melchior v. Kahlenberge zur Einsicht.

⁴ Das Musterungsgeschäft wird im Abschnitt VI besprochen werden.

stein¹ und Wilhelm von Hatzfeld², als Kriegskommissar beim Heere Klitzings 1637/38 Joach. Friedr. v. Blumenthal.

Als Friedrich Wilhelm zur Regierung gekommen war, brauchte er für seine wenigen Truppen weder einen Kriegsrat noch Kriegskommissare, ersterer wurde 1641 aufgehoben, die Verwaltungsgeschäfte wurden bis zum schwedisch-polnischen Kriege von den Kreiskommissaren seit 1652 unter Waldecks, dann Tornows Leitung erledigt³.

In den westlichen Landen erscheinen seit dem Anfange des 17. Jahrhunderts Land- und Kriegskommissare. In Ravensberg ist seit 1620 der Landkommissar ständig. Dieser war nicht dasselbe wie der brandenburgische Kreiskommissar. Zwar hatte er auch für Proviantierung und Einquartierung der durchziehenden Truppen zu sorgen, aber er war doch in erster Linie der Stellvertreter des Kurfürsten. Als solcher sollte er bei Zusammenkünften der Stände das Interesse des Landesherrn wahrnehmen, er hatte die Aufsicht über die Regalien, er mußte Pässe und feste Plätze mit Land- oder geworbenem Volk, das er mustert, besetzen. Vielfach klagte er über die von den Ständen gemachten Schwierigkeiten⁴.

In Kleve hatte man in den 20er Jahren je nach Bedürfnis einen Kommissar bestellt; damit man aber nicht jedesmal sich um Kommissare zu bemühen und „darauf große und übermäßige Spesen zu verwenden habe“, so wurde 1630 Adam v. Klaus zum „Kriegskommissar in den jülich-kleveschen Landen“ mit einer jährlichen Besoldung von 300 Thalern angestellt⁵. Er war wohl nichts anderes als ein Landkommissar, denn sein Nachfolger — seit 1637 — Arnold Heinrich v. Nyvenheim heißt Landkommissar und erhält auch 300 Thaler⁶. Von da an ist in allen westlichen Landen das Landkommissariat eine ständige Behörde. Zu betonen ist nochmals, daß es ein fürstliches, kein ständisches Amt war. In den Patenten vom 20. Dezember 1665 für Albr. Jürgen v. Hüchtenbruch und Gisbert Bernhard v. Bodelschwingh zu Landkommissaren von Kleve resp. Mark erfahren wir nichts davon, daß sie wie in der Kurmark auf Vorschlag der Stände angestellt werden, wenn auch ihre Instruktion ähnlich, wie die der Kreiskommissare ist⁷. Als 1702 der König befohlen hatte, daß

¹ Die Behauptung v. d. Oelsnitz', daß er als Kriegskommissar mit dem Kommissariat nichts zu thun gehabt habe, (a. a. O. S. 28) bedarf wohl keiner weiteren Widerlegung.

² S. S. 82.

³ Die von Isaaksohn angenommene Kontinuität des Kriegskommissariats ist nicht aufrecht zu erhalten, wie das K. Breysig a. a. O. (Seite 137 Note 1) nachweist.

⁴ Bestallung J. Kettlers vom 9. Sept. 1636. R 34 18 g.

⁵ R 34, 17 b. — Reskript an die Regierung in Emmerich, 28. März 1630.

⁶ Ebenda.

⁷ Kr. Min. XVIII 2 d 3.

kein königlicher Bedienter fernerhin „zu einiger Bedienung bei den Ständen“ in Kleve Mark zugelassen werden sollte, beschwerte sich der kleve-märkische Justiz- und Hofgerichtsrat Rhynsch zu Holzhausen, daß er die Landkommissariatsstelle niederlegen sollte und machte geltend, „daß diese Charge, wie landtkündig von denen Ständen in keinem Wege dependieret noch mit denenselben die geringste Gemeinschaft hat, sondern es ist dieselbe von Alters her wie noch eine kurfürstliche, nunmehr königliche Bedienung, worüber ich anno 89 mein Patent von E. K. M. selbst erhalten“¹.

Wie in den Marken, so gab es auch im Westen Kriegskommissare auf Zeit, 1609 Dorst, 1611 für beide Fürsten, den von Brandenburg und den von Pfalz-Neuburg, Heyde v. Schonradt, der noch 1616 im Dienst war. 1627 wurde Wilhelm v. Hatzfeld Kriegskommissar; er war Drost der Ämter Paltena (so), Iserlohn und Blankenstein, als Kriegskommissar wurde er aber auch in Brandenburg und Preußen, wo er noch 1630 genannt wird², gebraucht³.

Die Übertragung des Kreis- und Landkommissariats auf die übrigen Provinzen.

Während sich das ständische Kreis- und fürstliche Landkommissariat als territoriale Behörde in den mittleren und westlichen Landen in selbständiger Weise ausbildete, übernahm man für die andern Provinzen die dort gemachten Einrichtungen.

In Halberstadt scheint man sich mehr den Westen zum Vorbilde genommen zu haben. Im Mai 1650 wurde hier der Regimentsquartiermeister Christian Eccardi zum Landkommissar ernannt, er unterstand der Regierung und erhielt jährlich 400 Thaler; 1672 wurde er Kriegskommissar⁴. Mit dem 1658 eingesetzten „Kriegskommissar“ Joh. Friedrich Pein waren die Stände nicht zufrieden und veranlaßten 1661 die Beseitigung dieses „Landkommissars“. Nach 2 Monaten bitten sie aber wieder um einen andern, worauf Friedrich Wilhelm ihnen in ziemlich unwilligem Tone den Pein zum „perpetuierlichen Krieges- und Landkommissarius“ überweist⁵. Man sieht, es näherte sich hier das Landkommissariat noch mehr dem Kriegskommissariat.

1656 wurden in Hinterpommern für jedes der 7 Quartiere (oder Distrikte) einige Kommissare verordnet „wegen Einquartierung und Verpflegung“, und „damit sowohl bei den Landständen die praerogationes gehoben werden als bei den Soldaten

¹ R 34, 17 b. — Seiner Natur nach nahm also der Landkommissar eine Stellung zwischen Kriegs- und Kreiskommissar ein. Das dem Land- und Kreiskommissar Gemeinsame ist gegenüber dem Kriegskommissar die Territorialität.

² v. d. Oelsnitz a. a. O. S. 28.

³ R 7, 17. — Bestallung. Königsberg, 30. Juni 1627.

⁴ R 9 A 1.

⁵ R 33, 18, 1.

desordres unterbleiben möchten“. Im Greifenberger Quartier z. B. wurden es die v. Wedel, Plötz und der Bürgermeister von Greifenberg; im stolpe-schlaweschen Distrikt befinden sich 2 adlige und 2 bürgerliche Kommissare nebst 2 Einnehmern zur Erhebung der für die Truppen bestimmten Gelder¹. 1672 wurde auf Gesuch der Stände für jeden Distrikt ein Marschkommissar ernannt, der ähnliche Funktionen hatte, wie der brandenburgische Kreiskommissar²,

In Preußen ließ der Kurfürst die Oberräte auf ihre Bitte vom 6. Dezember 1656 um Kreiskommissare wissen, daß solche schon längst hätten angestellt sein müssen, worauf dann für je 2 für jeden der 3 Kreise Oberland, Samland und Natangen Instruktionen aufgestellt wurden. Sie haben den Proviant von den Ämtern zusammenzubringen, die Kosten dafür und eventuelle Schadenberechnung dem Generalkommissariat einzuschicken, sonst dieselbe Thätigkeit wie die brandenburgischen³.

Damit, daß das Land- und Kreiskommissariat seinen territorialen Charakter behielt, hängt zusammen, daß die Titulatur eine so verschiedene war. In Halberstadt heißen die Beamten Kriegs- und Landkommissare, im Westen Landkommissare, in Pommern erst Quartier-, dann Marschkommissare, in Brandenburg Kreiskommissare. Es kann zu Irrtümern Veranlassung geben, wenn die ständischen Kommissare der Altmark immer Kriegskommissare genannt werden. A. v. d. Schulenburg und Ludolf v. Bismarck sagen 1656, der Kurfürst habe sie zu Kriegskommissaren der Altmark gemacht und Platen redet sie auch als solche an⁴. 1670 wird dem Ludolf Borchard v. Alvensleben das „Kriegs- und Kreiskommissariat“ in der Altmark übertragen, zu einer Zeit, da er mit den Kriegskommissaren außer den seinen Kreis betreffenden Sachen nichts mehr gemein hatte⁵. Noch 1684 wurde Oberstlieutenant Adam v. Krusemarck Kriegskommissar im Kreise Altmark⁶. Offenbar nahmen die Kreiskommissare der Altmark eine besondere Stellung ein, da sie vom Kurfürsten ohne vorhergegangene Berufung und Präsentation der Stände eingesetzt wurden⁷.

Fassen wir das bisher Gesagte zusammen, so finden wir: In den Marken sind die Kreiskommissare überwiegend ständische

¹ Stettiner Staatsarchiv Tit. I, Sect. I, Nr. 3.

² Kr. Min. a. a. O.

³ R 7, 91. — Das Kreiskommissariat ist hier seit dem schwedisch-polnischen Kriege bis 1716 wohl nicht mehr erneuert worden. Die Amtshauptleute versahen die Geschäfte. G. Schmoller, Die Verwaltung Ostpreussens unter Friedrich Wilhelm I, Hist. Z. 1873, S. 58.

⁴ Kr. Min. a. a. O.

⁵ A. Strecker a. a. O. S. 55. Dessen Behauptung, daß man in dieser Zeit eine zweckbewufte Einschiebung einer neuen Behörde noch nicht annehmen kann, wird nach dem, was ich unten über das Kriegskommissariat sage, nicht aufrecht zu erhalten sein.

⁶ Kr. Min. a. a. O.

⁷ K. Breysig a. a. O. S. 146.

Beamte, aus dem Adel vom Adel gewählt, vom Kurfürsten bestätigt, sie erhalten etwa 200 Thaler jährlich; im Westen sind die Landkommissare ebenfalls immer eingeborene Adelige, aber vom Fürsten allein angestellt, sie erhalten mit Schreiber 400 Thaler; in Halberstadt macht sich ein Übergang zum Kriegskommissar noch bemerklicher, der Beamte ist bürgerlich, der Unterschied vom Kriegskommissar liegt fast nur im Titel; Pommern und Preußen richten sich nach den Einrichtungen der Marken.

Die Thätigkeit der Kreis- und Landkommissare.

Ich sagte schon, daß die ganze Militärverwaltung in den Marken von 1640 bis 1655 von deren Kreiskommissaren erledigt wurde. Wenn seitdem die Kriegskommissare ihnen und auch den Landkommissaren immer mehr von deren die Armee betreffenden Geschäften abnahmen, so blieb diesen während der Regierung Friedrich Wilhelms noch immer ein gut Teil ihrer früheren Wirksamkeit. Die speciell militärischen Sachen wie Musterung, Beschaffung von Waffen und Proviant sowie die Sorge für die Festungswerke fielen seit 1660 zum größten Teile den Kriegskommissaren zu, alles aber, wobei das Land mit seinen Einwohnern und Produkten in Anspruch genommen wurde, beschäftigte weiter die Land- und Kreiskommissare und Magistrate der Städte; die letzteren besorgten Bier und Brot für die marschierenden Truppen und blieben dafür von Einquartierung frei.

Es würde zu weit führen, hier jede Art von Lieferung aufzuzählen und zu beschreiben, kurz sei nur an die vielen Transporte von Proviant, Geschützen, Beamten, Soldaten erinnert, an die Zufuhr von Holz, Steinen und Kalk zum Festungs- und Wegebau, an die Gestellung und Beaufsichtigung von Arbeitern bei der Erbauung von Verhauen, Schanzen, Brücken und Wällen. Das alles war im Frieden erträglich. Wurde aber mobil gemacht, dann begannen die Leiden der Kommissare. Da trafen zuerst die kurfürstlichen Befehle ein, in dem Kreise sofort Quartier für eine von dem Rittmeister N. innerhalb 3 Monaten zu werbende Kompagnie bereit zu machen und die eintreffenden Leute nach der Ordonnanz zu verpflegen. Bald strömte das Kriegsvolk herbei, und Lärm und Unordnung, Diebstahl und Raub galt es zu verhüten. Mit zahlreichen Klagen erschienen die Einwohner, welche die Last der Einquartierung und die Kontributionsquote nicht ertragen konnten, und die Offiziere, welche bei unregelmäßiger Bezahlung stets mit der Exekution bereit waren und zum Kommissar oder Bürgermeister den exekutierenden Unteroffizier sicher nicht zuletzt schickten. Dazwischen hinein kam die Meldung vom Durchmarsch eines zum Kriegsschauplatz ziehenden Regimentes, und schleunigst hatte der Kommissar alles andere im Stiche zu lassen, der Truppe entgegenzueilen, Weg, Quartiere und Verpflegung anzuordnen. Für Disciplin war er verantwortlich,

Zuvielforderungen der Offiziere und Mannschaften mußte er verhindern. Aber wenn ihn auch alle Beamten unterstützen sollten, was vermochten sie, wenn die Offiziere zu den Übelthaten ihrer Leute ein Auge zudrückten? In allen Verpflegungsordonnanzen und den zahlreichen Marschpatenten wird daher den Truppen befohlen, sich den Kommissaren und Magistraten zu fügen, sie das Ausbleiben der Zahlungen nicht durch Quälereien und Exekutionen entgelten zu lassen. Aber die ständischen Organe versagten eben. Im Oktober 1679 befiehlt Friedrich Wilhelm, da den bisherigen Verordnungen nicht nachgelebt werde, so sollten die „Landkommissare“ fortan von einem Kriegskommissar bei Führung der marschierenden Truppen unterstützt werden¹.

Die ständischen Beamten sollten aber auch die Amtsunterthanen schützen, und oft mußte ihnen eingeschärft werden, die Kriegslasten unparteiisch zu verteilen, den Marsch nicht nur durch die Amtsdörfer zu leiten. Diese Ermahnungen müssen aber wenig Erfolg gehabt haben, denn schon 1658 sah sich der Kurfürst bewogen, das Interesse seiner Domänen in der Altmark durch einen besonderen Amtskommissar, den Oberförster v. Mörner, vertreten zu lassen. Im Januar 1670 erhielt der Oberförster v. Lüderitz die gleiche Funktion für die Neumark, auch in den andern Kreisen der Marken wurden solche Beamten nötig².

Die Entwicklung des Kriegskommissariats bis 1660.

Während die Land- und Kreiskommissare bald nach ihrem ersten Auftreten ständig wurden, verschwinden die Kriegskommissare mit der Reduzierung der Armee von 1641. Zwar wurde 1647 aus landgräfllich hessischen Diensten der sehr tüchtige Paul Ludwig als Kriegskommissar für die westlichen Lande gewonnen, aber die endgültige Feststellung und die permanente Beibehaltung dieser Beamten verdankt das Land doch erst dem schwedisch-polnischen Kriege.

Das brandenburgische Amt des Kriegskommissars ist fremden Armeen entlehnt. In dem Heere Maximilians von Bayern war im Hauptquartier das Generalkommissariat, jedes Regiment hatte seinen Regimentskommissarius³. Ähnliche Chargen finden wir bei allen Armeen des dreißigjährigen Krieges. Der Kriegs- und Musterkommissarius des Regiments hatte mit den Musterschreibern der Kompagnieen über den Obersten und das ganze von diesem

¹ Orlich III S. 307.

² Kr. Min. a. a. O.

³ J. Heilmann, Kriegsgesch. von Bayern, Franken, Pfalz und Schwaben 1506–1651. — II S. 1001. — Generalkriegskommissare gab es, wenn auch mit anderen Funktionen, schon weit früher. Melzo a. a. O. sagt, Ferdinand Gonzaga hätte das Amt unter Karl V. geschaffen, Alba und Parma hätten es beibehalten. Es sei eine Vereinigung des Dienstes eines Gen.-Wachtmeisters und Gen.-Auditeurs gewesen. M. Jaehns a. a. O. S. 1050.

abhängige Regiment zu wachen, das Interesse des Kriegsherrn zu vertreten. Dies geschah besonders durch die Musterungen¹.

In Österreich stand an der Spitze der ganzen Militäradministration das General-Feld-Kriegskommissariat, in jedem Lande war ein General-Kriegskommissariat. 1651 wurden diese Behörden aufgehoben. Als dann Kaiser Leopold das Kriegskommissariat wieder einführte, nahm dessen weitere Entwicklung einen ganz andern Gang wie in Brandenburg. Eine stehende Armee gab es in Österreich eigentlich nur in den Grenzdistrikten, und auch nur für diese wurden in der Hofkriegsratsinstruktion von 1673 Musterungsbestimmungen erlassen, für die auf Zeit geworbenen Truppen wurden „*extraordinari commissiones*“ bestellt². Sodann kam man zu keiner zweckmäßigen Unterstützung der in ihrem Wesen allerdings auseinanderstrebenden Militär- und Finanzverwaltung, von denen jene immer fordert und ausgiebt, diese immer verweigert und spart. Seit im Jahre 1556 definitiv ein kriegsrätliches Kollegium errichtet war, blieb dasselbe von der Hofkammer abhängig. Ebenso ging es dem Generalkommissar, der ohne Zustimmung von allen möglichen Behörden keine Beschlüsse fassen konnte. Die Kommissariatsgeschäfte wurden in Sitzungen des Chefs mit seinen Räten und des Geheimen Direktoriums in *publicis et cameralibus* behandelt; die Proviantangelegenheiten mußten die Bureaus der Hofkammer, der Militärökonomiekommission, und des Geheimen Direktoriums passieren; die Pulver-, Salpeter-, Invaliden- und Militärpensionssachen bedurften der Begutachtung einer unabhängigen Hofkommission; die Militärjustizgeschäfte waren einem eigenen hofkriegsrätlichen Justizkollegium überwiesen. Man kann sich denken, wie lange es da dauerte, bis das Kommissariat eine Verordnung an die Truppen gelangen lassen konnte, wie schwer dieser schleppende Geschäftsgang auf die Operationen der Armee einwirkte. Statt eines Geldvorrates, statt Leuten, Pferden und Material hatte das Generalkriegskommissariat meist nur Ausweise auf dem Papier. Noch die Reformen Dauns brachten darum gar keine Besserung, weil sie das Generalkommissariat 3 Finanzstellen, der Generalkassadirektion, der Hofkammer und der Hofrechnenkammer unterordneten; erst die Josefs II hatten einen namhaften Erfolg³.

In Brandenburg gestalteten sich wie gesagt diese Dinge ganz anders. Hier gelang das schwierige Problem, eine Kollision der Finanz- und Militärverwaltung zu vermeiden, indem man die erstere zur Dienerin der letzteren machte. Gleichwohl verfiel man nicht in den Fehler, welchen Frankreich beging, als dort der Finanzminister Chamillard auch das Kriegssekretariat erhielt, was

¹ Über Musterungen s. S. 124 ff.

² F. Firnhaber, Zur Gesch. des österr. Militärwesens im Archiv f. Kunde österr. Geschichtsquellen. XXX. Wien 1864. — S. 165 ff.

³ Ebenda S. 96—98, 101 ff.

zur Folge hatte, daß das Ressort der Finanzen zum völligen Ruin gebracht wurde¹.

Die brandenburgischen Kriegskommissare waren zuerst vorzugsweise Militärbeamte, später dehnte sich ihre Thätigkeit auf das ganze Steuerwesen aus. Auf letzteres habe ich hier nicht einzugehen².

Mit der Aufstellung der großen Armeen für den nordischen Krieg genügten die Land- und Kreiskommissare nicht mehr, schon wegen ihrer Gebundenheit an ihr Land oder ihren Kreis. Es schieben sich zwischen die Oberverwaltungsbehörde, die 1652 für Militärsachen bestimmte Abteilung des Geheimen Rats und die untern zum überwiegenden Teile ständischen Institute neue, rein fürstliche Beamte ein, welche seit 1660 beibehalten ihre Kompetenzen immer weiter ausdehnen, in Militär und Steuerverwaltung die Kreiskommissare verdrängen, dann sich in den einzelnen Landen kollegialisch gestalten und als Kriegskammern mit eigener Gerichtsbarkeit den Regierungen gegenüber treten, während das Generalkommissariat, zeitweise wieder eingeschränkt, doch endlich zur wichtigsten preussischen Oberverwaltungsbehörde wird.

1655 wurde jedem der beiden Heere ein Generalkriegskommissar mit zahlreichen Unterbeamten zugeteilt, für das Waldeck's war es Joh. Ernst v. Wallenrodt, für das Sparrs Claus Ernst v. Platen. Der Generalkommissar besorgte die Geschäfte des heutigen Kriegsministers und hatte auch, da der Kriegsstaat ja die weitaus bedeutendste der damaligen Staatsausgaben war, die ganzen Finanzen zu verwalten. Darum unterstanden ihm das ganze Besoldungs-, Verpflegungs-, Einquartierungs-, Montierungs-, Musterungs- und Justizwesen, der Generalquartiermeister, Generalproviantmeister, Generalauditeur und Generalgewaltiger mit Unterpersonal, sämtliche Land-, Kreis- und Kriegskommissare. Als besondere Gehülfen dienten ihm die letztgenannten, welche oft für einen Geschäftskreis speciell angestellt wurden, wie im Oktober 1656 für Musterungen Winckler und Schubert³, oder einen Teil ihrer früheren Thätigkeit behielten, wie der Oberkommissar Juckefordt das Salpeterwesen in Brandenburg, der Oberkommissar v. Waldow die Oberinspektion des Accisewesens in Preußen, mehrere, besonders später, das Proviantwesen⁴ in ihrem Bezirk. Ihre Hauptthätigkeit war im nordischen Kriege die Musterung.

¹ L. v. Ranke, Französische Geschichte IV, S. 263 ff. Die wenigen Truppen Kursachsens erforderten meist gar keinen Gen.-Kriegskommissar, es genügte die Kriegskanzlei und ein Kriegssekretär. Mit dem stehenden Heere (1682) entstand hier eine kollegialische Oberbehörde, die 1684 zum „Geheimen Kriegsratskollegium“ wurde. Schuster und Francke, Gesch. der sächs. Armee I 98, 111, Anhang 3.

² Darüber handelt K. Breysigs angeführter Aufsatz.

³ Die folgenden Personalien aus Isaaksohn II, R 9 A 11 und Kr. Min. a. a. O.

⁴ Über die Proviantkommissare s. S. 72 ff.

Da aber die beiden Generalkommissare in dem langgestreckten Staatsgebiet die Kontrolle aller Werbungen und Musterungen nicht allein führen konnten, so wurde für einzelne, besonders wichtige Landesteile eine Zwischenbehörde in den Oberkommissaren geschaffen, welche unter Platen und Wallenrodt die Geschäfte dieser in ihrem Revier zu besorgen, ja sogar Unterkommissare anzunehmen hatten. Im November 1656 wurde Bastian v. Waldow Oberkommissar für Ermeland und den oberländischen Kreis, im August 1657 der Obersalzfaktor Jnckefordt Oberkommissar für Brandenburg, Ende dieses Jahres trat dieses Amt für Hinterpommern Wedigo v. Bonin, für die Neumark der Rittmeister Christoph v. d. Goltz an, im April 1660 wurde es der Ämterkommissar Barth für Brandenburg¹. Das war der Anfang der provinziellen Kommissariatsbehörden, die von da an bestehen blieben, wenn die Stelle des Oberkommissars wie in Pommern auch zeitweilig nicht besetzt war. Für die Marken besorgte später der Generalkommissar die Geschäfte des Oberkommissars.

Die schwierigste und wichtigste Thätigkeit aller Oberkommissare war, wie gesagt die Abhaltung der Musterungen, welche wir in Abschnitt VI. kennen lernen werden. Außerdem lagen ihnen aber noch viele andere Geschäfte ob; sie hatten zu sorgen, daß die Vorschriften der Ordonnanzen und Edikte befolgt würden, daß in den Festungen Waffen und Munition vorhanden und die Werke in gutem Zustande seien. Jnckefordt hat darauf zu sehen, daß die Regimenter und Kompagnieen nicht nur bei der ersten Musterung, sondern auch im Laufe der Zeit vollständig nach der Kapitulation erhalten werden, daß kein Unterschleif vorkomme, in der Rolle jeder Mann richtig mit Tauf- und Zunamen verzeichnet sei. Er soll willig die Musterungen vornehmen, ja sogar, wenn sie ihm nötig erscheinen, an deren Abhaltung erinnern. Alle Mängel hat er dem Generalkommandeur oder Generalkommissar zu melden². Alle Oberkommissare sollen die Magazine kontrollieren, verhüten, daß die Offiziere den Leuten den Sold vorbehalten und so Excesse entstehen, sie müssen die Obersten zu guter Verwaltung ihres Justizamtes ermahnen, Fahrlässigkeiten darin melden. Ihr Gehalt betrug 100 bis 150 Thaler monatlich, ungefähr soviel wie das eines Obersten z. F. mit Hauptmannschaft³), war also ziemlich hoch, doch darf man dabei nicht die vielen Vorschüsse vergessen, die von ihnen verlangt wurden. Die Kriegskommissare erhielten etwa 50 Thaler.

¹ Auch ein Oberkommissar „bei der Armee“ wurde Juni 1657 in der Person des Hans v. Waldow ernannt, wohl zur Unterstützung Wallenrodts bei der preussischen Armee. Verpflegungsentwurf für die in Preußen gelassenen Truppen. 11. Okt. 1657 R 24 Z 2. Unvollständig abgedruckt bei Orlich.

² Patent Jnckefordts vom 24. August 1657. R 9 A 11.

³ S. Abschnitt III Tabelle I Nr. 10.

Das Kriegskommissariat seit 1660.

Mit der Beibehaltung eines Teils der Armee nach dem Frieden von Oliva wurde auch das Kriegskommissariat zur bleibenden, wenn auch sehr reduzierten Behörde. In Preußen sollte es Schwerin bis auf eine Person einziehen¹. An der Spitze stand der Generalkriegskommissar v. Platen, dem es gelang, sich vom Geheimen Rate ziemlich zu emanzipieren. Als er 1669 starb, folgte ihm der junge Kriegsrat Meinders, welcher ohne den Titel des Generalkommissars wieder zum Exekutivorgan des Geheimen Rates wurde, dennoch aber den Haushalt des Heeres in selbständiger Weise verwaltete². Seine Überbürdung mit Geschäften veranlaßte 1675 die Anstellung des Bodo v. Gladebeck als Generalkommissar³, ihm assistierte seit 1676 der ältere Grumbkow, welcher aber bald selbständig und allein diesen Posten bekleidete⁴.

Die Instruktionen dieser obersten Beamten bleiben sich ziemlich gleich, d. h. sie behielten wie Platen die Oberaufsicht über Bestand, Verpflegung des Heeres, Magazine, Festungsbau, Waffen, Munition, Einquartierung, Justiz, sie hatten mit den Geheimen Räten über die Leistungen des Landes zu verhandeln, stellten mit ihnen die Verpflegungsordonnanzen auf, konzipierten die Bestallungen und Kapitulationen der Beamten und Offiziere und ermahnten fremde Staaten an fällige Subsidien, indem sie bei alledem das Interesse ihres Herrn vertraten. Ihr Gehalt blieb dasselbe wie das Platens, 800 Thaler jährlich als Geheime Räte, als Generalkommissare die Hälfte der monatlichen Recepturgelder⁵; im Felde betrug es alles in allem jährlich 3600 Thaler⁶.

Vielleicht hing es mit den 1669 in Berlin vorgehenden Veränderungen zusammen, daß in diesem Jahre in Preußen eine neue Beamtencharge in dem Oberstkommissar geschaffen wurde. Am 2. April 1669 wurde der Oberkommissar Bastian v. Waldow zum Oberstkommissar und Geheimen Kriegsrat befördert; ihm folgte, wenn auch nur mit dem Namen eines Geheimen Kriegsrates der Oberst von Barfuß und 1685 der Geheime Kriegsrat v. Viereck wieder als Oberstkommissar⁷. Als Oberkom-

¹ Orlich III Kleve, den 27. Juni 1661. — S. auch Tabelle S. 60 f.

² Darüber A. Strecker a. a. O. S. 57.

³ Patent Perleberg, den 10. Juni 1657. R 9 A 1.

⁴ Patent z. Kriegsrat Wrangelsburg, 15. Nov. 1678. Kr. Min. Patent z. Gen.-Kom. 21. Dezember 1679. R. 9 A 11. Über die Personalien der Generalkommissare, vgl. K. Breysig a. a. O. S. 138 ff.

⁵ Die Recepturgelder bestanden aus: 1) 2 Prozent der Einnahme, anfangs in der Kurmark, später überall; 2) 2 Prozent durchgehends von der ganzen Militärausgabe. — Vorstellung L. v. Danckelmanns vom 30. Juni 1696. R 9 A 1.

⁶ S. auch S. 62.

⁷ 1672 wurde für die Musterungen und den Feldzug Oberster Kriegskommissar der Kriegsrat und Oberst v. Berlepsch.

missar war 1669 im Januar in Preußen Boguslaw v. Podewils mit Oberstlieutenantsrang angestellt worden¹.

Als in Kleve 1665 Paul Ludwig starb, bat ein gewisser Gerhard v. Megen um dessen Stelle, er sei schon 1638 Kommissar bei den kaiserlichen Regimentern Sparr und Meuter gewesen². Dafs er sie erhielt ist unwahrscheinlich. Als Nachfolger Ludwigs scheinen mir vielmehr die schon genannten³ beiden Landkommissare Bodelschwingh und Hüchtenbruch eingesetzt worden zu sein, da ihnen eine sehr ausführliche Instruktion erteilt wurde und sie als Landkommissare ja auch kurfürstliche Beamte waren. Jeder von ihnen erhielt noch das alte Gehalt der Landkommissare von 300 Thalern und 100 Thaler für einen Schreiber; sie standen sich also ungefähr wie die Kriegskommissare. Sie konnten die Geschäfte aber wohl nicht bewältigen, denn nachdem der Bürgermeister von Hamm, Herrmann Altfeldt, am 19. März 1666 zum Kommissar von Mark bestellt war, um Bodelschwingh zu unterstützen, wurde mit Patent vom 6. Januar 1667 Franz Römer zum Kriegs- und Rechnungskommissar von Kleve ernannt, nach seinem 1686 erfolgten Tode wurde Paul Friedeborn Oberkommissar. 1685 ist in Mark ein v. Butzlar Oberkommissar, 1684 wird es in Minden der Hofstaatssekretär Schlemüller⁴.

Nach dem Tode Wedigo v. Bonins 1659 bitten die hinterpommerschen Stände der Not des Landes wegen die Stelle nicht wieder zu besetzen, der Kassierer Jonas Köhler sei genug. Die Räte pflichten dem bei, die Regierung müsse doch die ganze Arbeit leisten; es sei nur nötig, richtig Buch zu halten, das könne auch der Kassierer. Die Stelle wird dann erst wieder 1668 mit Jakob Kameke besetzt⁵. 1675 ist ein v. Carnitz Oberkommissar in Pommern⁶, 1684 wird es ein Landrat v. Glasenapp⁷.

Die Gehälter wurden seit 1660 ziemlich konstant, sie werden bald in den Bestellungen gar nicht mehr erwähnt, es heifst oft, der Betreffende habe ein Traktament wie die andern Kommissare. Dasselbe war wie das der Offiziere herabgesetzt, es hielt sich zwischen 25 und 40 Thlr., Oberkommissar und Kriegskommissar machten dabei wenig Unterschied.

Die Doppelnatur des Kommissariats als Militärintendantur und Steuereinsamlung machte mit der stetigen Vergrößerung der Armee und der Einführung der Accise (Steuerkommissare) eine immer weiter gehende Arbeitsteilung unter diesen Beamten nötig.

¹ Er war jedenfalls schon 1667 preussischer Kriegskommissar. J. Paczkowski, D. Gr. Kurfürst und Chr. Ludwig v. Kalkstein. Forsch. z. brand. und preuss. Gesch. II 418.

² R 34, 179 d. und v. Mörner a. a. O. S. 159.

³ S. S. 81.

⁴ Das Vorstehende aus Kr. Min. a. a. O.

⁵ R 30, 52.

⁶ R 24, GG 2.

⁷ Kr. Min.

Immer mehr nahm sie die Steuerverwaltung in Anspruch, immer mehr wurden die militärischen Geschäfte wieder Offizieren anvertraut. 1684 machte man zuerst die Oberkommissariate in den westlichen und östlichen Landen zu kollegialischen Behörden, den sogen. Kriegskammern¹. Erst um 1700 waren diese in allen Provinzen eingeführt. In Preußen blieb die Kontrolle des Kontributionswerks jedoch den 4 Oberräten. Als 1685 v. Viereck als oberster Kriegskommissar nach Preußen geschickt wurde, gab man ihm eine Instruktion mit, die ihn als Direktor der dortigen Kriegskammer mit ziemlich weitgehenden Vollmachten ausstattete. Er hat zu sorgen, daß die Separation der Ritterschaft und Städte fort dauert, er soll mit dem General Grafen v. Dönhoff alles beraten, die monatlich von den Regimentern eingeschickten Rollen quartaliter dem Generalkommissariat einsenden. Er hat mit dem Kriegskommissar Suter die Quartiere zu revidieren, zur Begleitung marschierender Truppen besonders den Kriegskommissar Brockmann zu beordern. Notleidenden Orten kann er die Kontribution moderieren oder erlassen. Er erhält monatlich 100 Thlr.².

Aus einem Generalkriegsetat vom Februar 1687³ lernt man das ganze Personal des damaligen Kommissariats kennen, und zwar befinden sich:

In den Marken: Der Generalkommissar v. Grumbkow, der Quartiermeisterlieutenant Margace und die 4 Kommissare Neuhaus, Hessen, Gavron, Plarre⁴;

in Preußen: Der Oberstkommisars v. Viereck, die Kriegskommissare Suter, Brockmann, Kahlow und der Kammermeister Kupner; in Pillau und Memel je ein Kommissar;

in Pommern der Oberkommissar v. Glasenapp, ein Kriegs- und ein Proviantkommissar;

in Halberstadt der Oberaccisedirektor Willmann;

in Magdeburg der Regierungsrat und Kommissariatsdirektor v. Mandelsloh mit den Kommissaren Steinhäuser und v. d. Lieth⁵;

in Kleve-Mark der Oberstkriegskommissar Frhr. v. Wylich, der Oberreceptor Friedr. Wilh. v. Diest, ein Kriegskommissar, 2 Landkommissare⁶;

in Wesel ein Kommissar;

¹ Eine Kollegialbildung der preussischen Kammer begann schon 1674. Strecker S. 56. Um die Organisation derselben machte sich besonders der Oberst v. Barfuss 1680 und 1682 verdient. Kr. Min.

² Kr. Min. a. a. O. — Instruktion vom 9./19. Juli.

³ Mnsr. Bor. Fol. 320. Ein ähnlicher Etat von 1688 bei v. Mülverstedt a. a. O. S. 617 ff.

⁴ D. Unterpersonal ist nicht genannt.

⁵ Nach seinem Patent vom 1. Dez. 1683 (Kr. Min.) unterstanden Mandelsloh die 4 Kommissare von Magdeburg und Mansfeld: v. d. Lieth, Sahge, Henckenrath, Steinhäuser.

⁶ Die Einrichtung der kleve-märk. Kammer s. bei Isaaksohn II 179 ff.

in Minden der Oberkommissar Schlemüller;
in Ravensberg ein Kommissar¹.

1688 wurde schon ein Vorschlag gemacht, das Generalkommissariat in ein Collegium formatum zu verwandeln, aber dazu kam es doch erst 1712. Von völliger Gleichförmigkeit noch ziemlich entfernt, war man doch, wie aus dieser ganzen Entwicklung hervorgeht, in eifrigem Vorwärtstreben nach diesem Ziele².

Das Verhältnis der Kriegskommissare zum Heere und Lande.

Wir haben noch über die socialen Verhältnisse der Kriegskommissare einiges zu sagen. Um die schwierige Stellung, aber auch die Nützlichkeit und Notwendigkeit dieser Beamten zu verstehen, ist daran zu denken, daß in den ersten Jahrzehnten der Regierung Friedrich Wilhelms die Obersten noch eine ziemlich unbeschränkte Autorität über ihre Regimenter hatten, daß noch mancher Offizier im Quartier mehr nahm als ihm zustand und die Zahl der „effective praesentes“ auf lange Zeit unter der Sollstärke liefs, daß noch Raub und Mord, Unterschlagung und Dieberei offen und geheim unter Offizieren und Soldaten keine Seltenheit waren³. Gegen diese Selbständigkeit der Obersten, gegen diese Mißbräuche und Betrügereien bediente sich nun Friedrich Wilhelm der Kriegskommissare.

Gewiß waren dazu befähigte Männer nicht leicht zu finden. Als der Rittmeister Christoph v. d. Goltz 1657 Oberkommissar wurde, heift es in seiner Bestallung, man hoffe, er werde sich gutwillig dazu verstehen⁴. Denn daß ein Offizier und Adliger gern ein Amt übernehmen würde, in dem er als Aufpasser und Angeber seiner bisherigen Kampfgenossen, als Exekutivbeamter gegen seinen eigenen Stand auftreten sollte, konnte man kaum annehmen. Gerade im Gegensatze zu den Eingesessenen sollte der Kriegskommissar auftreten, indem er von ihnen die bewilligten oder nicht bewilligten Kontributionen einzutreiben, Quartier und Verpflegung der Geworbenen zu verlangen und die Befehle des Fürsten Land- und Stadtbehörden zu übermitteln hatte. Schon Georg Wilhelm sagte 1626, als ein Kriegskommissar angestellt werden sollte, es dürfe kein im Lande Gesessener sein, „denn sonst will er seine Freunde und Bekannte nicht erzürnen⁵“. Zum allergrößten Teile finden wir daher Leute in

¹ 1688 hat sich das Personal etwas geändert, K. Breysig a. a. O. S. 142 ff. bringt es nach einer Gen.-Feldkriegsk.-Rechn.

² Der Ausspruch Rankes (Franz. Gesch. IV 12), daß um 1688 noch in keinem anderen Staate aufser in Frankreich an die Verbindung zwischen militärischer Macht und administrativem Gedeihen gedacht worden war, erfährt nach dem, was bisher über Verpflegung und Kommissariat gesagt wurde, wohl eine Beschränkung. Freilich, „noch existierte Preußen nicht“, aber es entstand.

³ Darüber s. Abschnitt VI.

⁴ Isaaksohn a. a. O. S. 173.

⁵ Ebenda S. 38.

diesen Stellen, die Ausländer waren, also kein besonderes Interesse für jemand außer ihrem Herrn hatten, und Bürgerliche, die von unten auf „im Herrendienst“ geschult waren und ohne namhaften Eigenbesitz dem Fürsten anhängen, von dem sie alles zu erwarten hatten. Freilich hielten die Stände, besonders in Ostpreußen, mit großer Zähigkeit an ihrem Indigenatsrecht fest und wollten nichts wissen von „fremder Potentaten Abgesandten“¹. Später verließ der Kurfürst das Indigenatsrecht bekanntlich aus eigener Machtvollkommenheit.

Sehr unangenehm mußten die häufigen Vorschüsse sein, welche die Kommissare zu leisten hatten und deren Rückzahlungen oft lange auf sich warten ließen. Stand es damit auch nicht so übel wie in dem benachbarten Sachsen, wo z. B. 1653 der Kriegskommissar Findekeller sich beklagte, daß er seit 3 Jahren keinen Groschen von seinem Gehalt zu sehen bekommen habe und samt seinen Vorschüssen 8000 Thlr. fordern müsse², so finden wir doch auch in Brandenburg Klagen. 1659 ist man Jnckefordt 428 Thlr. 21 Gr. schuldig³. Hierin ging es den Kommissaren allerdings nicht besser als den Offizieren.

Denen gegenüber aber war ihre Stellung kaum zu beneiden. „Das Regimentskommissariat sei ein odios officium, soll sich gleichwohl seinem Respekt nach halten, die Tafeln und Mahlzeiten der Obersten und Offiziere meiden und solchergestalt bei dem Regiment sich verhalten, daß er (so) gleichwohl von Offizieren und Soldaten geforchten werde“, sagt eine bayrische Nachricht aus den letzten Jahren des dreißigjährigen Krieges⁴. Ohne den energischen Schutz des Fürsten konnte sich niemand auf Übernahme dieses Amtes einlassen. Daher findet sich am Schlusse jeder Bestallung der Passus, der Kurfürst wolle den Betreffenden nicht ungehört verurteilen oder Ungnade auf ihn werfen, sondern ihn bei Verläumdungen und Anfeindungen in Schutz nehmen. Dennoch hören wir von häufigen Konflikten mit Offizieren. Schon Platen geriet in einen Kompetenzstreit mit Sparr, dem Capo der Armee, welcher die notwendigerweise selbständigen Verfügungen der Oberverwaltung in Berufung auf seine Kapitulation sich nicht gefallen lassen wollte. Friedrich Wilhelm ließ es aber dabei und beförderte Sparr, um ihn zu besänftigen, zum Feldmarschall⁵. Joh. Edlinger, der Artilleriekommissar, wandte sich 1659 wegen eines Rangstreites mit einem Oberhauptmann klagend an den Kurfürsten, der so entschied, daß es damit wie bei den Kaiserlichen zu halten sei, Edlinger Oberkommissar sein und hinter dem Oberstlieutenant, also vor dem Beklagten rangieren sollte⁶.

¹ J. G. Droysen a. a. O. III 2, S. 165.

² Hauptstaatsarchiv Dresden Loc. 9119 Nr. 3.

³ R 9 A 11.

⁴ Heilmann a. a. O. II 1000.

⁵ Isaaksohn, II 171.

⁶ R 9 A 11.

Ein wahres Martyrium nennt Isaaksohn die Thätigkeit Ludwigs in Westfalen¹. Dieser arbeitete allerdings auch wie zwischen 2 Feuern. Den Receptoren und Offizieren soll er Anweisungen auf die Steuern erteilen, er wird dadurch der Hauptfeind der Stände; er rät 1650, diesen gegenüber „aus einem andern clave das Lied zu nehmen“, zur Einschüchterung und Exekution Truppen ins Land zu legen². 1654 erreicht die Not den Gipfel, die Lippstädter Garnison leidet Hunger und ist fast nackend, und Sparr ist aufgebracht, daß den Offizieren die Vorschüsse nicht bezahlt würden. Zu alledem kam noch, daß die Beamten, auf den Reces von 1649 vereidigt, der verbot, daß die einmal gemachten Bewilligungen überschritten und weitere Werbungen angestellt würden, es mit ihrem Gewissen nicht verantworten wollten, daß neue Forderungen ausgeschrieben würden. In dieser Not rief der Statthalter den Gesandten Weimann zu Hülfe, der zu dem einfachen Mittel rät, den Beamten, welche durch Mahnungen und Drohbriefe der Stände beunruhigt wurden, zu befehlen, nur Briefe ihrer Vorgesetzten zu öffnen, was denn auch „omnium applausu“ geschah. Ludwig aber, der selbst bedenklich geworden war, tröstete der Gesandte mit den erhabenen Worten: „Gottes Auge siehet aufs Innerliche und wird uns nicht zur Missethat deuten, was wir nach seinen und den Geboten der Natur zu unserer und des Landes Rettung fürnehmen, wo das Herz sauber ist, da ist die Hand nimmer unrein“. 1657 wollte Ludwig seinen Abschied nehmen, aber Friedrich Wilhelm konnte diesen bewährten Diener nicht entbehren, gab ihm einen Gehülfen, der aber schon nach einem Jahre wegen Untauglichkeit entlassen werden mußte, und nahm ihm im Herbst 1658 seine schwerste Bürde, das Einquartierungs- und Musterungswesen ab³.

Auch der 1668 zum pommerschen Oberkommissar ernannte Jakob Kameke bedang sich aus, nur auf „gnädigste Veranlassung“ Musterungen vornehmen zu müssen⁴. Der preussische Oberkommissar v. Podewils hatte wegen der Verwaltung der Kriegskassengelder einen Streit mit einem Kapitän des Dönhoffschen Regiments und erschoss ihn im Duell; da er in seiner Stellung blieb, darf man wohl annehmen, daß die Hauptschuld auf seiten des Gefallenen war⁵.

¹ A. a. O. II 175.

² Das Folgende aus UA V.

³ Ludwigs neue Bestallung vom 4. Sept. 1658. Isaaksohn a. a. O. S. 175. — 1658 schreibt Ludwig, der Kommissar Dr. Beckmann sei „damalen (7. Oktober 1657 UA V S. 908) angenommen worden, als wegen der so starken Einquartierung und Konfusion Paul Ludwig wegen des H. Grafen zu Waldeck wie auch J. Exc. Herrn Gen.-Feldmarschalls Sparrs und mehr andere Offiziere große Bedrawungen genötigt worden, J. Ch. D. umb enthebung solch odiosen Dienstes unterthänigst zu bitten“. R 34, 17 b. Auf diese Vorstellung Ludwigs wurde Beckmann wegen Untüchtigkeit entlassen.

⁴ R 30, 52. — Instruktion vom 16. Juli 1668.

⁵ v. d. Oelsnitz a. a. O. S. 127.

Auch die oberste Kommissariatscharge war wenig begehrt. Als die Stelle 1675 wieder besetzt werden sollte, war sie noch in einem so schlechten Angedenken, daß es schwer hielt, einen geeigneten Mann dafür zu bekommen. Wenigstens reichte Gladebeck, bevor er sie übernahm, ein Memorial ein, in dem er ihre Hauptübelstände aufzählt. „Das Prädikat des General Commissarii ist zwar an sich ein gutes und raisonnables Werk, es ist aber durch den leidigen Mißbrauch in so schlechten Zustand geraten, daß sich dessen fast ein Jeder scheuet“; er wolle es versehen, aber nur unter dem Namen eines Geh. Kriegsrats oder einem andern; ferner bitte er um tüchtige Unterbeamte und Ordnung, da es ihm nicht möglich sei, Zuschüsse zu thun¹.

Unter Grumbkows energischer Leitung wuchs die Macht der Kommissare dann zusehends. Seit 1680 durften sie Offiziere wegen grober Unordnungen sofort kassieren².

Nachdem wir so die Bedingungen für den Bestand des Heeres und die Verwaltungsorgane kennen gelernt haben, können wir uns wieder den Soldaten selbst zuwenden.

¹ R 9 A 1. — Memorial v. 28. Juni 1675.

² S. S. 131. — Schon 1665 durften die französ. Kommissare deshalb bei der Musterung Offiziere suspendieren. Französische Kriegswirtschaft.

V.

Die Gemeinen.

Die Ergänzung.

Unter Joachim II hatte man sich dem von den deutschen Orden eingeführten, bald in ganz Deutschland üblich gewordenen System der Provisioner zugewandt, welches darin bestand, daß man einzelnen Führern jährliche Pauschsummen zahlte, wogegen diese sich verpflichteten, in jedem Augenblicke eine bestimmte Zahl Truppen zu stellen. Im Felde erhielten sie außer der Pauschsumme nur Kost für sich und ihre Leute. Sie schlossen mit Unterführern Verträge, und diese zahlten den für den Kriegsfall Geworbenen ein Wartegeld. Es gab aber für Brandenburg wenig Gelegenheit, sich von der Brauchbarkeit dieser Einrichtung zu überzeugen¹.

Aushebung vom Lande.

Ich sprach schon davon, wie man es in Preußen wegen der Kostbarkeit der Werbungen mit einer Art Aushebung versucht hatte, davon aber wegen der Untauglichkeit der Wybranzen abgekommen war². Schon 1654 war in Brandenburg ein ähnlicher Versuch gemacht worden. Im November dieses Jahres verlangte nämlich der Kurfürst von seinen kurmärkischen Ständen die Lieferung von Mannschaft, und es wurde zugleich eine Instruktion für Sergeanten aufgesetzt, die in den einzelnen Kreisen taugliche Leute auszulesen, ihnen den Eid abzunehmen und 2 Thlr. Wartegeld zu zahlen hatten „mit der Versicherung, daß er monatlich entweder 1 Thlr. an Gelde oder denjenigen Unterhalt, welchen Höchstgemeldte S. Ch. D. zum Zuschub jährlich

¹ M. Jaehns a. a. O. S. 696. — Courbière, Verwaltung S. 46.

² S. S. 15.

geordnet, unfeilbar aus dem Kreise fähig sein soll“. Bekommen sie nicht eine genügende Anzahl Leute zusammen, so sollen sie so viele werben, als ihnen von Ritterschaft und Kommissaren angegeben wird. Für jeden Mann zahlt dann die Ritterschaft 3 Thlr. Werbegeld¹. Man bemerke wohl, daß damals gerade der Kurfürst den „Ausschuß vom Landvolk“ abschlug². Die eben angeführte Instruktion scheint infolge des Widerstandes der Stände nicht zur Ausführung gekommen zu sein³.

Die Werbung.

So war man auch hier auf die Werbung allein angewiesen. Was nun diese angeht, so kann ich keinen in bewußter Absicht gemachten Unterschied zwischen „inländischer“ und „ausländischer“ Werbung erkennen; derselbe gehört einer späteren Zeit an⁴. Wohl setzte sich die Armee mit der Zeit immer mehr aus nationalen Elementen zusammen⁵, aber nicht, weil man keine Fremden wollte, sondern einzig und allein, weil man sie nicht bekam⁶. Der Gedanke an eine Nationalisierung der Armee lag jener Zeit doch noch so fern⁷, daß der Große Kurfürst 1675 zwei polnische Kompagnieen Towardzysz in Dienst nahm, ihnen den Rang nach der vornehmsten brandenburgischen Truppe, der Leibgarde zu Pferde einräumte und ein höheres Traktament als irgend einer andern seiner Reiterkompagnieen zahlte⁸. Auch daraus, daß man den Offizieren zu Musterplätzen fast nur Orte im eigenen Lande anwies, kann man ersehen, daß eine auswärtige Werbung nur geringe Resultate hatte⁹. Im Oktober 1672 meinte

¹ R 24 E 5. —

² S. S. 9.

³ UA X S. 312 ff. — Ob der von J. G. Droysen a. a. O. III 2, S. 55 erwähnte Entschluß, 1654 gediente Leute mit 3 Thlr. jährlichem Wartegeld den Amtsdörfern anzuweisen, zur Ausführung gekommen ist, kann ich nicht sagen.

⁴ Courbière, Verfassung S. 47. — Für meine Annahme spricht auch Jaehns' Ansicht, daß bis zu der 1693 eingeführten Rekrutierung vom Lande nur freiwilliger Dienstkontrakt galt. A. a. O. S. 1320.

⁵ Courbière, ebenda S. 49.

⁶ Courbières „ausländische Regimenter“ beweisen am besten, wie man jede Gelegenheit ergriff, auswärtige Mannschaft zu bekommen.

⁷ Die paar Trabantenkompagnieen, welche nur aus Einheimischen bestehen durften, beweisen nichts dagegen, zumal man ja 1687 die beiden Kompagnieen Grand-Monsquetaires errichtete, die sich nur aus französischen Offizieren bildeten.

⁸ R 24 GG 2. Die Erfahrungen, die man mit ihnen machte, waren keine erfreulichen, Meuterei war an der Tagesordnung. — „Die Uszars titulierte sich untereinander Towarzysz, d. h. Kameraden“. M. v. Süßmilch, gen. Hörnig, Gesch. des Hus.-Regts. Nr. 19, 1882.

⁹ Als Ob. Wachtm. v. Klitzing 1655 seine 4 Kompagnieen warb, wurden ihm, jedenfalls nicht zu seiner Bequemlichkeit, sondern, weil man die Musterplätze im eigenen Lande anweisen mußte und dieses nicht überlasten wollte, dieselben für 2 Kompagnieen in der Altmark

Friedrich Wilhelm auf einen Vorschlag seiner Räte Somnitz und Koeppen, eine Werbung im Reiche lasse sich nicht thun, da schon wegen der Durchmärsche genug Beschwerden eingelaufen seien¹.

Wie jedes Land sich seine Unterthanen für den eigenen Kriegsdienst vorzubehalten bemüht war, erkennt man aus den sehr zahlreichen Verboten fremder Werbung und des Dienstnehmens im Auslande². Den fremden Werbern soll ihr Geschäft zuerst untersagt werden, hilft das nichts, so sind sie zu arretieren³, auch darf keinem Soldaten ohne Paß Quartier gegeben werden. Nach dem Edikt von 1681 soll jeder, der in fremde Dienste geht oder Mannschaft ausführt, mit dem Verlust seiner Güter bestraft werden⁴.

Dahingegen fuhr man selbst fort, die Soldaten fremder Staaten zu sich herüberzuziehen. 1674 wurde dem Gen.-Major v. Schwerin befohlen, die schwedischen Überläufer, welche in brandenburgische Dienste treten wollten, unvermerkt nach Peitz zu schaffen⁵, und im folgenden Jahre, als sich nach der Schlacht von Fehrbellin wegen ihrer großen Verluste unter den Schweden das Gerücht verbreitet hatte, die Brandenburger gäben ihnen kein Pardon, ließ ihnen Friedrich Wilhelm durch ein Patent nicht nur dieses, sondern auch Aufnahme in seine Armee zusagen⁶. Die Einstellung der Refugiés käme hier auch in Betracht⁷.

Die Werbung war, wie gesagt, die einzige Art, wie der Staat sich seinen Bedarf an Gemeinen und niedern Befehlshabern verschaffte. Zugleich mit seiner Kapitulation bekam der Oberst ein Werbepatent, in welchem alle Unterthanen angewiesen, die auswärtigen Behörden aber ersucht werden, dem Vorzeiger des-

und Priegnitz, für eine in Halberstadt, für eine in Kleve-Mark angewiesen. R. 24 K. Entgegengesetzte Fälle wie 1646 ein Ersuchen an den Hamburger Magistrat, in seinem Gebiete eine Werbung zu gestatten, gehören zu den Ausnahmen. R 24 E 5. — Bei der Mobilmachung von 1665 werden die Werbeplätze fast nur in kurfürstlichen Landen angewiesen. Sparr und Platen schlugen freilich vor, das Fußvolk auch im Reiche werben zu lassen. Dieses geschah mit dem Regiment Fargel, in das meist „hochteutsche Knechte, darunter viele Bürgermeistersöhne“ eintraten. F. Hirsch a. a. O. S. 246, 250, 270.

¹ UA XIII 337 ff.

² Von 1654—1687 deren über 20 allein bei Mylius. So auch in anderen Staaten. G. Droysen a. a. O. S. 394 f.

³ So verfuhr man z. B. mit einem Baltzer v. Manteuffel im August 1674, der zufolge specieller Erlaubnis vom 21. April j. J. eine Kompagnie für die spanischen Niederlande warb. Da er sich an das später erlassene Verbot nicht kehrte, so wurde ihm Arrest angedeutet, wenn er sich nicht bald von hinnen begeben; seine Völker aber wies man den eigenen Offizieren an. R 24 Z b.

⁴ Kön. Bibl. Berlin G. y. 16500.

⁵ Orlich III Nr. 217.

⁶ M. III 2, 49.

⁷ S. S. 140 f.

selben oder einer vidimierten Abschrift die Werbung zu erlauben und ihn zu unterstützen. Vom Tage an, da der Musterplatz „geöffnet“ und die Quartiere angewiesen waren, ertönte die Trommel der ausgesandten Detachements. Wie wir von Friedrich Wilhelm selbst hören¹, war es durchaus nicht so leicht, Fußvolk zu bekommen. 1647 berichtet ein Kapitän Spee aus Duisburg, viele rissen aus, weil die französischen Werber mehr zahlten², und Ende 1656 desertierten, nachdem sie eingekleidet und eine Zeit lang verpflegt waren, die in den Niederlanden Geworbenen mit Sack und Pack in ganzen Fähnlein³. Noch 1683 heißt es in einem Edikt, aus Frankfurt a. O. seien wohl deshalb so viele desertiert, weil die Nachbarstaaten ihnen viel Geld gegeben hätten⁴.

Schutz der Einwohner gegen die Werber.

Die Gewaltsamkeiten der Werber dauerten vom dreißigjährigen Kriege bis tief ins 18. Jahrhundert hinein, aber sie sind erklärlich bei der Abneigung des Bürgers gegen das Soldatenhandwerk und bei dem dringenden Bedürfnisse des Staates nach Kriegern. „Auf was Weise es auch geschehe“ befahl Friedrich Wilhelm 1656 Derfflinger, den nötigen Ersatz herbeizuschaffen⁵. Zwei Strömungen trafen dabei aufeinander, die Sorge für Ersatz und der Schutz der Einwohner.

Das Werbegeschäft mußte dem Soldaten doch als eine sehr erwünschte Abwechslung willkommen sein; man zog in kleinen Trupps durch das Land, wußte sich eine Zeitlang frei von den Vorgesetzten und benutzte dies zu allen möglichen Extravaganzen. Die Werber verlangten luxuriöse Verpflegung, erpressten Geld, raubten und stahlen, sie ließen sich von den Bauern Vorspann leisten und blieben da, wo es ihnen behagte, so lange sie wollten. Die Geworbenen selbst thaten sich, ehe sie unter die militärische Zucht kamen, natürlich auch noch etwas zu Gute. In vielen Edikten wird gegen solche Mißstände geübelt; die Werber sollen mit den Sätzen der Ordonnanzen zufrieden sein, Kommissare und Magistrate sollen sie verhaften, wenn sie extravagieren, nur denen, die einen Werbepaß vorzeigen, ist etwas zu verabreichen; 1656 erließ man sogar eine besondere Verpflegungsordonnanz für die Geworbenen⁶.

Endlich soll niemand mit Gewalt und List zum Kriegs-

¹ S. S. 105. An Reitern fehlte es selten. 1669 boten sich dem Kurfürsten sogar einige 100 ohne Werbegeld an. Orlich, III 181.

² UA IV 329. —

³ UA V. 885. Von den 1800 Mann des Regiments Groende und den 1200 der Eskadron Bodelschwingh waren bei der Musterung in der Kurmark nur noch 771 und 800 vorhanden. — Frankreichs Infanterie bestand seit lange nur aus Fremden.

⁴ M III 1, 35.

⁵ UA VII 437.

⁶ R 24 K und gedruckt R 24 Z e.

dienste gezwungen werden. Die Verordnungen von 1659 und 1665 führen sogar diese Kniffe der Werber an; es sei keine zulässige Werbung, wenn Dienstknechte und Handwerksgesellen beim Trunk einander scherzweise versprechen, zugleich in Kriegsdienste zu gehen, und wenn dann der Eine den Andern beim Wort nimmt, oder wenn Leuten heimlich das Handgeld zugesteckt wird oder man sie durch Brüderschaftstrinken für verpflichtet zum Eintritt erklärt¹. Sogar dem offenen Menschenraub mußte man entgegentreten. Ende der fünfziger Jahre beklagt sich die Ritterschaft der Kurmark, die Werber zögen von Dorf zu Dorf, söffen sich toll und voll, nehmen die Knechte vom Pfluge, Reisende und Handwerker von den Straßen und hauen sie, wenn sie nicht dienen wollen zu Schanden².

Aber noch weiter mußte sich der Schutz der Unterthanen erstrecken. Bekanntlich war der Kurfürst eifrig bemüht, Handel und Gewerbe seines Landes durch Herbeiziehung fremder Industrieller und Handwerker zu heben. Fühlten diese sich nun durch die Werber gefährdet, so war kaum anzunehmen, daß sie lange aushalten würden. Daher wird den Offizieren häufig befohlen, Gewerbetreibende wieder frei zu geben³.

Ebenso mußte Friedrich Wilhelm daran gelegen sein, daß Domänenpächter, Hofbesitzer und Ackerknechte der Landwirtschaft nicht entzogen würden, denn auf dieser beruhte ja vor allem die Leistungsfähigkeit des Landes. Es wird deshalb verboten, solche Leute zu nehmen⁴.

Daß man damals schon auf alles umherziehende Gesindel fahndete, um es zu Soldaten zu machen, läßt sich denken, doch ging es auch dabei nicht immer ohne Schwierigkeiten ab⁵.

¹ M III 1, 26 und 30.

² R 24 E 5, undatiert.

³ Dafür viele Beispiele R 24 Z b.

⁴ Z. B. am 13. Febr. 1656, M VI I, 125. — Im November 1656 wird dem Amtmann von Tangermünde befohlen, zu verhindern, daß Unterthanen, welche Höfe angetreten haben, sich in Kriegsdienste begeben; will einer dienen, so soll sein Vieh und Mobiliar auf das Amt gebracht werden, oder er soll einen Gewährsmann stellen, in jedem Fall muß er seine Schulden bezahlen. R 24 K.

1666 hatten abgedankte Soldaten nach Genießung der bewilligten Freijahre (s. S. 106) sich wieder werben lassen, was verboten wird, weil das Amt ja nun erst von ihnen Vorteil zog, d. h. die zwei Tage Dienst in der Woche für die Domäne, und Abgaben fordern konnte. R 24 GG.

Selbst der Adel war vor den Praktiken der Werber nicht immer sicher. Anfang 1658 erschien ein Rittmeister des Ob. L. Schmidt auf dem hinterpommerschen Gute des Franz Rüdiger v. Wolde, zog zwei Pferde aus dem Stall, setzte den Wolde auf eins und führte ihn von dannen. Schmidt berief sich darauf, daß jener ihm vor 20 Jahren unter Baner Dienste zugesagt habe. Die Regierung meldete den Vorfall, es sei selbst vom Feinde nie versucht worden, einen gesessenen Adeligen zu pressen. Der Kurfürst sagte ihr darauf exemplarische Bestrafung beider Offiziere zu. R 30, 221—224.

⁵ Als 1674 der Kommandant von Peitz, Ob. L. Ritter, einige

Aber auch der Werber mußte sich die Regierung annehmen, denn es wurde ihnen oft mit Mord und Totschlag gedroht. Unter Gesinde seien nur die Ackerknechte zu verstehen, ledige Diener könnten geworben werden; auch wird verboten, die Werber auf „versessene Reste, die vor Gericht disputabel sind“, zu verweisen¹.

Die sociale Stellung der Gemeinen.

Nachdem wir so einen Überblick über die Ergänzung der Gemeinen gewonnen haben, wenden wir uns deren Lebensverhältnissen zu.

In den Heeren aller europäischen Staaten des 17. Jahrhunderts kämpften Deutsche. Noch 1654 bildeten sie die Hälfte der schwedischen Armee². Als der Frieden von 1648 kam, was sollte auch da der entlassene Soldat anfangen, wie sein Leben fristen? Mancher ging vielleicht nach Hause und nahm seine frühere Beschäftigung auf, aber die meisten konnten sich an ein ruhiges, arbeitsames Leben nicht mehr gewöhnen, sie zogen vor, von Raub und Diebstahl zu leben und in Banden die Länder zu durchziehen³. Wenn es dann irgendwo Krieg gab, waren sie bereit. Das Los des Soldaten des 17. Jahrhunderts erscheint uns heute als kein beneidenswertes — in Hunger und Blöße brachte er den größten Teil seiner Tage dahin. Ausbleibender Sold und die Feindschaft des Bürgers verursachten seine Leiden. Man erinnerte sich damals wieder eines alten Sprichworts: *Aut militem aut monachum facit despe-*

Schauspieler werben wollte, widersetzte sich dem der Rat von Beskow, wo jene bei einem Goldschmied wohnten, und behielt einen Wagen mit zwei Pferden u. a. Sachen der Schauspieler zurück. Bei dem Tumult wurden die Räder der Kalesche gestohlen. Rat und Offizier beschwerten sich. Ritter behauptete, der Goldschmied sei ein Diebswirt, auch sei befohlen, „alles herrenlose, nur Gott und Menschen beleidigende Gesindlein zu werben“; die umliegenden sächsischen Orte und Kottbus hätten ihm auch immer angegeben, wenn „solch Gesindlein“ da wäre. Dafür schone er dann deren eigene Dienstleute. Friedrich Wilhelm befahl dem Rat, die zurückbehaltenen Sachen auszuliefern. R 21, 120 b.

¹ 13. Februar und 28. März 1656. M VI 1, 125, III 1, 16.

² J. G. Droysen a. a. O. III 2, S. 138.

³ Um das Gebahren dieser Räuberbanden in der letzten Hälfte des großen Krieges kennen zu lernen, bietet das schon oft ausgezogene „Soldatenleben“ des Moscherosch wohl die beste Gelegenheit; es ist der lesbarste Teil des Philander v. Sittewald. — Nach dem Kriege mußten die Regierungen sich der Räuber entledigen. 1647 zogen in Bayern der Rumormeister, sein Lieutenant, Kornet und Wachtmeister mit je einem Geistlichen, Henker und einigen Reitern auf den Straßen umher und knüpften die Vagabunden auf. (J. Heilmann, Kriegsgesch. v. Bayern etc. II 1031). — 1652 schreiben die Geh. Räte an die märkischen Stände, schon wegen der Straßenräuberei könne man die Kontribution nicht entbehren; (13. April 1652 UA X) und noch 1656 war in Preußen das Bestellen der Felder wegen der Räuber höchst unsicher (s. S. 112).

ratio¹. Nur die Aussicht, wieder einer ungewissen Zukunft, der Obdachlosigkeit und dem Tode durch Hunger oder den Strick des Henkers anheimzufallen, ließen ihn bei der Fahne ausharren, wo er doch immerhin einen Anspruch auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse, auf ein Lager für seinen Leib, auf Brot und Kleidung machen, selbst auf Beute und gute Tage nach einem Siege hoffen konnte, wo ihm das, was der Mensch mit am schwersten entbehrt, die Anerkennung von andern, nicht versagt blieb. Mochten dann Bürger und Bauer ihn hassen, war er nur tapfer, so wurde ihm das Lob seiner Vorgesetzten, die Hochachtung seiner Kameraden, war er kein Schelm und Dieb, sogar Beförderung zu Teil. Unsicher aber war und blieb seine Lage.

Ihr Verhältnis zur Bevölkerung.

Mit der Bildung eines eigenen Soldatenstandes machte sich immer mehr die Abschließung des Bürgers von dem „Kriegsvolk“ geltend. Die Einquartierungslast, welche mit dem stehenden Heere kam, suchte jeder Vermögende von sich abzuwälzen. Auf fortwährendem Kriegsfusse lebten die Truppen mit der Bevölkerung. Besonders trat das in den Städten hervor, wo man eifersüchtig die Konkurrenz der arbeitenden Soldaten fernzuhalten bemüht war. Für alle kurfürstlichen Beamten und Offiziere sowie für den Adel durften die Soldaten arbeiten. In Kolberg beschwerten sich 1667 die Gewerksbrüder, die Soldaten nähmen ihnen die Arbeit fort, wogegen der General von Schwerin anführt, jene lägen doch die halbe Woche in den Kneipen und suchten die Soldaten vom Handwerke abzuhalten, was zum größten Nachteile der zumeist aus Handwerkern bestehenden Infanterie gereiche. Freilich erreichte ihre Arbeit an Güte nicht die der zünftigen Meister, Schwerin selbst nahm seine Bedürfnisse von letzteren². Nur zu oft kam es zu Schlägereien zwischen Civil und Militär, wiederholt mußte sogar befohlen werden, daß man sich bei Feuersbrünsten nicht übel traktiere, sondern gegenseitig unterstütze; jeder Magistrat und Offizier soll dabei die Seinen kommandieren³.

Bei Streitigkeiten steht nach dem Patent vom Dezember 1659 die *Cognitio causae* dem Vorgesetzten des Beklagten zu, doch kann bei den Militärgerichten eine Magistratsperson, bei den Civilgerichten ein Offizier beisitzen⁴. Es war aber und blieb das

¹ Flugschrift im histor. Seminar Berlin: Der Wind gehet nuhn | aus einem | Andern Loche | Um S. Veit | Verändert sich die Zeit | Es wandten sich die Blätter | In Frankreich giebt es Spötter. | Es ändern sich die Sachen | Man muß es warlich lachen. | Parturiere Montes | Natus ridiculus Mus | Götter-Bothe | giebt | Seine drey Heller auch dazu. | Gedruckt aufm Parnasso. | 1676. | Zu finden | Bey Barthol Warheit.

² R 30, 116.

³ M III 1, 30.

⁴ M III 1, 26.

Verhältnis zwischen Bürger und Soldat ein feindseliges, gespanntes. Die Frau, welche einen Soldaten heiratete, trat damit aus ihrer Familie, wenn diese eine irgendwie achtbare war, aus. Noch lange sollte es währen, bis die Zeit kam, da der Bürger es nicht mehr für unehrenhaft hielt, mit dem Soldaten an einem Tische zu sitzen.

So mußte also der Soldat bei der Fahne ausharren sein Leben lang. Hier aber war von der demokratischen Selbstregierung jener Kriegersbrüderschaften des 16. Jahrhunderts nichts übrig geblieben. Der Landsknecht konnte immer zu Eltern oder Angehörigen zurückkehren und sein bürgerliches Gewerbe wieder aufnehmen. Früher „baten“ die Offiziere die Leute bei der ersten Musterung um Gehorsam, jetzt war der Kriegsknecht Soldat und nichts weiter, in dem Verbands der Truppe war er „wesentlich gehorchend“. Früher durften nur Hauptmann, Lieutenant und Feldwebel den ungehorsamen Landsknecht mit dem „Regiment“ oder den „Knebelstöcken“ schlagen, jetzt prügelte der Unteroffizier ebenso den Gemeinen, wie der Rittmeister seinen Wachtmeister, der General den Offizier mit dem Stocke züchtigte¹. Es entstanden die immer grausamer werdenden Körperstrafen; die Spieße, mit denen die Landsknechte den zum Tode verurteilten Gesellen niedergestochen hatten, wurden zu Ruten, mit denen der Soldat nicht selten zu Tode geprügelt wurde. Freilich war dieser nur auf Gehorsam und Pflichten, nicht auf Rechte basierte Soldatenstand die Vorbedingung für stehende Truppen, für ein stehendes Heer².

Die Traktamentsverhältnisse.

Sehr schwer traf den Mann die ewige Misere mit dem Ausbleiben des Traktaments, welche ihn oft genug zu Meutereien gegen die Offiziere, zu Beraubung und Plünderung der Einwohner trieb. Gegen Ende des Jahrhunderts wurde für spanische Soldaten eine Bittschrift gedruckt und ins Deutsche übersetzt, in der es u. a. heißt, statt des Soldes hätten sie den Buckel voll Schläge davongetragen, „welches scharffe Procedere wir dennoch gern erduldet hätten, wofern nur der Hunger aus unserm Magen geprügelt und der sehnliche Appetit nach Brot zugleich aus seinen zahnbleckenden Logir verjaget worden wäre“. Dadurch würde manch ehrliches Mutterkind endlich genotzwänget, die Finger mit Pech zu bekleiben oder auf das Freibeuten zu gehen, worüber es manchmal jämmerlich erschlagen oder wohl gar an das unglückselige Galgenholz aufgeknüpft werde³.

¹ G. Droysen a. a. O. S. 585, 586, 590. — Buchs Tagebuch I 192; II 44.

² Meynert a. a. O. III 96. — Von einem Beschwerderecht hört man weder in den Kriegsartikeln noch sonst wo das geringste.

³ Supplicatio der Soldaten an ihren Obersten wegen ausstehenden Soldes. Aus dem Wälschen. Gedruckt in diesem Jahr.

Was der Soldat in der ersten Zeit der Regierung Friedrich Wilhelms überhaupt erhielt, ist kaum zu sagen¹. So lange die Mittel noch so äusserst knapp waren, als der sicher nicht sehr zartfühlende K. v. Burgsdorff 1648 seinem Herrn schrieb, ihm seien beim Anblick des Elends der Knechte in den kurmärkischen Garnisonen die Augen übergegangen², so lange reichten die spärlich fliessenden Einnahmen nur zur Linderung der ersten Not. Aber die Zeiten wurden besser. Seit der Sold dem Kapitän regelmässig zuging, war dieser auch verpflichtet, die Mannschaft richtig zu lohnen; bei jeder Musterung wurde der Mann gefragt, ob er sein Traktament richtig empfangen habe. Nach der von 1683 über das Regiment Kurfürstin ist schon oben eine Spezifizierung der Löhnung versucht worden³. 18 Groschen wurden für Brot zurückbehalten, 10 für Montierung; Quartier, Heizung, Licht, Sauer und Süß lieferte der Wirt, für 1 Thlr. 8 Gr. mußte der Fusssoldat sich alle andern Bedürfnisse besorgen.

Da der Gemeine des 17. Jahrhunderts Soldat von Beruf war und diente, so lange sein Arm die Waffe führen konnte, so war er oft beweibt. Dafs er mit seiner Familie von 1 Thlr. 8 Gr. monatlicher Einnahme — in heutigem Geldwerte etwa 15,60 Mk. — nicht leben konnte, liegt auf der Hand. Wie wir sahen, war ihm daher erlaubt, ausser Dienst ein Handwerk zu treiben, die Frau verdiente wohl auch etwas. Dem Quartierwirt konnte es aber nur wenig angenehm sein, wenn der Soldat eine grofse Familie hatte, und nicht die wenigsten Streitigkeiten werden hierdurch entstanden sein. Daher eben suchten wohlhabendere Leute die Soldaten auszuquartieren. Wir lernten das Quartierreglement von 1681 kennen und den Unterschied, den es zwischen dem Quartiergeld beweibter und unbeweibter Soldaten macht⁴. Dabei ist bestimmt, dafs der Wirt seinen Mann nicht ausquartieren darf, wenn er keine andere Wohnung findet, Magistrat und Offiziere müssen beim Suchen des Quartiers behülflich sein; laut der Ordonnanz von 1684 sollen dabei die Frauen berücksichtigt werden. Zugleich wird auf ein früheres Reglement verwiesen, wodurch die bei jeder Kompagnie zulässige Zahl von Frauen bestimmt war. Ich habe es nicht gefunden. 1679 befahl jedenfalls Friedrich Wilhelm dem Fürsten von Anhalt, dafs in jeder Kompagnie von dessen Regiment z. F. nicht mehr als 30 bis 40 sein sollten⁵.

¹ Die Gebühnisse der Gemeinen nach den Ordonnanzen bringt Tabelle II S. 58.

² R 21, 7 d.

³ S. S. 76.

⁴ S. S. 67.

⁵ Orlich III 322.

Die Reduzierungen.

Noch schlimmer als das Ausbleiben der Löhnung war der Umstand, daß mit der Reduzierung des Regiments die Abdankung der Soldaten drohte, welche für die Regierung immer mit großen Schwierigkeiten verknüpft war. Denn sie war den Soldaten meist Sold schuldig und hatte den Offizieren versprechen müssen, sie nicht ohne Berichtigung ihrer Reste licentiierten zu wollen. Darum findet man bei den großen Reduzierungen auch immer lange Verhandlungen mit den Ständen über Bewilligung der dazu nötigen Mittel. Zuweilen entzog man auch unter dem Vorwande, die Soldaten hätten während der Dienstzeit mehr genossen als ihnen gebühre, ihnen einen Teil ihres Traktaments. Als im November 1651 die zum Kriege geworbenen Regimenter entlassen werden, erhalten die Gemeinen zum größten Teil statt des rückständigen Soldes auf 4 Monate nur $1\frac{1}{2}$ Monatstraktament, weil sie tüppig gelebt und „außer dem kostbarlichen Traktament“ den Leuten auch noch Geld abgeprefst hätten. Wenn es ihnen möglich gewesen wäre, sagt unser Gewährsmann, so hätten sie große Ungelegenheiten gemacht¹.

Hatte ein Regiment die Verpflegung richtig erhalten, so bekamen die Soldaten bei der Abdankung selten etwas Besonderes. Diese wurde immer ähnlich wie eine Musterung vorgenommen; einige Kommissare erhalten die nötigen Gelder, bezahlen nur die wirklich Vorhandenen und machen eine Rolle der Abgedankten. Die, welche in kurfürstlichen Landen zu Hause sind, werden von Offizieren bis zu ihrer Heimat geführt².

Als 1660 ein Teil der Infanterie beibehalten wurde, werden die am besten bewaffneten und bekleideten Leute ausgelesen und in die nicht reduzierten Truppenteile eingestellt³. Man wollte aber auch die Entlassenen möglichst dem Lande erhalten, zunächst um für den Kriegsfall geübte Mannschaft bereit zu haben. Im November 1660 hatte der Statthalter von Preußen, Fürst Radziwill, den in die preussischen Ämter entlassenen dienstpflichtigen Dragonern (Wybranzen) einen Eid abgenommen, daß sie niemand anders als dem Kurfürsten dienen wollten⁴, und ein Jahr später schreibt Friedrich Wilhelm an Schwerin, er habe einige Kompagnieen untergesteckt, damit er die Gemeinen behalten könne, „denn zum Fußvolk nicht wieder zu gelangen ist“⁵.

Sodann suchte man hierdurch die Bevölkerung zu ver-

¹ UA V 569.

² v. Mülverstedt a. a. O. 782 ff.

³ Ebenda S. 592 f.

⁴ UA XI 147.

⁵ Ebenda S. 833.

mehren, die Verwüstungen der langen Kriegszeit durch arbeitende Hände zu beseitigen. Dazu wurden den Leuten einige Freijahre und Baumaterial zur Errichtung von neuen oder Ausbesserung von verfallenen Häusern gewährt. Im Jahre 1661 melden die Kreiskommissare der Kurmark, wieviel Offiziere und Soldaten sich niedergelassen haben. Aus der Uckermark wird z. B. angegeben: In den Städten Templin, Straßburg, Prenzlau (Tangermünde fehlt) 3 Offiziere, 24 Unteroffiziere und Soldaten, auf dem Lande 9 und 20. Die Offiziere sind meist einheimische Adlige, die Gemeinen auch meist aus dem Lande gebürtig, zum größten Teile im Dienst bei Gutsbesitzern, Pfarrern und Amtspersonen; von den 8 Leuten in Templin haben 5 Häuser. In Berlin haben zwei Kornets einen Bierschank etabliert¹. Bei der Reduzierung von 1666 sollen „die besten und wohlmontiertesten Reiter zurückbehalten, ihnen aber Gewehr und Montierung gelassen und ihnen angezeigt werden, daß der Kurfürst denen, die sich in seinen Landen niederlassen wollten, einige Prärogativen und Freiheiten bewilligen, bei künftigen Gelegenheiten aber, wenn es wieder zu Werbungen kommen sollte, sie vor anderen akkomodiren wollte“. Die Infanterie entliefs man da, wo sie erworben war, damit die Leute desto eher bewogen würden, sich im Lande niederzulassen². Bei der Reduzierung von 1679 entliefs man zuerst diejenigen, welche sich im Lande setzen wollten³.

Es ist hierin eine Art von Pensionierung zu erblicken. Zu einer solchen machte man damals in Brandenburg überhaupt die ersten Anfänge.

Die Alters- und Invalidenversorgung.

Wenn es in den meisten anderen Verwaltungszweigen immer einen mehr oder minder harten Kampf kostete, die Leitung den Händen der Korporationen oder Einzelner zu entwinden und in die des Fürsten überzuführen, so konnte dieser auf einem Gebiete ganz von vorn anfangen, in dem Invaliden- und Pensionswesen. Indem das Heer zum stehenden wurde, indem der einmal geworbene Soldat auf Lebenszeit aus der bürgerlichen Gesellschaft schied, ging er damit auch aller Rechte verlustig, welche dieselbe ihren Alten und Kranken zu Teil werden liefs, der kriegsunbrauchbare Soldat wurde zum Bettler, wenn nicht der Staat für ihn sorgte⁴.

Aber nicht Friedrich Wilhelm trifft der Vorwurf zeit-

¹ R 24 E 1.

² F. Hirsch a. a. O. S. 270.

³ Orlich III 309.

⁴ Das Folgende meist aus E. Schnackenburg, Das Invaliden- und Versorgungswesen des brandenb.-preufs. Heeres bis z. Jahre 1806. Berlin 1889.

genössischer Schriftsteller, daß die Invalidenversorgung in nichts mehr bestehe als in der Erlaubnis zum Betteln. Seit jeher finden wir ihn für die Versorgung der Alten und Witwen, für die Pflege der Verwundeten sehr besorgt; leider waren ihm auch hierbei die mangelnden Mittel das größte Hindernis. Daß aber das in den Kapitulationen der Obersten vorkommende Versprechen, für die Invaliden zu sorgen, keine leere Formel war, beweisen eine Menge Beispiele¹. Der Kurfürst bewilligt den Verwundeten Schmerzensgelder, den Krüppeln und Witwen lebenslängliche Pensionen.

In der Erkenntnis, daß der Staat mit der Entfernung eines Teiles seiner Unterthanen aus der Gesellschaft auch die Pflicht für deren Altersversorgung übernehmen müsse, entstand gegen Ende des 17. Jahrhunderts das staatliche Invalidenwesen, wobei es immerhin dem absoluten Fürstentume jener Zeit entsprach, wenn man dasselbe als Gnadensache und eigenste Angelegenheit des Monarchen auffaßte. 1671 begann der Bau des pariser Invalidenhauses, in den siebziger und achtziger Jahren entstanden die brandenburgischen Invalidenkompagnieen, 1694 fing man in Wien mit der Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses an, 1728 wurde in Kursachsen ein Invalidenkorps eingeführt. Auch hier geht unser Kurfürst den Deutschen weit voran, denn noch 1701 waren im Wiener Versorgungshause infolge der schleppenden Verwaltung und Mißbräuche nur 2 Offiziere, 96 Chargen untergebracht².

Die 1675 in Spandau errichtete halbe Blessiertenkompagnie hatte nach dem Etat von 1680 $1\frac{1}{2}$ prima plana (9 Köpfe) und 50 Gemeine und wurde mit 130 Thlr. monatlich verpflegt. Jeder Gemeine erhielt $1\frac{1}{4}$ Thlr. nebst Bier und Brot. 1681 brachte man sie auf eine ganze Kompagnie von 18 Primaplanen und 150 Mann. In demselben Jahre entstand in Johannisburg in Ostpreußen eine halbe Blessiertenkompagnie mit demselben Etat wie die spandauer von 1680. Endlich befand sich in der Vorstadt Friedrichswerder bei Berlin eine Kompagnie „alte Trabanten“, eine Art Schloßgardekompagnie, die 1 Hauptmann, 1 Wachtmeister, 1 Korporal und 47 Gemeine zählte und monatlich mit 252 Thlr. 4 Gr. besoldet wurde. Sie war für die Ausrangierten der beiden Kompagnieen Trabanten z. Pf.

¹ Ich will dieselben nicht nochmals anführen, da man sie bei Schnackenburg a. a. O. in großer Anzahl findet. — Geradezu schrecklich muß im dreißigjährigen Kriege oft das Los der verwundeten und kranken Soldaten gewesen sein. In Brandenburg geschah indessen für sie doch nicht wenig. In Wrietzen wurden z. B. 1634 90 Verwundete und Kranke verpflegt, wozu jede Hufe 1 Groschen geben mußte. Als endlich noch 3 zurückbleiben, bittet „ein ehrbarer Rat, daß sie abgefordert und cassiret werden mögen, weill sie nicht mehr vortkönnen“. (E. Friedlaender a. a. O. unter „Stadt Wrietzen“.) Was wurde nun aus ihnen?

² Feldzüge Eugens I, I 294.

Bei der öfter angeführten Musterung von 1683 melden sich ein „Sergeant Joh. Andres von 58 Jahr, welcher E. Ch. D. 33 und Chron Spanien 13 Jahr, der Fourier . . . Bartel Wehrmann, welcher 69 Jahr alt und E. Ch. D. und Dero sel. Herrn Vatern H. A. 48 Jahr gedient“ und noch weitere 4 alte Leute und bitten um Aufnahme in die Spandauer Blessiertenkompagnie.

Wenig konnte ich von der Lebensführung des Soldaten unserer Periode herbeibringen, nichts davon, wie er fühlte und dachte. Einen Simplicissimus gab es nicht mehr, und noch war die Zeit nicht da, wo uns die Gemeinen wieder ihre Erlebnisse erzählten wie der Schweizer Ulrich Bräker oder der Musketier Dominikus¹. Nur einige wenige gemütvollen Stimmen des Geschlechtes jener harten Zeiten tönen zu uns herüber. Andreas Böckler hielt es für angezeigt, in seine *Schola militaris* (1665, 1685) jenes Lied aufzunehmen, das einst Philander von Sittewald eine Schildwache nach der Melodie „Ein feste Burg ist unser Gott“ hatte singen hören²:

Gott ist der Christen Hülff und Macht,
Ein veste Citadelle.
Er wacht vnd schillert Tag und Nacht,
Thut Rond vnd Sentinelle.
JESVS ist das Wort,
Brust-Wehr, Weg und Port.
Der rechte Corpoural
Hauptmann vnd General
Quartier vnd Corps de garde.

¹ G. Freytag, *Bilder a. d. deutschen Vergangenheit*. V. — Aus d. siebenjähr. Kr. Tagebuch des preufs. Musketier Dominicus. Herausgegeben von D. Kerler. München 1891.

² H. M. Moscherosch, *Gesichte Philanders von Sittewald*. Straßburg 1665. II 691. — Sonst hat Moscherosch für unsere Zeit keine Gültigkeit; die erste Auflage erschien schon vor 1642.

VI.

Die Offiziere¹.

Der Einfluss des dreissigjährigen Krieges auf die Offiziere.

Schon öfter ist darauf hingewiesen worden, daß der dreissigjährige Krieg unser Volk noch mehr als in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen in moralischer Beziehung geschädigt hat. In wirtschaftlicher litten die Gemeinen, nicht die Offiziere; im Gegenteil, bei allgemeiner Not vertranken, verspielten und verjubelten sie die dem Adligen, Bürger und Bauer genommene Habe. Desto schlimmer stand es mit ihnen in moralischer Hinsicht. Kriecherei und Betrügerei nach oben, Scheelsucht untereinander, unmenschliche Roheit gegen die Einwohner und eigenen Soldaten, ein gegen Pflicht und Ehre abgestumpftes Gewissen sind die Hauptkennzeichen dieser Offiziere, die mehr durch grössere Schlauheit und Gewissenlosigkeit als durch Tapferkeit und Bildung sich emporgeschwungen hatten.

Keineswegs ist es Friedrich Wilhelm gelungen, diese Laster und Untugenden ganz auszurotten, dazu wären ruhigere Zeiten nötig gewesen, und vor allem galt es, dem Offiziersstande bedingungslosen Gehorsam und Unterwerfung unter den Willen des Fürsten beizubringen.

Denn in demselben Masse, wie sich im dreissigjährigen Kriege die Lage des gemeinen Mannes immerfort verschlechtert hatte, war die autonome Stellung der Offiziere gewachsen. Wie die Regierung Friedrich Wilhelms sich dadurch charakterisiert, daß sie

¹ Dieser Abschnitt behandelt nur die Oberoffiziere, nicht die Unteroffiziere.

das Los der Soldaten wieder zu einem erträglichen gestaltete, ebenso hat sie die Macht der Offiziere einzuschränken verstanden. Hierdurch kam das Heer in die Hände des Fürsten.

Die schrankenlose Gewalt und die Verrohung, welche die Offiziere der dreißiger und vierziger Jahre kennzeichnet, ist als eine Folge der durch keine genügende Kontrolle zurückgehaltenen, fort und fort nach oben und unten um sich greifenden Selbständigkeit, sowie alle Ehre und Pflicht für nichts achtenden Gewinnsucht anzusehen. Man kann sich in der That die Zustände „nicht haarsträubend, nicht kraß genug“ denken. Man sagt kaum zu viel, wenn man den höchsten Offizier den größten Dieb und Räuber nennt. In väterlicher Sorge schreibt 1641 der alte Herrmann Wrangel seinem Sohne, dem General Karl Gustav: „Mache, daß Du was aufhebst, gleich wie die andern thun, der was nimmt, hat was“¹. Der Graf Königsmark kam mit nichts nach Deutschland und raubte sich dort ein Vermögen zusammen, das eine Jahresrente von damaligen 130 000 Thlr. abwarf². Während alles verarmte, bereicherten sich die Offiziere, die betrügerischen Armee-lieferanten und Kommissare³. Sie brachten die Güter der Städte „um ein Hundebrot“ an sich und kauften einen großen Teil des alten Adels aus.

Die große Werbung von 1638 mit ihren Konsequenzen offenbart in schreckenerregender Weise, was durch den langen Krieg aus dem brandenburgischen Offiziersstande geworden war⁴. Einen schlechteren General als seinen ersten hat der brandenburgisch-preussische Staat wohl nie besessen. Von einer Sorge für die ihm unterstellten Truppen, von einem Dienen für den Fürsten, der ihn bezahlte — Klitzing erhielt außer seinem Gehalt als Regimentsinhaber jährlich 13500 Thlr. — ist nicht die geringste Spur zu entdecken. Es wurde ihm wiederholt vorgeworfen, er habe für sich allein 40 000 Thlr. empfangen. Er und seine Offiziere durchstreifen mit starker Bedeckung die Marken und füllen ihre Taschen durch Tribulationen der Einwohner und Sauvegarden. Die „Frau Generalin“ fährt mit einem Detachement von 30 Dragonern daher. Diese Dragoner Klitzings betrieben die Räuberei im großen Stile, zogen z. B. einmal von dem kurfürstlichen Amte Fürstenwalde mit 500 Schafen ab. Die anderen Offiziere ahmten natürlich ihrem General eifrig nach. Um den Zustand der Regimenter kümmerte sich keiner.

Am 22. August schreibt Schwarzenberg an den Kriegskommissar v. Blumenthal, der Oberst v. Waldow habe 1200

¹ W. Rüstow a. a. O. II 40.

² In heutigem Geldwerte etwa 1½ Millionen Mark.

³ G. Schmoller, Die Entstehung des preuss. Heeres. S. 255.

⁴ Urkundlich dargestellt von T. v. Mörner a. a. O. S. 207 ff.

Mann zu stellen versprochen und kaum 100 geliefert, Klitzing sei statt 2600 keine 400 stark, im Felde seien kaum 2500 Mann vorhanden von den 10 000, die man im Juni gemustert; am 9. September beziffert er die Kräfte auf nur noch 1100 Mann. Dabei liessen sich alle diese Obersten komplett bezahlen oder forderten wenigstens komplette Bezahlung, wenn sie nicht schon mit dem Werbegelde durchgegangen waren. Die Truppen waren in jämmerlichster Weise vernachlässigt. Blumenthal berichtet am 7. August, aus Mangel an Proviant fielen die „Kerls“ um „wie die Fliegen“, könnten des Tags kaum eine Meile marschieren, ihre einzige Nahrung sei unreifes Obst und faules Wasser; die Generalstabsoffiziere hätten oft das trockene Brot nicht. In Spandau verpflegte man 477 Mann, es fanden sich aber nur 120, dazu meist noch „purlautere vngeübte Jungen“. Am schlimmsten war es mit der Artillerie bestellt. Klitzing konnte sie nicht zu seinen Räubereien benutzen, also liess er sie ganz verwahrlosen. „Mit vnser Artilleri ist es numehr auf die todte Neige gekommen“, schreibt der Kommissar am 14./15. August „es wollen auch die wönige knechte alle stunden davon lauffen, weiln die kaiserliche die ihrige monatlich auszahlen lassen“. Der zum Direktor bestellte Oberstückhauptmann Mentweich hatte die Sache bald satt und verschwand.

Das war die Erbschaft, die nun der zwanzigjährige Fürst antrat: Ein Land, in dem eigene und fremde Truppen wie große Räuberbanden hausten. Unter den größten Schwierigkeiten und Nöten, die dem Statthalter den Tod brachten, seinen Nachfolger in Irrsinn stürzten, gelang es, das Heer bis auf die notdürftigsten Festungsbesatzungen und einige Reiterkompagnieen zu reduzieren, welche Friedrich Wilhelm ausser den Werbungen von 1651 bis zum nordischen Kriege wenig vermehrte und wegen der spärlichen Bewilligungen auch wenig vermehren konnte.

Die Stellung der Offiziere in Gesellschaft und Staat.

Um nun die Regeneration, welche der Kurfürst mit dem Offizierstande zu Wege brachte, zu verstehen, müssen wir zunächst das Wesen und die Stellung desselben in Gesellschaft und Staat kennen zu lernen suchen und dazu das Verhältnis der Offiziere zur Bevölkerung, das Verhältnis derselben unter einander und das zum Fürsten betrachten.

Das Verhältnis der Offiziere zur Bevölkerung.

Noch mehr wie die Gemeinen waren die Offiziere den Bürgern verhasst. Gerade deren Überforderungen hatten ja das System der Quartierverpflegung zur vollkommenen Räuberei,

zur härtesten Plage der Bevölkerung gemacht. Dazu waren durch die fortwährenden Quotisationskonflikte, später durch den Streit über die Einführung der Accise Städte und Adel aufeinander erbittert, und aus dem Adel rekrutierten sich die Offiziere. Rohe Gewalt auf der einen, säumige Zahlungen auf der anderen Seite standen sich entgegen. Deswegen ist bei den Klagen, von denen die Akten aus jener Zeit wimmeln, oft schwer zu entscheiden, auf wessen Seite die Hauptschuld liegt. Zunächst zwei Beispiele aus dem Jahre 1656.

Ein Hauptmann A. W. v. Aulogk hat wiederholt um eine Ordre an die Stadt Zinten ersucht, die nachkommenden Soldaten zu verpflegen. Weil nun dieselbe ausgeblieben sei, meldet er im Mai, sind die Leute wegen Mangel an Unterhalt weggelaufen, die Kranken, welche noch da seien, drohe die Stadt auf die StraÙe setzen zu lassen¹. Dagegen bittet am 21. November Samuel v. Wilmersdorff, der Landrat von Pr. Holland, inständig, ihn doch von dem Regiment Syberg zu befreien und ihm statt dessen einen Offizier mit Wybranzen zu schicken. Amt und Stadt gegen die die Einwohner förmlich belagernden Räuberbanden zu schützen, dazu könnten die Sybergschen vor Fressen und Saufen nicht kommen. Statt ihrer müßten die Bürger den Wachtdienst verrichten; diese hätten nicht nur die Soldaten, deren Weiber und Pferde zu unterhalten, sondern ihnen auch zu „Uffmastung fremder Pferde, damit sie selbte ufs teuerste verkaufen können“, die Mittel zu geben. Zu nichts als zur Tribulierung der Bürger und Ausschlagung der Fenster seien die Soldaten geschickt².

Noch 1672 verlangte der Oberstlieutenant v. Hammerstein vom Görtzkeschen Regiment, dem die Stadt Gardelegen mit 200 Thlr. assigniert war, außer dem Traktament auch Speisung und Pferdefutter; als man es ihm verweigerte, drohte er, er werde in die Trompete stoßen und in die Häuser fallen lassen, „auch kein Kommando halten, sie möchten stehlen, wie sie wollten“. Darauf ließ ein Lieutenant Clest, als Hammerstein abwesend war, den Boden des Einnehmers mit Gewalt öffnen; es kam dabei zu Prügeleien, der Quartiermeister zerriß die Liquidation des Rates, das Korn nahm man mit. Wenn wir auch keine Darstellung des Vorfalls von seiten der Offiziere haben, so muß doch ihnen die Hauptschuld beigegeben werden, denn nach Untersuchung der Sache durch den General-Auditeurlieutenant werden sie mit einem starken Verweise bestraft³.

¹ A. Strecker a. a. O. S. 8.

² R 7, 91.

³ Kr. Min. XVI 3, 10a. — In Preußen kam es wegen der säumigen Zahlungen noch später zu den erbittertesten Streitigkeiten. Als im August 1678 der Kapitän Auer vom Regiment Graf Dönhoff in Creutzberg Quartier nehmen wollte, sperrte man die Thore zu. „Kapitän Auer ist

Seitdem ihre Mauern sie nicht mehr vor Einquartierung schützten, brachte, wie schon erwähnt, auch Brotneid die Städter gegen die Soldaten auf¹. Unter den Offizieren, die bei den Reduktionen entlassen wurden, hatten wohl die meisten Güter oder begüterte Verwandte, bei denen sie sich bis zur Wiederanstellung aufhalten konnten², aber es mochte wohl auch mancher arme Schlucker dabei sein, der nichts besaß und in dem ökonomische Anlagen nicht weckenden Kriegsleben auch nichts erübrigt hatte. Zu einer Beamtenstelle aber besaß wohl kaum einer die nötigen Vorkenntnisse, und emsigen Arbeitsfleiß erzieht der Krieg nicht. Jene Freiheiten, mit denen man ihnen half, und von denen wir schon oben sprachen³, waren dem Bürger wenig erwünscht, durchaus aber gegen alle ihre Gerechtsame mußte es ihnen erscheinen, wenn ein Offizier in einer Stadt einen Bierschank oder ein Gewerbe anfang. Das mußte der Kurfürst denn auch verbieten⁴.

Es können nicht alle Klagen der Bürger angeführt werden; alle Ordonnanzen und Edikte eifern besonders gegen die Beleidigungen und Mißhandlungen der Kommissare und Magistrate, gegen die Aufhetzung der Einwohner gegen diese, wodurch man das Nötige und oft mehr schneller zu erzwingen hoffte⁵.

Das Verhältnis der Offiziere untereinander.

Wenn das Verhältnis der Einwohner zu den Offizieren kein gutes war, so war das der Offiziere untereinander oft nicht besser. Die beginnende Souveränität und das Zurückdrängen des Einflusses der Stände förderten in dem Verhältnis zwischen Fürst und Unterthan wieder den privaten Charakter. Dem Beamten und Offizier war sein Fürst der Staat. Mit ihm schloß man die Kapitulation, er bezahlte, man diente dafür ihm allein; ob und daß man damit dem Lande diene, daran dachten die wenigsten. In der Hand des Monarchen lag das Wohl und Wehe des Einzelnen, und je mehr, je höher sich Mittel, Macht und Ruhm jenes erhoben, je näher man ihm stand, um so mehr fühlte man sich. E. v. Burgsdorff be-

jedoch aufs Thor gedrungen, hat ihrem Schöppenmeister vor dem Thore einige Löcher in den Kopf geschlagen, den Rücken abprügeln⁶ und ihn in Arrest nehmen lassen. Einige Tage darauf quartierte sich das ganze Regiment Dönhoff in die Stadt ein. Orlich I 384.

¹ S. S. 102 f.

² S. S. 105 f.

³ Ebenda.

⁴ M III 1, 30 und Orlich III 126.

⁵ Jedenfalls war es den Unterthanen immer um möglichst gute Disciplin zu thun; 1648 schenkte die Bürgerschaft einer preussischen Stadt dem Fähnrich Friedrich v. Berka von der Arnimschen Eskadron das Quartier, „weiln er eine scharfe Kommando unter den Soldaten gehalten“. v. d. Oelsnitz a. a. O. S. 71.

klagte sich 1646 bitter, daß er nicht zur Hochzeitsfeier des Kurfürsten nach Holland gehen dürfe, sondern statt dessen die Bauern placken müsse, was ein Anderer wohl ebenso gut verrichten könne, Oberstlieutenant Schönaich gräme sich deshalb fast zu Tode¹.

Indem man sich aus dem allgemeinen Unterthanenverhältnis in ein specielleres zum Fürsten zu setzen suchte, entstand die immer mehr um sich greifende Sucht nach Titeln. Es heißt in den Adressen immer: Oberstallmeister und Oberst, Kammerer und General, Kammerjunker und Hauptmann. Alle Offiziere bis zum Obersten inkl. wurden vom Kurfürsten mit „Du“ angeredet; als der Gouverneur von Pillau, Oberst Truchseß-Waldburg, 1680 um ein „Ihr“ für sich bat, liefs es Friedrich Wilhelm doch beim Alten².

Es mutet uns heute sonderbar an, wenn Derfflinger, der Höchstkommandierende, seine Befehle an die Obersten mit den Worten beginnt: „Hochwohl-Edelgeborener, Hochgeehrter Herr Obrister“, und sie schließt: „ich verbleibe Meines Hochgeehrten Herrn Obristen dienstwilliger Diener“³. So wachte jeder auf das eifersüchtigste über die ihm zukommenden äußern Ehren, was oft zu den heftigsten Auftritten um so mehr führen mußte, als über den Rang der höheren Offiziere zunächst gar nichts festgesetzt war⁴, und die innere wahre Ehre den meisten ein unbekanntes Ding war.

Als im Juni 1656 der Oberst v. Spaen mit seinen Truppen aus Kleve in Berlin eintraf, fürchteten die drei dort befindlichen Obersten Pfuhl, Görtzke und Quast, daß jener, der wohl schon damals bei Friedrich Wilhelm gut angeschrieben war, ihnen im Kommando vorgezogen würde; ihm zu weichen, könne ihnen nicht zugemutet werden, äußerten sie sich zu Derfflinger⁵. Dieser selbst weigerte sich, unter den schwedischen General Müller zu treten, weshalb der Statthalter Graf Wittgenstein Befehl erhielt, ihn festzusetzen, falls er nicht gehorchen wollte⁶; auch dem Generalmajor Wrzesowitz wollte er sich nicht unterordnen, eher den brandenburgischen Dienst aufgeben⁷. So streiten die Obersten über den Vorrang, der General will sich keinem andern fügen, die obersten Armeeführer Sparr und Waldeck leben in steter Eifersucht, mit dem Generalkommissar endlich gerät Sparr in heftigen Kompetenzkonflikt — keine leichte Aufgabe war es da für den Fürsten,

¹ UA IV 234.

² K. v. Lossow a. a. O. S. 37.

³ Kessel, Henniges v. Treffenfeld. S. 81.

⁴ S. S. 116.

⁵ R 30, 221—224.

⁶ Orlich II 377.

⁷ UA VII 624.

Eintracht zu schaffen; befehlen durfte er nur zu wenig¹, sonst paßte es den Herren einfach nicht, und sie gingen in andere Dienste, sie wußten nur zu gut, daß sie „rare Personen“ waren, die jeder mit offenen Armen empfing.

In einem sehr üblen Lichte erscheinen später die Zustände in Preußen. Nachdem der Gen.-Lieutenant v. Bawyr sich schon im September 1657 dem Abmarsche der Truppen aus Kleve-Mark widersetzt hatte², kam es seinetwegen in Preußen zu den häßlichsten Auftritten. Im Februar 1659 schreibt Radziwill, Bawyr und de la Cave, der Kommandant von Pillau, seien in großem Zwist, de la Cave wolle jenem durchaus nicht gehorchen, wobei er seine Kapitulation vorschütze. Als auch Görtzke sich von ihm nichts befehlen lassen wollte, bat der Statthalter den Kurfürsten, jedem seinen Wirkungskreis vorschreiben zu wollen. Bald darauf überfällt Bawyr den Gen.-Lieutenant v. Kalkstein, der selbst unbewaffnet war und verwundet ihn. Darüber war nun der ganze preussische Adel empört; Radziwill meint, Bawyr könne dort nicht weiter dienen, Friedrich Wilhelm möchte Recht über ihn sprechen³.

Ein recht prägnantes Beispiel dafür, wie man sich auf die Kapitulationen stützte, ist ein Exceß des Kommandeurs der Leibgarde, Oberstlieutenant v. Schlieben, gegen den Gouverneur von Berlin-Cölln, General-Lieutenant v. d. Goltz. Dieser wollte Schlieben befehlen, einen Trabanten als Boten nach Sachsen zu stellen; der aber schloß sich in seine Wohnung ein und war nicht zu sprechen, worauf Goltz den Mann von einem Rittmeister erhielt. Schlieben ließ den Boten nicht fort. Als er deshalb in Arrest gesetzt wurde, verteidigte er sich mit seiner Kapitulation; Goltz habe ihm nichts zu befehlen, er habe keinen Vorgesetzten als nur den Kurfürsten, dessen Respekt er höher setze als den Goltzes, der sich nur „eine gewissen Jurisdiktion an der Garde zu suchen gedächte“. Die Sache endet damit, daß Schlieben den Gouverneur um Verzeihung bitten muß. Er faßte seine Stellung dem Wortlaute der Kapitulation nach richtig auf, falsch und strafbar war die verzögerte Beförderung der Briefe⁴.

Zwischen den Generalen v. Spaen und v. Eller bestand auch fortwährende Zwietracht; als beide 1675 dem Bischof von Münster zu Hülfe ziehen sollten, mußte ihnen erst befohlen werden, bei Strafe der Enthauptung alle Irrungen

¹ Als 1661 Oberst v. Podewils sich in Preußen der Einführung der Accise widersetzte, konnte Friedrich Wilhelm „dergleichen Impertinenz“ doch nicht anders bestrafen als mit der Drohung, ihn beim nächsten Avancement nicht berücksichtigen zu wollen. Orlich III 90.

² UA V 907.

³ Orlich II 388.

⁴ R 9 A 14.

untereinander bei Seite zu setzen. Dasselbe wiederholt sich 1679¹.

Dafs der Kurfürst am Schlusse jeder Kapitulation dem Betreffenden versprechen mußte, ihn nicht ungehört verurteilen oder ihm seine Gnade entziehen zu wollen, deutet darauf hin, dafs man sich gegen Verleumdungen doch nie sicher fühlte. Buch sagt, der General-Quartiermeister Blesendorf sei von gewissen Leuten angeschwärzt worden, er wolle nicht darauf schwören, dafs er sich nicht aus Verzweiflung darüber habe töten lassen².

Bei solchen Verhältnissen waren Duelle ganz an der Tagesordnung, wie sehr auch der Kurfürst dagegen mit Edikten und Strafen vorging. Meist entstanden sie, wie das Duell-edikt vom 6. August 1689 hervorhebt, zwischen Leuten, die sich auf Fressen, Saufen, Spielen und liederliches Leben legten³. Man kommt, wenn man die Notizen Buchs liest, wirklich auf den Gedanken, dafs kein Gastmahl verging, ohne dafs die Teilnehmer sich nicht schwer betranken, in welchem Zustande sie dann ihrer gegenseitigen Erbitterung Luft machten. Freilich darf man hierbei nicht unerwähnt lassen, dafs diese Völlerei und Zanksucht in andern Ständen ebenso Sitte war⁴.

Um den Rangstreitigkeiten ein Ende zu machen, erlies der Kurfürst ein Edikt und wiederholte es 1684 in schärferem Tone, nach dem die Obersten ihren Rang untereinander nach dem Tage der Vorstellung ihrer Regimenter haben sollten⁵.

Das Verhältniß der Offiziere zum Fürsten.

Es liegt auf der Hand, dafs man, so lange jeder heute hier morgen dort, wo er eben die meisten pekuniären Vorteile zu erlangen hoffte, diente⁶, und diese ganze Thätigkeit mehr den Charakter einer privaten Spekulation als den eines pflichtbewußten Dienens für den Staat hatte, von einem vaterländischen Offizierkorps überhaupt nicht reden kann. Courbière hat ganz Recht, wenn er sagt, dafs Friedrich Wilhelm,

¹ Orlich III 256 und Kessel, Buchs Tagebuch II 172.

² Blesendorf fiel 1677 vor Stettin. Buchs Tagebuch I 300.

³ M II, 3, 14.

⁴ Man lese z. B. die Schilderungen des Studentenlebens jener Zeit von E. Grosse in Velhagen u. Klasings Monatsheften 1892, III.

⁵ M III, 1, 55.

⁶ Ein markantes Beispiel dafür ist ein gewisser Theler, welcher diente: 1. der Stadt Danzig als Musketier 1 Jahr, 2. Spanien 6 Jahre, 3. Frankreich 3 Jahre, 4. Sachsen 5½ Jahre, 5. Schweden 1 Jahr, 6. Frankreich 1 Jahr, 7. Sachsen 9 Jahre, worauf er hier 1682 mit 49 Jahren Oberlieutenant wurde. v. Schimpff, Gesch. des sächs. Gardereiterregiments.

um aus der Gesamtheit der Führer wirklich ein geschlossenes Ganze zu bilden, es verstehen mußte, das Interesse jedes Einzelnen an sich und sein Haus zu knüpfen und durch dieses gemeinsame Interesse auch das Gefühl der Gemeinschaft in den Herzen seiner Generale und Obersten zu erzeugen¹. In wie weit ihm dieses aber gelang, was zu wissen von der größten Wichtigkeit wäre, sagt Courbière nicht. Wenn er behauptet, es geschah vor allem durch Naturalisierung der fremden Offiziere, die meisten seien schon Unterthanen Friedrich Wilhelms gewesen, der Kurfürst habe nach einem nationalen Offizierkorps gestrebt², so dürfte dagegen doch folgendes in Betracht kommen.

Es kostete sehr große Summen, fremde Offiziere zu bekommen, und schon deshalb war man auf den eingeborenen Adel angewiesen; noch 1713 galt die schwedische, dänische, polnische, österreichische Offizierstelle mehr als die brandenburgische³. Friedrich Wilhelm konnte also gar nicht anders, er mußte seinen Adel zu Offizieren nehmen⁴. Darum eben liefs er sich sein Recht, dessen Vasallendienste zu gebrauchen, nicht entgehen und verbot ihm in mannigfachen Edikten, bei Verlust seiner Güter in fremde Dienste zu treten⁵.

Dafs er fremde Offiziere nahm, wo er sie bekam, kann man nicht wohl leugnen. Zunächst war es ihm um französische zu thun, die damals mit Recht als die erfahrensten galten; man erinnere sich an de la Cave, du Plessis-Gournet, Graf

¹ Verfassung S. 59.

² Ebenda S. 57.

³ G. Schmoller, Verwaltung Ostpreussens a. a. O. S. 48.

⁴ Wie die uns erhaltenen Musterrollen zeigen (z. B. bei v. Mülverstedt), so ergänzten sich die Offiziere zum allergrößten Teile aus dem einheimischen Adel. Er allein besafs ja auch die militärische Ausbildung. In der ersten Zeit diente er noch viel in den Reihen der gemeinen Reiter, wie z. B. im Arkebusierregiment E. v. Burgsdorffs 1645 auf drei Gemeine etwa ein Adliger kommt, jedoch haben 2 Kompagnieen gar keine Adlige. 1656 finden wir in Burgsdorffs Leibkompagnie, die 1645 30 Adlige zählte, nur noch einen einzigen (R 21, 7 d). Überhaupt nahmen dieselben nun unter den gemeinen Reitern ab. 1672 kommen beim Regimente Anhalt z. Pf. auf etwa 500 Reiter nur 17. Mit dem Wachsen der Armee brauchte man sie eben nur noch als Offiziere. Die adligen Gemeinen waren Avantageure (Pagen). Bei der Infanterie stehen auch in den früheren Zeiten nur sehr wenige adlige Gemeine.

Es sei hier gleich erwähnt, dafs die höheren Offiziere mit Einschluss der Obersten fast nur Adlige waren; die Ausnahmen sind sehr gering; Derfflinger und Henning wurden geadelt. Ausser den Fremden finde ich nur sehr wenige bürgerliche Obersten wie Hille, Fargel (F. Hirsch a. a. O. S. 250 nennt ihn von Fargel), den Artilleristen Weiler.

⁵ Fünf Edikte von 1654—1666 in R 24 E 2 und sieben von 1674 bis 1687 in Kön. Bibl. Berlin G. y. 16 500. 1675 thaten fast sämtliche Edelleute des niederbarnimschen Kreises Kriegsdienst. Schreiben des Kreis-kommissars Jak. Melchior v. Görtzke vom 25. September 1675 an den Gen.-Wachtmeister v. Sommerfeldt. Kr. Min. XVIII 2 d 3 I.

d'Espeuse, Graf de Cominges; auch Namen wie Chauvet, de Hallart, du Hamel, Mortaigne und viele andere deuten auf französischen Ursprung und finden sich vor der Einwanderung von 1685. Aus Holland gewann man besonders Ingenieure wie Kornelis von der Kloot (1655), Jean ten Venhuys (1658 bis 1661) und Heinrich Wallmann (1659), letzteren mit dem hohen Gehalt von monatlich 80 Thlr. und Servis¹. Daß Friedrich Wilhelm diese Fremden zu naturalisieren suchte, hatte doch in erster Linie darin seinen Grund, daß er die erprobten Kräfte seinem Staate erhalten wollte und sodann, weil sie meistens wohlhabende Leute waren und Geld ins Land brachten. Aber es gelang durchaus nicht immer, sie dauernd zu fesseln. Der Oberst Frhr. v. d. Goltz, welcher von polnischer Abkunft war und bis 1656 in österreichischem und französischem Dienste gestanden hatte, brachte es im brandenburgischen bis zum Gouverneur von Berlin und General von der Infanterie, Colbert, nennt ihn einen fort bon officier²; 1677 ist er aber dänischer Feldmarschalllieutenant und 1681 kursächsischer Generalfeldmarschall. Auch Graf Promnitz, der 1672 ein Regiment z. Pf. warb und durch seine Attacke bei Fehrbellin bekannt ist, ging später nach Kursachsen³, der Kurhesse Oberst Uffel 1665 in braunschweigische Dienste⁴.

Ich glaube der Größe des Fürsten mit meiner Behauptung nicht zu nahe zu treten. In richtiger Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse seiner Zeit setzte er sich zum ersten Zwecke, ein starkes, wohlgeübtes Heer, in Furcht vor ihm, abhängig von ihm, zu schaffen. Zur Furcht trat die Verehrung für den großen Monarchen, den lorbeerbekränzten Sieger und dann erst „das Interesse für ihn und sein Haus“ und „das Gefühl der Gemeinschaft in den Herzen der Generale und Obersten“.

Wohl wollte er nur „ihm anständige Officierer“, aber das Gefühl für Ehre, wie es heute im preussischen Offizierkorps lebt und es zusammenhält, das hat erst sein Enkel geschaffen. „Je mehr Diener, desto mehr Diebe“, lauten die lakonischen Worte im Testament von 1667, und wenn der Kurfürst dieses auch von den Finanzbeamten sagt, so lassen die Musterungsbestimmungen und Edikte die Offiziere doch in keinem viel besseren Lichte erscheinen. Gegen Ende der Regierung war das unzweifelhaft besser geworden, aber wenn noch 1683 die Unteroffiziere bei der Musterung schwören müssen⁵, wirklich diese Charge zu bekleiden, so läßt dieses doch wenig Raum

¹ v. Bonin a. a. O. S. 14.

² UA II 370.

³ Vorstehendes aus Schuster und Francke a. a. O.

⁴ v. Mülverstedt, S. 466.

⁵ Diese Bestimmung war in der Musterordnung von 1672 noch nicht enthalten. S. S. 129 f.

für die Annahme, daß Anhänglichkeit und Ehrgefühl ganz die schnöde Gewinnsucht besiegt hätten.

Die Vorschüsse.

Wir haben die Korruption des Offizierstandes durch den dreißigjährigen Krieg kennen gelernt. Suchen wir uns nun die Schwierigkeiten klar zu machen, welche einer Regeneration desselben besonders entgegentraten.

Was sich einer Veränderung der Kapitulationen, der Hauptdeckungsmittel der Autonomie der Obersten, auf die wir unten näher eingehen, hindernd in den Weg stellte, war, daß die Regierung als Schuldnerin der Offiziere auf ihre Privilegien Rücksicht zu nehmen hatte. Mit der Übernahme eines Regimentes war doch immer ein ziemliches Risiko verbunden. Der Oberst mußte das Traktament, wenn es von den Orten, auf die man ihn angewiesen hatte, nicht gezahlt wurde, aus eigenen Mitteln vorschießen, um Meutereien zu verhindern¹. Dieser Vorschuß war nötig, seit der Kurfürst Truppen im eigenen Lande hielt. Wir sahen schon bei Besprechung der Verpflegung, wie die Heere des dreißigjährigen Krieges auf Kosten der Länder lebten, in denen sich der Krieg abspielte. Erdmannsdörfer setzt näher auseinander, wie der General auch ein guter Ökonom sein mußte, wie es eine seiner Hauptaufgaben war, ein Land möglichst lange prästationsfähig zu erhalten; der General konnte allein durch gute Wirtschaft bedeutenden Gewinn für die eigene Kasse erzielen². In solchem Mafse war das jetzt doch nicht mehr möglich. Während des schwedisch-polnischen Krieges waren die Winterquartiere fast immer in der Heimat, nur im Sommer gab es Gelegenheit, auf Kosten des feindlichen Landes zu leben. Dann kam die lange, nur von einzelnen Türkenhülften, der münsterischen Unternehmung und der gegen Magdeburg unterbrochene Friedensepoche. In den Feldzügen gegen Frankreich und Schweden 1672—79 befand man sich immer auf Reichs- oder eigenem Gebiet, ein Plündern und Rauben kam da leider auch vor, aber von einer systematischen Ruinierung der Landschaften kann nicht mehr die Rede sein. Wer also Gewinn von seiner Stelle haben wollte, konnte ihn nur in guter Verwaltung finden. Indessen waren die Ausgaben selten geringer als die Einnahmen. Friedrich Wilhelm konnte zu Obersten doch

¹ Im August 1651 schreibt der Oberst Quast, er könne auf die vorgeschlagenen Kapitulationspunkte nicht eingehen, da er dann von seinem Eigenen zusetzen müsse, wozu er es nicht habe, der Hofmarschall v. Puttlitz möge genügende Mittel vorschlagen. R 24 E 5.

² B. Erdmannsdörfer, Graf G. Fr. v. Waldeck, Berlin 1869. S. 78 ff.

nur Leute nehmen, die Vermögen besaßen¹. Denn wer hätte damals einem Soldaten Kredit gegeben! Und Unterschlagungen liefs sich der Kurfürst nicht mehr gefallen. Schon die ganzen Werbegelder schofs der Offizier meist vor, und das Abzahlen derselben sowie des vorgeschossenen Traktaments liefs oft nur zu lange auf sich warten. Im Anfange der Regierung Friedrich Wilhelms meldeten sich zahlreiche Offiziere mit ganz enormen Restforderungen aus früheren Jahren². Die Stände, an welche die Offiziere zur Verpflegung angewiesen waren, zahlten oft wenig oder gar nichts; dann werden Exekutionen befohlen, aber dennoch blieben Rückstände, denn wo nichts war, da war auch nichts zu nehmen. Im November 1660 verzeichnet Platen, daß vom Oktober und November 1659 den Stäben der Generale Goltz und Pfuel 2662 Thlr. restieren, welche Summe einigen Städten zur Bezahlung assigniert wird, aber vergebens; die Offiziere klagen, es käme nichts ein³.

Wahrhaft furchtbare Zustände herrschten in den westlichen Landen, wo weniger die Einwohner als die Soldaten litten. Von allen Offizieren und Beamten, die mit der Verpflegung zu thun hatten, ertönen Klagen⁴. Schon im April 1646 brach unter den Offizieren und Mannschaften der Garnison Kleve eine Meuterei aus; der Oberst Adam v. Hake, der Ob.-Wachtmeister v. d. Marwitz und 3 andere Offiziere erschienen auf der Regierung und forderten ungestüm ihren Sold, mit einem einzigen Monat könnten sie nicht zufrieden sein. Aber die Stände gaben nichts⁵. Um eine allgemeine Meuterei zu

¹ In der schon angeführten Supplicatio vom Ende des Jahrhunderts (s. S. 103) heift es noch, man müsse einem Heere, Regiment oder Kompagnie einen freigebigen, reich angesessenen und gutmütigen Kavalier fürstellen, der nicht auf sein eigen Interesse und Beutel allein, sondern auch auf die Notdurft der Soldaten sieht.

² 1641 sendet der Oberstlieutenant Schick eine nach seiner Kapitulation berechnete Restforderung über 19 898 Thlr. 18½ Gr. ein, die Friedrich Wilhelm nicht nach der Kapitulation, sondern nach der gedruckten Verpflegungsordre mit Winter- und Sommertraktament umgerechnet zu bezahlen befiehlt (s. Tabelle I, S. 56, Nr. 4, 5). Der Oberstwachmeister J. Holst rechnet für sich einen Rest von 11 103 Thlr. heraus. R. 24 E 3. — 1644 erhält Oberst v. Potthausen für eine Forderung von 28 000 Thlr. ein Lehn in der Altmark. v. Möerner a. a. O. S. 244. — Noch 1655 meldet sich der Rittmeister v. d. Goltz mit einem von K. v. Burgsdorff unterschriebenen Restzettel von 1632/33 auf 11 472 Thlr 8½ Gr., die er in dessen Regiment damals vorgeschossen hatte; er habe wegen des Ruins des Vaterlandes kein Geld fordern mögen, da aber jetzt — also nach 22 Jahren — alle seine Kameraden bezahlt würden, so bitte er auch um Vergütung. Es wurde ihm ein „mittelmäßiges“ Lehn in der Neumark angewiesen. R 24 M a. Der alte, von Burgsdorff unterschriebene Restzettel liegt bei den Akten.

³ R 24 GG 1.

⁴ Das Folgende aus UA V.

⁵ Meinten diese doch später, sie müßten „des Kurfürsten unnötige Völker zum Plaisir und eigennützigen Vorteil desselben Ministres“ unterhalten.

verhindern — eine Kompagnie hatte schon beim Beziehen der Wache die Gewehre fortgeworfen — machte Hake endlich einen Vorschuss aus eigenen Mitteln. Aber noch im Juli waren, wie der Rentmeister Moll berichtet, die Truppen 4 Monate unbezahlt. Der Reces von 1649 machte erst diesen Zuständen durch Abführung der Truppen ein Ende.

In ähnlicher Weise waren während des schwedisch-polnischen Krieges die Obersten zu Vorschüssen gezwungen. Der Statthalter Fürst Radziwill empfiehlt 1659 den Obersten Hille als sehr tüchtigen Offizier, der seit 5 Monaten noch keinen Heller seiner Oberstengage genossen habe. Des Obersten v. Schönaich Güter seien von den Schweden ruiniert, er müsse Betteln gehen. 1660 ist man ihm, Radziwill, 7000 Gulden schuldig, aber er könne warten; hingegen sei der Gen.-Major Görtzke schlecht daran, er habe, um sich Achtung zu verschaffen, 5000 Thaler auf Abschlag seiner Löhnung vorausverzehrt; Oberst Wallenrodt habe seit 5 Monaten keinen Pfennig gesehen¹.

Mit der Zeit wurden die Geldverhältnisse, wie wir in Abschnitt III gesehen haben, bessere; sobald aber durch Kriege grössere Ausgaben nötig wurden, blieb noch oft die Bezahlung aus. 1673 war Stendal dem Regiment Homburg 2000 Thlr. schuldig, die von den Offizieren vorgeschossen werden mußten², und im Januar 1676 berichtet Spaen auf kurfürstlichen Befehl, die Steuergelder würden sehr spät gezahlt, „wodurch die Offiziere vielmahlen mit grossen und schweren unkosten zween, drey und Vier Monat soldt haben vorschiesen und die Gelder auf 5, 6 und 7 verpensionieren müssen“. Diese Kosten brächten sie dadurch ein, daß sie weniger Mannschaft hielten als bestimmt sei. Die Reformen des zum Oberreceptor ernannten F. W. v. Diest brachten in diesen westlichen Landen einige Besserung, dafür war aber Diest oft in bedeutendem Vorschuss³.

Viel schlimmer stand es zu derselben Zeit im Osten. Oberst Barfuß berichtet aus Pasewalk, bei dem anstrengenden Dienst sei auch die letzte Kompagnie in der Montierung ganz abgerissen, er habe bisher von Wasser und Brot gelebt, täglich würden so viele krank und stürben dahin, daß in kurzer Zeit das Regiment ruiniert sein würde. Seit 10 Wochen habe er nur 50 Wispel Roggen und 144 Thlr. empfangen, die Offiziere hätten die Montierungen verkauft⁴.

Friedrich Wilhelm konnte nur schwer Abhülfe schaffen, er mußte sich sogar oft im voraus ausbedingen, daß die

¹ Orlich II 387 f.

² H. Jungfer, D. Gr. Kurfürst u. Friedr. v. Homburg. 1670 bis 1673. — Forsch. z. deutsch. Gesch. 1885. S. 539.

³ R 34 n 18 g.

⁴ Orlich II 38.

Offiziere Vorschüsse leisteten¹. Nach seiner Instruktion von 1669 muß Meinders darauf sehen, daß die Offiziere, falls die monatliche Zahlung nicht richtig erfolgt, ihren Leuten den Sold vorschießen². Noch 1672 versprach Graf Promnitz in seinem Entwurf zur Kapitulation über ein Regiment z. Pf., 10 000 Thlr. zur Werbung vorzuschießen³.

Die Finanzerei.

Wenn dieses Mißstände waren, die sich aus den ganzen Zeitverhältnissen ergaben, so kommen wir nun auf solche, die allein der Gewissenslosigkeit und Habgier der Offiziere zur Last fallen. In den Händen der Obersten und Kompagniechefs lag die Sorge für Ersatz, Verpflegung, Bekleidung und Ausrüstung der Truppen. Die Kontrolle über ihre Verwaltung aber hatte total versagt. Dadurch eben konnte besonders das Amt des Obersten den Charakter einer finanziellen Spekulation annehmen. Männern wie Klitzing, in deren Seelen die „Finanzerei“ alles Pflichtgefühl gegen sich selbst, ihr Land, ihre Truppen und den Kriegsherrn erstickt hatte, war es gar nicht darum zu thun, Siegeslorbeeren zu erkämpfen, wenn man sie nur unbehelligt liefs, waren sie zufrieden. Damit war aber einem Fürsten wie Friedrich Wilhelm durchaus nicht gedient.

Gleich nach dem Tode Georg Wilhelms ließen die kurmärkischen Stände dem Kurfürsten vorstellen, daß der Übermut der Soldaten und Offiziere kaum zu ertragen sei. Die Offiziere brächten, wenn man kein Geld schaffen könnte, den Besitz der Städte um ein Hundebrot an sich, man müsse ihnen die Güter Kontributions-Schofs — und von allem oneribus frei verschreiben; schon fingen die Einwohner an auszuwandern. Es seien vierteljährliche Musterungen anzustellen, denn die Kompagnieen würden komplett bezahlt, wobei sie doch oft nur 30—40 Mann zählten. Die Servitien würden in Geld bezahlt, folglich müßten die Truppen sie kaufen. Statt der Militär-exekutoren seien die Landreuter, statt der Winter- sei die Sommerordonnanz zu verwenden⁴. Auf das alles geht denn auch der Kurfürst ein. Aber lange nicht alle Mißbräuche haben die Stände berührt.

¹ Aus den ersten Jahren des Kurfürsten liegen dafür viele Beispiele vor. 1648 muß General Houwald in Preussen die Werbegelder vorschießen (UA I 268 ff.), der Resident im Haag, Christian Moll holländische Offiziere bewegen, mit ihren Truppen in kurf. Dienste zu treten; sie müssen aber Gelder vorzustrecken sich bereit erklären (UA IV 78). 1651 sollen Derfflinger, Pfuhl, Görtzke „u. a. renommierte Obersten“ in den Marken auf eigene Kosten Kompagnieen werben (UA VI 127).

² A. Strecker a. a. O. S. 128. —

³ G. Lehmann a. a. O. S. 156.

⁴ Eingabe der ständischen Deputierten. 8./18. Januar 1641. UA X 77 ff.

Außer daß sich die Offiziere auf mehr als die „effective praesentes“ verpflegen ließen, welcher Mißbrauch, wie wir gleich sehen werden, durch die Musterungen abgestellt wurde, suchten sie sich auf alle mögliche Weise mehr Geld zu verschaffen, als ihnen zukam. Da ließ man sich sogenannte Neben- oder Freiquartiere anweisen, d. h. Wohnungen für Leute, die gar nicht vorhanden waren und nahm dann von den Wirten für das Nichtbeziehen derselben Geld¹, oder der Oberst ließ sich außer seinem Oberstenquartier noch eins als Rittmeister geben, oder man logierte einen guten Freund bei sich ein, der dann das Quartiergeld in die Tasche steckte², oder der Offizier bezog, während er abkommandiert war, auch noch von seinem Standorte für sich und seine Leute Quartiergeld³, oder man zwang endlich den Einwohnern Salvaguardien auf und forderte dafür ein Hohes⁴. Die Offiziere entblödeten sich sogar nicht, an Straßen, Thoren und Wasserwegen förmliche Zollstationen anzulegen; trotz häufiger Verbote nimmt z. B. in Spandau der wachthabende Offizier 1660 von dem durchpassierenden Schiffe für sich einen Dukaten⁵, und im Dezember 1661 beschwerten sich die Stände, daß die Offiziere in den Städten von den Durchreisenden eine Schatzung, auf den Jahrmärkten von den Marktleuten Stättegeld forderten⁶. Kurz, eine unwürdige Gelderpresserei und Schacherei an allen Ecken und Enden. Auch durch allerlei Hinterthüren zu höherem Gehalt zu kommen, scheute man sich nicht; wie denn 1656 der Kornet Waldau dem Mons. Meinders sagen läßt, „wenn es durch dessen Vermittelung geschehen könnte, daß er die Lieutenants- und der Kapitänlieutenant die Rittmeistergage bekämen, wollten sie beiderseits eine ansehnliche Diskretion an Mons. Meinders abzutragen wissen“. An der Integrität dieses Beamten scheiterten aber ihre Praktiken⁷.

In den siebziger Jahren traf man endlich strengere Maßregeln. Die Ordonnanz von 1675 bestimmt, daß zu viel Gefordertes vierfach wiederzuerstatten sei, und im Oktober 1679

¹ M III 1, 48. — 1666 beklagte sich der Kurfürst Maximilian Henrich von Köln, die brandenburgischen Offiziere hätten — wie vorgegeben wird — in brandenburgischen Landen sich die Quartiere abkaufen lassen und sie in dem kölnischen Gebiet gewaltsam genommen. UA XI 722.

² M III 1, 37.

³ M III 1, 42, 46.

⁴ M III 1, 11. — Über Sauvegarden bestimmt die kursächsische Ordonnanz von 1646, daß wo solche zur Sicherung der Kommerzien und Feldarbeit begehrt werden, für einen Musketier außer der bestimmungsmäßigen Verpflegung wöchentlich nicht mehr als $\frac{1}{2}$ Gulden, für den Reiter nicht mehr als 1 Thlr. und Pferdefutter gegeben werde. J. Ch. Lünig, Codex Augusteus I 1998.

⁵ R 21, 138.

⁶ Orlich II 402.

⁷ A. Strecker a. a. O. S. 9.

befiehlt Friedrich Wilhelm, den Offizier, der solches nicht verhindert habe, zu kassieren¹.

Die Regeneration des Offizierstandes.

Die Musterungen.

Wenn wir schon einige Mafsregeln kennen gelernt haben, durch die man eine Besserung dieser Zustände zu erreichen hoffte, so kommen wir nun zu derjenigen, auf die schon öfter hingewiesen wurde, die der Regierung als die wichtigste erscheinen mußte, weil durch sie allein der Hauptbetrügerei der Offiziere vorgebeugt werden konnte, zu der Musterung. Die Wichtigkeit dieses Geschäftes wird es rechtfertigen, wenn wir zu dessen Darstellung etwas weiter ausholen.

Man kann sagen, dafs sehr bald nach Entstehung der Söldnerheere schon alle Mifsstände derselben hervortraten². Als das Material sich immer mehr verschlechterte, als der Landsknecht zum Berufskrieger geworden war, da kam es seinem Führer einzig und allein auf Bereicherung an. Die Söldnerei mußte, ihrem Ursprung aus der Geldwirtschaft entsprechend, bald zum obersten Grundsatz die Schonung der Truppen haben. Abgesehen davon, dafs die Zeltkameraden von heute sich morgen als Feinde gegenüber stehen konnten, so war mit dem Verluste an Mannschaft immer ein pekuniärer Nachteil für den Obersten oder Hauptmann verbunden. Die Werbung entwickelte sich dann schnell zu einem förmlichen Lieferungsgeschäft. Es kam so weit, dafs man Leuten Patente für die Aufstellung von Kompagnieen gab, dafs diese dann die Gelder eintrieben, aber keinen einzigen Mann warben, sondern sich in den Gewinn mit dem Patentaussteller teilten³.

Darum war der Kriegsherr seit jeher darauf bedacht, sein Interesse durch Musterungen in acht nehmen zu lassen. Der Musterherr hatte auf Tauglichkeit, Geübtheit und Ausrüstung zu sehen und die Namen zu verzeichnen⁴. Da galt es nun für die habgierigen Hauptleute, jenen zu hintergehen, und man

¹ Orlich III 307.

² Schon Macchiavelli erkannte diese Schäden, indem er meint, die Söldner seien genötigt, entweder den Krieg zu verewigen oder die Kriegszeit derart auszunutzen, dafs sie im Frieden von der Beute schwelgen könnten. M. Jaehns S. 458. Und der erfahrene Kriegsoberst Schwendi klagte kurz vor seinem Tode († 1584):

Finantz und Trug wird durchgebracht,
Der arme Knecht wird schlecht bedacht,
Der alte Spruch wird an uns bewehrt,
Gefräfs und Geseuf mehr tödt danns Schwert.

Ebenda S. 541.

³ Ebenda S. 687.

⁴ Fronsperger a. a. O. S. 70.

kann sagen, sie verstanden es. 1577 erschien sogar eine gedruckte Anweisung dazu von einem Musterschreiber Stanislaus Hohenspach, welcher sagt, er habe sie auf Bitten mehrerer Hauptleute publiziert: „Wollest einen auff einen Blinden oder andern Namen durchschicken, so gieb jme denselben auff ein Zedel geschrieben und befilch jhme, daß er fleissig darauff mercke, und wann man verlist, daß er nu dapffer darauff durchgehe, als wan es sein eigener nam were.“ Will man einen, der schon längst tot ist, als krank angeben, so legt man einen Hurenjungen oder kranken Knecht, der zuvor schon durchgegangen, im Landsknechtskleid in ein Quartier. Wenn sein Name gerufen wird, schreit eine Rotte, er liege im Losament, aber keiner, er sei tot oder entlaufen, „damit sie an der Musterung nichts plodern.“ Noch schlimmer war es freilich in Frankreich, wo man einfach Marketender, Huren und Buben in Landsknechtskleidern vorstellte¹.

Je länger, desto schlimmer wurde es damit. Wie schwierig und aussichtslos die Thätigkeit der Kommissare war, erfahren wir von Wallhausen, wenn er sagt:²

„Unsere Kriegsleute heutiges Tages practiciren und üben sich lieber in Partiten zu machen, wie sie nur den Herrn wacker besch n und betriegen können; wann einer ein Fähnlein von 300 Mann hat und 150 Passifalanten, die er durchbringen kann, den Commissarien eine Nase zu machen nicht weiß, der ist kein erfahrener Kriegsmann. Der aber seine Herrn und Commissarien, so in der Herrn Namen munstern, wacker und hurtig betriegen kann, und der solche Stücklein am besten kann, der ist der beste Kriegsmann, der ist ein verschmitzter Kopf: Ja ich glaube es sehr wohl, auf etc. Stück, aber von Abrichtung seiner Soldaten soll keiner ihm den Kopf zerreißen. . . Wann ein Commissar abgefertiget wird, in was Angst, in was Sorg seines Leibs und Lebens sitzt er am Munster Disch. Wann er die Knechte munstern soll und ihre Bezahlung machen, mit was Schnarchen und Pochen, Fluchen und Schweren wird den Commissarien oft das Gewehr von manchem losen, leichtfertigen Hallunken für die Füße geworfen, wann ihm nicht eben doppelter Sold zugelegt wird, da doch von 100, ja 1000 kaum einer seinen Sold rechtschaffen wie unsere Vorfahren verdient Ihre Zahlherrs, ihre fürgesetzte Obrigkeiten, wie ehren sie dieselbige? Frage diejenige Commissarien, so von hohen Potentaten und Herrn sind zu solchen Teufelirern geschickt worden, die sie billiger ehren sollten sie werden es wissen zu erzählen, wie sie mit ihnen umbgesprungen, wie sie sind von ihnen zermartert worden, ärger als kein Henker einer mißthädigen

¹ M. Jaehns a. a. O. S. 771.

² Kriegskunst zu Fuß. S. 14, 20.

Person mit der Folter thut: Wenn ichs erzählen wollte, würde ein ganzes Buch davon werden.“

Wohl waren auch im dreissigjährigen Kriege strenge Strafen für Musterungsvergehen in den Kriegsartikeln enthalten, wohl wurden auch plötzlich Musterungen befohlen und Instruktionen, wie die Kommissare dabei zu verfahren hatten, erlassen¹, aber die Gefahr, welcher diese sich dabei aussetzten, und ihre eigene Unredlichkeit² machten ihre Thätigkeit ziemlich erfolglos. Auch die brandenburgischen Regimenter wurden von Kommissaren gemustert, aber gerade durch den Mangel an genügender Kontrolle zergingen sie „wie der schaum v. der Wasser“³. Mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms setzte die Reformation auf diesem Gebiete ein. Zuerst allerdings sind die Schattenseiten noch stark überwiegend; sehr langsam nur kann der überall behinderte Fürst vorschreiten.

Die Hauptbetrügereien fanden mit den *passevolanti* oder *piazza morte* statt. Ursprünglich waren es nur auf einen Tag gemietete Söldner, durch die man dem Kommissar die fehlenden Plätze verbergen wollte⁴. Gustav Adolf gab ihnen jedoch einen ständigen Platz in den Soldlisten. „Mit solchen *Passevolanten* geht es auf diesen Schlag zu, daß allewege auf 11 Mann Geld gegeben und in der Musterung gut gethan wird, wenn sich 10 Mann präsentieren. Dafür muß der Kapitän die Kompagnie immer *cumplet* halten ohne Finanzerei, außer nach großen Verlusten in Schlachten⁵.“ Auch in Brandenburg blieben sie in einzelnen Fällen erlaubt. Im Januar 1654 bittet ein Lieutenant v. Gallop in der Schanze Oderberg um 2 *Passevolanten*, da er kein *Servis* erhalte, und in solchen Fällen den Offizieren *Passevolanten* gut gethan würden. Er bekam sie⁶. In der Instruktion für den Kriegskommissar Winkler von 1656 werden pro Kompagnie 5, in der für den *kleve-märkischen* nur 3 bewilligt⁷. Als aber 1670 die Kommissare bei den preussi-

¹ G. Droysen a. a. O. S. 417 ff.

² Wallhausen sagt, außer jungen Leuten und reichen Leuten sei zum Kriege noch nötig, „daß die Commissarii den gemeinen Seckel nicht bestehlen.“ *Corpus militare*. Hanau 1617. S. 74. — Sehr schlecht kommen die Kommissare bei Moscherosch fort: „das alte Sprichwort ist *Homo homini lupus*, aber billiger soll man heutiges Tags sagen: *Homo homini Judaeus*, *Homo homini Commissarius*. Die Juden sein die Marksauger der Christen, die Commissarii die Blutsauger der Christen.“ Dieses Thema wird dann auf 17 Seiten erörtert. Moscherosch a. a. O. S. 776 ff.

³ Worte Schwarzenbergs vom 9. Sept. 1638. v. Mörner a. a. O. S. 219.

⁴ G. Droysen a. a. O. S. 411.

⁵ W. Schildknecht a. a. O. S. 165 f. — In Österreich sollen sie bis 1660 gesetzlich zur Rekrutierung gestattet gewesen sein. *Feldzüge Eugens I.* I 287.

⁶ R 24 E 5.

⁷ S. S. 128.

schen Truppen deren 300 vorhanden, wurden ohne ausdrückliche Genehmigung alle verboten¹. Im Kriege muß dieses Unwesen aber wieder eingerissen sein, denn am 27. Dezember 1674 schreibt Meinders aus Straßburg, da man sparsam sein müsse, „so stehet in E. Ch. D. gn. Gefallen, ob sie die Regimentsstäbe und Primaplanen für voll ansetzen, daneben aber bei der Parole oder durch schriftliche Ordre dem Kommandanten bei den Regimentern anbefehlen lassen wollen, daß sie die eigentliche Anzahl ihrer Gemeinen unverzüglich eingeben sollen, da meines unterth. Erachtens E. Ch. D. nicht Ursach haben, auf tote oder außer ihren Diensten abwesende Leute einige Gelder zu zahlen“². Die Ersatzart der Abgänge durch zweimonatliche Offenhaltung der Stellen seit 1678 — also eine so lange Führung eines Passevolanten oder Blinden — wurde schon erwähnt³.

Für das Musterungsgeschäft selbst gewährte Friedrich Wilhelm den Kommissaren den nötigen Schutz. Die allmählichen Verbesserungen darin werden wir am besten an der Hand einiger Musterungsrollen-Berichte und -Instruktionen erkennen.

In den Musterrollen des Burgsdorffschen Regiments z. F. von 1640 sind die Leute nur mit Namen und Heimatsort aufgezählt⁴. Die Bemerkungen des Musterers über die von E. v. Burgsdorff 1644/45 aufgestellten Arkebusierkompagnieen z. R. sind schon eingehender. Musterkommissar ist K. v. Burgsdorff. Er bemerkt, welche Leute als Kranke, Beurlaubte, Entlaufene fehlen, welche untauglich sind, wieviel an der Sollstärke mangeln. Ebenso macht er Notizen über die Pferde, wie „ein zu klein Pferd“, ein „so gar gering Pferd“, ein „ander Pferd“ (anzuschaffen) und „das Pferd ist umbgefallen“⁵.

Die Musterrollen des Jahres 1656 sind unterschrieben von dem Kompagniechef und dem „Churf. brandenb. verordneten Munster-Commissarius.“ Es begann damals das 1655 wieder errichtete Kriegskommissariat einzugreifen. Doch herrscht vor der Hand noch ziemliche Verschiedenheit. In einer von dem Kommissar Wernicke unterschriebenen Musterrolle der Kompagnie des Oberstwachtmeisters v. Hacke⁶ ist bei jedem Mann, der nicht zur Stelle ist, genau der Grund seiner Abwesenheit angegeben; 5 Leute „sollen“ mit einem Sergeanten auf Werbung sein, 4 auf Exekution, ein Gefreiter sitzt im Stock, weil er einen Mann totgeschlagen hat, andere sind nach Spandau

¹ v. d. Oelsnitz a. a. O. 122 nach dem Königsberger Archiv.

² UA XIII 657.

³ S. S. 52. — Blinder, nicht weil er nichts sah, sondern weil man ihn nicht sah. Noch heute die Ausdrücke: Blinder, blinde Rotte.

⁴ R 24 G 6, 7.

⁵ R 24 Z b.

⁶ Actum Spandau, 14. April 1656. — R 24 G 6, 7.

und Löknitz abkommandiert, 4 entlaufen, 2 gestorben, 2 nach Attestaten beurlaubt. Auch ist bei Neugeworbenen bemerkt, was für die Soldzahlung von Wichtigkeit war, wie lange jeder schon bei der Kompagnie steht.

Bald aber werden allgemein gültige Bestimmungen erlassen. In dem Kriebsrecht von 1656 wird befohlen, daß jeder Offizier sich zu jeder Stunde mustern lassen soll; keiner darf Pferd oder Rüstung von einem andern entleihen; welcher Offizier von einem andern Volk entleiht, soll zum Schelm gemacht und des Lagers durch die Steckenknechte verwiesen werden. Auch wird der Kapitän, mit dessen Wissen sich ein Mann zur Musterung vermietet, kassiert, der Mann selbst das erste und zweite Mal mit Spießrutenlaufen, das dritte Mal mit Enthauptung bestraft. Nur bei der Musterung dürfen Leute entlassen werden. Die Musterkommissare sollen die Rollen selbst anfertigen und die Namen der Entlaufenen mit einem Galgen zeichnen¹. Alles dieses waren keine neuen Verordnungen; ich bemerkte schon, daß dieses Kriebsrecht eine Übersetzung des schwedischen ist. Aber man blieb in Brandenburg nicht dabei stehen.

Wir haben aus dieser Zeit ein Schema für die Instruktion eines kleve-märkischen „Monsterkommissarius“², das in der Hauptsache mit den Instruktionen der für die Armee in Preußen im Oktober 1656 ernannten beiden Kommissare Winckler und Schubert³ übereinstimmt. Gerade damals war eine sehr scharfe Musterung nötig, weil überall im Lande die Werbetrommel gerührt wurde und für den Wiederbeginn des Krieges im nächsten Jahre Vollzähligkeit der Truppenteile von der größten Wichtigkeit war. Aus diesen Instruktionen lernt man so recht kennen, wie gut die Regierung wufte, Leute welchen Schlages ihre Offiziere waren, als auch, welchen Mut, welche Klugheit, ja Verschlagenheit die Kommissare besitzen mußten, um den Unredlichkeiten der Offiziere auf die Spur zu kommen.

Rasch, ohne daß diese etwas davon vermuten, sollen sie die Musterungen vornehmen, „da er dann seine Gelegenheit anzustellen, daß er ohnvermerkt, etwa des Abends, wann die Thore zugehen, in die Garnison einkommen und alsbald die unterschriebenen Rollen von dem Kommandanten, Obristen, Kapitän und Vorsteher der Kompagnieen einfordern (soll).“ Am folgenden Morgen hält er die Musterung mit jeder Kompagnie ab, die in geöffneten Gliedern aufzustellen ist. Er verkündet, daß keiner, der nicht zur Kompagnie gehört, bei Leib- und Lebensstrafe durch die Musterung gehe. Die einzelnen Leute

¹ Seit 1668 wurden in Frankreich den Entliehenen die Lilien auf die Wange gebrannt, seit 1678 schnitt ihnen der Henker sofort die Nasen ab. Französische Kriegswirtschaft.

² R 24 Z b.

³ R 9 A 11.

sind an einem von der Kompagnie so entfernten Orte zu inquirieren, daß niemand die Fragen hört. Der Musterschreiber ruft die Leute bei Namen nach der Rolle auf, wobei der Kommissar aufpaßt, ob einer bei dem Namen „strauchelt.“ Den muß er dann besonders befragen, ob er wirklich so heiße, woher er sei, wie lange er bei der Kompagnie diene, ob und wieviel Geld er empfangen habe, wie seine Offiziere heißen, wie sein Quartiergeber u. a. Schöpft er Verdacht, so kann er durch den Auditeur beim Wirt des Mannes Erkundigungen einziehen lassen und, falls sich die Aussagen als falsch erweisen, beim Kommandanten oder Generalauditeur die Bestrafung des Mannes beantragen, dessen Kapitän aber durch den Kommandanten in Arrest setzen lassen, bis Kriegsgericht über ihn abgehalten ist. Werden Leute als krank oder abkommandiert angegeben, so hat der Auditeur sich dieses vom Quartierwirt bescheinigen zu lassen. Der Kommandant muß ein schriftliches Attest einreichen, wann er Leute beurlaubt hat, der Magistrat ein Verzeichnis der einquartierten Soldaten, aus dem deren Namen, die Zeit der Einquartierung, die Namen der Wirte und die Kompagnie zu ersehen ist. Der Kommissar kann durch offene Musterung oder heimliche Inquisition beim Magistrat oder Balletierer vorgehen, „damit Wir nicht auf beederlei Art, mit wenigern Soldaten und dann mit mehreren Traktament als sein soll hintergangen werden.“ Er mustert aus die zu Jungen, Taube, Blinde, Stumme u. a. Invaliden, auch Offiziersknechte, auf 20 Mann ist nur ein Passevolant zu gestatten. Statt der Ausgemusterten mußten die Offiziere auf ihre Kosten neue Leute werben. Auch hat der Kommissar sein Augenmerk auf die Waffen zu richten, auf Güte der Obergewehre und Vollzähligkeit der Seitengewehre, wobei den Offizieren anzudeuten ist, daß bei der nächsten Musterung für jedes fehlende Seitengewehr 1 Thaler vom Traktament abgezogen würde. Den Schluß bildet ein Vergleich seiner Musterrolle mit der des Kapitäns, beide werden von diesem und ihm unterschrieben, eine bleibt bei der Kompagnie, die andere sendet er mit einem Bericht über den Verlauf der Musterung an das Generalkommissariat, welches danach die Assignationen aufstellt.

Nach v. d. Oelsnitz¹ wurden laut Reskript vom Dezember 1657 die Vorschriften für die Musterung vervollständigt, indem man 3 Listen anlegen ließ: 1. die einfache Stammrolle der Kompagnie, 2. den Frontrapport und 3. das eigentliche Musterungsprotokoll mit 11 Rubriken. Für letzteres hielt man später gedruckte Formulare vorrätig.

Im Jahre 1672 wurde dann, um für die großen Neuwerbungen Einheitlichkeit in das Musterungsgeschäft zu bringen,

¹ A. a. O. S. 100.

eine Musterordnung publiziert, welche für die Folgezeit maßgebend geblieben ist¹. Die darin enthaltenen Bestimmungen haben wir zum größten Teile eben (S. 128 f.) kennen gelernt. Der Musterschreiber trägt die Antworten in ein Formular ein, das ungefähr so aussah:²

Muster-Tabell.

No.	Tauf- und Zunamen der Offiziere und Soldaten	Vater- land	Alter	Ob er vor diesem ge- dient? Wo? Wie lange? Und wann er zuletzt in kurfürst- lichen Dienst gekommen?	Auf was Art er letzt ge- worben worden	Ob er beweibet und Kinder habe und wieviel?	Ob er seinen Sold empfangen? Wie viel monatlich? Und wie weit er be- zahlt?	Ob er wohl montieret und bewehret, auch zu Kriegs- diensten geschickt?	Ob er ge- schworen?
1	Kapitän N.N.								
2	Lieut. N. N.								
3	Fähr. N. N.								
4	Sergeant N.								
5	Sergeant N. u. s. w.								

Bei der ersten Musterung mußten alle Leute zugegen sein, bei späteren sind Atteste über den Grund der Abwesenheit der Einzelnen einzufordern; ist einer krank, so müssen dessen Kleider und Waffen zur Stelle sein. Offizierburschen sind besonders vorzustellen, Passevolanten nicht zuzulassen. Alle früheren Bestimmungen, besonders die im Kriegsrecht enthaltenen, sind zu beobachten.

Später wurde diese Musterordnung noch um einige Zusätze vermehrt³. Die Unteroffiziere müssen schwören, daß sie wirklich Unteroffiziere sind, die Korporale, daß die in der Rolle verzeichneten Mannschaften wirklich Dienst thun und Traktament erhalten. Leute, die zur Arbeit beurlaubt sind, erklären, daß sie ihr Traktament dennoch richtig erhalten und davon die sie auf Wache vertretenden Kameraden bezahlt haben⁴.

Als der Staat später aufhörte, Schuldner der Offiziere zu sein, konnte er, da er sie richtig bezahlte, auch Nachweise über das Empfangene verlangen. Nach seiner Instruktion von 1669 soll Meinders alle Monate oder Quartale die Rollen der Kompagnieen einfordern⁵. In den Ordonnanzen der folgenden Jahre werden die Regimenter demgemäß instruiert, in der von

¹ M III, 1, 34. — 22. März 1672.

² Aus J. F. S. Compendium additionale. Das Formale über die Musterungen findet man für die frühere Zeit bei G. Droysen a. a. O. S. 410 ff., für unsere Epoche bei C. W. Hennert, Beyträge zur Brandenb. Kriegsgesch. 1790. S. 40 f. und Stuhr a. a. O. S. 224 ff.

³ J. F. S. Comp. addit.

⁴ Das spätere Freiwächtersystem nimmt hier schon seinen Anfang. Freilich hatte der Kapitän noch wenig Vorteil davon.

⁵ A. Strecker a. a. O. S. 128.

1679 wird bestimmt, daß in den Rollen immer notiert werde, wann ein Mann abgegangen sei. Wurde jetzt plötzlich eine Musterung befohlen, so nahm der Kommissar einfach die letzte Rolle zur Hand und konnte Unredlichkeiten schnell entdecken.

Bei Pflichtverletzungen in dieser Hinsicht hielt Friedrich Wilhelm nicht mit Strafen zurück, denn nur so konnten die Musterordnungen ihren Zweck erreichen. Im Herbst 1674 war der Oberstlieutenant v. Börstell seiner Kapitulation nicht nachgekommen, indem er nach den ausgemachten 3 Monaten die bestimmten 348 Mann zur Verstärkung der Leibgarde z. F. in Berlin nicht zusammen hatte, der Statthalter muß deshalb die Offiziere in Arrest nehmen lassen. Ein im folgenden Jahre über den Oberstlieutenant von Mörner verhängtes Kriegsgericht sollte nur dann aufgehoben werden, wenn er die Kompagnie auf eigene Kosten wieder auf den richtigen Stand bringt. Selbst an den Fürsten von Anhalt schreibt der Kurfürst 1672, er hoffe, daß bei dessen Regiment die Mannschaften der Kapitulation gemäß komplett wären, sonst möge er unverzüglich für Ersatz sorgen; und 1681 erfährt Anhalt einen scharfen Tadel: Es habe ihn sehr befremdet, schreibt Friedrich Wilhelm, daß, da er dem Regiment z. F. doch die richtige Verpflegung und die Kleidergelder wie den andern habe zahlen lassen, es nicht auch wie jene untadelhaft zur Musterung erscheine. Unter den wirklich Vorhandenen befänden sich viele untüchtige und meist übel bekleidete, auch schlecht exerzierte Knechte. Von nun an solle Derfflinger ohne kurfürstlichen Specialbefehl jedes Regiment, so oft er es für nötig halte, mustern lassen dürfen; die Kommissare aber hätten das Recht, die Offiziere, deren Kompagnieen in mangelhaftem Zustande gefunden würden, abzudanken. Anhalts Regiment z. Pf. war dagegen sehr gut befunden worden¹.

Durch die genügend detaillierten Musterungsbestimmungen, durch die Energie, mit welcher Friedrich Wilhelm darauf hielt, daß sie befolgt würden und durch die außerordentlichen Befugnisse, welche er den Kommissaren verlieh, beseitigte er aus der Armee die betrügerische Finanzerei und gewöhnte seine Offiziere daran, nicht den eigenen, sondern den Vorteil des Staates in erste Linie zu setzen. Wieder der Musterungsbericht über das Börstelsche Regiment von 1683 läßt uns sehen, was man mit den Musterungen erreicht hatte; das Ergebnis ist ein gutes, die 8 Kompanieen sind komplett, sogar 4 Mann überzählig, gut uniformiert, bewaffnet und richtig besoldet; 7 Leute werden als gewaltsam erworben ausgemustert².

Während in früherer Zeit zu Musterkommissaren fast nur Offiziere ernannt worden waren, legte Friedrich Wilhelm dieses

¹ Orlich III 217, 218, 220, 240, 293, 320 ff.

² S. S. 76.

Geschäft in die Hände der von den Regimentern ganz unabhängigen Kriegskommissare, deren Stellung wir ja schon kennen gelernt haben¹. Später jedoch, als der Kurfürst sich ergebene Offiziere herangebildet hatte, übertrug er die Musterungen wieder zum Teil diesen, und zwar in der Weise, daß ein Offizier und ein Kriegskommissar als Musterungskommissare fungierten. Dieses geschah wohl, weil man dem Kriegskommissar einen Hinterhalt geben wollte², weil sich die Musterung auch auf die Exerzierausbildung erstreckte und für die Revision der allmählich einheitlich werdenden Kleider und Waffen ein Sachverständiger nötig war, und weil endlich die Kriegskommissare durch ihre wachsende Thätigkeit in der Steuerverwaltung zu sehr in Anspruch genommen wurden.

Die Kapitulationen.

Fast ebenso wichtig, wie die strenge Handhabung der Musterungen ist die stetig vorrückende Beschränkung der Autonomie der Obersten durch Beseitigung ihrer durch die Kapitulationen verbrieften Vorrechte. Während es in Österreich noch bis tief ins 18. Jahrhundert bei dieser Unumschränktheit der Obersten blieb, mußte das kleine Brandenburg-Preußen die geringe Zahl seiner Regimenter durch deren Güte, Verlässlichkeit und unbedingte Subordination ersetzen.

Wird zwischen zwei Parteien ein Vertrag geschlossen, so ist bei Nichterfüllung der Bedingungen desselben durch einen der beiden Teile auch der andere seiner Pflichten enthoben. Hiermit ist das Verhältnis der Obersten des 16. und 17. Jahrhunderts zu ihren Kriegsherrn bezeichnet. Der Offizier versprach, eine bestimmte Truppenzahl in einer bestimmten Zeit zusammenzubringen, über diese „ein Regiment“ zu errichten, die taktischen Verbände mit „Ämtern“ zu versehen und endlich das Regiment entweder dem Kriegsherrn zu beliebiger Benutzung zu überlassen oder mit ihm als dessen Oberster zu dienen. Dagegen verpflichtete sich der Kriegsherr, ihm die Mittel zur Werbung zu geben oder wiederzuerstatten und für seine künftigen Dienste sowie den Unterhalt des Regiments ein Bestimmtes zu zahlen. Das waren ursprünglich die Hauptpunkte der Kapitulation. Die Pflichten der dem Kriegsherrn zu vereidigenden Truppen enthielt der Artikelsbrief. Bezahlte nun der Kriegsherr das ausbedungene Geld nicht, so konnte

¹ S. S. 88 und 92 ff.

² G. A. Böckler a. a. O. S. 416 ff. sagt, die Musterung geschehe am besten durch Kommissare, „welchen dann auch ferner andere hohe Officirer und Generalen auf Befehl des Feldherrn zu Zeiten beiwohnen, nicht allein wegen des mehrern Aufsehens (Beaufsichtigung) bei der Musterung, sondern auch einen größern Respekt für dem Volk sich zu machen, zugeordnet werden.“ — Heute wird die Musterung vom Brigadekommandeur und einem Intendanturbeamten vorgenommen.

der Oberst das Regiment entlassen, was aber auch nicht so einfach war, denn die Soldaten wollten besoldet sein, er mußte das dann entweder aus eigener Tasche thun oder auf Kosten des Landes leben und nehmen, wo etwas zu nehmen war. Auf der andern Seite war die Kontrolle des Obersten durch den Kriegsherrn eine viel schwierigere; wir lernten sie eben als Musterrung kennen.

Der Hauptübelstand dieser Söldnerheere war doch immer der Mangel einer höheren Idee, für die sie kämpften. Der Fluch der Vaterlandslosigkeit, welcher sich an ihre Fahnen heftete, und die alleinige Rücksicht auf das eigene Selbst hatten endlich Männer wie Rochow zu Landesverrätern gemacht. Die mangelnden Soldzahlungen hatten indessen diesen Leuten doch immer einen Schein von Recht gegeben, auf ihre Kapitulationen zu pochen. So lange sie Gläubiger der Regierung waren, war es dieser unmöglich, ihnen etwas von ihren hergebrachten Privilegien zu nehmen. Die Kapitulationen bewegen sich bis in den schwedisch-polnischen Krieg hinein doch noch ziemlich in den alten Formen, so die mit Ehrentreich v. Burgsdorff über ein Regiment Arkebusierreiter von 1644¹ und die mit Oberst Joachim Rüdiger Frhrn. v. d. Goltz vom 28. Januar 1656 über ein Regiment z. F. von 1200 Mann². Diese letztere wähle ich als Beispiel, wie man damals verfuhr.

Das Regiment soll in 12 Kompagnieen von je 100 Mann ohne das erste Blatt innerhalb 4 Monaten vom 1. Januar an gerechnet, in der Altmark bereit stehen. Die Mannschaften dazu kamen folgendermaßen zusammen: 2 Kompagnieen — 213 Mann — gab der Oberst von Trott, die Garnison von Küstrin gab 178, von Driesen 94, von Oderberg 80, von Spandau 200 Mann³; dazu warb der Oberstlieutenant Joh. v. Krug 4 neue Kompagnieen, deren Laufplatz in Gardelegen war; das Quartier Goltz's mit 7 Kompagnieen war Salzwedel, hier auch der Musterplatz für die Neugeworbenen; die zwölfte Kompagnie endlich sammelte sich in Neuwedel⁴. Wie nach allen Kapitulationen Friedrich Wilhelms kommandierte auch nach dieser der Oberst, welcher das Regiment aufstellte, es in Zukunft. Goltz soll unter des Kurfürsten oder Derfflingers Befehl stehen, in und außer Landes. Diese Bestimmung war nötig, weil, wie wir sahen, ein Rangverhältnis der höheren Offiziere noch nicht festgestellt war, und Derfflinger, der ja auch die Oberstencharge bekleidete, jedem andern Regimentskommandeur als General besonders vorgesetzt werden mußte. Ferner soll Goltz auf gute Disciplin sehen und auf Beobachtung

¹ R 24 Z b.

² R 9 A3.

³ v. d. Oelsnitz a. a. O. S. 76.

⁴ R 24E 5.

der Kriegsartikel halten, er ist dafür verantwortlich, daß die Kompagnieen immer komplett sind; darauf leistet er einen Eid. Es folgen die zu liefernden Werbegelder und die Art der Verpflegung während der Werbemonate¹. Endlich werden dem Obersten einige Zugeständnisse gemacht, durch die eigentlich seine ganze Autonomie begründet war, und an denen er begreiflicherweise auf das zäheste hing: Die Annehmung und Absetzung der Offiziere und die Regimentsjustiz. Goltz soll die Oberoffiziere bis zum Kapitän inkl. mit Vorwissen des Kurfürsten anstellen, er erhält freie Justiz über alle Offiziere, er kann sie vor Kriegsrecht stellen, sie bestrafen und abdanken „wie bei Teutsch Regimentern Herkommens“.

Es leuchtet ein, daß damit die Offiziere, also auch die Gemeinen, mithin das ganze Regiment in der Hand des Obersten war. Die Offiziere konnten durchaus nicht in dem Kurfürsten denjenigen sehen, der sie anstellte, belohnte und bestrafte, der ihnen helfen konnte; überhaupt vermochte dieser in keiner Weise über einen Offizier selbständig zu verfügen, nur durch Vermittelung des Obersten war dieses möglich.

Eine ganz freie Besetzung aller Offizierstellen fand freilich nicht statt. Schon H. v. Kracht sollte die Kompagniechefstellen mit Vorwissen des Kurfürsten besetzen, ebenso 1644 E. v. Burgsdorff und auch Goltz². Es wurde dann zur Regel, daß die Obersten bei Neuwerbungen die Kompagniechefs dem Kurfürsten zur Bestätigung nannten, daß die frei werdenden Kompagnieen von diesem vergeben wurden³. Aber auch auf Anstellung der Subalternoffiziere suchte Friedrich Wilhelm Einfluß zu gewinnen. Die Kapitulationen der letzten Jahre des fünften Jahrzehnts bringen die Wendung, der Oberst habe freie Annehmung und Absetzung der Offiziere, „jedoch daß auch allezeit tüchtige und kriegserfahrene, auch Uns anständige Personen zu denen Chargen befördert, und die Konsevation des Regiments wie auch Unserer Dienste dadurch desto besser beobachtet werden mögen⁴“. So konnte der Kurfürst wenigstens gegen „ihm nicht anständige“ Offiziere Einspruch erheben.

¹ S. S. 50 ff. — Trott und die Garnisonen lieferten 765 Mann, Krug warb 400, also fehlten an den 1200 noch 35; doch werden von den 765 manche auf dem Marsche desertiert, manche untauglich gewesen sein, die durch Neuwerbungen ersetzt werden mußten.

² Wenn stellenweise schon vor 1630 eine Genehmigung des Kurfürsten bei Besetzung der untersten Offizierstellen vorkommt — v. d. Oelsnitz a. a. O. S. 64 — so geriet dieses doch bald in Vergessenheit.

³ Als im Dezember 1651 ein Kapitän v. Bismarck vom Trottschen Regiment seinen Abschied nimmt, bittet der Oberst, dessen Kompagnie vergeben zu dürfen, was der Kurfürst abschlägt, da über die Stelle schon anders disponiert sei. R 21, 120 d, e. — Im Juli 1660 dankt Oberst v. Schwerin, daß der Kurfürst den Oberstwachmeister Berndt mit einer Kompagnie begnadet habe. R 30, 116.

⁴ R 24 E 5, ein Schema für Kapitulationen.

Besonders wünschenswert mußte es sein, die autonome Gerichtsgewalt der Obersten einzuschränken. Schon Maximilian von Bayern wollte einmal diese Jurisdiktionsrechte schmälern, da vereinigten sich aber seine sämtlichen Obersten gegen dieses Vorhaben, und der Kurfürst mußte davon abstehen¹. Auch Friedrich Wilhelm kam hierin nur langsam vorwärts. Nach den späteren Kapitulationen des schwedisch-polnischen Krieges soll die Bestrafung und Kassierung der Offiziere, seit den sechziger Jahren die ganze Jurisdiktion², nach dem Kriegsrecht gehandhabt werden, also nicht mehr nach Gutbefinden der Obersten und „wie bei Teutsch Regimentern Herkommens“. Aber noch konnte der Fürst selbst die eigenen Unterthanen nicht direkt schützen. Im Juni 1656 bescheidet der Statthalter die kurmärkischen Stände auf ihre Klagen über die Insolentien der Soldateska dahin, daß sie sich an die Obersten zu wenden hätten, denen stände nach ihren Kapitulationen die Jurisdiktion zu. Erst wenn diese sich weigern, Recht zu sprechen, sollen sie ihre Beschwerden bei ihm anbringen; Derfflinger werde dann die Delinquenten exemplariter bestrafen³.

Wenn der Kurfürst als Schuldner der Obersten also vor der Hand nicht daran denken konnte, diesen an ihren Privilegien viel zu kürzen, so gelang es ihm allmählich doch auf andere Weise, die Obersten von sich abhängig zu machen und so die Wichtigkeit der Kapitulationen in den Hintergrund zu schieben. Der Monarch, welcher sich über die antiquierten Vorrechte der Stände hinwegzusetzen wußte, konnte sich auf militärischem Gebiete durch die überlebten Werbekontrakte nicht beschränken lassen. Als die alten Obersten, die sich dem jungen Fürsten gegenüber doch immer als viel erfahrener vorgekommen waren, allmählich starben, als dann der Krieg neue Lücken in ihre Reihen gerissen hatte, da gab Friedrich Wilhelm die frei werdenden Regimente, wem er wollte, wenn auch nicht ohne Kapitulation⁴. So hatte er ein mächtiges Mittel in der Hand, den Ehrgeiz zu wecken, tüchtige und treue Männer zu belohnen⁵. Damit bekam auch die Bezeichnung „Oberst“ eine ganz andere Bedeutung. Bisher war

¹ Heilmann a. a. O. S. 1031.

² Kapitul. mit Graf Friedr. zu Dönhoff. 24. Juli 1668. v. d. Oelsnitz a. a. O. S. 119 ff.

³ R 24 K.

⁴ An und für sich war dieses nichts neues. Schon in früherer Zeit mußte natürlich, wenn der Oberst starb, ein neuer bestimmt werden, wie denn 1639 nach H. v. Krachts Tode dessen bisherigem Oberstlieutenant Georg Friedrich v. Trott das Regiment „conferiert“ wird. v. d. Oelsnitz a. a. O. S. 59. Aber das kam damals eben nur im Kriege vor.

⁵ Als 1657 die Stelle des Kommandeurs der Leibgardedragonen frei wurde, machte der Kurfürst den Hauptmann zu Mohrungen und

sie nur demjenigen beigelegt worden, der ein Regiment aufgerichtet und über dasselbe Kommando und Administration hatte. Als nun das Heer zum stehenden geworden war, und Friedrich Wilhelm die frei werdenden Regimenter nach seinem Belieben besetzte, wurde diese Bezeichnung zum bloßen Titel, der auch Offizieren, die keine Regimenter hatten, zu teil wurde¹.

Einen weiteren Fortschritt bemerkt man mit dem Jahre 1672, als Derfflinger auf Grund seiner Kapitulation sich für berechtigt hielt, seinem Herrn den Gehorsam zu verweigern². Damals wurde in die Kapitulationen der Zusatz eingeschoben, daß die Obersten sich „dergestalt zu verhalten, wie es Unsere ergangene Verordnung, oder welche Wir noch ferner ergehen lassen möchten, erfordern“. „Hierdurch erst, sagt Courbière³, wurde das Terrain gewonnen, allgemein gültige organische Bestimmungen für das gesamte Heer zu erlassen.“

In der That, man ging jetzt rasch vorwärts. Bald wird befohlen, daß alle Offiziere vom höchsten bis zum Kornet oder Fähnrich vor der Anstellung dem Kurfürsten namhaft zu machen sind, „damit nach Befinden Unser Interesse und Dienst hierbei beobachtet werden möge⁴“. Somit lag auch die Anstellung der Subalternoffiziere in der Hand Friedrich Wilhelms. Überall setzt er nun Offiziere ein, versetzt sie von einem Regiment zum andern, ernennt Obersten, giebt diesen Regimenter oder auch nicht: Die Abgeschlossenheit des Regiments als privatrechtliche Genossenschaft war beseitigt. Es klingt schon ganz modern, wenn Buch 1679 notiert: Sydow vom Leibregiment erhält sein Patent als Oberst der Kavallerie, Köpping wurde Oberst des Dragonerregiments, was Sydow gehabt, den Oberstlieutenant Dewitz vom Regiment Treffenfeld machte man zum Oberstlieutenant im Leibregiment, und der Major v. Sydow von dem Regiment kam an seine Stelle, der Prinz von Merseburg wurde Major im Leibregiment⁵.

1675 scheint Friedrich Wilhelm die Oberstlieutenants schon nach Anciennetät zu Obersten gemacht zu haben, denn im Juni d. J. beschwerten sich sämtliche Oberstlieutenants, weil der Kurfürst einen Mortaigne, der jünger als sie alle sei,

Ob. W. v. Hohendorf dazu; zugleich war aber nötig, den 4 Kapitän zu befehlen, jenen als ihren Oberstlieutenant zu respektieren, denn er war es ja nicht, der sie geworben hatte. R 9 A 4.

¹ 1660 wird der Kommandant von Küstrin, Oberstlieutenant v. d. Marwitz Oberst, er behält sein bisheriges Traktament, das erste freiwerdende Regiment soll er haben. Oberstlieutenant v. Barfuß, dem schon lange ein Regiment versprochen war, wird Oberst an Stelle des verstorbenen Ritterford. R 9 A 3.

² S. S. 143.

³ Verfassung S. 59.

⁴ Potsdam, den 21. August 1673. Orlich III 209.

⁵ Tagebuch II 152, 155.

zum Obersten machen wollte, worauf dessen Beförderung zurückgezogen wurde¹.

Auch der Gerichtsgewalt der Kommandeure wurden nunmehr engere Schranken gesetzt. 1663 verbot der Kurfürst den Obersten, Verbrecher, die durch ein Kriegsgericht zum Tode verurteilt seien, zu begnadigen, denn das gehöre *ad reservata principum*, er wolle ihnen nur gnädigst zulassen, daß sie den Verurteilten statt mit dem Strange mit dem Schwerte hinrichten lassen könnten². Aber auch über das Urteil selbst bedang er sich eine Begutachtung oder Verwerfung aus, indem er 1673 befahl, daß ihm vor der Publikation die Akten und Sentenz einzuschicken seien, „damit Wir daraus ersehen mögen, wie in der Sache verfahren, und darauf weitere Verordnung erfolgen könne“³. Dasselbe wurde 1687 wiederholt; besonders sei in den außerhalb der Kurlande liegenden Regimentern keine unparteiische Justiz gepflegt worden; der kurfürstliche Schulze (General-Auditeur) habe von nun an immer die Akten durchzusehen und sie dann dem Kurfürsten zu Approbation oder Moderation vorzulegen⁴.

Um die von Friedrich Wilhelm im Laufe seiner Regierung erreichten Resultate bei Aufstellung der Kapitulationen zusammenzufassen, wird eine Vergleichung der oben angeführten mit Goltz und einer, die bald nach des Fürsten Tode mit dem Grafen Alexander v. Dohna über Aufstellung eines Bataillons geschlossen wurde⁵, am zweckmäßigsten sein. Während dort der Oberst dem Kurfürsten das Regiment „liefert“, wird das Bataillon hier dem Offizier „konferiert“. Damals mußte Derfflinger als Vorgesetzter besonders namhaft gemacht werden, jetzt soll Dohna „unweigerlich exequieren, was Wir immediate oder Unsertwegen die hohe Generalität demselben respective befehlen, committieren und auftragen werden“. Statt freier Justiz der Obersten verändert oder verwirft der Kurfürst nach seinem Gutdünken das kriegsgerichtliche Urteil, statt freier Anstellung der Subalternoffiziere sind die Kandidaten dem Kriegsherrn zu nennen, über ihren bisherigen Dienst,

¹ Orlich III 250.

² M III 1, 29.

³ Orlich III 209. — Schon 1658 wird in der Kapitulation mit Oberstlieutenant Batten bestimmt: „doch soll er in hochwichtigen Sachen und wenn es Leib- und Lebensstrafe angehet, die gefällte Urteil für der Exekution Uns oder Unserer Generalität einschicken, und bis er darauf Resolution erhalten, solche nicht exequieren.“ R. 24 K. Doch habe ich diese Bestimmung in keiner andern brandenburgischen Kapitulation jener Zeit gefunden, wohl aber in den kursächsischen, in denen es heißt, „in Hauptverbrechen, so an Ehre und Blut gehen,“ sei an den Kurfürsten zu berichten und Bescheids zu gewarten. Das bleibt dort so von den fünfziger bis in die siebziger Jahre. Hauptstaatsarchiv Dresden. Loc. 9089, Nr. 29 c.

⁴ M III 2, 64.

⁵ K. v. Lossow a. a. O. S. 26 ff. Kapitulation vom 11. März 1689.

ihre Fähigkeiten und Führung ist zu berichten. Eine willkürliche Entlassung der Offiziere gab es nicht mehr; hat sich einer vergangen, so kann er vom Dienste suspendiert werden, nach den Bestimmungen ist gegen ihn vorzugehen und Bericht zu erstatten.

Soweit hatte es der Grosse Kurfürst gebracht, in dieser Weise konnte sein Sohn kapitulieren.

Außer den Kapitulationen mit Obersten ist uns besonders aus der Zeit des nordischen Krieges eine große Zahl von solchen mit Offizieren über Aufstellung von Eskadrons und Freikompagnieen erhalten. Sie unterscheiden sich kaum von denen mit den Obersten. Die Offiziere treten manchmal mit ihren Truppen in ein Regiment, verlieren damit aber natürlich ihre Selbständigkeit, da Eskadrons oder Freikompagnieen nur unter der Generalität standen¹. Dieses führt uns auf die andern Offiziere.

Der Bildungsgang.

Der Bildungsgang des Offiziers war während und unmittelbar nach dem dreißigjährigen Kriege meist der von der Pike auf. Der junge Mann wurde Page bei einem höheren Offizier, welcher ihn, sobald er alt und stark genug war, die Waffe zu führen, wehrhaft machte. Sodann durchlief er die verschiedenen Unteroffiziersgrade bis zum Fähnrich oder Kornet. Es kam dabei ganz auf seinen Patron an, ob er mehr oder weniger lernte; je einflussreicher dieser war, um so schneller war das Avancement, um so sicherer die Hoffnung auf Erlangung einer Kompagnie. An dem kurfürstlichen Hofe waren die Stellen der Pagen und Kammerjunker eine Vorstufe für den Offizier, und öfter verwandte sich der Kurfürst für einen seiner Zöglinge². Ein Fürsprecher bei Hofe war dem Junker eine erwünschte Person. Ein Fähnrich v. Falkenhain von der Garnison Pillau, der schon 10 Jahre gedient hatte, beklagte sich, er würde nicht befördert, weil „er keine patronos bei Hofe“ habe; er wurde darauf „wegen der Gerechtigkeit“ Lieutenant bei der Leibkompagnie³. Im Februar 1666 verwendet sich Friedrich Wilhelm für seinen Kammerjunker v. Burgsdorff und ersucht den Gen.-Wachmeister v. Pfuel, ihm bei der Komplettierung seines Regimentes eine Kompagnie zu geben⁴.

Für die Weiterbildung seiner Offiziere zeigte sich der Kurfürst eifrig besorgt. Da in seinem eigenen Lande wenig

¹ Viele dieser Kapitulationen findet man in R 9 A 4. — Das Nähere über Eskadrons, Bataillons und Freikompagnien s. oben S. 22 f.

² Courbière, Verfassung S. 57.

³ K. v. Lossow a. a. O. S. 35.

⁴ Kr. Min. Kurf. Friedrich Wilhelm. — B. war schon früher Offizier gewesen.

zu lernen war, beförderte er Reisen ins Ausland, besonders nach Holland und Frankreich, der Kriegsschule des damaligen Europa¹. „Umb alldort in dehnen Waffen sich zu versuchen undt umb auch in anderer Wissenschaft des Kriegswesens sich umbzuthun“, wurden aus Pillau einmal die Fähnriche v. d. Groeben, v. Truchsefs-Waldburg, v. Podewils u. a. beurlaubt². Unter „der andern Wissenschaft des Kriegswesens“ verstand Friedrich Wilhelm wohl besonders die des Ingenieurs und Artilleristen. Im September 1665 erhält Joachim Ernst v. Blesendorf zu einer zweijährigen Reise in fremde Lande, um sich in der Architektur und Ingenieurwissenschaft zu perfektionieren, jährlich 400 Thlr.; nach seiner Rückkehr soll er „Unsere jungen Prinzen unterrichten“³. 1673 wird zu gleichem Zwecke der Ingenieur Christian Neubauer auf Reisen geschickt⁴. Den erfahrenen Baumeister und Ingenieur Memhardt liefs der Kurfürst öfter junge Leute in seiner Kunst unterrichten⁵.

Bald nach der Räumung von Hinterpommern entstand dann in Kolberg die erste brandenburgische Kriegsschule⁶. Über das Vorbild, nach dem sie errichtet wurde, haben wir sehr verschiedene Mutmaßungen. Courbière nimmt die fränkischen Pagerieen an⁷, Orlich stützt sich auf eine Stelle bei M. Rango⁸, wo es heisst, sie sei entstanden, damit die pommersche Jugend . . . zum grossen Nachteile ihres Heils nicht mehr nötig hätte, fremde Reiche zu besuchen, wo, wie es öfter geschieht, sie ihr Vermögen verschwenden. Ich möchte aber eher J. G. Droysen⁹ und H. Riemann folgen, welche als Vorbild das von Gustav Adolf in Stockholm gegründete Collegium illustre annehmen und behaupten, dass nach der

¹ Besonders hatte früher der Graf Johann von Nassau-Siegen die Beurlaubung des Adels in fremde Dienste befürwortet, weil man sonst „nichts anders ziehen wird als trunkenpolz und Flögel.“ Bald werde man aus Mangel an erfahrenen deutschen Obersten fremde nehmen müssen. Auch Ritterschulen müfste jeder Fürst einrichten. Discurs das itzige Teutsche Kriegswesen belangendt. 1608, bei Jaehns a. a. O. S. 912 ff. — Man sieht, wie klar der Graf seine Zeit erkannte. Ein Analogon für diese Beurlaubung ins Ausland finden wir heute in den seit einer Reihe von Jahren in der deutschen Armee dienstthuenden türkischen Offizieren.

² K. v. Lossow a. a. O. S. 33. Datum fehlt.

³ Mnsch. Bor. Fol. 317.

⁴ U. v. Bonin a. a. O. S. 14.

⁵ Mnsch. Bor. Fol. 317 und R 9 A 8.

⁶ H. Riemann, Gesch. der Stadt Kolberg, 1873, S. 495 weist nach, dass sie nicht vor 1655 gegründet sein kann.

⁷ Verfassung S. 58.

⁸ Orlich, Friedrich Wilhelm, d. Grosse Kurf. 1836, S. 224. M. Rango, origines Pomeranicae, Colbergae 1684, S. 337.

⁹ a. a. O. III 2, S. 117, 480. — In Frankreich bestand seit 1607 ein Collegium zu La Flèche, dann die von Richelieu gegründete Akademie zu Paris. Feldzüge Eugens I, I 511.

Ausbildung die jungen Leute in der französischen Garde Dienst suchen sollten. An letzterem ist nicht zu zweifeln, denn am 17. Februar 1663 bescheidet Friedrich Wilhelm den Chef der Akademie auf einen Vorschlag folgendermaßen: „Wir haben vernommen, was Ihr wegen eines Reccommendationsschreiben nacher Frankreich für die allda in den Exercitiis gewesene junge Edelleute anhero berichtet. Weil Wir nun bedenken tragen, dergleichen recommandationes an den König in Frankreich abgehen zu lassen und auch Unser Geheimer Rath Frhr. v. Blumenthal sich zu Paris befindet, als können sie sich bei ihm wie auch Unserm Agenten daselbst, Johann Becken angeben und deren Raths und Hülfe sich zu diesen ihrem Vornehmen gebrauchen“. Schwerin, der Chef der Akademie, kann ihnen an Beide Schreiben mitgeben; er hatte besonders die französische Gardekavallerie zum Eintritt vorgeschlagen¹.

In der Ritterakademie fanden Aufnahme die Söhne des pommerschen Adels und angesehener kolberger Bürger. Ihre Zahl war wohl 24. Den Unterricht hatten sie frei, erhielten auch ein Traktament, die Kosten wurden vom Kurfürsten und der hinterpommerschen Ritterschaft aufgebracht. Quartier und Beköstigung mußten sich die Zöglinge in der Stadt aus eigenen Mitteln beschaffen. Der Hauptunterricht bestand in körperlichen Übungen, Reiten, Fechten, Tanzen, während Ingenieurkunst, Mathematik, Französisch u. a. romanische Sprachen erst in zweiter Linie kamen².

Wenn auch schon vorher die Pagen manchmal Kadetten genannt wurden, so kam diese Bezeichnung offiziell erst 1685 mit den Refugiés nach Brandenburg³. In diesem Jahre

¹ R 30, 116.

² v. Crousaz, Gesch. des preuß. Kadettenkorps. Berlin 1857. S. 27 ff. — G. Friedlaender, D. Kön. allgemeine Kriegsschule, Berlin 1854. S. 13.

Im Etat von 1687 (Mnschr. Bor. Fol. 320) finden sich unter „pommersche Etats“ die Posten:

Dem Stallmeister	27	Thaler	20	Groschen
- Fechtmeister	18	-	16	-
- Tanzmeister	24	-	20	-
- Professori	18	-	16	-

Von Zeit zu Zeit wurden von den Akademikern auch Ballets und Komödien aufgeführt, so am 4. Juni 1671 „bei Beendigung des Hufenerwerks“ eine vom Sprachmeister Wilhelm de Bruyn verfaßte „freie Komödie Tugend und Laster“, oder in demselben Jahre, „zur glücklichen Anherokunft“ B. v. Schwerins eine Karrikatur „ratio status“. Riemann a. a. O. S. 496. — Aufser den Namen einiger Lehrer ist dieses so ziemlich alles, was über die Akademie bisher bekannt wurde. Die Dokumente sind 1807 bei der Belagerung Kolbergs verbrannt. Wahrscheinlich hat 1666–71 in Küstrin eine ähnliche Anstalt bestanden. v. Crousaz a. a. O. S. 24.

³ In Frankreich bestanden in den achtziger Jahren 9 Kadettenkompagnieen. Die Regimentskadetten gingen den Kadettenanstalten

schreibt Friedrich Wilhelm an Derfflinger, er wolle die Vertriebenen in einem Regiment zu Pferd und zu Fuß anstellen, worauf für die Kavallerie das Regiment Briquemault, für die Infanterie 1686 das Regiment Varenne und das Bataillon Courneaud bestimmt wurden. Letztere beiden wurden neu errichtet. Oberstlieutenant Courneaud kommandierte außer seiner eigenen Kompagnie noch 3 Kompagnieen Kadetten zu 30, 40 und 40 Köpfen; 1688 zählten seine 4 Kompagnieen 50 Mann Primaplanen, 60 Cadets und 80 Gemeine. Die Gemeinen waren auch Franzosen, aus den Kadetten wurden Offiziere¹.

Übrigens blieb das Pagenwesen noch weiter bestehen; Friedrich Wilhelm I verlangte ja von jedem höheren Offizier, daß er einen Pagen hielt und ausbildete².

Die Regimentsoffiziere.

Man kann, so lange die Anstellung der Regimentsoffiziere in der Hand der Kommandeure lag, von einem Avancement in heutigem Sinne kaum sprechen. Der Oberst brauchte für seine Kompagnieen Rittmeister oder Kapitän, die ihm dieselben warben und es dadurch allein wurden, so wie er Oberst durch Aufstellung des Regiments. Gab ihm der Kurfürst fertige Kompagnieen, so erhielt er keine Werbegelder für diese, immerhin aber traten die Offiziere unter sein „Regiment“, und er konnte sie befördern, wie ihm das seine Kapitulation zugestand. Die Kompagnieoffiziere, der Lieutenant und Kornet oder Fähnrich warb der Kompagniechef, doch wurden sie vom Obersten bestätigt, der ja für alle Offiziere die alleinige Verantwortung hatte. Der Lieutenant oder Fähnrich konnte Hauptmann werden, wenn er vom Obersten eine Kompagnie erhielt. Hiermit mußte sich innerhalb des Regiments eine Beförderung nach dem Dienstalter geltend machen. 1658 beschwerte sich ein Lieutenant Lengenich, daß ihm der Kornet v. d. Marwitz zur Kompagnie vorgezogen sei³. Seitdem dann Friedrich Wilhelm die neu anzustellenden Offiziere namhaft zu machen waren, mußte auch sein Einfluß auf Besetzung der Stellen wachsen⁴. Indessen konnten, da im Dienst eine Bereicherung wie früher nicht mehr möglich war, wegen der vielen Vorschüsse doch nur wohlhabende

voraus. Die berliner und magdeburger entstanden erst 1701, die kolberger 1703, nachdem die dortige Akademie 1701 aufgelöst worden war. v. Crousaz a. a. O. S. 34 ff.

¹ G. Lehmann a. a. O. S. 176 ff.

² Courbière, Verfassung S. 82. G. Friedlaender a. a. O. S. 29.

³ Orlich II 397.

⁴ S. S. 134.

Leute Kompagnieen übernehmen, die andern blieben eben ihr Leben lang Fähnrich oder Lieutenant¹.

Die Generale.

Was nun die Generale angeht, so waren es aufser dem General-Kriegskommissar v. Platen besonders 3 Männer, deren sich Friedrich Wilhelm zur Bildung seiner Armee bediente, die sich in fremdem Dienste die Erfahrung verschafft hatten, nach welcher der Fürst bei seinen eigenen Unterthanen vergeblich suchte: Sparr, Waldeck und Derfflinger. Sparr war beim Beginn des nordischen Krieges General-Feldzeugmeister und Capo der Armee, er konnte selbst hohe Offiziere einsetzen, wenn „periculum in mora“. Friedrich Wilhelm muß sehr viel von ihm gehalten haben², denn als er den Zustand der von Waldeck in Preussen aufgestellten Truppen mißfällig bemerkte, zog dieses dem Grafen auch von des Kurfürsten Seite einen Tadel zu. Auf Sparrs Verdienst um die Artillerie komme ich unten zurück³.

Waldecks eminentes Organisationstalent ist bekannt, leider kennen wir von den Details zu wenig, auch nahmen den vielseitigen Mann seine andern Geschäfte in Politik und innerer Verwaltung sehr in Anspruch, endlich schied er schon 1658 aus brandenburgischem Dienste.

Derfflinger blieb wie Sparr bis zum Lebensende in demselben. Was derselbe Friedrich Wilhelm wert war, und wie dieser den nicht leicht zu behandelnden, seiner Verdienste wohl bewußten General festzuhalten bemüht war, kann hier nicht wiederholt werden⁴. Jedenfalls war er bei allen Militär-angelegenheiten die rechte Hand des Kurfürsten. „Ich würde unglücklich sein, wenn ich ihn verlöre; ich wüßte nicht, wo ich einen andern bekommen sollte, der das Werk recht aus dem Grunde verstünde und mir an die Hand gehen könnte“, ruft 1675 Friedrich Wilhelm aus, als der alte Feldmarschall

¹ Für ein Abkaufen der Kompagnie des Vorgängers, das sicher stattfand, habe ich nichts bestimmtes finden können. — 1714 wurde der Kaufpreis der Kompagnie auf 600 Thlr. festgesetzt. M. Lehmann, Histor. Zeitschr. 67, S. 268. — 1673 bittet der Gouverneur von Memel, Oberstlieutenant v. Nolde, einem „gar abgelebten alten Fähnrich“ der 34 Jahre treu gedient hatte, das halbe Traktament zu lassen. E. Schnackenburg a. a. O. S. 22. Dagegen gab es damals sehr junge Generale und Obersten. Trott wurde mit 35 Jahren Oberst, Generalmajor wurden: Goltz mit 35 Jahren, Schwerin mit 42, Graf Dönhoff mit 39, Schöning mit 37 Jahren.

² Der französische Gesandte de Lumbres bezweifelt freilich seine Fähigkeit, als Oberkommandeur selbständig zu befehlen, er eigne sich mehr zum Führer kleiner Korps und für die Defensive. UA II 63. Bestallung Sparrs zum Capo der Armee vom 7. April 1655.

³ S. S. 149.

⁴ Darüber Graf z. Lippe-Weissenfeld, Derfflinger. Berlin 1880.

die Regimenter zur Vertreibung der Schweden aus der Heimat in Bereitschaft setzte¹.

Wie der Oberst, so schloß auch der General mit dem Kriegsherrn seine Kapitulation. Derfflinger setzte 1655 in der seinen hohe Forderungen durch, 300 Thlr. monatliches Generalstraktament, und daß kein anderer nach ihm angestellter General ihm vorgehen sollte. Dieses war der Punkt, auf den er 1672, als dem Fürsten von Anhalt das höchste Kommando nach dem Kurfürsten zugesichert wurde, sich stützend seinen Abschied verlangte. Im schwedisch-polnischen Kriege wurden mehrere Generalmajors ernannt wie Görtzke, Pfuel, Kannenberg, Eller, Trott, Goltz, deren Gehalt ein stehendes ist. Im Frieden wurden den meisten, da ihre Regimenter aufgelöst waren, Stellen als Gouverneure gegeben².

Auch bei der Beförderung zum General sahen die Obersten auf Berücksichtigung des Dienstalters. So mußte der Kurfürst, als er 1679 den Oberst Henning v. Treffenfeld nach dem Siege von Splitter zum Generalmajor ernannte, auf die Beschwerde des älteren Oberst v. Printz die Ausfertigung des Patents zurückhalten. Sie bekamen dann beide zugleich Generalspatente³.

Eine besondere Anerkennung für höhere Offiziere war die Ernennung zum Geheimen Kriegsrat⁴. Auch Obersten wie B. v. Schwerin wurden es⁵. Damit war eine Geldzulage verbunden. Später scheinen alle Generallieutenants diesen Titel gehabt zu haben, denn dieses giebt Schöning 1685 als Grund an, warum er um Beförderung zum Kriegsrat bittet⁶.

Die Altersversorgung.

Auch diesen Abschnitt wollen wir mit einigen Angaben über Alters- und Invalidenversorgung beschließen.

Da es mit der geordneten Verwaltung den Offizieren nicht mehr möglich war, sich im Dienste zu bereichern, und sie nach langer Aktivität nicht mehr im Stande waren, eine andere Beschäftigung zu ergreifen, so mag mancher in eine traurige Lage geraten sein. Wie man den bei Reduktionen Entlassenen zu helfen bemüht war, erwähnte ich oben⁷. Dann zahlte man

¹ L. v. Ranke, Gesch. des preuss. Staates I 318.

² 1666 beklagen sich Quast und Pfuhl, sie hätten zwar von ihren Regimentern je eine Kompagnie behalten, aber das Traktament nicht bekommen und schon 5 Monate aus ihrem Beutel gelebt, bleibe dasselbe weiter aus, so werde ihr Schaden immer größer, während die andern Gen.-Wachtmeister von ihren Gouvernements lebten. R 9 A 1.

³ Buchs Tagebuch a. a. O. II 143.

⁴ S. auch S. 26.

⁵ Patent Wyburg, 6. April 1659. R 9 A 2.

⁶ Kr. Min. XVIII 2 d 3 I.

⁷ S. S. 55 und S. 106.

schon früh entlassenen Offizieren ein Wartegeld, um sie im Kriegsfall bereit zu haben. Im August 1644 erhält der Oberst Vorhauer ein Wartegeld von jährlich 600 Thlr., d. h. er sollte es erhalten, denn nach 5 Jahren hören wir, daß man es ihm für 4 schuldig ist. Als die preussischen Wybranzen für den Winter 1657 in die Heimat beurlaubt wurden, erhalten ihre Obersten Polenz, Dobeneck, Klingspor und Borowski mit ihren Stäben und Primaplanen als Wartegeld das halbe Traktament¹.

Ähnliche Anstellungen mit Wartegeld kommen weiter sehr häufig vor². Die niedern Offiziere wurden als „reformierte“ Kapitän, Lieutenants einem Truppenteil attachiert, sie bezogen dann $\frac{1}{2}$ oder $\frac{2}{3}$ Traktament. Alten Offizieren gab man wohl auch Gouverneur- und Kommandantenstellen, wie z. B. Oberst v. Bomsdorf, als er 1675 felddienstunfähig wurde, die Kommandantur von Oderberg erhielt, die er schon früher gehabt hatte³. Oder man zahlte alten Soldaten, die treu gedient hatten, das Traktament weiter, wie dem Oberstwachmeister Kreckler, der 1657 vom Dienste im Felde dispensiert wurde und Zeit Lebens seine monatliche Gage von 30 Thlr. bezog; doch sollte er sich, wenn dem Lande Gefahr droht, in Ravensberg beim Statthalter oder General v. Eller melden⁴. Den dreimal verwundeten Rittmeister v. Brumsee schickte Friedrich Wilhelm in ein Bad und gewährte ihm sein bisheriges Traktament auf Lebenszeit⁵.

Die Invalidenkompagnieen von Spandau und Johannisburg werden ihre Primaplanen mit invaliden Offizieren und Unteroffizieren besetzt haben. Endlich hatte man seit der Reformation in den in Amts- und Landeshauptmannschaften umgewandelten Komtureien, deren in der Kur- und Neumark 33 bestanden, und in den Einkünften der Domkapitel Brandenburg, Havelberg, Lebus und Halberstadt sehr geeignete Altersversorgungsstellen und -mittel, um höhere Offiziere zu pensionieren. Bei diesem Modus blieb man bis 1806⁶.

¹ R 24 Z 2. Verpflegungsentwurf für die in Preussen gelassenen Truppen vom 11. Okt. 1657.

² R 9 A 3. — S. auch S. 55.

³ Orlich III 253.

⁴ R 9 A 4.

⁵ Dieses u. a. Beispiele bei E. Schnackenburg a. a. O.

⁶ Ebenda S. 22.

VII.

Die Artillerie.

Absichtlich ist in der bisherigen Darstellung ein Eingehen auf die Verhältnisse der Artillerie und Ingenieure unterblieben, weil die Artillerie in jener Zeit eine ganz exceptionelle Stellung einnahm und mit den Einrichtungen der anderen Waffen nur äußerst wenig gemein hatte, Ingenieure als besondere Waffe aber noch gar nicht existierten¹.

Die artilleristischen Schriftsteller des 16. und 17. Jahrhunderts berichten eigentlich nur über technische Dinge wie das Gießen der Rohre, die Anfertigung von Munition und Material, über Schußtafeln, Elevation und Feuerwerkerei. Es gehört nicht in den Rahmen meiner Arbeit, diese speciell artilleristischen Dinge zu erörtern, nur nach derjenigen Seite hin, nach welcher ich bisher die anderen Waffen behandelt habe, möchte ich in diesem letzten Abschnitte über die Verfassung der Artillerie Einiges bemerken.

Die Zunft der Büchsenmeister.

Die Herstellung und Bedienung der meist komplizierten Belagerungsmaschinen hatte schon vor der Einführung der Feuerwaffen die Unterhaltung speciell dazu ausgebildeter Meister nötig gemacht. Die schwierige Anfertigung der Kanonen sowie des Pulvers, der Schrecken, ja Abscheu, mit dem die neue „teuflische“ Erfindung die Welt erfüllte, und das geheimnisvolle Dunkel, mit dem die Büchsenmeister ihre Kunst zu umgeben wußten², alle diese Umstände ließen Anfertigung

¹ Es gab nur Ingenieuroffiziere, die Mannschaften wurden von der Infanterie kommandiert. Was über die Verhältnisse der Ingenieure unter Friedrich Wilhelm bisher bekannt geworden ist, findet man bei A. v. Bonin, a. a. O. S. 4 ff.

² Noch 1618 beginnt der Titel einer Handschrift: Feuerwerkh, Forschungen (50) XI 5. — v. Schrötter.

und Bedienung der Geschütze in den Händen Einzelner, die sich bald zu einer streng abgeschlossenen Zunft herausbildeten. Wie bei andern, so mußte auch bei dieser der junge Mann eine Lehrzeit durchmachen, dann dem Meister einen zwei-monatlichen Sold als Lehrgeld zahlen und durch Abgabe einiger Probeschüsse seine Befähigung nachweisen. Sodann erhielt er seinen Lehrbrief und suchte bei einem Kriegsherrn oder einer Stadt Dienst¹. Von Kaiser und Reich aber wußten sich die Büchsenmeister Privilegien zu verschaffen, bei ihnen finden wir sogar den ersten fürstlichen Artikelsbrief. Er wurde der Artillerie 1444 vom Kaiser Friedrich III verliehen und zerfällt in Rechte und Pflichten². In diesem sowie auch in den späteren ist wohl die eigentümlichste Bestimmung jene, daß die Artillerie dem fliehenden Verbrecher ein Asyl gewährt, 1444 auf 3 Tage, nach Fronsperger auf unbestimmte Zeitdauer³. Wird diese „Artilleriegerechtigkeit“ verletzt, so sind sämtliche Artilleriebediente ihres Eides entbunden und können das Heer verlassen.

Im Frieden hielten die Fürsten es doch immer für angezeigt, eine genügende Anzahl Büchsenmeister bereit zu halten, indem man sie wie die Provisioner mit Wartegeld versah und in den Zeughäusern unter einen Zeugmeister stellte. Brach Krieg aus, so borgte man sich die fehlenden von Nachbarstaaten oder warb neue nebst den nötigen Handlangern an. Auch ein Detachement „Schanzbauern“ mit Hacken, Piken und Spaten teilte man dann der Artillerie zu.

Indessen hatte diese ganze Organisation doch bald mehr Schatten- als Lichtseiten. Bei einem sehr weitgehenden Berufsstolz war jeder Meister ein besonderes Stück Artillerie, er machte neue Erfindungen und goß die Geschütze nach seinem Gutdünken, so daß an eine auch nur annähernde Gleichmäßigkeit im Kaliber der Rohre und in anderem Material gar nicht zu denken war. Ebenso wenig ließ er sich im Kampfe über Stellung und Verwendung seines Geschützes viel vorschreiben. So ging aber die ganze Kunst nicht vorwärts. Der Spanier Luis Collado klagt 1586, die umherziehenden Büchsenmeister, meist Deutsche, seien Trunkenbolde und verstünden wenig, noch weniger freilich die spanischen und italienischen⁴.

Eine Besserung dieser Übelstände konnte nur dadurch gelingen, daß der Staat, welcher eine größere Artillerie hielt, dieser eine waffengemäße Organisation angedeihen ließ und

probirt, colligirt und an Tag gegeben wider die Dunkhlmauser, welche ihr Feuerwerkh so verborgenn und hoch als ein Heiligthumb halten. M. Jaehns, a. a. O. S. 991.

¹ Stuhr, a. a. O. S. 111 ff.

² F. Müller, a. a. O. II 25 ff.

³ L. Fronsperger, a. a. O. S. 221.

⁴ M. Jaehns, a. a. O. S. 697.

das zunftmäßige möglichst beschränkte. Den Anfang damit machte Frankreich. In Deutschland hatte zuerst 1526 Herzog Wilhelm IV von Bayern in seinem Zeughause Artillerieunterricht erteilen lassen, in den siebziger Jahren des 16. Jahrhunderts entstand hier ein oberstes Landzeugamt, 1686 die erste deutsche Artillerieschule¹. Einen großen Fortschritt bemerkt man mit der Einführung der eisernen 4-pfündigen Regimentsgeschütze durch Gustav Adolf. Sie wurden von Musketieren bedient und unterstanden in taktischer Hinsicht dem Regimente. Torstenson hatte schon einen Oberstlieutenant, der die ganze aus 63 Konstabeln, 30 Stückjunkern und 600 Handlangern bestehende Artillerie kommandierte².

In Brandenburg war bis zum dreißigjährigen Kriege die Artillerie wohl auch dann und wann einem Obersten unterstellt worden, wie 1578 dem Grafen Lynar, 1611 am Rhein Meinhard v. Schonberg, aber zu einer wirkungsvollen Thätigkeit ist sie nie gelangt. Zwar hatte man in den verschiedenen Festungen keinen Mangel an Geschützmaterial, doch standen die meisten Stücke wohl nicht auf der Höhe der Zeit, da es in dem „Unvorgreiflichen Entwurf“ von 1614 heißt, Geschütz sei Gottlob genug vorhanden, aber es müsse umgegossen werden³. Die Anfertigung und Bedienung lag auch hier ganz in den Händen der Büchsenmeister, die sich mit ihren Gesellen und Handwerkern im kurfürstlichen Solde in den Festungen befanden. Im dreißigjährigen Kriege wurden wohl mehrere Ansätze gemacht, dieser Waffe aufzuhelfen, aber es kam zu keiner nennenswerten Besserung⁴. Der kläglichen Verwahrlosung der Artillerie 1638 wurde schon gedacht⁵. Auch in Preußen hielten sich außer in Memel, wo das größte Zeughaus war, in den meisten Schlössern Büchsenmeister auf, gegen Ende des 16. Jahrhunderts im ganzen 28⁶.

Unter dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm blieb die Artillerie noch immer eine Zunft. Während in den andern Waffen der genossenschaftliche Landsknechtscharakter bald völlig beseitigt war, konnte dieser Prozeß bei dem schwer zu erlernenden Dienste der Büchsenmeister nur viel langsamer vor sich gehen. Auch lag ja der Artillerie nicht nur die Herstellung des gesamten Geschützmaterials ob, sondern auch die der anderen Waffen, der Munition, sämtlicher Fahrzeuge und Brücken. Dadurch schon erhielten die Konstabler mehr

¹ Ebenda S. 1253.

² J. Heilmann, Kriegswesen der Kaiserlichen und Schweden im dreißigjähr. Kriege. 1850. S. 64.

³ M. Jaehns, a. a. O. S. 1075.

⁴ K. W. v. Schöning, histor.-biogr. Nachrichten zur Gesch. der brand.-preuß. Artillerie. Berlin 1844. I 27 ff.

⁵ S. S. 111.

⁶ Stuhr, a. a. O. S. 370.

den Charakter von Handwerkern als von Soldaten. Da brauchte man Zimmerleute und Stellmacher, welche die Lafetten und Brücken, die Munitions-, Sattel-, Schanzzeug- u. a. Wagen anfertigten, Pulvermacher, Geschütz- und Kugelgießer, Schlosser, Schmiede und Plattner. Alle diese arbeiteten im Frieden im Zeughause oder in ihren Werkstätten bei demselben unter Leitung des Zeugwärters, der ihnen ihre Arbeit zuteilte und sie zugleich in der Bedienung der Geschütze ausbildete; sie hießen Büchsenmeister oder Konstabler und waren die eigentlichen Artilleristen. 1651 wurden in Spandau für 4 entlassene oder verstorbene Konstabler 5 junge Handwerker, die der Zeugwärter Christoph Silo im Schiessen ausgebildet hatte, als Büchsenmeister in Vorschlag gebracht¹.

Wie die anderen Zünfte, so ergänzte sich auch die der Büchsenmacher aus sich selbst und bewachte eifersüchtig ihre Vorrechte und überlieferten Gebräuche. Auch der Artikelsbrief, den Friedrich Wilhelm 1672 für die „Artilleriebedienten“ erließ², trug noch sehr den Charakter einer Zunftordnung. Die Strafen sind auch für rein militärische Vergehen meist Geldbußen und flossen in die Lade. Sie werden erlegt für Dienstversäumnisse, für Zuspätkommen zur Arbeit, für Beleidigungen und Schlägereien, für Fortbleiben von Leichenbegängnissen der Genossen; von den Strafgeldern werden die Begräbniskosten bestritten, bleibt ein Rest, so kann dafür eine „Ergötzlichkeit“, bei der die beiden jüngsten Meister aufwarten, veranstaltet werden — lauter Bestimmungen, wie sie in jeder Handwerkerzunftordnung jener Zeit zu finden sind.

Auf der anderen Seite war man aber auch bedacht, das Militärische nicht ganz von dem Handwerksmäßigen ersticken zu lassen. Das Asylrecht, welches der Artillerie noch in dem Artikelsbrief Johann Sigismunds 1610 zugestanden war³, ist verschwunden, zahlreiche neue, rein militärische Bestimmungen sind aufgenommen. Der Konstabel darf die Straße nie ohne Seitengewehr und seine Instrumente betreten. Wer den Wachdienst nachlässig versieht oder dabei betrunken gefunden wird, soll 12 Stunden an ein Stück geschlossen werden und 1 Thlr. bezahlen. Bei Lebensstrafe darf keiner ein Stück ohne Befehl abfeuern. Von dem ihm anvertrauten Geschütz soll sich der Büchsenmeister im Kriege nie entfernen, er darf dann weder das Lager noch die Garnison verlassen, Tag und Nacht liegt er bei seinem Stück, er bleibt, wenn eine Stadt erstürmt wird, mit fertiger Zündrute dabei stehen und läßt sich nicht zum Plündern verleiten.

¹ R 21. 138 b.

² M III, 1, 33. — 1. Januar 1672.

³ v. Schöning, a. a. O. S. 21.

Die Artillerieoffiziere Friedrich Wilhelms.

Schon seit die Verhältnisse im brandenburgisch-preussischen Staate angefangen hatten, eine ruhigere und geordnetere Gestalt anzunehmen, hatten die Reformen auf dem artilleristischen Gebiete begonnen¹. Mit Recht wird dabei dem General v. Sparr das Hauptverdienst zugeschrieben. Ihm war schon als kaiserlichem Obersten vor allem die Sorge für die Artillerie anvertraut, er leitete im dreißigjährigen Kriege manche Belagerung, baute und reparierte Festungen. Das ihm 1638 angebotene Kommando der brandenburgischen Artillerie nahm er nicht an. Erst 1649 folgte er dem Ruf Friedrich Wilhelms, seit 1650 befand er sich in brandenburgischem Dienste als Kriegsrat, Gouverneur von Kolberg, Oberkommandant aller Festungen in Hinterpommern, Mark, Ravensberg, Halberstadt und Minden und Oberst eines Regiments z. F. Seit 1649 war er kaiserlicher, 1651 wurde er brandenburgischer Feldzeugmeister. Sofort nach seinem Übertritte nahm er sich eifrigst der Artillerie an und suchte seine reichen Erfahrungen in dem neuen Dienste zu verwerten. Er empfiehlt Offiziere und Feuerwerker, die er selbst ausgebildet hat, besorgt vorteilhafte Munitionseinkäufe und läßt veraltete Rohre umgießen. Er legt die Kupferwerke von Plettenberg an und überläßt sie dem Oberkommissar Ludwig, durch den sie an den Kurfürsten kommen, er repariert die alten Festungswerke und plant die Erbauung neuer².

Die fortwährende Kriegsbereitschaft, zu welcher der Staat gezwungen war, machte eine stete Fertighaltung des artilleristischen Personals und Materials nötig. Zunächst waren es die Gouverneure und Kommandanten, denen neben der Sorge für die Widerstandsfähigkeit der fortifikatorischen Anlagen die Aufsicht über die Artillerie ihrer Festungen oblag. Sie reichten von Zeit zu Zeit Relationen über den Bestand an Material ein, berichteten über Veränderungen im Personal, machten Vorschläge für Ergänzungen und waren verantwortlich für die Ausbildung und Disciplin der Artilleristen. Sodann fing man an, ständige Artillerieoffiziere anzustellen, welche alle Vierteljahr in den Festungen herumreisen, die Zeughäuser und Magazine inspizieren, von deren Vorstehern ein Inventar einfordern, einen daraus gemachten Extrakt dem Kurfürsten

¹ In Frankreich nahm sich Ludwig XIV sehr eifrig der Artillerie an; 1671 entstand eine regelrechte Artillerietruppe von 4, später 22, Kompagnieen, die zu einem „Regiment Füsiliere“ vereinigt waren. Daneben wurde 1684 ein Regiment königlicher Bombardiere errichtet. Auch Fachschulen und theoretische Mannschaftsschulen liefs der König anlegen. Man war hier den übrigen Ländern weit voraus. Meynert, a. a. O. S. 222. Feldzüge Eugens I, I. S. 522.

² Vorstehendes aus v. Mörner, a. a. O.

einsenden, die Salpetersieder beaufsichtigen, Munition und Handfeuerwaffen einkaufen und Geschütze gießen lassen. In den Marken war der erste Artillerieinspektor Kapitän Elias Franke (1646—60)¹, ihm folgte der Oberhauptmann und Oberzeugmeister Ernst Weiler, jener bekannteste Artillerieoffizier des Großen Kurfürsten. Nachdem dann seit 1664² Brostrup v. Schört als Oberst, seit 1675 als Stückgeneral und Kommandant von Peitz der Artillerie vorgestanden hatte, erhielt Oberstlieutenant Weiler das Kommando der gesamten Artillerie, 1683 wurde er Oberst, 1685 Gouverneur von Peitz³.

Dieselbe Stellung wie Franke hatte in Preußen seit 1663 der Hauptmann Meschede, nach seinem Tode 1677 erhielt sie Oberstlieutenant Andreas v. Helmich. An der Spitze der preussischen Artillerie stand aber von 1660 ab bis zu seinem 1684 erfolgtem Tode der Oberst Johann Hille⁴. Ihm folgte der Oberhauptmann und Obergeringenieur der preussischen Festungen Steutner von Sternfeld⁵.

Die Abgrenzung der Thätigkeit dieser Artillerieoffiziere wurde erst allmählich abgeschlossen. Viele Funktionen teilten sie noch lange mit Beamten, so die Aufsicht über die Salpetersiederei, welche in den Händen Privater lag (z. B. Franke mit dem Oberkommissar Jnckefordt), über die Magazine mit den Gouverneuren und Proviantbeamten. Nach und nach gingen diese Verwaltungssachen zum größten Teile in die Hände der dazu ernannten Beamten über.

¹ Sein Patent vom 25. Sept. 1646. R 9 A 13 a.

² F. Hirsch, a. a. O. S. 261.

³ R 21, 120 b. und Schöning a. a. O. S. 72 ff., dessen Angaben aber nicht zuverlässig sind.

⁴ In wie vielseitiger Weise man damals einen tüchtigen Mann gebrauchte, dafür ist dieser Hille ein Beispiel. 1656 wirbt er im Klevischen (J. G. Droysen, a. a. O. III, 2 S. 242. Damals war er Kavallerieoffizier. R 24 E 5); 1657 wird er Schiffskommandant (Kr. Min. Kurf. Fr. W.) und vermittelt den diplomatischen Verkehr zwischen Preußen und Kopenhagen, wo man die kurfürstliche Jacht als vorzüglichen Schnellsegler bewundert (UA VIII, S. 184, 188); zugleich ist er Kommandant von Pillau (UA VII, S. 786); 1658 kommandiert er die preussische Artillerie (Orlich II, S. 385); 1659 lobt ihn Radziwill außerordentlich als Verteidiger des Oberlandes, er sei ein Mann, den man zu allem gebrauchen könne (ebenda S. 387); 1660 inspiziert er die hinterpommerschen Häfen (Kr. Min. a. a. O.), baut eine Redoute an der Passarge (UA IX, S. 119) und steht seit diesem Jahre bis zu seinem Tode an der Spitze der preussischen Artillerie (Mnschr. Bor. Fol. 317 Artillerieetat von 1660/61 und v. Schöning. a. a. O. S. 379); bis 1663 ist er Gouverneur von Braunsberg (UA IX, S. 458 und J. G. Droysen, a. a. O. III, 2, S. 456); 1669 inspiziert er die im königsberger Schloß und in den Freihäusern liegenden Truppen (Kr. Min. a. a. O.); seit 1670 ist er Gouverneur in der Schanze Friedrichsburg, wo er eine Kompagnie hat (v. d. Oelsnitz a. a. O. S. 125); 1676 rüstet er Kaper aus, er war der Vorgänger Raulés (Kr. Min. a. a. O.); 1677 soll er auf eigene Kosten eine Kompagnie werben (ebenda).

⁵ v. Schöning, a. a. O. S. 379.

Nachdem Sparr Feldmarschall geworden war, ernannte der Kurfürst Derfflinger und den Grafen Christian Albrecht zu Dohna zu Generalfeldzeugmeistern. 1674 wurde es der Herzog August von Holstein-Plön neben Dohna. Der Generalfeldzeugmeister hatte über die Artillerieoffiziere zu berichten, sie mit Vorwissen des Kurfürsten anzustellen und abzusetzen und das gesamte Material zu inspizieren und in Stand halten zu lassen¹. Seit 1660 vermehrte sich die Zahl der unteren Artillerieoffiziere fort und fort. Im Etat von 1687 sind für sämtliche Festungen aufgeführt: 1 Oberst, 1 Oberstlieutenant, 4 Oberhauptleute (Majors), 4 Hauptleute, 1 Zeugmeister, 3 Zeugwärter, 8 Lieutenants und 2 Stückjunker². Von einem selbständigen Disponieren der Konstabler über ihre Geschütze weiß die brandenburgische Kriegsgeschichte nun nichts mehr, Weiler und seine Offiziere sind es, welchen die taktische Führung der Artillerie wie im Feld- so im Festungskriege obliegt. Während die Armee fast nie in die Lage kam, Festungen zu verteidigen, wurde von der Artillerie im Felde und bei Belagerungen ein sehr ausgiebiger Gebrauch gemacht, wofür die bekanntesten Beispiele Fehrbellin und Stettin sind. Die guten Leistungen der mit doppelter Bespannung versehenen manövrierfähigen Feldartillerie in jener Schlacht trugen nicht wenig zur Erlangung des Sieges bei, die Geschütze waren vom leichtesten Kaliber, Zwei- und Dreipfünder und Haubitzen. Zur Belagerung der pommerschen Festungen wurden aus Küstrin, Spandau, Lippstadt, Bielefeld und Minden die schweren Stücke herbeigeschafft, aus Berlin allein kamen 108 große Geschütze, 31 Mörser, aus Küstrin 72 Kanonen, 10 Mörser³.

Die Hülfsmannschaften.

An ein Exerzieren der Feldartillerie war im Frieden schon deshalb nicht zu denken, weil man überhaupt erst bei der Mobilmachung das nötige Menschen- und Pferdmaterial zusammenbrachte. Ausser den ein oder zwei Büchsenmeistern war zur Bedienung des Geschützes natürlich noch eine mehr oder weniger große Zahl Handlanger und Pferdeknechte nötig und wir müssen uns nun fragen, woher denn diese und die Bespannung kamen⁴.

Was zunächst die Regimentsgeschütze betrifft, so werden diese wie schon unter Gustav Adolf von den Gemeinen des Regiments unter Leitung einiger Büchsenmeister bedient worden sein. Als Handlanger zu den schweren Feld- und Be-

¹ Patent des Herzogs v. Holstein zum General-Feldzeugmeister. v. Schöning, a. a. O. S. 377.

² Mnsch. Bor. Fol. 320.

³ v. Kessel, Henniges v. Treffenfeld. S. 94.

⁴ Darüber ist bisher nur äußerst wenig bekannt geworden.

lagerungsgeschützen wurden ebenfalls Leute von der Infanterie kommandiert. Man drängte sich aber zu diesem Kommando durchaus nicht. Als Oberst v. Zastrow, derselbe, welcher die pommerschen Lehnspferde führte, Leute zur Artillerie kommandieren sollte, schrieb er im Juni 1656, die Offiziere würden sich wohl dazu bequemen (nämlich sie herzugeben), „wenn nur die Knechte dazu zu bewegen sein möchten“; er halte es für ratsam, daß diese erst beim Zusammenstellen der Regimenter abgegeben würden, sonst würden sie unterwegs womöglich davon laufen¹. Im Sommer 1659 berichtet dann sogar der Statthalter dem Kurfürsten, der bloße Namen der Artillerie sei so verhaßt, daß sich alles verlaufe, er habe daher Knechte unter einem andern Namen abgehen lassen und ihnen Gewehre gegeben². Schöning³ sieht wie Orlich den Grund dafür in dem anstrengenden Dienste, pflichtet aber diesem nicht bei, welcher meint, die Vorliebe des Kurfürsten für diese Waffe habe die Mißgunst der anderen erzeugt⁴; Schöning sagt, das hätte vielmehr einen Zulauf zur Artillerie bewirken müssen. Aber es handelt sich hier ja gar nicht um wirkliche Artilleristen, das waren nur die Büchsenmeister, während diese kommandierten Mannschaften Infanteristen waren und blieben, nach dem Frieden auch in ihr Regiment zurückkehrten; sie erscheinen auf keinem Verpflegungsetat der Artillerie. Außer der Schwierigkeit des Dienstes sehe ich den Grund für die Unbeliebtheit desselben gerade in dieser Abkommandierung von dem Truppenteil. Die Leute hatten wie die Konstabler bei den Geschützen zu kampieren, sie wurden aus Soldaten zu Handlangern, aus Untergebenen ihrer Offiziere zu solchen von Büchsenmeistern, die als Schlosser, Schmiede und Zimmerleute in ihren Augen doch immer nur als halbe Soldaten gelten mußten⁵.

Die Bespannung.

Wie diese Hilfsmannschaften, so wurde auch die Bespannung erst im Mobilmachungsfalle zusammengebracht.

Wenn der Ersatz der Soldaten fast ganz in der neuen Form der Werbung vor sich ging, so geschah derjenige der

¹ R 30, 221—24.

² Orlich II, 391.

³ A. a. O. S. 68.

⁴ Friedrich Wilhelm hat sich offenbar für Artillerie- und Ingenieurkunst sehr interessirt. Eine Bevorzugung der Artillerieoffiziere verband er damit nicht. 1669 verweist er dem Artillerieobersten die Forderung, den Rang vor den anderen Obersten haben zu wollen. Orlich II, 177.

⁵ Ob die Traktamentsverhältnisse dieser Mannschaften vielleicht noch üblere wie bei den Regimentern waren, ob ihnen ihre Gebühren von der Artillerie oder weiter von ihrem Truppenteil gegeben wurden, und ob diese Kommandierung in den späteren Kriegen noch ebenso verhaßt war, habe ich leider nicht ermitteln können.

Artilleriepferde auf die verschiedenste Weise. Zunächst zog man dazu die Pferdegestellungspflicht der Schulzen und Städte heran. Nachdem durch die Hussitenkriege überall die Wagenburgen eingeführt worden waren, mußten die Unterthanen Rüstwagen in großer Zahl stellen. Diese wurden später zur Fortschaffung der Bagage und des Proviantes benutzt. Außerdem lieferten die Städte dazu die Bespannung, welche man auch zur Fortschaffung der Kanonen benutzte. Dieses waren die sogenannten Städtepferde¹.

Sodann hatten die Schulzen wegen Übertragung des Schulzengerichtes dem Lehnsherrn auf 8—14 Tage ein Pferd zu stellen, doch nicht zum Ackerbau oder Kriege². Die letzte Beschränkung wurde nun von der Regierung nicht eingehalten, vielmehr sind es gerade die Schulzen, welche die meisten Artilleriepferde stellen³.

Aus dem Jahre 1666 haben wir einen die Beschaffung der Artilleriepferde betreffenden, ziemlich ausführlichen Briefwechsel Friedrich Wilhelms aus Kleve mit Sparr, Platen und den Geheimen Räten in Berlin⁴. Am 3./13. Januar schreibt der Kurfürst, die Städter- und Schulzenpferde müßten um so pünktlicher geliefert werden, als die Leute sie richtig empfangen hätten. Dieses läßt darauf schließen, daß man bei der letzten Abrüstung die Pferde bei den Schulzen und Städten eingestellt hatte, welche sie in der eigenen Wirtschaft gebrauchen konnten, im Mobilmachungsfall aber wieder der Regierung zu übergeben hatten⁵. Kämen die Pferde aus der Kurmark und Hinterpommern richtig ein, so brauche man keine zu mieten. An demselben Tage hatte Platen schon nach den Akten im Archiv den Befehl an die Lehnsschulzen und die andern Schuldigen koncipiert. Danach hatten z. B. zu stellen:

Amt Lebus: 16 Schulzenpferde nebst Sätteln und Geschirr

„ Spandau: 2 „ „ „ „
und 4 Pferde nebst 2 Knechten aus 4 Dörfern.

Überhaupt brauchten die Schulzen keine Kutscher zu stellen, dieses kam nur Dörfern zu, und zwar auf 2 Pferde immer einen. Aus der Neumark sollten so 32 Knechte und 67 Pferde kommen; Kutscher wurden auch gemietet; sie wollten ihren Fuhrlohn für einen Monat voraus haben, erhielten sie ihn nicht, so würden sie nicht bleiben, meinte Sparr. Darauf laufen eine Menge Klagen ein; der Lehnsschulze von Kutzdorf, ein Lieutenant von Schönbeck, schreibt, er habe nur 2 schlechte Pferde um den Acker zu bestellen, und ein anderer,

¹ Courbière, Verwaltung, S. 43, 45.

² Fidicin, Diplomatische Beiträge zur Geschichte Berlins V S. 22.

³ Da die Städte auch Schulzengerichte hatten, so mußten sie für diese natürlich auch Pferde stellen.

⁴ R 24 GG.

⁵ S. auch S. 77.

er habe zur letzten klevischen Reise Michaelis 1665 ein Pferd gestellt und es nicht wiederbekommen; die ganze Leistung habe ihn 60 Thaler gekostet, denn das Pferd sei gestürzt, dem Knecht aber habe er einen neuen blauen Rock, 1 Paar neue Stiefel und nach dessen Rückkehr 10 Thaler als $3\frac{1}{2}$ Monatssold geben müssen. Im ganzen erhielt man 280, wie Sparr später klagte, sehr schlechte Pferde, 420 mietete man dazu¹.

In den westlichen Landen zog man für die Stellung der Artilleriepferde die Sattelmeier heran, so 1651; damals stiefs man dabei aber auf die äufsersten Schwierigkeiten².

Die hinterpommersche Regierung findet dagegen 1655 im Archiv, dafs Pferde und Knechte von den geistlichen Gütern zu stellen seien und schreibt deshalb an deren Besitzer, die Herzoginnen von Croy, Treptow und E. v. Burgsdorff. Man hatte 80, später im Juli 100, Pferde und 28 Kutscher verlangt³.

Wie schon bemerkt, mußte man doch immer den gröfsten Teil der Pferde mieten oder kaufen. Schon 1634 mußte in den Marken zur Beschaffung von 400 Artilleriepferden und 68 Rüstwagen jede Hufe, oder jedes Haus oder jeder Fischer 5 Groschen geben⁴. 1656 bewilligten die märkischen Stände für Artilleriepferde 2100 Thlr., die der Ober-Einnehmer Preunel dem Ober-Zeugmeister E. Francke zur Erhandlung der Pferde auszahlen soll⁵.

Da aber das alles die Bereitschaft für den Mobilmachungsfall nicht garantierte, so liefs Friedrich Wilhelm später Pferde in Städten garnisonieren, so 1676 3—400 in verschiedenen Städten des Havellandes und der Mittelmark. Auch dieser wichtige Teil der Heeresbedürfnisse kam so in Staatsverwaltung, es ist einer der frühesten landesherrlichen Artillerietrains Europas⁶.

Die Verpflegung.

Zum Schluß noch Einiges über die Verpflegung der Artillerie. Etwas allgemein Gültiges kann für sie nicht angegeben werden, da sie in den Verpflegungsordonnanzten nicht genannt wird.

1651 waren die monatlichen Gebühren der spandauer Artilleristen die folgenden:

¹ F. Hirsch, a. a. O. S. 261.

² v. Mörner, a. a. O. S. 301 ff.

³ R 30, 221—24.

⁴ E. Friedlaender, a. a. O. Artillerieposten an 13ter Stelle.

⁵ Cölln a. d. Spree, den 6. Juni 1656. R 24, E 5.

⁶ v. Gansauge, a. a. O. S. 72. — In Frankreich wurde die Bepannung unter Ludwig XIV durch Privatunternehmer beschafft. Meynert, a. a. O. III. S. 226.

1 Zeugwärter	71 Thlr.	2 Gr. 8 Pf.
1 Feuerwerker	56	21 „ 4 „
1 Büchsenmeister	35	16 „

und 10 Scheffel Roggen nebst Hofkleidung.

1 Rotgießer, 1 Pulvermacher, 1 Plattenschläger, 1 Stellmacher, 1 Büchsenschäfter, 1 Tischler, 1 Zeugschmied je 25 Thlr. 10 Gr. 8 Pf., 10 Scheffel Roggen und Hofkleidung.

1655 befanden sich in Spandau 12 Konstabler, die meisten derselben arbeiteten noch für sich in der Stadt, deren Bürger sie zum großen Teile waren¹.

Auch bei der Artillerie waren die Traktamentsverhältnisse oft sehr mißliche, und sehr viele Klagen über rückständige Löhnung bringen die Akten. Schon in dem Etat von 1658 trafen wir einen Artilleriekommissar, den Oberkommissar Edlinger, welcher nach seinem Patent vom 16. Nov. 1660 mit Weiler alle Quartal herumreist, die Zeughäuser und Magazine inspiziert, nach den Abrechnungen der Beamten einen Extrakt mit Bemerkungen und Vorschlägen macht².

Die Gehälter bleiben seit den siebziger Jahren ziemlich die gleichen. Die Artillerie erscheint in den Etats immer nach den einzelnen Garnisonen geordnet. In dem von 1687 stehen an der Spitze der Oberst und der Oberstlieutenant Weiler, Vater und Sohn mit 163 und 103 Thlr. monatlichem Gehalt; in Berlin sind 105 Personen, darunter 60 Konstabler, in den größeren Plätzen wie Spandau, Küstrin, Magdeburg, Kolberg, Königsberg, Minden ein Oberhauptmann oder Hauptmann mit 30 bis 50 Konstablern, in den kleinen ein Lieutenant oder Zeugwärter mit 5 bis 20 Personen. Der Oberhauptmann erhält 30 bis 50, der Hauptmann 30 bis 35, der Lieutenant oder Zeugwärter 12 bis 16 Thlr.; der Konstabler, wenn er das Quartier frei hat 4 bis 4³/₄ Thlr.³.

Nach dem Quartier- und Servisreglement von 1681⁴, der einzigen Verordnung, in welcher neben den andern Truppen auch die Artillerie genannt ist, erhält an Quartiergeld:

Der Oberstlieutenant	8 Thlr.	Der Stückjunker	1 ¹ / ₄ Thlr.
„ Oberhauptmann	4 „	„ Zeugschreiber	1 „
„ Hauptmann	3 „	„ Handwerker	³ / ₄ „
Der Lieutenant, Zeug-		„ Konstabel	⁵ / ₈ „
wärter, Sekretär, Feuer-			
werksmeister je	1 ¹ / ₂ Thlr.		

¹ R 21, 138, 4—6.

² R 9 A 13 a II.

³ Mnsch. Bor. Fol. 320.

⁴ S. S. 67.

Schluss.

Indem wir noch einmal das ganze behandelte Gebiet überblicken, erkennen wir folgende Resultate der Thätigkeit des Großen Kurfürsten.

Den Anstoß zu allen Reformen giebt das Streben nach einer starken Waffenmacht zur Sicherung des Landes gegen äußere Feinde. Da der Fürst einsieht, daß die alte Lehns- und Landfolge dazu nicht genügt, geht er endgültig von ihr ab und führt die Ergänzung des Heeres durch Werbung ein. Fortwährende Bedrohungen von aussen erlauben ihm nicht, seine ursprünglich nur für einen Krieg aufgestellten Truppen wieder ganz zu entlassen. So wird der auf Zeit geworbene Söldner zum miles perpetuus. Aber nur dann kann das stehende Heer dem Lande mehr nützen als schaden, wenn eine geordnete Verwaltung der durch den dreißigjährigen Krieg verwilderten Soldateska Subordination und Pflichtgefühl beibringt. Es gelingt, die Quartierverpflegung, welche zum vollständigen Raubsystem entartet war, auf das notwendigste einzuschränken und an ihre Stelle das Barbezahlungssystem zu setzen. Durch eine glückliche Besteuerung wird dieses möglich. In dem Kriegskommissariat entsteht ein geldbezahltes, nur dem Fürsten ergebenes Beamtentum, das den Ausschreitungen und Unredlichkeiten der Offiziere einen Damm entgegensetzt. Die traurige Lage der Gemeinen wird möglichst gebessert, ihre Benachteiligungen durch die Offiziere werden beseitigt. Diese macht Friedrich Wilhelm aus betrügerischen, nur auf den eigenen Gewinn bedachten Unternehmern zu gehorsamen Staatsdienern, aus ihren Händen gehen die Regimenter über in den alleinigen Besitz des Fürsten.

Aber vollendet war trotz alledem das Werk nicht. Die vielen Kriege und die fortwährende Bereitschaft zum Kampfe ließen es zu durchgreifenden Verwaltungsreformen, für welche

der Frieden die Vorbedingung ist, nicht kommen. Nur die Subsidien fremder Mächte ermöglichen einen Krieg, ermöglichen die Beibehaltung des großen Heeres auch im Frieden. Der erbitterte Kampf mit den Ständen hatte sein Ende noch nicht erreicht. Wir sahen, wie die letzten Jahre des Kurfürsten mit Versuchen auf dem Gebiete der Truppenverpflegung ausgefüllt sind. Erst in zwei Provinzen sind die Kriegskammern eingeführt. Noch immer mußte mit den höheren Offizieren eine Kapitulation abgeschlossen werden, die doch mehr war als eine bloße Form. Nur angebahnt war der „specifische“ Unterschied zwischen dem Subalternoffizier und dem Unteroffizier. Eine Waffe bewahrte noch für sich eine besondere, genossenschaftliche Verfassung.

Doch der Weg, den man zu verfolgen hatte, war vorgezeichnet. Der Boden war gesäubert, das Material war vorhanden, der Grund für das Gebäude der Verwaltung war gelegt. Da kam nun alles für das Wohl dieses Staates, dessen Bestehen sich an die Zusammenfassung aller seiner Kräfte im Heere knüpfte, darauf an, ob Friedrich Wilhelms Nachfolger dieses erkannten und die Energie besaßen, in der Weise ihres großen Vorfahren weiterzuwirken, in der Weise, wie sie dieser in seinem Testament von 1667 niedergezeichnet hatte:

„stehet alzeit in gutter postur, damit Ihr nachdruck habet, Solches Ich allzeit gethan, vndt durch Gottes gnade viell Vnglücks damit abgewandt, Wan aber notwendig Krieg sein muß, so lasset in Ewere Landen gute ordre halten, vndt gebet nicht zu das Ewere Vnterthanen vnterdruckt vndt vorgewaltiget werden, den durch Ihre mittell musset Ihrs aufsführen“.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Hermann Hüffer, Die Kabinetsregierung in Preussen und Johann Wilhelm Lombard. Ein Beitrag zur Geschichte des preussischen Staates vornehmlich in den Jahren 1797 bis 1810. 1890. Preis 12 M., geb. 14 M.

Leopold von Ranke, Zwölf Bücher preussischer Geschichte.

5 Bände. Zweite Auflage. 1878. 1879. 25 M., geb. 31 M.

1. und 2. Band. (Erstes bis viertes Buch.) Genesis des preussischen Staates. 2. Auflage. (XX, 522 S.) 1878. — 3. und 4. Band. Fünftes bis neuntes Buch. 2. Auflage. (VI, 607 S.) 1879. — 5. Band. Zehntes bis zwölftes Buch. 2. Auflage. (IV, 370 S., mit einem Gesamtregister.) 1879.

C. A. Zakrzewski, Die wichtigeren preussischen Reformen der direkten ländlichen Steuern im 18. Jahrhundert (VIII, 99 S.) 1887. 2 M. 40 Pf.

Walther Schultze, Geschichte der preussischen Regieverwaltung von 1766 bis 1786. Ein historisch-kritischer Versuch. 1. Theil. Die Organisation der Regie von 1766 bis 1786 und die Reform der Akzise von 1766 bis 1770. (X, 432 S.) 1887. 9 M. 60 Pf.

Friedrich Grossmann, Ueber die gutsherrlich-bäuerlichen Rechtsverhältnisse in der Mark Brandenburg vom 16. bis 18. Jahrhundert. (X, 138 S.) 1890. 3 M. 60 Pf.

Franz Schwartz, Organisation und Verpflegung der preussischen Landmilizen im siebenjährigen Kriege. Ein Beitrag zur preussischen Militär- und Steuergeschichte. (VIII, 200 S.) 1888. 4 M. 60 Pf.

Curt Breysig, Der Process gegen Eberhard Dankelman. Ein Beitrag zur brandenburgischen Verwaltungsgeschichte. (VIII, 116 S.) 1889. 2 M. 60 Pf.

Georg Winter, Hans Joachim von Zieten. Eine Biographie. 2 Bände. 1886. (XXVII, 461 und IX, 528 S., mit einer Radirung und 10 facsimilirten Briefen.) 15 M.

Arthur Strecker, Franz von Meinders. Ein brandenburgisch-preussischer Staatsmann im 17. Jahrhundert. (VIII, 152 S., mit einem Porträt.) 3 M. 60 Pf.

Strecker, Arthur, / Schmoller, Gustav <<von>>, / Meinders, Franz <<von>>,

Franz von Meinders Ein brandenburgisch-preußischer Staatsmann im 17.
Jahrhundert. Mit F. von Meinders' Porträt

Leipzig 1892

Pol.g. 318 h-11,4

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11127113-0